Bastian Lange, Martina Hülz,
Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)

POSTWACHSTUMS-GEOGRAPHIEN

Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien



[transcript] Sozial- und Kulturgeographie

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)
Postwachstumsgeographien

Sozial- und Kulturgeographie | Band 38

Bastian Lange lehrt Stadt- und Wirtschaftsgeographie an der Universität Leipzig. Er studierte Geographie in Marburg und Edmonton und promovierte 2006 an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte sind alternative Ökonomien, Transformationsprozesse, kreative Orte sowie Governanceprozesse. Seit 2008 leitet er das Stadtentwicklungsbüro »Multiplicities«, das Transitionsprozesse analysiert, Stakeholderprozesse moderiert sowie Kommunen und Städte zu nutzergetragenen Orts- und Stadtentwicklungsprozessen berät.
Martina Hülz leitet das Referat »Wirtschaft und Mobilität« an der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) Hannover. Zuvor forschte und lehrte sie an den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Luxemburg u.a. zu räumlichen Lernprozessen, Wissensökonomie sowie Wissens- und Technologietransfer. Sie studierte Geographie, Soziologie und Städtebau in Berlin, Bonn und Southampton und arbeitete nach ihrer Promotion an der Universität Luxemburg einige Jahre als Projektleiterin in einem Büro für Regionalberatung.
Benedikt Schmid ist akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl Geographie des Globalen Wandels an der Universität Freiburg und promovierte in Geographie an der Universität Luxemburg. In seiner Forschung untersucht er die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen und sozialökologischer Unternehmen in Transformationsprozessen hin zu nachhaltigen und wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen.
Christian Schulz, Wirtschaftsgeograph, ist Professor für nachhaltige Raumentwicklung an der Universität Luxemburg, wo er sich aus wirtschaftsgeographischer Perspektive insbesondere mit alternativen Ökonomien und Postwachstumsansätzen beschäftigt. Er studierte Geographie in Saarbrücken, Québec und Metz, promovierte an der Universität des Saarlandes und habilitierte sich an der Universität zu Köln.

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)

Postwachstumsgeographien

Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien

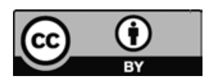
[transcript]

Gefördert durch den Publikationsfonds für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Erschienen 2020 im transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Umschlagabbildung: Katharina Günther (Thinking Visual), Berlin
Lektorat: Heidrun Bornemann (fehlerfreiheiten. Lektorat/Texte), Braunschweig
Korrektorat: Vanessa Mena Arias (ARL), Hannover
Satz: Michael Rauscher, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-5180-5
PDF-ISBN 978-3-8394-5180-9
https://doi.org/10.14361/9783839451809

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter *www.transcript-verlag.de/vorschau-download*

»What if we were to accept that the goal of theory is not to extend knowledge by confirming what we already know, that the world is a place of domination and oppression? What if we asked theory instead, to help us see openings, to provide a space of freedom and possibility?«

Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: performative practices for ›other worlds‹. In: Progress in Human Geography 32, Vol. 5: S. 613–632 (Zitat S. 619)

Inhalt

Praxisbeiträge

III. Konflikträume

Praxisbeiträge

IV. Gestaltungsräume

Praxisbeiträge

Zu diesem Buch

Die Idee für dieses Buch entstand durch die Zusammenarbeit der Herausgebenden und mehrerer Beitragender im Arbeitskreis »Postwachstumsökonomien«[1] der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL). In diesem Rahmen trafen sich von Mitte 2017 bis Mitte 2020 ein gutes Dutzend Geographen*innen, Wirtschaftswissenschaftler*innen sowie Raum- und Landschaftsplaner*innen aus Deutschland, der Schweiz und Luxemburg halbjährlich an wechselnden Orten zu Workshops, um das Thema für die Raum- und Planungswissenschaften systematisch aufzubereiten.

Dabei waren der Austausch mit Postwachstumsakteur*innen vor Ort stets Teil der Workshops und Inspirationsquelle für die weitere Arbeit. Neben dem vorliegenden Buch hat der Arbeitskreis weitere Aktivitäten und Produkte hervorgebracht: Mitglieder des Arbeitskreises waren maßgeblich beteiligt an der inhaltlichen Vorbereitung des ARL-Jahreskongresses »Postwachstum und Transformation« in Kassel 2019. Daneben wirkten sie an der Konzeption und inhaltlichen Gestaltung des Hefts »Möglichkeitsräume. Raumplanung im Zeichen des Postwachstums« der Zeitschrift *politische ökologie* mit (vgl. auch https://www.arl-net.de/de/postwachstum, 28.02.2020).

Die Herausgebenden danken allen Beitragenden und Interviewten für ihre engagierte Mitwirkung. Besonderer Dank geht an die ARL für ihre finanzielle Unterstützung sowie an die Mitarbeiter*innen der ARL-Geschäftsstelle für ihre vielseitige Unterstützung der Arbeit des Arbeitskreises und in der Vorbereitung dieser Publikation. Dem Team des transcript Verlags danken wir für die Aufnahme in die Reihe Sozial- und Kulturgeographie und für die stets professionelle und ermutigende Begleitung des Vorhabens. Dank eines großzügigen Zuschusses der Leibniz-Gemeinschaft kann die elektronische Fassung des Buchs im Open-Access-Format erscheinen. So hoffen wir, dass die Lektüre möglichst viele Menschen inspirieren

1 Ziele, Aktivitäten und Zusammensetzung des ARL-Arbeitskreises »Postwachstumsökonomien«: https://www.arl-net.de/de/projekte/postwachstumsökonomien (28.02.2020).

wird und freuen uns auf weitere Diskussionen sowie Ihre Kommentare und Reaktionen.

Der Redaktionsschluss dieses Buchs lag wenige Wochen vor dem Ausbruch der Corona-Krise mit ihren weitreichenden Folgen für unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben. Im Zuge der Krise verstärkt aufkommende Debatten über alternative Lebensstile, Arbeitsformate, Mobilitätsverhalten und andere Routinen zeigen – teilweise explizit, teilweise implizit – klare Bezüge zu Postwachstumsansätzen. Leider konnte auf diese Debatten hier nicht mehr ausführlicher eingegangen werden. Es steht aber zu vermuten, dass auch nach Abklingen der Pandemie anders und hoffentlich offener über Postwachstumsideen und die Gestaltbarkeit einer Nachhaltigkeitstransition diskutiert werden wird.

Berlin/Hannover/Freiburg/Luxemburg, im April 2020
Bastian Lange – Martina Hülz – Benedikt Schmid – Christian Schulz

Illustrationen

Die Umschlaggestaltung sowie die Trennseiten zwischen den Hauptteilen des Buchs basieren auf einer von Katrina Günther von »Thinking Visual«, Berlin, gestalteten *Graphic-Recording*-Dokumentation des ARL-Kongresses 2019 in Kassel.

Die Zitate auf den rückwärtigen Trennseiten entstammen einem Videoprojekt mit kompilierten Interviewsequenzen, das im Vorfeld des ARL-Kongresses 2019 erarbeitet wurde. Die Porträtskizzen der Zitierten fertigte Viola Schulze Dieckhoff.

Postwachstumsgeographien
Konzeptionelle und thematische Eckpunkte der Anthologie

Christian Schulz, Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid

Zur Aktualität der Grenzen des Wachstums

In der klima- und umweltpolitischen Debatte sind Fragen der Ressourcenendlichkeit und planetaren Grenzen und damit die Problematik eines Wirtschaftsmodells, das auf kontinuierliches Wachstum ausgerichtet ist, nicht neu. Spätestens seit den Prognosen des Club of Rome (Meadows/Meadows/Randers et al. 1972) haben sich Wissenschaft und Politik mit den Konsequenzen systemischer Wachstumszwänge auseinandergesetzt. Sie kommen dabei zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Handlungsansätzen (zuletzt Binswanger 2019), die nicht immer das Wirtschaftswachstum infrage stellen, zumindest aber das Problem endlicher Ressourcen anerkennen. Insbesondere die Raum- und Planungswissenschaften haben sich schon früh nicht nur mit den absoluten Wachstumsgrenzen beschäftigt (z. B. hinsichtlich deren ökologischer Tragfähigkeit), sondern auch mit räumlichen Differenzierungen der Ressourcenproblematik im Hinblick auf Siedlungsentwicklung, wirtschaftliche Produktion, Biodiversität und den Landschaftswandel (Bridge 2009). Dabei wurden oft auch überregionale Wirkungszusammenhänge thematisiert; dies gilt z. B. für die Abholzung tropischer Regenwälder zu Zwecken der Futtermittelproduktion für die Fleischerzeugung im Globalen Norden wie auch für den Abbau seltener Erden für die internationale Mobilfunkindustrie, und zwar vorwiegend in politisch instabilen Ländern des Globalen Südens mit unzureichenden Sozial- und Umweltstandards.

Im Nachgang zu der sogenannten »Wirtschafts- und Finanzkrise« 2007/2008 hat die Wachstumsdebatte eine neue Dynamik erfahren. Auffällig an dieser jüngeren Debatte ist, dass sie erstens mit anderen Krisendebat-

ten (»Klimakrise«, »Flüchtlingskrise«, »Hungerkrise«) kulminiert (Jorberg 2010) und zweitens von internationalen Organisationen und Staatenbünden aufgegriffen wurde, die sich bis dato nicht mit Wachstumsgrenzen auseinandergesetzt hatten. Diese begannen, sich mit der gängigen Bewertung von wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand zu befassen. Beispielhaft seien hier die Europäische Kommission und deren Strategiepapier »GDP and beyond« (European Commission 2009) oder der »Better Life Index« der OECD (2011) genannt.

In der Folge haben beide Organisationen versucht, Wachstumssteuerung und Nachhaltigkeitsziele miteinander zu verknüpfen: die EU in ihrer »Strategie 2020« mit dem Konzept »Nachhaltiges Wachstum« (European Commission 2010), die OECD mit dem Leitbild »Grünes Wachstum« (OECD 2014; OECD 2009); vergleichbar ausgerichtet ist auch das von den Vereinten Nationen propagierte Konzept der »Green Economy« (UNEP 2011). Und in den derzeit viel diskutierten Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) heißt es unter SDG 8: »Promote sustained, inclusive and sustainable economic growth, full and productive employment and decent work for all«. Dieses soll durch ein explizites Festhalten an BIP-Wachstumszielen[1] und eine eher technologie-, effizienz- und diversifizierungsorientierten Entwicklungspolitik[2] erreicht werden. Bis 2030 wird so eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung angestrebt.[3] Und auch in dem 2019 von der neuen EU-Kommission eingeforderten »Green Deal« ist die Rede von einer »new growth strategy«, basierend auf einer »modern, resource-efficient and competitive economy where there are no net emissions of greenhouse gases in 2050 and where economic growth is decoupled from resource use« (European Commission 2019: 2).

Diesen Ansätzen ist gemein, dass sie die materielle Wachstumslogik der dominanten Wirtschaftsweise nicht prinzipiell infrage stellen, wohl aber

1 Target 1: »Sustain per capita economic growth in accordance with national circumstances and, in particular, at least 7 per cent gross domestic product growth per annum in the least developed countries«.

2 Target 2: »Achieve higher levels of economic productivity through diversification, technological upgrading and innovation, including through a focus on high-value added and labour-intensive sectors«.

3 Target 4: »Improve progressively, through 2030, global resource efficiency in consumption and production and endeavour to decouple economic growth from environmental degradation«.

darin die Verursachung für negative soziale und ökologische Externalitäten sehen und zur Minimierung dieser eine ökologische Modernisierung des gegenwärtigen Produktionssystems favorisieren. Technologiebasierte Effizienzsteigerungen in der Produktion und Nutzung von Gütern (z. B. *Smart Homes*), gepaart mit höherer Wiederverwertung von Ressourcen (z. B. *Circular Economy*), sollen sowohl Nachhaltigkeit ermöglichen als auch neue Entwicklungs- und Diversifizierungspfade der Wirtschaft im Bereich der sog. Umwelt- oder Öko-Technologien eröffnen.

Postwachstum als emanzipatorische Kritik an Wachstumsversprechen

Es ist jedoch bereits erkennbar, dass diese technologiebasierten Modernisierungsansätze nicht weit genug reichen, um den aktuellen ökologischen und sozialen Problemen zu begegnen. Vielmehr verleitet eine einseitige Fokussierung auf Ressourceneffizienz durch technologischen Fortschritt zu der Annahme, gegenwärtige Konsummuster und Verhaltensweisen könnten langfristig beibehalten werden. Kenis und Lievens (2016: 221) sprechen in diesem Zusammenhang ironisch von der *royal road to saving capitalism*. Dabei lassen sich drei wichtige Kritikpunkte identifizieren.

Erstens ist es bisher weder global noch auf der Ebene von Nationalstaaten gelungen, das Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbräuchen zu entkoppeln; d. h., trotz aller Effizienzbemühungen der 2000er und 2010er Jahre steigen neben der Wirtschaftsleistung auch die Ressourcenverbräuche an (Giljum/Lutter 2015). Allenfalls kann eine *relative* Entkopplung ausgemacht werden, d. h. die Wirtschaftsleistung steigt etwas schneller als der Ressourcenbedarf, absolut wachsen jedoch auch die Material- und Energieverbräuche stetig (Jackson 2009, siehe auch Hickel/Kallis 2019). Paech (2010) spricht deshalb auch vom »Entkopplungsmythos« in der Effizienzdebatte.

Zweitens ist das Scheitern der Entkopplung nur teilweise auf demographische Ursachen (z. B. globales Bevölkerungswachstum) und sozioökonomische Ursachen (Herausbildung einer konsumstarken »Mittelschicht« in Schwellenländern) zurückzuführen. Mitverantwortlich ist auch die Tatsache, dass die mit Effizienzgewinnen verbundenen finanziellen Einsparmöglichkeiten (z. B. verringerte Heizkosten) zu zusätzlichen Anschaffungen (z. B. energieintensives Elektrogerät) oder Aktivitäten führen (z. B. zusätz-

liche Flugreise). Sie wirken ressourcenökologisch kontraproduktiv und bringen den sogenannten »Rebound-Effekt« hervor (auch »Jevons-Paradox«, nach Jevons 1865).

Schließlich und drittens wird »smarten« Technologien oder dem »Internet der Dinge« eine zunehmende Skepsis entgegengebracht (Kerschner/Wächter/Nierling et al. 2018). Dies geschieht nicht nur aus Datenschutzgründen oder angesichts der potenziellen Vulnerabilität dieser Technologien (»kritische« Infrastrukturen), sondern auch unter Ressourcengesichtspunkten. Hochtechnologische Lösungsansätze, z. B. in der Haustechnik, bedingen immer auch neue Material- und Energiebedarfe, die in manchen Fällen die angestrebten Effizienzgewinne überkompensieren oder gar zu neuen Umwelt- und Ressourcenproblem führen (siehe das Beispiel der seltenen Erden).

Neben der Frage, ob sich Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln lässt, problematisieren insbesondere feministische und postkoloniale Kritiken das als Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wachstum an sich als politökonomische Zielsetzung. Während das BIP einen bedeutenden und grundlegenden Teil sozialer Beziehungen nicht abbildet – wie private Sorgearbeit, Haushaltsarbeit, freier Tausch und Produktion für den Eigendarf –, setzt ein wirtschaftspolitischer Fokus auf Wachstum den Anreiz, ebendiese sozialen Beziehungen zugunsten formaler Märkte zu verdrängen. Dies führt nicht nur zu engen Vorstellungen dessen, was als Arbeit und Wirtschaft anerkannt wird, sondern auch dazu, dass traditionelle Gemeinschaften und Wirtschaftsweisen unter dem Vorwand (wirtschaftlichen) Fortschritts untergraben und destabilisiert werden (Acosta/Brand 2018).

Die Diskussion um Grenzen von Wirtschaftswachstum und um den daraus hervorgehenden Wohlstand und die erlangte Zufriedenheit lässt sich vor allem von denjenigen führen, die bereits ein bestimmtes Niveau an materiellem Wohlstand erreicht haben. Glück und Erfüllung lassen sich dann kaum mehr durch weiteres materielles Wachstum erreichen. Von großer Bedeutung sind neben der Problematisierung globaler Ausbeutungsverhältnisse (Brand/Wissen 2017) daher auch Fragen der Verantwortung und Verteilungsgerechtigkeit, beispielsweise in Bezug auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen.

Die begründeten Zweifel an den politisch bisher favorisierten technologie- und marktorientierten Lösungsansätzen nähren eine dynamische Postwachstumsdebatte, die nach Möglichkeiten für einen grundlegenden Wandel sucht (siehe Überblick in Schmelzer/Vetter 2019). Dem einseitigen, stark

wachstumsbezogenen Effizienzansatz setzt diese Debatte den Suffizienzgedanken entgegen (Schneidewind/Zahrnt 2014). Jedoch wird die Frage, ob und wie sich technologische Entwicklungen (Stichworte »Digitalisierung« und »Automatisierung«) sozial und ökologisch positiv leiten lassen, nicht ausgeklammert und ist Bestandteil der jüngeren Debatten (Santarius/Lange 2018; Kerschner/Wächter/Nierling et al. 2018; Pansera/Ehlers/Kerschner 2019).

Wissenschaftler*innen im Themenfeld von Postwachstumsfragen diskutieren nicht nur, was und wie wir konsumieren, sondern ebenso, in welchen Betriebsformen wir produzieren, wie viel Zeit wir der Erwerbsarbeit widmen, wie wir die Bedeutung nichtmarktlicher und nicht BIP-relevanter Wirtschaftsleistung messen (häusliche Pflege, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt). Dahinter steht die größere Frage nach dem Zweck und der Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems (Profitmaximierung vs. Gemeinwohlorientierung) und der Versuch der Überwindung von materiellen Wachstumszwängen – etwa im Sinne des *Décroissance-/Degrowth*-Ansatzes (Latouche 2006; Kallis 2018) oder der Suche nach »Wohlstand ohne Wachstum« (Jackson 2009; Lange 2018).

Postwachstum in den Raum- und Planungswissenschaften

Vor dem Hintergrund der lebhaften Debatten über Postwachstumsansätze, die derzeit vor allem in zivilgesellschaftlichen Foren und Organisationen geführt werden, beginnen auch die Raum- und Planungswissenschaften, sich dem Thema zu öffnen (Zademach/Hillebrand 2013; Krueger/Schulz/Gibbs 2017; Schmid 2019; Schulz/Bailey 2014; Lamker/Schulze Dieckhoff 2019; Demaria/Kallis/Bakker 2019; Lange 2017; Brokow-Loga/Eckardt 2020; Pütz/Mössner/Lange 2020). Teilweise erfolgt dies unter Rückgriff auf kapitalismuskritische, aber nicht explizit postwachstumsorientierte Ansätze wie etwa das Konzept der *diverse economies* (Gibson-Graham 2008).

Es mag verwundern, dass dies nicht schon früher geschah, waren es doch gerade die Raumwissenschaften, die schon früh auf Grenzen des Wachstums hingewiesen haben und umfangreich zu den negativen Folgen des globalen Ressourcenverbrauchs geforscht und publiziert haben. Auch die Raumplanung befasst sich traditionell mit der Knappheit von Böden, Landschaften, Habitaten und Ressourcen und ist bestrebt, Flächenverbrauch sinnvoll zu kanalisieren bzw. zu beschränken.

Dennoch bleiben die vorherrschenden Konzepte, Modelle und Theorieansätze in den Raumwissenschaften meist einem nicht weiter hinterfragten Wachstumsparadigma verhaftet. So basieren etwa gängige Indikatorensysteme und Leitbilder in der Regionalentwicklung auf der Annahme, dass quantitatives Wachstum (z. B. von Arbeitsmärkten, Bevölkerung, Unternehmensumsätzen, Infrastrukturinvestitionen) als wichtigster Motor jeder positiven Entwicklung zu gelten habe. Negative Externalitäten dieses Entwicklungsparadigmas – wie z. B. Umwelt- und Gesundheitsfolgen – werden zwar problematisiert, und es wird deren Minderung und Steuerung angestrebt. Ein grundsätzlicheres Infragestellen der Sinnhaftigkeit kontinuierlichen Wachstums bleibt jedoch weitgehend aus.

Dies gilt paradoxerweise auch für die jüngere Forschung zu schrumpfenden Städten oder zum demographischen Wandel im ländlichen Raum, in der weitaus seltener die Chancen des Wandels thematisiert werden als die Probleme und die Möglichkeiten zur Rückkehr auf Wachstumspfade.

Um hier jedoch gleich ein Missverständnis zu vermeiden: Postwachstum ist nicht gleichzusetzen mit Schrumpfung (z. B. der Bevölkerung) oder Rezession (z. B. der Wirtschaftsleistung). Vielmehr geht es um eine Abkehr vom unhinterfragten Glauben an Wachstum, also der illusorischen Vorstellung, die gegenwärtigen Produktionssysteme und Konsummuster könnten langfristig und global wachsen, solange sich der Ressourcenverbrauch durch technologische Innovationen und Effizienzgewinne kontinuierlich mindern lässt.

Postwachstum heißt aber auch nicht, dass grundsätzlich kein materielles Wachstum mehr möglich sein soll. Die meisten Postwachstumsansätze gehen vielmehr davon aus, dass räumliche Differenzierungen notwendig seien (z. B. *pro poor growth* in wirtschaftlich benachteiligten Regionen). Im Kern geht es darum, Wachstum neu zu verstehen und zu bewerten und die langfristige Sinnhaftigkeit bestimmter Entwicklungen zu prüfen und gegebenenfalls nach Alternativen innerhalb freiheitlicher Gesellschaftsbedingungen zu suchen. Sinnhaftigkeit ist hier nicht nur im Sinne ökologischer Vernunft gemeint, sondern auch im Hinblick auf Sinnstiftung bezüglich individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse (Gemeinwohlorientierung vs. ökonomische Profitabilität für Einzelne).

Dabei kommt auch ein erweitertes Verständnis von »Wirtschaft« zum Tragen, das neben formal verfassten, nach Marktprinzipien agierenden Unternehmen auch Formen der sozialen und Solidarischen Ökonomie sowie andere private (z. B. häusliche Pflege) und kommunitäre Aktivitäten (z. B.

Nachbarschaftshilfe, Tauschringe) umfasst. Dies soll keineswegs heißen, dass auch kommunitäre Aktivitäten künftig nach Marktlogiken erfasst und quantifiziert werden sollten. Vielmehr plädieren Autorinnen wie Seidl und Zahrnt (2019) dafür, verstärkt die Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands als gleichwertig zu BIP-relevanten Aktivitäten anzuerkennen (siehe Beiträge Brückner und Szumelda in diesem Band).

Vor diesem Hintergrund sind die Raumwissenschaften mit ihrem originären Interesse an Nachhaltigkeitsfragen besonders geeignet und gefordert, sich kritisch mit gegenwärtigen Debatten über *Grünes Wachstum*, *Circular Economy*, *Smart Cities* und *Sharing Economy* auseinanderzusetzen. Gleichzeitig ist eine systematischere Beschäftigung mit alternativen Wirtschaftsformen dringend geboten, um die teilweise noch ephemeren, teilweise deutlich an Relevanz gewinnenden Ansätze (z. B. Solidarische Landwirtschaft) verstehen und hinsichtlich deren transformativem Potenzial bewerten zu können.

Konzepte für einen geographischen Blick auf Postwachstumsprozesse

Gängige raumbezogene Konzepte wie *scale*, *network*, *territory* und *place* haben, neben anderen Begriffen wie *terrain*, *landscape* oder *border*, eine lange Tradition in der raumwissenschaftlichen Forschung. Erstere werden von verschiedenen Autorinnen als grundlegende Raumkonzepte angeführt, da sie für je unterschiedliche Eigenlogiken stehen, wie Raum in sozialer Praxis hervorgebracht wird und betrachtet werden kann (Belina 2013; Jessop/Brenner/Jones 2008). Die Art und Weise, wie Raum und Raumbezüge sozial produziert (Lefebvre) und gefasst werden können, ist auch für die Transformationsforschung von großer Bedeutung (siehe Beitrag Schmid in diesem Band).

Ein wiederkehrender Aspekt in zahlreichen empirischen Beiträgen dieses Bandes ist beispielsweise die Frage der Skalierung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Sie nimmt eine zentrale Stellung in aktuellen Debatten um Postwachstum ein (Buch-Hansen 2018), wird dabei aber recht unterschiedlich als Reichweite, Relevanz, Professionalisierung oder Institutionalisierung gefasst. Versuche zur Überwindung struktureller Unterscheidungen zwischen lokal und global (Marston/Jones/Woodward 2005; Massey 2005) spielen hier ebenso eine Rolle wie Fragen der Unterscheidung zwischen Bottom-up- und Top-down-Strategien gesellschaftlichen Wandels (Gallo-Cruz 2017).

Inspiriert von nichthierarchisierenden, rhizomatischen sowie horizontalen Ontologien – wie beispielweise durch praxistheoretische oder Actor-Network-Ansätze vorgeschlagen –, wird Wandel zunehmend durch die Verschiebung diverser Praktiken in mehr-als-menschlichen Zusammenhängen imaginiert und konzipiert (Joutsenvirta 2016; Lange/Bürkner 2018; Rodríguez-Giralt/Marrero-Guillamón/Milstein 2018; Schmid/Smith 2020).

Ebenso werfen die governance- und planungsbezogenen Beiträge Fragen nach den Bezugs- und Handlungsräumen sowie der Territorialität von Postwachstumsprozessen auf (siehe Beitrag Bürkner/Lange in diesem Band). Während raumwissenschaftliche Perspektiven immer wieder auf die Gemachtheit territorialer Einheiten hinweisen (Agnew 1994; Cox 2003), stellen sich administrative und planerische Territorien meist als eine (unter mehreren) Beschreibungsformen der »Realität« für transformative Politiken dar.

Unter Zuhilfenahme jüngerer stadtgeographischer sowie kulturwissenschaftlicher Stadtforschungsansätze zeigen sich subjektorientierte und skalenkritische Perspektiven als Erweiterung der Transition-Theory-Ansätze. Fragen des subjektiv konfigurierten räumlichen Bezugs- und Handlungsrahmens von Akteur*innen bezüglich deren Rolle, Funktion und Erwartungshaltung bei Postwachstumsprozessen werden von Smith, Voß und Grin (2010) sowie Coenen, Benneworth und Truffer (2012) als Transitionsgeographien genauer in Augenschein genommen (siehe Beiträge Lamker/Schulze Dieckhoff sowie Kettner/Mössner in diesem Band).

Gleichzeitig wird im Zuge der Debatten um Digitalisierung eine zunehmende räumliche Entgrenzung konstatiert. Dabei wird jedoch leicht übersehen, dass soziale Praxis auch im digitalen Zeitalter an bestimmte Orte und Materialitäten gebunden ist. Die vielseitigen Raumbezüge und translokalen Verknüpfungen von Online- und Offline-Communitys benötigen daher Perspektiven, welche die räumlichen Vernetzungen sowie den Ortsbezug sozialer Praxis fassen.

Ein Beispiel hierfür sind die Entwicklungen um »Offene Werkstätten« (Lange 2017) und die *Maker*-Bewegung, das »Maker Movement« (Davies 2017) (siehe Beitrag Kurzeja/Thiele/Klagge in diesem Band). Während überregionale Organisationen (wie der Verbund Offener Werkstätten) und Online-Plattformen eine wichtige Rolle für die Verbreitung Offener Werkstätten spielen, sind die eigentlichen Orte dabei eng mit bestimmten Bedeutungen aufgeladen, durch Gemeinschaften geprägt sowie temporär verfasst, sodass

sie sich nicht einfach beliebig erweitern und replizieren (skalieren) lassen. Somit ist auch das Zusammenwirken unterschiedlicher Raumformen – z. B. *scale, place, network* – eine wichtige Voraussetzung, um Transformationsprozesse und -potenziale zu verstehen.

Konkrete Beispiele postwachstumsorientierten Wirtschaftens, Konsumierens, Planens und Bauens sind also weder getrennt von übergeordneten Handlungs- und Politikeben zu betrachten noch losgelöst von ihren teils regionalen, teils weiträumigeren relationalen Beziehungen zu anderen Praktiken und Akteuren. Dieses Zusammenspiel von Ebenen, Reichweiten und Beziehungen ist es, das neue Geographien des Postwachstums schafft. Dabei steht der hier verwendete Plural nicht nur für die strukturelle und thematische Vielfalt geographischer Artikulationen von Postwachstum, sondern auch für die gegenwärtige Dynamik und Volatilität emergenter Muster. Diese begleitend zu reflektieren, ist Chance und Herausforderung zugleich und erfordert ein ständiges Hinterfragen etablierter Modelle und Erklärungsansätze. Dabei ist zu wünschen, dass sich vorliegende und künftige Erkenntnisse der raumbezogenen Postwachstumsforschung auch bald in Lehrbuchwissen und Politikempfehlungen niederschlagen. Hierzu möchte das vorliegende Buch einen Beitrag leisten, ebenso wie das von uns mitverfasste Heft der Zeitschrift *politische ökologie* (oekom 2020) und ein in Arbeit befindliches Positionspapier der ARL.[4]

Herausforderungen für die Raumwissenschaften

Aus raumwissenschaftlicher Perspektive sind viele der Postwachstumsphänomene demnach nicht nur hochgradig relevant, sondern bedürfen auch einer intensiven wissenschaftlichen Begleitung, um aus den Frühphasen der Initiativen zu lernen und Schlüsse für künftige Vorhaben sowie für die Politikberatung (s. u.) ziehen zu können.

Während etwa Alternative Energiekonzepte (Klagge/Meister 2018) sowie Aspekte der gemeinschaftlichen Nahrungsmittelproduktion in Städten – *urban farming* (Rosol 2018) – bereits sehr intensiv bearbeitet werden, steckt die empirische Beschäftigung mit anderen postwachstumsorientierten An-

4 https://www.arl-net.de/de/postwachstum (28.02.2020)

sätzen noch in den Kinderschuhen. Beispielhaft seien folgende Themenbereiche angerissen:

Boden

Die Frage von Bodeneigentum und Bodenpolitik sind alles andere als ein neues Thema für die Raumwissenschaften und die räumliche Planung (siehe Hertweck 2018). Jedoch rücken aktuelle Debatten über steigende Immobilienpreise und Wohnungsknappheit die Frage des Bodeneigentums wieder in den Mittelpunkt des Interesses (Difu/vhw 2017) und bieten eine Reihe von Berührungspunkten mit der Postwachstumsdebatte, etwa wenn es um die Kommodifizierung von Flächen in öffentlichem Eigentum geht, um die Frage der Rekommunalisierung ehemals privatisierter Liegenschaften (z. B. für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau) und – eng damit verbunden – um die Frage der demokratischen Partizipation an der Entscheidungsfindung über den gesellschaftlich erwünschten Umgang mit Grund und Boden (Hesse 2018).

Wohnen

Fragen der Nichtsteuerbarkeit von Siedlungsentwicklung in Zeiten fortschreitender Privatisierung und Kommerzialisierung sind eng verbunden mit der Frage nach der Art des erwünschten Wachstums (z. B. welche Art von Wohnraum für wen?). Neben sozialen und gestalterischen Aspekten (inkl. nachhaltiger Baustandards) geht es dabei auch um die Frage, wie Wohnformen ermöglicht und gefördert werden können, die Raum für postwachstumsorientierte Lebensstile und Produktionsweisen bieten (Jarvis 2017). Eine Option ist z. B., (vergleichsweise) kleine private Wohnflächen mit gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeiten (Arbeitszimmer, Werkstätten, Spiel- und Sportflächen, Gärten) zu kombinieren. Ferner geht es auch um Formen des gemeinschaftlichen Planens, Investierens und Wohnens (z. B. Baugruppen, Genossenschaften) (siehe Beitrag Wohlgemuth/Pütz in diesem Band).

Arbeiten

Aspekte der Siedlungsgestaltung sind wiederum eng verbunden mit den Entwicklungsmöglichkeiten neuer Formen urbaner Produktion. Neben der Urbanen Landwirtschaft gehören dazu auch Offene Werkstätten bzw. sogenannte *Makerspaces* (Lange/Bürkner 2018), Formen gemeinschaftlicher oder

temporärer Büronutzungen (*Co-working Spaces* – zunehmend in Kombination mit Kinderbetreuungs-, Wohn- und Gastronomieangeboten) sowie eine Vielzahl anderer Arten kooperativ geteilter Nutzungen.

Teilen

Nicht jede Spielart der Sharing Economy ist per se postwachstumsorientiert bzw. nachhaltiger als herkömmliche Nutzungsformen. Im Gegenteil, eine ganze Reihe unter diesem Label gefasster kommerzieller Dienste bestehen nur vordergründig aus Teilangeboten (z. B. große Carsharing-Anbieter oder der Onlinemarktplatz für die Vermittlung von Unterkünften Airbnb) und sind zunehmend Gegenstand kritischer Betrachtungen (Belk 2017; Martin 2016). Ressourcenschonende sowie gemeinschaftsorientierte Praktiken des Teilens liefern jedoch wichtige Impulse für Postwachstumsökonomien (Schmid 2020).

Landwirtschaft

Mit der Veränderung von Konsummustern und zunehmender Rückbesinnung auf regionale Nahrungsmittelproduktion kommt auch neuen Formen der aktiven oder passiven Mitwirkung eine besondere Bedeutung zu, wie beispielweise durch Kapitalbeteiligung oder das Einbringen der eigenen Arbeitskraft im Kontext der Solidarischen Landwirtschaft (»Community Supported Agriculture« [CSA]). Neben ökologischen Aspekten der Umnutzung von Flächen und neben räumlichen Mustern veränderter Versorgungsbeziehungen weckt hier insbesondere die sozioökonomische Dimension das raumwissenschaftliche Interesse an Fragen von Kohäsion, Partizipation und Koproduktion.

Ländlicher Raum

CSA-Initiativen sind nicht nur im Umland städtischer Agglomerationen zu finden, sondern sie prägen zunehmend auch den ländlichen Raum. Auch hier geht es um Fragen der Gestaltbarkeit, Versorgungssicherheit und des sozialen Zusammenhalts. Über die Landwirtschaft hinausgehend zeigen vielfältigste Initiativen im ländlichen Raum (z. B. Nachbarschaftsläden, Tauschringe, Lokalwährungen, Energiekooperativen) wachstumskritische Ansätze, die häufig unter dem Dach von Transition-Town-Initiativen gebündelt sind.

Transdisziplinäre Perspektiven auf Postwachstumsprozesse

In allen genannten Themenfeldern sind neue Formen sozialer Beziehungen und spezifische Organisationsformen zu finden. Letztere gehen oft über das herkömmliche Verständnis von privatwirtschaftlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen hinaus und umfassen unterschiedlichste Formen *hybrider Organisationen*. Damit sind Konstellationen wirtschaftlicher, öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure gemeint, wie sie etwa im Fairtrade-Handel oder in der dezentralen Produktion erneuerbarer Energien entstanden sind (Dufays/Huybrechts 2016). Sozialunternehmen beziehungsweise »(eco-)social enterprises« (Defourny 2014; Johanisova/Franková 2017) sind Beispiele hybrider Organisationen, die auf sehr unterschiedliche Weisen wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange miteinander kombinieren. Ihnen wird in den Raumwissenschaften (etwa der Wirtschaftsgeographie) bisher allenfalls am Rande Beachtung geschenkt.

Auf allen Ebenen planerischen Handelns können Postwachstumsaspekte mehr oder weniger explizit Berücksichtigung finden. Vor allem in Stadtplanung und Architektur sind zunehmend Ansätze zu erkennen, durch gestalterische und infrastrukturelle Voraussetzungen postwachstumsorientierte Aktivitäten zu fördern oder erst zu ermöglichen (siehe Beiträge Kettner/Mössner sowie Lamker/Schulze Dieckhoff in diesem Band). Die Gestaltung von Wohn- und Gewerbebauten oder die Konzeption öffentlicher Flächen kann etwa proaktiv Räume des Teilens (Co-working, Gemeinschaftsgärten) und notwendige Infrastrukturen (Werkstätten, Car-/Bikesharing) schaffen. In diesem Zusammenhang sei hier auch auf die Ideenlabore der *Initiative Postwachstumsgesellschaft* der Regionalgruppe NRW im »Jungen Forum« der ARL verwiesen, die sich experimentell mit Zugängen zur Postwachstumsplanung auseinandersetzen (Schulze Dieckhoff/Lamker 2017).

Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage, wie intensiv sich die Raumwissenschaften an diesen politischen und gesellschaftlichen Debatten beteiligen wollen. Es besteht eine große Variationsbreite zwischen einer defensiv-beobachtenden Position, die sich primär aus empirischem oder konzeptionellem Interesse mit Postwachstumsphänomenen beschäftigt, und einer explizit aktivistischen Rolle gesellschaftlich engagierter Forschender, die sich selbst als Teil einer Bewegung verstehen (*Participatory Action Research*, vgl. Kindon et al. 2007).

Es lässt sich ableiten, dass die Auseinandersetzung mit den hier aufgezeigten Themen aus raumwissenschaftlichen Perspektiven relevant und notwendig ist. Die vorliegende Anthologie zeigt exemplarisch auf, wie sich die Raumwissenschaften als beschreibende und analysierende Disziplin(en) weiterhin verstehen und in der Planungspraxis ihre Rolle als Handlungs- und Umsetzungsorgan ausgestalten können. Aus beiden Perspektiven erwachsen weiterreichende Handlungsimperative im Kontext einer postwachstumsorientierten Gesellschaftsanalyse.

Ziele der Anthologie

Vor diesem Hintergrund ist es zentrales Anliegen dieses Buchs, Antworten auf folgende Fragen zu liefern:

1. Was leistet eine Raumperspektive für das Verständnis von Postwachstumsökonomien?
2. In welchen Orts-, Netzwerk- und Positionierungsbezügen zeigen sich Praktiken und Prozesse der Postwachstumsökonomie?
3. Wie lassen sich etablierte Begriffe und Konzepte der Raum- und Planungswissenschaften fruchtbar für die Postwachstumsforschung operationalisieren?
4. Wie stellen sich Möglichkeiten und Probleme der Institutionalisierung und Skalierung postwachstumsorientierter Organisationen und Praktiken aus raumwissenschaftlicher Perspektive dar?
5. Welche Konsequenzen und Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich für die Raum- und Stadtplanung?
6. Welche raumsensiblen Erklärungsangebote für gesellschaftlichen Wandel erweisen sich als analytisch hilfreich und anwendungsnah?

Diese Fragen werden sich nur beantworten lassen, wenn etablierte Begriffe und Konzepte der Raum- und Planungswissenschaften kritisch reflektiert werden. Dazu gehört auch, latente Prägungen einer wachstumsorientierten Regional- und Raumanalyse zu erkennen und ggf. veränderte Heuristiken anzubieten.

So ist beispielsweise unser analytisches Verständnis von regionalen Entwicklungsprozessen in der Regel untrennbar verbunden mit den herkömm-

lichen Verfahren zu deren Messung bzw. Bewertung. Trotz langjähriger und mannigfaltiger Kritik an rein quantitativ-monetären Kenngrößen (z. B. BIP, Produktivität, Direktinvestitionen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung), beherrschen diese Indikatoren weiterhin die wissenschaftlichen Analysen wie auch die politischen Debatten. Zwar liegen bereits alternative Zugänge zur Bewertung von Nachhaltigkeit, Lebenszufriedenheit und des Ausmaßes sozialer Kohäsion/Solidarität vor. Doch diese Zugänge fristen – nicht zuletzt wegen ihrer höheren Komplexität – bisher ein akademisches Schattendasein.

Ähnlich einseitig beziehungsweise eng ist unser vorherrschendes Innovationsverständnis. Wenngleich das Konzept der Sozialen Innovationen in den letzten Jahren Eingang in die raumwissenschaftliche Forschung gefunden hat (Avelino et al. 2017), so bleiben die meisten Arbeiten doch einem eher technisch-organisatorischen Verständnis von Innovation verbunden. Meist geht es vornehmlich eher darum, die räumlichen Wirkungen inkrementeller Verbesserungen von Produktionsabläufen zu erforschen (z. B. Effizienzsteigerungen durch neue Herstellungsverfahren; Optimierung logistischer Abläufe), als darum, auch die Folgen disruptiver Innovationen bzw. Inventionen zu reflektieren, etwa des sogenannten »Internets der Dinge«. Ein erweitertes räumlich-situiertes Innovationsverständnis würde es hingegen erlauben, zusätzlich gesellschaftlichen Wandel und damit verbundene Innovationen etwa in den Bereichen politischer Partizipation, lokaler Gemeinschaften, Arbeitszeitmodelle, Lebensstile und Konsummuster zu erfassen (siehe Lange/Bürkner sowie Tschumi/Winiger/Wirth et al. in diesem Band).

Auch gehen die Raumwissenschaften zumeist nicht nur von einem engen Konzept von Wirtschaft aus, sondern auch von einer traditionellen Auffassung von Unternehmen als zentralem Akteur. In der Regel werden Unternehmen als formal verfasste Organisationen verstanden, die den Regeln des Markts unterworfen sind und monetären Rentabilitätszielen folgen. Auch öffentliche Unternehmen (z. B. kommunale Versorgungsbetriebe) oder soziale bzw. solidarwirtschaftliche Unternehmen (z. B. Genossenschaften und gemeinnützige Organisationen) werden vorrangig aus marktlogischer Perspektive betrachtet. Dieses Verständnis von Unternehmen lässt wenig Spielraum für hybride und temporäre Akteurskonstellationen, gemeinwohlorientierte Initiativen und andere heterodoxe Organisationsformen alltäglichen Wirtschaftens, denen in der Postwachstumsdebatte eine besondere Bedeutung beigemessen wird.

Struktur und Gliederung der Anthologie

Die Gliederung orientiert sich an den oben aufgeworfenen Leitfragen und den damit verbundenen disziplinären und interdisziplinären Diskussionssträngen. Die Leitfragen werden entlang von vier Themengruppen (Kapitel I–IV) behandelt, unter denen sich die Einzelbeiträge gruppieren. Diese Beiträge spiegeln einerseits die Breite der gegenwärtigen Debatten in Wissenschaft und Praxis wider und heben andererseits solche konzeptionellen und sachlichen Probleme hervor, die bislang weniger diskutiert wurden.

In der Themengruppe I »Perspektivräume« gehen die Beiträge der Frage nach, was eine Raumperspektive auf das Verständnis von Postwachstum leisten kann. In welchen Orts-, Netzwerk- und Positionierungsbezügen zeigen sich Praktiken und Prozesse der Postwachstumsökonomie? Welche räumlichen Strategien und welche Sozialen Innovationen liegen diesen postwachstumsökonomischen Praktiken und Prozessen zugrunde?

Die Themengruppe II »Möglichkeitsräume« stellt Perspektiven vor, wie die Akteur*innen im Feld der Postwachstumsökonomie ihre Umfeld-, Raum- und Ortsbezüge einschätzen. Welche Erwartungen richten sie an Transition und Transformation und wie gehen sie mit diesen um? Welche konkreten Praktiken, Konzepte und Visionen schaffen neue Geographien des Postwachstums?

Themengruppe III »Konflikträume« adressiert ausgewählte Spannungsfelder, etwa anhand der globalen Dimension bzw. Nord-Süd-Dimension sozialökologischer Transformation oder anhand der Rolle der Finanzwirtschaft.

Schließlich widmet sich Themengruppe IV »Gestaltungsräume« der Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich aus den dargelegten Problemstellungen und Analysen für die Raum- und Siedlungsplanung? Welche Impulse, Themen und Methodiken sollten in die Ausbildung und Lehre Eingang finden? Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich für die Raumentwicklungspolitik? Welche Möglichkeiten der Intervention und Mitgestaltung hat die Zivilgesellschaft?

Die vier Themengruppen werden durch Praxisbeispiele, Interviews und Fallporträts gerahmt. Wir verfolgen damit die Absicht, je spezifische Geschichten, Praktiken, Prozesse und Wahrnehmungen von Aktivist*innen und Akteur*innen direkt in deren Sprache einzubringen. Diese Polyvokalität lädt somit Praktiker*innen als maßgebliche definierende Promotor*innen von Postwachstumsgeographien ein – wenn diese auch nur selten den Begriff Postwachstum verwenden, so weisen ihre Praktiken gleichwohl konkrete Bezüge aus.

Das Buch will konzeptionelle Denkanstöße anregen und neugierig auf ein neues Themenfeld machen. Anstatt abschließende Antworten zu finden, zielt diese Anthologie darauf ab, die Vielfalt und Potenziale von Postwachstumsgeographien nachzuzeichnen, zu synthetisieren und dabei auch offen bleibende Fragen zu identifizieren, aus denen sich Ziele für die weitere Debatte ableiten lassen. Dabei gilt es auch, so manch gewohnte Denk- und Arbeitsweise zu hinterfragen und zu neuen transdisziplinären Themenkooperationen aufzubrechen. Das abschließende Interview zur potenziellen Rolle von Kunst und zu kreativen Experimenten in der postwachstumsorientierten Raumentwicklung steht dafür exemplarisch: Wir regen zu einem offenen und dynamischen Prozess zwischen aktivistischen und akademischen Diskussionen um Postwachstum an und fordern die Raumwissenschaften dazu auf, durch einen differenzierten Blick auf die räumlichen Dimensionen gesellschaftlicher, sozioökonomischer und ökologischer Veränderungsdynamiken eine geographische Perspektive auf Postwachstumsprozesse zu entwickeln und diese beizutragen.

Literatur

Acosta, A.; Brand, U. (2018): Radikale Alternativen: Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München.

Agnew, J. (1994): The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory. Review of International Political Economy, 1(1), 53–80.

Avelino, F.; Wittmayer, J. M.; Pel, B.; Weaver, P.; Dumitru, A.; Haxeltine, A.; Kemp, R.; Jørgensen, M. S.; Bauler, T.; Ruijsink, S.; O'Riordan, T. (2017): Transformative social innovation and (dis)empowerment. In: Technological Forecasting and Social Change 145, 195–206. https://doi.org/10.1016/j.techfore.2017.05.002

Belk, R. (2017): Sharing Versus Pseudo-Sharing in Web 2.0. In: The Anthropologist 18 (1), 7–23.

Binswanger, M. (2019): Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim.

Bridge, G. (2009): Material Worlds: Natural Resources, Resource Geography and the Material Economy. In: Geography Compass 3 (3), 1217–1244.

Brokow-Loga, A.; Eckardt, F. (Hg.) (2020): Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom.
Buch-Hansen, H. (2018): The Prerequisites for a Degrowth Paradigm Shift: Insights from Critical Political Economy. In: Ecological Economics 146, 157–163. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2017.10.021
Coenen, L.; Benneworth, P.; Truffer, B. (2012): The geography of transitions. Addressing the hidden spatial dimension of sociotechnical transformations. In: Research Policy 41 (6), 955–967.
Cox, K. R. (2003): Political geography and the territorial. Political In: Geography 22 (6), 607–610. https://doi.org/10.1016/S0962-6298(03)00064-7
Davies, S. R. (2017): Hackerspaces: Making the maker movement. Cambridge.
Defourny, J. (2014). From Third Sector to Social Enterprise. In: Defourny, J.; Hulgard, L.; Pestoff, V. (eds.): Social enterprise and the third sector: Changing European landscapes in a comparative perspective. New York, 17–41.
Demaria, F.; Kallis, G.; Bakker, K. (2019): Geographies of degrowth: Nowtopias, resurgences and the decolonization of imaginaries and places. In: Environment and Planning E: Nature and Space 2 (3), 431–450.
Difu – Deutsches Institut für Urbanistik; vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (2017): Bodenpolitische Agenda 2020–2030. Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen. Sonderveröffentlichung, Oktober 2017.
Dufays, F.; Huybrechts, B. (2016): Where do hybrids come from? Entrepreneurial team heterogeneity as an avenue for the emergence of hybrid organizations. In: International Small Business Journal 34 (6), 777–796.
European Commission (2010): Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Brussels.
European Commission (2019): The European Green Deal. COM(2019) 640 final 11.12.2019. Brussels.
Gallo-Cruz, S. (2017). The insufficient imagery of top-down, bottom-up in global movements analysis. In: Social Movement Studies 16 (2), 153–168. https://doi.org/10.1080/14742837.2016.1252664
Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: performative practices for ›other worlds‹. In: Progress in Human Geography 32 (5): 613–632.
Giljum, S.; Lutter, S. (2015): Globaler Ressourcenkonsum: Die Welt auf dem Weg in eine Green Economy? In: Geographische Rundschau 67 (5), 10–15.

Hertweck, F. (2018): Hans-Jochen Vogels Projekt eines neuen Eigentumsrechts des städtischen Bodens. In: Arch+ 231, 46–53.

Hesse, M. (2018): In Grund und Boden. Wie die Finanzialisierung von Bodenmärkten und Flächennutzung Städte unter Druck setzt. In: Arch+ 231, 78–83.

Hickel, J.; Kallis, G. (2019): Is Green Growth Possible? New Political Economy, 1–18. https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964

Jackson, T. (2009): Prosperity without growth? The transition to a sustainable economy. London.

Jarvis, H. (2017): Sharing, togetherness and intentional degrowth. In: Progress in Human Geography 43 (2), 256–275.

Jessop, B.; Brenner, N.; Jones, M. (2008): Theorizing sociospatial relations. Environment and Planning D. In: Society and Space 26 (3), 389–401. https://doi.org/10.1068/d9107

Jevons, W. S. (1865): *The Coal Question.* New York.

Johanisova, N.; Fraňková, E. (2013): Eco-social enterprises in practice and theory. A radical vs. Mainstream view. In: Anastasiadis, M. (ed.): ECO-WISE social enterprises as sustainable actors: Concepts, performances, impacts (1. edition). Brünn, 110–129.

Jorberg, T. (2010): Finanzmärkte und Aufgaben der Banken. In: Seidl, I.; Zahrnt, A. (eds): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg, 145–153.

Joutsenvirta, M. (2016): A practice approach to the institutionalization of economic degrowth. In: Ecological Economics 128, 23–32. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2016.04.006

Kallis, G. (2018): Degrowth. Newcastle upon Tyne.

Kenis, A.; Lievens, M. (2016): Greening the Economy or Economizing the Green Project? When Environmental Concerns Are Turned into a Means to Save the Market. In: Review of Radical Political Economics 48 (2), 217–234.

Kerschner, C.; Wächter, P.; Nierling, L.; Ehlers, M.-H. (2018): Degrowth and Technology: Towards feasible, viable, appropriate and convivial imaginaries. In: Journal of Cleaner Production 197, 1619–1636.

Kindon, S.; Pain, R.; Kesby, M. (2009): Participatory Action Research. In: International Encyclopedia of Human Geography. Amsterdam, 90–95. https://doi.org/10.1016/B978-008044910-4.00490-9

Klagge, B.; Meister, T. (2018): Energy cooperatives in Germany – an example of successful alternative economies? In: Local Environment 23 (7), 697–716.

Krueger, R.; Schulz, C.; Gibbs, D. C. (2017): Institutionalizing alternative economic spaces? An interpretivist perspective on diverse economies. In: Progress in Human Geography 42 (4), 569–589.

Lamker, C.; Schulze Dieckhoff, V. (2019): Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl. In: RaumPlanung 201 (2-2019): 48–54.

Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 61 (1), 38–55.

Lange, S. (2018): Macroeconomics Without Growth. Sustainable Economies in Neoclassical, Keynesian and Marxian Theories. Marburg.

Lange, B.; Bürkner, H.-J. (2018): Open workshops as sites of innovative socio-economic practices: approaching urban post-growth by assemblage theory. In: *Local Environment* 23 (7): 680–696.

Latouche, S. (2006): Le pari de la décroissance. Paris.

Martin, C. J. (2016): The sharing economy: A pathway to sustainability or a nightmarish form of neoliberal capitalism? In: Ecological Economics 121: 149–159.

Marston, S. A.; Jones, J. P.; Woodward, K. (2005): Human geography without scale. In: Transactions of the Institute of British Geographers 30 (4), 416–432. https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2005.00180.x

Massey, D. (2008): World city (Reprint). Cambridge.

Meadows, D. H.; Meadows, D. L.; Randers, J.; Behrens III, W. W. (1972): The Limits to Growth. New York.

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2009): Declaration on Green Growth (Adopted at the Council Meeting at Ministerial level on 25 June 2009). Paris.

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2011): How's Life? Measuring well-being. Paris.

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2014): Greener Skills and Jobs. OECD Green Growth Studies. Februar 2014.

oekom e. V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.) (2020): Möglichkeitsräume. Raumplanung im Zeichen des Postwachstums. München. = politische ökologie April 2020_38. Jahrgang.

Paech, N. (2010): Eine Alternative zum Entkopplungsmythos: Die Postwachstumsökonomie. In: Humane Wirtschaft 5/2010, 12–14.

Pansera, M.; Ehlers, M.-H.; Kerschner, C. (2019): Unlocking wise digital techno-futures: Contributions from the Degrowth community. Bristol. = Futures 114.

Pütz, M.; Mössner, S.; Lange, B. (2020). Warum die Debatte um Postwachstum für die Raumentwicklung relevant ist. Konturen einer entstehenden Debatte. Nachrichten der ARL, 2019(3), 52–54.

Rodríguez-Giralt, I.; Marrero-Guillamón, I.; Milstein, D. (2018): Reassembling activism, activating assemblages. In: An introduction. Social Movement Studies 17(3), 257–268. https://doi.org/10.1080/14742837.2018.1459299

Rosol, M. (2018): Alternative Ernährungsnetzwerke als Alternative Ökonomien. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 62 (3–4), 174–186.

Santarius, T.; Lange, S. (2018): Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit. München.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019) Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.

Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. In: Geography Compass 13 (11). DOI: https://doi.org/10.1111/gec3.12470.

Schmid, B. (2020): Making Transformative Geographies Lessons from Stuttgart's Community Economy. Bielefeld.

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2014): The Politics of Sufficiency. Munich.

Schulz, C.; Bailey, I. (2014): The Green Economy and Post-Growth Regimes: Opportunities and Challenges for Economic Geography. In: Geografiska Annaler B 96 (3), 277–291.

Schulze Dieckhoff, V.; Lamker, C. (2017): Junges Forum NRW diskutiert Postwachstumsplanung. In: Nachrichten der ARL 2017 (3), 33–34.

Seidl, I.; Zahrnt, A. (2019): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Weimar bei Marburg.

Smith, A.; Voß, J.-P.; Grin, J. (2010): Innovation studies and sustainability transitions: The allure of the multi-level perspective and its challenges. In: Research and Policy 39, 435–448.

UNEP – United Nations Environment Programme (2011): Towards a green economy: Pathways to sustainable development and poverty eradication. – A Synthesis for Policy Makers, www.unep.org/greeneconomy.

Zademach, H.-M.; Hillebrand, S. (2013): Alternative Economies and Spaces. New Perspectives for a Sustainable Economy. Bielefeld.

I. Perspektivräume



»Fehlen wirklich konzeptionelle Anstöße für alternative,
nicht an materiellen Wachstumsindikatoren orientierte Entwicklungsmodelle?
Oder stehen wir nicht nur vor dem Wagnis des Machens?«

Frank Gwildis



Situierte Raumkonzepte zur Erklärung von Arbeitsprozessen im Kontext von Postwachstumsökonomien

Hans-Joachim Bürkner, Bastian Lange

1. (Post-)Kapitalistische Arbeitsverständnisse in der Diskussion

1.1 Fragen und Zielsetzungen

Geographische Diskussionen über mögliche Formen und Wirkungen von aufkeimenden Postwachstumsökonomien haben die Kategorie »Arbeit« bislang auf merkwürdige Weise ausgeklammert. Besonders die Wirtschaftsgeographie hat den konkreten Arbeitsformen und deren Einfluss auf Produktionsstrukturen, Netzwerke und Raumkonstrukte nur geringe Beachtung geschenkt. Merkwürdig mutet dieser Umstand vor allem deshalb an, weil Arbeit als zentraler Bestandteil ökonomischer Prozesse im unmittelbaren Blickfeld der Disziplin liegen sollte. Es gilt daher, eine Perspektive auf Prozesse des Postwachstums zu entwickeln, welche die Kategorie »Arbeit« und deren besondere sozialräumliche Implikationen in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt.

Dabei ist insbesondere die Frage nach solchen Sozialen Innovationen relevant, die auf wenig vorhersehbare Weise in ökonomische Felder hineinreichen. Dies geht über den Horizont ökonomischer Analysen erheblich hinaus. Gewöhnlich wurde dort das Arbeiten in eine direkte Beziehung zu ökonomischen Prozessen und Strukturen gesetzt, die wiederum der Basislogik kapitalistischen Wirtschaftens untergeordnet waren. Diese Praxis wurde selbst in den für Ökonomen oftmals irritierenden Randbereichen der Ökonomie beibehalten. Während beispielsweise ökonomische Innovationsbegriffe in den vergangenen Jahren hinsichtlich ihrer Öffnung für weitere gesellschaftliche Impulse diskutiert wurden, blieben die grundlegenden Wachstumspostula-

te des gegenwärtigen globalen Wirtschaftssystems davon unberührt. »User innovation« oder »open innovation«, mit denen findige Unternehmen außerbetriebliche Wissensressourcen anzapfen und kostengünstige Ressourcen erschließen, dienen in dieser Perspektive einem fortgesetzten Wachstumsstreben und dem Anspruch auf unbedingte Profitmaximierung (vgl. Brinks 2019).

Das Problem der adäquaten Beschreibung von veränderten Arbeitsprozessen wird somit komplizierter als anfänglich absehbar, geht es doch um nicht weniger, als die traditionellen Begriffe »Produktion«, »Konsum« und »Markt« als fixierte Fluchtpunkte kapitalistischen Wirtschaftens aufzubrechen. Der experimentelle und häufig zugleich emanzipatorische Charakter neuer Arbeitsformen, die sich abseits formeller ökonomischer Strukturen entwickelt haben, erfordert einen unverstellten Blick auf flexible Arrangements und Kopplungen zwischen sozialer Praxis, Ökonomie und Raumentwicklung. Gefragt ist nunmehr eine intensive Auseinandersetzung mit den vielfältigen Bedeutungen und gesellschaftlichen Folgen der Koevolution technologischer und Sozialer Innovationen (Blättel-Mink 2010).

Der Fall technologischer Innovationen, die weit in soziale Tätigkeiten hineinreichen und dabei fast alle gesellschaftlichen Bereiche transformieren, ist dabei noch relativ leicht zu erschließen, da er nahe an traditionellen disziplinären Blickrichtungen angesiedelt ist und lediglich eine leicht veränderte Fokussierung erfordert. Schwieriger gestaltet sich dagegen die gegenperspektivische Analyse Sozialer Innovationen, welche für ökonomische und technologische Innovationen relevant werden. Wegen ihrer hohen Kontextabhängigkeit ist eine dezidierte Hinwendung zur Analyse sozialer Praxisformen erforderlich (Howaldt/Schwarz 2010a: 30 ff., 66).

Zu beiden Aufgaben möchte dieser Beitrag aus der Perspektive der raumbezogenen Sozial- und Wirtschaftsforschung einige Anregungen liefern. Angesichts der geringen Rolle, die Soziale Innovationen bislang für die wirtschaftsgeographische Theoriebildung gespielt haben, erklären wir diesen Bereich zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Wir führen dazu den Begriff »situierte Soziale Innovation« ein, der die Bindung von Innovationsprozessen an soziale Gemeinschaften und spezifische soziale Raumkonstrukte zum Ausdruck bringt (Abschnitt 6). Zugleich zeigen wir auf, dass im Zuge einer quasi naturwüchsigen und ungesteuerten Entwicklung einer Alltagskultur des Postwachstums (Hagen/Rückert-John 2016) auch Arbeitsprozesse neu definiert werden, die wiederum mit veränderten situationsbezogenen Raumkonstrukten einhergehen.

1.2 Aufbau des Texts

Wegen der umfassenden Einbettung Sozialer Innovationen in soziale Praxisformen entwickeln wir im Folgenden eine **kontextorientierte** Sicht auf Arbeit. Sie nimmt nicht nur originäre Neuschöpfungen von Arbeitsprozessen in den Blick, sondern auch gemischte Übergangsformen zwischen klassischer Erwerbsarbeit und »atypischer«, vom Profitzwang befreiter Arbeit. Wir blicken demzufolge besonders auf hybride Arbeitspraktiken, wie wir sie im Übergangsbereich zwischen Hobby, Ehrenamt, selbst organisierter bzw. selbstständiger Arbeit sowie formalisierter Erwerbsarbeit und deren Varianten (Teilzeit-, Vollzeitarbeit) erkennen. Diese heterogenen Arbeitsformen und ihre Praktiken folgen häufig keiner klaren Entwicklungslogik. Sie entstehen mehr oder weniger kontingent und ungeplant *in situ*, d. h. an denjenigen Orten, die der Schauplatz komplexer, mehrdimensionaler sozialer Praxisvollzüge sind. Aus raumwissenschaftlicher Sicht besteht die Aufgabe somit darin, ihre jeweils besondere Situiertheit zu erfassen. Wir nehmen an, dass Arbeit stets situiert ist, d. h. in bestimmte räumlich-soziale Kontexte eingebettet ist, die ihr jeweils besondere Ausprägungen verleihen. Situiertheit und konkrete Ausprägungen sind daher als zentrale Gegenstände der Analyse von Postwachstumsökonomien zu etablieren. Nicht zuletzt impliziert dies die Forderung nach einer veränderten Raumbezogenheit der geographischen Teildisziplinen, insbesondere der Wirtschaftsgeographie.

2. Wandel der Arbeit: Eckpunkte und Praxisformen

2.1 Neue Arbeit als »new work«?

Bei der gegenwärtigen Beschreibung gesellschaftlicher Zukünfte werden zahlreiche Begriffe von Arbeit in Stellung gebracht: Einerseits werden die Versprechungen einer digitalisierten Arbeitswelt artikuliert, mit denen die bestehenden industrietechnologischen Ausgangsstrukturen optimiert werden sollen. Dabei werden hauptsächlich mehr Flexibilität und Effizienz bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen, gesteigerte Leistungen, problemlos organisierbare Multilokalität von Produktion und Dienstleistungen sowie technische Omnipotenzialität in Aussicht gestellt (Apt/Bovenschulte/Hartmann et al. 2016). Derartige Vorstellungen beziehen sich auf die ersten Digi-

talisierungswellen, die industrielle Kernbereiche erfasst und unter dem Etikett »Industrie 4.0« vor allem unternehmensinterne Roboterisierungs- und Automatisierungsprozesse vorangetrieben hatten. Sie adressieren ebenfalls jüngere Digitalisierungsprozesse, die als neue Formen der internetbasierten Plattform- und Gig-Ökonomie sowie des Crowdworkings in Erscheinung treten und tief in die nichtbetriebliche Organisation individualisierter Lohnarbeit und Scheinselbstständigkeit hineinreichen.

Andererseits entwickeln sich entsprechend dem Credo des *New Work* (Bergmann 2019 [1988]) alternative Arbeitsbegriffe, die von veränderten gesellschaftlichen Prämissen ausgehen. So ist der Arbeitsbegriff in den jüngeren Postwachstumsdebatten auffallend antitechnisch und selbstgenügsam-reduktionistisch angelegt. Arbeit sollte demzufolge künftig selbst gewählt, zeitlich selbstbestimmt, energetisch ausgeglichen, sozial eingebettet, gemeinschaftsorientiert und menschenzentriert sein (Schmelzer/Vetter 2019; Chatterton/Pusey 2019).

Derartige Vorstellungen folgen der Überzeugung, dass es für neue Arrangements ökonomischer Tätigkeiten wichtig sei, sich auf das menschlich Erwünschte zurückzubeziehen. Das emanzipatorische Projekt der Postwachstumsökonomien beschränkt sich nicht auf die Kritik an den stofflich und ökologisch desaströsen Ressourcenverbräuchen der wachstumsorientierten industriellen Produktion, sondern fordert an zentraler Stelle auch neue, selbstbestimmte Arbeitsvorgänge ein. Dabei werden die herrschenden Arbeitsverhältnisse im globalen Süden wie auch im Norden zunehmend in die Kritik ökonomischer Wachstumsimperative einbezogen. Diskriminierend wirkende und ausbeuterisch organisierte Arbeit werde immer mehr digital organisiert. Damit würden die sozialen Kosten des technologischen Wandels vor allem den »Bodentruppen für die Globalisierung« (Busche 2001) aufgebürdet. Mikroarbeit, fehlende rechtliche Absicherung und das strategische Gegeneinanderausspielen von Wohlstandsunterschieden schwächen in dieser Perspektive die Position derjenigen, die bei der Zweckbestimmung und Organisation von Arbeit ohnehin nur wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten haben.

2.2 Die emanzipatorische Kritik an den herrschenden Arbeitsverhältnissen

Als emanzipatorischer Gegenentwurf gründet sich der Arbeitsbegriff in der Postwachstumsdebatte auf das Postulat der strukturellen Autonomie. Die

Definition von Arbeit dürfe nicht länger profit- und erwerbsökonomisch ausgerichtet sein, sondern müsse heterogene Arbeitsformen und -kontexte gleichberechtigt behandeln. Die Befreiung vom Diktat des Profits setze dabei mehrfache Gegenpositionen voraus: Sie müsse antikonsumistisch, antineoliberal und antihegemonial ausgerichtet sein und sich an einer entsprechenden Bedürfnispyramide orientieren (Seidl/Zahrnt 2019, 9–24). Zugleich werden neue Technologien als Mittel dieser Befreiung angesehen. Digital organisierte Zugänge zu Arbeitsressourcen und -mitteln sowie zu erforderlichem Wissen stellen augenscheinlich wichtige Bottom-up-Handlungsoptionen zur Verfügung. Eine weitere Gegenposition des Autonomiepostulats propagiert den Übergang in einen gesellschaftlichen Zustand des *post-work* (Chatterton/Pusey 2019; Pitts/Dinerstein 2017). Sie basiert auf der Forderung nach der generellen Abschaffung industrieller Arbeit, der Existenzsicherung durch Mindesteinkommen und der strukturellen Entkopplung von Arbeit und Ökonomie.

Derartige Postulate verlassen den Boden bekannter gesellschaftstheoretischer Entwürfe und lassen sich auf das Wagnis theoretischer Paradoxa ein. So steht Arbeit einerseits als abstrakte Negation eines neoliberal verzerrten Arbeitsbegriffs zur Debatte und geht mit der Forderung nach Überwindung kapitalistischer Produktionsprinzipien einher; andererseits wird Arbeit – in Anlehnung an die evolutionäre Perspektive des *New Work* – als utopisches Befreiungsinstrument überhöht, das sich nicht unbedingt von der gewohnten Systemrationalität lösen muss. Damit wird nicht nur das Emanzipationsprojekt des Postwachstums immer weniger klar definierbar. Auch die theoretische Beschreibung der Kategorie »Arbeit« samt deren Funktionen für Postwachstumsökonomien läuft Gefahr, in den Sog von Spekulationen, Eklektizismen und epistemologischen Beliebigkeiten zu geraten.

Aus dem Blickwinkel einer zeitgemäßen Sozial- und Raumwissenschaft geht es somit in erster Linie darum, zu begreifen, auf welche Weise in der gesellschaftlichen Praxis die Abkehr von affirmativ-eklektischen Innovations- und Wachstumserwartungen der Vergangenheit inszeniert wird. Zugleich müssen die Wege in alternative Arbeitsprozesse hinein empirisch und theoretisch rekonstruiert und auf ihre emanzipatorischen Gehalte hin analysiert werden. Dabei reicht es nicht aus, lediglich die praktischen Folgen politisch-normativer Forderungen an die Individuen (»Ändere deinen Lebensstil!«) zu beobachten. Vielmehr gilt es, die Eigenlogiken und Autonomiepostulate der Arbeitenden selbst ernst zu nehmen. Dabei ist es unabdingbar, belastbare

analytische Zugriffe auf die konkreten Ansatzpunkte, auf die charakteristischen Merkmale und gesellschaftlichen Kontexte heterogener Arbeitsformen zu erhalten und zu entwickeln.

2.3 Arbeitsprozesse in Postwachstumsräumen

Neue Phänotypen von Arbeit haben in den 2010er Jahren vermehrt für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Arbeitsprozesse, die in Makerspaces, Reallaboren, Fab Labs, Offenen Werkstätten und Co-working Spaces geleistet werden, verlassen dabei die Beschreibungskategorien von Ökonomie und Wirtschaftswissenschaften. Sie sind nicht mehr eindeutig traditionellen unternehmerischen oder lohnabhängigen Arbeitsformen (im Sinne des englischen Begriffs »labour«) zuzuordnen (Krueger/Schulz/Gibbs 2017) und auch nicht einfach durch das Attribut »new« zu beschreiben (vgl. die Verwendung des Begriffs »new work« in der sozialwissenschaftlichen Beschreibung postindustriellen Wandels; Bergmann 2019[1988]). Ebenso wenig genügt es, sie als Restkategorie flexibilisierter Industriearbeit mit dem Vorzeichen »atypisch« zu versehen (vgl. Schiek/Apitzsch 2013), da ihre sozialen Kontexte dabei weitgehend ausgeblendet bleiben. Schließlich geht auch die Kennzeichnung unbezahlter, freiwilliger und persönlich motivierter Arbeit mithilfe des Begriffs »Amateurwirtschaft« *(amateur economy)* am Gegenstand vorbei, da sie ex ante einen kategorialen Gegensatz zu einer *professional economy* mit Lohnarbeitsverhältnissen impliziert (vgl. Sekulova/Kallis/Rodríguez-Labajos, 2013: 4). Faktisch sind die jüngeren Arbeitsprozesse jedoch zumeist situativ innerhalb von heterogenen sozialen Praxiskontexten angesiedelt – zwischen Hobby, der flexiblen alltäglichen Aneignung digitaler Technologien, der digital basierten prototypischen Kleinproduktion, frühen Formen der Existenzgründung sowie expandierenden Ökonomien des Teilens und Selbermachens (Carr/Gibson 2015; Chatterton/Pusey 2019).

2.4 Hybridisierung von Arbeit

Bei den »neuen« offenen Arbeitsformen handelt es sich um destandardisierte und eigenverantwortlich organisierte Arbeit, die auf der partiellen Übernahme handwerklicher Tätigkeiten, frisch erworbener digitaler Expertise und informellen, zuvor oft als unproduktiv oder reproduktiv bezeichneten Praxiselementen basiert. Da sie keine Abweichung von einem Standard dar-

stellt, sondern auf individuellen sowie kollektiven Erkundungen und Experimenten beruht, wird sie hier nicht als »atypisch« bezeichnet.

Offene Arbeit kann mit einer Erwerbstätigkeit verbunden sein, besteht häufig aber auch unabhängig davon. Sie ist dezidiert als ein hybrides Phänomen anzusprechen, das soziale und ökonomische Bezüge auf sich vereinigt. Wesentliches Kennzeichen ist eine starke Orientierung der Arbeitenden an sozialen Gemeinschaften und *peer groups* (Simons/Petschow/Peuckert 2016). Diese Orientierung stellt soziale Motive und selbst geschaffene nichthierarchische Arbeitskontexte über Organisationen und deren Erfordernisse. Die Akteure entwickeln ihre Interessen und Fähigkeiten weitgehend selbstgesteuert und treten in offene Kommunikation mit Gleichgesinnten. Sie verhandeln über den Austausch von Wissen, Materialien und Ideen. Sie tolerieren unterschiedliche Kompetenzen und auch die Entstehung kleiner Organisationseliten, welche die jeweiligen Arbeitsumgebungen einrichten und verwalten. Diese Gemeinschaftspraxis führt dazu, dass ursprüngliche Do-it-yourself-Attitüden in eine Art Do-it-together-Haltung verwandelt werden (Smith/Fressoli/Abrol et al. 2017). Das gemeinsame Entdecken und Praktizieren ist in hohem Maße sinnstiftend und hält auch abseits der konkreten Arbeitsergebnisse besondere soziale und symbolische Belohnungen bereit.

Die jüngere sozialökonomische Hybridisierung von Arbeit stellt Politik und Raumwissenschaften vor erhebliche konzeptionelle Probleme. Dort, wo sich Arbeitsformen ausbreiten, die sich ökonomisch kaum mehr eindeutig verorten lassen, erscheinen die beteiligten sozialen und ökonomischen Felder zunehmend als diffus und changierend. So gerät beispielsweise die kollektive Suche nach neuen Mobilitätsinfrastrukturen zu einem ausgesprochen ambivalenten Unterfangen. Wie der Fall des Ridesharing-Anbieters Uber zeigt, werden soziale Ziele (d. h. das profitlose Teilen) durch die Quasi-Erwerbstätigkeit der Fahrer*innen im Rahmen von Mitfahrangeboten unterlaufen, während sich die ökonomische Seite der entsprechenden Arbeitsformen abseits staatlicher Sicherungssysteme und der Beachtung sozialer Mindeststandards entfaltet (Rogers 2017). Derartige Phänomene sind kaum angemessen zu kategorisieren; gleichwohl haben sie die Bandbreite an »diversen« und pluralen Verständnissen von Arbeit abseits des einkommensorientierten Wirtschaftsverständnisses erweitert (Gibson-Graham 2008; North 2016; White/Williams 2016).

So nimmt es nicht Wunder, dass auch die gewohnten Vorstellungen von der Entstehung wirtschaftsbezogener Raumkonstrukte nicht mehr zwei-

felsfrei greifen wollen. An dieser Stelle sei nur auf die stagnierenden politischen Diskussionen rund um regionale Innovationscluster verwiesen, die in der Vergangenheit stets von der Verfügbarkeit hochgradig spezialisierter und hochqualifizierter Arbeitskraft innerhalb von dynamischen Unternehmen ausgingen. Erst in jüngerer Zeit sind auch andere innovative Arbeitskontexte als entwicklungsrelevant in Betracht gezogen worden, z. B. im Zusammenhang mit der unternehmensgesteuerten Aneignung unternehmensexterner Innovationspotenziale unter dem Schlagwort »Open Innovation« (Beise-Zee 2014). Damit kommen nicht nur temporäre Cluster, sondern auch wechselnde Verdichtungen von wirtschaftsbezogenen Kommunikationsprozessen ins Bewusstsein einer größeren Fachöffentlichkeit.

3. Formale Ökonomien und Arbeitstypiken

3.1 Der räumliche Wandel der Arbeit

Eine ähnliche Fixierung auf formale Ökonomien und Arbeitstypiken ist in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Debatte zum Wandel von Wirtschaftsräumen zu verzeichnen gewesen. So hatte vor allem die Wirtschaftsgeographie seit den 1990er Jahren immer wieder eine mehr oder weniger lineare Verräumlichungslogik des Wirtschaftens proklamiert, in der die räumliche Nähe bzw. Distanz, in der sich ökonomische Akteure zueinander befinden, als wichtige kausale wie auch interpretative Bezugsgrößen fungieren (Coenen/Raven/Verbong 2010). Erst seit ca. 2005 wird vermehrt diskutiert, dass Digitalisierung, Virtualisierung, Globalisierung, neue Produktionstechnologien und »atypische« Arbeitsformen für eine Vervielfachung von möglichen Nähe- und Distanzrelationen gesorgt haben (Reichwald/Piller 2006; Ibert 2010; Ibert/Hautala/Jauhiainen 2015; Butzin/Meyer 2020). Dabei wurde nicht nur eine neue Unübersichtlichkeit dieser Verhältnisse konstatiert, sondern auch Zweifel über ihre bisher angenommene generelle Bedeutung für die Raumentwicklung geäußert. Nähe wird mittlerweile eher als ein prozesshaftes, reflexives, oftmals temporäres und ex ante kaum verlässlich adressierbares Praxisphänomen mit variablen Wirkungen begriffen (Eckhardt 2019). Digitalisierung und die Entstehung von internetbasierten Plattformökonomien sorgen demzufolge für neue hybride Arbeitsformen und eine unerwartete Diversifizierung der Raumbezüge

(Autio/Nambisan/Thomas et al. 2018; Brettel/Friederichsen/Keller et al. 2014; Carr/Gibson 2015; Ravenelle 2017) – und damit auch für neue sozialräumliche Ungleichheiten, Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung und unterschiedliche Grade ihrer politischen Antizipation.

3.2 Multiplizität von Raumbezügen als Herausforderung für die Wirtschaftsgeographie

Unerwartet und häufig zunächst unbemerkt haben sich multiple Akteursbeziehungen und zurechenbare Raumbezüge herauskristallisiert – zwischen der Kopräsenz von Akteuren an physisch-lokalen Arbeitsorten, der fokussierten Kommunikation in geschützten globalen Datenkanälen, der offenen Interaktion heterogener Akteure in den Sozialen Netzwerken des Internets, dem Bespielen von themengebundenen Internetplattformen, Blogs und Foren sowie schließlich auch dem temporären Arrangieren von Projekten und Events innerhalb und außerhalb von Organisationen und sozialen Gemeinschaften.

Zugleich mit der Frage nach der Beschaffenheit dieser Beziehungen muss auch die Frage gestellt werden, wie sich Lokalisierungsprozesse neuer Produktions- und Konsumtionsformen erfassen lassen, ohne dass – wie so oft in der Vergangenheit – aus der bloßen Existenz eines physischen Arbeitsorts (z. B. in einem konkreten städtischen Quartier) sogleich eine Art Primat physischer Räumlichkeit abgeleitet oder suggeriert wird. Obwohl physische Orte weiterhin als »harte« Bedingung sozialer und ökonomischer Aktivitäten anzusprechen wären, sind sie dennoch mit vielfältigen weiteren ideellen, symbolischen und materiellen Kontextbedingungen verknüpft (Butzin/Meier 2020). Deren soziale und ökonomische Bedeutungen müssen erst einmal aufmerksam ermittelt werden, bevor die »standorttheoretische« Relevanz eines physischen Arbeitsorts behauptet werden kann. Allzu oft hat sich die raumbezogene Forschung in der Vergangenheit einem Labeling angeschlossen, das zuvor bereits von Politik und ökonomischen Akteuren etabliert worden war – die »urbanen Kreativquartiere« der 2000er Jahre liefern nur eines der bekannteren, aber keineswegs letzten Beispiele dieses Trends zur ungeprüften Übernahme plakativer Raumabstraktionen (vgl. Merkel 2008). Insofern ist räumliche Physis stets als ein Phänomen zu begreifen, das in mehrfache disziplinäre Diskurse und die fortlaufende interdisziplinäre Verhandlung von *spatial imaginaries* eingebunden ist (Watkins 2015).

4. Varianten postkapitalistischer Arbeitsformen

Während unterschiedliche Gewerke, z. B. Siebdruck, Holzbearbeitung, Digitaldruck, Stoffverarbeitung, Metallbearbeitung und Softwareerstellung, jeweils einen Ausgangspunkt für Erkundungen bereitstellen, eröffnen sich die einzelnen Gestaltungsdimensionen und Bearbeitungsformen erst im Verlauf eines gemeinschaftlichen Entdeckungsprozesses. Im Vordergrund der alltäglichen Praxis stehen die nach und nach auftauchenden »Produkt«-Entwicklungsmöglichkeiten und deren Veränderung sowie das Einüben von selbst entwickelten Bearbeitungsroutinen. Über diese Haltung definieren sich nicht nur lokale Arbeitsgemeinschaften, sondern schließlich auch kleine soziale Bewegungen, die den Übergang vom Entdecken zum kompetenten (Be)Arbeiten propagieren. In den USA bezeichnen sich die beteiligten Akteure häufig als »ProAms« *(Professional Amateurs)* oder rechnen sich einer größeren *Craftsmanship*-Bewegung zu, welche die Wiederentdeckung von handwerklichen Fähigkeiten und Tugenden aus einer amateurhaften, häufig urbanen Alltagsrealität heraus kultiviert (Sennett 2008).

4.1 Bastler, Tüftler, *Maker*

Um den Bogen noch ein wenig weiter zu spannen, lassen sich schließlich derartige Gemeinschaftsorientierungen, die bereits im Alltag durch Praktiken der Selbstermächtigung, Selbstorganisation und Selbststeuerung deutlich sichtbar werden, auch auf eine grundlegendere postkapitalistische und postwachstumsökonomische Wertorientierung rückbeziehen (Baier/Hansing/Müller et al. 2016). Viele Akteur*innen verstehen ihre Arbeit als Teil einer Gegenbewegung gegen die Wachstumsideologie der aktuell herrschenden Kapitalismusvarianten und setzen die vermehrte Entdeckung und prozessuale Ausgestaltung alternativer Produktions-, Arbeits- und Lebensformen dagegen. Dies ist nicht in jedem Fall offensichtlich. So neigen beispielsweise die Beteiligten der jüngst populär gewordenen *Maker*-Bewegung häufig nicht dazu, plakative Postwachstums- bzw. Degrowth-Rhetoriken zu verwenden.

Dennoch geht das gemeinschaftsbezogene praktische Selbstverständnis der Beteiligten unmissverständlich in Richtung der Erschließung von Alternativen zu den allgegenwärtigen Routinen der Erzeugung von Wachstum. Reparieren, Instandhalten, lange nutzen, teilen und geldlos tauschen ge-

hören hier bereits zu den alltäglichen Selbstverständlichkeiten eines Wirtschaftens. Diese Praktiken richten sich an sozialen Bedürfnissen aus und am Prinzip der Suffizienz.

4.2 Universalisten und Prosumenten

Zudem sind Akteurstypen entstanden, die sich als neue Universalisten verstehen: als Prosumenten, welche die Herstellung und Distribution von selbst entwickelten Produkten selbst in die Hand nehmen oder direkt auf die Produktion von Waren durch andere Akteure Einfluss nehmen (Hellmann 2010); als kreative Freelancer, die sich in translokalen Vernetzungsprojekten, spontanen Wertschöpfungsoptionen und experimentellen Entdeckungsprozessen samt zugehörigen mobilen Arbeitsräumlichkeiten (Co-working Spaces, Heimarbeitsplätzen, Cafés) verorten (Bender 2013); als Nischenakteure des Do-it-yourself-Produzierens und -Reparierens und als Teilnehmende an einer Subkultur des informell organisierten Teilens – in der lokalen Nachbarschaft ebenso wie quer über den Globus im Rahmen von internetbasierten Tauschringen und den Praxisformen themenorientierter Gemeinschaften.

All diese Akteur*innen haben nicht nur Neues ausprobiert und häufig auch experimentell angelegte Arbeitsformen entwickelt; sie haben auch die angebotsorientierte Basislogik kapitalistischer Ökonomien förmlich umgekehrt. Eine mehr oder weniger sozial definierte Nachfrage rückt in den Mittelpunkt der neuen Aktivitäten und ermöglicht es unter anderem, flexible Ansatzpunkte für neue Wertschöpfungsprozesse zu entwickeln – die sich dann allerdings nicht mehr einer universellen konkurrenzwirtschaftlichen Logik unterordnen. Nicht mehr »der Markt« mit seinen monetären Tauschmechanismen, sondern soziale Gemeinschaften mit deren besonderen kollektiven Wertvorstellungen und Bedürfnissen bilden hier häufig die relevanten sozioökonomischen Felder.

4.3 Postwachstumsorientierte Arbeit

Die Konzeptualisierung von postwachstumsorientierter Arbeit muss daher in Rechnung stellen, dass es sich stets um hybride Arbeitsformen handelt. Innerhalb der zugeordneten sozialen Gemeinschaften zu arbeiten, bedeutet, dem Profit und dem Einkommenserwerb in der individuellen und kollektiven Wertehierarchie eine untergeordnete Position zuzuweisen. Soziale und

ökonomische Zwecke und Ziele von Arbeit bestehen nebeneinander, ohne sich notwendigerweise miteinander verbinden oder aber auch in ein Konkurrenzverhältnis treten zu müssen. Arbeit ist nicht zwingend zu trennen von Prozessen der Selbstfindung sowie der damit einhergehenden Selbstpositionierung der Akteur*innen in einer Szene oder einer Praktikergemeinschaft. Zugleich sind die Akteure durch Praktiken des *Do-it-together* in einen lokal verflochtenen, aber dennoch überschaubaren Kommunikations-, Distributions- und Konsumtionskontext einbezogen. Der – im Vergleich zu abhängiger Lohnarbeit – hohe Grad der Handlungsautonomie und Selbstermächtigung der neuen Arbeitenden prädestiniert sie zu sozialen Rollen, die in einer kapitalistischen Wirtschaft nur dem einzelnen Unternehmer zugestanden werden, etwa als Agenten des Prinzips »*trial and error*«, der Sozialen Innovation und schließlich auch der kreativen Erfindung von Produkten und Verfahrensweisen.

Nicht von ungefähr kommen Assoziationen zu Joseph Schumpeters Idealtypus des schöpferischen Unternehmers auf. Allerdings trägt diese Assoziation nicht allzu weit, denn dieser Unternehmer muss stets den ökonomischen Untergang abwenden und seine Kreativität im Interesse des Wachstums auf Destruktion des Alten und Erfindung des Neuen hin kanalisieren, anstatt sie wie ein Social Entrepreneur für *Non-profit*-Zwecke einzusetzen (Löffler 2013). Dass auch den Sozialunternehmern dennoch eine Unterordnung unter Wettbewerbszwänge und Marktverhältnisse abverlangt wird, steht dabei auf einem anderen Blatt. Im Vergleich dazu können gemeinschaftsorientiert Arbeitende zumindest zeitweise innerhalb geschützter Arbeitsbereiche »freies und kreatives« Schaffen mit den wirkmächtigen Umweltbedingungen des »Wettbewerbs« und des »Überlebens am Markt« verbinden.

So vielversprechend diese Perspektive für weitere Konzeptualisierungen sein mag, erfordert sie dennoch einen grundlegenderen Blick auf die Voraussetzungen der Akteurskonstitution. Genauer gesagt, müssen die besonderen Formen und Logiken der Sozialen Innovationen thematisiert werden, die es den Akteuren ermöglichen, als aktiv Gestaltende auf ihre Arbeitsform und Arbeitsumgebungen Einfluss zu nehmen. Dabei gilt es, den Innovationsgehalt der Orientierung des Handelns an Gemeinschaften, alternativen Netzwerken, gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Nischen sowie nichtökonomischen Rationalitäten genauer zu bestimmen sowie dessen Auswirkungen auf die Arbeitsformen und die zurechenbaren Raumkonstrukte nachzuverfolgen.

5. Soziale Innovationen als Antriebe neuer Arbeitsformen und zurechenbarer Raumkonstrukte

5.1 Einbettung und Praktiken Sozialer Innovationen

Jüngere interdisziplinäre Ansätze zum Thema »Soziale Innovation« stellen viele pauschale Annahmen zu den unmittelbaren sektoralen Auswirkungen der Erfindung und Verbreitung neuer Güter oder ökonomischer Verfahrensweisen infrage. Sie machen darauf aufmerksam, dass beliebige Innovationen wegen der Notwendigkeit ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz stets sozial vermittelt sind. Derartige Vermittlungen können innerhalb von Branchen, sozialen Gemeinschaften, Szenen oder ähnlichen Teilbereichen einer Gesellschaft stattfinden. Ökonomische Innovationen im engeren Sinne sind dann stets an soziale Neuerungen gekoppelt, die mit einer Veränderung der Zwecke, Verwendungsweisen, Wirkungen und sozialräumlichen Erstreckungen (Skalen) von Gütern und Dienstleistungen einhergehen (Howaldt/Schwarz 2010b).

Darüber hinaus wird die zeitliche Abfolge technischer Innovationen (erst die Erfindung, dann die eigentliche Innovation in Form der Verbreitung, Akzeptanz und diskursiven Markierung neuer oder veränderter Güter und Technologien) durch variable zeitliche Beziehungen ersetzt. Sozial initiierte oder vermittelte »Erfindungen« können zugleich mit ihrer Implementation auftreten – d.h. im aktuellen Vollzug sozialer Praktiken. Sie benötigen durch ihre Praxisverankerung nicht unbedingt eine allgemeine Markierung als Innovation, bevor sie Verbreitung finden. Insofern ist von einer variablen Koevolution technischer und Sozialer Innovationen auszugehen, die große Spielräume für den Erfolg und auch für das Scheitern von Experimenten lässt.

Der Umschwung von einem technizistischen, an der Beherrschung der Natur durch Technik orientierten Weltbild zu einer an Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit orientierten Denkweise kann als eine makrosoziale Innovation angesprochen werden, die auf die »untergeordneten« Bereiche einer Gesellschaft sowie die einzelnen Subjekte einwirkt. Derartige exogene, universelle Innovationen würden somit die kreative Anpassung der Individuen und kleinen Kollektive an vorgefertigte Entwicklungsmodelle einfordern, während endogene Innovationen in höherem Maße einer Eigenlogik folgen. Sie laden zu weiteren Experimenten ein – im Sinne eines ergebnisoffenen *trial and error* – und sind wenig(er) vorhersagbar (Brandsen/Evers/Cattacin et al. 2016: 310).

5.2 Postwachstumsökonomien als Soziale Innovationen?

Neue Denkweisen, Normen und moralische Standards sind bislang eher den exogenen Innovationen zugerechnet worden. Solche Zuordnungen haben sich in der recht grundsätzlich geführten Debatte um Postwachstum und Postkapitalismus rasch etabliert. Die Anliegen der philosophisch-weltanschaulichen Protagonisten der Postwachstumstransformation (z. B. Paech 2012; Mason 2016) werden an der Basis aber nicht selten als merkwürdig distanziert wahrgenommen. Die von ihnen vorformulierten Normen und Werte werden zwar in der Praxis rezipiert, müssen aber stets mit den eigenen alltäglichen Erfahrungstatsachen abgeglichen werden. Derart entstandene exogene Innovationen stoßen leicht an ihre Grenzen.

Degrowth und Postwachstum sind dann häufig keine großen Sachen mehr, sondern fast beiläufige Effekte gemeinschaftlicher Arbeitserfolge in der Offenen Werkstatt oder im 3-D-Druck-Labor. Für jeden gesellschaftlichen Teilbereich (z. B. ein sozioökonomisches Feld) ließen sich somit problematische endogen-exogene Kopplungen aufzeigen. Zwischen der lokalen Veränderungsdynamik von Arbeitsformen, Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten sowie übergreifenden weltanschaulichen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen entsteht ein Vermittlungsproblem. Im Ergebnis liegen Koevolution und Koexistenz unterschiedlicher Referenzsysteme (hier basisnahe Praxis, dort ideologischer Überbau) näher als die überzeugende Vermittlung und Integration.

Soziale Innovationen und ihre Kopplungen erfordern somit konzeptionelle Öffnungen, die über die Forderung nach einer neuen, besseren Gesellschaftstheorie (etwa im Sinne von Howaldt/Schwarz 2010a) hinausgehen. Wie Jaeger-Erben, John und Rückert-John (2017) aufgezeigt haben, führt die Subsumtionslogik, die mit einer Gesellschaftstheorie an den Gegenstand herangetragen wird, unweigerlich zur Fehleinschätzung von Experimenten, der Forderung nach Verwendungsfreiheit von Produkten und Tätigkeiten, scheinbar interesselosem Ausprobieren und anderen sozialen Praktiken. Sie schreibt den Akteuren eine Intentionalität zu, die sie vielleicht in der jeweils angenommenen Form gar nicht haben. Die Verheißung einer besseren Zukunft, die sich generell an den Begriff »Soziale Innovation« heftet (Jaeger-Erben/John/Rückert-John 2017: 246), führt zwar umgehend zu Forderungen nach der politischen Steuerung dieser Zukunft, blendet aber den experimentellen Charakter von Innovationen ebenso aus wie das Recht der Ex-

perimentierenden auf Freiräume und Freiheit von Ausbeutung des soeben Er- oder Gefundenen durch andere – von einem Recht auf Scheitern ganz zu schweigen.

5.3 Aus der sozialen Nische in die unternehmerische Welt?

Übertragen auf das Phänomen der neuen Arbeitsformen bedeutet dies, dass nicht alles eine Soziale Innovation sein muss, was gesamtgesellschaftlich als solche angesehen wird. Vielmehr kann es sich um den Versuch der machtgeleiteten Zähmung normabweichender Akteure handeln. Um zu unserem aktuellen Referenzfall zurückzukehren: Die Tatsache, dass Maker und Nutzer*innen von Offenen Werkstätten in der Lage sind, aus ihrem Tüfteln und Experimentieren potenziell (oder auch realiter) gemeinwohlorientierte Geschäftsideen zu entwickeln und (sozial-)unternehmerisch tätig zu werden, wird häufig als Ausdruck einer geglückten Sozialen Innovation angesehen werden, da sie ein ökonomisches *upscaling* aus der Nische heraus anzeigt, das wiederum mit ökonomischen Innovationen einhergehen kann (Schmid 2019; Lange/Domann/Häfele 2016). Dass damit aber eine Annexion der »unten« identifizierten Lebenswelt durch Externe betrieben werden kann, die der Sozialen Innovation insgeheim ihre Berechtigung abspricht und für »richtige« (d. h. institutionalisierte) Pfade der Innovation plädiert, wird dabei in der Regel nicht mitbedacht.

Als Akteure einer derartigen ideellen, symbolischen und auch materiellen Enteignung der Innovatoren bieten sich an: politische Institutionen (Wirtschaftsförderung), wissenschaftliche Institutionen (unter anderem Wirtschaftsgeograph*innen, die etwa behaupten, dieses *upscaling* sei etwas unvorhergesehen Nützliches für die Stadt- und Regionalentwicklung) und ökonomische Akteure (z. B. Nischenkonkurrenten, die sich nicht speziell auf eine gerade zur Debatte stehende Innovation berufen können). Weitere Kandidaten für die Ausführung von Enteignungen zeigen sich *in situ* (meistens in den Städten in Form eines auf urbane Kreativität fokussierten Stadtmarketings) sowie auf Zuruf einflussreicher Eliten (z. B. Medienlenker).

Soziale Innovator*innen sehen sich somit der Notwendigkeit gegenüber, die mühsam abgesteckten soziotechnischen Domänen (z. B. digitale Kompetenz), korrespondierende soziale Freiräume und insbesondere kuratierende Gemeinschaften gegen Übernahmen von außen zu verteidigen. Dies kann zeitweise mit dem Rückzug in wenig erreichbare Subkulturen und exklusive

Praktiken gelingen. Der Rückzug steht jedoch in wachsendem Widerspruch zum postkapitalistischen Anspruch auf Offenlegung von Wissensbeständen, Verfahrensweisen und Bauplänen (siehe die Beiträge in Baier/Hansing/Müller et al. 2016). Technologien des DIY *(do it yourself)* und DIT *(do it together)*, das Insistieren auf freiem Zugang zu Public Domains und die (Wieder)Herstellung der Alltagstauglichkeit technisch fortgeschrittener Produkte fordern Öffentlichkeiten ein, die aber gerade durch diese Öffnung verletzlich werden und für institutionell etablierte Akteure leicht zu marginalisieren sind.

6. Eckpunkte der Perspektive einer »situierten Sozialen Innovation«

In der Praxis stellen Makerspaces, Offene Werkstätten und Co-working Spaces offene Räume dar. Diese regen die beteiligten Akteure zum eigenen Experimentieren innerhalb der *community*, zur Selbstvergewisserung, zur offenen Kommunikation mit *peers* und zur weiteren Ausgestaltung einer unterstützenden Gemeinschaft an. Sich im Erkunden von Neuem gegenseitig über die Schulter zu schauen, Wissen zu teilen und auch zeitweilige Wissensvorsprünge anderer zu tolerieren, stellt für viele, die in einer neoliberal organisierten Konkurrenzgesellschaft sozialisiert wurden, ein Wagnis, aber zugleich auch eine große Verlockung dar (Simons/Petschow/Peuckert 2016: 20 ff.).

Die sozialen Räume in Form von lokalen Gemeinschaften, die sich an einem bestimmten Ort (Treffpunkt, Werkstatt) herausbilden, sind Ergebnis des Versuchs, die arbeitsspezifische Materialität der Gewerke, Werkzeuge, Arbeitsräume und sichtbaren Etikettierungen, etwa als »Makerspace Rhein-Neckar«[1], gezielt zu nutzen. Zugleich dienen sie dazu, das einmal Erreichte symbolisch und materiell abzusichern, die Verbreitung der neuen Arbeitspraktiken zu ermöglichen und Interessierte an einem weithin sichtbaren Ort zusammenzubringen. Die soziomateriellen Elemente dieser Orte sind teilweise durch die Arbeitstechniken und -praktiken nahegelegt; teilweise sind sie aber auch das Ergebnis erratischer Suchbewegungen und zufälliger Be-

1 Siehe https://www.makerspace-rheinneckar.de/ (21.02.2020).

gegnungen. Sie sind als *Open-Source*-Raum weiterhin kollektiv veränderbar und zugleich individuell gestaltbar.

Diese Variabilität und Ergebnisoffenheit der Gestaltung ist Ausdruck eines Prozesses, den wir an dieser Stelle mit dem Begriff »situierte Soziale Innovation« bezeichnen. Situiert sind neue Arbeitsformen dann, wenn sie sich auf eine soziale Gemeinschaft beziehen, welche die Einzelnen in ihrem Experimentieren ermuntert und gegen Vereinnahmungen von außen in Schutz nimmt (für ein etabliertes Modell oder eine politische Rolle, etwa als Aushängeschild scheinbar lebendiger oder vielfältiger Stadtentwicklung). Die kollektive Übernahme von Haltungen und Praktiken des Experimentierens stellt dabei die eigentliche Soziale Innovation dar. Sie ist stets auf Zeit gestellt und kann von der nächsten Gemeinschaftsinitiative abgelöst oder in ihrer Bedeutung relativiert werden. Der Ansatz stellt die sozialen Praxisformen im Kontext des Arbeitens in den Mittelpunkt, insbesondere solche, die auf vielfältige, internetbasierte Kommunikation und alltägliche technologische Adaptionsprozesse zurückgreifen.

Aufgrund der Prozesshaftigkeit und ergebnisoffenen Variabilität sozialer Praktiken entwickeln die beteiligten Akteure jeweils temporäre und kontextbezogene Raumkonstrukte. Diese Konstrukte sind ebenfalls grundsätzlich situiert, weil Akteurinnen und Akteure in der Praxis jeweils an einem konkreten, aber veränderlichen Ort arbeiten, sei es in Form eines sozialen Orts (Gemeinschaft, Organisation, Treffpunkt), eines physischen Arbeitsplatzes (Büro, Werkstatt, Desktop) oder eines identifizierbaren virtuellen Kommunikationsknotens (virtuelles Netzwerk, IP-Adresse).

Bestandteile der Situierung sind nicht nur Vergemeinschaftungsprozesse und deren materielle Absicherung in Form von physischen Raumbestandteilen; Situierung vollzieht sich auch durch Öffnungen in virtuelle Räume hinein, wie sie exemplarisch von der Maker-Bewegung vorgenommen worden sind. Die Kommunikation der Macher, Bastler, Tüftler und Teiler hat die Welt des Internets, der Sozialen Netzwerke und der blogbasierten Interaktion mit wichtigen Machern längst in die eigene Praxis integriert. Die Impulse für neue Experimentierfelder, Gemeinschaftsaktionen und Messen (z. B. die emblematischen *Maker Fairs*) kommen zu einem großen Teil aus den USA und den ersten Communities, die die Maker-Idee popularisiert haben (siehe die Selbstdarstellung des US-Makerspace-Gurus Dale Dougherty[2]).

2 https://makezine.com/author/dalepd/ (21.02.2020)

Hier können einzelne Nutzer*innen weltweit immer noch konkrete Unterstützung und Beratung erhalten. Die Situierung wird somit realisiert, indem die relevanten globalen Communities und deren Mitglieder auf virtuellem Wege selektiv an einen bestimmten lokalen Punkt herangeholt werden. Aus der Sicht der lokalen Akteure betrachtet, beinhaltet das entstehende Raumkonstrukt zugleich auch variable, interessen- oder neugiergeleitete Extensionen des Lokalen in virtuelle Räume hinein. Die fortlaufende Veränderung dieses oszillierenden Raumkonstrukts, seine Expansion und Kontraktion entsprechend der kollektiven Pflege (Kuratierung) des Experimentellen (als *modus operandi*), stellt eine wichtige Eigenheit und zugleich eine zentrale Bedingung der Fortentwicklung der jeweiligen Communities und deren Praxisformen dar.

In diesem Sinne gilt es hier, nicht etwa den Marx'schen »Stand der Produktivkräfte«, sondern den Stand und die fortlaufende Veränderung der »Experimentalkräfte« aufmerksam zu beobachten. Wichtige Antriebe, Bewegungsrichtungen und Wirkungen experimenteller Aktivitäten gilt es empirisch und theoretisch zu rekonstruieren. Jaeger-Erben/John/Rückert-John (2017) haben bereits dazu aufgerufen, sich dabei auf eine Theorie des sozialen Wandels anstatt auf eine eher statische Gesellschaftstheorie zu beziehen. Inwiefern auch eine solche Theorie bereits verfestigte Annahmen über soziale Strukturen, Relationen und Prozesse enthält, die der bedingungslosen Rekonstruktion des offenen Experiments entgegenstehen, muss sich erst noch am konkreten Rekonstruktionsfall erweisen.

Für eine vorrangig an euklidischen Distanzen oder auch nur an der Beobachtung strukturell determinierter sozialer Distanzen interessierten Raumwissenschaft gibt es hier vorerst nur wenige Betätigungsmöglichkeiten. Erst mit der Aufgabe eines strukturfixierten Denkens zugunsten einer an variablen, multidimensionalen und reflexiven Prozessen der Raumkonstruktion *(beyond the geographical fix)* kommt absehbar Bewegung in den allgemeinen Erklärungsnotstand.

Auch dort, wo sich bereits die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass soziale Nähe nicht unbedingt sogleich mit physischer Nähe korreliert (z. B. in der Forschung zu Kopräsenz und *co-location*, siehe Grabher/Melchior/Schiemer et al. 2018), kann sich die Hoffnung auf eine lediglich minimale Kurskorrektur als trügerisch erweisen. Bleibt die Hoffnung auf die Entdeckung physischer Korrelate des Sozialen oder Ökonomischen im Hinterkopf, so bleibt der Fall »Makerspace« unzugänglich: Die Akteure führen dann vermeintlich bekann-

te Muster der »Innovation durch physische Nähe« vor, während in Wirklichkeit für die Ausgestaltung ihres Arbeitsalltags die virtuellen Bezugsräume zu ähnlichen Enthusiastengemeinschaften wesentlich relevanter sind. Man muss sich schon dezidiert auf die Rekonstruktion der mehrdimensionalen Raumoszillationen einlassen, um dem Phänomen näherzukommen.

7. Die Perspektive »Räume der Arbeit« und Postwachstumsfragen: Ein erstes Resümee

Eine entschiedene Hinwendung zu arbeitsbezogenen Praxisformen lässt ökonomische Determinismen der Beschreibung und Erklärung von mehr oder weniger fixierten »Räumen des Wirtschaftens« in den Hintergrund der Betrachtung treten und rückt die soziale Durchdringung ökonomischer Prozesse und Tätigkeiten stärker in den Vordergrund. Die Diversität der Arbeitsformen geht mit vervielfältigten Umgangsformen der Akteure mit ihrer sozialen und materiellen Umgebung einher – zwischen der scheinbar verwertungsabstinenten Erprobung neuer Technologien, der profitfreien Bereitstellung von Produkten und (Dienst(?)-)Leistungen für eine Gemeinschaft bis hin zum Übergang von kleinen Arbeits- und Produktionskonzepten in unternehmerische Existenzen und formalisierte Arbeitsverhältnisse. Diese Diversität und Vielgestaltigkeit der Arbeitsformen geht mit einer grundsätzlich offenen Soziomaterialität der Orts- und Raumkonstrukte einher. Neue Räume spannen sich zwischen temporären virtuellen Orten und Sphären der Kommunikation einerseits und physischen Orten des kopräsenten Arbeitens andererseits auf. Aufgrund dieser Offenheit sind die Raumkonstrukte fluide und nicht als feste Raumstrukturen oder gar als systematisch erzeugter *spatial fix* greifbar – im Sinne eines räumlichen Niederschlags sozialer bzw. ökonomischer Prozesse.

Insbesondere die aus alltäglichen Postwachstumspraktiken entstehenden Anregungen für Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsprozesse, welche die Akteure durch virtuelle, multilaterale Kommunikation erhalten, sind in der Regel kaum eindeutig auf ihren jeweiligen Entstehungsort zurückführbar und somit lokalisierbar. »Die« Orte »der« Postwachstumsinnovation kann es unter diesen Voraussetzungen kaum geben. Analog dazu muss von einer mehrdimensionalen, d.h. gleichzeitig virtualisierten, globalisierten und lokalisierten Raumkonstitution ausgegangen werden. Es handelt sich

um Implikationen situierter Innovationsprozesse, die eben auch translokale Formen des Postwachstums eröffnen. Darauf muss eine veränderte analytische Rekonstruktion der vielfältigen, prozesshaft fortlaufenden Raumkonstruktionen im Kontext neuer postwachstumsorientierter Arbeitsformen detailliert eingehen.

Literatur

Apt, W.; Bovenschulte, M.; Hartmann, E. A.; Wischmann, St. (2016): Foresight-Studie »Digitale Arbeitswelt«. Berlin. = Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales FB463. URN: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47039-5 (18.12.2019).

Autio, E.; Nambisan, S.; Thomas, L. D. W.; Wright, M. (2018): Digital affordances, spatial affordances, and the genesis of entrepreneurial ecosystems. In: Strategic Entrepreneurship Journal 12 (1), 72–95.

Baier, A.; Hansing, T.; Müller, Ch.; Werner, K. (Hg.) (2016): Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld.

Beise-Zee, M. (2014): Regionale Innovationscluster und internationale Netzwerkkompetenz. In: Schultz, C.; Hölzle, K. (Hg.): Motoren der Innovation. Zukunftsperspektiven der Innovationsforschung. Wiesbaden, 295–310.

Bender, D. (2013): Mobile Arbeitsplätze als kreative Räume: Coworking Spaces, Cafés und andere urbane Arbeitsorte. Bielefeld.

Bergmann, F. (2019 [1988]): New Work, New Culture. Nachdruck. Hampshire.

Blättel-Mink, B.(2010): Innovation und Kultur am Beispiel von Crowdsourcing. Herausforderung für die Innovationsforschung. In: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden, 127–142.

Brandsen, T.; Evers, A.; Cattacin, S.; Zimmer, A. (2016): The Good, the Bad and the Ugly in Social Innovation. In: Brandsen, T.; Cattacin, S.; Evers, A.; Zimmer, A. (Hg.): Social Innovations in the Urban Context. Cham, 303–310.

Brettel, M.; Friederichsen, N.; Keller, M.; Rosenberg, M. (2014): How Virtualization, Decentralization and Network Building Change the Manufacturing Landscape: An Industry 4.0 Perspective. In: International Journal of Mechanical, Aerospace, Industrial and Mechatronics Engineering 8 (1), 37–44.

Brinks, V. (2019): ›And Since I Knew About the Possibilities There …‹: The Role of Open Creative Labs in User Innovation Processes. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie 110 (4), 381–394.

Busche, A. (2001): Bodentruppen für die Globalisierung. Zwischen Maschinenhalle und Hobbykeller: In seinem Vater-Sohn-Drama »Ressources humaines« beschreibt der Regisseur Laurent Cantet den Arbeitskampf in einer französischen Fabrik. Filmrezension. In: taz. die tageszeitung, 18.07.2001.

Butzin, A.; Meyer, K. (2020): Urbane Produktion und temporäre räumliche Nähe in Produktionsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung 78 (1), 5–20.

Carr, Ch.; Gibson, Ch. (2015): Geographies of making: Rethinking materials and skills for volatile futures. In: Progress in Human Geography 40 (3), 297–315.

Chatterton, P.; Pusey, A. (2019): Beyond capitalist enclosure, commodification and alienation: Postcapitalist praxis as commons, social production and useful doing. In: Progress in Human Geography, 08.01.2019. DOI: 10.1177/0309132518821173.

Coenen, L., Raven, R.; Verbong, G. (2010): Local niche experimentation in energy transitions: a theoretical and empirical exploration of proximity advantages and disadvantages. In: Technology in Society, 32, 295–302.

Eckhardt, F. (2019): Technologie und Virtualität. In: Kessl, F.; Reutlinger, Ch. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. 2. Auflage. Wiesbaden, 243–258.

Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: performative practices for ›other worlds‹. In: Progress in Human Geography 32 (5), 613–632.

Grabher, G.; Melchior, A.; Schiemer, B.; Schüßler, E.; Sydow, J. (2018): From being there to being aware: Confronting geographical and sociological imaginations of copresence. In: Environment and Planning A: Economy and Space 50 (1), 245–255.

Hagen, K.; Rückert-John, J. (2016): Teilen, tauschen, leihen – tragfähige Modelle zukünftigen Wirtschaftens? Editorial. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 85 (2), 5–12.

Hellmann, K.-U. (2010): Prosumer Revisited: Zur Aktualität einer Debatte. Eine Einführung. In: Blättel-Mink, B.; Hellmann, K.-U. (Hg.): Prosumer Revisited. Zur Aktualität einer Debatte. Wiesbaden.

Howaldt, J.; Schwarz, M.(2010a): »Soziale Innovation« im Fokus. Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts. Bielefeld.

Howaldt, J.; Schwarz, M.(2010b): Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In: Howaldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden, 87–108.

Ibert, O. (2010). Relational distance. Sociocultural and time-spatial tensions in innovation practices. In: Environment and Planning A (42), 187–204.

Ibert, O.; Hautala, J.; Jauhiainen, J. S. (2015): From Cluster to Process: New economic geographic perspectives on practices of knowledge creation. In: Geoforum 65, 323–327.

Jaeger-Erben, M.; John, R.; Rückert-John, J. (2017): Soziale Innovation: Verheißung oder Verführung? In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 26 (3), 245–248.

Krueger, R.; Schulz, Ch.; Gibbs, D. C. (2017): Institutionalizing alternative economic spaces? An interpretivist perspective on diverse economies. In: Progress in Human Geography 42 (4), 569–589.

Lange, B.; Domann, V.; Häfele, V. (2016): Wertschöpfung in offenen Werkstätten. Eine empirische Erhebung kollaborativer Praktiken in Deutschland. Berlin = Schriftenreihe des IÖW, 213/16.

Löffler, M. (2013): Der Schumpeterianische Unternehmer als fragwürdiges Vorbild für Social Entrepreneurs. In: Kurswechsel 2/2013, 16–27.

Mason, P. (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Unter Mitarbeit von Stephan Gebauer. Berlin.

Merkel, J. (2008): Kreativquartiere. Urbane Milieus zwischen Inspiration und Prekarität. Berlin.

North, P. (2016): The business of the Anthropocene? Substantivist and diverse economies perspectives on SME engagement in local low carbon transitions. In: Progress of Human Geography 40 (4), 437–454.

Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.

Pitts, F. H.; Dinerstein, A. C.: Postcapitalism, basic income and the end of work: A critique and alternative. Bath. = Bath Papers in International Development and Wellbeing 55. URN: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/180927/1/100921179X.pdf (05.01.2020).

Ravenelle, A. J. (2017): Sharing economy workers: selling, not sharing. In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 10 (2), 281–295.

Reichwald, R.; Piller, F. (2006): Interaktive Wertschöpfung. Open Innovation, Individualisierung und neue Formen der Arbeitsteilung. Wiesbaden.

Rogers, B. (2017): The Social Costs of Uber. In: University of Chicago Law Review Online, 82 (1), 85–102.

Schiek, D.; Apitzsch, B. (2013): Doing Work. Atypische Arbeit in der Film- und der Automobilbranche im Vergleich. In: Berliner Journal für Soziologie 23 (2), 181–204.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.

Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. Geography Compass 13 (11). DOI: 10.1111/gec3.12470

Seidl, I.; Zahrnt, A. (2019): Neugewichtung von Erwerbsarbeit und Tätigsein für eine Postwachstumsgesellschaft. In: Ökologisches Wirtschaften online. DOI: https://doi.org/10.1111/gec3.12470.

Sekulova, F.; Kallis, G.; Rodríguez-Labajos, B. Schneider, F. (2013): Degrowth: from theory to practice. In: Journal of Cleaner Production 38, 1–6.

Sennett, R. (2008): The craftsman. 2. Auflage. New Haven, Conn.

Simons, A.; Petschow, U.; Peuckert, J. (2016): Offene Werkstätten – nachhaltig innovativ? Potenziale gemeinsamen Arbeitens und Produzierens in der gesellschaftlichen Transformation. Berlin. = Schriftenreihe des IÖW 212/16.

Smith, A.; Fressoli, M.; Abrol, D., Arond, E.; Ely, A. (2017): Grassroots innovation movements. Oxon, New York.

Watkins, J. (2015): Spatial Imaginaries Research in Geography: Synergies, Tensions, and New Directions. In: Geography Compass 9 (9), 508–522.

White, R.; Williams, C. (2016): Beyond capitalocentricism: are non-capitalist work practices ›alternatives‹? In: Area 48 (3), 325–331.

Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation

Benedikt Schmid

1. Einleitung

Mit zunehmender Deutlichkeit tritt eine Kluft zwischen der fortschreitenden Destabilisierung und Ausbeutung ökologischer und sozialer Systeme einerseits und dem wissenschaftlich begründeten Bedenken dieser Entwicklungen andererseits zutage. In den Sozial- und Raumwissenschaften gewinnt daher die Frage nach den Möglichkeiten einer sozialökologischen Transformation zunehmend an Bedeutung. Nebst der Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse zeigen Forscher*innen und Praktiker*innen dabei alternative Entwicklungsmöglichkeiten auf. Die Forschung zu wirtschaftlichen und politischen Alternativen (Fuller/Jonas/Lee 2016; Leyshon/Lee/Williams et al. 2003) umfasst eine Reihe komplementärer, aber auch divergierender Konzepte und Strömungen wie Postwachstum (Demaria/Kallis/Bakker 2019; Schmelzer/Vetter 2019), Postkapitalismus (Chatterton/Pusey 2019; Gibson-Graham 2006), Commons (Helfrich/Bollier 2019), radikale Demokratie (Barnett 2017), »Postdevelopment« (Kothari/Salleh/Escobar et al. 2019) und die Solidarische Ökonomie (Exner/Kratzwald 2012; North/Cato 2017). Gemein ist diesen Ansätzen, dass sie eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Praxis kritisieren, die auf kontinuierlich tiefergreifenden, jedoch immer ungleicher verteilten und undemokratisch durchgesetzten Eingriffen in soziale und ökologische Systeme fußt und dadurch Gemeinschaften und Ökosysteme destabilisiert und zerstört.

Trotz gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse der Folgen und Auswirkungen vorherrschender Entwicklungslinien und deren Widersprüche finden alternative Konzepte kaum Anhörung, geschweige denn Umsetzung auf (höheren) politischen, planerischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebe-

nen (Gills/Morgan 2019). Desillusioniert von reformistischen Ansätzen ›von oben‹ haben sich unterschiedliche Praxisformen herausgebildet, die diese Missstände ›von unten‹ adressieren (Chatterton 2019; Schmelzer/Vetter 2019). Alternative Projekte und Organisationen umfassen zivilgesellschaftliche Initiativen ebenso wie sozialökologische Unternehmen oder Protestbewegungen – die durch unterschiedliche Vorgehensweisen, Strategien und Zielsetzungen charakterisiert sein können.

Transformation – die grundlegende Veränderung der Form und Gestalt sozialökologischer Verhältnisse – ist unterdessen ein fundamental räumlicher Prozess. Gesellschaftlicher Wandel findet an konkreten Orten statt, ist in unmittelbare sowie in über Distanzen aufgespannte Beziehungsgeflechte eingebettet und stellt bestehende Grenzziehungen infrage. Eine Reihe von Beiträgen stellt die Bedeutung von Räumlichkeit für Transformationsprozesse heraus (unter anderem Bouzarovski/Haarstad 2018; Chatterton 2016; Chatterton/Pickerill 2010; Coenen et al. 2012; Hansen/Coenen 2015; Longhurst 2015; Raven et al. 2012; Smith et al. 2010; Vandeventer et al. 2019). Dennoch fehlt es an genuin geographischen Konzepten in der Theoretisierung von Transformation und Transition. Hansen und Coenen (2015: 105) beispielsweise argumentieren, dass die meisten Studien zur Räumlichkeit von Transformation an bestehende Transitionsliteratur anschließen und dabei selten über das Hinzufügen einer »räumlichen Sensitivität« hinausgehen. Nur wenige Studien, so Hansen und Coenen, entwickeln genuin räumliche Perspektiven, um Fragen sozialökologischen Wandels zu adressieren.

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit ebendieser Leerstelle. Er versucht, eine dezidiert räumliche Perspektive in der Betrachtung von Transformationsprozessen zu entwickeln. Dabei orientiert sich der Beitrag an zwei zentralen Fragestellungen:

1. Mit welchen räumlichen Konzepten lässt sich Transformation denken?
2. Welche Strategien für eine sozialökologische Transformation lassen sich daraus ableiten?

Um diese Fragen zu adressieren, strukturiert sich der Beitrag wie folgt: Teil 2 umreißt Grundzüge einer Postwachstumstransformation. Auf Basis einer überblickshaften Diskussion des Transformationsbegriffs sowie des Postwachstumsdiskurses geht dieser Teil auf unterschiedliche Transformationsstrategien ein. Dabei bezieht er sich auf die Typologie von Erik Olin

Wright (2010), der zwischen symbiotischen, interstitiellen und konfrontativ-aufbrechenden Strategien unterscheidet. Teil 3 arbeitet die Räumlichkeit von Transformation anhand unterschiedlicher Raumkonzepte heraus, namentlich *territory*, *network*, *place* und *scale*. Jedes dieser Konzepte ermöglicht einen bestimmten Blickwinkel auf Transformationsprozesse. Im Anschluss verknüpft Teil 4 die räumlichen und strategischen Dimensionen von Transformation und entwickelt räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation.

2. Postwachstumstransformation

Transformation

Transformation verweist auf eine grundlegende Veränderung der Form und Gestalt sozialökologischer Verhältnisse. Der Transformationsbegriff lässt dabei zunächst offen, in welche Richtung die Veränderungen führen und welche Kräfte diese bewirken. Eine Spezifizierung des Transformationsbegriffs kann entlang dieser beiden Achsen vorgenommen werden. Erstens ist darzulegen, ob Transformation als aktiv zu gestaltender Prozess betrachtet wird oder als sich durch weitgehend unbestimmte Kräfte entfaltende Veränderung (passiv). Im passiven Sinne beschreibt Transformation die vielfältigen miteinander verschränkten sozialen und biophysikalischen Veränderungsprozesse wie Globalisierung oder Klimawandel. Hier geht es vorranging darum, festzustellen, welche Veränderungen stattfinden und wie man sich darauf einstellen kann (Anpassung und Resilienz). Betrachtet man die *aktive* Seite von Transformation, rückt die Vielzahl an Individuen, Organisationen und Institutionen in den Mittelpunkt, die in verschiedenen Dimensionen Veränderung bewirken oder dies zumindest versuchen, wie beispielsweise im Kontext sozialer Bewegungen.

Zweitens ist zu bestimmen, welche Gerichtetheit Transformation innehat. Transformation umfasst nicht zwangsläufig Veränderungsprozesse, die zu mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit führen. So ist vor allem aus einer kritischen Perspektive zu spezifizieren, welche Formen von Veränderung angestrebt oder verhindert werden sollen. Da die Richtung einer sozialökologischer Transformation jedoch nicht von Einzelnen festgelegt werden kann, steht die Transformationsforschung vor der Herausforderung, sich an

ökologischen, sozialen und ethischen Grundsätzen zu orientieren, ohne inklusiven Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Perspektiven vorzubeugen. Die Postwachstumsdebatte navigiert dieses Spannungsfeld, indem sie kollektive Entscheidungs- und Steuerungsprozesse mit globaler Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zusammenbringt.

Postwachstum

Postwachstum vereinigt eine Reihe von theoretischen und praktischen Ansätzen, die Wirtschaftswachstum als Leitprinzip menschlichen Zusammenlebens infrage stellen und eine reflexive Neuorientierung ökonomischer, politischer und sozialer Institutionen fordern, um ein zeitlich und räumlich gerechtes, nachhaltiges und würdiges (Über-)Leben zu ermöglichen. Postwachstum setzt am Wachstumsimperativ kapitalistischen Wirtschaftens an und nimmt die Erkenntnis ernst, dass dem Wachstum materielle und soziale Grenzen gesetzt sind (Georgescu-Roegen 1977; Meadows/Randers/Meadows 2004; Rockström/Steffen/Noone et al. 2009). Eine (absolute) Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, wie von Green-Economy-Ansätzen angenommen, zeichnet sich bisher nicht ab und ist als Möglichkeit stark zu bezweifeln (Fatheuer/Fuhr/Unmüßig 2015; Georgescu-Roegen 1977; Jackson 2017; Kenis/Lievens 2015; Paech 2013). Ungeachtet davon, ob weiteres Wachstum möglich ist, stellt sich zudem die Frage, ob es wünschenswert wäre.[1] Postwachstumsansätze verweisen auf die Tatsache, dass sich Wohlstand nicht auf marktförmige Tauschbeziehungen reduzieren lässt und daher nicht durch das Wachstum von wirtschaftlichen Indikatoren erfasst werden kann (Hayden/Wilson 2017; Rosa 2016; Rosa/Henning 2018). Gleichzeitig

1 Postwachstum schließt keinesfalls aus, dass in bestimmten Kontexten eine weitere Zunahme materiellen Wohlstands erfolgen sollte (vor allem im globalen Süden, aber auch für sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen im globalen Norden). Jedoch wird deutlich, dass dies, erstens, vielmehr eine Frage der Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands ist als eine Frage der weiteren Zunahme der Wirtschaftsleistung. Und dass, zweitens, eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft selbst Armut verursacht (Strukturanpassungsmaßnahmen, Volatilität von Lebensmittel- und Rohstoffmärkten durch Finanzialisierung, Zerschlagung traditioneller Wirtschafts- und Sozialbeziehungen, Exportorientierung …). Diese und weitere Sachverhalte werden auch unter Stichworten wie »imperiale Lebensweise« (des Globalen Nordens) (Brand/Wissen, 2017), »Postdevelopment« (Kothari/Salleh/Escobar et al. 2019) und alternativen Visionen des Guten Lebens (Gudynas 2011) diskutiert.

führen Wachstum und Beschleunigung – als Selbstzweck gesehen – zunehmend zu physischen und psychischen Überlastungserscheinungen (von Unzufriedenheit bis Burnout) (Fisher 2009), die sich durch eine anhaltende Wachstumsfixierung weiter verschärfen. Dementgegen setzt Postwachstum Zufriedenheit, Genügsamkeit, Mäßigung und Muße als grundlegende positive Qualitäten (Kallis 2019).

Innerhalb der Postwachstumsdebatte lassen sich verschiedene Strömungen unterscheiden (für Kategorisierungen siehe van den Bergh 2011; Eversberg/Schmelzer 2018; Koepp/Schunke/Köhler et al. 2015), die sich sehr unterschiedlich gegenüber bestehenden Institutionen positionieren und unterschiedliche Transformationsvorstellungen oder -strategien verfolgen. Gemein ist ihnen jedoch allen die Abkehr vom Ökonomismus hin zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit (Latouche 2009; Martínez-Alier/Pascual/Vivien et al. 2010). Schmelzer und Vetter (2019) unterscheiden zwischen drei Zieldimensionen, die jeweils aus einer grundlegenden Kritik an bestehenden Verhältnissen und zu kurz greifenden Alternativvorschlägen hervorgehen.

Globale ökologische Gerechtigkeit: Erstens sind Lebensweisen in den kapitalistischen Zentren von der »Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse anderenorts« abhängig (Brand/Wissen 2017: 43). Diese »imperiale Lebensweise« (ebd.) basiert grundlegend auf Externalisierung und »cheapening« (Patel/Moore 2018: 22) und ist weder verallgemeinerbar (da sie auf ein auszubeutendes Außen angewiesen ist) und gerecht (da diese Ausbeutung asymmetrische Machtverhältnisse schafft und fortschreibt) noch nachhaltig (da sie ihre eigenen ökologischen und sozialen Grundlagen zerstört). Postwachstum zielt daher nicht einseitig auf Schrumpfung ab, sondern auf eine grundlegende Umgestaltung ökonomischer Verhältnisse, die eine verallgemeinerbare, gerechte und nachhaltige Lebensweise ermöglichen.

Gutes Leben: Eine zweite Zieldimension ist daher ein basaler materieller und sozialer Wohlstand, der für alle Personen faktisch (und nicht nur formal) erreichbar ist. Die Bestimmung, was ein »Gutes Leben« ausmacht, kann nur über demokratische und selbstbestimmte Aushandlungsprozesse erfolgen und setzt eine Repolitisierung wirtschaftlicher Verhältnisse voraus (Gibson-Graham 2006; Gibson-Graham/Cameron/Healy 2013). Grundlegend geht es dabei um eine radikale Umverteilung von Ressourcen und Wohlstand, der Bereitstellung einer zugänglichen und umfassenden Daseinsfürsorge sowie eine Neuaushandlung wirtschaftlicher Zielsetzungen (Schmelzer/Vetter 2019).

Wachstumsunabhängigkeit: Die genannten Veränderungen bedingen, drittens, dass wirtschaftliche Institutionen und Infrastrukturen so ausgestaltet werden, dass sie wachstumsunabhängig sind. Wirtschaftliche Strukturen, gesellschaftliche Institutionen und selbst die Subjekte kapitalistischer Gesellschaften sind grundlegend auf Wachstum ausgerichtet und lassen sich daher nur ›dynamisch stabilisieren‹ (Rosa/Dörre/Lessenich 2017). In anderen Worten, nur durch fortwährendes Wachstum lassen sich Institutionen, Infrastrukturen und Subjektivitäten in ihrer vorherrschenden Konstitution aufrechterhalten. Rezessionen und Stillstand, aber auch Genügsamkeit, Muße und Kontemplation,[2] führen innerhalb dieser Systeme zu einer Verstärkung krisenhafter Tendenzen. Postwachstum zielt damit auf nicht weniger ab als einen grundlegenden Umbau wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Verhältnisse in Einklang mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Transformationsstrategien

Transformationsforschung benötigt neben einer tiefgreifenden Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse und der Formulierung möglicher Alternativen auch eine Transformationstheorie, die darstellt, wie sich fundamentale Veränderungen der sozialen Verhältnisse zutragen und aktiv gestalten lassen. Erik Olin Wright (2010) hat ein einflussreiches Werk vorgelegt, in dem er zwischen drei Transformationsstrategien unterscheidet: symbiotisch, interstitiell und konfrontativ-aufbrechend (siehe Abb. 1).

Symbiotische Strategien, erstens, zielen darauf ab, emanzipatorische Transformationsprozesse innerhalb der Machtverhältnisse zu stärken, indem sie Synergien zwischen sozialökologischen Belangen und den Zielsetzungen dominanter Interessensgruppen anstreben. Symbiotische Strategien verfolgen eine weitgehend reformistische Politik und versuchen, sozialökologische Verhältnisse in Kooperation mit bestehenden Institutionen grundlegend zu ändern.

Interstitielle Strategien, zweitens, basieren auf der Herstellung von Alternativen in den Zwischenräumen bestehender Verhältnisse. Anstelle von Kooperation mit politischen und wirtschaftlich einflussreichen Akteuren

---

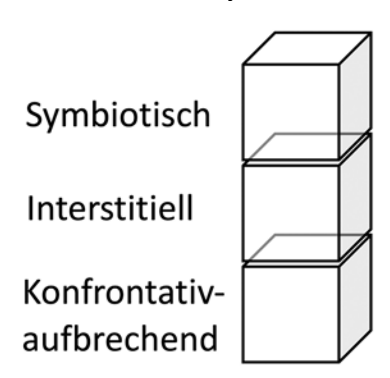
2 Außer wenn Kontemplation und Muße nur dazu dienen, nach einer kurzen Auszeit noch leistungsfähiger zu sein (Purser 2019).

bleiben interstitielle Aktivitäten, Projekte und Organisationen weitgehend außerhalb (und oft unter dem Radar) kapitalistischer Institutionen. Anstelle von Kompromissen tritt das (anarchistisch inspirierte) Prinzip der Präfiguration – der Vorwegnahme gewünschter Verhältnisse im Hier und Jetzt (Loick 2017).

Konfrontativ-aufbrechende Strategien, drittens, orientieren sich an revolutionären Vorstellungen von Transformation und versuchen, Veränderungen durch direkte Konfrontation, durch Protest und Widerstand herbeizuführen. Im Gegensatz zur schrittweisen Vorgehensweise symbiotischer und interstitieller Strategien zielen konfrontativ-aufbrechende Strategien darauf ab, eine organisierte Gegenmacht aufzubauen, um eine abrupte Veränderung herbeizuführen. Dabei sind sie vorrangig antagonistisch ausgerichtet und versuchen, mit den bestehenden Verhältnissen zu brechen, um dann Alternativen umzusetzen.

Wright selbst sieht die besten Aussichten, um einen grundlegenden sozialökologischen Wandel in den Ländern des Globalen Nordens voranzubringen, in einer strategischen Orientierung, die »vor allem um die Wechselwirkungen interstitieller und symbiotischer Strategien herum organisiert ist, mit möglicherweise periodischem Einbezug konfrontativ-aufbrechender Strategien« (frei übersetzt nach Hahnel/Wright 2016: 103). Eine emanzipatorische Transformation von unten, so Wright, muss sich also nicht nur den verschiedenen Strategien bedienen, sondern diese auch aufeinander abstimmen.

Abb. 1: Strategische Dimensionen von Transformation



Quelle: Eigene Darstellung

Die Akteure einer Postwachstumstransformation stehen folglich vor der Herausforderung, kontextspezifische transformative Strategien zu entwickeln und anzuwenden sowie unterschiedliche strategische Orientierungen zu kombinieren und miteinander in Einklang zu bringen. Dies, so argumentiert der Beitrag, wird durch eine dezidiert räumliche Analyse von Transformationsprozessen unterstützt. Der folgende Abschnitt, Teil 3, spezifiziert die Räumlichkeiten von Transformation anhand unterschiedlicher Raumkonzepte, bevor Teil 4 die angesprochenen Transformationsstrategien wieder aufgreift und durch eine räumliche Perspektive weiter schärft.

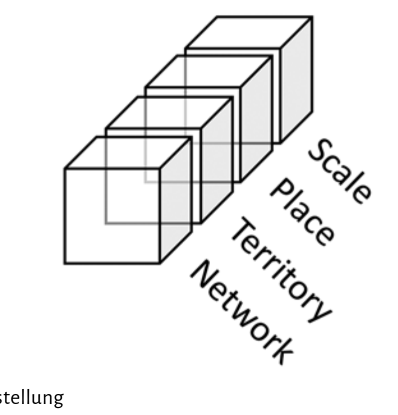
3. Die Räumlichkeit von Transformation

Um die Räumlichkeit von Transformation zu beschreiben und zu verstehen, diskutiert dieser Abschnitt Transformationsprozesse anhand unterschiedlicher Raumbegriffe (siehe Abb. 2). In ihrem viel zitierten Artikel *Theorizing Sociospatial Relations* unterscheiden Jessop, Brenner und Jones (2008) zwischen vier Raumkonzepten: *territory*, *network*, *place* und *scale*. Jedes dieser Konzepte verkörpert

> … je eigenlogische Perspektiven auf die Art und Weise, in der Raum in sozialer Praxis hervorgebracht wird … *Place* operiert vorranging mit und durch Nähe, embeddedness und örtliche Differenzierung. *Networks* konstituieren sich über Interdependenzen und Konnektivität, während *scale* auf Hierarchisierung und vertikale Differenzierung verweist. *Territory* manifestiert sich entlang von Grenzziehungen, Parzellierungen, Ein- und Ausschlüssen. (Schmid/Reda/Kraehnk et al. 2019: 93 f.)

Dabei ist wichtig anzumerken, dass sich die Diskussion sozialräumlicher Dimensionen nicht in diesen vier Konzepten erschöpft. Jedoch kommt den genannten Raumbegriffen eine besondere Bedeutung in der raumwissenschaftliche Debatte zu (Belina 2013). Dieser Abschnitt arbeitet zentrale Aspekte dieser vier Formen von Räumlichkeit heraus und setzt diese mit den vielseitigen Transformationsprozessen in Verbindung.

Abb. 2: Räumliche Dimensionen von Transformation



Quelle: Eigene Darstellung

Place

Places konstituieren sich durch räumliches Zusammentreffen und Interagieren von Körpern, Artefakten, Dingen, Bedeutungen und Praktiken. Sie sind bedeutungsgeladene Orte, an denen sich historische Entwicklungslinien treffen, interagieren, stabilisieren oder transformieren. Place ist dabei keineswegs als räumlich abgetrennte aus sich selbst heraus bestehende Einheit zu verstehen, sondern als Örtlichkeit, deren Materialitäten, Praktiken und Bedeutungen immer in Relation zu anderen Orten stehen.

Angesichts der komplexen Interaktionen eines Orts mit einem ›Anderswo‹ wird leicht übersehen, dass auch dieses ›Anderswo‹ an konkrete Örtlichkeiten gebunden ist. Doreen Massey (2008), beispielsweise, zeigt anhand der City of London eindrücklich, wie auch ›das Globale‹ lokal hergestellt wird. Die Quellen der Stabilisierung bestehender Verhältnisse sowie das Potenzial deren Veränderung liegen damit nicht in einer abstrakten ortslosen globalen Sphäre, sondern in bestimmten Orten.

So wie weitreichende wirtschaftliche und politische Dynamiken aus räumlich-materiell verankerten Praktiken hervorgehen, ist auch das Potenzial emanzipatorischer Transformationsprozesse in ortsgebundene Kontexte eingewoben. Transformation, in diesem Sinne, findet nicht im ›luftleeren‹ Raum statt, sondern an konkreten Orten. Longhurst (2015: 184), beispielsweise, verweist auf die Bedeutung »alternativer Milieus« als lokal verdichtete Institutionen und Netzwerke, die alternative Praktiken, Experimente

und neue Ideen befördern. Autoren und Autorinnen, die die Bedeutung von Nähe betonen, sprechen außerdem von »informal local institutions« als zentralem Moment transformativer Praxis (Coenen et al. 2012; Hansen/Coenen 2015; Späth/Rohracher 2012) und verweisen damit auf Normen, Werte, Vertrauen, soziale Netzwerke und Kooperationen, welche alternative Formen des Wirtschaftens und der Entscheidungsfindung implementieren. Viele Transformationsinitiativen, wie beispielsweise die Transition-Town-Bewegung, sind daher besonders auf nachbarschaftliche und kommunale Ebenen ausgerichtet, ohne darauf reduzierbar zu sein (siehe unten).

Network

Während ein ortsspezifischer Blick wichtig ist, um verschiedene Konstellationen von Werten, Gemeinschaften und Technologien zu verstehen, aus denen transformative Praxis hervorgeht, ist es gleichermaßen bedeutsam, die Personen, Ideen und Techniken zu erfassen, die unterschiedliche Orte durchlaufen und Verbindungen zwischen diesen herstellen. Durch Interaktionen zwischen Individuen, Organisationen und Artefakten entstehen horizontale Beziehungsgeflechte, die sich als netzwerkartige Räumlichkeiten fassen lassen. Netzwerke verweisen folglich auf »die horizontale Verbundenheit von Entitäten und die sich durch ihre Wechselwirkungen aufspannenden Räume« (Schmid/Reda/Kraehnk et al. 2019: 106).

In der Transformationsforschung ist die horizontale Räumlichkeit von Netzwerken eine wiederkehrende Denkfigur, insbesondere in feministisch und anarchistisch inspirierten Ansätzen (Gibson-Graham 2006; Springer 2014; Chatterton/Pickerill 2010). Diese wenden sich der Vielzahl von Projekten und Organisationen zu – beispielsweise Ernährungsnetzwerke (Rosol 2018), Wohnprojekte (Chatterton 2016; Metzger 2017), Reparaturinitiativen (Baier/Hansing/Müller et al. 2016), Nachbarschaftsinitiativen (Gibson-Graham 2006) und sozial-ökologische Unternehmen (Johanisova/Fraňková 2017) – die alle auf horizontalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen basieren. Über einzelne Projekte hinaus ist dabei vor allem die Möglichkeit einer weitreichenden Vernetzung relevant, die zahlreiche Transformationserzählungen inspiriert (Chatterton 2016; Habermann 2009; Mason 2016; Meretz 2014).

Während einzelne Projekte in der Regel stark in ortsbezogene Kontexte eingebettet sind, bleiben deren Aktivitäten und Auswirkungen keineswegs

auf das Lokale beschränkt. Orte, wie oben ausgeführt, sind nicht als unabhängige und in sich geschlossene Einheiten zu verstehen, sondern sind auf vielfältige Weise miteinander verbunden. Fairer Handel und nachhaltige Produktion, beispielsweise, können die Lebens- und Umweltbedingungen anderenorts verbessern (bzw. zunächst einmal die negativen Auswirkungen auf andere Orte verringern). Auch in transformative Praxis eingebundene Orte, Menschen und Gemeinschaften selbst sind über Dachverbände, Städtenetzwerke, Versammlungen und andere kooperative Formate miteinander vernetzt und stehen so in einem Austausch von Ideen, Werten und Technologien. Die oben angesprochene Transition-Town-Bewegung, beispielsweise, umfasst und vernetzt weit über 1000 Initiativen in mehr als 40 Ländern (Grossmann/Creamer, 2016).

Die Relationalität sozialer Verhältnisse betrifft letztendlich auch große soziale Phänomene wie Staatlichkeit oder kapitalistische Märkte (Schatzki 2016a). Kritische Geograph*innen kritisieren Repräsentationen scheinbar kohärenter makrogeographischer Systeme, welche von den vielseitigen Praktiken, Prozessen und Körpern abstrahieren, die diese Zusammenhänge hervorbringen und unterschiedlich in den daraus bestehenden Machtverhältnissen positioniert sind (Gibson-Graham 2006; Marston/Jones/Woodward 2005; Springer 2014). Ein Blick auf die konkreten Beziehungen, die soziale (Marko-)Phänomene hervorbringen, eröffnet Möglichkeiten, bestehende Institutionen und Verhältnisse aufzubrechen und durch netzwerkartige und dezentrale Formen des Zusammenlebens zu ersetzen (Chatterton 2016).

Territory

Eine weitere wichtige und für Transformationsprozesse relevante Form sozialer Räumlichkeit sind Territorien. Territorien werden generell als umgrenzte Raumausschnitte verstanden. Umgrenzungen sowie die Territorien selbst sind dabei – wie *places* und *networks* – keine Gegebenheiten, sondern Produkte sozialer Praxis. Geograph*innen betonen daher insbesondere Prozesse der Territorialisierung (Belina 2013; Painter 2010).

Territorien sind relevant für Transformationsprozesse, sowohl in ihrer Herstellung als auch in ihren Effekten. Administrative Einheiten konstituieren im Allgemeinen eine »Realität« für transformative Praxis, die nicht einfach wegzudenken ist. Im Ernstfall zieht der Verstoß gegen Gesetze und Vorschriften gewaltsame Konsequenzen nach sich, wie beispielweise im

Falle zivilen Ungehorsams (Braune 2017). Lokale, regionale, nationale und supranationale Gesetzgebungen können nachhaltigkeits- und postwachstumsorientierte Praxis fördern oder (ver-)hindern. Gleichzeitig können Akteure taktisch auf unterschiedliche administrative Territorien und Ebenen zurückgreifen, um politische Rahmenbedingungen zu navigieren, Förderungen zu akquirieren und alternative Praxis zu verbreiten. Dadurch wird die territoriale Dimension gesellschaftlichen Zusammenlebens neu verhandelt und transformiert.

Scale

Scale bezieht sich auf die vertikale Differenzierung sozialer Verhältnisse. Traditionell verweist *Scale* dabei auf unterschiedliche Maßstabsebenen – von lokal, regional, national bis hin zu global –, was jedoch, wie zu zeigen ist, konzeptionelle Probleme birgt. Dennoch ist Scale von zentraler Bedeutung für die Transformationsforschung (Schmid 2019). Zum einen, da die Skalendebatte grundlegend für das Verständnis von Möglichkeiten und Einschränkungen transformativer Praxis ist. Zum anderen, da Transformation zwangsläufig Formen von Verbreitung, Dissemination und Institutionalisierung beinhaltet, die allerdings häufig zu oberflächlig diskutiert werden. Auf beide Aspekte werde ich im Folgenden kurz eingehen.

Die Debatte um horizontale und vertikale Formen von Räumlichkeit ist geprägt von vielen Missverständnissen – insbesondere der Vermengung ontologischer Argumente und solcher, die bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse betreffen (Moore 2008). Relationale Perspektiven auf den Raum zeigen, dass die apriorische Gliederung sozialer Verhältnisse in unterschiedliche Maßstabsebenen (lokal, regional, national, global) nicht haltbar ist (Jones/Woodward/Marston 2007; Marston/Jones/Woodward 2005). Während horizontalen Perspektiven ein emanzipatorisches Moment innewohnt, gilt es jedoch, praktische und institutionelle Verdichtungen und Machtverhältnisse, die Aktions(-spiel-)räume strukturieren und begrenzen, nicht aus dem Blick zu verlieren (Schmid/Smith 2020). Das bedeutet, dass es sowohl einer räumlichen Ontologie bedarf, die nicht auf der Annahme unterschiedlicher struktureller Ebenen basiert, sowie der Erfassung soziomaterieller Verhältnisse, die postwachstumsorientierte Praxis ermöglichen oder einschränken. Vertikale Differenzierungen werden dann nicht als vorstrukturierende Gegebenheiten, sondern in ihrer sozialen Produziertheit sichtbar.

Gleichwohl gibt es unterschiedliche Positionierungen bezüglich Möglichkeiten und Einschränkungen transformativer Praxis. Eine »politics of hope« betont vor allem die Möglichkeiten, die durch den Blick einer »flachen Ontologie« (Marston/Jones/Woodward 2005; Schatzki 2016b) sichtbar werden (Chatterton/Pickerill 2010; Gibson-Graham 2006). Skeptischere Herangehensweisen hingegen betonen bestehende institutionelle Rahmenbedingungen die, auch wenn sie sozial produziert sind, dennoch transformative Praxis konditionieren, welche zwangsläufig in den Kontext bestehender Verhältnisse eingebettet ist (Buch-Hansen 2018; Joutsenvirta 2016).

Ungeachtet der unterschiedlichen Positionen in Bezug auf die Möglichkeiten und Einschränkungen transformativer Praxis, ist *scale* für Transformationskonzepte selbst grundlegend. Upscaling, polyzentrische Verschiebungen, Diffusion, Expansion und Verbreitung drücken unterschiedliche Vorstellungen aus, wie sich Veränderungen entfalten. Ein kritisches Verständnis von *scale* legt nahe, dass einfache Vorstellungen zu kurz greifen, sozialökologische Innovationen und nachhaltigkeitsorientierte Nischenexperimente skalieren zu können. Stattdessen ermöglicht die Verbindung skalarer und netzwerkförmiger Räumlichkeiten ein Transformationsverständnis, das sozialen Wandel als emergenten, nichtlinearen, polyzentrischen und komplexen Prozess begreift.

4. Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation

Place, Network, Territory und Scale erlauben es, die vielschichtigen Räumlichkeiten von Transformation zu fassen. Während sich unterschiedliche sozialräumliche Dimensionen gegenseitig bedingen und überlappen, ermöglicht eine analytische Trennung – in der Art und Weise, wie in Teil 3 vorgenommen – eine Schärfung der in Teil 2 vorgestellten Transformationsstrategien. Dieser vierte Teil versucht eine Synthese, indem er räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation entwickelt. Dazu werden Überlegungen in Bezug auf drei für eine sozialökologische Transformation zentrale gesellschaftliche Bereiche angestellt: Wirtschaft, Politik und Gemeinschaft. Während die Ausführungen unvollständig bleiben und keineswegs alternative Lesarten ausschließen, sollen sie zu einer stärker raumfokussierten Debatte um Transformationsstrategien beitragen.

Netzwerkartige interstitielle Strategien für eine wirtschaftliche Transformation

Die Komplexität und Intransparenz globalisierter Wirtschaftsbeziehungen stellt eine große Herausforderung für eine sozialökologische Transformation dar. (Peri-)Kapitalistische Wertschöpfungsketten bringen hochgradig unterschiedlich in Bezug auf Ressourcen, Entscheidungs- und Handlungsmacht positionierte Subjekte, Organisationen und Orte in komplexe Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse (Tsing 2015). Diese Beziehungen bleiben jedoch weitgehend unsichtbar unter der Oberfläche formaler Ökonomien.

Symbiotische Strategien können in diesem Zusammenhang sehr limitierend sein, da sie selbst auf bestehende intransparente Wertschöpfungsketten aufbauen. Symbiotische Strategien basieren auf Kompromissen und Kooperationen und müssen auf einem schmalen Grat zwischen Subversion von und Reintegration in bestehende Verhältnisse navigieren. Sozialunternehmen, beispielsweise, sind selbst in wirtschaftlichen Beziehungen positioniert, welche die Fortschreibung exploitativer Verhältnisse durch Wettbewerbsdruck geradezu forcieren.

Konfrontativ-aufbrechenden Strategien hingegen fehlt ein Zentrum, gegen das sich ihr Widerstand richten könnte (wichtige Ausnahmen sind hier sicherlich deutlich lokalisierbare Praktiken wie beispielsweise der Braunkohleabbau im Kontext der Widerstandsbewegung »Ende Gelände«). Den Komplex aus transnationalen Unternehmen und (supranationaler) Gesetzgebung als Ganzes ins Visier zu nehmen, scheint hingegen nur durch eine breite (revolutionäre) Bewegung vorstellbar (wie sie derzeit in den kapitalistischen Zentren nicht existiert).

Interstitielle Strategien hingegen zielen darauf ab, transformative Netzwerke zu etablieren, die an die Stelle ausbeuterischer und unnachhaltiger Wirtschaftsbeziehungen treten. Interstitielle Strategien reagieren auf die Komplexität extraktiver Wertschöpfungsketten, indem sie faire und – wo immer möglich – lokalere Alternativen aufbauen. Sie basieren auf der Möglichkeit, potenziell autonome »circuits of cooperation« (Hardt/Negri 2017: 145) zu schaffen und damit eine dezentrale Antwort auf die strukturelle Verantwortungslosigkeit kapitalistischer und perikapitalistischer Wertschöpfungsketten zu finden.

Um transformativ zu wirken, dürfen interstitielle Prozesse jedoch nicht auf die Herstellung und den Erhalt von Nischen und Zwischenräumen begrenzt bleiben. Teils berechtigte und teils aus Missverständnissen hervorgehende Kritik problematisiert den Fokus vieler interstitieller Projekte auf ihren unmittelbaren Kontext (Srnicek/Williams 2016). Interstitielle Strategien explizit durch netzwerkartige Räumlichkeiten zu denken, schärft den Blick auf das Potenzial alternativer Wertkreisläufe für eine wirtschaftliche Transformation. Die Vernetzung alternativer Praktiken eröffnet eine Perspektive auf kooperative Netzwerke, die exploitative Beziehungen inkrementell ersetzen, bis sie ganze Bereiche des Wirtschaftens umfassen (Mason 2016).

Politische Rahmenbedingungen, die auf Wirtschaftswachstum fokussiert sind und damit eine Gewinnorientierung einer Gemeinwohlorientierung vorziehen – ganz zu schweigen von der Tatsache, dass staatliche Strukturen in einer grundlegenden Abhängigkeit dieser politischen Rahmenbedingungen stehen –, blockieren netzwerkartige interstitielle Strategien für eine wirtschaftliche Transformation. Es braucht folglich gleichzeitig strategische politische Interventionen. Aufgrund der grundlegend territorialen Organisation politischer Institutionen kommen interstitielle Strategien jedoch an ihre Grenzen, sodass es einer Hinwendung zu anderen räumlichen Strategien bedarf.

Konfrontation territorial organisierter Macht

Territorial organisierte Macht steht zunächst im Gegensatz zu der netzwerkartigen Konstituiertheit disperser und multipler ökonomischer Austausch- und Abhängigkeitsbeziehungen. Während politische Macht sicherlich nicht nur territorial ausgeübt wird, spielen auf räumlich umgrenzte Entitäten bezogene Gesetzgebungsprozesse und deren juristische sowie (gewaltsam) vollzogene Durchsetzung eine fundamentale Rolle in der Reproduktion bestehender Verhältnisse. Die Territorialität politischer Macht schließt formal die Möglichkeit aus, dass sich interstitielle Räume entwickeln, in denen alternative Formen von Bürokratie, Administration und Gesetzgebung erprobt und durchgesetzt werden könnten. Während Grauzonen in Bezug auf Regulation und Besteuerung für nachhaltigkeitsorientierte Organisationen und sozialökologische Unternehmen wichtige Spielräume bereitstellen, erscheint eine Ausweitung und Generalisierung alternativer politischer und

regulativer Mechanismen – analog zu den interstitiellen Vorstellungen in Bezug auf ökonomische Praxis – nur sehr eingeschränkt möglich.

Symbiotische Strategien sind *eine* Möglichkeit, Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen zu erwirken, sodass soziale und ökologische Belange stärkeren Niederschlag in regulativen Ordnungen finden. Um transformativ zu wirken, müssen symbiotische Strategien jedoch »in ihrem Zusammenspiel über die kapitalistische, wachstumsorientierte Produktionsweise hinausweisen und Räume für deren Überwindung verteidigen und erweitern« (Schmelzer/Vetter 2019: 27). In der meist reaktiv ausgerichteten Politik finden sich kaum Mehrheiten für radikale Veränderungen. Folglich stellt sich die Frage, ob und inwiefern symbiotische Strategien dazu führen können, wachstumsbasierte (kapitalistische) Wirtschafts- und Gesellschaftsformen zu überwinden – oder ob im Kontext dieser Strategie durchsetzbare Veränderungen nur sehr begrenzt in ihrer transformativen Wirkkraft sind und letztendlich zur Stabilisierung bestehender Verhältnisse beitragen.

Eine weitere Möglichkeit eröffnen dabei konfrontativ-aufbrechende Strategien. Während konfrontativ-aufbrechende Strategien im Kontext der in Abschnitt 3 beschriebenen dezentralen Verflechtungen kein identifizierbares Zentrum finden, gegen das sich ihr Widerstand richten könnte, ermöglicht der Blick auf territorial verfasste Macht das Sichtbarwerden eines solchen Zentrums. Territorien existieren nicht einfach, sondern müssen immer wieder durchgesetzt werden. Diese Arbeit macht Orte sichtbar, die fundamental für die regulative, kontrollierende und durchsetzende territoriale Machtausübung sind – z. B. das Regierungsviertel einer Hauptstadt oder der Sitz wichtiger Finanzinstitutionen. Dies eröffnet Möglichkeiten für ortsbezogene Aktionen und Konfrontationen, die auf eine Veränderung der (territorial organisierten) politischen Rahmenbedingungen abzielen.

Postwachstumskoalitionen – Ortsbezogenheit symbiotischer Strategien

Konfrontativ-aufbrechende Strategien haben jedoch einen entscheidenden Nachteil: Sie haben eine trennende Wirkung in ›wir‹ – diejenigen, die Widerstand leisten und Missstände anprangern – und ›ihr‹, die ihr dafür zur Verantwortung gezogen werden müsst. Dies kann Schuldzuweisungen, soziale Desintegration und verhärtete Fronten zur Folge haben, bis hin zu einer Gegenmobilisierung aufgrund eines Zusammengehörigkeitsgefühls der

›Beschuldigten‹. Die antagonistische Ausrichtung konfrontativer Strategien kann folglich zur Reproduktion und Vertiefung von Gegnerschaften führen, anstelle eines solidarischen Miteinanders und der gemeinsamen Adressierung sozialökologischer Missstände. Während die abstrakte Verfasstheit territorialer Machtausübung und deren Distanziertheit zum *demos* sicherlich die Ausübung konfrontativ-aufbrechender Strategien bedingt, scheint dieser Strategietyp für die konkrete ortsbezogene Problemlösung weniger geeignet.

Symbiotische Strategien sehen sich jedoch mit der Herausforderung konfrontiert, dass Koalitionen, die mit der bestehenden institutionellen Landschaft und durch diese hindurch operieren, ein hohes Maß an Reflexivität, Wissen und Vertrauen benötigen, um angesichts der notwendigen Kompromisse transformativ agieren zu können. Place bietet hierbei einen möglichen strategischen Bezugspunkt für symbiotisch-transformative Praxis. Mit Vorsicht vor deterministischen oder romantisierenden Vorstellungen von Nähe und dem Lokalen stellen direkte Kontakte, Vertrauen, persönliche Bezüge und das dadurch entstehende Wissen voneinander wichtige Ressourcen für eine reflexive und emanzipatorische Kooperation dar. Diese Komponenten ermöglichen es, die mit den Kompromissen einhergehende selektive Fortschreibung nicht nachhaltiger und ungerechter Verhältnisse (gegebenenfalls gemeinsam) zu reflektieren und die verschiedenen Effekte abzuwägen.

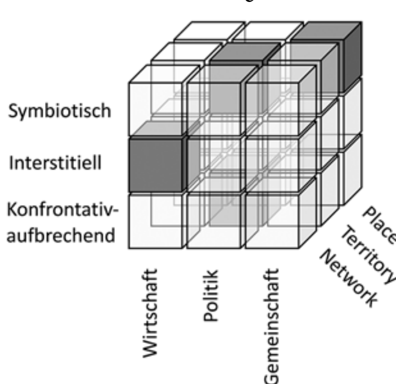
Im Sinne eines *alternativen Milieus* können Orte, in denen sich transformative Praktiken verdichten, zentrale Ausgangspunkte weiterer Impulse und Veränderungen werden (Longhurst 2015). Dies können bestimmte Einrichtungen wie ein Quartiersbüro oder eine Offene Werkstatt (Smith 2019) ebenso sein wie (im Sinne einer sozialökologischen Transformation) förderliche Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft (Barnes 2015). In dieser Hinsicht bieten Orte auch gemeinsame Bezugsrahmen, durch die sich transversale Koalitionen schmieden lassen. Postwachstumsdiskurse sprechen grundlegende Bedürfnisse nach intakten und lebenswerten sozialökologischen Verhältnissen an, die nicht auf bestimmte politische Gruppen begrenzt sind. Orte bieten Experimentierräume für präfigurative Praktiken und unmittelbare Erfahrungen, die sich wiederum positiv auf das transformative Potenzial dieser Orte auswirken können.

5. Konklusion

Postwachstum fordert eine grundlegende Abkehr von einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Praxis, die auf kontinuierlich tiefergreifenden, jedoch immer ungleicher verteilten und undemokratisch durchgesetzten Eingriffen in soziale und ökologische Systeme fußt und dadurch Gemeinschaften und Ökosysteme destabilisiert und zerstört. Der darin implizierte institutionelle Umbau ist jedoch so tiefgreifend, dass er zum einen die Vorstellungen des Machbaren strapaziert und zum anderen auf einen großen Widerstand derjenigen stößt, die Angst verspüren oder an ihren Privilegien festhalten möchten. Folglich reicht es nicht aus, überzeugende Alternativentwürfe zu formulieren, sondern es braucht ein strategisches Vorgehen für die Umsetzung gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

Die auf Erik Olin Wright zurückgehende Typologie aus symbiotischen, interstitiellen und konfrontativ-aufbrechenden Transformationsstrategien bietet ein Gerüst, um unterschiedliche Möglichkeiten transformativer Praxis zu untersuchen und systematisch auszurichten. Kompromissbasierte, zwischenraumbezogene und antagonistische Vorgehensweisen bedingen jedoch einen genaueren Blick auf ihre sozialen und räumlichen Ausprägungen und Wechselwirkungen. Im Zusammenspiel mit einer (analytisch fundierten) Trennung unterschiedlicher Kategorien von Räumlichkeit und Sozialität kann es gelingen, besonders tragfähige sozialräumliche Postwachstumsstrategien zu identifizieren (siehe Abb. 3).

Abb. 3: Sozialräumliche Postwachstumsstrategien



Quelle: Eigene Darstellung

Eine wirtschaftliche Transformation bedingt vor allem eine langfristige Orientierung an interstitiellen Strategien, die darauf abzielen, alternative Wertkreisläufe zu schaffen. Konfrontativ-aufbrechenden Strategien hingegen fällt es schwer, im Kontext der ›strukturellen Verantwortungslosigkeit‹ ein wirtschaftliches Zentrum auszumachen, gegen das sich Widerstand richten kann. Symbiotische Strategien wiederum werden oft selbst von ökonomischen Zwängen vereinnahmt.

Interstitielle Strategien stoßen im Kontext wachstumsorientierter Rahmenbedingungen jedoch selbst schnell an ihre Grenzen. Um wichtige politische Freiräume zu erkämpfen, sind sie wiederum nur wenig geeignet. Konfrontativ-aufbrechende Strategien hingegen finden in den Zentren territorial ausgeübter Macht ein »Ziel«. Problematisch ist jedoch deren antagonistische Vorgehensweise, die Gegensätzlichkeit erzeugt, wo eine Transformation hin zu solidarischeren Lebensweisen angestrebt wird. Insbesondere in Bezug auf die Verhältnisse vor Ort sind daher auch symbiotische Strategien wichtig. Nähe und Vertrauen können dabei positiv dazu beitragen, sinnvolle Kompromisse einzugehen.

Das dargestellte Zusammenspiel unterschiedlicher Strategien konkretisiert Wrights Einschätzung, dass ein grundlegender (emanzipatorischer) Umbau sozialer Verhältnisse nur durch die Verbindung symbiotischer, interstitieller und konfrontativ-aufbrechender Strategien möglich ist. Eine dezidiert räumliche Perspektive macht sichtbar, welche Rollen unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen im Kontext einer Postwachstumstransformation zukommen können. Das Herausarbeiten bzw. die Erweiterung in drei sozialräumliche Strategien kann dabei als Impuls verstanden werden, unterschiedliche sozialökologische Strömungen, Organisationen, Akteure und Praktiken zueinander in Beziehung zu setzen. Im Konkreten bedeutet das eine Schärfung des Blicks dafür, dass soziale Bewegungen, alternativwirtschaftliche Organisationen und sozialökologisch orientierte Initiativen zwar sehr unterschiedliche strategische Ausrichtungen, jedoch durchaus bedeutende Konvergenzen in ihren Zielsetzungen aufweisen. Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation können ein analytisches Gerüst bereitstellen, um die Interaktion dieser Kräfte besser zu verstehen und systematisch auszurichten.

Literatur

Baier, A.; Hansing, T.; Müller, C.; Werner, K. (2016): Die Welt reparieren: Eine Kunst des Zusammenmachens. In: Baier, A.; Hansing, T.; Müller, C.; Werner, K. (Hg.): Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als Postkapitalistische Praxis. Bielefeld, 34–63.

Barnes, P. (2015): The political economy of localization in the transition movement. In: Community Development Journal 50 (2), 312–326. DOI: https://doi.org/10.1093/cdj/bsu042

Barnett, C. (2017): The priority of injustice: Locating democracy in critical theory. Athens.

Belina, B. (2013): Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. Münster.

Bouzarovski, S.; Haarstad, H. (2018): Rescaling low-carbon transformations: Towards a relational ontology. Transactions of the Institute of British Geographers. https://doi.org/10.1111/tran.12275

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.

Braune, A. (Hg.) (2017): Ziviler Ungehorsam: Texte von Thoreau bis Occupy. Stuttgart.

Buch-Hansen, H. (2018): The Prerequisites for a Degrowth Paradigm Shift: Insights from Critical Political Economy. In: Ecological Economics 146, 157–163. DOI: https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2017.10.021

Chatterton, P. (2016): Building transitions to post-capitalist urban commons. In: Transactions of the Institute of British Geographers 41 (4), 403–415. DOI: https://doi.org/10.1111/tran.12139

Chatterton, P. (2019): Unlocking sustainable cities: A manifesto for real change. London.

Chatterton, P.; Pickerill, J. (2010): Everyday activism and transitions towards post-capitalist worlds: Everyday activism and transitions towards post-capitalist worlds. In: Transactions of the Institute of British Geographers 35(4), 475–490. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2010.00396.x

Chatterton, P.; Pusey, A. (2019): Beyond capitalist enclosure, commodification and alienation: Postcapitalist praxis as commons, social production and useful doing. In: Progress in Human Geography, 030913251882117. DOI: https://doi.org/10.1177/0309132518821173

Coenen, L.; Benneworth, P.; Truffer, B. (2012): Toward a spatial perspective on sustainability transitions. Research Policy, 41(6), 968–979. https://doi.org/10.1016/j.respol.2012.02.014

Demaria, F.; Kallis, G.; Bakker, K. (2019): Geographies of degrowth: Nowtopias, resurgences and the decolonization of imaginaries and places. In: Environment and Planning E: Nature and Space, 2 (3), 431–450. DOI: https://doi.org/10.1177/2514848619869689

Eversberg, D.; Schmelzer, M. (2018): The Degrowth Spectrum: Convergence and Divergence Within a Diverse and Conflictual Alliance. In: Environmental Values, 27(3), 245–267. DOI: https://doi.org/10.3197/096327118X15217309300822

Exner, A.; Kratzwald, B. (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Intro – eine Einführung. Wien, Berlin.

Fatheuer, T.; Fuhr, L.; Unmüßig, B. (2015): Kritik der Grünen Ökonomie. München.

Fisher, M. (2009): Capitalist realism: Is there no alternative? Ropley.

Fuller, D.; Jonas, A. E. G.; Lee, R. (2016): Interrogating Alterity. Alternative Economic and Political Spaces. New York.

Georgescu-Roegen, N. (1977): Inequality, Limits and Growth from a Bioeconomic Viewpoint. In: Review of Social Economy 35 (3), 361–375. DOI: https://doi.org/10.1080/00346767700000041

Gibson-Graham, J. K. (2006): Postcapitalist Politics. Minnesota.

Gibson-Graham, J. K.; Cameron, J.; Healy, S. (2013): Take Back the Economy. An Ethical Guide for Transforming our Communities. Minnesota.

Gills, B.; Morgan, J. (2019): Global Climate Emergency: After COP24, climate science, urgency, and the threat to humanity. In: Globalizations, 1-18. DOI: https://doi.org/10.1080/14747731.2019.1669915

Grossmann, M.; Creamer, E. (2016): Assessing diversity and inclusivity within the Transition movement: An urban case study. In: Environmental Politics 26 (1), 161–182. DOI: https://doi.org/10.1080/09644016.2016.1232522

Gudynas, E. (2011): Buen Vivir: Today's tomorrow. In: Development 54 (4), 441–447. DOI: https://doi.org/10.1057/dev.2011.86

Habermann, F. (2009): Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag. Roßdorf.

Hahnel, R.; Wright, E. O. (2016): Alternatives to capitalism: Proposals for a democratic economy. Verso.

Hansen, T.; Coenen, L. (2015): The geography of sustainability transitions: Review, synthesis and reflections on an emergent research field. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 17, 92–109. DOI: https://doi.org/10.1016/j.eist.2014.11.001

Hardt, M., & Negri, A. (2017): Assembly. Oxford University Press.

Hayden, A.; Wilson, J. (2017): Beyond »GDP« Indicators: Changing the Economic Narrative for a Post-consumerist Society? In: Cohen, M. J.; Brown, H. S.; Vergragt, P. (Eds.): Social change and the coming of post-consumer society: Theoretical advances and policy implications. New York, 170–191.

Helfrich, S.; Bollier, D. (2019): Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons. Bielefeld.

Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update: Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München.

Johanisova, N.; Fraňková, E. (2017): Eco Social Enterprises. In: Spash, C. L. (Hg.): Routledge Handbook of ecological economics: Nature and societ. New York, 507–516.

Jones, J. P.; Woodward, K.; Marston, S. A. (2007): Situating Flatness. In: Transactions of the Institute of British Geographers 32 (2), 264–276. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2007.00254.x

Joutsenvirta, M. (2016): A practice approach to the institutionalization of economic degrowth. In: Ecological Economics 128, 23–32. DOI: https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2016.04.006

Kallis, G. (2019): Limits: Why Malthus was wrong and why environmentalists should care. Redwood City.

Kenis, A.; Lievens, M. (2015): The Limits of the Green Economy. From reinventing capitalism to repoliticising the present. New York.

Koepp, R.; Schunke, F.; Köhler, C.; Liebig, S.; Schröder, S. (2015): Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft. Diagnosen, Prognosen und Gegenentwürfe. Jena. = Working Paper 6/2015 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften.

Kothari, A.; Salleh, A.; Escobar, A.; Demaria, F.; Acosta, A. (Hg.) (2019): Pluriverse: A post-development dictionary. New Delhi.

Latouche, S. (2009): Farewell to Growth. Cambridge. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1468-2257.2011.00571.x

Leyshon, A.; Lee, R.; Williams, C. C. (Hg.) (2003): Alternative economic spaces. In: Economic Geography 81 (4), 437–438.

Loick, D. (2017): Anarchismus zur Einführung. Hamburg.

Longhurst, N. (2015): Towards an ›alternative‹ geography of innovation: Alternative milieu, socio-cognitive protection and sustainability experimentation. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 17, 183–198. DOI: https://doi.org/10.1016/j.eist.2014.12.001

Marston, S. A.; Jones, J. P.; Woodward, K. (2005): Human geography without scale. In: Transactions of the Institute of British Geographers 30 (4), 416–432. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1475-5661.2005.00180.x

Martínez-Alier, J.; Pascual, U.; Vivien, F. D.; Zaccai, E. (2010): Sustainable degrowth: Mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm. In: Ecological Economics, 69 (9), 1741–1747. DOI: https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2010.04.017

Mason, P. (2016): Postcapitalism. A Guide to our Future. London.

Massey, D. (2008): World city (Reprint). Polity Press.

Meadows, D. H.; Randers, J.; Meadows, D. L. (2004): Limits to growth: The 30-year update (1. printing). London.

Meretz, S. (2014): Keimform und gesellschaftliche Transformation. In: Streifzüge 60, 7–9.

Metzger, J. (2017): Soziale Wohnungswirtschaft zwischen Gebrauchs- und Tauschwert. Ein Beitrag zur Debatte um die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. In: Hawel, M.; Herausgeber_innenkollektiv (Hg.): Work in Progress. Work on Progress. Hamburg, 232–244.

Moore, A. (2008): Rethinking scale as a geographical category: From analysis to practice. In: Progress in Human Geography 32 (2), 203–225. DOI: https://doi.org/10.1177/0309132507087647

North, P.; Cato, M. S. (2017): Towards just and sustainable economies: The social and solidarity economy North and South. Cambridge.

Paech, N. (2013): Economic Growth and Sustainable Development. In: Angrick, M.; Burger, A.; Lehmann, H. (Hg.): Factor X. Re-source – Designing the Recycling Society. Cham, 31–44. = Eco-Efficiency in Industry and Science book series (ECOE) Band 30. DOI: https://doi.org/10.1007/978-94-007-5712-7_3

Painter, J. (2010): Rethinking Territory. Antipode, 42(5), 1090–1118. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2010.00795.x

Patel, R.; Moore, J. W. (2018): A history of the world in seven cheap things: A guide to capitalism, nature, and the future of the planet. London, New York.

Purser, R. E. (2019): McMindfulness: How mindfulness became the new capitalist spirituality. London.
Raven, R.; Schot, J.; Berkhout, F. (2012): Space and scale in socio-technical transitions. Environmental Innovation and Societal Transitions, 4, 63–78. https://doi.org/10.1016/j.eist.2012.08.001
Rockström, J.; Steffen, W.; Noone, K.; Persson, Å.; et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. In: Ecology and Society 14 (2), 32. DOI: https://doi.org/10.5751/ES-03180-140232
Rosa, H. (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung (1. Auflage). Berlin.
Rosa, H.; Dörre, K.; Lessenich, S. (2017): Appropriation, Activation and Acceleration: The Escalatory Logics of Capitalist Modernity and the Crises of Dynamic Stabilization. In: Theory, Culture & Society 34 (1), 53–73. DOI: https://doi.org/10.1177/0263276416657600
Rosa, H.; Henning, C. (Hg.): (2018). The good life beyond growth: New perspectives. New York, London.
Rosol, M. (2018): Alternative Ernährungsnetzwerke als Alternative Ökonomien. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 62 (3–4), 174–186. DOI: https://doi.org/10.1515/zfw-2017-0005
Schatzki, T. R. (2016a): Keeping Track of Large Phenomena. In: Geographische Zeitschrift, 104 (1), 4–24.
Schatzki, T. R. (2016b): Praxistheorie als flache Ontologie. In: Schäfer, H. (Hg.): Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm. Bielefeld, 29–44.
Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.
Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. In: Geography Compass 13 (11), 1–15. DOI: https://doi.org/10.1111/gec3.12470
Schmid, B.; Reda, J.; Kraehnke, L.; Schwegmann, R. (2019): The Site of the Spatial. Eine praktikentheoretische Erschließung geographischer Raumkonzepte. In: Everts, J.; Schäfer, S. (Hg.): Handbuch Praktiken und Raum. Humangeographie nach dem Practice Turn. Bielefeld, 93–136.
Schmid, B.; Smith, T. S. J. (2020): Social transformation and postcapitalist possibility: Emerging dialogues between practice theory and diverse economies. In: Progress in Human Geography. DOI: https://doi.org/10.1177/0309132520905642

Smith, A.; Voß, J.-P.; Grin, J. (2010). Innovation studies and sustainability transitions: The allure of the multi-level perspective and its challenges. Research Policy, 39(4), 435–448. https://doi.org/10.1016/j.respol.2010.01.023

Smith, T. S. J. (2019): ›Stand back and watch us‹: Post-capitalist practices in the maker movement. In: Environment and Planning A: Economy and Space, 0308518X1988273. DOI: https://doi.org/10.1177/0308518X19882731

Späth, P.; Rohracher, H. (2012): Local Demonstrations for Global Transitions—Dynamics across Governance Levels Fostering Socio-Technical Regime Change Towards Sustainability. *European Planning Studies, 20*(3), 461–479. https://doi.org/10.1080/09654313.2012.651800

Springer, S. (2014): Human geography without hierarchy. In: Progress in Human Geography 38 (3), 402–419. DOI: https://doi.org/10.1177/0309132513508208

Srnicek, N.; Williams, A. (2016): Inventing the future: Postcapitalism and a world without work (Revised and updated edition). London, New York.

Tsing, A. (2015): The mushroom at the end of the world: On the possibility of life in capitalist ruins. Princeton.

Wright, E. O. (2010): Envisioning real utopias. Verso London.

van den Bergh, J. C. J. M. (2011): Environment versus growth – A criticism of »degrowth« and a plea for »a-growth«. In: Ecological Economics 70 (5), 881–890. DOI: https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2010.09.035

Vandeventer, J. S.; Cattaneo, C.; Zografos, C. (2019): A Degrowth Transition: Pathways for the Degrowth Niche to Replace the Capitalist-Growth Regime. Ecological Economics, 156, 272–286. https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.10.002

Arbeitszeitverkürzung in Kleinbetrieben als Postwachstumspraxis?

Hubert Eichmann

Im Jahr 2018 stellte das oberösterreichische Onlinemarketing-Unternehmen »eMagnetix« auf eine 30-Stunden-Woche um, bei gleichbleibendem Vollzeitgehalt für die 22 Angestellten. Der Geschäftsführer, Klaus Hochreiner, begründet die Arbeitszeitverkürzung im Betrieb mit Vorteilen für drei Seiten: Die Beschäftigten seien durch mehr Freizeit ausgeglichener, zufriedener und produktiver. Der Output sei besser, was dann dem Arbeitgeber und vor allem den Kund*innen zugutekomme (Hausensteiner 2019). Noch etwas weiter geht der IT-Agentur-Unternehmer Lasse Rheingans im deutschen Bielefeld. 2017 hat er gemeinsam mit seinen 15 Mitarbeiter*innen, zunächst als Experiment, den 5-Stunden-Tag bzw. die 25-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeführt – nach Eigendarstellung als erstes Unternehmen in Deutschland (Hausensteiner 2019).[1]

Wie passen die zahlreicher werdenden Befunde zu Unternehmen, die auf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich setzen, mit Postwachstums- bzw. Degrowth-Diskursen zusammen, die für eine Abkehr von Wirtschaftswachstum plädieren (z. B. Kallis/Kalush/Flynn et al. 2013; Knight/Rosa/Schor 2013; Nässén/Larsson 2015)? Sind konkrete Beispiele zu Arbeitszeitverkürzung Belege dafür, dass Postwachstumspositionen nicht nur theoretische, zumeist makroökonomisch geprägte Modelle sind, sondern zunehmend auch in der betrieblichen Arbeitswirklichkeit Verbreitung finden (Gebauer 2018; Schmid 2018)? Oder lässt sich demgegenüber erst dann berechtigt von Postwachstum sprechen, wenn von betriebswirtschaftlichen Zielen wie Gewinn, Produktivität oder Größe (Beschäftigungsumfang) – und

1 Vgl. auch: https://www.zeit.de/zeit-spezial/2018/01/25-stunden-woche-lasse-rheingans-agentur-bielefeld/komplettansicht (28.01.2020).

entsprechendem Wachstum – abgerückt wird? Erweisen sich Ambitionen zur Übertragung von Postwachstumskonzeptionen auf die Betriebsebene überhaupt als sinnvoll oder umgekehrt als aussichtslos, weil es gegenüber dem Schrumpfungsimperativ im volkswirtschaftlichen Maßstab auch in Zukunft eher nicht darum gehen wird, allen Unternehmen ungeachtet ihres Tätigkeitsfelds oder ihrer Aufbauorganisation u.a.m. eine ebensolche Reduktion nahezulegen? Wären im Gegenteil nicht gerade aus Postwachstumsperspektive insbesondere jene Unternehmen zu fördern, die sich in Bezug auf Ressourcenschonung oder Gemeinwohlorientierung hervortun (Sommer 2018; Wiefek/Heinitz 2018), möglichst in Kombination mit beschäftigungsfreundlichen oder sogar demokratisch verfassten Arbeitsverhältnissen? Kurz: Ist es sinnvoll, auf der Mesoebene der Unternehmen von Postwachstum zu sprechen oder wäre eine Selbstbeschränkung auf Konzepte wie »transformatives Unternehmen« (Pfriem/Antoni-Komar/Lautermann 2015; Antoni-Komar/Kropp/Paech et al. 2019) geeigneter, weil damit diverse wünschenswerte Pfade begrifflich offener angelegt sind?[2]

Letzteres legt unter anderem Bernd Sommer nahe, der Missverständnisse ausschließen möchte, indem er darauf hinweist, dass der Übergang zu einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft nicht erfordert, dass jedes Unternehmen schrumpft oder zumindest nicht wächst: »Im Gegenteil, im Zusammenhang mit einem entsprechenden Strukturwandel kann es gerade der Fall sein, dass bestimmte Branchen und Unternehmen wachsen bzw. mehr werden, während andere verschwinden. Entscheidend ist nur, dass langfristig einzelne Unternehmen für ihren Fortbestand sowie Gesellschaften insgesamt für ihre Stabilität nicht auf endlos fortwährendes Wachstum angewiesen sind« (Sommer 2018: 20).

Stellvertretend für einschlägige Befunde belegen Jana Gebauer und Julian Sagebiel in einem Forschungsprojekt zu wachstumsneutralen Unternehmen bzw. Postwachstumspionieren, in welchem zusätzlich eine breitere Erhebung bei ca. 700 KMU in Deutschland zur Ermittlung von deren Wachstumsorientierung durchgeführt wurde, dass mit ca. 60 % die Mehrheit dieser Unternehmen entweder keine (34 %) oder nur eingeschränkte (25 %) Wachstumsambitionen äußert (Gebauer/Sagebiel 2015; Gebauer 2019). Das wird all

2 Mit »Wirkungsdimensionen« wie Selbstermächtigung, partnerschaftliche Befähigung, Selbstversorgung, ökonomische Selbstbegrenzung, Entschleunigung, Regionalisierung/Lokalisierung, Renaturierung (Pfriem/Antoni-Komar/Lautermann 2015).

jene nicht überraschen, die selbst in der Welt der Klein- und Kleinstbetriebe aktiv sind oder dazu forschen und insofern eher mit Wachstumsaversionen als -ambitionen konfrontiert sind. Die Kritik an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen wie Profit-, Produktivitäts- und Umsatzmaximierung ist zumindest dann verfehlt, wenn sie allzu pauschalierend ausgesprochen wird, dabei jedoch übersieht, dass große Unternehmen in der Regel ziemlich anders agieren (können bzw. müssen) als kleine. Allein aus dem Fehlen von Wachstumsorientierung bei kleinen Unternehmen ist wiederum noch keine transformative Wirkung ableitbar.

Arbeitszeitverkürzung von Ein-Personen-Unternehmen (EPU) mit oder ohne transformative Agenda

In diesem Beitrag wird anhand von qualitativ erhobenem Interviewmaterial in Klein- und Kleinstbetrieben aus der Wiener Kreativwirtschaft, vor allem aus Grafik- und Internetbranchen, zunächst aufgezeigt, dass die Vorstellung einer Revision bedarf, beim Thema Arbeitszeit von Selbstständigen reflexhaft an Arbeit rund um die Uhr zu denken, mit langen bzw. entgrenzten Arbeitszeiten. Dies schon deshalb, weil selbstorganisierte Arbeitszeitrhythmen infolge der Absenz von Kontrollinstanzen heterogener verlaufen (vgl. Bührmann/Hansen 2012; Muckenhuber 2014). Dazu kommt, dass individuelle Strategien schneller adaptiert werden können bzw. müssen, z. B. weil Selbstständige keinem Arbeitszeitrecht unterliegen oder weil bei flauer Auftragslage umdisponiert werden muss. Beispiele für reduzierte bzw. kürzere Arbeitszeiten (in Bezug auf Tages-, Wochen-, saisonale oder sonstige Rhythmen) sind Teilzeitselbstständigkeit, etwa aufgrund von Kinderbetreuungspflichten;[3] weiters die Beschränkung des zeitlichen Inputs infolge steigender Effizienz (oder andererseits wegen fehlender Aufträge) sowie z. B. die Realisierung des lange gehegten Wunschs, mit zunehmenden Berufsjahren etwas kürzerzutreten. Sozialökologische Ziele oder kollektiv getragene Konstellationen mit ausgeprägter Unternehmensdemokratie korrespondieren ebenfalls häufig mit Präferenzen für Arbeitszeitverkürzung.

3 20 % der männlichen und 45 % der weiblichen EPU sowie 8 % der männlichen und 18 % der weiblichen »Arbeitgeber*innen« (d. h. Unternehmer*innen mit Mitarbeiter*innen) arbeiten in Österreich in Teilzeit (Statistik Austria 2016: 91 ff.)

Dennoch dürfte der Anteil von Organisationen mit explizit transformativem Ansatz im Sinne einer klima- bzw. ressourcenschonenden Gesamtstrategie oder einer betriebsdemokratischen Verfassung u. a. m. als Anlass auch für die zeitliche Selbstbeschränkung einstweilen weiterhin ein Nischenprogramm sein. Demgegenüber wird hier argumentiert, dass viele Ein-Personen-Unternehmen oder Kleinstbetriebe einem risikoaversen »no growth«-Pfad folgen bzw. den eigenen Input, z. B. bemessen in Arbeitszeit, tendenziell zu reduzieren trachten – dies allerdings auf vielfältige Weise und ohne dabei ökologischen Handlungsimperativen oder Postwachstumsgrundsätzen zu folgen. Vielmehr erkennen kleinstbetrieblich sozialisierte Akteur*innen beispielsweise in ihren mittleren Berufsjahren (wo viele Karriere- und Aufstiegsambitionen gleichsam abgehakt sind), dass ein (weiteres) Wachstum mit viel Aufwand verbunden wäre und insofern eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Perspektiven im Vordergrund steht; etwa im Sinn von »weniger arbeiten, möglichst gleich viel verdienen«.

Im Anschluss findet sich auf Basis empirischer Fälle aus zwei Forschungsprojekten eine Gegenüberstellung von Arbeitszeitpraktiken, die unter dem Niveau von Vollzeitjobs von unselbstständig Beschäftigten liegen. Im ersten Teil werden No-Growth-Pfade wiedergegeben, die auf Arbeitszeitreduktion hinauslaufen, ohne dass die jeweiligen Akteur*innen Hinweise auf sozialökologische oder damit verwandte Ambitionen als Begründung für das eigene Vorgehen erkennen lassen würden. Die Beispiele stammen aus einer 2016 durchgeführten Interviewstudie bei 14 Selbstständigen, in der Arbeitszeit nur ein Randthema war und die Befragten deshalb nicht entlang ihres Arbeitszeitumfangs ausgewählt wurden. Insofern ist interessant, dass sich etwa die Hälfte als unterhalb des Vollzeitjobniveaus einstuft (vier Frauen, drei Männer, gesamt je sieben Frauen und Männer). Kontrastierend dazu werden Ergebnisse einer Betriebsfallstudie aus 2019 wiedergegeben, die im Zuge einer Untersuchung von alternativen Unternehmensmodellen durchgeführt wurde. Der transformative Ansatz liegt in diesem Beispiel darin, dass sich eine Gruppe von langjährig als EPU agierenden Personen zu einer Beschäftigungsgenossenschaft zusammengeschlossen hat und über diesen Schritt eigene Erwerbsarbeitszeiten professionalisieren sowie reduzieren möchte.

Arbeitszeitverkürzung ohne transformative Agenda

Unter den 14 im Jahr 2016 interviewten Selbstständigen aus Design- und Internetbranchen sind nur zwei Personen Arbeitgeber*innen im Wortsinn, d. h. sie beschäftigen Mitarbeiter*innen im eigenen Betrieb. Die anderen sind rechtlich »alleinselbstständig« und definieren sich zumeist nicht als Akteur*innen mit explizitem Expansionsfokus. Demgegenüber gilt die Rolle als Arbeitgeber*in wegen der damit verbundenen Kosten als ausgesprochen riskant. Ungeachtet dessen ist es zumeist wichtig, eine Existenz als Einzelkämpfer*in zu vermeiden, weil in solchen Konstellationen das abzudeckende Leistungsportfolio zu eng ausfiele oder Zeiten einer längeren Absenz durch Krankheit oder Urlaub schwer überbrückbar wären u. a. m. Als *modus operandi* bei jenen, die nicht über eine gemeinsame Firma mit Partner*innen agieren (also bei fast allen), sind daher möglichst tragfähige Netzwerke zu Kolleg*innen im Berufsfeld wichtig, zumeist in ergänzenden Sparten. Von hochtrabenden künstlerischen Ambitionen scheint im Lauf der Berufsbiografie in Projektarbeitswelten eher wenig geblieben zu sein; und wenn doch, dann in Form von Nebenprojekten, die nicht für den Markt konzipiert sind. Demgegenüber überwiegt der Blick auf die Notwendigkeiten: professionelle Leistungen, tragfähige Aufwands-/Ertrags-Relationen, Sicherstellung der Auslastung und Reputation – und das bei Aufrechterhaltung einer Balance aus Kreativarbeit und der (mäßig geliebten) wirtschaftlichen Betriebsführung.

Die Analyse der Arbeitszeitstrategien der befragten Selbstständigen aus der Wiener Kreativwirtschaft ergibt heterogene Modelle. Wird der Blick zunächst auf jene gerichtet, die gemäß ihrer Selbsteinstufung »umgerechnet« mehr als durchschnittlich 40 Wochenstunden arbeiten (ca. die Hälfte), so erweisen sich darunter nur wenige als echte »Arbeitstiere«. Gründe dafür sind neben besonders intensiven Arbeitsphasen, z. B. an Drehterminen bei Filmschaffenden, denen auch längere Stehzeiten folgen können, künstlerisch geprägte Lebensmodelle, in denen die Trennung der Sphären Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit teilweise zurückgewiesen wird. Bei jenen Befragten, die anführen, bezogen auf den Jahresdurchschnitt nicht mehr als 40 Wochenstunden zu arbeiten, sind zwei Gruppen zu unterscheiden: zunächst arrivierte und etwas ältere Selbstständige, die angesichts einer durchaus arbeitsintensiven Vergangenheit mit Erfolgen und Misserfolgen etwas zurückschalten, um die eigene Lebensqualität zu steigern. Beruflicher Erfolg

ist nicht (mehr) alles, möge sich doch die nächste Generation an der vordersten Front bewähren, lautet hier das Motto.

Beispielsweise wechselte der Eigentümer einer Internetagentur nach dem Konkurs seines Unternehmens in der Zeit der Wirtschaftskrise 2008/2009 das Berufsfeld und arbeitet heute alleinselbstständig als Fotograf. Der Konkurs ist an ihm nicht spurlos vorübergegangen, neben dem Verlust von eigenem Vermögen verdient er deutlich weniger. Zugleich sieht er in seiner gegenwärtigen Berufssituation den Vorteil, damit wesentlich weniger Stress ausgesetzt zu sein als mit der seinerzeitigen Führung eines Unternehmens mit etwa 20 Mitarbeiter*innen.

> »Wenn Sie nun resümieren, die Jahre 2005 und 2015: Einkommen, Arbeitszeit und Zufriedenheit mit dem, was Sie machen …
> M: Weniger, weniger, exorbitant mehr.
> Also vom Zeitaufwand sozusagen überschaubarer?
> M: Es ist überschaubarer. Natürlich, es gibt auch Phasen, wo viel los ist.« (Fotograf, 50 Jahre)

Anders gelagert sind die Gründe für eine Begrenzung des eigenen Arbeitszeitinputs auf nicht mehr als ca. 40 Wochenstunden bei der zweiten Gruppe, den jüngeren Selbstständigen, die noch viele Berufsjahre vor sich haben und dennoch ihr Leben nicht allein der Erwerbsarbeit widmen wollen. Deren Plädoyer für kürzere Arbeitszeiten verdankt sich zu einem Gutteil dem Umstand, dass sie ihre Berufslaufbahn in einem Anstellungsverhältnis begonnen und sich erst später selbstständig gemacht haben. Diese Gruppe hat eine berufliche Sozialisation hinter sich, die von mehr oder weniger kreativen Dienstleistungen in der Welt der Werbeagenturen geprägt wurde. Solche Biografien zeitigen in vielen Gesprächssequenzen ein paradox anmutendes Resultat in Bezug auf Arbeitszeitwünsche und -praktiken: Die Einsicht, tunlichst nicht im Hamsterrad eines Workaholics in der Agenturwelt enden zu wollen, war für einige der Anlass für den Wechsel in eine Selbstständigkeit, von der man/frau sich auch mehr Souveränität über die täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten erhoffte. Zugleich bewirkte erst der Job in einer Anstellung, dass sich ein Erfahrungswissen über Arbeitszeitnormen und deren Sinnhaftigkeit etablieren konnte. Demgegenüber ist eine Arbeitszeitbegrenzung für viele, die als Selbstständige ins Erwerbsleben eingestiegen sind und nichts anderes kennen, oft von untergeordneter Bedeutung.

Anstatt Selbstausbeutung ohne Ende geht es vielen im Zuge der wachsenden Berufserfahrung darum, nicht an der Maximierung des Outputs zu arbeiten, sondern tragfähige Relationen zwischen externen Anforderungen und eigenen Ressourcen zu erreichen. Ein häufig genanntes Ziel ist die Verstetigung eines möglichst stabilen Einkommens, das im Zuge der noch ausbaufähigen Etablierung am Markt mit weniger Arbeits(-zeit-)einsatz erzielt werden soll. Die Begrenzung der investierten Arbeitszeit für profane Kreativdienstleistungen hat in einigen Fällen zusätzlich den Zweck, Ressourcen für eigene künstlerische Neigungen offenzuhalten. Anzumerken ist, dass die Interviewten aus der Gruppe der Jüngeren (d. h. der +/- 40-Jährigen) mit kürzeren Arbeitszeiten eher nicht zu den Geringverdiener*innen dieses Samples zählen; im Gegenteil finden sich hier mehrere Personen, die sich wirtschaftlich gut etabliert haben.

Ein Beispiel dafür ist ein Ein-Personen-Unternehmer, der seit mehr als fünf Jahren für die PR-Abteilung eines großen Konzerns Werbefilme aufnimmt, etwa anlässlich von Jubiläen oder von regelmäßig anstehenden Quartalsberichten. Dieser Hauptkunde ist einträglich und reicht dem Werbefilmer aus, um ein gutes Einkommen zu erzielen – dafür müsse er im Jahresdurchschnitt umgerechnet nicht mehr als 15 bis 20 Stunden pro Woche aufbringen. Wie er mit freien Kapazitäten umgeht, scheint sich nach den Interessen zu richten. So schaffte es der aufgrund seines ehemaligen Jobs in einer Filmproduktionsfirma gut vernetzte Werbefilmer, im Jahr vor dem Interview einen Assistenzjob am österreichischen Drehort für einen internationalen Blockbuster-Actionfilm zu ergattern. Bei dieser High-end-Produktion dabei sein zu können, war für ihn eine tolle Lernerfahrung, denn ihm ist durchaus klar, dass er seine Strategie komplett neu ausrichten müsste, wenn der Hauptkunde einmal wegfallen sollte.

»Wenn Sie das jetzt umrechnen würden, sehr intensiv an wenigen Wochen im Jahr und dann oft weniger: Auf wie viele Arbeitsstunden pro Woche kommen Sie ungefähr?
L: Nun, vielleicht 20 Stunden umgerechnet, wenn man es so verteilt und alles dazurechnet. Ich meine, es haben sich ja auch immer andere Dinge ergeben … Das letzte Jahr habe ich richtig viel gearbeitet. Wenn ich jetzt nochmals von den Stunden her … eigentlich, da würde ich eher sagen, 15 Stunden in der Woche, so im Schnitt. Wenn ich jetzt das letzte Jahr weglasse.« (Werbefilmer, 42 Jahre)

Als Vergleichsfall sei eine Grafikdesignerin genannt, die ca. fünf Jahre vor dem Interview gemeinsam mit einer Kollegin ein Unternehmen gründete, nachdem sie davor jahrelang in einer großen Werbeagentur gearbeitet hatte. Das junge Unternehmen konnte sich trotz der schwierigen Marktlage rasch eine gute Reputation erwerben – unter anderem über jene Ex-Kolleg*innen, die in die PR-Abteilungen der Abnehmer von Werbung umgestiegen waren. Die Befragte koordiniert heute, nach dem Ausstieg der Geschäftspartnerin, als EPU ein beachtliches Netzwerk von Freelancer*innen, mit denen sie relativ große Projekte bewältigen kann. Da die Akquisition und Betreuung von Kund*innen inzwischen ihre Kernkompetenz ist, hält sie eine zentrale Netzwerkposition und verdient dementsprechend gut. Den Anteil an Kreativarbeit hat sie zugunsten von Projektmanagement zurückgeschraubt, vieles wird an die Freelancer ausgelagert.

> »Haben Sie eigentlich Expansionspläne?
> Z: Nein, also besser ist es, weniger zu machen und mehr dafür zu verlangen. Also tendenziell will ich immer weniger machen, als was ich mache. Und ich glaube, nach zehn Jahren kann man sagen, ja, die Leute kommen schon aus einem bestimmten Grund zu mir. Weil sie es gut finden …
> […]
> Wie ist das mit Ihrer Arbeitszeit, insgesamt, wenn man das auf Stunden in der Woche umrechnet: mehr oder weniger als 40 Stunden?
> Z: Also mehr sicher nicht, kann ich mir nicht vorstellen. […] Nein, das Ziel ist einfach: besser bezahlte Stunden.
> Ja, eh. Aber besser bezahlte Stunden kann heißen, ich arbeite gleich viel und verdiene dann mehr oder ich verdiene gleich viel, und habe dann weniger Arbeit.
> Z: Nein, ich arbeite weniger, weil ich … dadurch, dass es so gut bezahlt ist, kann ich mir noch viel besser jemand anderen leisten, der Arbeit macht … damit ich eine ruhige Kugel schieben kann.« (Grafikdesignerin, 38 Jahre)

Genossenschaftsgründung und Arbeitszeitreduktion als Transformationsansatz

Was ist nun in manchen Organisationen anders, um dem Etikett »transformativ« gerecht zu werden? Um das zu analysieren, ziehe ich das Beispiel eines Unternehmens heran, das aus Vergleichsgründen ebenfalls in der Internetwirtschaft beheimatet und abgesehen davon Teil einer Fallstudienreihe ist, in denen diverse »alternative« Organisationsmodelle unter die Lupe genommen werden, beginnend von Genossenschaften über Fab Labs bis hin zur Peer-to-Peer-Economy sowie zu Tauschkreisen.

Das befragte Unternehmen ist ein Zusammenschluss von (bislang) fünf Ein-Personen-Unternehmen (drei Männer und zwei Frauen im Alter von 35 bis 60 Jahren), die einander von diversen Netzwerk- und Projektkonstellationen zwar schon länger kennen, allerdings erst vor einem Jahr beschlossen haben, sich im Rahmen eines gemeinsamen Grafikbüros rechtlich zusammenzutun; und zwar nicht in der geläufigeren Rechtsform einer GmbH, sondern über eine Genossenschaft. Die Genossenschaftskonstruktion dient – abgesehen vom Wunsch nach mehr Austausch und Gemeinschaft in der gemeinsam gegründeten Organisation – erstens dem Ziel, sich darüber im Rahmen von Dienstverhältnissen (mit Arbeitslosenversicherung) anzustellen. Zwar ist niemand der fünf Gründungsmitglieder aus dem Akquisitionsdruck entlassen, allerdings wird der zu generierende Umsatz im Gegensatz zu früher im Namen der Genossenschaft getätigt, über diese verwaltet und dann den Mitgliedern im Umfang ihrer vereinbarten Dienstverhältnisse bzw. Arbeitsstunden ausbezahlt. Etwaige Gewinne sollen jedenfalls in den ersten Jahren reinvestiert werden, z. B. in die Büroinfrastruktur. Zu erwähnen ist, dass nicht alle fünf Genossenschafter*innen ihr gesamtes Umsatzvolumen in die neue Gesellschaft einbringen, sondern einige davon ihren bisherigen Kundenstock weiterhin anteilig als Selbstständige bedienen. Die Verringerung des individuellen wirtschaftlichen Unternehmer*innen-Risikos ist unschwer als Lösungsansatz der Genossenschaftskonstruktion zu erkennen; und dies bei einer Beschränkung der persönlichen Haftung auf eine überschaubare Summe, nämlich der doppelten Höhe der eigenen Einlage von rund 2000 Euro. Dazu kommt die Option, als Nach-wie-vor-Unternehmer*in und zugleich Neo-Angestellte*r nunmehr im Fall des Falles auch Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen zu können.

Zweitens folgt die Genossenschaftsgründung solidarischen Motiven, die u. a. darin liegen, dass die Beteiligten davon mehr unternehmensinterne Demokratie erwarten als etwa in einer Kapitalgesellschaft, weil laut Satzung Kopfstimmrecht vereinbart wurde und nicht die Höhe der eigenen Einlage den Stimmrechtsanteil bestimmt. An diesem Vorsatz ist zweifellos ein transformativer Aspekt auszumachen, der zugleich mithelfen soll, ein moderates Unternehmenswachstum in die Wege zu leiten. Entgegen von Postwachstums- bzw. Schrumpfungsparadigmen ist die Genossenschaft daran interessiert, neue Mitglieder zu rekrutieren bzw. mittelfristig auf 10 bis 12 Personen aufzustocken, um so das eigene Portfolio ausweiten und zugleich absichern zu können. Interessierten Selbstständigen mit komplementären Kompetenzen im weiteren Bekanntenkreis wird folglich eine Einstiegsmöglichkeit in die Genossenschaft angeboten und damit ebenfalls die Option, den typischen Prekarisierungsrisiken von Freelancer*innen zu entkommen.

> »Warum eigentlich eine Genossenschaft?
> G: Eigentlich ist es, für mich zumindest, das höhere Ausmaß an Solidarität. Und auch ein anderer Fokus jetzt, nicht so sehr Gewinnoptimierung, was ja in einer GmbH eher der Fall ist. […] Bis jetzt, wir haben das ein Jahr, ist es sehr gut gelaufen. Es ist auch so, wir sind gleichwertig in die Geschichte reingegangen, das ist schon mal eine andere Voraussetzung.« (Grafikdesignerin, 49 Jahre)

Drittens ist einigen der interviewten Genossenschafter*innen eine Beschränkung der eigenen Arbeitszeit ein besonderes Anliegen; zunächst infolge einer professionelleren Kooperation bzw. zeitlichen Projektorganisation. Der Wunsch nach mehr (Arbeitszeit-)Effizienz im alltäglichen Vorgehen ist nun freilich noch kein transformativer Ansatz, etwa in einem sozialökologischen Bedeutungshorizont. Interessant sind die weiteren Begründungen, die nicht so sehr auf die Reduktion des Wochenstundenkontingents abzielen – um z. B. wie in anderen Unternehmen eine bindende 30-Stunden-Woche oder Ähnliches einzuführen. Das wiederum fiele den Befragten dieser Fallstudie wohl deshalb relativ schwer, weil ihnen – geschult in der langjährigen Praxis mit selbst gestalteten Arbeitszeitrhythmen – ohnehin nur mit viel Mühe zu entlocken ist, wie viele Wochenstunden sie durchschnittlich leisten (im engeren Sinn, im weiteren Sinn, was ist eigentlich Arbeitszeit

usf.). Der Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten dürfte vielmehr den beiden folgenden Zielen geschuldet sein:

Einerseits geht es darum, mehr Zeitressourcen für kreative, karitative oder sonstige Spielbeine gegenüber dem hauptberuflichen Standbein zu haben. Vier der fünf Gesprächspartner*innen erwähnen diverse nichtkommerzielle Aktivitäten mit relevantem Zeitumfang (1x künstlerische Aktivität, 2x Ehrenamt, 1x wissenschaftliche Abschlussarbeit). Darauf möchten die Beteiligten auch in Zukunft nicht verzichten; zudem soll das außerberufliche Engagement gerade durch die Stabilisierung der eigenen Geschäftstätigkeit in der Genossenschaftskonstruktion erleichtert werden; sowie über die Verständigung auf eine Berufstätigkeit, die tendenziell unterhalb einer 40-Stunden-Woche angesiedelt sein soll.

Andererseits fällt in diesem Betrieb das Thema Arbeitszeitreduktion mit dem Wunsch nach längeren Auszeiten zusammen – und selbstverständlichem bzw. qua Genossenschaftsmitgliedschaft abgesichertem Rückkehrrecht. Als »habitualisierten« selbstständigen Dienstleister*innen ist einigen der Befragten nur allzu klar, wie mühsam es in der Vergangenheit oft war, ohne Risiko eines Kundenverlusts längere Zeit abwesend zu sein (z. B. längere Urlaube mit Auslandsaufenthalt), von ausgedehnteren Erholungsphasen in Fällen von Krankheiten oder burnoutähnlichen Zuständen ganz zu schweigen. Insofern ist der Wunsch ausgeprägt, die EPU-Vergangenheit hinter sich zu lassen und Auszeitbedürfnisse – abgesichert über das Vehikel der Mitbestimmung in der Genossenschaft – gleichsam nachholen zu können.

> »B: Und das nächste ist, dass es ja auch den Wunsch gibt, ersetzbar zu sein. Dass es eine Qualität ist, wenn man ersetzbar ist, weil dann kriegt man Auszeiten für andere Geschäfte und überhaupt.
> Versteh ich es richtig: Ich kann endlich auch mal länger weg sein und dann problemlos wieder zurückkommen?
> B: Das ist für mich ein ganz starkes Argument, nämlich auch, dass es die Kultur gibt, dass das nicht nur okay ist, sondern sogar irgendwie bis zu einem Grad erwünscht ist. Ich kenne das aus anderen Organisationen, dass es da oft extrem problematisch ist, wenn sich Leute auch nur ein bisschen zurücknehmen, Karenz oder Bildungskarenz machen oder ein Ehrenamt oder so etwas.« (Grafikdesigner, 44 Jahre)

Fazit

In Diskursen zur Postwachstumsökonomie wird erörtert, ob und inwiefern ganze Volkswirtschaften insbesondere aus ökologischen Gründen auf einen Kurs ohne Wirtschaftswachstum gebracht werden können, welche politischen Weichenstellungen dafür zu setzen wären – und warum es schwierig ist, auf der Praxisebene der Unternehmen signifikante Transformationsbewegungen zu identifizieren, abgesehen von Pionierbetrieben in eher eng gefassten Nachhaltigkeitsnischen oder in diversen Non-Profit-Welten. Demgegenüber wird in diesem Beitrag argumentiert, dass ein signifikanter Teil aller Ein-Personen-Unternehmen implizit ohnehin einem No-Growth-Pfad folgt und insofern den eigenen Input, z. B. bemessen in Arbeitszeit, eher reduzieren als ausweiten möchte. Dies erfolgt auf vielfältige Weise und weiterhin eher fernab von Postwachstumsimperativen.

Anhand von Interviews mit selbstständigen Kreativschaffenden in Wien wird gezeigt, dass viele Akteur*innen einen Zielhorizont entwickeln, der auf die Stabilisierung des eigenen Leistungsoutputs hinausläuft, mit Arbeitszeiten, die im Jahresdurchschnitt und unter Berücksichtigung einer schwankenden Auslastung mit Spitzen und Flauten bei weniger als 40 Wochenstunden liegen. Viele Akteur*innen realisieren bereits ab dem zweiten Drittel ihrer beruflichen Biografie die Grenzen der eigenen Ressourcen. Angesichts des Umstands, dass »die eigenen Bäume nicht in den Himmel wachsen«, geht es dann darum, Input und Output einigermaßen in Einklang zu bringen. Damit korrespondierend tendieren viele proaktiv in Richtung einer Begrenzung und Verkürzung der eigenen Arbeitszeiten. Und selbstredend existieren viele Vorreiterunternehmen, von denen man viel lernen kann.

Literatur

Antoni-Komar, I.; Kropp, C.; Paech, N.; Pfriem, R. (Hg.) (2019): Transformative Unternehmen und die Wende in der Ernährungswirtschaft. Weimar bei Marburg.

Bührmann, A.; Hansen, K. (2012): Plädoyer für eine Diversifizierung des unternehmerischen Leitbildes in Forschung und Beratung. In: Arbeit 4/2012, 291–305.

Gebauer, J. (2018): Towards Growth-Independent and Post-Growth-Oriented Entrepreneurship in the SME Sector. In: Management Revue 29 (4), 230–256.

Gebauer, J. (2019): Transformatives Unternehmertum aus der Postwachstumsperspektive. In: Christ, M.; Sommer, B.; Stumpf, K. (Hg.): Transformationsgesellschaften. Zum Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Weimar bei Marburg, 184–204.

Gebauer, J.; Sagebiel, J. (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin. = Schriftenreihe des IÖW 208/15.

Hausensteiner, H. (2019): Weniger ist mehr. In: Kompetenz – Magazin der Gewerkschaft der Angestellten. 17.12.2019. https://kompetenz-online.at/2019/12/17/weniger-ist-mehr/(27.01.2020).

Kallis, G.; Kalush, M.; Flynn H. O.; Rossiter, J.; Ashford, N. (2013): »Friday off«: reducing working hours in Europe. In: Sustainability 5 (4), 1545–1567.

Knight, K. W.; Rosa, E. A.; Schor, J. B. (2013): Could working less reduce pressures on the environment? A cross-national panel analysis of OECD countries, 1970–2007. In: Global Environmental Change Vol 23, 691–700.

Muckenhuber, J. (2014): Arbeit ohne Ende? Zur Arbeitsrealität der »neuen« Selbständigen. Konstanz.

Nässén, J.; Larsson, J. (2015): Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households. In: Environment and Planning C Vol 33, 726–745.

Pfriem, R.; Antoni-Komar, I.; Lautermann, Ch. (2015): In: Ökologisches Wirtschaften 3/2015, 18–20.

Schmid, B. (2018): Structured Diversity: A Practice Theory Approach to Post-Growth Organisations. In: Management Revue 29 (3), 281–310.

Sommer, B. (2018): Postkapitalistische Organisationen als Keimzellen einer Postwachstumsgesellschaft? Jena. = Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe PW-Gesellschaften Nr. 5/2018.

Statistik Austria (2016): Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2015. Wien.

Wiefek, J.; Heinitz, K. (2018): Common Good-Oriented Companies: Exploring Corporate Values, Characteristics and Practices That Could Support a Development Towards Degroath. In: Management Revue 3/2018, 311–331.

Praxisbeiträge

Das emanzipatorische Projekt »Postwachstumsökonomien«

Ein Interview mit Andrea Vetter und Matthias Schmelzer, durchgeführt von Meret Batke, Mai Anh Ha und Bastian Lange

Andrea Vetter schreibt, forscht, erzählt und organisiert für einen sozialökologischen Wandel; vor allem für das »Haus des Wandels« in Ostbrandenburg, für das »Konzeptwerk Neue Ökonomie« in Leipzig und für die Zeitschrift »Oya: enkeltauglich leben«.
Matthias Schmelzer arbeitet beim »Konzeptwerk Neue Ökonomie« zu gesellschaftlichen Utopien und Degrowth und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena. Er ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv und schreibt wissenschaftliche und journalistische Texte.

Wie grenzt ihr euch in der Auseinandersetzung mit Postwachstumsökonomien von rechten Raumsemantiken ab?

Matthias Schmelzer: Eine der zentralen Stoßrichtungen der Postwachstumsdiskussion ist, der neoliberalen, autoritären und fossilen Globalisierung die Vision einer an Bedürfnissen orientierten kleinräumigeren Wirtschaftsweise entgegenzustellen. Das hat oberflächlich gesehen gewisse Ähnlichkeiten mit rechten Raumsemantiken oder Vorstellungen, sodass Rechte an einigen Stellen auch das Stichwort »Postwachstum« aufgegriffen haben. Gerade der völkische »Flügel« der AfD vertritt inhaltliche Positionen, die sich auf Kleinräumigkeit beziehen, diskursiv wird das aber seit einigen Jahren nicht mehr mit dem Wort »Postwachstum« benannt. Aus einer emanzipatorischen, linken Perspektive ist diese Möglichkeit zur Vereinnahmung natürlich ein Problem für eine kritische Auseinandersetzung mit und eine Vision für eine regionalisiertere und deglobalisiertere Wirtschaft.

Deswegen muss aus unserer Sicht die Grundmotivation und der Fokus für emanzipatorische Postwachstumspolitiken immer eine globale Gerechtigkeitsperspektive sein, die mit einem Plädoyer für offene Grenzen einher-

geht. Offen jedoch vor allem in Bezug auf Bewegungsfreiheit von Menschen, nicht unbedingt auch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital – da kann es durchaus sinnvoll sein, über gewisse Einschränkungen zu diskutieren. Bei der Umsetzung einer Postwachstumsökonomie in einer globalisierten Weltwirtschaft ist beispielsweise eine Kontrolle von Kapitalströmen sicherlich notwendig.

Wir versuchen aus einer linken Perspektive, Antworten auf diese aktuelle Diskussion zu dem Problem von Grenzen und Ökologie zu formulieren. Um diese Abgrenzung von kulturell geschlossenen »Bioregionen« deutlich zu machen, wird in der Postwachstumsdebatte von einer »offenen Relokalisierung« gesprochen. Ein zentraler Teil von Postwachstumspraktiken, welcher noch viel zu wenig umgesetzt wird, ist eben beispielsweise auch die praktische Solidarität mit Geflüchteten, die sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit genommen haben.

*Ist das eine Art von Innerer Dekolonialisierung oder Deimperialisierung, die jede*r individuell betreiben muss?*

Matthias Schmelzer: In der Postwachstumsdebatte geht es darum, ökonomische Kategorien, die wir verinnerlicht haben, und unsere Vision davon, was ein gutes Leben aus der westlichen Perspektive ausmacht, zu hinterfragen. Es gibt aber auch Kritik an dem Konzept der »Dekolonialisierung des Imaginären« von Serge Latouche, einem der frühen Vordenker von Degrowth. Diese Kritik sagt im Wesentlichen, dass »Kolonialisierung« und »Dekolonialisierung« Begriffe sind, welche für einen ganz spezifischen Kontext geprägt worden sind und heute eigentlich als Hauptfunktion haben, sich mit Rassismus und den Folgen von Kolonialisierung zu beschäftigen. Bei der Übertragung des Begriffs auf einen anderen Bereich wird diesem Begriff dann das kritische Potenzial genommen und angeeignet für etwas anderes. Die Grundidee, eingefahrene Vorstellungsweisen über hierarchische Gesellschaft und Wirtschaft infrage zu stellen und sich davon zu befreien, ist jedoch ganz zentral für die Postwachstumsdiskussion.

Gibt es praktische Beispiele für diese Grundidee des Postwachstums?

Andrea Vetter: Es erfordert einen Perspektivwechsel, um sehen zu lernen, in welcher Welt ich mich persönlich eigentlich bewege. Ein Beispiel ist das all-

gegenwärtige Smartphone. Wenn ich mir mein Hosentaschentelefon genau anschaue, welche Materialien darin verbaut sind, in welcher Fabrik es gefertigt wurde, welche Infrastrukturen für seinen Betrieb benötigt werden, lerne ich zu sehen, welche Beziehungen darin stecken – nämlich ausbeuterische Beziehungen, die über den gesamten Globus gespannt sind. In der Materialität der ganz alltäglichen Dinge, mit denen wir uns umgeben, stecken die ganzen wachstumsgetriebenen globalen Ausbeutungsverhältnisse drin – sei es im Beton unserer Häuser, im Plastik und der Mikroelektronik unserer Arbeitsgeräte oder im fossilen Brennstoff, der uns bewegt und wärmt. Diesen Blick auf die Welt zu schärfen, hilft wahrzunehmen, in welcher Welt ich mich befinde und mich dann kollektiv mit anderen gemeinsam zu engagieren, diese ausbeuterischen Beziehungen zu verändern.

Bieten Prozesse wie der geplante Kohleausstieg aktuell eine Chance?

Andrea Vetter: Ja, das könnten sie durchaus – in der Lausitz ist beispielsweise geplant, bis in die 2030er Jahre 17 Milliarden Euro in den sogenannten Strukturwandel zu investieren. Dieses Geld könnte eine sozialökologische Modellregion anstoßen, wenn vor Ort viel mehr mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gearbeitet werden würde. Stattdessen wird das Straßennetz ausgebaut und mit Steuererleichterungen versucht, Industrie anzusiedeln. Ich finde es fatal, wie so mit den Konzepten von gestern – mit derselben imperialen Lebens- und Wirtschaftsweise, die zu ökologischen und sozialen Zerstörungen führt und geführt hat – versucht wird, die nächsten 20 Jahre fortzuschreiten. Die Menschen in der Lausitz haben nach 1990 bereits einen Strukturwandel erlebt, der eine brutale Abwicklung war –, jetzt haben sie es verdient, dass nicht dieselben »blühenden Landschaften« versprochen werden, die schon in den vergangenen 30 Jahren nicht kamen.

Was sind Kernthemen und Kernprozesse einer emanzipatorischen Postwachstumsökonomie, auch in Bezug auf Raumbezüge, die von rechts kommen?

Matthias Schmelzer: Der rechte und rassistische Bezug auf Raum ist der, geschlossene, bioethnische Regionen zu stärken. Bei Postwachstum geht es um das Gegenteil, nämlich um globale Gerechtigkeit, um deretwillen in einigen Bereichen – wie dem sogenannten Freihandel – Globalisierungsprozesse zurückgedrängt werden müssen. Durch diese etwas komplizierte

Begründungslinie fällt es der Postwachstumsdiskussion teilweise nicht sehr leicht, innerhalb der linken, emanzipatorischen Debatten Fuß zu fassen. Da gibt es viel Skepsis, weil historisch gesehen meistens Konzepte, die Regionalisierung und Kritik am Industrialismus in den Vordergrund gerückt haben, nicht Perspektiven waren, die globale Gerechtigkeit stark machen.

Es ist vor allem notwendig, über eine sozialökologische Transformation zu reden und den Menschen die Angst zu nehmen vor der Zukunft und den Veränderungen. Das muss auf einer ganz konkreten Ebene geschehen, weshalb sozialpolitische Forderungen in der Postwachstumsdiskussion eine sehr starke Rolle einnehmen. Es geht darum, ökologische und soziale Fragen sehr eng miteinander zu verschränken.

In fast allen Konzepten von Postwachstum spielt eine radikale Umverteilung von Vermögen und Einkommen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene eine Schlüsselrolle – Konzepte, die eine starke Grundsicherung in den Vordergrund stellen oder Konzepte einer radikalen Verkürzung der durchschnittlichen Arbeits- und Erwerbszeit. Das wären durchaus Vorschläge, die in Modellregionen wie der Lausitz, wo Transformationen schnell und einschneidend umgesetzt werden, experimentell erprobt werden könnten. Aber es muss natürlich auch gesamtgesellschaftlich die Verantwortung übernommen werden und eine Finanzierung sichergestellt sein, um so etwas überhaupt zu ermöglichen. Da fehlt jedoch bisher der Wille, Transformationen voranzubringen und zu überlegen, was eigentlich notwendig wäre.

Ist es verständlich, dass Menschen beispielsweise in der Lausitz Angst vor einer dritten – ökologischen – Transformation haben?

Matthias Schmelzer: Die sogenannten »Reformen« oder »Transformationen« der letzten Jahrzehnte haben nicht dazu geführt, das Leben der meisten Menschen zu verbessern, weswegen eine Angst oder Sorge insofern verständlich ist, als dass Transformationen für die Menschen meistens etwas Schlechtes bringen. Problematisch ist es, Verständnis dafür aufzubringen, den Sündenbock bei Menschen zu suchen, die noch weniger Privilegien, weniger Ressourcen und Zugang zu Macht haben. Das passiert jedoch gerade, weil der Sündenbock im weitesten Sinne bei Migrant*innen gesucht wird. Dabei gibt es viele Untersuchungen, die zeigen, dass es gar keinen naheliegenden rationalen Zusammenhang zwischen den Problemen in ostdeutschen ländlichen Regionen und der Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte gibt.

Trotzdem haben viele diese Annahme und sehen Konzepte wie Heimat und eine rechtsnationalistische Politik als Lösung. Gegenüber solchen rassistischen Einstellungen gilt es, klare Kante zu zeigen. Und es ist wichtig, deutlich zu machen, dass die Wirtschaftspolitik der AfD keine ist, die den »kleinen Leuten« Vorteile bringt – im Gegenteil. Trotzdem ist es eine große Herausforderung, wie in der aktuellen politischen Situation überzeugend rübergebracht werden kann, dass die jetzt anstehende sozialökologische Transformation eine ist, die tatsächlich ein gutes Leben für alle in den Vordergrund stellt.

Andrea Vetter: Mir ist es auch wichtig, da nicht von oben draufzuschauen und beispielsweise alle ostdeutschen ländlichen Regionen über einen Kamm zu scheren. Wenn man wirklich in ein konkretes Dorf geht und mit den Menschen spricht, stellen sich die Verhältnisse in jedem Dorf anders dar. Ein Dorf soll einem Tagebau weichen – da sind die Einwohner*innen natürlich froh, wenn der Kohleausstieg schnell kommt und ihr Dorf stehen bleibt. In einem anderen Dorf nebenan arbeiten einige Männer im Tagebau und haben Angst vor Arbeitsplatzverlust.

Im dritten Dorf sind die Menschen resigniert, weil die dortige Solarpanelfabrik vor einigen Jahren den Geist aufgegeben hat, durch EEG-Gesetze, die eine ganze Branche der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland platt gemacht hat, die übrigens ähnlich viele Beschäftigte hat wie die Braunkohleindustrie.

Der Unterschied ist jedoch, dass eine mächtige Lobby hinter der einen Branche steht und hinter der anderen nicht. Oft werden dadurch mediale Phänomene und Diskurse aufgebauscht, die überhaupt nicht die Lebensrealität und die Wahrnehmung der Leute vor Ort widerspiegeln.

Wie zeigt sich die rechte Raumsemantik in Transformationsregionen in Ostdeutschland?

Andrea Vetter: In vielen ostdeutschen Kommunen wählen sehr viele Menschen über 60 tendenziell tatsächlich eher links, noch aus historischen Gründen, während gerade in Thüringen z. B. bei der Wahl vor allem die Menschen zwischen 30 und 45 die rechten Parteien wie die AfD gewählt haben. Da geht die Saat auf von einem politischen Vakuum in den 1990er Jahren, als plötzlich der Staat weggefallen ist als Institution, in der sich Jugendliche sozialisierten. Damals sind ganz gezielt rechtsextreme Kräfte aus Westdeutschland in den Osten gekommen, um dort »Missionarsarbeit« zu leisten. Es ist

also nicht einfach so passiert, dass »die Leute« auf dem Dorf plötzlich ihren Rassismus entdeckt haben, sondern dieser wurde auch gezielt von rechtsextremen Aktivist*innen mitgebracht und gefördert.

Es ist aber auch wichtig, den Blick auf gute Beispiele und Möglichkeiten zu richten: Es gibt viele engagierte Akteur*innen vor Ort, die dem seit Jahrzehnten Jugendarbeit und Bildungsarbeit entgegensetzen, und gerade in sogenannten strukturschwachen Regionen auch viele Raumpionier*innen, die kreative, emanzipatorische und ökologische Lebensweisen ausprobieren. Ich denke, da gibt es durchaus Anknüpfungspunkte für Postwachstumsdiskussionen – bei diesen neuen Akteur*innen, die entstandene Freiräume bespielen, aber auch bei den Erfahrungen und Kenntnissen der älteren Generationen vor allem im ländlichen Ostdeutschland, für die Subsistenzproduktion, Reparieren und Ressourcensparsamkeit noch immer gelebter Alltag sind. Es ist durchaus möglich, diese Subsistenzorientierung vor Ort an nachhaltige, feministische und antirassistische Kontexte anzuschließen, statt an rechte.

Matthias Schmelzer: Realistisch gesehen ist es auch verständlich, dass Postwachstumskonzepte eher in städtischen Kontexten Anklang finden, da es ja um eine Deprivilegierung der Menschen geht, die besonders stark von der imperialen Lebensweise profitieren. In Städten leben Menschen, die am stärksten Teil haben an der imperialen Lebensweise, die am häufigsten fliegen, die das höchste Konsumaufkommen haben, da hohe Einkommen sehr stark mit dem ökologischen Fußabdruck korrelieren. Da ist es auch wichtig, den Diskurs geradezurücken. Das Hauptproblem der imperialen Lebensweise und der Klimakatastrophe sind nicht die Autofahrer*innen auf dem Land in Ostdeutschland, es sind auch nicht die Kohlearbeiter*innen, sondern es ist eine wachstumsorientierte, konzerngetriebene Wirtschaftsweise, von der eine vor allem städtische, global ausgerichtete Elite profitiert.

Ist es lernbar, postwachstumsorientiert zu leben?

Matthias Schmelzer: Der anstehende Transformationsprozess ist ein unglaublich vielschichtiger und komplexer und ein langfristiges Projekt. Wenn wir uns für eine ökologische, soziale und demokratische Wirtschaft einsetzen, ist es wichtig, Transformationsstrategien zusammen zu denken. Es braucht Freiräume, in denen Alternativen im Kleinen ausprobiert werden können und neue postwachstumsorientierte Praktiken gelernt werden können. Ge-

nauso brauchen wir aber auch tiefgreifende Reformen in Institutionen und Infrastrukturen und starke soziale Bewegungen, die eine Gegenhegemonie erkämpfen. Das ist besonders wichtig, denn was die gerade agierenden politischen Parteien in ihren Parteiprogrammen ausführen, ist aus unserer Perspektive überhaupt nicht ausreichend für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft. Deswegen ist unser Ansatzpunkt eher, soziale Bewegungen zu stärken, zivilgesellschaftliche Diskurse voranzutreiben und dadurch den Raum dessen zu verschieben, was denkbar und möglich ist.

Andrea Vetter: Das »Konzeptwerk Neue Ökonomie« ist seit Jahren an der Organisation von vielen Konferenzen beteiligt, aber wir gehen auch mit den Degrowth-Sommerschulen gezielt an Orte wie z. B. in Klimacamps. Solche temporären Orte als heterotopische Orte haben ein unglaublich wichtiges Potenzial, um Menschen, die in ihrem Alltag schon an Veränderungen dran sind, sei es theoretisch oder praktisch – oder beides –, durch einen gemeinsamen gelebten Erfahrungsraum zu stärken. Für eine Woche entsteht so eine starke Resonanz zwischen vielen Menschen, die mitbekommen, was es praktisch heißt, selbstorganisiert mit Komposttoiletten, eigener Stromerzeugung und gemeinschaftlicher Versorgung zu leben.

Solche Erfahrungen bei Workshops, Camps, Konferenzen oder praktischen Arbeiten nennen wir transformatives Lernen. Unsere Zielgruppe sind oft mehrheitlich junge, akademisch geprägte Menschen, die wichtige Richtungsentscheidungen wie Berufswahl und Lebensort in ihrem Leben noch vor sich haben. Wenn viele von diesen Menschen früh in ihrer professionellen Karriere den Impuls haben, ihren Lebensweg ganz anders anzugehen und die Überzeugung gewinnen, dass diese Art von kapitalistischer Wirtschaftsweise in den kompletten Ruin führt, dann macht das einen großen Unterschied, wenn diese Menschen dann später selbst solidarökonomische Organisationen gründen, Projekte beginnen oder bestehende Institutionen von innen verändern. Ich beobachte, dass diese Erfahrungen, die in diesen temporären Räumen gemacht werden, kaum überschätzt werden können.

Welche Transformationsstrategien braucht es, um hin zu einer Postwachstumsgesellschaft zu wirken?

Andrea Vetter: Wir arbeiten mit verschiedenen sozialen Bewegungen zusammen, die unterschiedliche Zielgruppen haben, z. B. mit dem Netzwerk

»Care Revolution«, in dem sich über 80 kleinere Gruppierungen zusammengeschlossen haben, die sich mit dem Thema Sorgearbeit beschäftigen, und zwar sowohl mit den Menschen, die hauptamtlich oder unbezahlt zu Hause Sorgearbeit leisten – wie Krankenpfleger*innen, Erzieher*innen oder pflegende Angehörige –, als auch mit denjenigen, die Sorge empfangen und beispielsweise Assistent*innen beschäftigen.

Die Idee ist, einen gesellschaftlichen Diskurs über Sorgearbeit anzustoßen. Die Menschen, die bei »Care Revolution« aktiv sind, stoßen über andere Perspektiven auf die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums als über die ökologische Problematik. Unsere These ist, dass soziale und ökologische Krisen zusammenhängen und es ist wichtig ist, diese gemeinsam zu verhandeln. Ganz konkret bedeutet das, die ökologische Frage in die Frage nach Sorgearbeit und Umgestaltung der Wirtschaft mit hineinzutragen und auch umgekehrt zu sagen, dass – wenn wir aus ökologischer Perspektive eine ganz andere Wirtschaft brauchen – wir die Sorgearbeit in das Zentrum dieser ganz anderen Wirtschaft stellen müssen. Wir arbeiten mit Akteur*innen mit verschiedenen Startpunkten und entwerfen und unterstützen Strategien, wie verschiedene Anliegen enger miteinander verwoben werden können.

Welche Herausforderungen treten auf?

Andrea Vetter: Wir brauchen institutionelle, grundlegende Reformen, welche die Handlungsspielräume für bestehende Freiräume erweitern. In jedem Moment, an dem wir an einem konkreten Ort an einem Freiraum basteln, fällt auf, dass bestehende Gesetze, Subventionen, juristische Formen in der Regel an profitorientierten und großen Akteuren ausgerichtet sind und gegen sozialökologische Pionier*innen arbeiten. Grundlegende institutionelle Reformen, welche die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens ändern – top-down, wenn man so will – und Bottom-up-Strategien des Erschaffens solidarischer Lebensweisen vor Ort braucht es zur gleichen Zeit, sie inspirieren und informieren sich gegenseitig. Um das zu erreichen, brauchen wir eine Gegenhegemonie, die Interventionen in der Medienöffentlichkeit und Bildung bedeuten, aber auch Praxen wie zivilen Ungehorsam und Formen des radikalen Aufstehens mit einschließt. All das geschieht gleichzeitig und erfordert Wertschätzung und Respekt untereinander. Denn jede*r Einzelne von uns kann nicht alle Felder gesellschaftlichen Wandels gleichzeitig bespielen, aber gemeinsam können wir eine Menge erreichen.

Degrowth
A kind of pragmatic utopian thinking, re-politicising humanistic debates

Interview mit Dr. Helen Jarvis, Reader in Social Geography an der Newcastle University, UK

Helen forscht unter anderem zur Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, zur Bedeutung öffentlicher Räume sowie zur »sozialen Architektur« neuer kollektiver Wohnformen. Ferner beschäftigt sie sich mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der nachhaltigen Stadtentwicklung. https://www.ncl.ac.uk/gps/staff/profile/helenjarvis.html#background
Interview durchgeführt von Christian Schulz

What do degrowth approaches mean for your own research?

Helen Jarvis: I very much embrace degrowth thinking as a social geographer, so for me it is all about the relevance of geography as a scholar-activist. I probably don't think of myself as employing a fully-fledged participatory action research. My degrowth understanding is quite aligned with a kind of pragmatic utopian thinking. So, my collaboration with external partners and a broad base of alliance of community organisations, really of bottom-up civil society is probably messier and more about agitating action than it is participatory action research. In fact, a lot of what I'm doing is not really research at all, its more about working within civil society. But going back to what I understand as the relevance of de-growth for geography and myself as a social-geographer: For me it's about re-politicising humanistic debates concerning where and how we live with each other on the earth. So it starts with questions that geography has always worked with in terms of urban development, urban planning, liveability, but its saying that the question ›where and how we live‹ is not adequately managed through the current lens of urban planning. We have to completely reimagine those relationships.

What can we contribute to »spatialize« the degrowth debate?

Helen Jarvis: For me, the spatial geographies of degrowth is about the scale of living and the scale of civil society alliance and activism. So degrowth is not just an economic concept and the counter-hegemonic narrative, that degrowth contributes to, it is actually more about opening up a scale of action both in scholarship, a scale of action that is actually much more about activism and social change and transformation, but also opening up a scale of action. My focus, geographically, is on that meso-scale, so it's not about the individual consumer citizen, the individual making choices about how and where they live, but the meso-scale of doing things differently. I think re-politicising the urban politics and spatial justice debates allows for – it's not really using the language of degrowth, but I see it as completely compatible – this idea of conviviality, the political sense of conviviality. What is public space for? It's for this renewed idea of a civil society. There's also a sense of a space that's free from private interests and market interests and the state and is reworking for this sense of conditions of possibility. It's socio-spatial.

To what extent are our textbook models and theoretical and conceptual underpinnings challenged by degrowth thinking?

Helen Jarvis: I actually think that social geography has a similar problem, perhaps, to economic geography, certainly in the text books, in the fact that there is a tendency I think to slip between this preoccupation with identity politics and the individual and a cultural social geography of identity and a sense of ›where is the radical critique?‹. Maybe that's not really the way to express it, I suppose I don't see a lot of the degrowth discourse or degrowth as a counter-hegemonic narrative entering into social geography. And I also have always been a little bit frustrated by this disconnect between, for instance, issues around the housing crisis and the social justice side of that, and precarious employment and the corrosion of working life and the social justice implications of that, and bigger debates around nature and environmental sustainability. So, degrowth discourse, for me, as many talk about it, this kind of missile concept, this bombshell, a symbolic term, it's an opportunity to say there isn't a kind of meta-theory that's going to make solutions between social and economic justice align together. But this

bombshell concept does allow us to recognise the interdependence, the mosaic of things like housing, employment and social everyday realities, such as feelings of isolation or inclusion and the conventional hyper-privatised neighbourhood.

This goes back, in terms of my journey, I think to the work I did years ago now, 2001–2005. I was working very much around work-life balance, I wrote the book *Work/Life City Limits* in 2005, and I didn't use the word degrowth, but looking back it was entirely about engaging with the ideas of degrowth. I talked about practical limits to growth, and it was very much bound up in this meso-scale of home-work family nexus, and it was critically important to revive this idea of human-environment connections but not in the way that actor-network theory was more than representational theory: it was actually more about everyday pragmatism. Where are the limits to the possibilities for people to act intentionally, to consciously follow the grain of a moral limits to growth, to do what they feel is right for their ethic of care? In current parlance this would be in the context of climate emergency. So, I see the early inspiration of degrowth, I was very inspired by the work of Anders Haydn, he wrote this book called ›Sharing the work, sparing the planet‹, and he was talking there about working hours reduction – as one part of a virtuous circle of reducing over- and excessive consumption and waste. And what was really useful about it was a simple way into degrowth, but what I liked about that is that it very easily linked that nexus of ›where and how we live‹ in relation to housing, transport and commuting, the everyday decisions of getting children to and from school, whether we walk and cycle, whether we can walk or cycle, the relationship of space and time. He conceptualised, in a compelling way, all that most vicious or virtuous connectedness that either locks us in to a very unsustainable and exploitative relationship with others and the planet, or allows us to step out of that lock-in effect.

So, the notion of scale seems to play a major role in your work?

Helen Jarvis: I wouldn't want you to take away from this discussion that I privilege the local. Obviously the work I do around collaborative housing and co-housing is about a scale of belonging and intentional practice. This scale is necessarily limited in size. Cohousing schemes tend to view this optimal scale as around 25 households while the intentional ›we thinking‹ practised in an eco-village would be around 150 people. Both examples describe an in-

timate scale of belonging and collaboration. At the same time, I think that it's wrong to extract these intentional scales from their wider ecology. This multi-scale thinking resonates with what Ivan Ilych conjured up really nicely in the notion of a ›commune of communes‹ whereby you could say that the scale of belonging is nested within multiple scales that are ›scaled out‹ rather than ›scaled up‹: not one large scale of region, but a region made up of scaled-out intimate scales of belonging. A good example of that would be the current social movements of lasting change around the school climate change strike (I was at one on Friday), and »Extinction Rebellion«. These all operate through a process of social affinity groups. The language of an affinity group, or the scale of an affinity group, is aligned with face to face alliances whereby people can build relationships of trust and seek common ground. For example, I'm involved with Citizens UK which is broad-based community organising, a bit like the Barrack Obama model of community organising, and this is on a person to person scale of listening to what the problems are and then acting collectively on achievable, meaningful change. This way it's helpful to think of scale rather than territory because these are spatial scales that are necessarily interpersonal and context dependent, so the local isn't just a scale of belonging, it's of the earth, of the terroir. Slow-food and slow-cities movements also show this, as well as »Extinction Rebellion«. When it works with an indigenous local knowledge, it's about what gives meaning and purpose to environmental action, in and of, a place. So I don't want to sound like I'm wanting the best of all worlds here but I think it shouldn't be a debate of ›is the local or is the region the most relevant geographic spatial lens?‹. For me, as a social geographer, it's about the interpersonal and the empowered ability to act as changemaker.

How do you convey the notion of degrowth in your teaching?

Helen Jarvis: Well, I think there is a problem with language, and certainly with my students, I tend not to use the term degrowth. It's not very easily understood. It doesn't translate very well, it becomes quite abstract. Again, I tend to draw upon the language of civic activism, and on alliances and co-operation and on the ability to unlock the capacity to act. I draw a distinction between individuals acting on their own lifestyle habits as being quite disadvantaged, and I demonstrate alternative forms of groupwork and group dynamics. To help overcome the language barriers, I introduce sce-

narios and examples of inspirational degrowth activists and scholars into my teaching. I have a set of cards that tell the stories of urban food growers and people who have organised local sharing economies. These provide a real name, a face and a story, to offer a joined-up belief in degrowth practice. It is difficult for students to relate to degrowth when it is presented in a theoretical and abstract way and of course that has caused quite a lot of misunderstanding. Degrowth theory is widely considered either to be very fuzzy or very ideological, so to cut through that I go to the level of introducing my own perspective. I say ›I'm a single parent, it's crazy how I have to manage a house and all aspects of a private life, and working full-time‹, and all these things ›I'm one person‹, and then I say ›when I've gone to stay in Christiania, or a co-housing project, how different it has been to be able to live collaboratively, in a more tribal way, with others, to raise children and to organise our housing solutions and work collectively‹. So, I introduce a lot of myself as a practical way of cutting through that fuzzy, ideological understanding of degrowth. And that says that I acknowledge having reached a point in my life as a parent, and I'm thinking here of the climate emergency, where I must act – we must act. In that respect the methods of teaching are about hope and the real potential we have to make a difference collectively, rather than as individual consumers.

I'm taking a group of students in the spring to Copenhagen, for an annual field trip. I usually take them to a housing cooperative or co-housing scheme, as well as to the former squatters' settlement of Christiania, where I've done some research before. But I'm also going to be meeting up with some anthropology scholars at Copenhagen University who have been making comparisons between the kind of environmental sensibility and mindset that most Copenhageners are encouraged to practice, recycling in their households, and travelling by bicycle etc., versus more intentional ways of reducing energy use through sharing, in co-housing but also in eco-communities. This is interesting because it shows us what we can achieve collectively that we can't manage individually. And it's not just about the scale, it's about the social learning that takes place, we retain privacy but when we live a little more consciously with others and make decisions that have a bigger impact on others I think it pushes us to degrow, to step off the treadmill of work and consumption.

If you were given an unconditional degrowth research grant allowing you to hire a postdoc for two years, what would be the topical focus of your project?

Helen Jarvis: I am very interested – and this is going to sound more esoteric, when you are given the opportunity to reflect and research in more depth, it does come down to more a burning curiosity – I'm very interested in this sense of intentionality: we are all torn between contradictions to do the right thing but also to live in the now, and I think there's something about working in a group, collaboratively, which is incredibly difficult. I know this from all the endless committee meetings I sit on to try and make change happen. So I am motivated to explore this socio-cultural but also psychological and socio-technical infrastructure of intentionality: what really will facilitate and unlock collaboration? How do we scale out a new ›normal‹ of being intentional in a way that stimulates this virtuous cycle of being intentional for people and the planet? It could be that I would explore this through a movement such as »Extinction Rebellion«, because within that movement, there's been a real tension between anarchy, where people pursue their own action, the example here was that there was some direct action of jumping on trains and public transport which seemed to completely contradict the idea that public transport is a good thing for the environment. So my ideal research would harness the power of groups and collaboration, allowing that to go in myriad different directions. I'm interested in this tension between harnessing the power of collaboration and citizen action, civic action, but also this idea of what soft infrastructures would propel we-thinking and intentional behaviour, intentional practice, to reach beneficial results for the planet, for the people of the planet.

I have a longer term goal to write a book, and there's kind of a working title: ›Being intentional for people and planet‹. It would be an anthology of my work on different sorts of apparently quite radical eco-communities in different places. What do we learn from them about different capacities to change and to work collaboratively?

II. Möglichkeitsräume



»Wir brauchen Experimentierorte
an denen spürbar wird, welche neuen Optionen
Postwachstumsgesellschaften eröffnen können.«

Uwe Schneidewind



Wachstumsunabhängigkeit durch Soziale Innovationen?

Eine Analyse potenzieller Wachstumswirkungen von Sozialen Innovationen im Schweizer Berggebiet

Pascal Tschumi, Andrea Winiger, Samuel Wirth, Heike Mayer, Irmi Seidl

Soziale Innovationen werden zunehmend als Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen in ländlichen, peripheren Räumen diskutiert. Allerdings ist offen, welche Wirkungen Soziale Innovationen haben. Eine der diesbezüglichen Fragen ist, ob Soziale Innovationen neue Wachstumsimpulse in den Regionen auslösen oder zu Wachstumsunabhängigkeit beitragen. Diese Forschungslücke will dieser Beitrag schliessen. Dafür wurde ein Inventar von Sozialen Innovationen in der Schweizer Bergregion Berner Oberland erstellt, und es wurden die potenziellen Wachstumswirkungen (Wachstumsstimulierung und Wachstumsunabhängigkeit) der Sozialen Innovationen mittels hierfür entwickelter Indikatoren untersucht. Als Ergebnis werden Idealtypen von Sozialen Innovationen mit besonders ausgeprägten potenziellen Wachstumswirkungen präsentiert.

Die Analyse von Sozialen Innovationen und deren Wachstumswirkungen erfolgt vor dem Hintergrund, dass Schweizer Berggebiete gesellschaftlich, wirtschaftlich wie auch ökologisch gefordert sind. Die Abwanderung in schweizerischen Alpengebieten war mit ca. 11 % der Bevölkerung zwischen 1981 und 2010 überaus hoch (Bundesamt für Raumentwicklung 2012). Die Folge ist eine älter werdende Bevölkerung. Im Zuge der Eurokrise ab 2010 verteuerte sich der Schweizer Franken, sodass die Umsätze mit europäischen Gästen spürbar sanken (Müller-Jentsch 2017). Weiter wird Bauland für neue Infrastruktur und Gebäude knapp (Bundesamt für Raumentwicklung 2017). Zudem ist die Aufrechterhaltung der Grundversorgung gefährdet, insbesondere im Gesundheitssektor (Cerny/Rosemann/Tandjung et al. 2016).

Nicht zuletzt sind Bergregionen von zahlreichen Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen (Schmucki/Marty/Fierz et al. 2017).

Die Schweizer Regionalpolitik möchte mithilfe regional initiierter Projekte Unternehmertum und Innnovationsdynamiken fördern und so den wirtschaftlichen Herausforderungen entgegenwirken (Staatssekretariat für Wirtschaft 2017). Als Grundlage hierfür dient ihr der Export-Basis-Ansatz, in dem davon ausgegangen wird, dass wirtschaftliches Wachstum in einer Region durch Leitbranchen, die externe Nachfrage bedienen, angestossen wird. Dieser wachstumsorientierte Ansatz stösst jedoch an seine Grenzen. Nicht jede Region verfügt über einen führenden Exportsektor bzw. hat das Potenzial dazu, einen solchen aufzubauen, nicht zuletzt, weil das Schweizer Berggebiet sozioökonomisch heterogen ist (Mayer/Rime/Meili et al. 2018). Zudem sinkt mit zunehmender Mobilität von Personen und Gütern im Alpenraum die Wahrscheinlichkeit, dass die entstandenen Einnahmen in der Region zirkulieren (Segessemann und Crevoisier 2016). Der Schweizer Regionalpolitik der ausgehenden 2010er Jahre fehlen demnach »situationsbezogen anpassungsfähige (auch nichtökonomische) Perspektiven« (Peter/Rink/Forster et al. 2016: 6).

Vor diesem Hintergrund werden Soziale Innovationen als Lösung von Problemen peripherer und ländlicher Räume empfohlen. Einerseits sind Soziale Innovationen gemäss VertreterInnen vor allem von EU-Organisationen ein Mittel für mehr Wachstum in solchen Räumen (European Commission 2017; Nicholls/Edmiston 2018). Andererseits argumentieren Forschende wie Dax und Fischer (2018: 297) sowie Dewald und Rother (2019), dass zukünftige Ansätze der Regionalentwicklung über auf Wachstum abzielende Strategien hinausgehen und lokale Partizipation und Soziale Innovation adressieren sollten. Soziale Innovationen könnten Regionen helfen, deren Probleme zu lösen (Bock 2016; Neumeier 2012), beispielsweise, indem sie regionsexternes Wissen erfolgreich umsetzen (Noack/Federwisch 2019). PostwachstumsautorInnen betonen das Potenzial von sozial innovativen Initiativen, zu einer wachstumsunabhängige(re)n Gesellschaft und Ökonomie und damit zu wachstumsunabhängige(re)n Regionen beizutragen (Elsen 2014). Oft diskutierte Beispiele sind Regionalwährungen, Gemeinschaftswohnprojekte oder Reparaturinitiativen (Habermann 2009; Schmelzer/Vetter 2019).

Dieser kurze Einblick in den wissenschaftlichen Diskurs zeigt, dass Sozialen Innovationen unterschiedliche Wirkungen auf das Wachstum von Regionen zugewiesen werden. Allerdings ist die Forschung zu ihren Wirkungen noch nicht weit fortgeschritten (Pelka/Terstriep 2016: 13; Secco/Pisani/

Da Re et al. 2019: 10), und es ist unklar, inwiefern Soziale Innovationen regionales Wachstum stimulieren können bzw. inwiefern sie zu einer regionalen Wachstumsunabhängigkeit beitragen können. Hier setzt der vorliegende Beitrag an. Die ihm zugrundeliegende Forschungsfrage lautet: *Welche potenziellen Wachstumswirkungen haben Soziale Innovationen im Berner Oberland?*

Die untersuchte Bergregion befindet sich nördlich des schweizerischen Hochalpengebiets und zählt auf einer Fläche von etwa 2.900 km² rund 200.000 EinwohnerInnen. Mit rund 4 Millionen Logiernächten pro Jahr ist die Tourismusindustrie in vielen Orten für über 35 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) verantwortlich (Rütter/Rütter-Fischbacher 2016). Der international ausgerichtete Tourismus hat eine lange Tradition und folgt bisher einer wachstumsorientierten Strategie (Ebneter/Liechti 2019; von Rütte 2007). Die Wirtschaftsstruktur, die Kultur sowie öffentliche und private AkteurInnen werden entsprechend von der vorherrschenden Rolle des Tourismus geprägt (Haisch 2017: 221 f.). Die Entwicklungen innerhalb der Region sind jedoch keineswegs homogen. Tourismuszentren wie die Jungfrauregion sowie die Gemeinden Grindelwald und Lauterbrunnen und deren Umfeld haben hohe, leicht steigende Logiernächte (bei jährlichen Logiernächten von fast einer Million) (Bundesamt für Statistik 2018a). In Grindelwald wächst zudem die Bevölkerung leicht (2010 bis 2016). Dies steht im Kontrast zum äusseren Osten der Region, wo die Anzahl der Logiernächte in den Gemeinden Meiringen und Hasliberg von 2013 bis 2018 abgenommen hat (Bundesamt für Statistik 2018a). Mit Ausnahme der zentralen Gemeinde Meiringen ist die Bevölkerungszahl im äusseren Osten rückläufig (Bundesamt für Statistik 2018b).

Soziale Innovationen und Wachstums(un)abhängigkeit

Soziale Innovationen sind Ziel vieler politischer Programme (Grimm/Fox/Baines et al. 2013) und Schwerpunkt neu gegründeter Forschungszentren (z. B. Stanford Center for Social Innovation oder Young Foundation). Doch die Definitionen und Verständnisse von Sozialen Innovationen gehen in der Literatur zum Teil weit auseinander. Das mag daran liegen, dass verschiedenste Disziplinen – Transformationsforschung, Soziologie, Regionalwissenschaften oder Betriebswirtschaftslehre – Soziale Innovationen mit ihren eigenen Definitionen erforschen (Edwards-Schachter/Wallace 2017). Metaanalysen zu Sozialen Innovationen bestätigen unterschiedliche Strömungen

(Ayob/Teasdale/Fagan 2016; Edwards-Schachter/Wallace 2017; van der Have/Rubalcaba 2016). Eine gewichtige Strömung erwartet von Sozialen Innovationen positive Wirkungen auf die Gesellschaft. Bekannt dafür sind AutorInnen, die sich mit lokaler Entwicklung beschäftigen, vor allem Moulaert und Mulgan. Sie sehen Soziale Innovationen als Lösungen für soziale Probleme, als Impuls für Empowerment sowie für die Veränderungen von sozialen Beziehungen (Moulaert/MacCallum/Hiller 2013; Mulgan/Tucker/Ali et al. 2007). Eine andere Strömung um Franz, Hochgerner und Howaldt (2012) steht mit ihrer soziologischen Perspektive den Wirkungen von Sozialen Innovationen eher neutral gegenüber und fokussiert vor allem auf veränderte soziale Praktiken und Beziehungen. Mumford (2002) sieht in Sozialen Innovationen neue Ideen, wie soziale Beziehungen und soziale Organisation ausgestaltet werden können, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Der kreative Prozess der Innovationsgenerierung und -implementierung steht hierbei im Fokus – u. a. innerhalb von Unternehmen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Definitionen einen unterschiedlich starken Fokus auf den Innovationsprozess oder das Ergebnis bzw. die Wirkung der Innovation legen. Für den vorliegenden Beitrag wird eine Definition verwendet, die diese unterschiedlichen Ausrichtungen integriert und sich an der bibliometrischen Analyse von Ayob, Teasdale und Fagan (2016) orientiert. Sie lautet wie folgt:

> Eine Soziale Innovation besteht aus einer neuen Form der Zusammenarbeit auf individueller oder organisationaler Ebene, die zu neuen Ideen führt, deren Umsetzung zumindest angedacht ist. Eine solche Innovation kann sich im Kontext der regionalen Entwicklung positiv auf die Gesellschaft auswirken, die Lebensqualität verbessern und/oder soziale Beziehungen bzw. Machtbeziehungen verändern.

Diese Definition ermöglicht ein möglichst breites Verständnis von Sozialen Innovationen sowie eine offene Perspektive auf das zu untersuchende Phänomen. Sie eignet sich für eine Anwendung auf das Schweizer Berggebiet mit dessen vielseitigen sozioökonomischen Strukturen, da Soziale Innovationen nicht nur im Zusammenhang mit Problemen bzw. Herausforderungen dieses ländlichen Raums entstehen, sondern auch als Antwort auf ökonomische Chancen und Wachstumsmöglichkeiten entwickelt werden.

Die Grundvoraussetzung unserer Definition für eine Soziale Innovation – eine neue Zusammenarbeit – basiert auf einem soziologischen Verständnis,

wobei »neu« als aussergewöhnlich für das Untersuchungsgebiet verstanden wird. Entscheidend für eine Soziale Innovation ist, dass eine neue Zusammenarbeit zu einer neuen Idee führt, deren Umsetzung zumindest angedacht ist (Ayob/Teasdale/Fagan 2016). Zusätzlich beinhaltet die Definition zwei Ausprägungen, welche die Wirkung einer Sozialen Innovation umschreiben. Dies sind zum einen eine positive Wirkung für die Gesellschaft, zum anderen die Veränderung von sozialen Beziehungen und Machtbeziehungen.

Um die Verbindung zwischen Sozialen Innovationen und Wachstum zu betrachten, werden im Folgenden relevante Wachstumsbegriffe geklärt. Mit unternehmerischem Wachstum ist sowohl Wachstum von Absatz-, Produktions- und Auftragsvolumen gemeint wie auch Wachstum der finanziellen Rentabilität eines Unternehmens (Umsatz, Gewinn, Cashflow, Return on Investment). Wir verstehen Unternehmen als Organisationen, welche unternehmerische Praktiken verfolgen, d. h., insofern sie »Leistungen zur Deckung von Fremdbedarf unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit« erstellen und verwerten (Lück 1990). Dies beinhaltet »klassische« Unternehmen, wie auch Vereine, Stiftungen und Genossenschaften. Mit regionalem Wachstum ist in erster Linie das Wachstum des regionalen BIPs gemeint, also der Summe der regionalen Wertschöpfung. Wachstumsunabhängigkeit ist hier nicht als Gegenstück zu Wachstum, nämlich Schrumpfung, zu verstehen. Vielmehr wird das in der Postwachstumsliteratur etablierte Verständnis (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 158 f.; 171) verwendet: die Fähigkeit einer Gesellschaft inklusive deren Volkswirtschaft und deren Institutionen, »ihre Funktionen weiterhin [zu] erfüllen, aber nicht mehr existenziell auf Wirtschaftswachstum angewiesen« (Seidl/Zahrnt 2010: 17) zu sein. Gesellschaftliche und ökonomische Grundfunktionen sind beispielsweise Existenzsicherung, gesellschaftliche Teilhabe aller oder Basisinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung.

Methodisches Vorgehen

Aktuell gibt es keinen umfassenden Überblick über Soziale Innovationen in Berggebietsregionen, und vorhandene Inventarisierungen (für den Alpenraum) sind weder systematisch noch gehen sie über Fallbeispiele hinaus (vgl. SIMRA 2018). Unser umfassendes Inventar von Sozialen Innovationen im Berner Oberland leistet einen Beitrag, diese Lücke zu schliessen. Es basiert auf einer Datenbank von innovativen Projekten, Organisationen, An-

geboten oder Initiativen, die im Berner Oberland im Zeitraum von 1997 bis 2018 geplant und/oder durchgeführt wurden. Dazu wurden unterschiedliche Datenbanken von Regionalentwicklungsförderungsprogrammen[1] oder Innovationspreisen[2] identifiziert und zusammengeführt. Komplementär wurde eine Onlineumfrage bei den GemeindeschreiberInnen – den leitenden VerwaltungsbeamtInnen – aller 76 Gemeinden des Berner Oberlands durchgeführt, mit dem Ziel, weitere lokale Projekte und Initiativen zu identifizieren.[3] Zusätzlich wurde eine systematische Online- und Zeitungsrecherche[4] im Zeitraum Januar bis Juni 2019 durchgeführt. Insgesamt konnten 979 potenzielle Soziale Innovationen identifiziert werden.

Mithilfe eines aus 23 Beurteilungskriterien[5] bestehenden Analyserasters identifizierten wir daraus diejenigen Sozialen Innovationen, die der oben beschriebenen Definition entsprechen. Anhand ihres Ziels wurde überprüft, ob eine Soziale Innovation die zwei zusätzlichen Ausprägungen erfüllt. Insgesamt wurden 68 Soziale Innovationen identifiziert, wovon 32 auf eine positive Wirkung für die Gesellschaft und 6 auf die Veränderung von sozialen Beziehungen und/oder Machtbeziehungen abzielen. Zur Identifikation der Sozialen Innovationen wurden alle Projekte und Initiativen der Datenbank von zwei Forschenden unabhängig beurteilt. Die Intercoder-Reliabilität der Analyse beträgt 90 %.

In einem weiteren Schritt wurden die identifizierten Sozialen Innovationen anhand theoriegestützter Indikatoren auf ihre potenziellen Wachstumseffekte hin beleuchtet. Das Indikatorenset, welches wir für diese Analyse entwickelten, basiert auf der Literatur zu betriebswirtschaftlichen Wachstumstreibern (Gebauer/Lange/Posse 2017; Mewes/Gebauer 2015; Posse 2015; Richters/Siemoneit 2019) und zu Strategien von nichtwachsenden Unternehmen (Liesen/Dietsche/Gebauer 2013; Posse 2015). Ziel war es, aus diesen Unternehmensstrategien Indikatoren abzuleiten, welche auch auf die Region sowie ökonomische Akteure anwendbar sind. Dazu wurden die

---

1 Neue Regionalpolitik (NRP), Innotour, RKOO – Regionales Förderprogramm, SIMRA, Verein »vorwärtsbeo«.

2 Milestone, Prix Montagna, Swiss Mountain Award, Berner Innovationspreis, PrixWINtutti

3 Bei der Umfrage konnten 26 potenzielle Soziale Innovationen identifiziert werden.

4 Es wurden fünf regionale Zeitungen untersucht.

5 Das Analyseraster basiert auf Kriterien für folgende Kategorien: Zusammenarbeit/Neuheit/Idee/Berner Oberland/Verbesserung Lebensqualität/Veränderung sozialer Beziehungen/Veränderung von Machtbeziehungen.

Wirkungsmechanismen von Wachstums- bzw. von Nichtwachstumsstrategien von Unternehmen identifiziert. Aus diesen Wirkungsmechanismen wurden 39 Indikatoren abgeleitet, die auf Wachstumsstimulationseffekte bzw. Wachstumsunabhängigkeitseffekte hinweisen. Die Indikatoren erfassen zwei unterschiedliche Wachstumseffekte: erstens Effekte, welche wirtschaftliches Wachstum in Regionen oder Unternehmen stimulieren (fortan Wachstumsstimulationseffekte genannt), sowie zweitens Effekte, welche diese Regionen oder Unternehmen wachstumsunabhängiger machen (fortan Wachstumsunabhängigkeitseffekte genannt). Um die potenziellen Wachstumseffekte der 68 Sozialen Innovationen unseres Inventars zu analysieren, überprüften wir, welcher Indikator potenziell auf welche Soziale Innovation zutreffen könnte. Dazu wurden durch Onlinerecherchen zusätzliche Infos zur Entstehung, Umsetzung oder Zielsetzung der Sozialen Innovationen erhoben. Die Beurteilung wurde von zwei unabhängig arbeitenden Forschenden vorgenommen mit einer Intercoder-Reliabilität von 88 %.

Wachstumswirkungen

Die folgenden Tabellen illustrieren die Indikatoren und deren durch die Literaturanalyse entwickelten Wachstumswirkungen.

Tab. 1: Indikatoren Wachstumsunabhängigkeit und Wachstumswirkungen. Quellen: v. a. Gebauer/Lange/Posse (2017); Paech (2012a); Posse (2015)

Nr.	Indikator	Wachstumswirkungen
U1	Regionale Absatzstrukturen	Geringerer Preiswettbewerb; gewisse Absatzsicherheit; Passung an Konsumentenbedürfnisse; Förderung kleiner Unternehmen (U8)
U2	Regionale Beschaffungsstrukturen	Geringerer Preiswettbewerb; gesicherter Absatz von Produktionsgütern; Förderung kleiner Unternehmen (U8)
U3	Wirtschaftliche AkteurInnen in engem Kontakt	Verringerter Preiswettbewerb; Passung an Konsumentenbedürfnisse; gewisse Absatzsicherheit; Vertrauensbildung mit allenfalls günstiger Finanzierung und verringertem Renditedruck
U4	Entkommerzialisierung der Produktion	Absenz von Wachstumsdynamik kapitalistischer Marktverhältnisse; höhere Selbstversorgung

Nr.	Indikator	Wachstumswirkungen
U5	Reduktion der Erwerbsarbeitszeit	Rückgang Konsum und damit Verringerung kapitalistischer Marktdynamik
U6	Geringer Fremdkapitalanteil und Zins	Geringerer Renditedruck zur Erwirtschaftung von Zinsen/Dividenden; geringere Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende
U7	Geringe Kapitalintensität in Produktion	Geringerer Renditedruck zur Erwirtschaftung von Zinsen/Dividenden; geringere Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende
U8	Kleines oder mittleres Unternehmen	Geringeres Wachstumsstreben, keine negativen Skaleneffekte (Verwaltungskosten etc.), höhere Krisenresistenz und geringere Abhängigkeit von Marktdynamiken
U9	Kommunikation zugunsten Konsum- und Produktionsbeschränkung	Begrenzen von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage
U10	Kommunikation sozialer und ökologischer Kennzahlen	Fokus auf Unternehmenserfolg durch verschiedene Unternehmensziele
U11	Nischenmarkt	Geringerer Preiswettbewerb; gewisse Absatzsicherheit
U12	Lange Nutzungsdauer	Begrenzen von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage
U13	Handwerkliche Fähigkeiten für Pflege, Reparatur	Begrenzen von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage; Entkommerzialisierung (U4)
U14	Prosumierende	Passung an Konsumentenbedürfnisse; Begrenzen von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage; Nischenmärkte (U11); Entkommerzialisierung (U4)
U15	Selbstverwaltete Unternehmen	Breiteres Verständnis von Unternehmenserfolg als Wachstum alleine; kleine und mittlere Unternehmen (U8)
U16	Substitution von Produkten durch Dienstleistungen	Geringere Skaleneffekte bei Produktion von Dienstleistungen als von Produkten, d. h. geringere Wachstumsdynamik
U17	Produktabsatz (faire Preise, Abnahmegarantien, keine Mengenrabatte)	Geringerer Preiswettbewerb; reduzierter Kostendruck, reduzierte Anreize für Skaleneffekte
U18	Kleiner Werbeaufwand	Begrenzen von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage

Nr.	Indikator	Wachstumswirkungen
U19	Kurze Wertschöpfungskette	Begrenzen der Zahl involvierter Unternehmen mit Wachstumsdrang; an Nachfrage angepasste Produktionsmengen
U20	Regionale Wertschöpfungskette	Geringerer Preiswettbewerb; Beteiligung kleinerer Unternehmen; gesicherte Nachfrage; an Nachfrage angepasste Produktionsmengen; evtl. günstige Fremdkapitalfinanzierung

Tab. 2: Indikatoren Wachstumsstimulierung und Wachstumswirkungen. Quellen: v. a. Gebauer/Lange/Posse 2017; Paech 2012a; Posse 2015

Nr.	Indikator	Wachstumswirkungen
S1	Mengenrabatte bei Einkauf	Anreize für höheren Konsum oder Produktion
S2	Entlohnung der Unternehmensleitung nach Wachstumszahlen und Börsenwerten	Strategische und operative Ausrichtung an Wachstum
S3	Hoher Fixkostenanteil bei Produktion	Anreiz zu erhöhter Produktion, um Skaleneffekte zu realisieren
S4	Hoher Fremdkapitalanteil	Hoher Renditedruck zur Erwirtschaftung von Zinszahlungen/Dividenden; höhere Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende
S5	Geplante Obsoleszenz	Erhöhung der Konsumnachfrage
S6	Konsumsteigerung (psychologische Obsoleszenz, symbolisch, emotionale Markenkommunikation)	Erhöhung der Konsumnachfrage
S7	Innovation (Prozess, Produkt, Technologie)	Erhöhte Produktion durch erhöhte Produktivität von Innovationen; neue Nachfrage durch neue Produkte (Eigenschaften)
S8	Sprunghafte Kapazitätserweiterung	Erhöhter Fremdkapitalbedarf; längerfristiger Wachstumsdrang
S9	Hoher Kapitalbedarf (für Forschung und Entwicklung)	Hoher Renditedruck zur Erwirtschaftung von Zinszahlungen/Dividenden; Entwicklung von Produkten mit Skalenpotenzial; hohe Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende

Nr.	Indikator	Wachstumswirkungen
S10	Hohe Kapitalintensität Produktion	Hoher Renditedruck zur Erwirtschaftung von Zinszahlungen/Dividenden; Ausreizen von Skaleneffekten; hohe Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende
S11	Fokus auf Kommunikation von finanziellen Kennzahlen	Fokus auf Wachstumsziele von Unternehmen
S12	Fortwährendes Hervorbringen neuer/ausdifferenzierter Produkte und Dienstleistungen	Förderung des Produktabsatzes durch Unternehmen (S6/S7/S16); erhöhte Nachfrage und Konsum
S13	Rechtsform Aktiengesellschaft	Wachstumsdruck zur Erwirtschaftung von Dividenden/ Steigerung des Aktienkurses; Fremdbestimmung durch externe Kapitalgebende
S14	Wirtschaftliche AkteurInnen in losem Kontakt	Begrenzte Passung der Produkte an Konsumentenbedürfnisse und damit höherer Konsum; Preiswettbewerb; Marketingstrategien wie geplante Obsoleszenz (S5) und Massnahmen zur Konsumförderung (S6/S16)
S15	Unternehmensziel ökonomisches Wachstum und Gewinnmaximierung	Fokus auf Wachstumsziele des Unternehmens
S16	Hoher Werbeaufwand	Fördern von Wachstumsdynamik durch Konsumnachfrage (Bedürfnisse); Ausreizen von Skaleneffekten
S17	Räumlich disperse Wertschöpfungskette (hohe räumliche Distanz/ Erhöhung der räumlichen Distanz)	Homogen auf Wachstum und Gewinn ausgerichtete Unternehmen; erhöhter Wettbewerb; Ausnutzen von Skaleneffekten und Erweiterung der Absatzmärkte; wenig an Nachfrage angepasste Produktionsmengen (Potenzial für Überproduktion)
S18	Lange Wertschöpfungskette	Zahlreiche involvierte Unternehmen mit Wachstumsdrang; erhöhter Wettbewerb; Ausnutzen von Skaleneffekten und Erweiterung der Absatzmärkte; nicht an Nachfrage angepasste Produktionsmengen (Potenzial für Überproduktion); geringeres Vertrauen der Beteiligten und damit erhöhter Kapitalbedarf und Zins wegen unsichereren Leihgeschäften
S19	Hoher Wettbewerbsdruck	Wachstumsstrategien wie Preis- und Mengenwettbewerb; Ausreizen von Skaleneffekten; Strategien zur Erhöhung der Produktivität; aktives Marketing

Im Folgenden werden beispielhaft diejenigen Wirkungsmechanismen vorgestellt, die zu Wachstumsunabhängigkeit führen und aus denen u. a. die beiden Idealtypen Sozialer Innovationen abgeleitet wurden. Mit einem tiefen Fremdkapitalanteil (U6) entsteht weniger Druck, Profite zu erwirtschaften, um Zinsen dafür begleichen zu können (Binswanger 2009). Damit gehen aufgrund der Abwesenheit von Fremdkapitalgebenden geringere Renditeerwartungen, bessere Kontrollmöglichkeiten durch die Unternehmensleitung und höhere Transparenz einher (Posse 2015). Eine kurze Wertschöpfungskette mit wenigen AkteurInnen (U19) impliziert, dass weniger fremdkapitalfinanzierte, unter Renditedruck stehende Einzelbetriebe involviert sind (Paech 2012b). Eine gleiche Wirkung haben regionale Wertschöpfungsketten (U20) (Gebauer/Lange/Posse 2017; Paech 2012b; Posse 2015). Diese machen es wahrscheinlicher, dass eine starke Bindung zwischen Produzierenden, Konsumierenden sowie Kapitalgebenden entsteht. Dadurch verlieren beispielsweise Produktpreise an Gewicht, weil die Konsumierenden einen engeren Bezug zu den Produzierenden haben. Letztere stehen folglich weniger unter Preisdruck (Posse 2015). Der Einbezug von Konsumierenden in die Produktion (U14) hilft, das Produkt auf die Bedürfnisse der Konsumierenden auszurichten. So können Produktionsressourcen effizienter auf den tatsächlichen Bedarf des Produkts abgestimmt werden (Leismann/Schmitt/Rohn et al. 2012). Zugleich werden die Beziehungen zwischen den beteiligten AkteurInnen gestärkt (Bakker/Loske/Sherhorn 1999; Schor 2010). Weiter kann durch Abnahmegarantien (U17) der Preisdruck für Produzierende entlang der Wertschöpfungskette reduziert werden, da der Verkauf zu einem fixen Preis schon vorgängig vereinbart wurde (Gebauer u. a. 2017). Zusätzlich sinkt durch tiefe Kapitalintensität in der Produktion (U7) die Abhängigkeit von Fremdkapital, weil weniger in Kapital (Maschinen etc.) investiert werden muss (Paech 2012).

Die in der Tabelle aufgeführten Indikatoren S1 bis S19 beschreiben die Wachstumsstimulierungseffekte. Sie werden z. B. dadurch generiert, indem durch Werbung konsumorientierte Bedürfnisse und Emotionen geschaffen werden (S16) (Gebauer/Lange/Posse 2017). Eine physisch-räumlich weit auseinanderliegende Wertschöpfungskette (S17) kann das Vertrauen zwischen den AkteurInnen senken und so mehr Renditedruck erzeugen (Paech 2012b). Weniger Vertrauen erfordert beispielsweise eine höhere Sicherheit bei Leihgeschäften in Form eines höheren Zinses, welcher mit Profiten erwirtschaftet werden muss (Paech 2012b). Weiter gelten Produktinnovatio-

nen als wachstumsinduzierend, wenn die Produktion immer neuer Produkte mit Investitionen in Kapital (S7) verbunden ist (Paech 2012a). Produkte für den Statuskonsum (S6) werden vorwiegend für bereits gesättigte Märkte entwickelt, um weitere Nachfrage zu generieren (Paech 2012b; Posse 2015).

Soziale Innovationen und ihre potenziellen Wachstumseffekte

An den 68 identifizierten Sozialen Innovationen sind viele verschiedene AkteurInnen beteiligt: Am häufigsten involviert sind Unternehmen und Privatpersonen (je 20 %). Weiter sind staatliche Organisationen, Tourismusorganisationen, Vereine und Verbände, Forschungsinstitutionen und Stiftungen beteiligt. Ein Drittel der Sozialen Innovationen sind im ersten und zweiten Wirtschaftssektor angesiedelt, zwei Drittel im dritten Sektor. Soziale Innovationen gibt es in diversen Themenfeldern wie Tourismus, Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung. Sie entstanden sowohl in abgelegenen schrumpfenden Räumen wie auch in wirtschaftlich wachsenden Zentrumsgemeinden im Berner Oberland.

Ein Ziel dieses Beitrags ist es, von den 68 Sozialen Innovationen jene mit ausgeprägten potenziellen Wachstumseffekten zu erkennen. Durch die Fokussierung auf diese »Extremtypen« in Hinblick auf die Wachstumswirkung können wir idealtypische Formen der Sozialen Innovationen identifizieren. Damit klare Tendenzen erkennbar sind, wurden nur solche Sozialen Innovationen als »Extremtypen« ausgewählt, bei denen die Anzahl relevanter Wachstumsstimulationsindikatoren maximal 25 % der Anzahl relevanter Wachstumsunabhängigkeitsindikatoren derselben Sozialen Innovation entspricht (und umgekehrt, d. h. entgegenwirkende Effekte sind klein). Insgesamt repräsentieren 8 Soziale Innovationen diese beiden »Extremtypen«. Es zeigte sich, dass diese maximal 7 der 19 Wachstumsstimulationsindikatoren und maximal 12 der 20 Wachstumsunabhängigkeitsindikatoren erfüllen. Die verbleibenden 60 Sozialen Innovationen aus dem Inventar werden im Folgenden nicht berücksichtigt: Entweder weisen sie nur wenige Wachstumswirkungen auf oder sie haben insgesamt viele Wachstumswirkungen in beide Richtungen.

Die vier Sozialen Innovationen mit den meisten Indikatoren, die auf Wachstumsunabhängigkeit hinweisen, sind ein kooperativ organisierter alpiner Molkerei- und Käsereibetrieb, ein Projekt Solidarischer Landwirtschaft,

ein kooperativ organisiertes Mehrgenerationenhaus sowie eine Baugruppe im Rahmen einer Solarenergie-Kooperative, bei welcher die Gruppenmitglieder ihre Anlage zusammen mit anderen Mitgliedern bauen.

Gemeinsam ist diesen Sozialen Innovationen, dass sie kein, wenig oder zinsfreies Fremdkapital nutzen. Das geplante Mehrgenerationenhaus soll u.a. mit zinslosem Kapital der Mitglieder der Wohngenossenschaft finanziert werden (Zukunft Hasliberg 2019: 12). Das Solidarische Landwirtschaftsprojekt wird durch die AbnehmerInnen der Erzeugnisse zinsfrei vorfinanziert. Dank einer Spende konnte der Molkerei- und Käsereibetrieb mit wenig Fremdkapital aufgebaut werden. Die Finanzierung der Solarenergie-Baugruppe erfolgt über die Gruppenmitglieder: Mitglieder, die bei sich eine Anlage installieren, erhalten Unterstützung von denjenigen, die bereits eine Anlage haben. Die Arbeitsstunden, die von Unterstützenden aufgewendet wurden, müssen sie mit der Mithilfe am Anlagenbau eines anderen Mitglieds abarbeiten.

Weiter kennzeichnen diese vier Sozialen Innovationen eine kurze und regionale Wertschöpfungskette sowie eine enge Bindung der involvierten Akteure. Im kooperativen Molkerei- und Käsereibetrieb wird beispielsweise nur Milch aus den umliegenden Landwirtschaftsbetrieben verarbeitet, wodurch die Beziehung zwischen Milchliefernden und -verarbeitenden eng ist. Dasselbe gilt für die Solidarische Landwirtschaft, bei der die Konsumierenden die Produkte ohne Umweg über den Zwischenhandel direkt ab Hof beziehen. Die Beziehung zwischen Produzierenden (LandwirtInnen) und Konsumierenden ist ausserordentlich eng u.a. aufgrund der direkten Zusammenarbeit in der Produktion.

Bei drei der vier Sozialen Innovationen spielen Prosumierende eine wichtige Rolle. Dies sind Konsumierende, die gleichzeitig an der Produktion des Produkts oder der Dienstleistung beteiligt sind, das/die sie später konsumieren. Wie oben illustriert, verfolgt die Solidarische Landwirtschaft ein solches Modell, und auch in der Solarenergie-Kooperative werden die Solaranlagen von den späteren Anlagennutzenden zu einem bedeutenden Anteil selbst gebaut. Diese Formen der Produktion stellen gleichzeitig eine Entkommerzialisierung der Produktion dar: Die von den Prosumierenden geleistete Arbeit für die Erbringung der Dienstleistung wird nicht monetär entgolten. Im Konzept der »Sorgenden Gemeinschaft«, das vom Generationenhaus verfolgt werden soll, tritt dies ebenfalls auf. Demnach soll der »Sorge-Bedarf nicht alleine durch professionelle Institutionen gedeckt werden«,

sondern durch das Zusammenwirken von nichtprofessionellen AkteurInnen wie Nachbarschaften oder Freiwilligen mit staatlichen und professionellen Kooperationspartnern (Zukunft Hasliberg 2019: 7).

Weiter bestehen bei drei der vier Sozialen Innovationen Abnahmegarantien. Beispielsweise kann sich der Molkerei- und Käsereibetrieb auf eine Abnahmegarantie eines Schweizer Großverteilers verlassen oder die LandwirtInnen der Solidarischen Landwirtschaft auf die Abnahmegarantie der Prosumierenden. Ebenfalls drei Soziale Innovationen haben eine geringe Kapitalintensität in der Produktion: In der Solarenergie-Kooperative werden die Anlagen mit wenig Maschinen, aber mit viel Handarbeit installiert. Im Vergleich zur industriellen Käseproduktion wird im kooperativ organisierten Käsereibetrieb viel Handarbeit und wenig Maschinenhilfe eingesetzt, so auch in der Solidarischen Landwirtschaft aufgrund der Mitarbeit der Prosumierenden.

Die vier Sozialen Innovationen mit ausgeprägten potenziellen Wachstumsstimulationseffekten sind eine Versicherung gegen schlechtes Wetter für Feriengäste; ein Reiseangebot, das alpine Busfahrten mit historischen Wanderungen kombiniert; eine direkte Zugverbindung mit Spezialeinrichtung zu einer Ski-Destination sowie eine Partnerschaft zwischen fünf Golfclubs für eine besondere Mitgliedskarte.

Alle vier Sozialen Innovationen sind kommerzielle touristische Angebote, die aktiv beworben werden und sich durch ihr Ziel des ökonomischen Wachstums auszeichnen. Die Wetterversicherung soll den touristischen Betrieben in der Destination, wo das Paket angeboten wird, erhöhte Einnahmen durch neue Feriengäste verschaffen. Dasselbe Ziel verfolgen die direkte Zugverbindung und das Wanderangebot. Die Golfclub-Mitgliedskarte soll die Attraktivität eines kostenpflichtigen Clubbeitritts und den Umsatz des Golfclubs steigern.

Ein weiteres Merkmal aller vier Sozialen Innovationen liegt darin, dass Produktion und Konsumption der Angebote in einer (physisch-)räumlich weit auseinanderliegenden Wertschöpfungskette stattfindet. In drei von vier Fällen geht dies einher mit eher distanzierten Beziehungen zwischen den involvierten Akteuren. Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet die Wetterversicherung. Sie wurde von einem etablierten Versicherungsunternehmen in einer Schweizer Großstadt ausserhalb des Berggebiets entwickelt, angeboten wird sie von einer Tourismusorganisation eines alpinen Ferienorts und gekauft von TouristInnen aus aller Welt. Die Gewinne aus dem Angebot ge-

hen zum Versicherungsunternehmen sowie zur Tourismusorganisation. Die Beziehung zwischen den AkteurInnen ist eher distanziert – sowohl räumlich wie auch sozial.

Zwei dieser Sozialen Innovationen sind in wettbewerbsintensiven Märkten angesiedelt: zum ersten das Busfahrten-Wander-Angebot, das sich gegenüber den umfangreichen, eher unspezifischen sonstigen Wanderangeboten abzugrenzen versucht, indem es historische Wanderungen in Kombination mit Postbusfahrten anbietet. Das zum zweiten in wettbewerbsintensivem Markt angesiedelte Angebot stellt die Wetterversicherung dar, die ein sehr spezifiziertes Risiko absichert, das noch nicht vom Versicherungsmarkt abgedeckt ist.

Zwei weitere Soziale Innovationen sind Produktinnovationen, die allen voran für Statuskonsum gedacht sind bzw. mit emotionaler Markenkommunikation beworben werden. Die genuinen Produkteigenschaften von Produkten für den Statuskonsum dienen der gesellschaftlichen Zurschaustellung und nicht der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung (Reisch/Raab 2014: 933). Die Golfclub-Mitgliedskarte ist Statuskonsum, weil die Club-Mitgliederbeiträge von einigen 10.000 Schweizer Franken den eigentlichen Nutzen – das Golfspielen – kaum vollumfänglich rechtfertigen. Emotionale Markenkommunikation ist beim Busfahrten- und Themenwanderangebot auszumachen. Es wird stark mit Rückgriff auf die Tradition der schweizweit bekannten und beliebten Postautos (Busse) beworben. So sollen Emotionen geweckt und KundInnen gewonnen werden.

Diskussion und Ausblick

Dieser Beitrag reflektiert die verschiedenartigen Wirkungen von Sozialen Innovationen in Bezug auf Wachstum. Auf Basis eines Inventars von Sozialen Innovationen im Schweizer Berggebiet haben wir die potenziellen Wachstumswirkungen mit einem dafür entwickelten Indikatorenset analysiert. Acht der 68 Sozialen Innovationen unseres Inventars lassen sich zwei Extremtypen zuteilen: Soziale Innovationen mit potenziellen Wachstumsunabhängigkeitseffekten und solche mit potenziellen Wachstumsstimulationseffekten. Ausgehend von den Charakteristiken dieser Extremtypen haben wir zwei Idealtypen von Sozialen Innovationen ausgearbeitet, die in Tab. 3 dargestellt sind.

Tab. 3: Idealtypen. Quelle: Eigene Darstellung

	Soziale Innovation: Wachstumsunabhängigkeit	**Soziale Innovation: Wachstumsstimulation**
Beschreibung Idealtypen	Eine Soziale Innovation, die Wachstumsunabhängigkeit fördert, besteht aus einer neuen Form der Zusammenarbeit, in welcher oftmals Privatpersonen involviert sind. Bei der neuen Idee handelt es sich häufig um alternative Formen des Produzierens und Konsumierens, welche sich an sozialen und ökologischen Zielen orientiert. Herkömmliche ökonomische Ziele treten in den Hintergrund.	Eine Soziale Innovation, die Wachstum stimuliert, besteht aus einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen AkteurInnen, die primär wirtschaftliche Ziele verfolgen. Die neue Idee, die entwickelt wird, ist oft ein kommerzielles Produkt oder Dienstleistungsangebot, welches sich einem spezifischen Sektor zuordnen lässt. Nichtökonomische Ziele treten in den Hintergrund.
Hauptmerkmale	• Kein Anteil, kleiner Anteil, zinsloses Fremdkapital • Kaum Werbeaufwand • Enge Verbindung zwischen Produzierenden, Konsumierenden, Liefernden • Kurze und regionale Wertschöpfungsketten	• Wirtschaftliches Wachstum als Ziel • Werbeaufwand für kommerzielle Produkte • Hohe räumliche Distanz zwischen den Wertschöpfungsstufen
Weitere Merkmale	• Prosumierende • Abnahmegarantien/faire Preise • Entkommerzialisierte Produkte/Leistungen • Geringe Kapitalintensität • Kurze Wertschöpfungskette • Regionale Wertschöpfungskette • Regionale Absatzstrukturen	• Schwache Beziehung zu den Konsumierenden • Aktive Kommunikation finanzieller Kennzahlen • Symbolischer Konsum/emotionale Markenkommunikation • Hoher Wettbewerbsdruck • Differenzierte Produktinnovation

Die hier dargestellten Wachstumswirkungen von Sozialen Innovationen sind potenzielle und nicht empirisch nachgewiesene Wirkungen. Um robustere Ergebnisse zu erhalten, müssen die Indikatoren und deren Wechselwirkungen empirisch untersucht werden. Weiter sollte sich, um das Verständnis zu erhöhen, die Forschung mit den Voraussetzungen für die Entstehung von Sozialen Innovationen im regionalen Kontext auseinandersetzen. Dabei spielt auch die Motivation der unterschiedlichen AkteurInnen, vor allem

in Hinblick auf die Wachstumswirkungen, eine wichtige Rolle. Zu diesem Zweck würden sich Innovationsbiografien eignen (Kleverbeck/Terstriep 2018). Darüber hinaus zeigt das Indikatorenset, dass weitere Untersuchungen quantitative und qualitative Dimensionen umfassen müssen.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen der Berggebiete zeigt dieser Beitrag, dass ein Fokus auf Soziale Innovationen in der Regionalpolitik durchaus angemessen sein kann. Wenn Regionalpolitik wachstumsunabhängigkeitsfördernde Ziele verfolgen möchte, dann sollte sie nicht nur Soziale Innovationen per se fördern, sondern sie muss sich gezielt auf die Charakteristiken der oben beschriebenen sozial innovativen Projekte und Initiativen fokussieren. Es kann demzufolge sinnvoll sein, bestimmte Charakteristiken in Kombination zu fördern um somit eine nachhaltige und wachstumsunabhängige Regionalentwicklung auszulösen.

Die Frage steht im Raum, ob solche Entwicklungen die Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft voranbringen können. Zweifellos sind die identifizierten Beispiele Nischenprojekte von sehr begrenzter ökonomischer Bedeutung. Doch sie zeigen, was Soziale Innovationen und Unternehmen auszeichnet, die zu Wachstumsunabhängigkeit beitragen, und welche Aspekte und Faktoren z. B. die Regional- und Wirtschaftspolitik fördern sollten, um Wachstumsunabhängigkeit zu verbreiten. Gleichzeitig haben diese Beispiele selbst Vorbildfunktion und stärken die wirtschaftliche Eigen- und Widerstandsfähigkeit einer Region. Und sie zeigen, dass wirtschaftliche Aktivitäten in einer Postwachstumsgesellschaft das Wohlergehen der Bevölkerung durchaus erhöhen können, verglichen mit einer wachstumsorientierten Wirtschaft. Für einen Umbau übergeordneter struktureller Veränderungen für eine Postwachstumsgesellschaft wie der Systeme der sozialen Sicherung oder der Erwerbsarbeit reichen die Impulse aus peripheren Gebieten zweifellos nicht aus, aber der dortige regionalökonomische Umbau kann die sozioökonomischen Probleme vor Ort verringern und die Lebensqualität erhöhen.

Literatur

Ayob, N.; Teasdale, S.; Fagan, K. (2016). How social innovation ›Came to Be‹: Tracing the evolution of a contested concept. In: Journal of Social Policy 45 (4), 635–653. DOI: https://doi.org/10.1017/S004727941600009X

Bakker, E., Loske, R., Sherhorn, G. (1999). Wirtschaft ohne Wachstumsstreben – Chaos oder Chance? Berlin.

Binswanger, H. C. (2009): Nachhaltigkeitsorientierte Umternehmungsverfassungen. In: Binswanger, H.-Ch.: Vorwärts zur Mässigung: Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg, 150–160.

Bock, B. B. (2016): Rural Marginalisation and the Role of Social Innovation; A Turn Towards Nexogenous Development and Rural Reconnection. In: Sociol. Ruralis 56, 552–573. DOI: https://doi.org/10.1111/soru.12119

Bundesamt für Raumentwicklung (2012). Monitoring Ländlicher Raum. Synthesebericht 2012. Bern.

Bundesamt für Raumentwicklung (2017): Bauzonenstatistik Schweiz. Bern. https://www.are.admin.ch/are/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/grundlagen-und-daten/bauzonenstatistik-schweiz.html (29.01.2020).

Bundesamt für Statistik (2018a). Beherbergungsstatistik (HESTA). Neuenburg.

Bundesamt für Statistik (2018b). Regionalporträts 2018: Gemeinden, Bern. Neuenburg.

Cerny, T.; Rosemann, T.; Tandjung, R.; Chmiel, C. (2016): Ursachen des Hausärztemangels – ein Vergleich zwischen Frankreich und der Schweiz. In: Praxis (2016) 105, 619–636. DOI: https://doi.org/10.1024/1661-8157/a002362

Dax, T., Fischer, M., (2018): An alternative policy approach to rural development in regions facing population decline. In: European Planning Studies 26, 297–315. DOI: https://doi.org/10.1080/09654313.2017.1361596

Dewald, U.; Rother, J. (2019): Wirtschaft fördern und fordern: Die Gemeinwohl-Ökonomie als Impuls für nachhaltige Wirtschaftsförderung. In: Stember, J.; Vogelgesang, M.; Pongratz, P.; Fink, A. (Hg.): Handbuch Innovative Wirtschaftsförderung: Moderne Konzepte kommunaler Struktur- und Entwicklungspolitik. Wiesbaden, 1–22.

Ebneter, L.; Liechti, K. (2019): Einblicke – Ausblicke. In: Achtenhagen, F.; Gogolin, F.: Bildung und Erziehung in Übergangsgesellschaften. Heidelberg, 41–47. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-95048-2_6

Edwards-Schachter, M.; Wallace, M. L. (2017): ›Shaken, but not stirred‹: Sixty years of defining social innovation. In: Technological Forecasting and Social Change 119, 64–79.

Elsen, S. (2014): Soziale Innovation, ökosoziale Ökonomien und Community Development. In: Elsen, S.; Lorenz, W. (Eds.): Social Innovation, Parti-

cipation and the Development of Society. Soziale Innovation, Partizipation und die Entwicklung der Gesellschaft. Bozen, 231–263.

European Commission (2017): ISIB-03–2015 – Unlocking the growth potential of rural areas through enhanced governance and social innovation.

Franz, H.-W.; Hochgerner, J.; Howaldt, J. (2012): Challenge Social Innovation: An Introduction. In: Franz, H.-W.; Hochgerner, J.; Howaldt, J. (Hg.): Challenge Social Innovation. Berlin, Heidelberg, 1–16. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-642-32879-4_1

Gebauer, J.; Lange, S.; Posse, D. (2017): Wirtschaftspolitik für Postwachstum auf Unternehmensebene: Drei Ansätze zur Gestaltung. In: Adler, F.; Schachtschneider, U. (Hg.): Postwachstumspolitiken: Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft. München, 239–251.

Grimm, R., Fox, C., Baines, S., Albertson, K., 2013. Social innovation, an answer to contemporary societal challenges? Locating the concept in theory and practice. In: Innovation: The European Journal of Social Science Research 26, 436–455. DOI: https://doi.org/10.1080/13511610.2013.848163

Habermann, F. (2009): Halbinseln gegen den Strom: anders leben und wirtschaften im Alltag. Sulzbach/Taunus.

Haisch, T. (2017): Interplay between ecological and economic resilience and sustainability and the role of institutions: evidence from two resource-based communities in the Swiss Alps. In: Resilience 6, 215–229. DOI: https://doi.org/10.1080/21693293.2017.1417679

Kleverbeck, M.; Terstriep, J. (2018): Analysing social innovation through the lens of poverty reduction: five key factors. In: Euroopean Public and Social Innovation. Review 2 (2), 15–29.

Leismann, K.; Schmitt, M.; Rohn, H.; Baedeker, C. (2012): Nutzen statt Besitzen – Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur. Leipzig.

Liesen, A.; Dietsche, C.; Gebauer, J. (2013): Wachstumsneutrale Unternehmen. Berlin.

Lück, W. (1990). Lexikon der Betriebswirtschaftslehre, 6. Aufl. Moderne Industrie. Landsberg am Lech.

Mayer, H.; Rime, D.; Meili, R.; Bürgin, R. (2018): Experteninput für das Postulat Brand. Vorschläge für einen territorial differenzierten Ansatz der NRP zur gezielten Förderung der Schweizer Berggebiete. Bern.

Mewes, H.; Gebauer, J. (2015): Transformative Potenziale von Unternehmen, die nicht wachsen wollen. In: Ökologisches Wirtschaften 30 (3), 27. DOI: https://doi.org/10.14512/OEW300327

Moulaert, F.; MacCallum, D.; Hiller, J. (2013): Social innovation: intuition, precept, concept, theory and practice. In: The International Handbook on Social Innovation, Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham, 13–24.

Mulgan, G.; Tucker, S.; Ali, R.; Sanders, B. (2007): Social Innovation: What it is, why it matters and how it can be accelerated. Skoll Centre for Social Entrepreneurship. London.

Müller-Jentsch, D. (2017): Strukturwandel im Schweizer Berggebiet: Strategien zur Erschliessung neuer Wertschöpfungsquellen. Zürich.

Mumford, M. D. (2002): Social Innovation: Ten Cases From Benjamin Franklin. In: Creativity Research Journal 14 (2), 253–266. DOI: https://doi.org/10.1207/S15326934CRJ1402_11

Neumeier, S. (2012): Why do Social Innovations in Rural Development Matter and Should They be Considered More Seriously in Rural Development Research? – Proposal for a Stronger Focus on Social Innovations in Rural Development Research. In: Sociologia Ruralis 52 (1), 48–69. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1467-9523.2011.00553.x

Nicholls, A.; Edmiston, D. (2018): Social Innovation Policy in the European Union. In: Policy Design in the European Union, 161–190. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-64849-1_8

Noack, A.; Federwisch, T. (2019): Social Innovation in Rural Regions: Urban Impulses and Cross-Border Constellations of Actors. In: Sociologia Ruralis 59 (1), 92–112. DOI: https://doi.org/10.1111/soru.12216

Paech, N. (2012a): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Marburg.

Paech, N. (2012b): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.

Pelka, B.; Terstriep, J. (2016): Mapping Social Innovation Maps; The State of Research Practice across Europe. In: European Public und Social Innovation Review 1 (1), 3–15.

Peter, C.; Rink, D.; Forster, S.; Hömke, M.; Kopp, M.; Messerli, P. (2016): Entwicklung in ländlichen Räumen und Bergregionen ohne Wachstumsperspektiven. Bern.

Posse, D. (2015): Zukunftsfähige Unternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft. Heidelberg.

Reisch, L. A.; Raab, G. (2014): Konsum, symbolischer. In: Wirtz, M. A. (Hg.): Dorsch – Lexikon der Psychologie. Bern, 933.

Richters, O.; Siemoneit, A. (2019): Marktwirtschaft reparieren. München.
Rütter, H.; Rütter-Fischbacher, U. (2016): Wertschöpfungs- und Beschäftigungswirkung im ländlichen und alpinen Tourismus. Rüschlikon.
Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.
Schmucki, E.; Marty, C.; Fierz, C.; Weingartner, R.; Lehning, M. (2017): Impact of climate change in Switzerland on socioeconomic snow indices. In: Theoretical and Applied Climatology 127 (3–4), 875–889. DOI: https://doi.org/10.1007/s00704-015-1676-7
Schor, J. B. (2010): Plenitude. The New Economics of True Wealth. New York.
Secco, L.; Pisani, E.; Da Re, R.; Rogelja, T.; Burlando, C.; Vicentini, K.; Pettenella, D.; Masiero, M.; Miller, D.; Nijnjk, M. (2019): Towards a method of evaluating social innovation in forest-dependent rural communities: First suggestions from a science-stakeholder collaboration. In: Forest Policy and Economics 104, 9–22. DOI: https://doi.org/10.1016/j.forpol.2019.03.011
Segessemann, A.; Crevoisier, O. (2016): Beyond Economic Base Theory: The Role of the Residential Economy in Attracting Income to Swiss Regions. In: Regional Studies 50 (8), 1388–1403. DOI: https://doi.org/10.1080/00343404.2015.1018882
Seidl, I.; Zahrnt, A. (2010): Anliegen des Buches und Übersicht. In: Seidl, I.; Zahrnt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Metropolis. Marburg, 17–22.
SIMRA (2018): Collection of examples of social innovation in Mountain Areas.
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2017): Die Neue Regionalpolitik des Bundes. Bern.
van der Have, R. P.; Rubalcaba, L. (2016): Social innovation research: An emerging area of innovation studies? In: Research Policy 45 (9), 1923–1935. DOI: https://doi.org/10.1016/j.respol.2016.06.010
von Rütte, H. (2007): Geschichte – Vom Hirtenland zum Erlebnispark. In: Wallner, A.; Bäschlin, E.; Grosjean, M.; Labhart, T.; Schüpbach, U.; Wiesmann, U. (Hg.): Welt der Alpen – Erbe der Welt. Bern, 163–183. = Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Bern, Band 62/2007.
Zukunft Hasliberg (2019): Generationenhaus Hasliberg. Projektbeschreibung und Konzept. Hasliberg.

Kriterien für eine postwachstumsorientierte Wohnraumentwicklung am Beispiel der Stadt Zürich

Olivia Wohlgemuth, Marco Pütz

1. Einleitung

Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie veränderte Lebensgewohnheiten und ein steigender Bedarf an Wohnflächen haben in den meisten großen Städten der Schweiz dazu geführt, dass die Ressource Boden knapp geworden ist. Das revidierte Raumplanungsgesetz, welches 2014 in Kraft getreten ist, verlangt, dass eine weitere Zersiedlung gestoppt wird und die zukünftige Siedlungsentwicklung in den bestehenden Bauzonen erfolgen soll (LaRES 2014). Die Erstellung von zusätzlichem Wohnraum birgt einige Schwierigkeiten, denn in der Stadt Zürich sind bereits 95 % der Bauzonen überbaut, sodass hauptsächlich die Nachverdichtung im Vordergrund steht (Wüest Partner 2018: 73). Zahlreiche innovative Projekte im Wohnungsbau zeigen, wie Innenentwicklung erfolgreich umgesetzt wird und dass Verdichten einen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung bringen kann.

Wachstumsunabhängige Konzepte werden vermehrt auch für die Raumwissenschaften in Betracht gezogen. Die Postwachstumsdebatte könnte daher als Ansatz für die Stadtentwicklung dienen, Wachstum dort zukünftig nachhaltiger, qualitätsorientierter und jenseits eines rein quantitativen ökonomischen Wachstumsparadigmas auszurichten. Die Strategie einer nachhaltigen Raumentwicklung im Kanton Zürich (LaRES 2014) und weitere Leitfäden für gutes Bauen beinhalten heute schon Anforderungen an ökologisches und soziales Wohnen, daher sind auch bereits Ansätze aus der Postwachstumsdebatte vertreten. Einerseits sind dies Innovationen in der Gebäudetechnik, und andererseits sind es Wohnkonzepte, welche durch flexible Nutzung und Gemeinschaftsflächen den individuellen Flächenver-

brauch reduzieren und der gesellschaftlichen Individualisierung entgegenwirken.

Die Grundlage für den vorliegenden Beitrag bildet eine Masterarbeit, die am Beispiel der Stadt Zürich untersucht hat, inwiefern Postwachstum ein Leitbild für die Wohnraumwicklung sein kann und welche Voraussetzungen postwachstumsorientiertes Wohnen braucht (Wohlgemuth 2019). Ziel dieses Beitrags ist es, Kriterien für postwachstumsorientierte Wohnbauprojekte zu entwickeln. Dabei werden folgende Teilfragen analysiert:

- Welches sind die Kriterien für eine zukunftsgerichtete Wohnraumentwicklung und was braucht es, damit diese Kriterien erfüllt werden?
- Inwiefern sind bestehende Anforderungen an nachhaltiges, ökologisches und soziales Wohnen bereits postwachstumsorientiert?

Der vorliegende Beitrag ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im Abschnitt 2 wird der theoretische und konzeptionelle Rahmen vorgestellt. Danach folgt in Abschnitt 3 ein Überblick zum methodischen Vorgehen. In Abschnitt 4 werden Ergebnisse präsentiert und diskutiert, Abschnitt 5 enthält Schlussfolgerungen.

2. Stadtentwicklung, Wohnen und Postwachstum

Das Thema »Wohnen in der Stadt« bietet große Potenziale, um Postwachstumsökonomien oder eine Postwachstumsgesellschaft zu realisieren. Es ist offensichtlich, dass Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie eine entsprechend organisierte Wohnungswirtschaft postwachstumsorientiertes Wohnen ermöglichen können. Wohnen ist traditionell ein Thema, das durch Genossenschaften oder andere gemeinnützige Wohnbauträger sehr nah an Postwachstumsideen ist. Auch wenn zahlreiche Wohnprojekte aktuell viel mit Postwachstum zu tun haben, ist das Thema konzeptionell wenig aufgearbeitet und vergleichsweise jung. Nelson und Schneider (2019) geben in ihrem Sammelband »Housing for Degrowth – Principles, models, challenges and opportunities« einen der wenigen aktuellen Überblicke über Herausforderungen und Fehlentwicklungen in der Immobilienwirtschaft und wie darauf mit Postwachstumsansätzen reagiert werden kann. Allerdings werden vor allem Praxisansätze von Hausbesetzungen über kollektive Wohnformen

bis hin zu architektonischen Innovationen vorgestellt. Die theoretisch-konzeptionelle Einordnung steht auch hier nicht im Mittelpunkt.

Um die konzeptionellen Beziehungen von Wohnen und Postwachstum aufzuzeigen, skizzieren wir im Folgenden zunächst die wichtigsten Herausforderungen an das Wohnen in der Zukunft und formulieren anschliessend drei zentrale Postwachstumsansätze für das Wohnen.

2.1 Herausforderungen an das Wohnen in der Zukunft

Die in der wissenschaftlichen und grauen Literatur formulierten Herausforderungen an das Wohnen in der Zukunft umfassen in der Regel ökologische und soziale Aspekte. Um spezifisch auf die Zürcher Situation einzugehen, beziehen wir uns in diesem Abschnitt vor allem auf Planungsdokumente und Literatur mit klarem Bezug zur Stadt Zürich:

- Impulse zur Innovation im Wohnungsbau (Birrer und Glaser 2017)
- Auszeichnung für gute Bauten der Stadt Zürich (Hochbaudepartement Stadt Zürich 2019)
- Leitfaden und Checklisten zur nachhaltigen Arealentwicklung für Städte und Gemeinden (Hugentobler und Wiener 2016)
- Langfristige Raumentwicklungsstrategie Kanton Zürich (LaRES 2014)
- Leitfaden – Erfolgsfaktoren sozial nachhaltiger Sanierungen und Ersatzneubaten (Martinovits/Diethelm/Durisch et al. 2015)
- Raumplanungsbericht (Raumplanungsbericht Kanton ZH 2017)
- Akzeptanz städtischer Dichte: Erwartungen und Prioritäten zum Wohnen in der Stadt Zürich (Zimmerli 2018)

Auf Basis dieser aktuellen Planungsdokumente und Literatur identifizieren wir acht Herausforderungen an das Wohnen in der Zukunft:

1. Ressourcen- und Energieeffizienz: Wohnbauprojekte sollten möglichst ressourcenschonend sein und Energien aus erneuerbaren Quellen berücksichtigen. Zusätzlich sollen sie zum Erreichen der Ziele einer »2000-Watt-Gesellschaft« beitragen. Ein Gebäude sollte langfristig werthaltig sein und eine lange Nutzungsdauer aufweisen, also möglichst anpassungsfähig und flexibel zu nutzen sein.

2. Grün- und Freiräume: Genügend Grünräume sind für ein gutes Stadtklima und die Biodiversität wichtig. Daneben braucht es qualitativ hochwertige Aussenräume mit hoher Aufenthaltsqualität. Konzepte zum Teilen, Tauschen und Bilden von Gemeinschaften brauchen einen geeigneten Rahmen und gemeinschaftlich nutzbare Flächen.
3. Planungsverfahren: Aufklärung und Transparenz sind wichtige Aspekte bei Planungsverfahren und erhöhen die Akzeptanz der Veränderungen. Zusätzlich ist ein guter Dialog zwischen den Behörden, Bauträgern und den Betroffenen unumgänglich. Zudem soll sich die Bevölkerung an der Planung beteiligen und so die Projekte verbessern.
4. Verdichtung: Die Innenentwicklung ist ein übergreifendes Ziel. Eine hohe Nutzungsdichte und effiziente Bodennutzung sind dafür entscheidend. Zudem sollen die Dichten ortsspezifisch entwickelt werden und der Umgebung angemessen sein. Belegungsdichten müssen erhöht werden, um die Wohnflächenbeanspruchung pro Person möglichst gering zu halten.
5. Gesellschaft: Ein Bau muss einen Beitrag zu sozial und funktional durchmischten Quartieren leisten. Zudem sollen ein gemeinschaftliches Leben, Zusammenhalt und Zugehörigkeit gestärkt werden, was zu belebten Siedlungen mit gemeinschaftlich genutzten Räumen führt. Ein Gebäude muss einen Beitrag zu einer Stadt für alle leisten.
6. Wohnformen: Ein Gebäude muss für eine flexible Nutzung gebaut werden und Wohnraum mit Qualität für unterschiedliche Lebensstile bieten. Dazu gehören auch neue Wohnformen und ein attraktiver Wohnungsmix mit vielfältigen Wohnungstypologien. Auch Erdgeschosse sollen vielfältig genutzt werden.
7. Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein Bau soll Rahmenbedingungen für nachhaltige Wohn- und Lebensweisen vorgeben. Zudem kann mit nachhaltig konzipierten Wohnprojekten das Bewusstsein für Fragen der Nachhaltigkeit gestärkt werden. Im Allgemeinen sollte ein Projekt die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöhen.
8. Faire Preise und bezahlbare Mieten: Preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum soll stets Ziel eines Wohnungsbaus sein. Aus der Postwachstumsdebatte kommt zudem die Idee, dass auf Gewinnstreben und Spekulation verzichtet werden muss.

2.2 Postwachstumsansätze für Wohnen

In den bekannten und grundlegenden Werken der Postwachstumsdebatte spielen die Themen »Wohnen« und »Stadtentwicklung« eine eher untergeordnete Rolle. So behandeln die für die internationale Debatte wichtigen Arbeiten von Victor (2008), Latouche (2009) oder Jackson (2017) vor allem die Wachstums- und Kapitalismuskritik. Dabei geht es um Einführungen und Überblicke. Auch die zentralen Werke der deutschsprachigen Postwachstumsliteratur bieten in erster Linie eine Orientierung über die wichtigsten Begriffe, Konzepte und Hintergründe der interdisziplinären Debatte (z. B. Seidl/Zahrnt 2010, Paech 2012, Schmelzer/Vetter 2019). Sowohl in den genannten Grundlagenwerken als auch in vielen weiteren, oft angewandten Arbeiten werden zahlreiche Projekte und Initiativen genannt, welche in Städten stattfinden und geplant werden. Allerdings ist die Verbindung zur Stadt eher implizit. Städte oder Stadtquartiere sind dort meist Standorte beispielsweise für Transition Towns oder Urban-Gardening-Initiativen. Das Urbane, ein städtisches Milieu oder die Rolle von Stadtentwicklung und Stadtplanung werden kaum thematisiert. Dass Stadt und Postwachstum dennoch explizit gemeinsam betrachtet werden müssen, zeigt Xue (2019:185 f.):

> »Degrowth depicts a desirable future society that is ecologically sustainable, enhances quality of life and achieves social justice. This means achieving social welfare and social justice while shrinking our levels of production and consumption due to the existence of ecological limits. Both research and social practices need to bridge the domains of welfare and environmental sustainability. For urban planners, the integration of both domains raises a question: What is required to make a sustainable city socially just, or, to make welfare societies ecologically sustainable in the urban context?«

Postwachstum wird heute noch nicht als Leitbild für die Stadtentwicklung verwendet. Ebenso wenig werden Wohnen und Postwachstum in der Literatur gemeinsam betrachtet. Werden Postwachstumsansätze dennoch fürs Wohnen diskutiert, können drei übergeordnete Themenbereiche identifiziert werden: Suffizienz, Gutes Leben und Wohnungsgerechtigkeit.

Suffizienz: Suffizienz auf individueller Ebene bedeutet, weniger materielle Ressourcen zu benötigen und den Lebens- und Konsumstil zu verändern. Suffizienz »zielt darauf, dass Menschen ihr Verhalten ohne Zwang verändern und Praktiken, die Ressourcen übermäßig verbrauchen, einschränken oder ersetzen. Sie bemüht sich um einen genügsamen, umweltverträglichen Verbrauch von Energie und Materie durch eine geringe Nachfrage ressourcenintensiver Güter und Dienstleistungen« (Stengel 2011: 140). Dabei ist wichtig festzuhalten, dass eine Suffizienzstrategie nicht fordert, auf Notwendiges zu verzichten, sondern davon ausgeht, dass aus Einsicht in die Notwendigkeit freiwillig verzichtet wird (Stengel 2011: 140).

Gutes Leben: Im Postwachstum geht es darum, in einem umfassenden Sinne ein Gutes Leben für alle anzustreben. Dabei geht es nicht um ein Wohlstandsverständnis, welches mit materiellem Konsum vergleichbar ist. »Diese anderen Wohlstandsverhältnisse beziehen dabei die Komplexität des Menschen als Beziehungswesen mit ein, überwinden die Trennung von Produktion und Reproduktion und geben Bedürfnissen, die nicht steigerungs- und optimierungsorientiert sind, mehr Raum – wie Zeitwohlstand, stabile und intensive Beziehungen oder Sinnhaftigkeit« (Schmelzer/Vetter 2019:169).

Wohnungsgerechtigkeit/Recht auf Wohnen: Die aktuellen Debatten zu ansteigenden Immobilienpreisen und Wohnungsknappheit werfen Fragen auf, wem der Boden gehört und wie sich die Städte in Zukunft weiterentwickeln möchten (Schulz 2017: 13). Vor allem Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen haben zunehmend Schwierigkeiten, Wohnraum in den Städten zu mieten. Im Postwachstum wird daher Wohnen als Menschenrecht und Grundbedürfnis gesehen, weshalb eine Wohnung weder eine finanzielle Investition noch ein Statussymbol sein darf (Schneider 2019: 16).

Neben diesen drei vorgestellten Themen gibt es zahlreiche weitere postwachstumsorientierte Ansätze, die für die Stadtentwicklung eine Rolle spielen können (Schulz 2017: 11 ff.): Solidarische Ökonomien (z. B. Nachbarschaftsläden, Tauschringe, Lokalwährungen), alternative Energiekonzepte (z. B. gemeinwohlorientierte Energiegenossenschaften), gemeinschaftliche Nahrungsmittelproduktion (Urban Gardening, Urbane Landwirtschaft), gemeinschaftliche Büronutzung (z. B. Co-Working Spaces) oder geteilte Nutzungsformen (z. B.

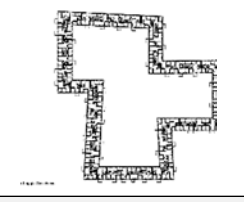
Räume und Infrastrukturen für die Sharing Economy). Da sich diese Ansätze nicht direkt auf das Wohnen beziehen, werden sie hier nicht weiterverfolgt.

3. Methodik

Methodisch basiert dieser Beitrag auf einem qualitativen, interpretativen Forschungsdesign. Die Daten wurden in drei Fallstudien mit insgesamt 17 leitfadengestützten, teilstandardisierten Interviews mit Experten*innen erhoben. Die Interviews wurden transkribiert und mit einer strukturierenden und zusammenfassenden Form der Inhaltsanalyse ausgewertet.

Als Grundlage für die Auswahl der Fallstudien dienten die prämierten Wohnprojekte aus dem »Wettbewerb für gute Bauten« der Stadt Zürich. Alle fünf Jahre werden Bauprojekte ausgewählt und von einer Fachjury prämiert, bestehend aus Architekt*innen, Stadtplaner*innen, weiteren Expert*innen und Vertreter*innen des Stadtrats und der Verwaltung. Diese Projekte haben eine Vorbildrolle für qualitätsvolles Bauen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Qualität der Stadt Zürich (»Auszeichnung für gute Bauten« der Stadt Zürich, 2011–2015: 2016). Da die aktuelle Wettbewerbsphase noch nicht abgeschlossen ist, wurde die letzte abgeschlossene Prämierung mit Bauten aus den Jahren 2011 bis 2015 berücksichtigt. Bei den ausgezeichneten Projekten wurden die Wohnbauten herausgefiltert und dann drei Fallstudien ausgewählt, welche Genossenschaften als Bauträger haben. Insgesamt konnten drei bis vier Personen aus dem Vorstand der Genossenschaften oder dem Architekt*innenteam befragt werden. Zusätzlich sind als vierte Gruppe von Expert*innen Personen interviewt worden, die unabhängig von den drei Projekten sind und aus Beratung, Stadtverwaltung oder Wissenschaft kommen.

Tab. 1: Übersicht Fallstudien. Quelle: »Auszeichnung für gute Bauten« der Stadt Zürich, 2011–2015: 2016 sowie Daten aus den Interviews

Siedlung Grünmatt Zürich-Friesenberg	**Hunziker-Areal** Zürich-Oerlikon	**Wohnüberbauung Klee** Zürich-Affoltern
		
		
Bauträger Familienheim Genossenschaft Zürich (FGZ)	**Bauträger** Baugenossenschaft »mehr als wohnen«	**Bauträger** Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft Zürich und Baugenossenschaft Hagenbrünneli
Beschreibung Der erste Ersatzneubau der FGZ. Hier wurde eine zeitgemässe Gartenstadt mit niedrigen Gebäudezeilen und kleinen vorgelagerten Privatgärten geschaffen.	**Beschreibung** Eine autofreie Siedlung mit 13 unterschiedlichen Häusern, hoher Dichte und durchmischter Gemeinschaft mit starkem sozialem Zusammenhalt.	**Beschreibung** Kleeblattförmiges Hofgebäude mit gemeinschaftlich genutztem Park von zwei Genossenschaften mit unterschiedlichen Philosophien.
Besonderheit Für den Neubau wurde eine hybride Bauweise gewählt. Heute wohnen 490 Personen im Grünmatt, wo vorher auf dem gleichen Grundstück nur 200 Personen in Einfamilienhäusern gelebt haben (+145 %). Der Flächenverbrauch ist sehr gering und liegt bei 33 m^2 pro Person. Die ehemaligen großen Privatgärten sind einem gemeinschaftlichen Aussenraum gewichen.	**Besonderheit** Das Areal ist als Jubiläumsprojekt zum 100-jährigen Bestehen der Zürcher Wohnbaugenossenschaften entstanden und dient als Innovations- und Lernplattform. Das ganze Areal ist gemeinschaftlich gedacht, mit Gemeinschaftsräumen und Begegnungszonen. Der abgebildete Bevölkerungsmix des Kantons Zürich sorgt für eine große Durchmischung.	**Besonderheit** Durch die Form ergibt sich ein großer Innenhof. Dieser spannende Aussenraum bietet viel Qualität. Architektonisch interessant sind die zweigeschossigen Loggien, die über die Stockwerke versetzt sind, und die Baumkronen, welche die Fassade unterteilen. Dadurch wird nicht das Gefühl vermittelt, dass es sich um sechs Geschosse handelt.

4. Ergebnisse

Abschnitt 2.1 hat auf Basis aktueller Planungsdokumente und Literatur acht Herausforderungen an das Wohnen in der Zukunft identifiziert, die in den Interviews empirisch überprüft wurden. Dadurch konnten Anforderungen an eine zukunftsgerichtete Wohnraumentwicklung dokumentiert werden. Diese Anforderungen wurden mit der Postwachstumsdebatte verknüpft und zu einem Kriterienkatalog für postwachstumsorientiertes Wohnen weiterentwickelt (Tab. 2).

Tab. 2: Kriterienkatalog für postwachstumsorientiertes Wohnen. Quelle: Eigene Darstellung

Kriterium
Innenentwicklung Kompakte Strukturen schaffen
Flächenverbrauch Individuelle Wohnflächen begrenzen
Nutzerdichte Hohe soziale Dichten anstreben
Interaktionsdichte Hohe Interaktion durch architektonische und organisatorische Massnahmen fördern
Nutzungsmischung Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit verflechten und so kurze Wege garantieren
Diversität Bevölkerung durchmischen (Lebenszyklus, Lebensstil, Einkommen, Beruf etc.)
Energiesuffizienz/Ressourcenschonung Energieverbrauch senken und Energie aus erneuerbaren Quellen verwenden; Ressourcen beim Bau und im Betrieb schonen
Grünflächen Grünräume für ein gutes Mikroklima erweitern und schützen
Aneignungsflächen Flächen für die freie Gestaltung zur Verfügung stellen
Partizipation Betroffene Personen im Planungsprozess und in der Ausgestaltung beteiligen
Preis Bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten ermöglichen

Innenentwicklung

Innenentwicklung und Verdichtung sind zentrale Elemente der Raumentwicklung, damit möglichst viele Menschen in der Stadt wohnen können und um Freiräume zu schützen. Dabei geht es im Kern um die bauliche Dichte, d. h. die gebaute Masse, das Verhältnis von Bauvolumen zur Grundfläche (Wüest Partner 2018: 12). Eine hohe bauliche Dichte entspricht einem hohen Gebäudevolumen pro Hektar der überbauten Zone.

Die Schattenseiten der Zersiedlung sind der Verlust von Naturräumen und eine Zunahme des Verkehrs. Dennoch wird auch die Verdichtung kritisiert, da sie oftmals als etwas Negatives und Einengendes angesehen wird. Die Verdichtung muss daher stets mit der Lebensqualität in Verbindung gebracht werden. Dichter ist nicht prinzipiell besser oder schlechter.

Flächenverbrauch

Um Innenentwicklung und Verdichtung verwirklichen zu können, ist eine Begrenzung der persönlichen Wohnfläche ein entscheidender Ansatz. Ebenfalls geht es darum, dass die Stadt als Lebensraum für alle zugänglich sein soll. Durch eine bessere Ausnutzung der Flächen finden in einem Gebäude oder in einer Stadt mehr Menschen Platz. Dies kann einerseits durch ein besseres Angebot an Wohnungen erreicht werden, beispielsweise gut gestaltete Grundrisse, wo zusätzliche Quadratmeter Wohnfläche keine zusätzlichen Qualitäten mehr schaffen und daher weggelassen werden. Eine zweite Möglichkeit ist es, den individuellen Wohnraum mittels Belegungsvorschriften zu begrenzen. Eine dritte Möglichkeit sind gemeinschaftlich genutzte Flächen, wie Gäste- oder Arbeitszimmer, welche bei Bedarf von mehreren Personen geteilt werden können.

> »Wohnen ist etwas sehr Existenzielles, das braucht eine große Sorgfalt. Solange man sagt, dass man eine Familienwohnung aufgeben muss, weil die Kinder ausgezogen sind, finde ich das richtig. Das muss man auch so machen, denn sonst funktioniert das Konzept nicht, dass man sagen kann, man verzichtet auf Wohnraum, hat dafür aber qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Wohnraum und möchte das dann vielleicht eine Generation später wieder neuen Leuten zur Verfügung stellen. Die Wohnsicherheit, dass niemand Angst haben muss, jemals ohne passende Wohnung dazustehen, muss aber gegeben sein.« (Interview 15)

Nutzerdichte

Die Nutzerdichte wird als Anzahl Menschen bezeichnet, die sich an einem Ort aufhalten und gilt als Voraussetzung, dass sich Menschen begegnen (Kretz/Kueng 2016: 55). Die Nutzerdichte wird auch als Einwohnerdichte oder soziale Dichte verstanden und darf nicht mit der baulichen Dichte gleichgesetzt werden. Eine hohe bauliche Dichte bedeutet noch nicht, dass sich an einem Ort auch mehr Menschen aufhalten. Steigt der Raumanspruch pro Person und bleibt die bauliche Dichte gleich, sinkt die Nutzerdichte. Bei der Innenentwicklung muss darauf geachtet werden, dass die Ausnutzung des Bodens auch genügend groß ist und dass nicht einfach mehr Beton verbaut wird.

Interaktionsdichte

Eine hohe Nutzerdichte garantiert nicht, dass sich Menschen begegnen und austauschen. Einsamkeit gilt als Problem moderner Gesellschaften, denn der Mensch vereinsamt, obwohl die städtische Dichte relativ groß ist. Um dem entgegenzuwirken, muss Wohnungsbau Interaktionen zwischen den Bewohner*innen zulassen. Daher sollen architektonische und organisatorische Massnahmen ein gemeinschaftliches Leben und einen Austausch zwischen den Bewohner*innen innerhalb eines Wohnhauses fördern und nicht verhindern. Die Aussenraumgestaltung und der Umgang mit halböffentlichen Flächen beeinflusst stark, ob ein Gebäude gemeinschaftlich genutzt werden kann oder nicht. Neben architektonischen Massnahmen, wie der Ausgestaltung von Treppenhäusern oder Hauseingängen, sind auch Gemeinschaftsräume und gemeinschaftlich genutzte Infrastrukturen, wie beispielsweise eine Werkstatt, wichtig, um ein gemeinschaftliches Wohnumfeld zu gestalten. Zu organisatorischen Massnahmen gehören Quartieranlässe oder die Dezentralisierung von gewissen Verwaltungsaufgaben sowie die Organisation von Freizeitkommissionen, womit Kultur- und Freizeitausschüsse gemeint sind.

Um die Privatsphäre zu wahren, muss eine Balance zwischen Gemeinschaft und Rückzugsmöglichkeiten gefunden werden. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, dass solche Massnahmen stark von den Bewohner*innen abhängig sind. Niemand kann gezwungen werden, sich mit anderen Menschen auszutauschen. Dennoch sollten die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass ein Austausch, falls er gewünscht wird, gefördert und unterstützt werden kann.

Nutzungsmischung

Erdgeschossnutzungen bringen neben belebteren Quartieren auch vielfältigere Nutzungen, wenn im direkten Umfeld nicht nur gewohnt werden kann, sondern wenn man dort auch die Freizeit verbringen kann. Neben Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten im Quartier können auch Co-Working Spaces die Nutzungsmischung erhöhen. In einer »Stadt der kurzen Wege« mit einer kompakten und nutzungsgemischten Struktur können die alltäglichen Wege zu Arbeit, Versorgung und Freizeit zu Fuss oder mit dem Fahrrad bewältigt werden (Beckmann/Gies/Thiemann-Linden et al. 2011: 64). Die Konzentration von Einkaufsmöglichkeiten in Shoppingzentren oder ein ausgeprägtes Mobilitätsverhalten erschweren die Entwicklung einer Stadt der kurzen Wege. So werden häufig längere Wege zu Sport- und Freizeitangeboten in Kauf genommen (Beckmann/Gies/Thiemann-Linden et al. 2011: 61). Dennoch ist eine Nutzungsmischung für ein attraktives Wohnumfeld nötig, und »kurze Wege schaffen die Möglichkeit, auf motorisierte Verkehrsmittel zu verzichten, sodass weniger Ressourcen aufgewendet werden müssen. Kurze Wege sind zudem Baustein eines Lebens- und Konsumstils, der einen kleineren ökologischen Fußabdruck hinterlässt« (Beckmann/Gies/Thiemann-Linden et al. 2011: 50).

Diversität

Gemäss Kretz und Kueng (2016: 50) bedeutet Diversität, »dass unterschiedliche Nutzungen, Nutzergruppen, soziale Milieus und räumliche Ausprägungen in einem Raum präsent sind«. Bezogen auf die Wohnraumentwicklung bedeutet Diversität, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in einem Wohnbauprojekt vertreten sein sollen. Ein Mix bezüglich Alter, Einkommen und Lebensstilen bringt Qualität und wirkt einer Segregation entgegen. Die Durchmischung in einem Wohnhaus kann vor allem mit einem breiten Wohnungsmix erreicht werden, da unterschiedliche Wohnungstypen unterschiedliche Personen anziehen. Mit einer Durchmischung wird die Entstehung von benachteiligten Quartieren verhindert. Ausserdem können mithilfe einer hohen Diversität auch Luxusquartiere für Bevölkerungsgruppen mit hohen Einkommen verhindert werden. Dennoch gibt es Argumente, die für eine Segregation sprechen. Eine räumliche Konzentration von Menschen in gleichen Lebenssituationen und mit gleichen Interessen erleichtert den Aufbau spezifischer Angebote und Infrastrukturen (Häussermann/Siebel 2001: 73).

Ressourcenschonung und Energiesuffizienz

Der ökologische Fussabdruck der Bauindustrie ist riesig: Die Branche verbraucht weltweit 40 % der globalen Ressourcen (Emprechtinger 2019). Damit die ökologische Tragfähigkeit des Planeten nicht überschritten wird und aufgrund der immer knapper werdenden Baumaterialien wie Kies und Sand müssen zukünftige Bauten möglichst sparsam mit den Ressourcen umgehen. Neben einem sparsamen Einsatz von Ressourcen für die Erstellung der Gebäude müssen für den Unterhalt erneuerbare Energien gewählt werden. Zudem darf nicht auf den technologischen Fortschritt gehofft werden, da die Energieeffizienz zwar fortlaufend verbessert werden kann, es aber gleichwohl Suffizienzstrategien braucht:

> »[…] Wenn ich etwas suffizient angehen möchte, dann stelle ich mir zuerst einmal die Frage, ob ich das überhaupt brauche. Wenn ich es einfach effizienter mache, komme ich sehr schnell zum Schluss: Jetzt ist es effizienter, jetzt kann ich mehr davon haben. Was dann überhaupt nicht dazu führen muss, dass man weniger Ressourcen verbraucht, sondern man hat etwas einfach optimiert.« (Interview 12)

Weiter haben auch die Höhe, die Ausrichtung und die Farben der Fassaden einen Einfluss aufs Klima. Unterschiedliche Gebäudehöhen sind besser für die Windströme, und hellere Farben erhöhen die Abstrahlung, wodurch sich die Gebäude weniger stark erhitzen.

Grünflächen

Neben dem Schutz der Landschaft ist auch der Umgang mit grünen Flächen innerhalb der Stadt entscheidend. Es gilt, einen Kompromiss zwischen Grünflächen und Innenentwicklung zu finden. Zur Anpassung an den Klimawandel können Grünflächen entscheidend beitragen und vor Überhitzung schützen. Weiter sind Überlegungen zur Begrünung von Fassaden, zum Artenschutz und zur Biodiversität nötig. So sollten einheimische Pflanzen verwendet werden und nicht alle Flächen unterkellert sein, damit große Bäume tiefe Wurzeln entwickeln können. Weiter steigern Grünräume die Attraktivität des Wohnumfelds und die Wohnqualität.

Aneignungsflächen

Durch die Aneignung von Freiflächen in der Wohnumgebung entsteht die Möglichkeit, das eigene Wohnumfeld selbst mitgestalten zu können. Daher müssen Flächen geplant werden, deren Nutzung noch nicht vorgegeben ist und die von den Stadtbewohner*innen selbst gestaltet werden können. Solche Aneignungsflächen verhelfen einem Quartier zu einem eigenen Charakter, und die Bewohner*innen können sich mit ihrer Wohnumgebung identifizieren. Eine Aneignung ist nur möglich, wenn die Regulierung gering ist und die Handlungs- und Nutzungsfreiheit möglichst hoch ist (Kretz/Kueng 2016: 72).

Partizipation

Die Idee eines partizipativen Verfahrens ist, dass mit der Bevölkerung zusammen entwickelt werden kann und dass deren Gedanken und Ideen in den Planungsprozess eingebunden werden können. Des Weiteren bewirken Mitwirkung und Mitgestaltung der Bevölkerung, dass Veränderungen besser akzeptiert werden und die Qualität eines Projekts steigt.

> »Es ist auch ein gewisses Kapital, welches eingebracht wird. Die Leute investieren ihre Zeit, das ist ihre Freizeit, und da stecken durchaus auch gute und berechtigte Ideen dahinter.« (Interview 16)

Es muss jedoch immer genau definiert werden, wer teilnehmen darf und was das Ziel der Partizipation ist.

Preis

Durch ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten werden die Grundlagen für ein gutes Leben ermöglicht. Wohnen als Grundbedürfnis ist etwas Existenzielles, weshalb Wohnraum in der Stadt auch für die unterschiedlichen Einkommensschichten bezahlbar sein muss.

> »Ich kann gar nichts abgewinnen, an diesen profitorientierten Wohnungen, die nicht nachhaltig sind, weil man sagt, man möchte jetzt einfach Geld herausziehen, mit Mieten, die überteuert sind.« (Interview 1)

Da es unterschiedliche Einkommensstrukturen gibt, gibt es auch unterschiedliche Ansätze von Bezahlbarkeit. Daher soll in Zukunft darauf geachtet werden, dass alle Preissegmente in der Stadt vertreten sind. Nur so kann Diversität ermöglicht werden. Zudem muss darauf geachtet werden, dass es auch auf der Ebene eines Projekts verschiedene Preisstrukturen gibt, was über unterschiedliche Wohnungstypen gesteuert werden kann.

5. Fazit

Der Beitrag zeigt, dass vieles, was heute als zukunftsorientiertes oder nachhaltiges Wohnen bezeichnet wird, bereits im Sinne der Postwachstumsdebatte ist. Postwachstum kann ein zukunftsfähiges Leitbild für die Wohnraumentwicklung in Städten sein und bestehende Leitbilder (Innenentwicklung, Lebensqualität, »2000-Watt-Gesellschaft«) ergänzen. Postwachstumsansätze in der Stadtentwicklung wurden bis jetzt selten an klassischen Wohnbauprojekten und Arealüberbauungen analysiert, sondern sind meistens als alternative Ansätze parallel zum Wohnungsmarkt entstanden. Obwohl die Verbindung zu solchen Projekten wichtig ist, braucht es einen mehrheitsfähigen Ansatz, welcher auch von den Bauträgern auf dem klassischen Wohnungsmarkt mitgetragen wird. Der Beitrag zeigt, dass Postwachstum im Wohnen durchaus verallgemeinerbar ist und nicht nur in alternativen Konzepten wie Transition Towns gelebt werden kann.

Genossenschaften spielen eine zentrale Rolle, ihre Organisationsform lässt den Bewohner*innen viel Mitspracherecht und Teilhabe bei der Gestaltung ihres Wohnumfelds. Zudem sind Genossenschaften bekannt dafür, Neues auszuprobieren und alternative Wege zu gehen. Da die gemeinnützigen Bauträger das Land und die Liegenschaften der Spekulation entziehen und die Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete anbieten, sind die Wohnungen für die meisten Bevölkerungsschichten bezahlbar und in der Regel günstiger als auf dem klassischen Wohnungsmarkt. Das Ziel der gemeinnützigen Bauträger ist es, ökologisch und sozial nachhaltigen Wohnraum anzubieten. Oft sind sie auch Pioniere für einen Wandel bestehender Wohnformen. Daher sind Genossenschaften geeignete Partner für postwachstumsorientierte Wohnbauprojekte.

Neben den gemeinnützigen Bauträgern als innovative, postwachstumsorientierte Organisationsformen braucht es auch auf der technischen, infra-

strukturellen und architektonischen Seite Innovationen. Mit einem »Manifest der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner für eine zukunftsfähige Architektur und Ingenieurbaukunst« zeigen Akteure der Stadtentwicklung, dass sie ebenfalls als Pioniere des Wandels agieren und ihre Verantwortung für den Wandel wahrnehmen können (DAI 2009). Akteure der Wohnraumentwicklung haben einerseits eine Verantwortung, dass genügend Wohnungen zu einem angemessenen Preis für alle zur Verfügung stehen. Andererseits müssen die Wohnbauträger sicherstellen, dass die richtigen Wohnungen geplant und gebaut werden, d. h. Wohnungen, welche die Bewohner*innen in ihren verschiedenen Lebensstilen abholen und auf gesellschaftliche Veränderungen eine Antwort haben.

Würde Postwachstum als Leitbild für eine zukunftsorientierte Wohnraumentwicklung erkannt, könnte der »Wettbewerb für gute Bauten« der Stadt Zürich zukünftig ein Wettbewerb für postwachstumsorientiertes Wohnen sein. Die ausgezeichneten Projekte sind bereits postwachstumsorientiert. Eine solche Veränderung der Begrifflichkeiten dieses Wettbewerbs würde dazu führen, dass das Konzept Postwachstum bekannter würde und auch die Ideen dahinter verbreitet werden könnten. Obwohl Postwachstum in breiten Kreisen der Wissenschaft bekannt ist, würde ein Fokus auf einer Planungs- und Praxisebene diesen Bekanntheitsgrad weiter verstärken.

Als Vorzeigeobjekte gelten die prämierten Projekte, welche für die Auswahl der Interviewpartner*innen herangezogen wurden, weil sie bereits viele der Kriterien für postwachstumsorientiertes Wohnen erfüllen. Das Hunziker-Areal zeichnet sich dadurch aus, dass in einem Aussenquartier eine funktionierende Quartierinfrastruktur aufgebaut werden konnte und dass das Areal mehr als nur eine reine Wohnsiedlung ist. Das ganze Hunziker-Areal ist gemeinschaftlich gedacht, mit zahlreichen Gemeinschaftsflächen und Begegnungszonen. Zudem engagieren sich über 40 Quartiergruppen für unterschiedliche Themen in der Nachbarschaft. Des Weiteren spiegeln die Einwohner*innen des Quartiers den Bevölkerungsmix des Kantons Zürich wider. Ebenfalls wurde in der ganzen Überbauung mit unterschiedlichen Wohnformen und architektonischen Massnahmen experimentiert. Im Sinne von Postwachstum braucht das Hunziker-Areal aber mehr Grünräume. Es könnte weniger Boden versiegelt sein, auch wenn das Gewerbe eine Anlieferungszone für Lastwagen braucht. Grünräume würden das Areal weniger stark erhitzen und im Sommer zum Verweilen einladen, da es auch in der Umgebung sehr wenig grüne Flächen gibt.

Bei der Wohnüberbauung Klee in Zürich-Affoltern wurde eine attraktive Wohnsiedlung mit 340 Wohnungen für knapp 1.000 Bewohner*innen am Stadtrand erstellt. Obwohl die soziale Dichte groß ist, ergeben sich durch geschickte architektonische Massnahmen viele Freiräume, welche von den Bewohner*innen genutzt werden können. Indem sich zwei Genossenschaften mit unterschiedlichen Philosophien für dieses Projekt zusammengeschlossen haben, wurden unterschiedliche Menschen angelockt. Mit einer strikteren Umsetzung aller Kriterien von Postwachstum könnte eine bessere Nutzungsmischung im Erdgeschoss erreicht werden. Obwohl Affoltern eher abgelegen ist, würde eine publikumsorientierte Nutzung zusätzlicher Flächen im Erdgeschoss zu einer ganztägigen Belebung des Areals führen.

Die Siedlung Grünmatt zeigt, wie ein Einfamilienhausquartier so umgestaltet werden kann, dass attraktiver Wohnraum für mehr Menschen als vorher geschaffen werden kann. In der Wohnüberbauung leben heute knapp 500 Personen, wo vorher 200 gewohnt haben. Der Neubau spiegelt eine moderne Gartenstadt mit zahlreichen gemeinschaftlich genutzten Aussenflächen und Räumen wider. So konnte der individuelle Flächenverbrauch mit 33 m² pro Person tief gehalten werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das intelligente Heizungskonzept der Familienheim Genossenschaft, welches die Abwärme großer Firmen in der Stadt umwandelt, über drei Erdsondenfelder speichert und fürs Heizen benutzt. Im Sinne von Postwachstum muss versucht werden, einen breiteren Bevölkerungsmix anzustreben. Obwohl das Areal für Familien sehr attraktiv ist und auch viele Familien mit kleinen Kindern anzieht, würde eine höhere Durchmischung die Wohnqualität noch steigern.

In diesem Beitrag wurde Postwachstum als Leitbild für den Wohnraum in der Stadt Zürich angeschaut. Interessant wäre, das Thema auf die Agglomerationsgemeinden zu übertragen, da dort momentan der grösste Flächenverbrauch stattfindet. Zusätzlich könnte untersucht werden, inwiefern in der Stadt die gleichen Kriterien für zukunftsorientierte Wohnbauprojekte relevant sind wie in den Agglomerationsgemeinden. Da das Thema Wohnen für die Stadtentwicklung nicht isoliert betrachtet werden kann, wäre für zukünftige Forschungen auch die Betrachtung der Stadtentwicklung als Ganzes sinnvoll. Dadurch könnten Themen wie Mobilität, Büro- und Gewerbebau integriert werden.

Literatur

»Auszeichnung für gute Bauten« der Stadt Zürich 2011–2015 (2016): Die Publikation zur Auszeichnung stellt die besten Bauten der Jahre 2011–2015 mit Texten, Plänen und Bildern vor. Amt für Städtebau, Hochbaudepartement. Zürich.

Beckmann, K. J.; Gies, J.; Thiemann-Linden, J.; Preuss, T. (2011): Leitkonzept – Stadt und Region der kurzen Wege. Gutachten im Kontext der Biodiversitätsstrategie. Dessau-Rosslau.

Birrer, A.; Glaser, M. (2017): Impulse zur Innovation im Wohnungsbau. Im Fokus Nr. 02, ETH Wohnforum – ETH CASE. Zürich.

DAI – Verband Deutscher Architekten und Ingenieurvereine (2009): Klima-Manifest der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner. www.klima-manifest.de/praeambel.html (23.09.2019).

Emprechtinger, F. (2019): LEAD Innovation Management. Bau 2019: Diese 4 Trends bewegen die Baubranche. https://www.lead-innovation.com/blog/bau-2019-trends-baubranche (17.09.2019).

Häussermann, H.; Siebel, W. (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Göschel, A. (Hg.): Im Brennpunkt: Integration und Stadt. Berlin, 121. = Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK). Heft 1.

Hochbaudepartement Stadt Zürich (2019): »Auszeichnung für gute Bauten« der Stadt Zürich. www.stadt-zuerich.ch/gute-bauten (15.01.2019).

Hugentobler, M.; Wiener, D. (2016): ANANAS – Leitfaden und Checklisten zur nachhaltigen Arealentwicklung für Städte und Gemeinden. Zürich.

Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Aus dem Original (2016): Prosperity without Growth. Foundations for the Economy of Tomorrow. München.

Kretz, S.; Kueng, L. (2016): Urbane Qualitäten. Ein Handbuch am Beispiel der Metropolitanregion Zürich. Zürich.

LaRES – Langfristige Raumentwicklungsstrategie Kanton Zürich (2014): Schlussbericht 2014. Zürich.

Latouche, S. (2009): Farewell to Growth. Cambridge.

Martinovits, A.; Diethelm, E.; Durisch, C.; Kessler, B.; Nigsch, S.; Noger, P. (2015): Leitfaden – Erfolgsfaktoren sozial nachhaltiger Sanierungen und Ersatzneubaten. Stadtentwicklung Zürich. Zürich.

Nelson, A.; Schneider, F. (2019): Housing for Degrowth. Principles, models challenges and opportunities. New York.

Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.

Raumplanungsbericht Kanton ZH (2017): RRB Nr. 630/2018, Vorlage 5470. Bericht des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 27. Juni 2018. Kanton Zürich, Baudirektion, Amt für Raumentwicklung. Zürich.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg.

Schneider, F. (2019): Housing for degrowth narratives. In: Nelson, A. und Schneider, F. (2019): Housing for degrowth. Principles, models, challenges and opportunities. New York, 14–30.

Schulz, C. (2017): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: Nachrichten der ARL 04/2017, 11–14.

Seidl, I.; Zahrnt, A. (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg.

Stengel, O. (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Wuppertaler Schriften zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung, Band 1. München.

Victor, P. A. (2008): Managing without growth. Slower by design, not disaster. Cheltenham, Northampton.

Wohlgemuth, O. (2019): Wohnen im Postwachstum. Ein Leitbild für eine zukunftsorientierte Wohnraumentwicklung in der Stadt Zürich. Unveröffentlichte Masterarbeit. Geographisches Institut, Universität Zürich.

Wüest Partner (2018): Siedlungsentwicklung nach innen in den Städten. Studie im Auftrag des Schweizerischen Städteverbandes. Bern.

Xue, J. (2019): Housing for degrowth. Space, planning and distribution. In: Nelson, A.; Schneider, F. (2019): Housing for Degrowth. Principles, models challenges and opportunities. New York, 185–196.

Zimmerli, J. (2018): Akzeptanz städtischer Dichte: Erwartungen und Prioritäten zum Wohnen in der Stadt Zürich. Vorstellungen von öffentlichem Raum und großen Überbauungen. Raum + Gesellschaft. Zürich.

Makerspaces
Dritte Orte für eine zukunftsfähige (Postwachstums-)Gesellschaft?

Matti Kurzeja, Katja Thiele, Britta Klagge

1. Einleitung

Schon seit einigen Jahren wird vermehrt über die Bedeutung von sogenannten dritten Orten für eine zukunftsfähige Gesellschaft diskutiert. Einen solchen dritten Ort stellen die derzeit viel diskutierten Offenen Werkstätten oder Makerspaces dar (u. a. Lange 2017). Während die theoretische Debatte um die Bedeutung von drittem Raum und dritten Orten bereits auf eine jahrzehntelange Geschichte zurückschauen kann, sind Makerspaces ein eher junges Phänomen. Die Auseinandersetzung mit der Kooperation von Menschen an gemeinschaftlich genutzten Orten ist besonders vor dem Hintergrund interessant, dass sie im Kontext der Postwachstumsdebatte als hoffnungsvolles Symbol für eine dringend notwendige gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit diskutiert werden (u. a. Simons/Petschow/Peuckert 2016; Smith/Light 2017).

Indem Makerspaces das klassische Verhältnis von Produktion und Konsumtion infrage stellen, setzen sie wichtige Impulse auf allen drei Ebenen der nachhaltigen Entwicklung und gelten daher als positive Vision einer neuen industriellen DIY-/DIT-Revolution (Gershenfeld 2005). Ausgehend von den transformativen Potenzialen von dritten Orten argumentieren wir, dass Makerspaces vor allem im Hinblick auf ihre sozialen Funktionen Katalysatoren für mehr Nachhaltigkeit sind, da sie zur Verankerung einer Kultur des Makings und somit zur Umsetzung einer Postwachstumsgesellschaft beitragen (können). Dazu erläutern wir zunächst, was dritte Orte eigentlich sind und welchen Beitrag sie für eine Nachhaltigkeitstransformation leisten. Anschließend wird das spezifische Phänomen von Makerspaces in den Blick

genommen und hinsichtlich der Potenziale als dritte Orte im Kontext von Postwachstum beleuchtet. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick auf mögliche weiterführende Forschungsfragen.

2. Dritte Orte und nachhaltige Entwicklung

Der Begriff des *third space* geht auf die kulturtheoretischen Überlegungen von Homi K. Bhabha (1994) zurück. Er wird vor allem innerhalb postkolonialer Studien bis heute stark rezipiert (Struve 2017: 227) und inzwischen auch in der geographischen Forschung diskutiert. Dieser Beitrag greift die verschiedenen Konzepte von *third space* und *third place* auf, um sie anschließend auf Makerspaces im Kontext von Postwachstum anzuwenden.

2.1 Von »third space« zu »third place« – theoretische Annäherung an den dritten Ort

Third space befasst sich mit dem Zusammenwirken von Kultur, Identität, Raum und Machtverhältnissen. In Anlehnung an postmoderne Definitionen von Raum als die Artikulation gesellschaftlicher Machtverhältnisse (Massey 1994: 120), schlägt Bhabha vor, räumliche Identitäten und Raumbewegungen von Individuen als Ergebnis von Historizität und Hierarchisierungen zu lesen. *Third space* siedelt Bhabha an der Schnittstelle zwischen der Konzeption von Raum *(representation of space)* und dem Raumerleben *(representational space)* an –, dort, wo Veränderung entstehe (Elmborg 2011: 342 ff.). Im Sinne der Transformationskraft kultureller Differenz sei »[t]hird space […] the space of potentially meaningful contact between cultures and people« (Elmborg 2011: 344), also eine Art Raum der Möglichkeiten, die aus dem kulturellem Austausch von Menschen entstünden (Struve 2017: 226). Edward W. Soja ([1996] 2007) verweist zudem auf die Unterscheidung von *thirdspace* zu *firstspace* und *secondspace*. In Abgrenzung zu *firstspace* – verstanden als ›echter‹ Raum, begrenzt durch die gebaute Umwelt – und *secondspace*, dem wahrgenommenen und in Diskursen verhandelten Raum, meint *thirdspace* die Kombination aus beidem (Soja [1996] 2007: 56 f.). So verstanden ist der dritte Raum vor allem durch seine Hybridität und Offenheit charakterisiert (Austen 2014: 49).

Die Konzeptionen von Bhabha *(third space)* und Soja *(thirdspace)* stellen einen raumtheoretischen Zugang mit hohem »Abstraktionsgrad« dar (Stru-

ve 2017: 228) und bieten keine greifbare Analysegrundlage für konkrete Orte und deren Potenziale. Seit den 1990er Jahren haben jedoch zahlreiche Autor*innen diesen Transfer vollzogen und Ansätze vom dritten Raum für alltägliche Orte wie Cafés, Kioske, Nachbarschaftszentren oder Bibliotheken diskutiert (u. a. Elmborg 2011, Peterson 2019). Anknüpfungspunkte für einen solchen Transfer von *thirdspace* im Sinne von *place* leistete als einer der Ersten der Stadtsoziologe Ray Oldenburg (1989), der den dritten Ort *(thirdplace)* als Ort der Öffentlichkeit konzipiert (ebd.: 20 ff.). Die für den Wandel notwendige Öffentlichkeit könne nur an einem Ort entstehen, der sich außerhalb des eigenen Zuhauses *(firstplace)* und dem Ort der Arbeit *(secondplace)* befinde, denn nur an einem solchen Ort, an den niemand persönlich gebunden ist, könne Begegnung zwischen Fremden auf neutralem Boden geschehen. Auch die Anforderungen zur Teilnahme an Interaktionsprozessen müssten niedrigschwellig sein. Der Status von Personen innerhalb der Gesellschaft spiele dadurch keine oder zumindest eine geringere Rolle als an anderen Orten. Voraussetzung zur Begegnung zwischen unterschiedlichen Menschen sei jedoch, dass der Ort offen und frei zugänglich ist (Sleeman 2012: 37). Dazu gehöre, dass die Atmosphäre zwar einladend sei und die Bedürfnisse seiner Nutzer*innen erfülle, aber dennoch einfache Standards angelegt würden (Funktion vor Optik). Neben der Offenheit für neue Teilnehmer*innen wird Kommunikation als entscheidend für das In-Gang-Setzen und Gestalten von Veränderung betrachtet. Die Gestaltung des dritten Ortes müsse daher auf Gemeinschaft fokussieren und kollaboratives Arbeiten ermöglichen. Die Gesprächsatmosphäre dürfe nicht von Spannung geprägt sein, sondern müsse einen spielerischen und konspirativen Charakter haben, der den Individuen ein Gefühl von Wärme und Gruppenzugehörigkeit vermittelt. Dies könne wiederum durch regelmäßige gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen unterstützt werden (ebd.). Bevor dargestellt wird, wie diese Bedingungen in Makerspaces erfüllt sind, wird zunächst diskutiert, inwiefern dritte Orte aus einer Nachhaltigkeitsperspektive relevant sind.

2.2 Dritte Orte und ihre Relevanz für eine Nachhaltigkeitstransition

Spätestens seit den 1970er Jahren sind wachstumskritische Positionen aus der wissenschaftlichen Debatte nicht mehr wegzudenken. Mit Beginn der 2020er Jahre werden diese häufig unter dem Begriff der »Nachhaltigkeit« mitgedacht, der allerdings äußerst diffus verwendet bzw. mit einer Vielzahl

von unterschiedlichen Konzepten verbunden wird (Pufé 2018: 93). In Anlehnung an das Konzept des Nachhaltigkeitsdreiecks (ebd.: 112 f.) gehen wir davon aus, dass die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologische, soziale, ökonomische Dimension) nicht als Säulen nebeneinander stehen, sondern als »gemeinsames Ganzes« (ebd.: 113) integrativ gedacht werden müssen. Diese Perspektive der nachhaltigen Entwicklung lässt sich auch auf dritte Orte anwenden.

Orientiert man sich an den von der UN entwickelten globalen Nachhaltigkeitszielen (»sustainable development goals (SDG)«; UN 2015) und den von Pufé (2018: 116) zusammengefassten Prinzipien von Nachhaltigkeit, so bieten dritte Orte eine ganze Reihe von Ansatzpunkten für eine Nachhaltigkeitstransformation. Als Orte der Begegnung ermöglichen sie das Zusammentreffen und die Vernetzung von Menschen verschiedener Altersgruppen (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit) sowie über die Grenzen von Herkunft, Geschlecht, Religion und sozialem Status hinweg (Prinzip der intragenerationellen Gerechtigkeit) (ebd.). Durch ihre in der Regel auf Dauer angelegte Struktur unterstützen sie die Schaffung inklusiver und widerstandsfähiger sozialer und kultureller Infrastrukturen in Städten (SDG 11) – auch gemäß dem Nachhaltigkeitsprinzip »think global, act local« (Pufé 2018: 116).

> »Durch Öffnung und Vernetzung bzw. Bündelung von kulturellen Angeboten wie auch Angeboten der Bildung und Begegnung […] [sind dritte Orte] Ankerpunkt[e] für kulturelle Vielfalt, […] [und] ein Beitrag der Kultur zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und zur Stärkung von Identität« (MKW NRW 2019).

Langfristig tragen sie damit zur Förderung des psycho-sozialen Wohlergehens (SDG 3) und des lebenslangen Lernens bei (SDG 4) und unterstützen die Transformation von Produktions- und Konsumtionsprozessen weg von der Wachstumsorientierung hin zu einer gemeinwohlorientierten, sozialökologischen Ökonomie (SDG 8).

Damit sind dritte Orte vor allem für die Erreichung von sozialen Nachhaltigkeitszielen relevant, wobei »komplexe […] Wechselwirkungen« mit den anderen Dimensionen bestehen (Bauriedl 2008: 33). Am Beispiel von Makerspaces betrachten wir im Folgenden genauer, wie diese als dritte Orte wirken und einen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Transformation zu (mehr) Nachhaltigkeit leisten (können).

3. Makerspaces als dritte Orte der Postwachstumsgesellschaft

Um zu verstehen, warum Makerspaces als dritte Orte gelten können, werden diese zunächst kurz vorgestellt. Anschließend werden ihre Potenziale als Infrastruktur für eine Nachhaltigkeitstransformation und im Kontext von Postwachstumsdiskursen diskutiert und kritisch beleuchtet.

3.1 Hightech-Werkstätten für jede*n: Entstehung, Organisation und Beispiele

Die in den 1980er und 1990er Jahren geführte Debatte über das prognostizierte »Ende der Massenproduktion« und die zunehmende Flexibilisierung der industriellen Produktion (Piore/Sabel 1985) wurde seit der Jahrtausendwende durch radikal neue digitale und vernetzte Produktionsmöglichkeiten und additive Fertigungstechnologien beflügelt. Vor diesem Hintergrund entwarfen Autor*innen wie Gershenfeld (2005, 2012) und Anderson (2012) die positive Vision einer neuen industriellen DIY-/DIT-Revolution (DIY = Do-it-yourself, DIT = Do-it-together), in der das Spannungsfeld aus Produktion und Konsumtion durch die Kooperation von Menschen an gemeinschaftlich genutzten Produktionsstandorten neu verhandelt wird.

In der internationalen Literatur unter anderem als *Community-based Fabrication Workshops* (Hielscher/Smith 2014) diskutiert, wird der Begriff *Makerspace* im deutschsprachigen Raum für die Bezeichnung offener Werkstätten mit digitaler Infrastruktur verwendet, die sich »[…] der gemeinschaftlichen (digitalen) Produktion in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten« (Simons/Petschow/Peuckert 2016: 29) widmen. Er bildet damit einen Überbegriff für unterschiedliche Ausprägungen solcher Werkstätten (Smith 2017: 6), die Werkzeuge[1] und Technologien[2] nutzbar machen, die ursprünglich der industriellen Fertigung vorbehalten waren (Gershenfeld 2012: 44). Makerspaces sind ein globales Phänomen, und ihre Zahl wächst: Während sie 2006 noch bei einigen Dutzend lag, stieg sie bis 2016 auf fast 1400 (Browder/Aldrich/Bradley 2019: 461). Alleine in Deutschland sind es mittlerweile über 200 Makerspaces, die sich über das ganze Land verteilen und vor allem in größeren Städten befinden (Abb. 1).

---

1 Open-Source-Soft- und -Hardware, computergestützte Produktionsmöglichkeiten etc.

2 beispielsweise das von Konstruktionsdaten ausgehende Herstellen von Bauteilen

Abb. 1: Karte der Makerspaces in Deutschland[3]



Quelle: Eigene Darstellung (Datenrecherche: Matti Kurzeja; Grafik: Irene Johannsen)

3 Die in der Karte dargestellten Makerspaces wurden aus Onlineverzeichnissen entnommen, ergänzt durch eine Desktoprecherche. Der Auswahl wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: 1) öffentliche Zugänglichkeit, 2) Werkstatt mit computergestützter Produktionsinfrastruktur, 3) permanente örtliche Einrichtung.

Die Ursprünge der heutigen sogenannten *Maker-Bewegung* (Anderson 2012; Hatch 2013) gehen auf die Hacker-Community gegen Ende des 20. Jahrhunderts zurück, die in sogenannten Hackerspaces gemeinsam an Software und Hardware arbeitete (Cavalcanti 2013a). Auch das 2001 von Neil Gershenfeld am MIT initiierte Konzept von Fab Labs (Fabrication Laboratories) hatte wesentlichen Einfluss auf die Makerbewegung und dient vielen Makerspaces als Bezugspunkt (Gershenfeld 2005). Andere Makerspaces bezeichnen sich, in Anlehnung an die Hacker-Bewegung, als Hackerspaces, was im Gegensatz zu Fab Labs kein feststehender Begriff ist. Nicht zuletzt das seit 2005 veröffentlichte Magazin »Make« sowie die »maker faires« als Festivals, auf denen Maker ihre Projekte und Kreationen präsentieren, gelten Makerspaces als Katalysatoren für das weltweite Entstehen von Orten, die sich der gemeinschaftlichen digitalen Produktion in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten widmen (Burke 2014: 11). Die Maker-Bewegung unterscheidet sich von vorherigen Offene-Werkstatt-Bewegungen sowie von früheren DIY-Bewegungen und Eigenarbeitsinitiativen vor allem in zwei Punkten: Zum einen ermöglichen die verfügbaren Technologien und Open-Hardware-Konzeptionen den Teilnehmer*innen, selbst neue Technologien zu entwickeln. Zum anderen erlauben Social-Media-Plattformen intensive Formen der Zusammenarbeit auch über große Entfernungen hinweg, basierend auf der digitalen Kollaboration (Smith 2017: 7).

Unter den Betreiber*innen sind neben Vereinen, oftmals aus lokalen (Graswurzel-)Initiativen hervorgegangen (Beispiel in Box 1), auch Forschungseinrichtungen, Universitäten, Schulen, öffentliche Bibliotheken (Beispiel in Box 2) und sogar Unternehmen. Entsprechend variabel ist die Ausrichtung und Ausstattung der Werkstätten: von Lernräumen über Orte der selbstermächtigten DIY-Produktion bis hin zu staatlich geförderten »Innovationslaboren«, von ehrenamtlicher und basisdemokratischer Organisation bis hin zu klassischen unternehmerischen Hierarchien. Die Finanzierung von Makerspaces beruht oft auf Mitgliedsbeiträgen, aber auch Spenden, öffentliche Förderungen, Sponsoring oder Einnahmen aus Veranstaltungen spielen eine Rolle (Cavalcanti 2013b). Trotz unterschiedlicher Organisationsformen erfüllen Makerspaces die Anforderungen an dritte Orte, insbesondere durch den niedrigschwelligen Zugang zu (digitalem) Produktionsequipment und aufgrund der besonderen Bedeutung und Umsetzung von Gemeinschaft, wie auch die folgenden zwei Fallbeispiele am Standort Köln illustrieren.

»DingFabrik« Köln

Die 2010 in Köln gegründete »DingFabrik« beschreibt sich als »Kombination von offener Werkstatt, Hackerspace und FabLab«. Sie ist als gemeinnütziger Verein organisiert und wird von ca. 120 Vereinsmitgliedern betrieben (Stand Mitte 2019). Dem DIY-Prinzip unterliegen hier sowohl die Angebote wie Workshops oder Informationsveranstaltungen als auch die basisdemokratische Organisation mit einem regelmäßigen Plenum, in dem alle wichtigen Entscheidungen diskutiert werden. Der Betrieb sowie die Räumlichkeiten werden größtenteils durch Mitgliedsbeiträge finanziert. In den Räumlichkeiten finden sich neben einem Materiallager Bereiche zur Holz- und Metallverarbeitung, für Siebdruck, zum Nähen und zur Fahrradreparatur, aber auch Arbeitsplätze zur Arbeit mit Hard- und Software sowie computergestützte Maker-Tools wie Laser-Cutter, 3-D-Drucker und CNC-Fräse. Es gibt Kurse zum Erlernen des Umgangs mit spezifischen Werkzeugen, Vorträge, Arbeitsgruppen sowie Projekte, die explizit einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen thematisieren und entsprechende Unterstützung als »Hilfe zur Selbsthilfe« anbieten (z. B. Repaircafés). Zum »Reinschnuppern« bietet sich der wöchentliche Bastelnachmittag an. Was in der »DingFabrik« passiert, ist letztlich genauso vielfältig wie die verwendeten Rohstoffe und Produktionswerkzeuge: vom Fahrräder reparieren über Möbel oder Musikinstrumente bauen bis zur Entwicklung und zum Bau komplexer technischer Geräte wie CNC-Fräsen oder Lasercuttern. Die »DingFabrik« steht damit für einen zivilgesellschaftlich initiierten und betriebenen Makerspace.

Weitere Informationen unter: https://dingfabrik.de/

Makerspace der Stadtteilbibliothek Köln-Kalk

Die von der Stadt Köln betriebene Stadtteilbibliothek Kalk wurde 2018 umfassend saniert und hat seitdem einen Making-Room, finanziert durch Fördermittel für Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf. Gestaltet wurde die Bibliothek mit dem Anspruch, einen nichtkommer-

ziellen Ort des kulturellen Miteinanders, Experimentierens, Ausprobierens und Mitmachens zu schaffen, woran neben den Architekt*innen und dem Bibliotheksteam auch Kalker Bürger*innen aktiv beteiligt waren. Basierend auf dem Konzept der »Open Library« können die Räumlichkeiten im Rahmen der Öffnungszeiten des Bezirksrathauses auch ohne Personal genutzt werden. Die Besucher*innen weisen sich am »Entry Panel« mit ihrer Bibliothekskarte aus und können sich den Ort selbstständig aneignen. Neben der eigentlichen Bibliothek mit Aufenthaltsbereichen zum Verweilen und einem umfassenden Medienangebot gibt es im Erdgeschoss den Makerspace. Außer einem 3-D-Drucker finden sich dort Lernroboter, Laptops, Tablets, Lötgeräte und entsprechende Selbsthilfeliteratur. Wöchentlich werden die Geräte und ihre Techniken Interessierten in Workshops vorgestellt. Neben Kursen zum Erlernen des Umgangs mit 3-D-Druckern gibt es Kurse zum Programmieren und Stromkreisbauen, zur Robotersteuerung und zu Einplatinenrechnern. Auch können im Rahmen der »Kalks Maker – Offene Stunde« eigene Kurse angeboten werden. Der in die Stadtteilbibliothek integrierte Makerspace illustriert, dass sich auch staatliche Akteur*innen, v. a. öffentliche Bibliotheken und Museen, der DIY-Bewegung und dem Konzept der dritten Orte öffnen, um sich den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen durch die Digitalisierung anzupassen (Rasmussen 2016: 547, Braybrooke 2018: 41).

Weitere Informationen unter: https://www.stadt-koeln.de/artikel/04943/index.html

3.2 Makerspaces als Infrastruktur der Transformation?

Im Kontext von Nachhaltigkeits- und Postwachstumsdebatten sind Makerspaces spannend, weil sich darin alternative und potenziell transformative Wirtschaftspraktiken räumlich manifestieren. Auch wenn sie gesamtgesellschaftlich eher ein Nischendasein führen, lassen sich damit Wege zu einer nachhaltigen Postwachstumsökonomie aufzeigen (u. a. Lange 2017: 40). Smith (2017) stellt hierzu die These auf, dass die Aktivitäten in Makerspaces Partizipation, Offenheit und Gemeinschaft erleichtern und transformative Soziale Innovationen hervorbringen können. Verstanden als dritte Orte sind

Makerspaces gewissermaßen die technische und soziale Infrastruktur einer sozialökologischen Nachhaltigkeitstransformation. Indem sie eine Kultur des Reparierens und Upcyclings (beispielsweise in Repaircafés) fördern sowie eine digitale, dezentrale Produktion ermöglichen, können sie neben ihren im Folgenden genauer dargestellten sozialen Potenzialen auch einen Beitrag zu einem verringerten Ressourcenverbrauch bzw. CO_2-Ausstoß durch verlängerte Lebenszyklen von Produkten, Upcycling oder geschlossene Stoffkreisläufe leisten (Smith/Light 2017:164).

3.3 Offener Zugang zu Ressourcen als Grundlage für Begegnung und Interaktion

Für das Entstehen von dritten Orten als Orten der gesellschaftlichen Partizipation bedarf es niedrigschwelliger Anforderungen zur Teilnahme an den dort stattfindenden Interaktionsprozessen. Wenngleich sich die praktische Umsetzung in den Makerspaces unterscheidet,[4] werden Makerspaces über diesen »offenen Zugang für die breite Öffentlichkeit« (Simons/Petschow/Peuckert 2016: 29) als »community-oriented spaces« (Smith/Hielscher/Dickel et al. 2013: 4) definiert. Neben dem Zugang zu materiellen Ressourcen (Werkzeuge etc.) gehört dazu auch der Zugang zu ideellen Ressourcen (v. a. Wissen). Angesichts der steigenden Bedeutung des Zugangs zu Technik und deren Nutzung für gesellschaftliche Partizipation (Ringwald/Schneider/Cagan 2019) leisten Makerspaces Basisarbeit in einer sich rasant verändernden Techniklandschaft. Die Möglichkeiten der Partizipation sind dabei vielfältig und reichen von der Teilnahme an Workshops bis hin zur Mitgliedschaft und dem eigenen Gestalten von Angeboten. Wie das Beispiel der »DingFabrik« in Köln deutlich macht, werden Makerspaces in vielen Fällen durch ihre Nutzer*innen eingerichtet und betrieben. In Makerspaces in öffentlichen Einrichtungen (wie der Stadtteilbibliothek Köln-Kalk) wird dies stärker gesteuert, wenngleich Nutzer*innen auch hier immer häufiger an der Gestaltung von Räumlichkeiten und Angeboten beteiligt werden (Rasmussen 2016: 547).

4 Je nachdem, in welchem Setting sich der Makerspace befindet, gibt es in den meisten Makerspaces Zeiträume für selektiv öffentliche Prozesse (z. B. für Mitglieder, Studierende, Schüler*innen etc.), die den Zugang zeitweise beschränken.

Der Zugang zu Ressourcen umfasst häufig auch kollektive Formen von Eigentum. Aufgrund des gemeinschaftlichen Organisationsprinzips der Produktion diskutieren einige Autor*innen Makerspaces als eine Variante der »Commons-based Peer Production« (Kostakis/Niaros/Giotitsas 2015). Es existieren zwar Beispiele von Makerspaces mit einer kommerziellen, hierarchischen Organisationsform (z. B. der UnternehmerTUM MakerSpace GmbH bei München), und auch in nichtkommerziellen Konzeptionen vereinsbasierter Makerspaces stößt der Prozess der Vergemeinschaftung an Grenzen (beispielsweise bei Verbrauchsmaterialien; Seravalli 2014). Gleichzeitig ermöglichen es die auf Open-Source-Soft- und -Hardware beruhenden Produktionspraktiken jedoch, viele Ausschlüsse zu umgehen, die klassischen Eigentumskonzeptionen innewohnen. Zudem wird der überwiegende Anteil von Makerspaces in Deutschland von Vereinen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts betrieben und ist nicht unmittelbar gewinnorientiert.

3.4 Lebenslanges Lernen durch und mit Gemeinschaft

Makerspaces bieten ihren Nutzer*innen den ›neutralen‹ Boden für die Umsetzung eigener und kollaborativer Projekte innerhalb einer Gemeinschaft. Dass Gemeinschaft hierbei ein entscheidender Faktor ist, zeigen auch Befragungen: Neben der Produktion von Objekten und Software-Hacking wurden soziale Aspekte sowie das Lernen als zentrale Motive der Beteiligten identifiziert (z. B. Moilanen 2012). Kollaboration, gegenseitiges Lehren und Lernen nach dem Prinzip ›Learning by Making‹ sowie das fertige Produkt stehen dabei in ständiger Wechselwirkung miteinander. Makerspaces im Allgemeinen, nicht nur die sich in öffentlichen Bibliotheken befindlichen Makerspaces, werden so zu Orten der nonformalen Bildung und verweisen auf den starken Zusammenhang von sozialem Kapital und lebenslangem Lernen (Ferguson 2012: 26). Wie sich die konkrete Kultur der Gemeinschaft ausgestaltet, ist vielfältig; wesentliche Prinzipien lassen sich anhand einiger Überschriften des »Maker Movement Manifest« von Hatch (2013) skizzieren: »make«, »share«, »give«, »learn«, »tool up«, »play«, »participate«, »support« und »change«.

Ein besonders wichtiger Aspekt der Gemeinschaft in Makerspaces ist ihr spielerischer und konspirative Charakter: »Play, fun, and interest are at the heart of making« (Martin 2015: 35). Die Bewegung ist durch eine positive

Kultur des Scheiterns geprägt, die das Experimentieren und Ausprobieren als Lernimpuls versteht, um am Ende Fähigkeiten zu erlernen und Ziele zu erreichen (ebd.). Als nonformale Bildungsorte bieten Makerspaces ihren Nutzer*innen eine Struktur für selbstermächtigte, freiwillige und informelle Lernprozesse in Kontexten der Erwachsenenbildung (Schön/Ebner/Grandl 2019). Sie bieten darüber hinaus auch Potenziale für die Nutzung in formalen Bildungsorten wie Schulen und Universitäten (Barrett/Pizzico/Levy et al. 2015; Martin 2015). In jedem Fall werden Nutzer*innen in und durch Makerspaces zu Prosument*innen, können Wissen erwerben und teilen sowie dezentral Nachhaltigkeitsinnovationen entwickeln und ausprobieren – und liefern damit Ideen und Ansätze für eine Postwachstumsgesellschaft.

3.5 Kritische Reflexion der Postwachstumspotenziale von Makerspaces

Der Begriff des »Makerspaces« ist mittlerweile, ähnlich wie der des »dritten Ortes«, fast zur inflationär genutzten Bezeichnung für einen diffusen Möglichkeitsraum geworden. Peterson (2019: 35) argumentiert jedoch, dass es wichtig ist, Begegnungen an solchen Orten nicht von ihren historischen, politischen und geographischen Kontexten zu abstrahieren. Sie existieren gerade nicht außerhalb gesellschaftlicher Macht, sondern in ihnen materialisieren sich Machtverhältnisse und wirken ihrerseits zurück auf die beteiligten Individuen (Berlant 2016: 395). Am konkreten Beispiel bleibt deshalb zu prüfen, inwiefern Makerspaces in der Praxis die an sie adressierten Ansprüche erfüllen können und welche Ausschlüsse durch sie (re)produziert werden.

Hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen betonen beispielsweise Hielscher und Smith (2014: 44), dass positive ökologische Bewertungen von »grassroot digital fabrication« spekulativ seien, da die entsprechenden Wirkungen davon abhängig seien, was mit welchen Materialien produziert wird. Vielmehr müssten eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, damit die dezentrale und individualisierte Produktion in Makerspaces als ökologisch nachhaltig bezeichnet werden kann (Petschow/Ferdinand/Dickel et al. 2014, Olson 2013). Auch der in Postwachstumsansätzen geforderte radikale Bruch mit der kapitalistischen Wachstumslogik (Schmid 2019: 3) ist in Makerspaces unterschiedlich stark verankert bzw. ausgeprägt. Tatsächlich bestehen zwischen Makerspaces und Prozessen kapitalistischer Verwertung vielfältige

und zunehmende Wechselbeziehungen (Morozov 2014). So wurde beispielsweise beim RepRap-Projekt aus der Idee eines frei zugänglichen und einfach nachzubauenden 3-D-Druckers ein kommerzielles und äußerst profitables Produkt (Söderberg 2013). Das Beispiel verweist auf die Problematik, dass unternehmerische, aber auch politische Akteur*innen (beispielsweise staatliche Institutionen in China und den USA) Making als Möglichkeit zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Innovationen unterstützen (Morozov 2014). An dieser Stelle treffen kommerzielle Verwertungs- und Wachstumslogik und das Selbstbild vieler Makerspaces als gemeinschaftsökonomische Freiräume zum Selbermachen und als Alternative zur Konsum- und Wegwerfgesellschaft konkurrierend aufeinander. Auch der selbstgesteckte Anspruch, dass Makerspaces Orte des niedrigschwelligen Zugangs sind, ist kritisch zu betrachten. Da die Kosten für Maschinen, Räumlichkeiten, Versicherungen etc. bisweilen beträchtlich sein können (Cavalcanti 2013b), zahlen Mitglieder der »DingFabrik« beispielsweise einen monatlichen Mindestbeitrag von 23 Euro (bzw. 17 Euro für einkommensschwache Gruppen). Zwar zeugen freiwillige oder gestaffelte (Solidar-)Beiträge in vielen Makerspaces von dem Bemühen um Inklusivität und möglichst breite soziale Teilhabe; in der Praxis dürften sich Menschen mit geringen Einkommen davon jedoch gar nicht erst angesprochen fühlen. Nicht zuletzt läuft in einigen Fällen eine Kommerzialisierung von Makerspaces jener inklusiven Logik bereits grundsätzlich entgegen (Hielscher/Smith 2014: 49).

Dass die Nutzer*innen von Makerspaces gesellschaftlich zudem nicht repräsentativ, sondern überdurchschnittlich häufig weiß, männlich und gut ausgebildet sind (Make 2012), verdeutlicht, dass Anspruch und Wirklichkeit oft weit auseinanderklaffen. Einige Initiativen versuchen, dieser Problematik entgegenzuwirken, indem sie sich auf traditionell unterrepräsentierte Gruppen fokussieren. So bieten spezielle Makerspaces gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, wie beispielsweise People of Colour (»Liberating Ourselves Locally« in Oakland) oder Menschen mit Behinderung (»Selfmade« in Dortmund), in einem geschützten Rahmen Anschluss an die Kultur des Makings. Diese sowie explizit feministische Makerspaces (z. B. das »Mz* Baltazar's Lab« in Wien) folgen jedoch nicht dem Konzept eines offen zugänglichen dritten Ortes, sondern vielmehr dem Konzept des sogenannten *safe space*, »in which boundaries offer both safety and a platform for political resistance« (Toupin 2014: 7).

4. Fazit und Ausblick

Dass Makerspaces als dritte Orte Impulse für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne des Postwachstums geben können, muss vor dem Hintergrund ihrer zunehmenden kapitalistischen Verwertung kritisch betrachtet werden. Weder Nachhaltigkeit noch gleichberechtigte Teilhabe, Empowerment oder eine Demokratisierung der Produktion wohnt Makerspaces zwangsläufig inne. Dennoch lässt sich festhalten, dass sie als gemeinschaftlich genutzte, partizipative Orte Menschen miteinander und mit Technik zusammenbringen und dadurch in vielfältiger Hinsicht Ansatzpunkte für Postwachstumsdiskurse bieten, die sich in allen drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung (ökologisch, sozial, ökonomisch) manifestieren. Besonders auf der sozialen Ebene fördern sie kollektive Lernprozesse, sind wichtige Begegnungs- und Lernorte, in denen digitale Teilhabe erlebt und erlernt werden kann, und können damit zur Erreichung sozialer Nachhaltigkeitsziele beitragen. Makerspaces sind somit Ausgangspunkt und Resultat von Transformationsprozessen sowie Katalysatoren und Möglichkeitsräume für die Erprobung und Weiterentwicklung transformativer Praktiken.

Allerdings sind Makerspaces in existierende gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet und produzieren ihrerseits Ausschlüsse. Durch das wachsende Interesse unternehmerischer Akteur*innen besteht zudem die Gefahr der kommerziellen Vereinnahmung, die ihre Transformationskraft schmälert. Gleichzeitig wird das Konzept der Makerspaces als dritten Orten auch immer häufiger von kommunalen Akteur*innen der Stadt(-entwicklung) als Ansatz aufgegriffen. Aus geographischer Perspektive besonders spannend zu beobachten ist hierbei, inwiefern durch solche Orte hierarchische Verwaltungsstile herausgefordert werden (können) (Braybrooke 2018: 43) und wie durch die ihnen innewohnenden partizipativen Strukturen und Prozesse neue Governance-Stile und -Formen, z. B. in der Stadtentwicklung, entwickelt und umgesetzt werden (können).

Literatur

Anderson, C. (2012): Makers: the New Industrial Revolution. New York: Crown Business.

Austen, M. (2014): Dritte Räume als Gesellschaftsmodell. Eine epistemologische Untersuchung des Thirdspace. Studien aus dem Münchener Institut für Ethnologie 8. München.

Bauriedl, S, (2008): Die »Nachhaltige Stadt«: Ein Patchwork unterschiedlicher Nachhaltigkeitsdimensionen. In: Bauriedl, S.; Schindler, D.; Winkler, M. (Hg.): Stadtzukünfte denken. Nachhaltigkeit in europäischen Stadtregionen, München: oekom: 28–54.

Barrett, T.; Pizzico, M.; Levy, B.; Nagel, R. L.; Linsey, J. S.; Talley, K. G.; Forest, C. R.; Newstetter, W. C. (2015): A review of university maker spaces. Georgia Institute of Technology.

Berlant, L. (2016): The commons: Infrastructures for troubling times. In: Environment and Planning D: Society and Space 34(3): 393–419.

Bhabha, H. K. (1994): The location of culture. London/New York: Routledge.

Braybrooke, K. (2018): Hacking the Museum? Practices and Power Geometries at Collections Makerspaces in London. In: Journal of Peer Production 12(2): 40–59.

Browder, R. E.; Aldrich, H. E.; Bradley, S. W. (2019): The emergence of the maker movement: Implications for entrepreneurship research. In: Journal of Business Venturing 34 (3), S. 459–476.

Burke, J. J. (2014): Makerspaces: a practical guide for librarians (Vol. 8). Lanham, MD: Rowman & Littlefield.

Cavalcanti, G. (2013a): Is it a Hackerspace, Makerspace, TechShop, or FabLab. Makezine. https://makezine.com/2013/05/22/the-difference-between-hackerspaces-makerspaces-techshops-and-fablabs/ (03.12.2019).

Cavalcanti, G. (2013b): Making makerspaces: creating a business model. Makezine. https://makezine.com/2013/06/04/making-makerspaces-creating-a-business-model/ (03.12.2019).

Elmborg, J. (2011): Libraries As the Spaces Between Us: Recognizing and Valuing the Third Space. In: Reference & User Services Quarterly 50(4): 338–350.

Ferguson, S. (2012): Are public libraries developers of social capital? A review of their contribution and attempts to demonstrate it. In: The Australian Library Journal 61(1): 22–33.

Gershenfeld, N. A. (2005): Fab: the Coming Revolution on Your Desktop – from Personal Computers to Personal Fabrication. New York: Basic Books.

Gershenfeld, N. A. (2012): How to make almost anything: The digital fabrication revolution. In: Foreign Affairs 91(6): 43–57.

Hatch, M. (2013): The maker movement manifesto: Rules for innovation in the new world of crafters, hackers, and tinkerers. New York: McGraw Hill.

Hielscher, S.; Smith, A. (2014): Community-based digital fabrication workshops: A review of the research literature. Working Paper Series SWPS 2014–08. Brighton: University of Sussex. http://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/49214/1/2014-08_SWPS_Hielscher_Smith.pdf (03.12.2019).

Kostakis, V.; Niaros, V.; Giotitsas, C. (2015): Production and governance in hackerspaces: A manifestation of Commons-based peer production in the physical realm? In: International Journal of Cultural Studies 18(5): 555–573.

Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 61(1): 38–55.

Make (2012): Maker Market Survey: An In-depth Profile of Makers at the Forefront of Hardware Innovation. http://cdn.makezine.com/make/bootstrap/img/etc/Maker-Market-Study.pdf (04.12.2019).

Martin, L. (2015). The Promise of the Maker Movement for Education. In: Journal of Pre-College Engineering Education Research (J-PEER) 5(1): 30–39.

Massey, D. (1994): Space, Place and Gender. Cambridge: Polity Press.

MKW NRW (Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen) (2019): Dritte Orte. https://www.mkw.nrw/kultur/arbeitsfelder/dritte-orte (20.11.2019).

Moilanen J. (2012): Emerging Hackerspaces – Peer-Production Generation. In: Hammouda, I.; Lundell, B.; Mikkonen, T.; Scacchi, W. (Eds.): Open Source Systems: Long-Term Sustainability. OSS 2012. IFIP Advances in Information and Communication Technology 378. Berlin/Heidelberg: Springer: 94–111.

Morozov, E. (2014): A critic at large: making it. In: The New Yorker. https://www.newyorker.com/magazine/2014/01/13/making-it-2 (04.12.2019).

Oldenburg, R. (1989): The Great Good Place. Cafés, Coffee Shops, Bookstores, Bars, Hair Salons, and other Hangouts at the Heart Community. New York: Paragon House.

Olson, R. (2013): 3-D printing: A boon or a bane? In: The Environmental Forum. https://stg-wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/20186/OLSON_FORUM_NOVDEC_20131.pdf?sequence=1&isAllowed=y (28.11.2019).

Peterson, M. (2019): Meeting spaces: Everyday spaces of multicultural encounter. Doktorarbeit an der University of Glasgow. http://theses.gla.ac.uk/41179/7/2019PetersonPhD.pdf (20.11.2019).

Petschow, U.; Ferdinand, J.-P.; Dickel, S.; Flämig, H.; Steinfeldt, M.; Worobei, A. (2014): Dezentrale Produktion, 3D-Druck und Nachhaltigkeit – Trajektorien und Potenziale innovativer Wertschöpfungsmuster zwischen Maker-Bewegung und Industrie 4.0. Schriftenreihe des IÖW 206/14. Berlin.

Piore, M. J.; Sabel, C. F. (1985): Das Ende der Massenproduktion: Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Berlin: Wagenbach.

Pufé, I. (2018): Nachhaltigkeit. Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Rasmussen, C. H. (2016): The participatory public library: the Nordic experience. In: New Library World 117(9/10): 546–556.

Ringwald, R.; Schneider, T.; Cagan, T.-P. (2019): Smart Cities gestalten. Daseinsvorsorge und digitale Teilhabe sichern. Veröffentlichung des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bonn.

Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. In: Geography Compass 13(11): 59.

Schön, S.; Ebner, M.; Grandl, M. (2019): Makerspaces als Kreativ-und Lernräume. Werkstätten mit digitalen Werkzeugen aus Perspektive der Erwachsenenbildung. In: Magazin Erwachsenenbildung.at 13(35–36): 2–12.

Seravalli, A. (2014): While waiting for the third industrial revolution: Attempts at commoning production. In: Ehn, P.; Nilsson, E.; Topgaard, R. (Eds.): Making Futures: Marginal Notes on Innovation, Design, and Democracy. Cambridge, MA: MIT Press: 99–116.

Simons, A.; Petschow, U.; Peuckert, J. (2016): Offene Werkstätten – nachhaltig innovativ? Schriftenreihe des IÖW 212/16. Berlin

Sleeman, M. (2012): There's No Home Like Place? In: Myers, P. (Ed.): Going Home: Essays, Articles, and Stories in Honour of the Andersons. London: Oak Hill College: 33–40.

Smith, A.; Hielscher, S.; Dickel, S.; Soderberg, J.; van Oost, E. (2013): Grassroots digital fabrication and makerspaces: Reconfiguring, relocating and recalibrating innovation?. University of Sussex, SPRU Working Paper SWPS, 2.

Smith, A. (2017): Social innovation, democracy and makerspaces. University of Sussex. SPRU Working Paper SWPS 10.

Smith, A.; Light, A. (2017): Cultivating sustainable developments with makerspaces. In: Liinc em revista 13(1): 162–174.

Soja, E. W. ([1996] 2007): Thirdspace: Journeys to Loss Angeles and other Real-and-imagined Places. Cambridge/Oxford, Blackwell.

Söderberg, J. (2013): Automating amateurs in the 3D printing community: Connecting the dots between ›deskilling‹ and ›user-friendliness‹. In: Work Organisation, Labour and Globalisation 7(1): 124–139.

Struve, K. (2017): Third Space. In: Göttsche, D.; Dunker, A.; Dürbeck, G. (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur. Stuttgart: Springer: 226–228.

Toupin, S. (2014): Feminist hackerspaces: The synthesis of feminist and hacker cultures. In: Journal of Peer Production 5: 1-11.

UN (United Nations) (2015): Transforming our world: The 2030 Agenda for sustainable development. https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf (05.12.2019).

Performing gaps
Vom Verhältnis zwischen Alternativen Ökonomien und städtischer Planung in Dortmund

Le-Lina Kettner, Samuel Mössner

1. Einleitung: Alternative Ökonomien in Stadtplanungsprozessen

Im Angesicht drängender globaler Krisen wird von Wissenschaft und Praxis gleichermaßen die Notwendigkeit einer »progressive[n], emanzipatorische[n], sozial-ökologische[n] Transformation« (Acosta/Brand 2018: 17) gefordert. Zentrale Akteure des Transformationsprozesses sind sog. Alternative Initiativen, die mit ihren Ansätzen darauf abzielen, lokale Ressourcen und regionale Wirtschaftskreisläufe vor dem Hintergrund einer Kritik am traditionellen Wachstumsparadigma zu etablieren. Alternative Initiativen verorten sich nicht selten in städtischen Räumen, da hier die Konzentration an Austausch und Diversität hoch und dynamisch ist, sodass besondere Gelegenheitsräume für die Entstehung und Erprobung alternativer ökonomischer Ansätze (Krueger/Schulz/Gibbs 2017) entstehen. Diese Räume sind auch häufig umkämpft (Kipp 2018: 212) und Orte der politischen Aushandlung, da mit der Praxis der transformativen Innovation und des alternativen Handelns zugleich ein Hinterfragen und Kritisieren hegemonialer Setzungen und patriarchaler Machtverhältnisse einhergeht, die sich mit dem traditionellen Wirtschaftsverständnis verbinden.

Im Zentrum der Kritik steht ein überwiegend an quantifizierbaren Messgrößen orientiertes Verständnis von Erfolg und Wachstum. Zahlreiche Initiativen und soziale Bewegungen versuchen daher, diesen traditionellen Wirtschaftsformen *andere* Ansätze entgegenzustellen, die alternative und nichtquantifizierbare Faktoren zur Wertüberprüfung verfolgen. Hierzu zählen solidarisches Handeln, zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, Suffizienz sowie all jene Ansätze, die sich an gesellschaftlichem Wohlbe-

finden, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit orientieren. In der Literatur besonders prominent diskutierte Ansätze sind die der »transition town movements« (Hopkins 2008) sowie die neu belebte Debatte um die Urban Commons (Helferich 2012; Nikolaeva/Adey/Cresswell et al. 2018), Gemeinwohlökonomien und genossenschaftliche Ansätze. Diesen Ansätzen ist gemein, dass sie eine Kritik an herkömmlichen Konsummustern, Produktionsweisen, Top-down-Organisationsformen und marktwirtschaftlichem Konkurrenzverhalten äußern (Schmelzer 2018; Schmid 2018; Müller 2018; Lange 2017). Als Antriebskraft für eine Transformation der Gesellschaft wird ihnen daher vonseiten der Wissenschaft und Praxis eine wesentliche Rolle zugeschrieben.

Zwar kann Widerständigkeit durchaus auch außerhalb gesellschaftlicher Strukturen als Protest funktionieren. Für die gesellschaftliche Transformation aber – so die Prämisse des vorliegenden Beitrags – sind nicht nur widerständige Aktivitäten außerhalb gesellschaftlicher Normen und Felder von großer Wichtigkeit. Für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung Alternativer Ansätze und Initiativen bedarf es nämlich in letzter Konsequenz die Schnittstelle zum gesellschaftlichen Mainstream. Für Alternative Initiativen ist dies vor allem die Kooperation mit kommunalen Verwaltungen, Planungen und Politik. Alternative Initiativen sind häufig auf Räume und Flächen in der Stadt angewiesen, die ihnen von der Stadtplanung (auch temporär) zur Verfügung gestellt werden. Stadtverwaltung und -politik ermöglichen diese Nischenräume, schützen diese (wenngleich oft auch nur temporär) vor dem Marktzugriff und stellen idealerweise die notwendige Infrastruktur bereit.

Gleichzeitig decken sich viele Ansatzpunkte der oben skizzierten heterogenen Postwachstumsinitiativen mit dem originären Aufgabenfeld der Stadtplanung: Jenseits eines neoliberalen »public management« (Peck/Theodore/Brenner 2013; Fuller/Geddes 2008) gilt die Stadtplanung nämlich immer noch als Wächterin städtischer Prozesse (Klaer 2008: 203) und ist mit der Aufgabe betraut, gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten zu schaffen und im Rahmen der politischen Vorgaben zu steuern. Dabei sollte sie sich an der Zielsetzung orientieren, gute Lebensverhältnisse für alle Gesellschaftsteile herzustellen (Wiezorek 2017: 53).

Anders als es die eher klassische neoliberale Kritik impliziert, stehen Stadtplanungsapparate Alternativen Ansätzen also weniger ablehnend gegenüber. Im Rahmen des eingeübten und routinierten Verwaltungshandelns kommt es aber häufig zu einer (wohlwollenden) Marginalisierung der Initiativen,

die einem kooperativen Verhältnis und gleichberechtigten Miteinander von Alternative und Stadtplanung hinderlich im Wege steht. Während in der Literatur die Entstehung von Alternativen Ökonomien, subkulturellen Initiativen und wachstumskritischen Innovationen in lokalen Räumen und deren Diffusion über unterschiedliche räumliche Ebenen hinweg durchaus erforscht sind (Gibson-Graham 2008; Roelvink 2011; Fuller/Jonas 2003; Schulz/Affolderbach 2015), erfährt der Nexus zwischen Alternativen Initiativen und administrativen Stellen der Stadtverwaltung und -planung eine bisher eher überschaubare Behandlung in der Wissenschaft.

Da die Erforschung des Potenzials des Miteinanders von Initiativen einerseits und Stadtplanung andererseits für eine Postwachstumstransformation immer noch als Desiderat der Wissenschaft gilt, wurde für die dem Beitrag zugrunde liegende empirische Studie ein Zugang gewählt, der versucht, aus dem empirischen Feld heraus theoretische und abstrakte Zugänge und Erklärungsansätze zu identifizieren (Strauss/Glaser 1967). Am Beispiel der Stadt Dortmund wurde empirisch untersucht, welche Anforderungen und Bedarfe für Unterstützung aufseiten der Initiativen im Hinblick auf eine bessere städtische Integration jenseits neoliberaler Vereinnahmung bestehen. Dafür wurden leitfadengestützte Interviews mit Vertreter*innen unterschiedlicher Initiativen und der Stadtverwaltung geführt sowie teilnehmende Beobachtungen im Zeitraum von Februar bis Mai 2019 durchgeführt.

Schnell offenbarten sich signifikante Lücken in der Interaktion und Kooperation zwischen Stadtplanung und Initiativen, die wir in Abschnitt 2 kurz skizzieren werden. Eine mögliche Erklärung für eine solche Lücke wird in Abschnitt 3 unter Rückgriff auf die gesellschaftstheoretischen Zugänge nach Judith Butler (1991; 1995) gegeben. Wir argumentieren hier auf konzeptioneller Ebene, dass die Lücke zwischen von außen hegemonial gesetzter Definition dessen, was Alternative Initiativen zu sein haben, und der selbst performativ ausgelebten Position durch die Initiativen ursächlich für eine gelebte Sprachlosigkeit und bestehende Missverständnisse von und zwischen Alternativen Initiativen und der Stadtplanung ist. Wir möchten damit auch darauf hinweisen, dass der Ansatz von Judith Butler zur Performativität und zu Subjektivierungsprozessen, der sich ursprünglich auf die soziale Konstruktion von Geschlechtsidentitäten bezieht, durchaus für die Erforschung eines ökonomischen Dualismus (Mainstream – Alternative) anwendbar ist und hier speziell Erklärungspotenzial für die geringe Wirksamkeit Alternativer Initiativen in städtischen Kontext liefern kann.

2. Die Marginalisierung von Alternativen Ökonomien in der Stadtplanung

Die wachsende Anzahl von Alternativen Ansätzen in den Bereichen Versorgung, Konsum bzw. Suffizienz und Mobilität deutet nicht nur auf das große Potenzial für die Stadtentwicklung und -planung, sondern auch auf eine steigende Raumrelevanz dieser Aktivitäten hin. Trotz einer Vielzahl von Impulsen für eine nachhaltige, demokratische und partizipative Stadtplanung (Elsen/Reifer/Oberleiter et al. 2015; Klaer 2008) werden postwachstumsorientierte Initiativen und Ansätze in stadtplanerischen Prozessen bislang jedoch weitgehend marginalisiert.

Während auf städtischer Ebene die Einbindung von postwachstumsorientierten Initiativen zwar theoretisch gefordert, aber praktisch nicht vorhanden ist, wird ihnen auf Ebene der Landespolitiken Nordrhein-Westfalens etwa eine deutlich größere Aufmerksamkeit zuteil (WIKUE). Auch die Verbraucherzentralen oder andere Organisationen, die sich mit der Vernetzung von sog. »Möglichkeitsräumen« (Kerekes 2015) auseinandersetzen, verweisen auf die Bedeutung dieser Initiativen und deren Beitrag für die Transformation der Gesellschaft. Eine ähnliche Haltung wird auch vonseiten der Planungswissenschaft eingenommen.

Von (stadt-)politischer Seite werden zwar hin und wieder einzelne Potenziale erkannt, Wege der Ausschöpfung dieser Potenziale jedoch kaum benannt. Entsprechend existieren in zahlreichen Städten – und eben auch in der Stadt Dortmund – zwar starke Netzwerke zwischen den einzelnen Initiativen, aus fraglichen Gründen halten sich diese aber gegenüber einer Einbindung von Stadtplanung und -verwaltung eher zurück.

Dabei hat sich etwa in Dortmund durch den Strukturwandel, als Folge der Stahlkrise ab den ca. 1970er Jahren, schon früh eine breite Landschaft an Alternativen Initiativen und Ansätzen etablieren können. So weist die Stadt Dortmund eine vergleichsweise hohe Anzahl von immer noch ungenutzten Industriebrachen auf, zugleich erfolgte in den vergangenen Jahren eine starke Fokussierung auf den kulturellen und kreativen Wirtschaftsbereich und dessen Förderung. Die Stadt Dortmund ist damit von einer Politik geprägt, die ein kreatives wirtschaftliches Milieu getreu neoliberaler Maxime (Florida 2005) in besonderer Weise fördert. Hier wird zum einen ein kreativer Umgang mit Industriebrache verfolgt, zum anderen vor allem in den Nischenökonomien und kreativen Initiativen Innovationskraft für eine erfolg-

reiche Bewältigung der Folgen der Deindustrialisierung gesehen (Wascher/Hebel/Schrot et al. 2018: 4). Flankiert wird diese Politik vom Universitätsstandort und der Einbettung in die »Raumstrategien Ruhr 2035+«, die u. a. auf die Ansiedlung und den Erhalt von Unternehmen abzielt (Wagner, Hegmanns 2017: 91 ff.).

Im Schatten dieser klassisch neoliberalen Wirtschaftspolitik hat sich aber auch eine kreative Szene entwickelt, aus der heraus sich viele auf alternative ökonomische Ansätze bauende Initiativen entwickeln konnten. Diese profitieren nicht nur von der Verfügbarkeit altindustrieller Brachen und vergleichsweise günstiger Wohn- und Gewerbeflächen, sondern auch von der politischen Förderung der kreativen und kleinteiligen Innovationskraft, einem kreativen Milieu im Umfeld der Hochschulen und Universität sowie von einer überregionalen Planungsstrategie, die diese Ansätze unterstützt. Die dennoch bestehenden Hindernisse für die Ausbildung von Alternativen Initiativen könnten durch kooperative Ansätze seitens der Stadtverwaltung und -planung – so wenigstens die gängige Meinung der unterschiedlichen Akteure – durchaus überwunden werden.

Derartige Formen der Kooperation finden sich in der Praxis Dortmunds aber äußerst selten: In den Interviews mit Vertreter*innen Alternativer Initiativen wurde immer wieder auf die fehlende Flexibilität und Offenheit sowie auf mangelndes Vertrauen bzw. Wohlwollen seitens der Stadtplanung verwiesen und mehr Mut für die Unterstützung auch jener Ansätze gewünscht, die aus Sicht der Stadt keinen nennenswerten Beitrag zum traditionellen Wirtschaftswachstum leisten. In diesem Zusammenhang wird auf eine bessere Unterstützung und die Entwicklung wachstumsunabhängiger Kriterien für Stadtplanung verwiesen (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019).

Eine zentrale Rolle spielt vor allem die Problematik der Auslegung und Anwendung (gesetzlicher) Regeln, Satzungen oder Verordnungen, die – so die Meinung der Initiativen – doch unter Einhaltung des bestehenden Ermessensspielraums manchmal kreativer ausgelegt werden könnten. Denn für alternativ handelnde Initiativen sind aufgrund ihres geringen Institutionalisierungsgrads gesetzliche Verordnungen und Regeln manchmal besonders schwierig zu erfüllen oder einzuhalten. Aus ihrer Sicht ist daher vor allem das Selbstverständnis der Stadtverwaltung als ›Hüterin der Gesetze und Verordnungen‹ und die damit einhergehende Vorstellung der Verwaltungshandelnden, dass »alle [Regeln] aus gutem Grund erlassen sind« (Interview 6 2019), nicht förderlich für eine flexible Unterstützung ihrer

Anliegen und Projekte. Vor allem jene Initiativen, die sich in den Grenzbereichen oder außerhalb der Regelkonformität bewegen, bedarf es an kleinteiligen, behutsamen und situationsbezogenen Bemühungen seitens der Stadtplanung, diese in formale Strukturen zu überführen. Hierfür müssten die Aktivitäten der Initiativen jedoch zunächst überhaupt mit Wert belegt werden. Überdies sind neuartige oder andersartige Ideen oftmals gar keinen Verordnungen klar zuzuordnen, was dann ebenso zu Unverständnis und späterer Ablehnung führen kann. Neben dem Festhalten an einem wenig flexiblen Regelwerk wurde von den Initiativen auch die Beharrungskraft und Berührungsangst der Stadtplanung gegenüber Innovationen und Änderungen kritisiert und in diesem Zusammenhang gewünscht »[…] dass dann nicht Pläne von vor dreißig Jahren ausgegraben werden, sondern dass man wirklich auf die aktuelle Situation guckt und wirklich den echten Bedarf ermittelt« (Interview 2 2019). Viele Initiativen schreckt zudem die schnelle und direkte Ablehnung ihrer Ideen ab, und der Wunsch nach einem Mehr an Dialog über die Ablehnungsgründe wurde gefordert, um gemeinsam identifizieren zu können, in welcher Form die Ideen für einzelne Projekte vielleicht doch noch anders umzusetzen wären (Interview 1, 2, 5 2019). Zuletzt wurde auf das Missverhältnis zwischen bürokratischen Aufwänden und Abläufen und den von den Vertreter*innen der Initiativen verfolgten zeitlichen und räumlichen Routinen und Rhythmen verwiesen. Hier handelt es sich um ein klassisches und in der Literatur gut belegtes Problem der Zusammenarbeit zwischen Alternativen Initiativen und städtischer Verwaltung (Cramer 2013; Selle/Wachten 2011; Selle 1997).

Auch vonseiten privatwirtschaftlicher Planungsbüros (Interview 6 2019) wird der Eindruck der fehlenden Flexibilität gegenüber der Ausübung eines individuellen Ermessensspielraums gestützt. Auch hier wird die Notwendigkeit bekräftigt, experimentelles Ausprobieren als Teil der Planung zuzulassen und die »Dinge auch immer erst mal so ein bisschen laufen zu lassen« (ebd.). Dies gelinge jedoch nur unter kooperativen Bedingungen und indem auch Konflikte nicht gescheut würden.

Diese und andere Aussagen stehen in augenscheinlichem Widerspruch zum Selbstbekenntnis und der Selbstwahrnehmung der Stadtplanung in der Stadtverwaltung. Diese stellt heraus, mithilfe von informellen Planungsinstrumenten besonders agil und flexibel auf unterschiedliche Ansprüche und Nutzungsarten zu reagieren. Zudem wird vonseiten der Stadtverwaltung betont, dass städtische Planungsprozesse ausgesprochen »bürgernah« (Stadt

Dortmund o. J.) seien. Interviews mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung machten zudem deutlich, dass die Suche nach individuellen Lösungen und vor allem von Kompromissen ein durchaus großes Anliegen der Planung sei. Hier wurde besonders auf das bestehende Entgegenkommen gegenüber Alternativen Initiativen unter großzügiger Ausnutzung des bestehenden Abwägungsspielraums verwiesen (Interview 5 2019): »Das sind Kollegen, mit denen kann man überlegen, wie kann man sowas hinkriegen und wie kann man das machen. Und da geht sehr viel«. Dabei zeigte die Stadtverwaltung durchaus auch Offenheit gegenüber jenen Projekten, deren Ausgang ungewiss oder durchaus riskant erschien (ebd.) und verweist in diesem Zusammenhang explizit darauf, dass die Förderung nicht vom Erfolg oder von der Zielvereinbarung abhänge. Zwar gestaltet sich Förderung besonders jener Projekte als schwierig, denen bereits zu Beginn von den Vertreter*innen der Planung ein Scheitern vorausgesagt wird, doch hierfür werden plausible Gründe ins Feld geführt: »Warum soll ich ein Projekt fördern, von dem ich von vornherein vermute, dass es scheitern wird? […] Also im Grunde fördere ich nur den Lernprozess. Wie viel Euro ist ein Lernprozess wert im Vergleich zu einem Projekt, wo man absehen kann, dass es funktionieren wird?« (ebd.).

Zusammenfassend zeigen die empirischen Einblicke, dass Alternative Initiativen und Projekte in Dortmund zwar grundsätzlich möglich sind, sich aber vor allem an *etablierten* Vorstellungsmustern, Werten und Verständnissen von Sinn und Erfolg der Stadtplanung orientieren müssen. Neben der Orientierung an traditionellen Vorstellungen deuten die empirischen Ergebnisse aber auch auf gegenseitige Missverständnisse und auf ein daraus resultierendes Ausbleiben der Unterstützung hin. Dabei sind es nicht nur durchaus existierende Beharrungskräfte innerhalb der Stadtverwaltung, die das gegenseitige Unverständnis verursachen. Die seitens der Stadtverwaltung vielfach erbrachte Flexibilität wird von den Initiativen oftmals auch nicht wahrgenommen. Das Verhältnis von Stadtverwaltung und Alternativen Initiativen ist von unterschiedlichen Auffassungen, gegensätzlichen Erwartungen und konfligierenden Vorstellungen geprägt, die zu einer allgemeinen gegenseitigen Sprachlosigkeit führen.

Der obige Auszug aus den empirischen Zugängen verdeutlicht bereits, dass Gegenentwürfe zu etablierten, konservativen und traditionellen Strukturen und Werten von der Stadtverwaltung nicht immer nur als Kritik verstanden werden, sondern durchaus auch als Freiräume und innovative Experimente, denen das dominierende System der Stadtplanung Anerken-

nung zollt. Das Verhältnis von Stadtverwaltung – als Repräsentanz des dominierenden hegemonialen Systems – und Alternativen Initiativen, die sich selbst als Gegenentwurf zu bestehenden kapitalistischen Routinen verstehen, ist von Machtasymmetrien geprägt (Healy 2009), infolge derer den in ökonomischen und planerischen Nischen koexistierenden Initiativen die Wirkmächtigkeit abgesprochen wird, einen berechtigten Gegenentwurf zu kapitalistischen Wirtschaftsformen darzustellen. Auch bei wohlwollender Förderung und Unterstützung werden sie im Grunde als trivial und unfähig bewertet, mit dem Kapitalismus in einen *tatsächlichen* Wettbewerb zu treten (North 2007: 22). Sie stellen vielleicht interessante und vielversprechende Exoten dar, sind aber innerhalb des bestehenden Systems degradiert und marginalisiert.

Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass diese Marginalisierung, wie oben bereits angedeutet, nicht als einseitiger Ausschluss oder simple Unterdrückung erfolgt, sondern dass sich ein komplexes Miteinander zwischen Dominanz (Stadtverwaltung) und Alternative (Initiativen) ausrichtet, in welchem die marginalisierte Alternative als »konstruiertes Gegenüber« (Hillebrand/Zademach 2013: 11) zum untrennbaren Teil der Identität des Ganzen erwächst. Die Marginalisierung ist damit Teil eines komplexen und gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Hegemonie und Marginalisiertem. Mit Healy (2009) gesprochen sind marginalisierte Initiativen untrennbar mit der Anerkennung der Dominanz verknüpft. Er bezeichnet diese Wechselbeziehung als Binarität (ebd.: 6).

Während diese Perspektive auf die Marginalisierung auf der einen Seite hilfreich für die weitere Betrachtung der Schnittstelle von Stadtplanung und Alternativer Ökonomien ist, birgt sie auf der anderen Seite die Gefahr, die Ambivalenz der Alternative innerhalb des hegemonialen Systems zu missverstehen: Denn während Alternative Initiativen zwar nur innerhalb des dominanten Systems existieren können (Linnemann 2017: 8 f.), versuchen sie weiterhin, dieses zu unterlaufen und bestehende Machtverhältnisse zu reformulieren (Müller 2018: 218 f.). Es wäre also fatal, Alternative Initiativen als integrierten Bestandteil des dominanten Systems abzutun und deren Marginalisierung damit billigend in Kauf zu nehmen.

Im weiterführenden Abschnitt 3 möchten wir daher einen theorieorientierten Blick auf die Schnittstelle von Dominanz und Alternative werfen und ausgehend von der Marginalisierung Alternativer Initiativen das komplexe Miteinander näher beleuchten. Ziel ist es, die oben skizzierte wechselseiti-

ge Sprachlosigkeit, die zur Unterfütterung von Dominante und Alternative beiträgt, konzeptionell zu fassen und so zu verstehen, wodurch ein kooperatives Miteinander von Initiativen und Stadtplanung letztlich erschwert wird. Unser Fokus richtet sich daher darauf, *was* und *wie* sich die jeweiligen Positionen von Alternativen Initiativen und Stadtverwaltung konstituieren. Dafür greifen wir auf Judith Butlers Performativitätsverständnis zurück, da dieses einen konzeptionellen Zugang aufzeigt, mit dessen Hilfe es möglich wird, das bestehende Unverständnis der Beteiligten durch das Aufzeigen sog. performativer Lücken *(gaps)* erklärbar und greifbar zu machen.

3. ›Performing gaps‹: zur Differenz von Performativität und Selbstwahrnehmung Alternativer Initiativen in der Stadtplanung

Die US-amerikanische Philosophin Judith Butler hat mit ihren sozialwissenschaftlichen Arbeiten einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, individuelle Unterschiede und gesellschaftliche Differenzen als Ergebnis eines sozialen Konstruktionsprozesses zu verstehen. Im Kern von Butlers Thesen steht die Überlegung, dass bestehende Machtverhältnisse durch ritualisierte Sprechakte gespeist werden, die wiederum spezifischen Konstruktionsleistungen entspringen. Solche Konstruktionen sind das Ergebnis von hegemonialen Zuschreibungen, Praktiken, Werten und Vorstellungen in der Gesellschaft, die durch die Performativität der sozialen Umwelt stabilisiert werden (Healy 2009: 4). Unter Performativität *(performativity)* versteht Butler das Ergebnis spezifischer kultureller Konstitutionsleistungen (Fischer-Lichte 2013: 41). Diese manifestieren sich für Butler beispielsweise in der gesellschaftlichen Aufrechterhaltung von binären Geschlechteridentitäten oder für Healy in der Dominanz des Neoliberalismus (Butler 1991; Healy 2009). Alles, was außerhalb dieser Setzungen existiert, erscheint (u. a.) als ökonomisch anfällig, temporär oder etwa als wissenschaftlich oder gesellschaftlich irrelevant und wird marginalisiert (Callon 1998; Healy 2009: 4).

Die diskursive Konstitution von Andersartigkeit und Unterschiedlichkeit und die daraus resultierende Marginalisierung erfolgt dabei nicht immer und ausschließlich über Sprache und Sprechakte (Austin 1962), sondern drückt sich auch über symbolisches Handeln aus (Fischer-Lichte 2013: 41 ff.). Die im vorangegangenen Abschnitt 2 beschriebene ›Sprachlosigkeit‹, mit der Stadtplanung und Alternative Initiativen aufeinandertreffen, und die

gegenseitige Unfähigkeit, Potenziale des jeweils anderen zu erkennen, kann als Differenz zwischen von außen zugeschriebener und selbst wahrgenommener Positionierung verstanden werden. Wir möchten hier theoretisch-konzeptionell argumentieren, dass dies die zu überwindende Lücke zwischen Alternativen Initiativen und Stadtplanung darstellt – sie ist Resultat unterschiedlicher Performativitäten, also unterschiedlicher Konstruktionen des *eigenen* im Verhältnis zu einem *anderen*.

Die gesellschaftliche Marginalisierung von Alternativen Initiativen erfolgt vor allem über die Abgrenzung zu traditionellen und kapitalistischen Strukturen. Ihre Marginalität wird über die Passungenauigkeit gegenüber etablierten und institutionalisierten Regeln und Vorstellungen einer an Wachstum orientierten Planung erkennbar. Diese Positionierung von Alternativen Initiativen erfolgt dabei aber nicht nur durch von außen zugeschriebene Setzungen – etwa vonseiten der Stadtverwaltung, der Planung oder traditioneller Wirtschaftsunternehmungen. Auch die Initiativen selbst verstehen ihre eigene Passungenauigkeit, Differenz und Marginalisierung zum Mainstream als Kern der eigenen Identität (s. Abschnitt 2). Mit starken Symboliken und in Sprechakten, die sich auf ihre marginalisierte Position beziehen, artikulieren sie sich als *andersartige* und etwa *nachhaltigere* ökonomische Alternativen: Begriffe wie Solidarität, Kooperation, Marktunabhängigkeit, Nachhaltigkeit und Naturschutz und jene, von denen sie sich bewusst und deutlich abgrenzen – Wachstum, Markt und Konkurrenz, Ressourcenausbeutung –, werden zu machtvollen Attributen, mit denen die Alternativen Initiativen ihre eigene Unterordnung reproduzieren.

Indem die Initiativen die Grenzen des Diskurses also bestärken, werden diese durch ihre Selbstzuschreibung eher verfestigt als geschwächt, womit die Initiativen ihre eigentliche Intention aber eigentlich unterwandern. Ihre Existenz wird durch die eigene Reproduktion des Diskurses ermöglicht und zugleich begrenzt: Von außen wird bestimmt, was Alternative Initiativen zu sein haben und wie sie sich zu gestalten haben, welche Positionen sie kritisieren sollen und gegen welche Institutionen und Formen der Wirtschaft sie sich zu richten haben. Paradoxerweise beschränkt sich damit ihre Handlungsfähigkeit auf genau jenen Bereich, in dem sie unter den diskursiven hegemonialen Bedingungen auch von außen sichtbar sind (Butler 1991). Alternative Initiativen werden nur solange wahrgenommen, wie sie als utopische, wenig wirksame Aktivitäten auftreten, die nicht in die gegebenen Strukturen und Routinen passen, Regeln missachten und sich erdreisten, auch noch

Kritik zu üben. Außerhalb dieser Grenzen sind sie für die Stadtplanung irrelevant.

Hier verdeutlicht sich die performative Lücke *(gap)* zwischen von außen an sie herangetragenen Erwartungen und ihrer eigenen Selbstpositionierung. Ihr Potenzial als Akteur*innen der Stadtentwicklung ist dort gegeben, wo sie die Erwartungen des Systems erfüllen: als Urban-Gardening-Projekte, welche die Innenstadt gestalterisch, partizipativ und öffentlichkeitswirksam aufwerten; als Offene Fahrradwerkstätten, die einen netten Beitrag zur sozialen Integration in Quartieren leisten; oder als Aktivist*innen, die einen altindustriellen Raum für kreative und künstlerische Projekte in Selbstorganisation und für die Verwaltung kostengünstig herrichten. Hier decken sie sich mit gängigen Vorstellungen von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement, das in ihrem Fall mit dem exotisch Unkonventionellen angereichert wird. Außerhalb dieser Wahrnehmung als eben exotische Alternative werden Initiativen oftmals nicht wahrgenommen: etwa als Innovationsträger*innen einer ganzheitlichen und nachhaltiger(er)en Lebensmittelversorgung der Städte, die auch Aspekte der formellen Planung adressieren. Oder als Träger*innen der Mobilitätswende, die auch in aktuelle und in die Zukunft gerichtete Verkehrsplanungen integriert werden müssten. Oder als Beleg dafür, dass bestehende Regelwerke und Gesetze (etwa das BauGB) längst überaltert und unpassend geworden sind.

Während diese Grenze des Diskurses zunächst von Alternativen Initiativen akzeptiert und durch die Selbstpositionierung als ›Alternative‹ auch unterfüttert wird, sehen sie selbst ihre Kraft vor allem im Verschieben dieser Grenze nach außen, indem sie als seriöse Partner*innen der Planung integriert werden möchten, die einen kohärenten und wichtigen Beitrag für deren Veränderung vorlegen können. Für die Erklärung der performativen Lücke drängt sich ein Rückgriff auf einen Vergleich mit den berühmten Geschichten Till Eulenspiegels auf: Solange der Hofschalk die Narrenkappe aufgesetzt hatte und die Gefolgschaft zum Lachen brachte, wurde er auch dann akzeptiert, als seine Geschichten und Possen seriöse Kritik am herrschenden System äußerten. Als Berater des Hofes aber, für den er sich selbst vielleicht hielt, wurde er nie akzeptiert.

Diese Perspektive bietet eine Erklärungsmöglichkeit für das gehemmte Interagieren und die eingangs skizzierte Sprachlosigkeit zwischen Initiativen und Stadtplanung: Offenbar ist die gesellschaftliche Definition von Alternativen Ökonomien nämlich sehr viel enger als das Selbstverständnis und

die Selbstwahrnehmung der Initiativen selbst. Da die Stadtplanung (als das dominierende System) ausschließlich den vorherrschenden Diskurs über Alternative Ökonomien annimmt, begrenzt sich der stadtplanerische Handlungsrahmen eben auch auf den gesellschaftlich anerkannten Raum bzw. Diskurs. Dass die Identitätsbildung der Initiativen in Teilen von den Kategorien des gesellschaftlich hegemonialen Diskurses über Alternative Ökonomien abweicht, wird hier nicht gesehen. In der konstruierten Nische ihrer eigenen Marginalisierung können Alternative Initiativen handeln und walten. Treten sie aus der Marginalisierung heraus und positionieren sich selbst als etwas, das über die von außen zugeschriebenen Erwartungen hinausgeht, werden sie nicht mehr wahrgenommen. Substanzielle und grundlegende Veränderungen anzuregen, ist so für Alternative Initiativen nicht möglich. Zentrale Erkenntnis ist, dass diese performative Lücke unter Rückgriff auf hegemoniale Diskurse von außen (etwa von der Stadtverwaltung und der Planung) konstruiert wird, sich aber auch durch die Selbstzuschreibung als Alternative und Marginalisierte durch die Initiativen selbst konstituiert. Die Lücke *(gap)* zwischen äußerer Definition und innerer Performativität stellt damit den Raum ihres eigenen Scheiterns dar. Ihre Handlungsfähigkeit steigt, je mehr sie den hegemonialen Diskurs über Alternativen mit ihrer Selbstdefinition bestätigen.

4. Fazit

So scheint das derzeitige Planungsverständnis vor einem Dilemma zu stehen: Einerseits decken sich die Absichten der Stadtplanung, zu einer Verbesserung städtischer Lebensqualität beizutragen, durchaus mit den Handlungsmotiven der Initiativen. Andererseits agiert die Stadtplanung unter einem Wachstumsdrang, unter dem eine seriöse Interaktion mit Initiativen, die nicht gewinnorientiert und außerhalb des bestehenden Regelwerks handeln, wenig sinnvoll erscheint.

Die Ergebnisse unseres Beitrags deuten aber darauf hin, dass das Kräfteverhältnis zwischen Alternativen Ökonomien und städtischer Planung nicht nur strukturelle, gesetzliche oder formelle Einschränkungen erfährt, sondern die Zusammenarbeit vielmehr von gegenseitigen sprachlichen Widersprüchen und kontextuellen Faktoren geprägt ist. Bestehende Wahrneh-

mungsdifferenzen darüber, was Stadtplanung und Alternativen leisten sollen, prägt das geringe Interesse an einer gegenseitigen Interaktion.

Auf der Seite der Initiativen erschweren zudem von außen bedingte Hürden ihr Bestehen. Ihre Bereitschaft, mit der Stadtplanung zusammenzuarbeiten, ist insgesamt und besonders aufgrund der Vermeidung von Abhängigkeiten begrenzt. Dabei zeigen sich besonders die Strukturen des dominanten Wirtschaftssystems als ausschlaggebend für die Interaktionsbedingungen.

Judith Butler erkennt das Scheitern performativer Akte als Potenzial für Veränderungen und die Entstehung subversiver Räume (Wucherpfennig/Strüver 2015: 111). Politische diskursive Strategien können Möglichkeitsräume des Variierens schaffen und eine breitere gesellschaftliche Definition von »Alternative«, aber auch von »Stadtplanung« fördern. Butler spricht hier von interventionistischen Praktiken, die lokales Widersprechen ermöglichen (ebd.: 115). Somit lassen performative Umdeutungen Freiraum für Veränderungen entstehen, indem entstehende Verwirrungen zu neuen Denkleistungen führen. Diese müssten sich darin ergeben, dass nicht nur diverser über Ökonomien gedacht wird, sondern ebenfalls über ein vielfältigeres Verständnis von Stadtplanung diskutiert wird. Die Debatte um die Postwachstumsplanung bietet dafür Anknüpfungsmöglichkeiten, wie etwa die Neuinterpretation von Instrumenten, kreativere und mutigere Prozesse sowie radikales Umdenken hinsichtlich der Grundsätze von Stadtplanung (Grotefels/Mössner 2018: 6). Die Alternativen sind dabei Teil und Ausdruck von Dynamiken, die neue Spielregeln leben und gesellschaftliche Wirkung entfalten können. Daher sollte ihr Potenzial, auch diskursive Effekte zu generieren, nicht unterschätzt und auf einen marginalisierten Raum konzentriert werden.

Literatur

Acosta, A.; Brand, U. (2018): Radikale Alternativen: Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München.

Austin, J. L. (1962): How to Say Things with Words. Cambridge.

Butler, J. (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Berlin.

Butler, J. (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin.

Callon (1998): The laws of the markets. Oxford.

Cramer, J. (2013): Architektur: Stadtplanung und Städtebau. In: Wieg, H. A.; Heyl, C. (Hg.): Stadt: Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart, 1–45.

Elsen, S.; Reifer, G.; Oberleiter, E.; Wild, W. (2015): Die Kunst des Wandels: Ansätze für die ökosoziale Transformation. München.

Florida, R. L (2005): Cities and the Creative Class. Routledge.

Fuller, C.; Geddes, M. (2008): Urban Governance Under Neoliberalism: New Labour and the Restructuring of State-Space. In: Antipode 40 (2), 252–282. DOI: doi:10.1111/j.1467–8330.2008.00591.x.

Fuller, D.; Jonas, A. E. G. (2003). Alternative financial spaces. In Alternative economic spaces, 55–73.

Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: Performative practices for ›other worlds‹. In: Progress in Human Geography, 32 (5), 613–632.

Glaser, B.; Strauss, A. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. Mill Valley, CA.

Healy, S. (2009): Alternative Economies. In: Kitchin, R.; Thrift, N.: The International Encyclopedia of Human Geography. Amsterdam, 338–344.

Hillebrand, S.; Zademach, H.-M. (2013): Alternative Economies and Spaces: Indroductory Remarks. In: Zademach H.-M.; Hillebrand, S. (Hg.): Alternative Economies and Spaces. Bielefeld.

Helferich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (2012): Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld.

Hopkins, R. (2008): The Transition Handbook. Cambridge.

Kerekes, T. (2015): Möglichkeitsräume – Der urbane Raum als Keimzelle des Wandels. Leipzig.

Kipp, M. (2018): Commons. In: Belinda, B.; Naumann, M.; Strüver, A. (Hg.): Handbuch Kritische Stadtforschung. 3. Auflage (2018). Münster, 212–217.

Klaer, E. (2008): Partnerschaften zwischen Städten/Regionen und der Solidarischen Ökonomie. In: Giegold, S.; Embshoff, D. (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg.

Krueger, R.; Schulz, C.; Gibbs, D. C. (2017): Institutionalizing alternative economic spaces? An interpretivist perspective on diverse economies. In: Progress in Human Geography 42 (4), 569–589. DOI: 10.1177/0309132517694530.

Lamker, C.; Schulze Dieckhoff, V. (2018): Mit oder gegen den Strom? Postwachstumsplanung in der Fishbowl. In: Planung neu denken online (2), 1–7. www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/1_2019/lamker-etal.pdf (05.11.2019).

Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: Kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 61 (1), 38–55.

Linnemann, K. (2017): Die Gouvernementalität widerständiger Alltagspraktiken: eine konzeptionelle Annäherung an Postwachstum, Subjektivierung und alltägliches Gegen-Führen. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 62 (3–4), 1–14.

Müller, C. (2018): Alternatives Wirtschaften. In: Belina, B.; Naumann, M.; Strüver, A. (Hg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie (3. erw. Auflage). Münster, 217–223.

Nikolaeva, A.; Adey, P.; Cresswell, T.; Lee, J. Y.; Nóvoa, A.; Temenos, C. (2018): Commoning mobility: Towards a new politics of mobility transitions. In: Trans Inst Br Geogr, 44 (2), 346–360. Doi: 10.1111/tran.12287

North, P. (2007): Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements. Minneapolis.

Peck, J.; Theodore, N. M.; Brenner, N. (2013): Neoliberal Urbanism Redux? International Journal of Urban and Regional Research 37 (3), 1091–1099. DOI:10.1111/1468–2427.12066.

Roelvink, G.; St. Martin, K.; Gibson-Graham, J. K. (2015): Making other worlds possible: Performing diverse economies. Minneapolis.

Schmelzer, M. (2018): Degrowth und Postwachstum. In: PERIPHERIE 2–2018, 336–339.

Schmid, B. (2018): Repair's diverse transformative geographies – lessons from a maker community in Stuttgart. In: Theory and Politics in Organization 19 (2), 229–251.

Schulz, C.; Affolderbach, J. (2015): Grünes Wachstum und alternative Wirtschaftsformen. In: Geographische Rundschau 65 (5), 4–9.

Selle, K. (1997): Kooperationen im intermediären Bereich – Planung zwischen »Commodifizierung« und »zivilgesellschaftlicher Transformation«. In: Schmahls, K . M.; Heinelt, H. (Hg.): Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale. Opladen. 2–58.

Selle, K.; Wachten, K. (2011): Instrumente der Stadtplanung. Ein Überblick über die Möglichkeiten kommunaler Akteure an der Stadtentwicklung mitzuwirken. In: Selle, K.; Wachten, K.; Berding, U.; Schmitt, G. (Hg.): Was ist Stadtentwicklung? Lehrbausteine Stadt, Landschaft, Planung. Baustein Instrumente. 1–12.

Stadt Dortmund (o. J): Stadtentwicklung. https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/planen_bauen_wohnen/stadtplanungs_und_bauordnungsamt/stadtplanung/stadtentwicklung/index.html (11.11.2019).

Wagner, A.; Hegmanns, T.; Knudsen, M. (2017): Flächen bedarfsgerecht entwickeln – Raumbezüge der Wirtschaft. In: Polivka, J.; Reicher, C.; Zöpel, C. (Hg.): Raumstrategien Ruhr 2035+: Konzepte zur Entwicklung der Agglomeration Ruhr. Dortmund.

Wascher, E.; Hebel, F.; Schrot, K.; Schultze, J. (2018): Labore sozialer Innovation. Ausgangspunkt für sozial innovative Initiativen. kosi-lab. Dortmund.

Wiezorek, E. (2017): Mythos Kooperation. Über kooperatives Handeln in der Stadtentwicklung. In: Besecke, A.; Meier, J.; Pätzold, R.; Thomaier, S. (Hg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Berlin, 53–55.

WIKUE – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie gGmbH (2017): Analyse von Ansätzen der Alternativen Ökonomie: Nachhaltigkeitswirkungen und Handlungsbedarf für die Landespolitik NRW – Explorative Analyse. Wuppertal.

Wucherpfennig, C.; Strüver, A. (2014): »Es ist ja nur ein Spiel.« – Zur Performativität geschlechtlich codierter Körper, Identitäten und Räume. In: Geographische Zeitschrift Bd. 102, Heft 3, 175–189.

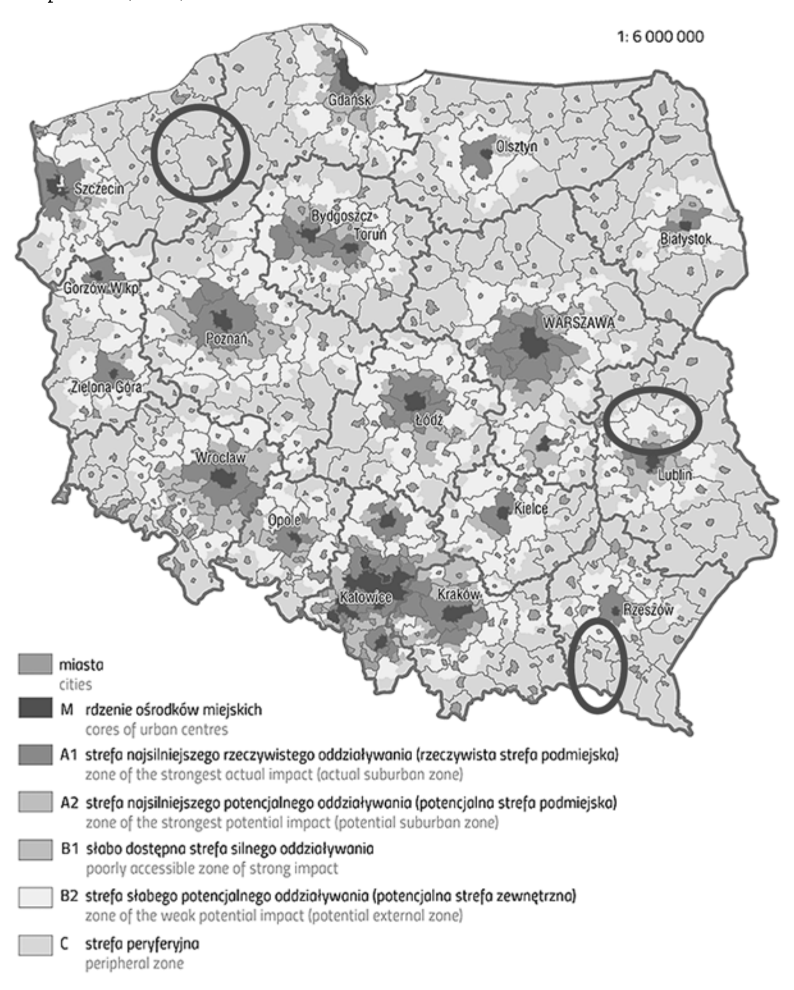
Stadt und Land im Fluss

Zur Bedeutung von städtischen Funktionen für die Lebendigkeit ländlicher Räume und von individuellen wie systemischen Lösungen für die Umsetzung einer wachstumskritischen Lebensweise

Anna Szumelda

Das Leben auf dem Land kann sehr unterschiedlich beschrieben werden – je nachdem, wer darüber spricht, denkt oder schreibt und um welche ländlichen Räume es sich dabei genau handelt. Bei der Charakterisierung von ländlichen Räumen werden diese dabei oftmals in ein Verhältnis zu städtischen Zentren gesetzt, und es wird zwischen stadtnah und peripher gelegenen ländlichen Räumen unterschieden. Welche Bedeutung haben Städte aus der Sicht von Menschen, die in von städtischen Zentren weit entfernt gelegenen ländlichen Räumen leben? Welche Bedeutung hat also die physische Entfernung von Räumen des wirtschaftlichen Wachstums für den Lebens- und Arbeitsalltag dieser Menschen? Welche individuellen und systemischen Lösungen gibt es und kann es geben, um wachstumskritische Lebensweisen zu ermöglichen? Darum soll es in diesem Beitrag gehen. Am Beispiel von Aussagen, Beobachtungen und Erfahrungen von Menschen, die in teilweise peripher gelegenen ländlichen Räumen leben, werden die oben genannten Aspekte beleuchtet. Die Beispiele stammen zum einen aus einer empirischen Studie, bei der ich für ein wissenschaftliches Forschungsprojekt in zwei verschiedenen ländlichen Gebieten in Ost- und Südostpolen qualitative Interviews mit Bewohner*innen dieser Gebiete durchgeführt habe. Zum anderen beruhen die Befunde auf eigenen Beobachtungen des Lebens- und Arbeitsalltags in einem kleinen, von städtischen Zentren ebenfalls weit entfernt gelegenen Dorf in Nordwestpolen (zur Lage der Fallregionen vgl. rote Umkreisung in Abb. 1).

Abb. 1: Lage der Landkreise Szczecinek (Nordwesten), Lubartów (Osten) und Krosno (Südosten), aus denen die weiter unten im Beitrag beschriebenen Fallbeispiele stammen. Die Karte zeigt auch die Verteilung von Städten (grau), von Wirkungskreisen städtischer Zentren (rot-orange-gelb) sowie die Verteilung von peripheren Räumen (grün) in Polen. Quelle: eigene Darstellung nach Bański/Czapiewski (2009)



Um die weiter unten vorgestellten Fallbeispiele besser einordnen zu können, werden zunächst einige allgemeine Merkmale der ländlichen Räume Polens

vorgestellt. Außerdem beschreibe ich kurz, wie einige politische Dokumente das Verhältnis ländlicher Räume Polens zu städtischen Gebieten sehen. Ländliche Räume werden in Polen gewissermaßen in einem Umkehrschluss als nichtstädtische Gebiete definiert, als »Gebiete außerhalb der administrativen Grenzen von Städten, also als ländliche Gemeinden oder die ländlichen Teile von städtisch-ländlichen Gemeinden« (MRiRW 2014: 75). Der Einstufung von Gemeinden als städtische oder ländliche Gemeinde liegt dabei das Kriterium der Bevölkerungsdichte zugrunde. Dieser Einstufung zufolge werden 93,1 % des polnischen Staatsgebiets als ländliche Räume klassifiziert, in denen 39,2 % der Bevölkerung Polens leben (vgl. MRiRW 2014: 8). Doch auch wenn ländliche Räume in ihrer Definition von städtischen Gebieten abgegrenzt werden, werden die beiden Raumkategorien an anderer Stelle als etwas miteinander Zusammenhängendes beschrieben. Strategische und konzeptionelle Dokumente wie z. B. die »Strategie für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume, der Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft 2012–2020«[1] oder das »Nationale Raumordnungskonzept«[2] beschreiben sowohl die Vielfalt von ländlichen Räumen und von städtischen Gebieten – ihre vielfältigen sozioökonomischen Konstellationen und die damit einhergehenden Funktionen, Problemlagen und Entwicklungsmöglichkeiten – als auch die gegenseitigen Beziehungen zwischen ländlichen Räumen und Städten. Bei genauer Betrachtung geht es in diesen Dokumenten jedoch um die Beziehung zwischen ländlichen Räumen und *einer bestimmten Art* von städtischen Gebieten, nämlich den wirtschaftlich prosperierenden, infrastrukturell gut ausgestatteten und kulturell attraktiven städtischen Gebieten. Es geht also um die Beziehung von ländlichen Räumen zu denjenigen städtischen Gebieten, in denen wirtschaftliches Wachstum und dessen Folgen – erwünschte wie unerwünschte – zu Hause sind. Da ländliche Räume im Hinblick auf die Fläche den weitaus größten Teil Polens ausmachen und das Netz von Städten zwar recht gleichmäßig über das Land gespannt ist, aber nicht so dicht wie z. B. im vergleichbar großen Deutschland, ist in Polen der Anteil von solchen ländlichen Räumen dabei recht hoch, welche von städ-

1 Originaltitel des Dokuments: »Strategia zrównoważonego rozwoju wsi, rolnictwa i rybactwa na lata 2012–2020. Załącznik do uchwały nr 163 Rady Ministrów z dnia 25 kwietnia 2012 r. (poz. 839).« (MP 2012 poz. 839)

2 Originaltitel des Dokuments: »Koncepcja przestrzennego zagospodarowania kraju 2030. Załącznik do uchwały nr 239 Rady Ministrów z dnia 13 grudnia 2011 r. (poz. 252).« (MP 2012 poz. 252)

tischen Zentren und den ›Räumen des Wachstums‹ vergleichsweise weit entfernt gelegen sind (vgl. Abb. 1).

Welche Rolle spielt nicht nur die potenzielle Erreichbarkeit der administrativen Einheit ›Stadt‹, sondern auch die tatsächliche Verfügbarkeit von bestimmten mit (wirtschaftlich prosperierenden) Städten assoziierten Funktionen für Bewohner*innen von ländlichen Räumen? Dies soll im Folgenden an Beispielen aus dem Lebensalltag von Menschen gezeigt werden, die in teilweise peripher gelegenen ländlichen Räumen leben. Die Beispiele beziehen sich dabei auf die Themen Mobilität, Landwirtschaft und Sicherung des Lebensunterhalts sowie auf Lebensstilpräferenzen und spiegeln viele aus sozialer und ökologischer Sicht problematische Erscheinungen wider, deren Ursache und Zunahme mit wirtschaftlichen Wachstums- und Konzentrationsprozessen zusammenhängt und für die in der wachstumskritischen Nachhaltigkeitsdiskussion nach Lösungen gesucht wird.

Mobilität

Mobilität schafft die Möglichkeit, ein städtisches Zentrum von einem ländlichen Gebiet aus überhaupt erst zu erreichen. Vieles lässt sich nur in der Stadt erledigen – Einkäufe, die über das, was man im Dorfladen kaufen kann, hinausgehen, dort sind (Fach-)Ärzte, Schulen, Behörden und Ämter, kulturelle Angebote und nicht zuletzt auch Erwerbsarbeitsplätze. Der Zugang zu diesen sozialen Infrastrukturen ist notwendig. Um sie erreichen zu können, nimmt angesichts fehlender oder allenfalls marginaler Anschlüsse von Dörfern an das nächstgelegene städtische Zentrum durch öffentlichen Nahverkehr die individuelle motorisierte Mobilität seit Jahren zu, auch in den ländlichen Räumen, von denen in diesem Beitrag die Rede ist. Welche Auswirkungen diese individuelle Mobilität auf das Verkehrsaufkommen hat, aber auch, wie sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land durch eine zwischen beiden geschaffene Erreichbarkeit verändert, zeigt folgendes Zitat eindrücklich:

> »Mein Mann und ich leben mit unseren zwei erwachsenen Kindern auf dem Land. Vor zwei Jahren sind wir in ein Haus in einem Dorf gezogen. Es ist wunderbar, und wir wollen nie wieder in die Stadt zurück. Das können wir aber nur deshalb sagen, weil bei uns im Hof vier Autos stehen, von denen mor-

> gens jeder von uns eins nimmt und damit in eine andere Himmelsrichtung losfährt. Vor zehn Jahren wären wir niemals auf's Dorf gezogen, denn wenn man damals im Dorf gelebt hat, dann gab es einfach keine Möglichkeit, von dort wegzukommen.« (WSPGOA)[3]

Das obige Zitat zeigt, wie die Lösung von Problemen auf der einen Seite Folgeprobleme auf der anderen Seite verursachen kann. Mit der Schaffung der Erreichbarkeit von Städten durch individuelle Mobilität haben Bewohner*innen von ländlichen Räumen Zugang zu wichtigen sozialen Infrastrukturen. Die Entscheidung der Sprecherin und ihrer Familie für eine am ›Weniger‹ orientierte Lebensweise bringt jedoch Folgeprobleme in der Gestalt eines gleichzeitigen ›Mehr‹ mit sich. Ein ›Weniger‹ im Sinne einer weniger schnellen oder insgesamt eingeschränkten Verfügbarkeit und Nutzung von in der Stadt potenziell vorzufindenden Waren und Dienstleistungen, wie es in der wachstumskritischen Debatte mit dem Aufruf zu einem suffizienten Lebensstil gefordert wird (vgl. Linz/Bartelmus/Hennicke et al. 2002; Mölders/Szumelda/Winterfeld 2014; Paech 2012; Sachs 1993; Stengel 2011), aber letztendlich auch ein nicht unbedingt suffizienzorientiertes ›Weniger‹ im Sinne von weniger städtischem Lärm und baulicher Enge bringt mit sich ein ›Mehr‹ an Verkehrsaufkommen, Lärm- und Schadstoffbelastung, verstopften Straßen, höherem Ressourcenverbrauch u. a. m., was mit motorisierter individueller Mobilität einhergeht. Der Tonfall, in dem die oben zitierte Aussage gemacht wurde, lässt zwar vermuten, dass der Sprecherin die Ambivalenz einer zunehmenden individuellen Mobilität durchaus bewusst ist. Bei der Entscheidung der Familie kippte die Waagschale jedoch zugunsten des von ihr als wünschenswert – und nicht unbedingt als wachstumskritisch – identifizierten Lebens auf dem Lande, da durch die Verfügbarkeit von individueller Mobilität dabei nicht auf den Anschluss an die Stadt verzichtet werden musste.

3 Die Zitate stammen aus Interviews, die für die oben beschriebene empirische Studie durchgeführt wurden, und aus privaten Gesprächen. Sowohl die Interviews als auch die privaten Gespräche wurden auf Polnisch geführt. Die ausgewählten Zitate wurden von mir ins Deutsche übersetzt, wobei darauf geachtet wurde, die individuelle Wortwahl und den individuellen Satzbau weitestgehend zu berücksichtigen. Die Abkürzungen am Ende der Zitate (z. B. WSPGOA) geben Auskunft über die Herkunft der Interview- bzw. Gesprächspartner*innen, bleiben hier aber aus Datenschutzgründen verschlüsselt.

Solche Entscheidungen und der Wunsch von Bewohner*innen von ländlichen Räumen, an städtische Infrastrukturen angeschlossen zu sein, sind nachvollziehbar. Um Folgeproblemen, die mit einer zunehmenden individuellen Mobilität einhergehen, entgegenzuwirken, ist im Hinblick auf die Schaffung oder Erhaltung der Konnektivität zwischen ländlichen Räumen und Städten deshalb ein politisch-systemischer oder unternehmerischer Ansatz überlegenswert. In dem im Nordwesten Polens gelegenen Landkreis Szczecinek gibt es für beides Beispiele. So hat ein privates Busunternehmen aus dem Landkreis es sich zur Aufgabe gemacht, einige Dörfer aus dem Umfeld der Stadt Szczecinek mit Busverbindungen zu versorgen, die aufgrund der vergleichsweise hohen Taktung eine gute Alternative zum Auto darstellen und v. a. für ältere Menschen aus den Dörfern und für Schüler*innen ein sehr gutes Mobilitätsangebot sind. Die Stadt Szczecinek bietet zudem seit September 2019 einen kostenlosen Busverkehr an. Zwar sind die kostenlosen Busverbindungen auf das Stadtgebiet beschränkt (die über das Stadtgebiet hinausgehenden Busverbindungen zu den am nächsten gelegenen Dörfern sind weiterhin kostenpflichtig, wobei nach Möglichkeiten gesucht wird, in Zukunft zumindest einen Teil von ihnen kostenfrei anzubieten, wie es bereits in einem gewissen Zeitraum der Fall war), und der Grund für das kostenlose Angebot ist nicht unbedingt in einer ökologischen oder gar wachstumskritischen Überzeugung des Stadtrats zu suchen, sondern in der Einlösung von bei der letzten Kommunalwahl gemachten Wahlversprechen. Die Finanzierung des Unterfangens wird der Kommune zudem durch die Gewerbesteuern einer im Stadtgebiet ansässigen großen und gut prosperierenden Firma ermöglicht – Einnahmen, die nicht jeder Kommune zur Verfügung stehen. Doch trotz aller Vorbehalte in Bezug auf Motivation und Finanzierbarkeit leistet das kostenlose städtische Angebot im Endeffekt einen nennenswerten Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs innerhalb der Stadt.

Landwirtschaft und Sicherung des Lebensunterhalts

Die ländlichen Regionen, aus denen die in diesem Beitrag vorgestellten Beispiele stammen, befinden sich geographisch jeweils ›auf der anderen Seite‹ Polens (vgl. rote Umkreisung in Abb. 1). Die Unterschiede in den landwirtschaftlichen Strukturen zwischen den Regionen in Ost- und Südostpolen und der Region im Nordwesten könnten dabei kaum größer sein: Während

in Ost- und Südostpolen, wo auch zu sozialistischen Zeiten große Staatsbetriebe kaum zu finden waren, bis heute eine kleinteilige, von Familienbetrieben geprägte Agrarstruktur überwiegt, herrscht im Nordwesten, wo bis 1989 große staatliche Betriebe dominierten, auch heute eine großteilige Agrarstruktur vor. So betrug 2019 beispielsweise die durchschnittliche Betriebsgröße in der südöstlich gelegenen Wojewodschaft Podkarpackie 4,90 Hektar, während sie in der nordwestlich gelegenen Wojewodschaft Zachodniopomorskie 31,44 Hektar betrug (ARiMR 2019). Die sozialen Verwerfungen und Herausforderungen, die mit dem regionalspezifischen Strukturwandel in der Landwirtschaft einhergehen, sind jedoch in beiden Regionen ganz ähnliche. Die Landwirtschaft hat als Einkommensquelle seit den 1990er Jahren an Bedeutung verloren. Während insbesondere im Südosten die landwirtschaftlichen Betriebe überwiegend schlichtweg zu klein sind, um mit ihnen ein ausreichendes und zufriedenstellendes Einkommen erwirtschaften zu können (vgl. Szumelda 2019), wurden im Nordwesten mit der Schließung der Staatsbetriebe nach 1989 nahezu alle früheren Werksarbeiter*innen erwerbslos, ohne dass außerhalb der Landwirtschaft ausreichend viele alternative Einkommensquellen entstanden wären.

Die Möglichkeit zu haben, seinen Lebensunterhalt sicherzustellen, ist ein wesentliches Bedürfnis von Bewohner*innen von ländlichen Räumen. Nachdem sowohl in den landwirtschaftlich kleinteilig strukturierten Gebieten in Ost- und Südostpolen als auch in den großteilig strukturierten Gebieten im Nordwesten immer weniger Möglichkeiten bestehen, dies mit einer beruflichen Tätigkeit in der Landwirtschaft zu tun, sind immer mehr Menschen darauf angewiesen, eine Einkommensquelle außerhalb der Landwirtschaft – und das bedeutet meistens in Städten – zu finden. Landwirt*innen aus den landwirtschaftlich kleinteilig strukturierten Regionen in Ost- und Südostpolen, mit denen ich im Rahmen der oben erwähnten empirischen Studie gesprochen habe, haben immer wieder von der Abwanderung ihrer erwachsenen Kinder in die umliegenden (oder teilweise auch weiter entfernten) Städte berichtet, da die Kinder für sich keine Möglichkeit sahen, mit einer beruflichen Tätigkeit in den ländlichen Gebieten ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Angesichts der geringen Einträglichkeit insbesondere von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben raten einige Landwirt*innen ihren Kindern sogar ausdrücklich, nicht in der Landwirtschaft zu verbleiben und sich einer anderen Erwerbstätigkeit zuzuwenden, wie folgende Aussage eines Landwirts veranschaulicht:

> »Ich habe meinen Söhnen und meiner Tochter schon früher gesagt, ihr könnt auf dem Land wohnen, aber arbeitet in der Stadt. Denn dieser Betrieb bringt kein Einkommen. Ich werde keins meiner Kinder dazu überreden, hier auf dem Dorf zu bleiben und den Hof zu übernehmen, wenn wir mal nicht mehr da sind. Das bringt's doch nicht, das Feld nur so umzuwälzen. Aber wohnen können sie hier.« (WLPLAK)

Sind Erwerbsarbeitsplätze in einer nahegelegenen Stadt allerdings nicht verfügbar, sehen einige der befragten Landwirt*innen für sich keine Möglichkeit, die Landwirtschaft zu verlassen und einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzugehen. In der Landwirtschaft verbleiben sie dann aus einem Mangel an Alternativen und bewerten ihre Arbeit in der Landwirtschaft mit entsprechender Zurückhaltung:

> »Vielleicht mag ich's, vielleicht nicht, man hat sich so daran gewöhnt und macht halt weiter. Und wo würde man hier auch andere Arbeit finden?« (WPPKOA)

Auch diese Beispiele verdeutlichen die Ambivalenz einiger (vermeintlich) wachstumskritisch orientierter Lebensweisen und der mit ihnen einhergehenden, insbesondere im Hinblick auf soziale Aspekte problematischen Erscheinungen. So sehr einerseits die in vielerlei Hinsicht geäußerte Kritik an intensiv-industriellen, stark wachstumsorientierten und oftmals mit großteiligen Agrarstrukturen einhergehenden landwirtschaftlichen Produktionsmethoden ihre Gültigkeit hat, so wenig ist andererseits der Umkehrschluss zulässig, ›kleinteilige‹ landwirtschaftliche Strukturen, die somit der in der wachstumskritischen Debatte formulierten Forderung nach einem suffizienten und subsistenten Lebensstil folgen, wären per se und uneingeschränkt vereinbar mit (wachstumskritischen) Nachhaltigkeitsüberlegungen. Wie die oben präsentierten Beispiele zeigen, ist aus der Sicht von Betreiber*innen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, die ihren Lebensunterhalt eigenständig mit ihrem Betrieb erwirtschaften müssen, ›klein‹ manchmal ›zu klein‹. Gelingt es ihnen nicht, ihren Betrieb oder ihre Produktion und damit ihr Einkommen entsprechend zu erweitern, kann dies in einer empfindlich unzureichenden Sicherung ihres Lebensunterhalts und in Armut münden. Und verbleiben Landwirt*innen ausschließlich aus einem Mangel an Alternativen und nicht aus einer frei getroffenen Entscheidung

heraus in der Landwirtschaft, kann das zu einer hohen Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation oder zu einer resignierten Haltung führen, wie die oben zitierte Aussage einer Landwirtin zeigt. Beide Erscheinungen – die unzureichende Sicherung des Lebensunterhalts sowie die Unzufriedenheit mit einer nicht freiwillig gewählten Lebenssituation – sind vor allem im Hinblick auf soziale Aspekte mit (wachstumskritischen) Nachhaltigkeitsüberlegungen nicht zu vereinbaren.

Die Gespräche mit Landwirt*innen in Ost- und Südostpolen haben jedoch gezeigt, dass es Möglichkeiten gibt, auch mit einer kleinen Betriebsgröße ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften und den Lebensunterhalt auf einem zufriedenstellenden Niveau sicherzustellen. So sehen einige Landwirt*innen Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaft und nutzen diese. Sie schließen sich z. B. zu Erzeugergemeinschaften zusammen, spezialisieren ihre Betriebe, nutzen die naturräumlichen Gegebenheiten möglichst optimal und gehen verschiedene formale wie informelle Kooperationen ein. Auf diese Weise gelingt es ihnen, mit ihren kleinen Betrieben ein ausreichendes und zufriedenstellendes Einkommen zu erwirtschaften. Diese Landwirt*innen äußern sich mit ihrer beruflichen Situation, ihrer Einkommens- und allgemeinen Lebenssituation zufrieden. Ein Beispiel aus der ländlichen Region in Nordwestpolen, von der in diesem Beitrag die Rede ist, zeigt außerdem, dass nicht nur kleine Agrarstrukturen das Potenzial haben, mit einer wachstumskritischen Lebensweise vereinbar zu sein. Der dort existierende große biodynamische Betrieb, in dem ich selbst arbeite, bewirtschaftet ca. 2000 Hektar. Die Größe des Betriebs mag zu einer wachstumsbezogenen Kritik verleiten, doch geht es gerade in der Landwirtschaft nicht nur um die bloße Größe der Struktur, sondern insbesondere darum, welche landwirtschaftlichen Methoden in einem Betrieb angewendet werden. Die biodynamische Wirtschaftsweise, die insofern wachstumskritisch orientiert ist, als dass sie bewusst auf schnelle, kurzfristige und hohe finanzielle Gewinne verzichtet, ist dabei vor allem aus ökologischer Hinsicht sehr vorteilhaft. Und auch in sozialer Hinsicht bietet eine solche große Struktur Vorteile, denn durch die vielen Mitarbeiter*innen im Betrieb besteht für den Einzelnen die Möglichkeit für Erholungs- und Urlaubstage sowie ggf. eine Krankheitsvertretung – etwas, das individuell tätigen Landwirt*innen oftmals fehlt, insbesondere bei der Tierhaltung, und dann schwer auf ihnen lastet.

Um solche individuellen bzw. unternehmerischen Lösungen systematisch aufzugreifen, ist insbesondere die gemeinsame Agrarpolitik der EU als beson-

ders raumwirksame Politik gefragt. Das Potenzial, eine nicht ausschließlich auf betriebliches und Produktionswachstum setzende Landwirtschaft zu unterstützen, besteht hier insbesondere in der Förderung von Erzeugergemeinschaften und von nachhaltigen Wirtschaftsweisen, die oft an eine höhere Anzahl von Arbeitskräften gebunden (und damit kostenintensiver) sind und deshalb in der überwiegenden Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe derzeit nicht angewendet werden.

Lebensstilpräferenzen

Im Verhältnis von Stadt und Land ist es nicht zuletzt der städtische Lebensstil, der viele Menschen anzieht. Geschmäcker sind dabei natürlich verschieden, und ein jeder und eine jede wird zu einem anderen Urteil kommen, wie es sich in der Stadt oder auf dem Land jeweils lebt. So wird von einigen Bewohner*innen von ländlichen Räumen das, was mit ländlichen Räumen oftmals verbunden wird – Ruhe, wenige Menschen, viel Natur –, sehr wertgeschätzt. Ein Landwirt aus Ostpolen sagte mir:

> »Ich angele gern. Dann sitze ich am Fluss, und die Frösche quaken. Manchmal sitzen meine Frau und ich abends, wenn es warm ist, auf der Treppe und hören, wie die Frösche von den Wiesen her quaken. Wer das nicht erlebt hat, wird sich wohl fragen, was findet der nur an diesen Fröschen? Aber er soll mal herkommen und horchen. Das ist wirklich wunderbar, wenn man nachts da sitzt und die Nachtigall singt. Das sind Dinge, auf die man im Alltag nicht achtet, weil niemand Zeit dafür hat, aber wenn man einen Moment Zeit hat und sich dem zuwendet, das ist sehr schön. Manchmal fragt mich meine Frau, warum gehst du da hin, zum Fluss? Warum schläfst du nicht aus? […] Aber wenn ich da sitze, auch wenn ich nicht schlafe, ich ruhe mich aus.« (WLPLOK)

Einem anderen Landwirt aus Südostpolen, mit dem ich gesprochen habe, kann es auch in einer dünn besiedelten Gegend nicht menschenleer genug sein:

> »Hier sind immer mehr Menschen, alles wird vollgebaut. Es gibt hier noch ein paar Dörfer in der Gegend, aber alles wird aufgekauft. Man hat heute nirgends mehr seine Ruhe. Ich überlege, in die Ukraine auszuwandern …«. (WPPKIB)

Aber nicht jedem und jeder geht es so, und nicht jeder*jede findet sich aus freien Stücken auf dem Land wider, wie aus der Aussage einer Landwirtin hervorgeht:

> »Ich mag Städte, am meisten mag ich Marktplätze. Ich liebe sie. Ich kann mich nicht sattsehen an den alten Gebäuden. [...] Hier im Dorf ist es stockfinster, außer wenn nachts der Mond scheint, dann ist es schön. Ich liebe es, wenn der Mond scheint, das ist wunderschön, aber nur dann. [...] Ich liebe es, wenn es hell ist, Dunkelheit mag ich nicht, überhaupt nicht. Und dann ist es hier noch so still, eine Grabesstille. [...] Auf dem Lande ist es still, ja, aber diese Stille wird einem auch langweilig.« (WPPKZK)

Die Möglichkeit, sich auch außerhalb eines bestimmten Radius um ihr*sein Dorf bewegen zu können, trägt nicht zuletzt auch zur Bildung und Selbstbewusstseinsbildung von Kindern und Jugendlichen bei. Eine Dorfvorsteherin aus Südostpolen, die sich in ihrer Arbeit besonders für Kinder und Jugendliche aus ihrem Dorf einsetzt, erzählt, dass es für die Kinder und Jugendlichen ein großes Erlebnis war, durch die Teilnahme an Sportveranstaltungen die Möglichkeit zu haben, zu verreisen, da sie bis dahin »nicht über D. hinausgekommen« (WPPKAW) wären. Das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen hätte das enorm gestärkt, sie würden sich seitdem sowohl in der Schule als auch allgemein ganz anders verhalten.

Erneut markieren diese Beispiele, die sich eher auf die kulturelle als auf die materielle Ebene des Lebensalltags von Bewohner*innen von ländlichen Räumen beziehen, das Spannungsfeld zwischen von Wachstumskritiker*innen geforderten suffizienten Lebensweisen und Folgen, die sich aus einer Ablehnung dieser (nicht immer freiwillig gewählten) Lebensweisen ergeben. Lebensstilpräferenzen sind eine individuelle Entscheidung. Es ist schwerlich vorstellbar, jemandem vorschreiben zu dürfen, ob er*sie in der Stadt oder auf dem Land leben sollte. Jemandem, der sich in einer städtischen Lebensweise wohler und erfüllter fühlt oder der schlichtweg aus bloßen ›Überlebenserwägungen‹ (Sicherung des Lebensunterhalts) die Nähe zu Zentren des wirtschaftlichen Wachstums sucht, ist das nicht zu verdenken. Dennoch folgen aus dem Zuzug in (prosperierende) Städte, also zu eben jenen Zentren des wirtschaftlichen Wachstums, freilich in vielerlei Hinsicht problematische Erscheinungen wie Siedlungsdruck, hohe Bevölkerungsdichte, steigende Mieten, überlastete Kommunikations- und Versorgungsinfrastrukturen

u. a. m., während in ländlichen Gebieten die damit verbundene Ausdünnung der Bevölkerung (Entvölkerung) Probleme schafft.

Umso mehr verdeutlichen die oben vorgestellten Beispiele, wie auf einer systemischen Ebene individuelle Lebensstilpräferenzen berücksichtigt werden können, ohne problematische Erscheinungen zu verursachen – einhergehend mit der Entkoppelung von Städten und ländlichen Räumen bzw. von Zentren des wirtschaftlichen Wachstums und von Räumen, in denen es zu wenig Wachstum gibt. Die Beispiele zeigen, welche wichtige Ankerfunktion von Städten für das sie umgebende Land ausgeht, wie wichtig für Bewohner*innen von ländlichen Räumen nicht nur die bloße Erreichbarkeit von Städten ist, sondern v. a. der Erhalt von bestimmten kulturellen wie materiellen Funktionen von städtischen Zentren, damit die Bewohner*innen die Möglichkeit haben, ihren Lebensstilpräferenzen nachzugehen, ohne dafür notwendigerweise die ländlichen Räume, in denen sie leben, verlassen zu müssen. Das in Polen recht gleichmäßig über das Land gespannte Netz von Städten bietet zwar ein gutes Potenzial, solche städtischen Anker überall im Land zu setzen. Allerdings stehen insbesondere kleinere Städte mit etwa bis zu 50.000 Einwohner*innen vor der großen Herausforderung, ihre städtischen Funktionen aufrechterhalten zu können. Viele dieser Städte sind ebenso wie ländliche Räume von Abwanderung betroffen, da sie wegen Unternehmensschließungen und des Rückbaus von Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen immer weniger Erwerbsarbeitsplätze bieten und dadurch insbesondere für junge Menschen wenig attraktiv sind. Eine große Attraktivität auf Unternehmen und Menschen hingegen üben in Polen die sogenannten Big Five aus, die Metropolregionen von Warschau, Krakau, Posen und Breslau sowie die Region Danzig, in der jeweils über eine Million Menschen leben. Auf diese Metropolregionen konzentrieren sich das wirtschaftliche Wachstum und der Bevölkerungszuwachs. Unternehmen und Menschen entscheiden sich eher dafür, in diese Metropolregionen als in andere kleinere Städte zu ziehen, wodurch die kleinen Städte nach und nach kleiner werden und irgendwann ›zu klein‹ sind, um ihre städtischen Funktionen und damit ihre Ankerfunktion sowohl für die städtische Bevölkerung als auch für die Bevölkerung der umliegenden ländlichen Räume erfüllen zu können, wie Przemysław Śleszyński sagt, Professor am Institut für Geographie und Raumplanung der Polnischen Akademie der Wissenschaften[4],

4 Polnischer Name des Instituts: Instytut Geografii i Przestrzennego Zagospodarowania PAN.

nämlich in einem Interview mit der Gazeta Prawna (2018). Dieser Umstand stellt insbesondere die Regionalplanung, sowohl als Wissenschaft wie auch als Politikbereich, vor die Aufgabe und gleichzeitig Herausforderung, Instrumente zu entwickeln, die diesem Sogeffekt und den damit auf verschiedenen Ebenen verbundenen problematischen Erscheinungen sowohl in den Metropolregionen selbst als auch in den außerhalb davon liegenden Gebieten entgegenwirken können.

Resümee

In diesem Beitrag wurde anhand von Beispielen aus dem Lebensalltag von Menschen veranschaulicht, die in von städtischen Zentren teilweise weit entfernt gelegenen ländlichen Räumen leben, welche hohe Bedeutung die Erreichbarkeit von Städten und der Erhalt von städtischen Funktionen insbesondere in Kleinstädten für die Vitalität der die Städte umgebenden ländlichen Räume und für die Ermöglichung von suffizienzorientierten Lebensweisen hat. Die zu den Themen Mobilität, Landwirtschaft und Sicherung des Lebensunterhalts sowie Lebensstilpräferenzen aufgeführten Beispiele machen einige Folgen der Konzentration eines übermäßigen Wirtschaftswachstums auf einige wenige Regionen und der gleichzeitigen Abwesenheit oder zumindest starken Einschränkung von Wachstumsprozessen in anderen Regionen deutlich. Die Beispiele zeigen, welche Auswirkungen die ungleiche Verteilung von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen auf den Lebensalltag von Menschen hat, die in von Zentren des wirtschaftlichen Wachstums teilweise weit entfernt liegenden Regionen leben. Einer starken Konzentration und damit auch Ungleichverteilung von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen kann dabei auf einer individuellen, unternehmerischen, aber auch systemischen Ebene entgegengesteuert werden. Die oben aufgeführten Beispiele zeigen, dass hier sowohl die lokale (kommunale) als auch die landesweite (Regionalplanung) sowie internationale (Agrarpolitik) politische Ebene wirksam werden kann. Aus einer wachstumskritischen und nachhaltigkeitsorientierten Perspektive ist es wertvoll, Städte und ländliche Räume in ihrem funktionalen Zusammenhang zu betrachten. Insbesondere Instrumente der Raumplanung und Agrarpolitik sollten diesen funktionalen Zusammenhang deutlich stärker als bisher berücksichtigen und auf den Erhalt der städtischen Funktionen von (Klein-)Städten hinwirken, um

so die Ankerfunktion von (Klein-)Städten für die sie umgebenden ländlichen Räume zu stärken, regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und dem Entstehen von sozialen, ökonomischen und ökologischen Unwuchten zwischen Regionen entgegenzuwirken.

Literatur

ARiMR – Agencja Restrukturyzacji i Modernizacji Rolnictwa (2019): ogłoszenie nr. 1 prezesa agencji restrukturyzacji i modernizacji. w sprawie wielkości średniej powierzchni gruntów rolnych w gospodarstwie rolnym w poszczególnych województwach oraz średniej powierzchni gruntów rolnych w gospodarstwie rolnym w kraju w 2019 roku. https://www.arimr.gov.pl/pomoc-krajowa/srednia-powierzchnia-gospodarstwa.html (22.01.2020).

Bański, J.; Czapiewski, K. (2009): Typologia gmin według zasięgów oddziaływania dużych miast. In: Atlas obszarów wiejskich w Polsce. Rozdział 6: Funkcje gospodarcze. (dtsch.: Typologisierung von Gemeinden nach dem Einflussbereich von Großstädten. In: Atlas der ländlichen Räume Polens. Kapitel 6: Wirtschaftliche Funktionen.) https://www.igipz.pan.pl/atlas-obszarow-wiejskich-rozdzial6.html (22.01.2020).

Gazeta Prawna (2018): Śmierć małych miast. Odnowione centra to nie wszystko, potrzebna jest praca. Wywiad. (dtsch.: Das Sterben der Kleinstädte. Restaurierte Stadtzentren sind nicht alles, die Menschen brauchen auch Arbeit. Ein Interview.) https://biznes.gazetaprawna.pl/artykuly/1182717,przemyslaw-sleszynski-smierc-malych-miast-w-polsce.html (22.01.2020).

Linz, M.; Bartelmus, P.; Hennicke, P.; Jungkeit, R.; Sachs, W.; Scherhorn, G.; Wilke, G.; Winterfeld, U. von (Hg.) (2002): Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal. = Wuppertal Papers 125.

Mölders, T.; Szumelda, A.; Winterfeld, U. von (2014): Sufficiency and subsistence – on two important concepts for sustainable development. In: Problems of Sustainable Development. 9, 21–27.

MP 2012 poz. 252/Monitor Polski poz. 252: Koncepcja przestrzennego zagospodarowania kraju 2030. Załącznik do uchwały nr 239 Rady Ministrów z dnia 13 grudnia 2011 r. (poz. 252).

MP 2012 poz. 839/Monitor Polski poz. 839: Strategia zrównoważonego rozwoju wsi, rolnictwa i rybactwa na lata 2012–2020. Załącznik do uchwały nr 163 Rady Ministrów z dnia 25 kwietnia 2012 r. (poz. 839).

MRiRW – Ministerstwo Rolnictwa i Rozwoju Wsi (2014): Program Rozwoju Obszarów Wiejskich na lata 2014–2020 (PROW 2014–2020). Skrócona wersja programu. (dtsch.: Programm für die Entwicklung ländlicher Räume 2014–2020 [PELR 2014–2020]. Kurzfassung). Warszawa.

Paech, N. (2012): Liberation from excess. The road to a post-growth economy. München.

Sachs, W. (1993): Die vier Es. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 33, 69–72.

Stengel, O. (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. München.

Szumelda, A. (2019): Der Beitrag kleiner landwirtschaftlicher Betriebe zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume. Eine Untersuchung in ausgewählten Regionen Polens. Dissertation.

Praxisbeiträge

Die Rolle von Zwischenräumen in der wachsenden Stadtregion Hamburg

Ein Interview mit Michael Ziehl, durchgeführt von Mai Anh Ha, Meret Batke und Bastian Lange

Das »urban upcycling« trägt mit verschiedenen Projekten zu einer nachhaltigen Transformation von Städten bei. Dazu zählt die Förderung von sozialen Innovationen, neuen Kooperationsformen sowie Umsetzungsprozessen, die von Nutzer*innen getragen werden und deshalb geeignet sind, das Gemeinwohl zu stärken. www.urban-upcycling.de

Was bedeutet Urban Upcycling für Sie?

Michael Ziehl: Urban Upcycling ist für mich eine Praxis, bei der ich vor allem zwei Ressourcen fokussiere: zum einen den Gebäudebestand, wobei es dabei statt einer Praxis von Abriss und Neubau eher um das Umdeuten und Umnutzen vorhandener Gebäude geht. Zum anderen geht es um lokal eingebettete Netzwerke in der Nachbarschaft und Communities von Nutzer*innen, beispielsweise Künstler*innen, Macher*innen und Aktivist*innen. Diese müssen in vielen Fällen aufgebaut oder zumindest gestärkt werden. Insgesamt begleite und unterstütze ich so nutzer*innengetragene Projektentwicklungen von Bestandsgebäuden.

Was zeichnet die Aktivierung von Brachflächen oder Zwischenräumen aus?

Michael Ziehl: Aus raumtheoretischer Perspektive geht es dabei nicht um den Raum als Container, sondern um soziale Prozesse. Ich bin vor allem als Berater und Vermittler zwischen verschiedenen Akteuren tätig, die relevant sind für nutzer*innengetragene Entwicklungsprozesse. Das sind üblicherweise die Nutzer*innen selbst, aber auch Akteure aus Politik und Verwaltung sowie Investor*innen und Anwohner*innen.

Würden Sie sich auch als eine Art Initiator solcher Entwicklungen bezeichnen?

Michael Ziehl: Zu Beginn meiner Tätigkeit in diesem Feld habe ich solche Entwicklungen selbst initiiert, mittlerweile hat sich mein Tätigkeitsfeld jedoch etwas verschoben. Heute initiiere ich weniger konkrete Projekte, sondern eher Plattformen oder Agenturen wie »urban upcycling«, welche nutzer*innengetragene Entwicklungen unterstützen.

Wie agieren solche Agenturen und Initiativen?

Michael Ziehl: Natürlich ist jedes Projekt anders, aber es bestehen trotzdem Parallelen. Üblicherweise hat ein noch relativ loses Netzwerk oder eine bereits gefestigte Gruppe von Personen einen bestimmten Ort im Blick, an dem sie etwas umsetzen möchten.

Um was für Orte geht es dabei?

Michael Ziehl: Oft handelt es sich um Gebäude, die leer stehen und entwickelt werden sollen. Meine Auftraggeber*innen haben das Bedürfnis, bei diesen Entwicklungen zumindest mitzureden oder die ganze Immobilie in ihrem Sinne selbst zu entwickeln. Dabei wird Beratung in vielen Bereichen benötigt.

Worin besteht die beratende oder vermittelnde Leistung von Agenturen und Initiativen?

Michael Ziehl: Wichtig ist dabei der Aspekt der Selbstorganisation, also wie sich eine Gruppe insofern organisieren kann, als dass sie handlungsfähig wird und bleibt. Oft besteht noch gar keine Rechtsform oder die bestehenden Strukturen müssen professionalisiert werden. Da Stadtentwicklung immer auch ein Konflikt um den Zugang und die Nutzung von Raum ist, kann es wichtig sein, dass sich solche Gruppen in eine bessere Handlungsposition gegenüber anderen Beteiligten bringen. Später braucht es dann Beratung im Umgang mit Gebäuden und Behörden, vor allem im Zusammenhang mit Bau- und Nutzungsgenehmigungen. Die Finanzierung dieser Vorhaben ist auch eine Herausforderung. Oft nehmen öffentliche Fördermittel dabei eine zentrale Rolle ein, aber auch Stiftungen und private Investor*innen sind

wichtig, denen an einer nachhaltigen Stadtentwicklung gelegen ist. Diese streben in vielen Fällen nicht nach einer maximalen Rendite, aber natürlich möchten sie auch kein Geld verlieren.

Könnten Sie ein konkretes Beispiel dafür nennen, auch mit Blick auf Hamburg?

Michael Ziehl: Ein gutes Beispiel ist das »Zählerwerk« auf dem Areal des ehemaligen Kraftwerks Bille in Hamburg-Hammerbrook. Das ist ein aktuelles Projekt, das gerade im Werden ist. Die Nutzer*innen sind anfangs wegen baulichen und genehmigungsrechtlichen Fragen zur Nutzung der »Schaltzentrale« an mich herangetreten. Dann entwickelte sich die Idee, gemeinwohlorientierte Nutzungen mit neuen Arbeitsformen zusammen zu denken und im sehr viel größeren »Zählerwerk« direkt daneben zu verstetigen. Derzeit arbeite ich zusammen mit den Initiator*innen an einem entsprechenden Entwicklungskonzept und den inhaltlichen Zielen, die sie damit erreichen möchten. Auch die Ausformulierung einer konkreten Umsetzungsstrategie ist in vielen Fällen eine meiner Aufgaben. Wir führen derzeit Gespräche mit politischen Vertreter*innen, der Stadtverwaltung, dem Eigentümer und Nachbar*innen, um diese verschiedenen Stakeholder frühzeitig einzubeziehen.

Wer wirkt noch mit und bringt weitere Expertise in Projekte ein?

Michael Ziehl: Beim »Zählerwerk« ist auch das Denkmalschutzamt wichtig. Es bringt beispielsweise technische Expertise ein, wenn es um die Art und Weise der Sanierung oder Erhaltung geht. Zudem nehmen Architekt*innen in der Regel eine zentrale Rolle ein, insbesondere im Planungs- und Bauprozess. Während des Bauens beteiligen sich natürlich auch Bauunternehmen aller Art. Expertise bringen zudem zahlreiche Behörden ein. Relevant ist bei meiner Arbeit auch die Stadtentwicklungsbehörde, da oft Räume im Umbruch, also städtische Entwicklungsgebiete, im Fokus stehen. Ich arbeite auch öfters mit der »Hamburg Kreativ Gesellschaft« zusammen. Das ist ein stadteigenes Unternehmen, welches Erfahrung in der Betreuung von Immobilienprojekten hat. Auch wenn es ihr vor allem um die Förderung der Kreativwirtschaft geht, kann sie ein wichtiger Vermittler zwischen Nutzer*innen und relevanten Stakeholdern in Politik und Verwaltung sein.

Wie geht die Praxis der Wiedernutzung einher mit dem Kontext einer auf Wachstum und Expansion ausgerichteten Stadt Hamburg?

Michael Ziehl: Die von mir begleiteten Projekte in Hamburg stehen natürlich immer im Kontext der wachsenden Stadt. Ich verstehe viele davon als Alternativen zu einer Stadtentwicklung, die weitgehend vom Wachstum abhängig ist, denn sie versuchen, einen alternativen Umgang mit dem Stadtwachstum und dessen Folgen zu finden. Zentral ist bei vielen nutzer*innengetragenen Projekten, dass die Protagonist*innen sozial negative Folgen auf Quartiersebene abmildern wollen, indem offene Räume mit eher günstigen Mieten realisiert werden und versucht wird, möglichst keine Gentrifizierungsprozesse voranzutreiben.

Wie tragen Prozesse des Urban Upcycling zu einer Postwachstumsgesellschaft bei?

Michael Ziehl: Um zu einer Postwachstumsgesellschaft zu werden, braucht es meiner Meinung nach durchaus auch wachsende Wirtschaftszweige und Gesellschaftsbereiche. Es müssen solche Bereiche wachsen, die tatsächlich nachhaltig sind und zur Resilienz von Städten beitragen. Eher nicht gefördert werden sollten in Bezug auf die Stadtentwicklung solche Praktiken, die auf Abriss und Neubau setzen. Ich denke daher, dass nutzer*innengetragene Projekte in Bestandsimmobilien dazu beitragen können, Alternativen zur wachstums- und gewinnorientierten Projektentwicklung zu realisieren. Zwar ist deren Wirkung auf eine wachstumsorientierte Stadtentwicklung nur schwer bewertbar, aber ich stelle oft fest, dass Nutzer*innen, die sagen: »Wir wollen das selber machen, wir wollen mehr Verantwortung in der Stadtentwicklung übernehmen«, genau das umtreibt, auch wenn sie es selbst so nicht ausformulieren würden.

Gibt es dafür ein Beispiel in Hamburg, wo solche bewahrenden Strukturen möglich waren?

Michael Ziehl: Es geht nicht primär ums Bewahren, sondern um alternative Entwicklungspfade zur Wachstumslogik. Dabei kommt es zu vielen Widersprüchen. Das zeigt sich z. B. an der »Alten Bahnmeisterei«. Das Gebäude liegt im »Kreativquartier Oberhafen« und ist Teil der Hafencity. Es wurde umgenutzt, und Ateliers, Gemeinschaftswerkstätten, ein Co-Working Space

und ein großer Club entstanden, die bis heute als Zwischennutzungen betrieben werden. Natürlich ist dieses Kreativquartier auch Teil der wachsenden Stadt Hamburg und soll sie attraktiver machen für kreative Talente von außerhalb, die oft ein tolerantes Umfeld schätzen. Es dient so auch als ein Standortfaktor für international tätige Firmen, die sich in Hamburg ansiedeln sollen. Gleichzeitig ist die »Alte Bahnmeisterei« ein Ort mit günstigen Mieten, an dem Menschen Experimente wagen können. Im konkreten Fall etwa, indem sie dort mit einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement einen Club betreiben, den viele als seltenen kreativen Freiraum in Hamburg wahrnehmen.

Welchen Beitrag leisten Projekte wie das Kreativquartier am Oberhafen für Hamburg?

Michael Ziehl: Ich glaube, ein wichtiger Aspekt ist, dass an diesen Räumen verhandelt wird, welche zukünftige Entwicklung von Stadt wir haben wollen. Im Oberhafen entstanden z. B. Konflikte um die Frage, wie exklusiv und teuer es dort eigentlich werden darf. Soll es eher ein produktiver Ort sein oder vor allem ein Eventstandort? Aus meiner Sicht mischen sich die Nutzer*innen der »Alten Bahnmeisterei« in einer guten Art und Weise in diese Debatten ein. Ob sie sich auch durchsetzen können, ist eine andere Frage.

Gibt es weitere Herausforderungen?

Michael Ziehl: Gerade diese Räume im Umbruch sind oft leider nur temporäre Beiträge zur Stadtentwicklung: Zwischennutzungen, die dann oft wieder verdrängt werden durch teurere, ökonomisch konventionellere Projekte. Gerade deswegen ist ein wichtiger Aspekt in meiner Arbeit, von reinen Zwischennutzungen wegzukommen, hin zu Projekten, die eine langfristige Sicherheit und Entwicklungsperspektive für die Nutzer*innen haben, z. B. mittels Erbbaurechtsverträgen oder dem Kauf von Immobilien.

Gibt es dafür erfolgreiche Beispiele in Hamburg?

Michael Ziehl: Das Gängeviertel mit dem vor Kurzem beschlossenen Erbbaurechtsvertrag über 75 Jahre sehe ich dafür als ein sehr erfolgreiches Beispiel an. Ein weiteres Beispiel ist die Viktoria-Kaserne, welche die Nutzer*innen

in Form der fux-Genossenschaft gekauft haben und nun langfristig entwickeln. In unmittelbarer Nähe von der bereits erwähnten »Schaltzentrale« befindet sich das Areal am Hochwasserbassin, wo der Entwicklungsprozess von der »Hamburg Kreativ Gesellschaft« initiiert und moderiert wurde. Dort wurden immerhin 20-jährige Nutzungsverträge geschlossen.

Welche Chancen sehen Sie in diesen Nischen, aufgelassenen oder prekären Räumen im Zusammenhang der Sicherung des Stadtraums?

Michael Ziehl: Diese Nischen bieten Möglichkeiten, um Modelle für eine alternative Projektentwicklung auszuprobieren, die dann aber nicht in der Nische verbleiben dürfen. »Upscaling« und »Outscaling« muss auf jeden Fall stattfinden. Vor allem beim Gängeviertel wird sehr dafür gekämpft, dass es keine einmalige Ausnahme bleibt, sondern das Gegenteil ist: ein Modellprojekt. Auch Akteur*innen des »Zählerwerks« haben diesen Anspruch. Mein Anliegen ist es, die vielfältigen Ansätze von Nutzer*innen zur Modellhaftigkeit weiterzuentwickeln, um weitere nutzer*innengetragene Projekte zu unterstützen. Das soll dann bitte auf keinen Fall alles wie z. B. das Gängeviertel sein, denn die Bedürfnisse der Menschen sind sehr verschieden. Grundsätzlich geht es mir darum, in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort sowie den materiellen Potenzialen von Orten unsere Städte behutsam zu entwickeln. Stadt- und Quartiersentwicklung so zu denken, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schlüssel für eine Postwachstumsgesellschaft.

Make plastic positive again/plastic region
Neue Ideen aus Offenen Werkstätten

Ein Interview mit Fridolin Pflüger, durchgeführt von Meret Batke, Mai Anh Ha und Bastian Lange

Der Konglomerat e.V. mit seiner Werkstatt im »Rosenwerk« ist ein Co-making Space des gemeinsamen Lernens und Handelns, der ehrenamtlich und kollektiv betrieben wird. Neben der Umsetzung eigener Projekte, die auf einem nachhaltigen Praxisansatz Materialien denkt und verwertet, unterstützt der Verein soziale, handwerkliche, kulturelle und künstlerische Projekte aus der Zivilgesellschaft. https://konglomerat.org/

Was ist der Konglomerat e. V., und was macht ihr in Dresden?

Fridolin Pflüger: Ursprünglich ging es los mit einem Ladenlokal, dem »Werkstattladen«, den sich sechs Freunde privat gemeinsam gemietet haben, weil sie Bock auf Siebdrucken hatten. Dadurch, dass sie gerne Festivals und Konzerte organisiert und immer die Plakate selber gemacht haben, was immer eine Riesensauerei war, wenn man das auf der Bettdecke macht, wurde ein gemeinsamer Ort gesucht.

Es gab diesen Modus von »wir sind ein DIY-Festival, dann kommen tausende Leute, konsumieren was weg, und danach muss man ganz viel aufräumen« – das hat auf jeden Fall auch enttäuschende Aspekte. Und eigentlich wurde festgestellt, dass das, was ganz besonders inspirierend oder eigentlich der schönste Teil an diesem Festival/Bauprozess war, vorher stattfand – nämlich das gemeinsame Herstellen. Zu gucken, mit dem, was da ist, was geht denn eigentlich und die Werkzeuge zu teilen und sozusagen produktiv tätig zu sein, ohne eine ultimative Verzweckung. Ich selber war damals noch nicht bei der Crew dabei, aber habe die gleiche Erfahrung mit anderen Leuten gemacht. Deswegen sind wir gut zusammengekommen ein paar Jahre später, weil viel von dieser Haltung und aus dieser Erfahrung, unkommer-

zielle Festivals zu bauen, trägt sich da irgendwie weiter in der Produktivität oder in dem Ansatz.

Was fand im Ladenlokal statt?

Fridolin Pflüger: Der »Werkstattladen« hat 2009 aufgemacht, hatte ein Schaufenster und war auch mitten im Wohngebiet, und es kamen immer mal Leute rein, man kannte sich auch im Kiez und so, und dann hatten Leute mal Bock, dort zu kochen oder eine kleine Kunstausstellung zu machen. Die Holzwerkstatt hat auch immer eine Rolle gespielt, manchmal wurde der ganze Siebdruckkram zur Seite geräumt, um etwas zu sägen; und dann kamen irgendwann Leute rein, die von dieser Fab-Lab-Bewegung gehört hatten; damals gab es sonst in Dresden nur eine größere Halboffene Holzwerkstatt, aber es gab kein Makerspace oder so; und die haben gesagt »Lass mal so ›Fab Lab Dresden‹ machen irgendwie«, und wir waren schon im Verbund der Offenen Werkstätten, hatten in der Zwischenzeit auch, um die verschiedenen Sachen abzuwickeln, die Mieten besser zu machen usw., diesen Verein gegründet, ›Konglomerat‹, das war 2012, der kam quasi nach dem Raum erst eigentlich, als Vehikel eher; der hat auch in der Satzung stehen, dass es darum geht, ein Dach zu sein, eine Plattform zu sein um alle möglichen Projekte zu ermöglichen. Und nicht nur in erster Linie: »Wir wollen hier nur eine Werkstatt machen«. Und dann kamen eben Leute, die hatten Bock auf Fab Lab.

*Wer sind die Nutzer*innen?*

Fridolin Pflüger: Ich würde sie als »Enthusiastengruppen« bezeichnen. Über den Verbund der Offenen Werkstätten hatten wir Zugang zu dem sogenannten Wander-Laser, da konnte man sich über zwei, drei Monate einen »Zing Laser« ausleihen, kostenlos. Dieser Laser piepst jedes Mal, wenn er einen Job fertig gemacht hat, und die Nutzer*innen haben wirklich daneben geschlafen auf einer Isomatte und immer, wenn es gepiepst hat, sind sie hochgeschnellt und haben eine neue Platte reingelegt. Und das zeigt die Begeisterung, die dem Ganzen innewohnt.

Welche Räume wurden innerhalb Dresdens genutzt?

Fridolin Pflüger: Es wurde noch eine andere Fläche auf der gleichen Straße angemietet, um die Holzwerkstatt einzuquartieren, die wurde nach ein, zwei Monaten gekündigt, weil in dem Wohnviertel die Sanierung losging und es Stress mit den Nachbarn gab wegen der Lautstärke. Zudem gab es viel zu wenig Platz, und es war auch eher ein Laden und kein Industriewerkraum, so wie jetzt. Der alte Raum wurde dann als Abstellkammer für ein Jahr oder so genutzt, und die eigentliche Werkstatt ist getourt durch die Stadt an verschiedenen Orten; wir haben auch an Orten, wo jetzt fest etablierte Makerspaces sind, diese pilotiert und nach einem Jahr glücklicherweise den Ort gefunden, wo wir jetzt sind. Anfangs hatten wir nicht so viele Flächen wie jetzt, es war immer so, wie wir uns es leisten konnten und wie es möglich und dringend war. Wir befanden uns in einem Modus, wo das Drahtseil, auf dem man läuft, selber gehalten wurde, es gab nie irgendeine Form von Rückhalt, Rücklage oder Sicherheit, sondern eine wachsende Gruppe an Enthusiast*innen, die das Ganze als ihr Baby sah und das mit einer unglaublichen Masse an Engagement hinbekam und dadurch wuchs.

Wie kann das Logo von Konglomerat gelesen werden?

Fridolin Pflüger: Das Logo von Konglomerat besteht aus ganz vielen Gesichtern, die in verschiedene Richtungen gucken und verschieden aussehen und zusammen einen Brei ergeben. So kann man es eigentlich auch fassen: als Container, der sagt, worum es uns geht, ist, die Kultur der Marke Eigenbau zu stärken und Möglichkeiten dafür zu erweitern, selbst Hand anzulegen. So ist auch ein DIY-Festival aufgebaut, man will beispielsweise nicht auf dem »Sonne, Mond und Sterne«-Festival Biere für 4 Euro kaufen, sondern die Kultur konsumieren, die man selber gut findet und das komplett selber machen.

*Aus welcher Motivation beteiligen sich die Nutzer*innen beim Konglomerat e. V.?*

Fridolin Pflüger: Derzeit aktiv sind viele Maker und Nerds, die »Spaß am Gerät«-mäßig auf ganz hohem Niveau die Sachen verstehen und hacken. Dann gibt es die klassische Kulturtechnikfraktion: Handwerker*innen, die Schneider*in, Zerspanungsmechaniker*in oder Tischler*in gelernt haben,

die das anwenden wollen. Daraus ergibt sich auch das Plastikprojekt, da es sozial und sozialökologisch motivierte Leute sind, die in diesem Ansatz selber mehr Möglichkeiten haben, ein Potenzial zu sehen, die Transformation, in der wir uns befinden, zu verstärken.

Wie geht ihr mit Plastik um? Wie nehmt ihr die Plastikproduktion und die regionale Verarbeitung wahr?

Fridolin Pflüger: Es gibt das Open-Source-Hardware-Projekt precious plastic – das war der Ausgangspunkt für unsere Geschichte im Prinzip. Es gibt viel Open-Source-Hardware in allen möglichen Bereichen, aber die ist eigentlich immer eine total nerdige Angelegenheit. Wir haben z. B. auch einen Laser-Cutter selber gebaut, da muss man echt Bock haben, sich da reinzufixen. Was precious plastic zum ersten Mal gemacht hat, noch dazu auf so einem Gebiet, was sozusagen unbeackert war, nicht nur Open-Source-Maschinen zu entwickeln, sondern auch nach einem Standard anzupassen, der weltweit gedacht ist, also der so low tech ist, dass man wirklich überall auf der Welt die Materialien dafür beziehen kann, manchmal natürlich schwieriger und manchmal weniger schwierig. Das Ganze, das ist mein Hauptpunkt, wird attraktiv dokumentiert im Internet, und zwar mit Farbfeldern, handschriftlichen Zeichnungen, die sich bewegen, YouTube-Videos – und nicht mit krassen Forumsbeiträgen und Github usw., wo die Eintrittshürde so extrem hoch ist. Die Videos gehen sechs bis sieben Minuten, und du siehst, wie etwas zusammengeschweißt wird, natürlich gehen die nicht in die Details rein und wenn du es selber machst, dauert alles viel länger, aber es schafft eine Zugänglichkeit für eine Technologie, ein Wissenstransfer auf eine Art und Weise, die mir so noch nicht untergekommen ist. (preciousplastic.com: Maschinenvideos, Zubehör bauen, Karte mit allen Initiativen auf der Welt, ein Forum, ein monatliches Video für Updates aus der Community.)

Plastik war natürlich schon Thema vor fünf Jahren, aber nicht so präsent wie jetzt. Es war auf jeden Fall etwas, wo sich etwas in der Wahrnehmung ändern muss, auch wenn noch nicht viel Hintergrundwissen besteht; es hat genau unsere Begeisterung angesprochen für dieses Selbermachen.

Das Besondere an unserer Werkstatt ist, wie viele verschiedene Bereiche es gibt und wie sie ineinandergreifen. In dem Zusammenhang ergibt es total Sinn, Kunststoff sinnvoll verarbeiten zu können und nicht nur immer mit dem 3-D-Druck zu experimentieren, der wirklich zu sehr wenig zu ge-

brauchen ist im Vergleich zu dem, was die öffentliche Wahrnehmung aufnimmt.

Kann Plastikverarbeitung ein neues regionales Narrativ ergeben?

Fridolin Pflüger: Die Werkstätten sind von unten heraus nach Bedarf entstanden, völlig selbstorganisiert. Mit dem Plastikthema gab es eine große Ausschreibung von »Transition Town«, die von Dachorganisationen in das Bundesumweltministerium lobbyiert wurde. Die Ausschreibung hieß »kurze Wege für den Klimaschutz« – Klimaschutzaktivitäten auf nachbarschaftlicher Ebene unter der Kommune sozusagen, da wo Deutschland bis jetzt nicht tätig geworden ist.

Wir haben diese Ausschreibung gesehen und haben es aus dem normalen Betrieb nicht mehr geschafft, die Maschinen nachzubauen, deswegen habe ich angefangen, dafür einen Antrag zu schreiben. Da es für mich das erste Mal war, hat es sehr lange gedauert. Gleichzeitig kamen Leute von der Uni, die die Videos auch gesehen haben und sich 2000 Euro für das erste Material organisiert hatten, aber keine Räume hatten, die so flexibel nutzbar waren (Metallwerkstatt, die abends genutzt werden kann) wie bei uns; deswegen haben die uns angefragt, ob die unsere Räume benutzen können, was dann perfekt zusammengepasst hat, dass die schon mal testen konnten, während ich den Antrag fertig gemacht habe, und der ging auch durch.

Der Förderzeitraum ging vor zwei Jahren los, da hatten wir auch schon erste Erfahrungen gesammelt, und haben es durch diese Förderung zum ersten Mal geschafft, eine Offene Werkstatt und Recycling und DIY-Thema als strukturierten Bildungsinhalt mit einer wirklich komplexen Wirklogik mit einem schnellen Erfolgserlebnis zu verbinden (so: ich treff' was in der Fußgängerzone, ich kann nichts falsch machen, ich finde es interessant, weil ich noch nie Kunststoff verarbeitet habe, außer ein paar Leute aus der DDR, die mal im Werkunterricht der Schule damit gearbeitet haben), weil Spritzguss hat noch nie jemand gemacht.

*Welche Resonanz bekommt ihr von der Nachbar*innenschaft zurück?*

Fridolin Pflüger: Die stehen immer Schlange bei uns, egal wo wir auftreten, und innerhalb von fünf Minuten kannst du dir aus geschreddertem Plastik, es kann auch dein eigenes sein, eine Wäscheklammer oder ein Lineal

spritzen, indem du einen Hebel runterdrückst. Ein schnelles Erfolgserlebnis, das ist etwas, was bei vielen unserer Werkstätten fehlt, da muss man schon eher Bock haben und dranbleiben, bis es funktioniert und bis es da ist, und dann kann man sich da immer weiter vertiefen und beispielsweise selber Produktdesigner*in werden, selber Maschinenbauer*in, Werkzeug- und Formbauer*in oder sich mehr mit den ökologischen Sachen beschäftigen, Projektwochen machen, Schultage und vieles mehr.

Welche größeren Ziele werden verfolgt?

Fridolin Pflüger: In dem Projekt konnte man sich einen Blick verschaffen, die Fühler ausstrecken, was das, was wir hier im Kleinen machen, eigentlich mit der großen Abfallwirtschaft zu tun, der echten Wirtschaft sozusagen. Sich mit den Konstellationen innerhalb der Wirtschaft auseinanderzusetzen, was wir bisher noch nicht auseinanderbekommen haben, wer ist jetzt Entsorger, Recycler, Versorger, Verarbeiter, Brand Owner, OEM etc. hat uns geholfen. Durch Vernetzung in der Gegend, sowohl mit der Entsorgungs-/Recyclingswirtschaft als auch mit der Verarbeitungsindustrie, die mit den Kunststoffen arbeitet, kennen wir mittlerweile aus allen Bereichen ein paar Leute und Verbände, von denen ein paar etwas aufgeschlossener sind, ein paar nicht.

Wir waren auch an verschiedenen Anlässen dabei, bei denen wir uns und das Projekt vorgestellt haben, und haben dadurch ziemlich besondere Einblicke bekommen, die wir vorher nie so hatten, da wir vorher nie so viel mit dem Mittelstand zu tun hatten.

Und wir hatten vorher schon Kontakt zu Handwerkerbetrieben, aber nie so ganz mit der kompletten Branche. Das Thema Kunststoff und warum das an sich funktioniert, ist an sich sehr komplex, und das merken wir daran, wie wir daran arbeiten, weil wir das selber machen und weil Arbeitszeit bei uns keine Rolle spielt und wir nicht die industriellen Effizienzen brauchen, sondern es um das Erleben, Anfassen und die Einzelteilproduktion geht. Durch die anderen Maßstäbe merken wir schon, dass, wenn man gewisse Dinge bedenkt, keine Probleme auftreten, prototypisch Dinge herzustellen, die 100 % recycelt sind, mit dem Material, was vorhanden ist. Und man fragt sich, wieso das auf industriellem Maßstab nicht funktioniert, man kennt ja die ganzen Schreckensnachrichten, was alles verbrannt wird und verschifft wird, und dann nimmt es China doch nicht etc. Das Ganze wird bei uns in

den Containern, wo die Werkstatt drin ist, konkret. Ich kann es erfahren, kann Dinge begreifen, mit einer Selbstwirksamkeit körperlich verstehen und Zugang finden. Es ist natürlich bei uns noch am extremsten passiert, nicht nur bei den Teilnehmer*innen, für die wir die ganzen Angebote machen; wir haben einen Kollegen, der sagt immer, er unternimmt »eine Reise der Wiedererkennung« und pflegt eine sich langsam aufbauende Liebesbeziehung zu diesem Material, was eigentlich in der Schmuddelecke stand.

Wie kann Plastik als Ressource verstanden und übertragen werden?

Fridolin Pflüger: Das Problem ist nicht: »Kunststoff oder nicht Kunststoff«, sondern eher der Umgang damit, das ist auch die jetzige Vision, an diesem Umgang zu arbeiten. Das können wir jetzt machen, indem wir die Schulklassen oder die Passanten oder die Besucher unserer Werkstatt begeistern und diese Einblicke ermöglichen. Aber wenn man jetzt guckt, bei welchen Mengen unsere Verarbeitung aufhört und wo die Verarbeitung losgeht von der Industrie, da ist schon ein ziemlicher Abstand dazwischen.

Das ist der Punkt, an dem wir jetzt stehen – das Förderprojekt ist vorbei, und wir überlegen in zwei Richtungen. Einerseits, wie können wir die Kunststoffschmiedler*innen mit dem ganzen Bildungsbetrieb auf andere solide Beine stellen, da gibt es erste Bausteine. Wir wollen andererseits zudem innerhalb von acht bis zehn Monaten eine Firma nebenher gründen, die aufbauend auf den Erfahrungen, die wir gemacht haben, das Ganze in die Industrie trägt, d. h. die Hürden abbaut, die in den industriellen Prozessen bestehen, um zum Firmarecyclen zu kommen.

Welchen Bezug gibt es zur Region Lausitz?

Fridolin Pflüger: Ein zentrales Narrativ, was wir da aufgreifen wollen, ist, wie begeistern wir eine breite Öffentlichkeit, die vielleicht nicht so materialaffin ist wie wir. Diese Vision, wie kann für Lausitz oder generell für eine Abbauregion von fossilen Energien eine Vision entstehen, die auch Industrie beinhaltet, da sind wir jetzt nicht so, dass es alles zurückgebaut werden muss – alles –, aber trotzdem nicht nur in einer Verteidigungshaltung verharrt oder wie kurz dieser Wertschöpfungsabschnitt ist, den ich normalerweise in meiner Firma mache. Und dann krieg ich krasse Anforderungen

und habe einen krassen Markt, den ich bedienen muss, der Handlungsspielraum ist nicht groß.

Was wir machen, ist den ganzen Kreislauf vor Augen zu haben, indem man Marketing, Zertifizierungen, Produktdesign und Beratung für diese Firmen macht, als grobe Bereiche. Mit dieser Vision beispielsweise in der Ressourcenregion Lausitz, ein Kohleding, wo alle wissen, dass es jetzt langsam vorbeigeht, warum denn jetzt nicht den unendlichen Plastikmüll, den wir überall rumliegen haben, als Ressource begreifen, den wir hochtechnisch weiterverarbeiten und dadurch auch ein Stück Identität an die Stelle rücken können.

Ist Konglomerat e. V. ein Postwachstumsprojekt?

Fridolin Pflüger: So richtig ausdiskutiert ist der Begriff nicht; auf der praktischen Ebene einigen wir uns auf Dinge, und natürlich gibt es eine politische Grundrichtung, aber es gibt keine »abgestimmten Positionen« zu Begriffen. Aus meinem Blickwinkel halte ich den Begriff zu eingeschränkt als »one size fits all«-Kampfparole.

Zum Beispiel Lausitz, das ist Wachstum für einen Industriezweig, der dann mehr und mehr von den Sekundärmaterialien verarbeiten will für eine ganze Weile und der vielleicht den Anspruch haben wird, sich auszubreiten auf andere Regionen, wo Kunststoff verarbeitet wird und wo Kunststoff anfällt. Ich denke nicht, dass das so richtig Postwachstum ist, sondern die entscheidenden Fragen im Ressourcenverbrauch liegen oder der Möglichkeit, komplexe Probleme anzugehen auf verschiedene Art und Weisen. Ob das dann nun wächst oder nicht, ist in meinen Augen dann relativ egal – aber das sehen andere natürlich anders.

Welche Haltung zu Plastik wollt ihr vermitteln?

Fridolin Pflüger: Schritt für Schritt machen Leute, was möglich ist, empfinden dabei Selbstwirksamkeit – und im nächsten Schritt größer denken und dass das Netzwerk größer ist. Andere Strukturen der Entwicklung und der Wissensgeneration, die völlig unterschätzt ist an vielen Punkten, wie aus so was Dezentralem jetzt solch große Ideen entstehen, die ja auch stabil untersetzt sind, es sind ja nicht nur Luftschlösser.

Kann die Region Dresden zu einem Kompetenzraum für einen postwachstumsbezogenen Umgang mit Plastik werden?

Fridolin Pflüger: Relokalisierung und kleinteilige Produktion, lokales Wirtschaften als wichtiger Punkt. Unsere Werkstatt schafft es nicht, Produktion zu leisten für eine relevante Menge an Konsumgütern oder Versorgungsstruktur, aber sie macht es vor und ermöglicht es zu entwickeln, und das ist ein wichtiger Aspekt, wenn ich diese neuen Ressourcen und Entwicklungsdinger, Abfallwirtschaft kaufe, dann kaufe ich nicht nur die Kreislaufwirtschaft, sondern den gesamten Ort (Bsp. Lausitz oder Rheinisches Revier).

»Hobbyhimmel«
Eine Offene Werkstatt im Kontext von Postwachstum

Interview mit Martin Langlinderer, Gründer des »Hobbyhimmels«, Stuttgarts erster und größter Offenen Werkstatt, die 2015 ihre Türen für die Öffentlichkeit geöffnet hat

Postwachstum spielte von Anfang an eine zentrale Rolle im Projekt. Durch die gemeinschaftliche Nutzung von Werkzeugen und Maschinen soll Menschen die Möglichkeit gegeben werden, Dinge selbst herzustellen und zu reparieren und dabei alte und neue Fähigkeiten und Beziehungen zu Materialien und Gegenständen (wieder) zu erlernen.
Durch die gemeinschaftliche Nutzung der Werkstatt werden Werkzeuge und Wissen geteilt. Dies sorgt nicht nur für einen effizienteren Umgang mit der Ressource »Werkzeug«, sondern ermöglicht auch gegenseitiges Lernen und gemeinsames Tun.
Nebenbei stellt die Werkstatt auch nachhaltigkeits- und sozialorientierten Organisationen ihre vollausgestatteten Räumlichkeiten bereit, teils umsonst, teils gegen Spende, und unterstützt diese dadurch in ihren Tätigkeiten.
Mehr als 40 Ehrenamtliche tragen den »Hobbyhimmel«, der sich ohne Fördergelder komplett eigenständig finanziert.
Interview durchgeführt von Benedikt Schmid

*Könntest du für die Leser*innen kurz beschreiben, was der »Hobbyhimmel« ist und wie das Projekt funktioniert?*

Martin Langlinderer: Der »Hobbyhimmel« ist die erste Offene Werkstatt in Stuttgart. Das kann man sich wie folgt vorstellen: eine große Halle mit mehr als 300 qm, in der sich sehr viel Material, Maschinen, Werkzeuge und Ausrüstung befindet und die wir quasi der Öffentlichkeit, vor allem Privatmenschen, zur Verfügung stellen. In der Halle gibt es verschiedene Bereiche für die handwerkliche Arbeit mit Holz, mit Metall oder mit Textil, darüber hinaus aber auch Bereiche für Elektronik, Fahrradreparaturen sowie moderne Produktionstechnologien – Fab Lab [für Fabrication Laboratory, Anm. d. Red.] mit Laser-Cutter, 3-D-Drucker, CNC-Fräse.

Also aus allen möglichen handwerklichen Bereichen bieten wir die Ausstattung an, und es geht vor allem darum, dass Menschen, die sonst keinen Zugang zu Werkzeugen und Maschinen haben, oder diese nur selten brauchen, die Werkstatt gemeinschaftlich nutzen. Wir haben sieben Tage die Woche für jeden geöffnet, vor allem abends und am Wochenende. Die Werkstatt wird ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben. Wir haben zwischen 40 und 50 Ehrenamtliche, die sich um das Projekt kümmern und in ihrer Freizeit die Thekenaufsicht machen – das heißt, die Werkstatt öffnen, abrechnen und für Informationen zur Verfügung stehen – Einweisungen geben und Kurse anbieten.

Ein besonderer Punkt ist, dass wir komplett eigenfinanziert sind. Das heißt, wir haben keine externen Fördermittel, mit denen wir arbeiten, sondern das Projekt finanziert sich mittlerweile – 2019 im vierten Jahr – komplett eigenständig und ist auch profitabel.

Die Nutzergruppen der Werkstatt sind sehr unterschiedlich. Den Hauptteil machen Privatleute aus, die einfach daheim keine Möglichkeiten für handwerkliche Arbeiten haben –, weil sie keinen Lärm machen können, weil sie keinen Schmutz machen können, weil sie nicht das nötige Werkzeug haben und sich das für eine gelegentliche Anwendung in der Regel auch nicht lohnt. Aber es gibt natürlich noch andere Nutzergruppen. Neben den privaten gibt es auch gewerbliche Nutzer, die in der Werkstatt Produkte herstellen oder Prototypen anfertigen. Wir haben auch Weiterbildungsangebote von privaten Hochschulen oder anderen Bildungsträgern, die die Werkstatt vor allem tagsüber nutzen. Des Weiteren machen wir Teamevents mit Firmen, und nicht zu vergessen sind die vielen gemeinnützigen Organisationen, welche die Werkstatt für ihre Projekte benutzen.

Getragen wird der »Hobbyhimmel« von einem Verein, dem Verein zur Verbreitung Offener Werkstätten, der sich eben dem Ziel verschrieben hat, das Thema Offene Werkstätten aktiver in die breite gesellschaftliche Wahrnehmung zu bringen.

Kannst du kurz sagen, welche Rolle das Projekt für eine Postwachstumsökonomie spielt bzw. wie der »Hobbyhimmel« aus einer Postwachstumsperspektive beschrieben werden kann?

Martin Langlinderer: Postwachstum ist für mich das Gegenteil von dem, das die meisten gerade glauben: dass wir eben immer mehr produzieren, immer

mehr verkaufen, immer mehr konsumieren können und das zulasten der globalen, uns zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Postwachstumsökonomie ist ja quasi der Gegenpol, der besagt, dass es auch ohne ständiges Wachstum geht. Wir müssen wesentlich effizienter mit Ressourcen umgehen und dazu suffizienter werden, wodurch wir auch unabhängiger von externen Einflussgrößen werden.

In unserem praktischen Beispiel geht es erstens darum, dass die Leute lieber gutes Werkzeug gemeinsam nutzen, anstatt dass sich jede*r günstiges Werkzeug selbst kauft. Außer den Werkzeugen teilen sich bei uns die Menschen zudem auch das Wissen. Wenn mehrere Leute sich an einem Ort treffen und ihr Know-how austauschen, können alle voneinander profitieren.

Ein wichtiger Punkt neben dem Teilen ist zweitens auch das Thema reparieren, also Dinge, die schon bestehen, mit wenig Aufwand länger am Laufen zu halten. Reparatur wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr erschwert – über schlechte Ersatzteilversorgung, geplante Obsoleszenz. Vor allem über unsere regelmäßig stattfindenden Repaircafés wollen wir Reparatur so einfach wie möglich machen, indem Leute Zugang zu Spezialwerkzeug und zu dem nötigen Wissen bekommen.

Und drittens, das Thema Selbermachen. Zu Dingen, die ich selber hergestellt habe, habe ich einen anderen Bezug und nutze sie tendenziell länger, da weiß ich, welche Arbeit ich da reingesteckt habe.

Über die Aktivitäten der privaten Nutzer*innen hinaus unterstützen wir auch lokale Initiativen, die sich mit Nachhaltigkeitsthemen auseinandersetzen. Die können bei uns sehr günstig, meistens auch umsonst, die Werkstatt nutzen und dadurch einfacher ihre Projekte und Aktionen umsetzen, die eben auch in die Richtung Postwachstumsökonomie gehen.

Der »Hobbyhimmel« wird seit einiger Zeit vom »Verein zu Verbreitung Offener Werkstätten« e. V. getragen. Kannst du etwas dazu sagen, was es damit auf sich hat?

Martin Langlinderer : Also der Grundgedanke der Werkstatt war von Anfang an: Eine Werkstatt ist schön, viele Werkstätten sind viel schöner. Wenn man viele Werkstätten öffnen und betreiben möchte, ist das jedoch ein großer Aufwand. Unser Ansatz ist es, dies so einfach wie möglich zu gestalten. Daraus hat sich ein *Social-Franchise-Konzept* entwickelt. Das heißt, wir stellen das ganze Know-how, das wir erarbeitet haben – die ganzen Dokumente, die

Prozesse –, kostenfrei und auf Open-Source-Basis anderen Menschen zur Verfügung. Dazu geben wir Beratung vor Ort, damit neue Werkstätten eben nicht alles von Null lernen müssen.

Dazu haben wir den Trägerverein gegründet, der sich dem Ziel verschrieben hat, anderen Werkstätten beim Aufbau, bei der Gründung behilflich zu sein und denen, was auch immer wir abgeben können, zur Verfügung zu stellen. Wir sammeln auch Werkzeuge von Spenden durch Firmen, Schulauflösungen, die wir dann weiterreichen. Wenn mehrere Werkstätten nach dem gleichen Prinzip arbeiten, dann wird die Gründung jeder weiteren Werkstatt nochmal einfacher.

Und das Ziel ist, dass in jedem Stadtteil Werkraum sehr niederschwellig für die Menschen zur Verfügung steht, das heißt sehr kurze Lauf- oder Bezugswege zu einer Offenen Werkstatt und eine sehr einfache Zugänglichkeit. Deswegen sind bei uns die Kernpfeiler, dass wir sieben Tage die Woche geöffnet haben. Auch preislich ist unsere Werkstatt sehr niederschwellig, was eben auch zur Akzeptanz beiträgt, und zuletzt auch das breite Angebot und vielseitige Sortiment an Werkzeug. Wir haben in allen möglichen Bereichen Werkzeuge und Ausstattung. Das ist eben ein gesamtheitlicher, niederschwelliger Ansatz, den wir da verfolgen. Das sind die Bausteine, mit denen wir versuchen, das Thema Offene Werkstätten wirklich in die Breite zu bringen und damit die Wirkung zu erhöhen.

Wenn du dir vorstellen würdest, dass Personen aus der Stadtplanung und Lokalpolitik auf dich zukommen und euch unterstützen möchten in eurem Vorhaben. Was würdest du dir von den Personen wünschen?

Martin Langlinderer: Ich würde mich natürlich freuen, wenn diese Leute auf uns zukommen würden. Da könnte man natürlich sagen, dass wir kostenlose Räumlichkeiten oder eine Anschubfinanzierung wollen. Grundsätzlich denke ich, dass es wichtig ist, dass Städte und Gemeinden Offene Werkstätten als wichtigen gesellschaftlichen Baustein sehen und selbst den zukünftigen Aufbau übernehmen oder zumindest fördern.

Für mich haben Offene Werkstätten einen ähnlichen Stellenwert wie ein Jugendhaus, ein Schwimmbad oder eine Bibliothek. Das sind alles Einrichtungen, die für alle zugänglich sind und durch öffentliche Gelder gefördert werden. Diese Einrichtungen sind ein wichtiger Bestandteil für die Gesell-

schaft: für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die persönliche Entwicklung, für Wissensaustausch und so weiter.

Das sind ja alles wichtige Einrichtungen, aber auch die werden immer nur von einem Teil der Bevölkerung genutzt. Und da sehe ich eben Offene Werkstätten, die werden auch von gewissen Leuten genutzt und ähnlich wie eine Bibliothek, um mal bei dem Beispiel zu bleiben, tragen sie sehr viel zur Wissensgenerierung und Wissensverbreitung bei. Vielleicht nicht zwingend auf der intellektuellen Basis, aber im Bereich des praktischen Wissens: altes handwerkliches Wissen, aber auch neue technische Kompetenzen. Der gegenseitige Austausch ist dabei ein ganz wichtiger Bestandteil, weil wir sonst alle, überspitzt formuliert, zu einfachen Konsumenten degenerieren, die das, was man ihnen sagt, einfach glauben: Das ist nicht reparabel, das muss so verklebt werden, da gibt es keine Ersatzteile, das musst du wegschmeißen und neu kaufen, der Stoff hält halt nur drei Wäschen. Man verdummt zusehends als Konsument, wenn man sich damit nicht auskennt und dann kann man auch keine aktiven, bewussten Entscheidungen im Sinne einer Postwachstumsökonomie treffen, wo es um langlebige, ressourcenschonende Produkte und Prozesse geht.

In Bezug auf Offene Werkstätten sollten sich Politik und Planung das Prinzip der Bibliothek zum Vorbild nehmen: Ich habe in jedem Stadtteil eine Stadtteilbibliothek bzw. Werkstatt und habe vielleicht eine große Zentralbibliothek bzw. Werkstatt, wo eben mehr und speziellere Werkzeuge und Maschinen sind. Und wenn da die Stadtplanung denkt: »In beiden werden wichtige Ressourcen geteilt, mal Bücher, mal Maschinen aber in jedem Fall Wissen« – da gibt es so viele Parallelen, die man da schlagen kann. Also wenn du mich fragst, welchen Tipp ich für die Stadtplanung habe, dann würde ich versuchen, diese Verknüpfung im Kopf zu setzen, auf das sie das nicht mehr loslässt.

Wie stellst du dir eine Transformation über das Thema Offene Werkstätten hinaus vor?

Martin Langlinderer: Mein Ansatz ist der der kleinen Schritte und des Vorlebens. Ich versuche jedes Mal bewusst zu überlegen, was ich kaufe und wo ich hingehe. Da sündige ich bestimmt auch, also dass ich nicht immer die ökologischste, suffizienteste und effizienteste Entscheidung treffe. Wichtig für mich ist auch, dass ich meine Arbeitskraft nicht mehr ausschließlich in

die reguläre Wirtschaft einbringe, sondern hauptsächlich in andere Themen, die ich für gesellschaftlich relevanter halte. Dadurch habe ich deutlich weniger Geld als früher, aber mehr Spaß und mehr Freiheiten.

Ich denke schon, dass man da den ein oder anderen zum Nachdenken, zu kleinen Schritten anregen kann. Aber es ist ein langer und kleinteiliger Prozess, der wohl nicht von oben kommen wird. Daher braucht er von unten eine solide Basis. Aus der Politik heraus wird sich vermutlich nicht so viel verändern, also ist es für mich ein Bottom-up-Prozess.

Vielen Dank für das interessante Gespräch.

Quartierhöfe als neue Orte der Teilhabe und Selbstversorgung

Ein Interview mit Heike Brückner und Jan Zimmermann, durchgeführt von Mai Anh Ha, Meret Batke und Dr. Bastian Lange

Mit der »Urbanen Farm Dessau« wurde im Dessauer Quartier »Am Leipziger Tor« das Projekt eines Quartierhofs entwickelt. Dahinter steht die Idee, Strategien der Nah- und Selbstversorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und erneuerbaren Energien praktisch zu erproben. Entstehen soll eine urbane Farm, die gleichzeitig als neuartiger Lernort dient, an dem ökonomische Wertschöpfung mit Bildungs- und Sozialarbeit verknüpft wird. www.urbane-farm.de
Heike Brückner ist Landschaftsarchitektin mit den thematischen Schwerpunkten »Postindustrielle Kulturlandschaft« und »Produktive Stadtlandschaften«. Seit 2010 forscht sie zur postfossilen Stadt- und Regionalentwicklung und initiierte das Projekt der »Urbanen Farm Dessau«. Sie bringt unter anderem Kenntnisse aus der Permakultur in das Projekt ein.
Jan Zimmermann ist diplomierter Gartenbauingenieur und Inhaber einer Firma für ökologischen Gartenservice in Dessau. Seit Beginn des Projekts bringt er sich als Anleiter, Gärtner, Ideengeber und Vordenker ein.

Was ist die »Urbane Farm Dessau«?

Jan Zimmermann: Wir haben in Dessau Grünflächen, welche wir versuchen, nutzbar zu machen. Da bieten sich verschiedene Dinge an, z. B. die Lebensmittelproduktion oder die Gewinnung von erneuerbaren Energien. Ein ganz wichtiger Punkt bei der Urbanen Farm ist auch die Bildung, die da mitreinspielt, denn wir machen das natürlich nicht nur für uns, sondern auch für interessierte Menschen und Kinder, die etwas lernen wollen und einen Bedarf an Bildung haben.

Was charakterisiert das Projekt?

Jan Zimmermann: Die Fläche ist unmittelbar umgeben von etwa fünfgeschossigen Plattenbauten. Wir sind auf der freien Wiese dazwischen. Das Projekt

wächst insofern jedes Jahr ein Stückchen, als dass die Fläche jedes Jahr etwas vergrößert wird. Was darauf wächst, sind beispielsweise Gemüse, Kräuter oder Kartoffeln.

Heike Brückner: Wir kommunizieren unser Projekt gern als »Quartierhof« – eine Art städtischer Bauernhof, dessen Flächen gemeinsam mit Nachbar*innen und Menschen aus dem Quartier bewirtschaftet werden. Wir stellen dabei die Frage danach, was wir eigentlich alles brauchen, um uns in der Stadt selbst mit Nahrungsmitteln oder auch mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Also wie sich z. B. ein Kreislauf von Bodenverbesserung organisieren lässt oder wie ein Abfallwirtschaftskreislauf entstehen kann. Letzteres haben wir bereits mit Kindern in einem Bildungsprojekt ausprobiert, indem wir in einer kleinen Minibiogasanlage Essensreste vergoren haben. Mit dem Gas kochen wir dann Tee und mit den Resten aus dieser Minibiogasanlage düngen wir dann wieder die Beete – einfach, um solche Kreislaufe zu zelebrieren und zu demonstrieren.

Wie ist der Quartierhof räumlich abgegrenzt?

Jan Zimmermann: Es sind mehrere einzelne Segmente, die zusammen eine Anbaufläche von etwa 500 bis 600 Quadratmetern ergeben.

Heike Brückner: Ich würde den Quartierhof als dezentralen Bauernhof bezeichnen, jedoch nicht unbedingt traditionell mit einem Gehöft in der Mitte, von dem aus dann in Strahlen oder Ringen Beete und Felder kultiviert werden. Sondern eher nach dem Prinzip, dass immer dort, wo auch ein Akteur mit uns angefangen hat zu kooperieren, wie z. B. die benachbarte »Volkssolidarität« oder das Frauenzentrum, dass dort dann auch etwas entstanden ist. Beispielsweise ein Hochbeetgarten, eine Streuobstwiese oder eben das Kartoffelfeld.

Wie ist das Netzwerk um den Quartierhof aufgebaut?

Jan Zimmermann: Wir haben von Anfang an einen Gärtnertreff aufgebaut, der immer mittwochs für zwei bis drei Stunden am Nachmittag stattfindet. Da ist jemand von uns anwesend, und dann kommen die unterschiedlichsten Menschen dazu, von der Rentnerin bis zu den Kindern, die dort auf

ihrem Schulweg vorbeikommen. Menschen aus dem Quartier, aber zum Teil auch Menschen, die aus den Vororten kommen. Diese stoßen dazu, weil sie das Projekt spannend finden und mitmachen möchten.

Heike Brückner: Es beteiligen sich zwischen ca. 3 und 13 Leuten. Im Winter sind es etwas weniger, im Sommer sind wir dafür manchmal auch 15 bis 20 Leute.

Besitzen Sie die Flächen?

Jan Zimmermann: Wir nutzen sie in Absprache mit dem Eigentümer ohne ein kompliziertes Vertragswerk.

Heike Brückner: Der Vorteil für die Eigentümer ist, dass die Flächen gepflegt sind.

Folgt das Projekt der Idee einer Allmende?

Heike Brückner: Ja, wir orientieren uns an dem Prinzip einer Allmende im Sinne einer gemeinschaftlich zu bewirtschaftenden Fläche. Es wird gemeinsam darüber entschieden, was wo angebaut wird oder wo z. B. eine Bodenverbesserung notwendig wäre. Welche Projekte wollen wir gemeinsam umsetzen? Sollen Tiere integriert werden, und wer kümmert sich um diese? Diese und weitere Fragen besprechen wir gemeinsam.

Jan Zimmermann: Es wurde ein Verein gegründet, der für das Projekt die Verantwortung trägt. Vor allem aber auch, um kein ganz loses Netzwerk zu sein und auch das Beantragen öffentlicher und privater Mittel möglich zu machen.

Wie wirkt der regionale Kontext von Dessau auf das Vorhaben? Auf welchen räumlichen Kontext bezieht sich das Projekt?

Jan Zimmermann: In Dessau haben wir das Phänomen, dass sehr viel Rückbau stattgefunden hat und dadurch viele Brachflächen entstanden sind, ohne zu Beginn sagen zu können, was mit diesen geschehen soll. Insbesondere im Bereich der noch vorhandenen Quartiere sind durch den Abriss von

Häusern Flächen entstanden, auf welchen sich anschließend Wildwuchs breitmachte, was den Anwohner*innen nicht unbedingt zugesagt hat. Dort haben wir dann die Idee entwickelt, die Brachflächen nutzbar zu machen. Bei der Umsetzung stellt sich dann aber die Frage, was überhaupt möglich ist. Die Vorstellung, einen Gemüsegarten anzulegen, ist simpel, aber diesen dann auch real umzusetzen auf so einer Brachfläche, ist etwas ganz Anderes. Das würde ich als den spezifischen Dessauer Kontext beschreiben, dass wir über viele Flächen verfügen und durch den Rückbau neue Freiflächen entstanden sind.

Vor welchem Hintergrund ist das Projekt entstanden und welche Ressourcen bietet Dessau an?

Heike Brückner: Den Hintergrund bildet das Thema Schrumpfung, Shrinking Cities, und wie man Städte ohne Wachstum planen und gestalten kann. Die »Stiftung Bauhaus Dessau« hat sich zwischen 2002 und 2010 intensiv mit dieser Frage beschäftigt, insbesondere, welche Instrumente es dafür braucht. Im Rahmen der »Internationalen Bauausstellung« (IBA), Stadtumbau 2010, haben wir beispielsweise ein Instrument entwickelt, wie man Bürger*innen gewinnen kann, für frei gewordene Flächen eine Patenschaft zu übernehmen. In Referenz zur Goldgräberstimmung im frühen Amerika haben wir diese Flächen »Claims« genannt. Die Bürger*innen konnten sich dann 400 Quadratmeter Freifläche aneignen als Zwischennutzung oder auch über einen Gestattungsvertrag. Das ist ziemlich erfolgreich gelaufen. Die Urbane Farm versteht sich als Weiterentwicklung des Claim-Projekts.

Dann kommen natürlich die großen gesellschaftlichen Fragen hinzu. Zum Beispiel, dass die Beschaffung von Biolebensmitteln aus weiten Entfernungen ein Unding ist, wenn Dessau das Potenzial hat, diese vor Ort zu produzieren. Oder wenn Jugendliche einerseits nicht wissen, was sie in Zukunft beruflich machen wollen und wir andererseits merken, es wird händeringend eine neue Generation von Gärtner*innen gesucht, die in ökologischen Kreislaufen arbeiten können. Das sind dann die gesamtgesellschaftlichen Kontexte, welche uns da auch bewegen.

In welchem Verhältnis steht die Region zu Ihrem Quartierhof?

Heike Brückner: Wir merken, dass eine Struktur wie der Quartierhof eine Relevanz hat, wenn man über Strategien für die Transformation hin zu einer nachhaltigen, postfossilen Gesellschaft nachdenkt. Das, was wir jetzt hier erproben, ist auch für Städte relevant, die sich in einem wirtschaftlichen Wachstum befinden. Die Erfahrungen, die wir sammeln, sind durchaus auch übertragbar auf solche anderen Kontexte. Jedes Quartier, jede Gemeinde bräuchte so einen Quartierhof. Einen Quartierhof als Infrastruktur, um Leuten Teilhabe zu ermöglichen, um Zukunftsberufe zu lernen und um Kreisläufe einzuüben. Das Können zu erwerben und praktische Erfahrungen zu sammeln für das, was wir in Zukunft brauchen.

Vermitteln Sie diesen Projektansatz in andere Regionen?

Jan Zimmermann: Das Thema Urban Farming und lokale Selbstversorgung ist definitiv relevant in vielen Bereichen. Ob es Berlin, Leipzig oder Hamburg ist, überall gibt es Menschen, die Interesse daran haben, ihre Lebensmittel auf verschiedene Art selbst herzustellen. Dort fehlt natürlich häufig die Fläche, das heißt, es wird anders umgesetzt. Aber ob in einer Gemüsekiste, einem Kartoffelsack oder auf dem Balkon … Die Idee, dass es Alternativen zu den in Supermärkten angebotenen, weit transportierten, konventionell hergestellten Lebensmitteln gibt, die ist schon da. Zu uns kommen viele, die sehen wollen, wie wir es gemacht haben, die sich davon anregen lassen und die sich dann ihren eigenen Entwicklungspfad schneidern.

Welche Verbindungen gibt es zwischen Ihrem Projekt in Dessau und Projekten in anderen Städten?

Heike Brückner: Eine Besonderheit in Dessau ist, dass wir das Projekt als ein strukturbildendes Element für eine gesamtstädtische räumliche Neuausrichtung verstehen. Wir haben dafür das Bild eines »urbanen Gartenreichs« mit Stadtinseln in Landschaft geprägt.

Solche Keimzellen für Nah- und Selbstversorgung entstehen an vielen Orten, beispielsweise mit der »Stadtgärtnerei Annalinde« in Leipzig oder mit den verschiedenen Initiativen Solidarischer Landwirtschaft. Das Verbindende ist, kleinere städtische Einheiten zu bilden und die Landschaft da-

zwischen produktiv zu nutzen, um solche Kreisläufe von Nah- und Selbstversorgung entstehen zu lassen.

Wie steht die historische Idee des »Gartenreichs« in Beziehung zu dem Quartierhof?

Heike Brückner: Der Zusammenhang besteht in dem Gedanken der Produktivität. Das »Dessau-Wörlitzer Gartenreich« trägt den Leitsatz, Nutzen und Schönheit miteinander zu verbinden. Es wird jedoch häufig vergessen, dass hinter dieser ästhetischen Landschaft eine Ökonomie stand. Dezentral übers Land verteilte Höfe kultivierten die Landschaft und machten sie nutzbar.

Gibt es eine Klammer, welche die einzelnen Projekte miteinander verbindet?

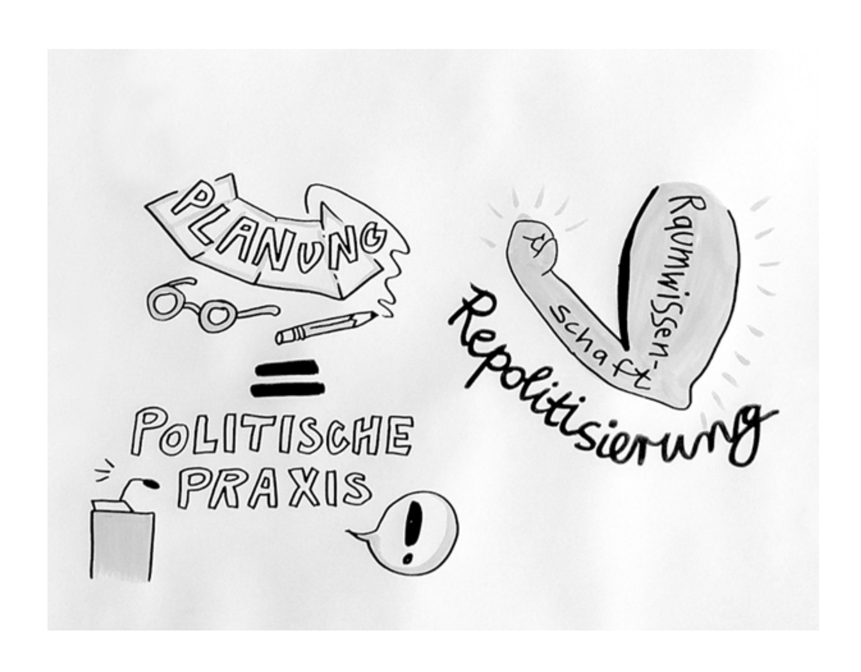
Heike Brückner: Ich denke, das übergeordnete Statement ist, dass darüber ein Raum entsteht, der verhandelbar ist, eine neue Allmende. Wenn Leute nachvollziehen können, wie ihre Lebensmittel produziert werden, entsteht ein Verständnis dafür, wie ein Kreislauf organisiert ist usw. Das ist sicher auch das Verbindende zwischen den verschiedenen Projekten an den verschiedenen Orten.

Wird das Projekt in der Region nachgeahmt?

Heike: Brückner Dieser Effekt, dass wir eine Art Impuls für eine Aktivierung auslösen, findet schon statt. Aber das Potenzial, das Projekt schon jetzt zu vervielfältigen, ist noch nicht vollständig vorhanden. Es sind ja auch immer Menschen notwendig, die Ideen dann umsetzen.

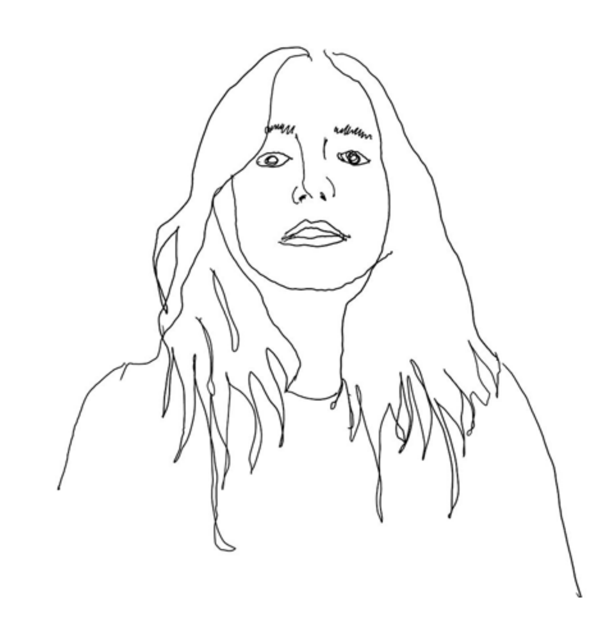
Jan Zimmermann: Es wurde ein studentisches Projekt gegründet, bei welchem ein Garten entstanden ist, der gemeinsam genutzt wird. Auch an der Hochschule besteht die Nachfrage nach Hochbeeten, welche für den Lebensmittelanbau genutzt werden sollen. Oder in Kindereinrichtungen. Wir sind schon relativ präsent in Dessau. In Gesprächen mit verschiedenen Menschen erfahren wir, dass sie kennen und schätzen, was wir tun. Das ist eine interessante Beobachtung, aber natürlich weiß man nie, aus welchen Einflüssen die konkrete Idee entstanden ist.

III. Konflikträume



»Die Notwendigkeit [für Postwachstum] ergibt sich aus Nachhaltigkeitsfragen, sozialer Ungerechtigkeit und internationalen Zusammenhängen, die in der Wachstumslogik verleugnet oder als problematisch oder notwendig eingestuft werden.«

Kim C. von Schönfeld



Provincializing Degrowth
Alternativen zu Entwicklung und der Globale Süden

Antje Bruns

1. Einleitung

Die Ausbeutung von Menschen, Rohstoffen und Natur führt zu einer Verdichtung sozialökologischer Krisen auf planetarer Ebene, in der die Zusammenhänge von Umweltwandel und Ungleichheit immer konturierter hervortreten. Zugleich verweisen die Zusammenhänge auf die internationale Arbeitsteilung: Der Globale Norden konsumiert, produziert und emittiert. Die Umweltrisiken und Umweltlasten werden externalisiert – insbesondere auf Kosten der Gesellschaften im Globalen Süden.[1] Eine grundlegende Transformation der ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster des Globalen Nordens ist also notwendig, um ein sozial gerechtes und umweltgerechtes Leben für alle zu ermöglichen, einschließlich der Menschen im Globalen Süden. Degrowth ist ein solcher Transformationsansatz, mit dem ein grundsätzlich anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Globalen Norden gefordert wird (Brand/Krams 2018). Diese Denktradition reicht zurück auf das Konzept der »décroissance«, die als Kritik an der hegemonialen Idee von Entwicklung zu lesen ist. Entwicklung als westliche Erfindung ist untrennbar mit Wirtschaftswachstum verbunden und baut auf der Ungleichheit zwischen Nord und Süd auf (Latouche 2006).

---

1 Globaler Norden und Globaler Süden sind keine geographischen Konzepte, obwohl die große Mehrheit der reichen Bevölkerung in Ländern der nördlichen Hemisphäre lebt und große Teile der armen Bevölkerung in Ländern des Südens. »Norden« und »Süden« sind eher Metaphern für soziale, ökonomische und ökologische Ungleichheit, die durch Kapitalismus und Kolonialismus auf globaler Ebene verursacht sind.

Degrowth richtet den Fokus also auf den Transformationsbedarf im Globalen Norden. Diese sehr notwendige Suchbewegung nach Alternativen muss die globalen Wechsel- und Fernwirkungen »unserer« Transformation im Blick behalten, denn die sozialökologischen Systeme zwischen Nord und Süd sind so eng verwoben, dass sozialökologische Transformationsprozesse im Globalen Norden neue Geographien der Ungleichheit im Globalen Süden reproduzieren können. Gerade also weil es um ein Gutes Leben für alle geht, sollten wir diese Beziehungsmuster mitdenken, denn primär leben wir »nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer« – wie es Stephan Lessenich ausdrückt und damit auf die globalen sozialökologischen Ungleichheiten und Ungleichzeitigen verweist (Lessenich 2018: 203). Diese Ungleichheiten, Gewinner*innen und Privilegierte auf der einen und Verlierer*innen und Marginalisierte auf der anderen Seite sind tief in das (neo-)koloniale und kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingeschrieben (Latouche 2006). Historisch reicht es weit zurück und teilt die Welt in Kolonisierte und Kolonisierende. In dieser so geschaffenen Weltordnung wurde das Projekt der europäischen Moderne hegemonial (Mignolo 2007; Quijano 2000), und daher muss sich jede Suche nach Alternativen zum kapitalistischen System mit dessen dunkler Seite beschäftigen – dem Kolonialismus. Eine Geschichtsvergessenheit würde die Verbindungslinien zwischen dem kolonial etablierten System der Ressourcenausbeutung und der eurozentrischen Welt- und Wissensordnung übersehen.

Wenngleich kritische Stimmen in der Nachhaltigkeits- und Transformationswissenschaft existieren, gehen Denkansätze und Positionen aus dem Globalen Süden eher selten in die Theorie- und Konzeptbildung sowie in politische Strategien ein. So wurde an anderer Stelle bereits auf Leerstellen im Bereich der Klimapolitik (Bauriedl 2015) oder der Stadtentwicklung hingewiesen (Bruns/Gerend 2018). Zu Recht wird gefragt, wer eigentlich für die Zukunft der Erde spricht (Lövbrand/Beck/Chilvers et al. 2015) und wer im Diskurs abwesend ist oder gemacht wird (Escobar 2016). Marginalisierung von Stimmen engt Diskurse ein und geht mit einer Dominanz und Normierung von Wissen einher – ein Prozess, der als epistemische Gewalt beschrieben wurde (Spivak 1988). Oft erfolgt die epistemische Gewalt in Form subtiler Verschleierung, beispielsweise wird sie mit der Rede von einer globalen Weltgesellschaft vollzogen, mit der die Ungleichheitsverhältnisse verdeckt werden: Die Diskrepanz zwischen der Repräsentation und Handlungsfähigkeit derjenigen, die zur sozialökologischen Krise zwar kaum beigetragen

haben, von ihr aber besonders betroffen sind, wird in einer vermeintlich integrierenden planetaren Perspektive maskiert.

Im vorliegenden Artikel bildet die historisch gewordene Ungleichheit zwischen Nord und Süd die Analysebrille, um auf unterschiedliche Rahmungen und Erzählstränge der sozialökologischen Krise und Transformationsdiskurse zu fokussieren. Dabei scheinen koloniale Kontinuitäten im Anthropozän-Diskurs auf und verdeutlichen umso mehr, dass dekoloniale Optionen in die Degrowth-Debatte eingehen müssen. Während das erdsystemwissenschaftliche Narrativ auf die planetare Ebene abzielt und einen Schleier des Nichtwissens über die Geographien der Ungleichheit legt, ist gerade die durch koloniale Praktiken und Mentalitäten hervorgebrachte Ungleichheit der Fokus und Startpunkt von Theorien und Ansätzen aus dem Globalen Süden. Als epistemischer Ungehorsam (Mignolo 2011) bieten sie dekoloniale Optionen zum eurozentrischen Denken, Wissen und Handeln und sind daher – so das zentrale Argument des Beitrags – für die Degrowth-Debatte unverzichtbar.

Das Einbeziehen von Epistemologien aus dem Süden (Escobar 2016) ist unweigerlich ein reflexiver Prozess, der einhergeht mit einem Hinterfragen der westlichen Wissensproduktion und -ordnungen; das Einbeziehen ermöglicht, kritische und alternative Denkansätze aus dem Süden – etwa Postdevelopment und Umweltgerechtigkeit – als produktives Infragestellen westlicher Theorien wahr- und aufzunehmen. So ist es möglich, die eurozentrische Sicht auf die sozialökologischen Krise im Anthropozän zu dezentrieren und zu provinzialisieren (Chakrabarty 2008).

2. Die sozialökologische Krise im Anthropozän …

Die Debatte über eine notwendige Transformation wird – auch und gerade in der deutschsprachigen raumwissenschaftlichen Debatte – stark an den Anthropozän-Diskurs geknüpft, und damit werden koloniale Kontinuitäten hervorgebracht oder auch aufgedeckt, wie später gezeigt wird. Über das Anthropozän gibt es nämlich nicht den einen linearen Erzählstrang. Vielmehr gibt es unterschiedliche Verständnisse darüber, was die Krise im Anthropozän ausmacht und welche Handlungsimperative abzuleiten sind.

2.1 … aus Perspektive der Erdsystemwissenschaften

In dieser Lesart des Anthropozäns beeinflusst der Mensch erdsystemrelevante Prozesse auf globaler Ebene, und diese Entwicklung beschleunigte sich mit der Industrialisierung und dem damit einhergehenden wachsenden Verbrauch fossiler Energie (Steffen/Crutzen/McNeill 2007). Urbanisierung und Globalisierung sind Faktoren, die zu der »great acceleration« beitragen und im Erdzeitalter der Menschen kulminieren. Für die Bestimmung der Erdzeitalter mittels des »Golden Spike« in den Sedimenten und Gesteinen und die Auslobung einer neuen stratigraphischen Ära ist üblicherweise die Geologie zuständig.

Kennzeichen und zugleich auch Triebkräfte des planetaren Wandels sind die flächenhafte und großräumige Inwertsetzung, Versiegelung und Degradation von Land und natürlicher Ökosysteme sowie die durch den Verbrauch fossiler Energie verursachten Emissionen. Diese Prozesse, welche die Verwobenheit von gesellschaftlichen mit natürlichen Prozessen markieren, resultieren unter anderem im globalen Klimawandel, einem Verlust der Biodiversität und in einer Anreicherung von Plastik in Gewässern, Böden und Tieren (Zalasiewicz/Williams/Smith et al. 2008). Die Geschwindigkeit dieses Wandels ist so hoch, das Ausmaß so groß, dass von einem Überschreiten des Tipping-Points sowie der planetaren Grenzen gesprochen wird (Steffen/Richardson/Rockström et al. 2020). Die Annahme dabei ist, dass das Erdsystem innerhalb bestimmter sozialer und biophysikalischer Grenzen dynamisch und variabel ist und zentrale Funktionen erbringen kann. Werden hingegen Kipppunkte überschritten, so verhält sich das sozialökologische System nichtlinear und außerhalb Regulationsreichweite. Um diesen sozialökologischen Kollaps zu verhindern, benötige es politische Interventionen für eine Transformation. Auf internationaler Ebene werden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) als hoffnungsvolles Instrument dafür angesehen. Sie finden nunmehr auch auf nationaler und subnationaler Ebene Anwendung, um eine nachhaltige und gerechte Zukunft durch das Zusammenwirken von staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen zu fördern und zu flankieren. Obwohl die SDGs keine rechtliche Verbindlichkeit entfalten, ist der darin mitschwingende Steuerungsoptimismus kaum zu übersehen. In diesem Ideal werden globale Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als Frage der Machbarkeit durch Governance und Management verhandelt. Armutsbekämpfung wird weiter-

hin an Wirtschaftswachstum gekoppelt, mit Betonung der Rolle der Privatwirtschaft (BMZ 2016). Nach wie vor wird von technologischen Lösungen und wirtschaftlicher Modernisierung im Rahmen einer »Politik der Kontrolle« ausgegangen (Adloff/Neckel 2019). In diesem Modell von Transformation geht es nicht um einen Abbau struktureller politischer oder ökonomischer Ungleichheiten als Element eines tiefgreifenden Pfadwechsels.

Zudem ist dieses Narrativ des planetaren Wandels im Anthropozän angesichts der »universalisierten Ursachendeutungen« problematisch (Bauriedl 2015: 16). Diese Ursachendeutungen verschleiern, dass der steigende Energieverbrauch oder der ökologische Fußabdruck – beispielsweise – durch Tourismus eben nicht von allen Menschen gleichermaßen zu verantworten ist, sondern von einigen wenigen mit entsprechend sozioökonomischem Status und Reisepass. Mit der Verschleierung geht eine Entpolitisierung des Anthropozän-Diskurses einher, die insofern bedeutsam ist, als dass dadurch neomalthusianischen Argumenten und Rassismen Vorschub geleistet wird. Demnach ist es beispielsweise das ungezügelte Bevölkerungswachstum (im Globalen Süden) und die daraus resultierende Ressourcennachfrage, die als Ursachen der Krise verantwortlich gemacht werden (Gottschlich/Schultz 2019). Von derartigen Argumentationen bis hin zur Bevölkerungskontrolle im Namen des Klimaschutzes ist es nicht weit, und wiederum wird von Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen sowie notwendigen Veränderungen von Produktions- und Konsummustern im Globalen Norden abgelenkt.

2.2 … aus Perspektive kritischer Geographie

Die Erzählung über die sozialökologische Krise im Anthropozän aus Perspektive kritischer Geographie fokussiert hingegen auf ihre tieferliegende Ursachen und Widersprüche und verweist auf die ungleiche Verantwortungsarchitektur zwischen Nord und Süd. Die sozialökologischen Krisen sind mithin nicht von »der Menschheit« zu verantworten, sondern sind Produkt einer ungleichen kolonialen und kapitalistischen Weltordnung, in der es wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen gibt (Brand/Wissen 2011). Zu dieser Weltordnung haben Geolog*innen schon in der kolonialen Vergangenheit beigetragen, indem sie Rohstoffe und Edelmetalle kartiert haben. Nachdem die Lagerstätten und Vorkommen bekannt waren, begann ihr Abbau, um die industrielle Entwicklung und den Reichtum im Globalen Norden zu nähren. Den Kolonialmächten ging es beispielsweise um Rohstof-

fe wie Gold oder »Kolonialwaren« – z. B. Kakao. Die ehemalige »Goldküste«, das heutige Ghana, wurde sogar nach dem begehrten Metall benannt – umgangssprachlich hieß die »Goldküste« aber noch unverstellter »the mine« (Yusoff 2018). Die vielen Sklavenburgen entlang der »Goldküste« erzählen zudem die weiteren Aspekte der kolonialen Ausbeutung, in der Menschen zu einer kommodifizierten Ware wurden. Kathryn Yusoff, Professorin für Inhuman Geography, führt aus, inwiefern dieses unmenschliche System, in dem (schwarze) Menschen zu Produktionsmitteln gemacht wurden, auf das Engste verwoben ist mit der Entstehungsgeschichte des Anthropozäns. Yusoff zeigt, dass die Verknüpfung von geologischem Wissen mit dem Ausbau politökonomischer Macht konstituierend für das Anthropozän ist (Yusoff 2016).

Die Frage, wann das Anthropozän begann, ist somit keine unschuldige. Die Frage nach dem Ursprung verweist vielmehr auf die historischen Kontinuitäten, in denen Prozesse von Extraktion, Naturaneignung und -ausbeutung den Prozessen der Akkumulation von Wohlstand, Reichtum und der Ausbildung des kapitalistischen Weltsystems gegenüberstehen (Yusoff 2018). Diese Asymmetrie ist kennzeichnend für das Anthropozän, das demnach weit vor der Industrialisierung begann. Wird hingegen die Suche nach dem »Golden Spike« auf eine Frage der Nachweisbarkeit von bestimmten Markern in Sedimenten reduziert, so wird nicht nur die Frage nach den Anfängen depolitisiert, sondern damit werden auch Leid und Tod der schwarzen Sklaven aus der globalen Geschichtsschreibung getilgt. Diese gemachte Abwesenheit setzt sich in die Gegenwart fort und ist bedeutsam für die Denk- und Handlungsräume, die Zukunft machen.

3. Ungleichheiten und Externalisierung

Aus den vorangegangen Ausführungen lässt sich folgern, dass sich ein ›Weiter-so‹ nicht allein und vorranging durch ein Überschreiten etwaiger biophysikalischer oder gesellschaftlicher Kipppunkte in der Zukunft verbietet. Ebenso dringlich erfordern die historisch angelegten und sich gegenwärtig verschärfenden sozialökologischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten einen tiefgreifenden Pfadwechsel.

3.1 Ungleichheit

Ungleichheit wird vor allem als ökonomische Ungleichheit verstanden und vermessen. Umso erstaunlicher ist es, dass es bis vor wenigen Jahren keine fundierte Datenauswertung gab, um gesicherte Aussagen über weltweite Ungleichheitsentwicklungen treffen zu können. Unnötig zu sagen, dass dieser Umstand nicht als Zufall, sondern vielmehr als Resultat konkreter Interessen gedeutet wird (Ernst/Losada/María 2010).

Auf die Leerstelle der Ungleichheitsforschung verwies Thomas Piketty mit seinem Buch »Le Capital au XXIe siècle«. Piketty analysiert historische Daten seit der Industrialisierung und zeigt, wie die Vermögenskonzentration seit Mitte des 20. Jahrhunderts ansteigt. Diese Ungleichheitsentwicklung ist eine Folge politischer Entscheidungen, die versprachen, dass Wirtschaftswachstum, Technologiefortschritt und Anstieg privater Investitionen – z. B. in Infrastrukturen – zum Wohle aller seien. Stattdessen hat aber die Priorisierung ökonomischer über soziale und/oder ökologische Belange zu einer steigenden Ungleichheit geführt, die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung substanziell bedroht (Piketty 2015).

Zunehmende Ungleichheit, ob zwischen Ländern oder innerhalb von Gesellschaften, läuft den Zielen einer Transformation entgegen, umso mehr, als die Schere der Vermögensverteilung zwischen privatem und öffentlichem Kapital weiter auseinandergeht. In vielen reichen Ländern sinkt seit 1980 das öffentliche Kapital, das private Kapital steigt hingegen an (Alvaredo/Chancel/Piketty et al. 2018). Diese unter anderem durch die Privatisierungspolitik bedingte Entwicklung schränkt Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand für einen intendierten sozialökologischen Umbau ein – ein dramatischer Trend angesichts der Herausforderungen. In Deutschland ist, ähnlich wie in vielen Ländern, der öffentliche Sektor für die Daseinsvorsorge und Bereitstellung von sozialen und technischen Infrastrukturen zuständig und orientiert sich am Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen herzustellen. De facto kann der öffentliche Sektor diesen Anforderungen aber immer weniger gerecht werden. Ähnlich wie in Deutschland geht auch innerhalb anderer Staaten die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen prosperierenden und schrumpfenden Regionen immer weiter auseinander, wie verschiedene Studien der letzten Jahre gezeigt haben und sind ein limitierender Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Regionen (Slupina/Dähner/Reibstein et al. 2019).

Zukunftsfähigkeit beginnt mit Imaginationen über Zukunft, die das Handeln gedanklich strukturieren. Hiesige Stadt- und Regionalforschung (auf der Ebene des Wissens) sowie Stadt- und Regionalplanung (als politische Praxis des Handelns) sind immer noch in einem Denken entlang von Wachstum, Moderne und Entwicklung verhaftet. Damit reproduzieren sie koloniale Mentalitäten (Bruns/Gerend 2018). Sichtbar wird dies z. B. durch das Erheben der europäischen Stadt zur Norm der entwickelten, modernen Stadt, die einen Gegensatz zur orientalischen (mithin unterentwickelten) Stadt bildet und welche mit diesem Prozess der Gegenüberstellung abgewertet wird. Das Verständnis der unterentwickelten orientalischen Stadt ist als »Wissen« in die Lehrbücher der Stadtforschung eingegangen und wird übertragen und zementiert, wenn Quartiere, in denen der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund höher ist, in einem Automatismus als »Problemquartiere« bezeichnet werden (Ha 2014). Nicht nur angesichts der zunehmenden Diversität der Gesellschaft bedarf es einer kritischen Überprüfung dieser abwertenden Zuschreibungen. Vielmehr muss der »Reproduktion von Rassismus als koloniales Erbe in der Stadt« (ebd.: 42) prinzipiell entgegengewirkt werden.

Der Begriff von »Entwicklung« (und »Unterentwicklung«) und die Idee der »Moderne« sind zentrale Elemente des eurozentrischen Weltbilds und spiegeln sich in der Idee von »Stadt« wider. Wenn in Städten wie Accra (Ghana), in der viele Menschen ohne sicheren Zugang zu Wasser leben, Wasserversorgung nur entlang zentraler, netzgebundener Wasserinfrastrukturen gedacht wird und diese mittels Strukturanpassungsprogramme gefordert und mit Weltbank-Investitionen gefördert werden, geschieht dies entlang westlicher Vorstellungen einer modernen Stadt. Zu einer Verringerung der sozialökologischen Ungleichheit[2] in Bezug auf die Trinkwasserversorgung haben diese Reformen und Investitionen nicht geführt, wohl aber zu lukrativen Einnahmequellen für westliche Investoren. Und es scheint, dass genau deswegen ein dezentrales, heterogenes Wasserinfrastruktursystem, das aus Wasserverkäufer*innen, Tankern, Brunnen und Wasserleitungen besteht, nicht denkbar ist (Bruns/Gerend 2018). Oder anders herum formuliert: Al-

2 Die sozialökologische Ungleichheitsforschung kann – als noch vergleichsweise junges, wenig ausdifferenziertes Forschungsfeld – auf noch weniger Daten zurückgreifen (Dietz 2014).

ternative, an alltägliche Praktiken und Lebenswelten angepasste Infrastrukturlösungen würden die westliche Hegemonie infrage stellen.

Beiträge aus dem Süden fordern daher ontologische und epistemologische Optionen, um ein Pluriversum (statt Universum) zu denken:

> »the understanding of the world is much broader than the western understanding of the world. This means that the transformation of the world, and the transitions to the pluriverse or the civilizations transitions adumbrated by many indigenous, peasant, and Afrodescendant activists, might happen (indeed, are happening) along pathways that might be unthinkable from the perspective of Eurocentric theories« (Escobar 2016: 16).

Ein transformativer Pfadwechsel, der eine epistemologische Offenheit aufweist und somit dekoloniale Optionen reflexiv einschließt, stellt unweigerlich Macht- und Herrschaftsverhältnisse infrage.

Dass Entwicklung und Transformation eine geopolitische Dimension aufweisen, kann anhand gegenwärtiger energiepolitischer Diskussionen nachvollzogen werden: Während die Dekarbonisierung des fossilen Energiesystems, verbunden mit einer drastischen Senkung des Energieverbrauchs, von zentraler Bedeutung für eine gelingende sozialökologisch gerechte Transformation im Globalen Norden ist, sind damit die existierenden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd noch nicht adressiert. Diese Widersprüche benennt selbst die Weltenergieagentur auf ihrem Webauftritt zu den Energiedaten klar: »Die Kluft zwischen dem Versprechen von Energie für alle und der Tatsache, dass fast eine Milliarde Menschen immer noch keinen Zugang zu Elektrizität haben. Die Kluft zwischen den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die die Notwendigkeit einer immer schnelleren Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen belegen, und den Daten, die zeigen, dass die energiebezogenen Emissionen 2018 einen weiteren historischen Höchststand erreichten. Die Kluft zwischen den Erwartungen an schnelle, erneuerbare Energietransitionen und die Realität der heutigen Energiesysteme, in denen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hartnäckig hoch bleibt. Und die Kluft zwischen der Ruhe auf den gut versorgten Ölmärkten und dem anhaltenden Unbehagen über geopolitische Spannungen und Unsicherheiten« (IEA 2020). Die Ruhe angesichts der Disparitäten ist erschütternd – zum Vergleich: Der Energieverbrauch pro Person in Deutschland beträgt rd. 164 Gigajoule pro Jahr (BP 2019) und in Ghana

rd. 1,5 Gigajoule pro Jahr (Energy Commission Ghana 2018). Dabei spricht es Bände, dass die Zahlen für Ghana im Energiejahresbericht von BP gar nicht aufgeschlüsselt vorliegen, sondern einfach als »Rest von Afrika« bezeichnet werden.

Der europäischen Energiepolitik geht es nicht allein um Energiesicherheit (vor allem nicht im Globalen Süden), sondern um eine Sicherung der existierenden geopolitischen Ordnung, wie der »Green Deal« der Europäischen Kommission zeigt. Die im Januar 2020 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgestellte Strategie zur neuen Außenwirtschaftspolitik der EU sieht ambitioniertere Emissionsziele für 2030 sowie die vollständige Klimaneutralität der EU bis 2050 vor; dafür soll die Politik der Europäischen Union, insbesondere deren Wachstumspolitik, eine Neuausrichtung erhalten und sich am übergeordneten Ziel »Bekämpfung des Klimawandels« orientieren. Die Neuausrichtung der Wachstumspolitik ist eingebettet in geopolitische Überlegungen, wie sich Europa angesichts der Veränderungen der globalpolitischen Lage positioniert (Schwächung der USA und aufstrebendes China). Dafür ist ein vereintes Europa notwendig, wozu eine innereuropäische Verringerung der Disparitäten gehört. Auch wenn das Finanzierungspaket den Titel »Just Transition Fonds« trägt, so bezieht sich »gerecht« nur auf diese Disparitäten innerhalb Europas – Disparitäten zwischen alten Kohlerevieren sowie verlassenen Industriestandorten und den wirtschaftlich prosperierenden Regionen (Europäische Kommission 2020). Die energetische Transformation in Europa basiert somit immer noch auf einem Wachstumsgedanken (wenn auch mit grünem Anstrich), und dieses Wachstum in Europa benötigt einen Außenraum, der selbst weniger Ressourcen verbraucht als bereitstellt.

3.2 Externalisierung

Unbegrenztes Wachstum ist unmöglich und wird nur durch Grenzziehungen möglich sein, entlang von Räumen, Einkommensschichten, Ethnien oder anderen Differenzmerkmalen. Wachstum als Element des »Kapitalismus kann sich eben nicht aus sich selbst heraus erhalten. Er lebt von der Existenz eines ›Außens‹ […].« (Lessenich 2018: 42) Diese ungleiche globale Weltressourcenordnung (Altvater 1992) ist tief in die Lebensweise und in die Alltagspraktiken von Menschen eingeschrieben, die Ulrich Brand und Markus Wissen als »imperiale Lebensweise« bezeichnen. »Imperial ist die Lebensweise des

globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt« (Brand/Wissen 2011: 82). Somit ist Externalisierung ein konstituierendes Element der asymmetrischen Beziehung zwischen Nord und Süd. Sie bezieht sich sowohl auf den Extraktivismus von Ressourcen als auch auf die Auslagerung von Umweltlasten, Risiken oder Senken (Gerber/Raina 2018; Foster 2011), und Letztere sind in ihren Auswirkungen mindestens ebenso drastisch wie die Entnahme der Ressourcen.

Zu den neueren Externalisierungstrends trägt unter anderem die Klimapolitik bei. So hat beispielsweise die Ausweitung von Biodiesel in Europa enorme Auswirkungen auf lokale Landnutzungssysteme und damit auf die Lebensgrundlage vieler Menschen im Globalen Süden. Und auch das System des Handels mit Emissionszertifikaten zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls verfolgt eine imperiale Logik, weil sich Industrien im Globalen Norden von Reduktionsverpflichtungen freikaufen können – zulasten von Entwicklungsmöglichkeiten im Globalen Süden. Zu Recht wird daher dieses System als »Kohlenstoffkolonialismus« bezeichnet (Bauriedl 2015: 16), der die existierenden Ungleichheiten reproduziert und Macht- und Herrschaftsverhältnisse festigt. Für Länder des Globalen Südens, die – wie Ghana – einen derzeit weit unterdurchschnittlichen Energie- und Ressourcenverbrauch aufweisen, verbleibt kaum ein Entwicklungsspielraum.

Ungleichheit der Lebensweisen und Entwicklungsoptionen werden in Degrowth- und Postdevelopment-Ansätzen unterschiedlich konzeptualisiert und bewertet:

> »It is clear that many countries in the South with very low per capita incomes cannot afford *degrowth* but could use a kind of *sustainable development*, directed at real needs such as access to water, food, health care, education etc. This requires a radical shift in social structure away from the relations of production of capitalism/imperialism« (Foster 2011: 7).

Als Teil dieses »Shifts« wenden sich soziale Bewegungen in Ländern – z. B. Ecuador oder Bolivien – der Erprobung von Alternativen zu. Darin stellen nicht der Profit, sondern soziale Bedürfnisse die Zielmatrix dar. Insofern ist der Begriff »Sustainable Development« von Foster missverständlich gewählt, da Entwicklung als Gegensatz zu Unterentwicklung verstanden und daher

als (kultur-)imperialistisch abgelehnt wird. Daher wurde der Begriff »Postdevelopment« geprägt, womit nicht alternative Entwicklungen gemeint sind, sondern worunter Alternativen zum Ideal der Entwicklung unter Einbezug lokalen Wissens und pluraler Wissensbestände verstanden werden (Escobar 1995; Ziai 2012).

4. Alternative Denk- und Handlungsräume – Degrowth provinzialisieren

Obgleich Degrowth mit seiner grundlegenden Kritik an der imperialen Lebensweise unbestreitbare Parallelen zu Ansätzen wie »Postdevelopment« aufweist, wird von einigen Autor*innen eine mangelnde Anschlussfähigkeit an die Bedürfnisse und Wissensbestände der Menschen im Globalen Süden konstatiert. Diese Entkopplung wird als ein Grund angesehen, warum Degrowth keinen bedeutenden Stellenwert in der gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Debatte im Globalen Süden einnimmt (Rodríguez-Labajos/Yánez/Bond et al. 2019). So argumentiert Escobar, dass es keine natürliche Allianz zwischen diesen unterschiedlichen Denk- und Handlungsansätzen im Transformationsdiskurs gibt, dass ein Pakt aber in einem produktiven Prozess des sich Zuwendens, des Lernens und Verlernens hergestellt werden kann (Escobar 2015).

Gelernt werden kann von den sozialen Bewegungen und von den indigenen Gruppen, die sich in Südamerika zusammengeschlossen haben, um einen Gegenentwurf zur Bedrohung durch den Raubbau an Natur und Rohstoffen zu fordern und zu leben. »Buen Vivir« (»Gutes Leben«) ist ein alternatives, postextraktivistisches Modell zur Überwindung der multiplen kapitalistischen Krise, das plurale Welt- und Zukunftsvorstellungen zulässt und daher als epistemologischer Paradigmenwechsel verstanden wird (Gann 2013: 84). Betont wird der partizipative und emanzipatorische Charakter der Verfassungen in Ecuador bzw. Bolivien sowie die daraus resultierende Relativierung der westlichen Moderne. Dabei ist auch die Öffnung des Arbeitsbegriffs zentral, um andere Gesellschaftskonfiguration und ein Gutes Leben zuzulassen, und so kann Buen Vivir als konkrete Utopie verstanden werden, um koloniale Kontinuitäten zu überwinden.

Im Vergleich dazu erscheint Degrowth als vergleichsweise eng gefasste Suchbewegung, die von einer verstärkten Reflexion der Nord-Süd-Be-

ziehungen einerseits und pluralen Epistemologien des Südens andererseits profitieren kann. In diesem Sinne bedeutet Degrowth provinzialisieren – eurozentrische Perspektiven in einem reflexiven Prozess zu entlarven, um damit schließlich über den europäischen Kontext hinauszuweisen und neue Epistemologien zuzulassen. Für die kritische Raum- und Transformationswissenschaft ist dies ebenso wichtig wie für die räumliche Planung als politische Praxis, die mit lokalen und regionalen Entscheidungen über Entwicklungstrajektorien entscheidet und mit den daraus resultierenden Ressourcenbedarfen weit in die Lebenswelten von Menschen im Globalen Süden regiert.

Literatur

Adloff, F.; Neckel, S. (2019): Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? In: Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S.; Seyd, B.: Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden, 167–180.

Altvater, E. (1992): Der Preis des Wohlstands. Oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster.

Alvaredo, F.; Chancel, L.; Piketty, T.; Saez, E.; Zucman, G. (2018): World Inequality Report 2018. Cambridge, Massachusetts.

Bauriedl, S. (2015): Eurozentrische Weltbürgerbewegung. Zum WBGU-Sondergutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 24, 13–16.

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2016): Wirtschaft – Chancen für nachhaltige Entwicklung. Privatwirtschaft als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn.

BP (2019): Full report – BP Statistical Review of World Energy 2019. London.

Brand, U.; Krams, M. (2018): Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31, 18–26.

Brand, U.; Wissen, M. (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, A.; Dück, J.; Becker, F.; Bader, P. (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg, 78–93.

Bruns, A.; Gerend, J. (2018): In Search of a Decolonial Urban Transformation. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 27, 293–297.

Chakrabarty, D. (2008): Provincializing Europe: Postcolonial thought and historical difference. Princeton.

Dietz, K. (2014): Researching Inequalities from a Socio-ecological Perspective. Berlin. = Working Paper No. 74.

Energy Commission Ghana (2018): 2018 Energy (Supply and Demand) Outlook for Ghana. Accra.

Ernst, T.; Isidoro Losada, A. M. (2010): Nord-Süd-Beziehungen: Globale Ungleichheit im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 10/2020, 10–15.

Escobar, A. (1995): Encountering Development: The Making and Unmaking of the third world. Princeton, New Jersey.

Escobar, A. (2015): Degrowth, postdevelopment, and transitions: a preliminary conversation. In: Sustainability Science 10, 451–462.

Escobar, A. (2016): Thinking-feeling with the Earth: Territorial Struggles and the Ontological Dimension of the Epistemologies of the South. In: AIBR, Revista de Antropología Iberoamericana 11, 11–32.

Europäische Kommission (2020): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang. Brüssel. = COM(2020) 22 final. DE.

Foster, J. B. (2011): Capitalism and Degrowth: An Impossibility Theorem. In: Monthly Review 62, 26.

Gann, A.-L. (2013): Das Konzept des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung aus feministischer Perspektive. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 22, 81–93.

Gerber, J.-F.; Raina, R. S. (2018): Post-Growth in the Global South? Some Reflections from India and Bhutan. In: Ecological Economics 150, 353–358.

Gottschlich, D.; Schultz, S. (2019): Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival. In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz – eine Debatte. Berlin, 24–29.

Ha, N. (2014): Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ›Contact Zone‹. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 2, 27–48.

IEA – International Energy Agency (2020): World Energy Outlook 2019. https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2019 (24.02.2020).

Latouche, S. (2006): Le pari de la décroissance. Paris.

Lessenich, St. (2018): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München.

Lövbrand, E.; Beck, S.; Chilvers, J.; Forsyth, T.; Hedrén, J.; Hulme, M.; Lidskog, R.; Vasileiadou, E. (2015): Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene. In: Global Environmental Change 32, 211–218.

Mignolo, W. D. (2007): DELINKING. In: Cultural Studies 21, 449–514.

Mignolo, W. D. (2011): Epistemic disobedience and the decolonial option: A manifesto. In: Transmodernity 1, 3–23.

Otto, I. M.; Donges, J. F.; Cremades, R.; Bhowmik, A.; Hewitt, R. J.; Lucht, W.; Rockström, J.; Allerberger, F.; McCaffrey, M.; Doe, S. S. P.; Lenferna, A.; Morán, N.; van Vuuren, D. P.; Schellnhuber, H. J. (2020): Social tipping dynamics for stabilizing Earth's climate by 2050. In: PNAS – Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America February 4, 2020 117 (5) 2354–2365.

Piketty, T. (2015): About Capital in the Twenty-First Century. In: American Economic Review 105, 48–53.

Quijano, A. (2000): Coloniality of power and Eurocentrism in Latin America. In: International Sociology 15, 533–580.

Rodríguez-Labajos, B.; Yánez, I.; Bond, P.; Greyl, L.; Munguti, S.; Ojo, G. U.; Overbeek, W. (2019): Not So Natural an Alliance? Degrowth and Environmental Justice Movements in the Global South. In: Ecological Economics 157, 175–184.

Slupina, M.; Dähner, S.; Reibstein, L.; Amberger, J.; Sixtus, F.; Grunwald, J.; Klingholz, R. (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin.

Spivak, G. C.; Morris, R. C. (1988): Can the subaltern speak? New York, 21–78.

Steffen, W.; Crutzen, P. J.; McNeill, J. R. (2007): The Anthropocene: Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature. In: AMBIO: A Journal of the Human Environment 36, 614–621.

Steffen, W.; Richardson, K.; Rockström, J.; Cornell, S. E.; Fetzer, I.; Bennett, E. M.; Biggs, R.; Carpenter, St. R.; Vries, W. de; Wit, C. A. de (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science Vol. 347, Issue 6223, 1259855.

Yusoff, K. (2016): Anthropogenesis: Origins and Endings in the Anthropocene. In: Theory, Culture & Society 33, 3–28.

Yusoff, K. (2018): A billion black Anthropocenes or none. Minneapolis, Minnesota.

Zalasiewicz, J.; Williams, M.; Smith, A.; Barry, T. L.; Coe, A. L.; Bown, P. R.; Brenchley, P.; Cantrill, D.; Gale, A.; Gibbard, Ph.; Gregory, F. J.; Hounslow, M. W.; Kerr, A. C.; Pearson, P.; Knox, R.; Powell, J.; Waters, C.; Marshall, J.; Oates, M.; Rawson, P.; Stone, Ph. (2008): Are we now living in the Anthropocene. In: GSA Today 18, 4.

Ziai, A. (2012): Post-Development: Fundamentalkritik der »Entwicklung«. In: Geographica Helvetica 67, 133–138.

Postwachstum finanzieren?
Grüne Finanzprodukte für veränderte Produktionslogiken

Sabine Dörry, Christian Schulz

1. Einleitung

Aktuelle Debatten um »grüne Finanzwirtschaft« und »nachhaltige Investments« sind geprägt von der Suche großer institutioneller Akteure, wie etwa Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen, aber auch Staatsfonds, nach alternativen Möglichkeiten, große Kapitalvolumina gemäß gewissen sozialen und ökologischen Standards anzulegen, welche überdies ökonomische Rendite abwerfen. Zugleich bemühen sich viele der internationalen Finanzplätze, in denen die »grünen« Finanzprodukte »produziert« werden, nicht nur um ein *rebranding* ihrer Schwerpunktaktivitäten, sondern auch um die Schaffung neuer Voraussetzungen für »grüne« Investments. Diese neuen Voraussetzungen umfassen u. a. Regulierungen und Standards, neue Handelsplattformen, neue Studiengänge, aber auch Marketingmaßnahmen. Trotz dieser dynamischen Entwicklungen ist gegenwärtig nicht zu erkennen, dass der Finanzsektor damit die wachstumsorientierten Grundprinzipien, Mechanismen und Motive einer finanzialisierten globalen Wirtschaft neu bewerten oder gar infrage stellen würde. Demgegenüber steht eine Realwirtschaft, die sich in regionalen Kontexten zunehmend alternativen Wirtschaftsformen zuwendet, etwa der Kreislaufwirtschaft, verbunden mit gemeinwohlorientierten, teils zivilgesellschaftlich oder halböffentlich getragenen Unternehmungen, z. B. der Sozial- und Solidarwirtschaft, Bürgergenossenschaften etc. In ihrer Spezifität, ihrer Ausrichtung und nicht zuletzt ihrer Größe sind viele dieser Aktivitäten kaum relevant für die o. g. Großanleger. Neben einer offenkundigen Diskrepanz in der Granularität – große Vermögen, die vornehmlich in internationale Großprojekte des Klimaschutzes investiert werden – besteht hier auch ein Konflikt hinsicht-

lich institutioneller Logiken und Motivlagen. Der Beitrag versucht, dieses Spannungsfeld zu ergründen und mögliche Postwachstumsansätze in der Finanzwirtschaft zu illustrieren.

Während die Debatte und Forschung zu Postwachstum Themen wie Produktion, Konsum, Arbeitszeitmodelle, Bodeneigentum und Infrastrukturen intensiv behandelt und zunehmend differenziert betrachtet (Weiss/Cattaneo 2017; Demaria/Kallis/Bakker 2019), wird dem Finanzsektor bisher wenig Beachtung geschenkt. Zwar stellen Beiträge zu Alternativ- bzw. Parallelwährungen, zur Renaissance genossenschaftlicher Banken oder zu ethischen Anlageformen mehr oder weniger explizite Bezüge zu Postwachstum her. Eine grundsätzlichere und kritische Beschäftigung mit dem etablierten Finanzsystem findet jedoch nur auf allgemeinerer Ebene statt – etwa in der neomarxistisch inspirierten Kritik der Finanzialisierung oder in der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialen und ökologischen Dimensionen der globalen Finanzwirtschaft (z. B. *Finance Watch*).

Dem Postulat einer postwachstumsorientierten Neuorientierung der Wirtschaft folgend, scheinen zwei Perspektiven auf den Finanzsektor besonders interessant zu sein: erstens, welche Rolle die Finanzierung in der Transition zu nachhaltigeren Wirtschaftsformen spielt (hier liegen aus dem Bereich der Energiewende erste Erkenntnisse vor, siehe z. B. Zademach/Dichtl 2016). Und zweitens, inwieweit die Geschäftsmodelle und Geschäftspraktiken der Finanzwirtschaft derzeit vornehmlich in einer Wachstumslogik verhaftet bleiben bzw. selbst durch das vorherrschende Zins- und Kreditsystem kontinuierlich Wachstumszwänge schaffen (etwa für Unternehmen und Banken). Dennoch, sozioökonomischer und sozioökologischer Wandel ist ohne eine glaubwürdige Beteiligung der Finanzinstitute nicht möglich, und mit »Gewinnstreben, Risikovorsorge und Regulierung« sei aus einem politisch-moralischen ein ökonomisches Problem geworden, bei dem »die viel geschmähten Kapitalmärkte … eine zentrale Rolle« einnehmen, wie jüngst Der Spiegel schrieb[1]. Er bezog sich dabei auf den Emissionshandel auf dem Kohlenstoffmarkt, dem EU-weit »wichtigste[n] Instrument zur kostenwirksamen Verringerung der Treibhausgasemissionen der Industrie«[2] sowie

1 https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kann-uns-der-kapitalismus-noch-retten-a-f70ee45b-fab3-4740-9a06-60678b5b1dcf?sara_ecid=soci_upd_wbMbjhOSvViISjc8RPU89NcCvtlFcJ (20.01.2020)

2 https://ec.europa.eu/clima/policies/ets_de (09.01.2020)

auf große Netzinfrastrukturprojekte im Energiebereich, welche über einmal gefällte Entscheidungen für Solarenergie oder andere nachhaltige Energien regionenübergreifende oder gar länderübergreifende Entwicklungspfade langfristig definieren.

Vor diesem Hintergrund scheint es besonders wichtig, die gegenwärtige Dynamik eines sich zunehmend »grün« gebenden Finanzsektors näher zu betrachten. Diese Dynamik ist einerseits getrieben von einem wachsenden Anpassungsdruck (Klimadebatte, Divestment-Kampagnen etc.), unter dem sich die Finanzindustrie auch neuen Gegebenheiten und Anforderungen der Realwirtschaft stellen muss. Andererseits muss die Finanzindustrie auch die spekulativen Kräfte eindämmen, die gegenwärtig aus einem horrenden Ungleichgewicht zwischen zu viel Kapital[3] und zu wenigen (profitablen) Anlagemöglichkeiten entspringen. Die während der jüngsten Finanzkrise 2008/2009 erhobenen Forderungen, das Finanzsystem nachhaltiger zu gestalten, blieben nicht nur weitgehend ungehört. Es ist zudem weitgehend unklar, wie und in welche Richtung sich die geforderten Umstrukturierungen bewegen werden. Ein allgegenwärtiges Schlagwort, das eine Version/Vision des Finanzsystems der Zukunft beschreibt, ist »grüne Finanz«. Dieser Begriff ist zurzeit ebenso schillernd wie unpräzise (Dörry/Schulz 2018). Die sich herauskristallisierenden Richtungsentscheidungen entfalten sich gegenwärtig auf vielen Ebenen und entlang vielfältiger Bruchlinien, definiert durch konträre Interessen und Philosophien. Ähnlich wie in der produzierenden Wirtschaft lassen sich prinzipiell die Befürworter*innen eines *»technological fix«* von Verfechter*innen einer grundsätzlicheren Umgestaltung des Wirtschaftssystems unterscheiden. Der *technological fix* setzt primär auf Symptombeseitigung und weniger auf Ursachenbekämpfung, weshalb seine Befürworter*innen damit vor allem ein »Weiter-so« des wachstumsorientierten Wirtschaftsmodells der Vergangenheit proklamieren (i. S. einer »schwachen« ökologischen Modernisierung [Christoff 1996]).

---

3 Der hierin enthaltene, wesentliche Aspekt der spekulativ getriebenen Finanzaktivitäten kann in diesem Buchbeitrag nicht diskutiert werden. Dieser massive, noch immer wachsende Teil der Finanzindustrie basiert auf rechtlichen »Kodierungsstrategien« von Kapital (Pistor 2019), die zusammen mit einem ausgeklügelten Steuerrecht das Abschirmen privater Gewinne uneingeschränkt gewährleisten. Dieser Bereich stellt einen enormen Vermögensbereich dar, der potenziell (da unter gegebenen Umständen illusorisch) immense Summen an Privatkapital produktiv freisetzen könnte und damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit und umweltverträglichen Investitionen beitragen könnte.

Dies unterscheidet sie von den Verfechter*innen einer grundsätzlicheren Umgestaltung des Wirtschaftssystems.

In der Finanzwirtschaft manifestiert sich dieser Dualismus zwischen den Anhänger*innen des vorherrschenden *greening*-Hypes und den Anhänger*innen alternativer Finanzansätze, wobei Letztere einen grundlegenden Wandel anzustoßen versuchen und den Finanzkapitalismus als nicht mehr zeitgemäß infrage stellen. Gegenwärtig zeichnet sich die Tendenz ab – dies auch vor dem Hintergrund des im Dezember 2019 gescheiterten Klimagipfels in Madrid –, dass alternative Finanzansätze als marginal und kaum skalierbar eingestuft werden und politisch daher vergleichsweise wenig Beachtung finden. Dennoch bergen gerade solche neuen Denkfiguren durchaus Chancen auf regionaler Ebene (Zademach/Hillebrand 2014). Auf globaler Ebene zeichnen sich zunehmend sogenannte *equity gaps* ab, d. h. Engpässe des privaten Kapitals in Milliardenhöhe, die von öffentlichen Trägern und Finanzierungsformen von Risikokapital geschlossen werden (müssen), um Transformationsansätze zu finanzieren, vor allem in den Bereichen sozialer und physischer Infrastruktur (Energie, Mobilität, Bildung etc.). Schätzungen der UNCTAD zufolge liegen die langfristigen Finanzierungsbedarfe bei jährlich ca. 5–7 Milliarden US-Dollar, um die ehrgeizigen Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDG) zu finanzieren (UNEP FI 2018: 3).

Mit der Stärkung der Rolle des öffentlichen Sektors verbinden sich zudem Möglichkeiten für wichtige Richtungskorrekturen im derzeitigen Finanzsystem. In diesem Hinblick verfolgt die EU das ambitionierte Ziel, bis 2050 den Ausstoß ihrer Treibhausgase um 80–95 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Eine solche gigantische Transformation benötigt nicht nur eine langfristige Finanzierung, sondern auch einen Umbau der Finanzwirtschaft und deren Governance hin zu einer nachhaltigen Finanzwirtschaft. Dies ist u. a. ein wesentlicher Treiber für die jüngste Entwicklung einer *grünen Taxonomie*, die, erarbeitet von Expertenkommissionen unter Federführung der EU-Kommission, Ende 2020 vom Parlament und dem Rat der EU verabschiedet werden soll und in gewisser Weise hohe Maßstäbe zum Umdenken an die europäische Finanzwirtschaft anlegt. Damit verbunden ist eine sich abzeichnende Umstellung der nationalen Förderbanken (z. B. KfW) und deren europäischer Pendants (EIB und EIF) bei der Innovationsförderung europäischer Unternehmen im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens. Gegenwärtig bezieht sich Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft jedoch vor allem

auf den »grünen« Bereich, der insbesondere auf die Klimafinanzierung fokussiert.

Die beiden übergeordneten Bereiche – die nachhaltige und die »grüne« Finanzwirtschaft – beherbergen ihrerseits wiederum eine Vielzahl an unterschiedlichen Nuancierungen und Vorstößen, die dieser Beitrag nicht umfänglich abdecken kann. Vielmehr treffen wir der Kürze halber nur grobe Unterscheidungen und sprechen beispielsweise von »grüner Finanz« als einem wichtigen Teilbereich einer sich formierenden »nachhaltigen« Finanzwirtschaft. Ferner versucht dieser Beitrag, den gegenwärtigen Stand dieser komplexen Diskussion im Bereich der Finanzwirtschaft ordnend aufzubereiten und daran anknüpfend überblicksartig zu diskutieren, ob und wo es Möglichkeiten gibt, gemeinsame Schnittflächen zu identifizieren und diese praktisch zusammenzuführen. Als wichtig in diesem Diskurs erachten wir, die räumlich-sozialen Dimensionen von (sich im besten Fall wandelnden) Finanzaktivitäten mitzudenken, die im dominanten ökonomischen Mainstreamdiskurs kaum vorkommen, sowie Auswirkungen auf regionale Ökonomien zu skizzieren. Dieser Buchbeitrag versucht explorativ zu umreißen, wie und inwieweit grüne Finanzierungstechnologien zum Aufbau nachhaltiger regionaler, auf Postwachstum ausgerichteter Wirtschaftskreisläufe beitragen können. Dabei bietet der Aufsatz einen Überblick über gegenwärtige wissenschaftliche Ansätze und politische Programme der grünen Finanz (Abschnitt 2) sowie über wesentliche Spezifika von Finanzierungsdynamiken und Finanzierungslogiken auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (Abschnitte 3 und 4) und versucht ausblickend, beide Bereiche zusammenzubringen (Abschnitt 5).

2. »Grüne Finanz« – ein Überblick über aktuelle Debatten und Forschungsstand

Das Forschungsfeld der grünen Finanz ist noch immer im Entstehen begriffen. Es ist zudem recht unübersichtlich, da unterschiedliche Fachdisziplinen eigene Forschungsakzente setzen und über einzelne Institutionen teils die Interessen strategisch wichtiger Industrien und Großunternehmen (Braunkohle, Automobilindustrie etc.) in die Diskussionen mehr oder weniger prominent mit einfließen. Zudem setzen Ökonom*innen weiterhin auf wirtschaftliches Wachstum und hier vor allem auf die Herausarbeitung von

auf Marktmechanismen basierenden neuen Regeln, was inhärente Widersprüche mit der grünen Finanz im Sinne einer unkritischen Fortschreibung des Finanzkapitalismus mit sich bringt. Beispiele sind marktgestützte politische Instrumente, etwa Emissionshandelssysteme oder der Versuch einer grünen Neuordnung der Märkte durch Finanzprodukte wie grüne Anleihen, deren Zertifizierungsprozesse infrage gestellt werden können (siehe Zertifizierungsagenturen in Abschnitt 3). Auf internationaler Ebene spiegeln Programme wie REDD+ *(Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation)* die parallele Umsetzung ökonomischer *und* ökologischer Logiken wider, die sich – wie andere Programme auch – jedoch lokal, subnational und national jeweils sehr unterschiedlich auswirken und eine internationale Verständigung über harmonisierte grüne Zertifizierungen von Finanzprodukten erschweren. Diese individuellen räumlichen Sensibilitäten finden in den neuen Regeln der internationalen Wirtschaftsorganisationen kaum Berücksichtigung, wie wir in Abschnitt 3 zeigen werden.

Angesichts der zunehmenden finanziellen, unternehmerischen und marktwirtschaftlichen Aktivitäten, die das Wachstumsideal nicht hinterfragen, jedoch zur Lösung einer Vielzahl von ökologischen und sozialen Problemen beitragen sollen, ist es zudem wichtig auszuloten, was passiert, wenn ökologische und finanzielle Belange zu Zielkonflikten im Prozess der Transition führen. Gefragt werden muss, inwieweit eine derartige Ökonomisierung der Umwelt- und Entwicklungspolitik zu Prozessen von *rent seeking/rent capture* führt, d. h. zu einer verstärkten Kommodifizierung und Finanzialisierung von – und damit zu einem ungleichen Zugang zu – Ubiquitäten wie sauberem Wasser und sauberer Luft, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Relevanz, sich mit grüner Finanz disziplinübergreifend auseinanderzusetzen, wird somit klar. Was aber meint »grüne Finanz«? Grüne Finanz ist eine nicht klar abgetrennte Teilmenge der nachhaltigen Finanz, welche die »Finance Initiative« des UN-Umwelt-Programms (UNEP FI 2018) recht knapp wie folgt definiert:

> »Sustainable finance … seeks alignment with sustainable development targets and policies« (ebd.: 48).

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sollen die Erreichung von Nachhaltigkeit auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene auf absehbare Zeit sicherstellen. Das Konzept der ESG-Kriterien (»Environmental, Social

und Governance«) stellt dabei einen Standard für nachhaltige Kapitalanlagen und Investments dar, denen nachhaltige Investitionen und Finanzierungen folgen sollen, wobei sich die grüne Finanz vorrangig auf die ökologischen Anlagekriterien und Klimafinanzierung konzentriert. Langfristig problematisch ist jedoch, dass die gesamte Programmatik der einflussreichen internationalen Organisationen (OECD, UNO etc.) und multilateralen Entwicklungsbanken (EIB, ADB, Weltbank etc.) auf wirtschaftliches Wachstum ausgelegt ist, wie folgender Wortlaut zur Ermunterung privater Kapitalinvestitionen exemplarisch darlegt:

> »… these could crowd in private investors … as it becomes compellingly clear that the prosperity and well-being of communities is the best way to grow markets and remain competitive« (UNEP FI 2018: 23).

Ein weiteres Dilemma der grünen Finanzwirtschaft spiegelt sich in der Problematik der ungenügenden Sensibilisierung für den Kontext in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen wider, wo der grünen Finanz jeweils unterschiedliche Rollen zugewiesen werden. Hauptsächlich zielen die Investitionen und Finanzierungen auf den langfristigen Auf- und Umbau nichtfossiler Energieträger und großer Infrastrukturprojekte (Stromnetze etc.), die in Einklang stehen sollen mit mehr sozialer Gerechtigkeit und vor allem langfristig erzielbarer Rendite. Im Kontext der europäischen und westlichen Industriestaaten soll grüne Finanz vor allem dabei helfen, den klimaneutralen/klimafreundlichen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft in Gang zu setzen. Die vorherrschende Denkweise, die sich entsprechend in den Taxonomien und programmatischen Leitlinien über die kommenden Jahre hinweg zu erstrecken scheint, ist die des *»technological fix«*. Im Kontext der Entwicklungs- und Schwellenländer hingegen sollen Volkswirtschaften zunächst klimafreundlich und nachhaltig überhaupt entwickelt werden, nicht zuletzt, um Migration zu unterbinden und Wachstum für die gesättigten Märkte der westlichen Welt bereitzuhalten. Daher sind die Herausforderungen und Kontextbedingungen verschieden gelagert. Allein die Umsetzung und Kontrolle von Projekten, deren Finanzierungen sich als »grüne« (und »grün« zertifizierte) Portfoliobausteine großer institutioneller Investoren wiederfinden, ist in vielen Ländern nicht gegeben bzw. entspricht nicht westlichen Standards, was wiederum dringend benötigte Investitionen erschwert oder sogar verhindert.

In der westlichen Welt haben Großanleger und Unternehmen u. a. unter dem Druck einer zunehmend breiten Öffentlichkeit (*Fridays for Future* etc.) begonnen, ihre Investmentportfolios (und Lieferketten) umzuschichten (und umzustellen) und sich auf diese Weise von der durch das lange vorherrschende *Shareholder-value*-Paradigma bedingten Gewinnerzielung um jeden Preis zu lösen und stattdessen sog. »Impact-Investitionen« zu forcieren. *Impact investments* setzen zwar auf Vermögensbildung durch ökonomische Ziele, wollen dabei aber messbare (und damit kommunizierbare!) positive soziale und ökologische Beiträge erzielen. Wegweisend ist die kürzlich vorgetragene Warnung Larry Finks, Chef des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock[4], vor steigenden Kapitalkosten und steigendem Anlagerisiko, sollten die Klima- und Nachhaltigkeitsrisiken nicht adäquat adressiert werden. Zudem erwartet Fink eine »erhebliche Umverteilung von Kapital«, die sich trotz des gescheiterten Madrider Klimagipfels bereits in Ansätzen manifestiert. Finanz- und Realwirtschaft verfolgen also eine durch die Notwendigkeit der Dekarbonisierung getriebene Verschiebung hin zu den ESG-Zielen (Green and Sustainable Finance Cluster Germany 2018). Viele Unternehmens- und Bankenbilanzen basieren allerdings noch immer auf einer kohlenstoffbasierten Produktion, und die Umstellung großer Unternehmenskonzerne auf grüne(re) Liefer- und Zulieferketten ist kurzfristig ein kaum durchsetzbares Ziel. Zu lange hat die Politik in Deutschland mit verbindlichen Vorgaben gewartet. Aber auch führende Industrieunternehmen unterschätzen die Wucht des gegenwärtigen Transitionsmoments, wie das Beispiel Siemens zeigt, das trotz Druck durch die breite (junge) Öffentlichkeit am Bau neuer Infrastrukturen für große australische Kohlekraftwerke festhält. Das Aufgeben von »brauner Energie« ist ein notwendiger, finanziell jedoch äußerst riskanter Prozess (G20 2016; Hebb/Hawley/Hoepner et al. 2016; TCFD 2017), denn heute getätigte Investitionen sind langfristig gebunden, oftmals auf Jahrzehnte. Trotz des Handlungsdrucks setzen sich Investor*innen und Finanzierer*innen, aber eben auch die Politik, folglich zugleich der Gefahr aus, auf die »falschen« Technologiepfade zu setzen. Große Volumina an Desinvestitionen werden sich daher auch deutlich auf Regional- und Nationalwirtschaften mit vorrangig CO_2-basierter Energieversorgung

4 https://www.blackrock.com/de/privatanleger/larry-fink-ceo-letter?siteEntryPassthrough=true&cid=ppc:CEOLetter:Google:de:keyword&gclid=EAIaIQobChMIgvqgw5KK5wIVU_hRCh0xng70EAAYASAAEgIkXvD_BwE&gclsrc=aw.ds (20.01.2020)

auswirken, auch wenn die EZB unter Christine Lagarde mit Blick auf das 2012 aufgelegte Anleihenaufkaufprogramm (Quantitative Easing – QE) gerade den »Schutz der Umwelt« als neue Kernaufgabe umrissen hat und vor allem grüne Anleihen zu fördern versucht.

An diesen Beispielen wird deutlich, wie wichtig es ist, die räumlichen Dimensionen der Finanzwirtschaft – und speziell neuer Finanzinstrumente und Finanztechnologien – besser zu verstehen, um die »territoriale Lücke« der Implikationen bestimmter Finanzinstrumente in Forschung und Politik zu schließen (ESPON 2019). In diesem Zusammenhang verweist die Literatur zur Finanzierung von Wirtschaftswachstum seit Langem sowohl auf die enorme Bedeutung von »geduldigem Kapital« als auch von leistungsfähigen Institutionen und Regierungen (Commission on Growth and Development 2008), um die langfristigen Investitionen produktiv zu nutzen und effizient zu verteilen.

Diese an sich lobenswerten Entwicklungen werden gegenwärtig jedoch noch immer konterkariert von einer gewissen Anmaßung in der Finanzindustrie – teils untermauert von fehlenden Unternehmensressourcen und von fehlendem Wissen –, wie die ESG-Ziele in die eigenen Portfolios und Unternehmensstrategien Eingang finden können. Diesem riesigen Bedarf an neuem Wissen stellen sich viele Verbände und Bildungs-/Forschungseinrichtungen mit neuen, sich entwickelnden Angeboten, die jedoch ihrerseits Verifizierung und Harmonisierung bedürfen. Eine wichtige Lokalität, in der dieses gebündelte Wissen zirkuliert, sind die internationalen Finanzplätze mit oft renommierten Finanzstudiengängen und Finanzhochschulen, wobei diese einseitige Zuschreibung von Hoheitswissen über grüne Finanz zunehmend kritisiert und mit der Forderung verbunden wird, integrative Studiengänge der Sozial- und Umweltwissenschaften in nachhaltige Finanzstudiengänge eng einzubinden.

Angesichts der Komplexität des Übergangs in der Finanzindustrie hat die Europäische Kommission (2018a) den »Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums« verabschiedet und berät darüber, welche wirtschaftlichen Aktivitäten ökologisch nachhaltig sind. Dies geschieht etwa mit Blick auf die »grüne Taxonomie« der EU zur Finanzierung von nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten, die als Richtwerte für grüne Investitionen und die Offenlegung individueller ESG-Zielerfüllung dienen. Zudem deuten neue Rankings von »grünen« internationalen Finanzplätzen (IFPs) (UNEP 2017) darauf hin, dass deren Finanzökosysteme, einschließlich der Regu-

lierungsbehörden, Banken/Nichtbanken[5], Ratingagenturen, Anwalts- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften etc., die Notwendigkeit nachhaltiger Finanzierungsmaßnahmen durch einen *»greening«*-Prozess erkannt haben. Sie scheinen jedoch nicht bereit, bestehende Wettbewerbsvorteile im Vergleich mit anderen IFPs aufzugeben. Kritiker*innen verweisen zudem auf starke Tendenzen des *»green washing«* (Technical Expert Group on Sustainable Finance 2019), nicht zuletzt deshalb, weil sich nachhaltige (direkte und indirekte) Finanzierungen vor allem auf die mächtigen Finanzunternehmen konzentrieren, deren Aktivitäten eng in die bestehenden Logiken des Finanzkapitalismus eingebettet sind.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Literatur zum Verhältnis zwischen Finanzierung und wirtschaftlicher Entwicklung liegt auf den bedeutenden Verschiebungen der globalen Finanzierungen und Investments weg von den Banken hin zu privaten Kreditgebern und »Nichtbanken«, die mit Finanzinnovationen (etwa die u. g. Sozialanleihen und Mischfinanzierungen) die Portfolios sowohl privater als auch öffentlicher Investoren aufwerten. Infolgedessen sieht sich die Finanzindustrie zunehmend mit neuen Möglichkeiten zu nachhaltiger(er) Finanzierung von innovativen Unternehmen und Infrastrukturen ausgestattet (Kaminker/Youngman 2015; UNEP 2011; G20 2016), was nicht zuletzt die Notwendigkeit umfasst, die neuen Finanzinstrumente besser auf die individuellen Finanzierungsbedarfe von Regionen abzustimmen, um auch deren individuellen Kapazitätsaufbau und deren Widerstandsfähigkeit gemessen an den Herausforderungen der Zukunft zu fördern. Wenig des in diesen progressiven Leitbildern proklamierten Fortschritts ist bislang implementiert bzw. implementierbar.

Ebenso wichtig wie die Vermeidung des *»green washing«* ist die Verhinderung des sogenannten *»white washing«* im Falle von Finanzinvestitionen, die nur vordergründig auf sozialgesellschaftliche Finanzierungsbedarfe reagieren. Dies verlangt zugleich eine Neubewertung der Dimensionen »sozial wirksame Investitionen« und »ethische Investitionen«. Die EU hat dazu einen *Social Impact Accelerator* eingerichtet, d. h. eine gesamteuropäische öffentlich-private Finanzierungspartnerschaft für Impact-Investitionen und *social entrepreneurship* (EIF 2017). Führende Finanzinstrumente unter den Impact-Investments sind Sozialanleihen *(social impact bonds, SIBs)*, eine

5 Mit »Nichtbanken« sind im finanzwirtschaftlichen Jargon andere »Kreditinstitute« wie z. B. Investmentfonds und Risikokapitalgeber gemeint.

umstrittene ergebnisorientierte Form der Impact-Investition, bei der private Geldgeber in Erwartung einer entsprechenden Kapitalrendite Kapital für staatliche Interventionen zur Lösung sozialer Probleme bereitstellen. Im Zusammenhang damit entwickeln sich Impact-Investitionen in Form von Entwicklungsanleihen *(development impact bonds, DIBs)* und *blended finance*, einer Form öffentlich-privater Mischfinanzierungen bei Impact-Investitionen, derzeit als wichtige Instrumente zur Finanzierung der sozialen Versorgung und zur Bewältigung sozioökonomischer Ungleichheiten. Wie bei der grünen Finanzierung sind Taxonomien für »ethische« und »soziale« Anlagen allerdings noch im Entstehen, kaum erprobt und angewiesen auf noch ausstehende Definitionen einer gemeinsamen Terminologie sowie einer Harmonisierung mit den Zielen der grünen (und blauen = wasserfokussierten) Taxonomien.

Weiterhin versprechen die Möglichkeiten der Digitalisierung und Technologisierung, das etablierte Finanzsystem empfindlich zu »stören« und dessen Übergang zur Nachhaltigkeit zu fördern und zu beschleunigen. *FinTech* ist ein recht neuer Begriff, der sich auf die Konvergenz von Finanzen und Technologie bezieht, um die Schaffung digitaler und Online-Finanzprodukte und Online-Finanzdienstleistungen zu erleichtern. Allerdings wirft auch *FinTech* Fragen nach systemischen Risiken und einer zugeschnittenen Ausrichtung an städtische und regionale Agenden auf (Dowling 2017; UNEP 2016). Es wird erwartet, dass sich in diesem Zuge auch die IFP an eine Rollenverschiebung in der Herstellung nachhaltiger Finanzen anpassen und ggf. neu ausrichten müssen. Dies alles postuliert neben neuen Wachstumschancen auch neue Unsicherheiten darüber, ob bestehende Finanzunternehmen und Industrienetzwerke von den neuen Marktteilnehmern und Technologien profitieren können, etwa, wenn neue, alternative Finanzierungsformen wie das *peer-to-peer lending (crowdfunding)* oder neue Arten der Lieferkettenfinanzierung (UNEP 2016; CISL 2017) entstehen. Der »Aktionsplan der EU für FinTech« (European Commission 2018) zielt darauf ab, einen wettbewerbsfähigeren, innovativeren und stabileren europäischen Finanzsektor für innovative Geschäftsmodelle auf EU-Ebene zu fördern. Allerdings stellt der auf Wachstum basierende Aktionsplan keinen expliziten Bezug zur »nachhaltigen Finanz« *(GreenTech)* her (siehe auch Messner/Schlacke/Fromhold-Eisebith et al. 2019; Technical Expert Group on Sustainable Finance 2019).

3. Logik grüner Klassifizierungssysteme

Neue grüne Standards klassifizieren nun die Finanzprodukte. Mit der jüngst entwickelten EU-Taxonomie für umweltverträgliche wirtschaftliche Aktivitäten und der Rolle von Zertifizierungsagenturen für nachhaltige Finanzprodukte und Anlagestrategien werden im Folgenden die Grundmechanismen dieser legitimierenden grünen Normen erläutert. Das Ökosystem der grünen Standards hat sich in vielen Finanzplätzen bereits etabliert, und dieser »Maschinenraum« der IFP wird – u. a. aus o. g. Gründen – von mächtigen Interessen aus Industrie, Politik und Gesellschaft/Wissenschaft beeinflusst.

EU-Taxonomie

Die »Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten« ist Teil einer Reihe von gerichteten Maßnahmen innerhalb des EU-Aktionsplans zur nachhaltigen Finanzierung. Bei dem Klassifizierungssystem handelt es sich um eine Liste von Wirtschaftstätigkeiten mit Leistungskriterien, die wesentlich zu den sechs Umweltzielen beitragen sollen – Klimaschutz und -anpassung, Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Vermeidung der Umweltverschmutzung, Schutz der Ökosysteme (Technical Expert Group on Sustainable Finance 2019: 3). Auf diesem Weg soll Kapital zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele angezogen werden. Die »grüne Taxonomie« selbst ist nach Auffassung der EU eine »flexible« Liste an Wirtschaftsaktivitäten und Kriterien, die nachhaltigkeitsrelevant sind und sich, basierend auf »neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Industrie« (ebd.: 5) »dynamisch« verändern und erweitern können. Die Einhaltung dieser Kriterien in Finanzstrategien und Investmentportfolios großer institutioneller Anleger stellt eine der zentralen Herausforderungen für den Übergang zu einer nachhaltigeren Finanzwirtschaft dar und wird von unabhängigen Zertifizierungsagenturen geprüft und kommuniziert.

Eine weitere, eng damit verbundene Problematik, die den Umbau zum grünen Finanzmarkt bestimmt, ist, dass die Taxonomie eine simple binäre Systematik ist: Ein Investment ist entweder grün oder es ist nicht grün. Diese Problematik ist bislang kaum diskutiert; die daraus resultierenden sog. *ESG data shocks* (Schumacher, unpublished) können sich allerdings verheerend für Investoren auswirken und Unternehmenswerte über Nacht halbie-

ren. Das Prinzip lässt sich – unabhängig von der grünen Taxonomie – am Beispiel von VWs Dieselskandal darstellen: Weder der Autobauer VW noch die staatliche Aufsicht, sondern erst eine unabhängige Studie durch die ICCT stellte die erhöhten Schadstoffwerte bei VW offiziell fest. VWs Unternehmenswert sank nach Bekanntwerden der Ergebnisse beträchtlich, VWs wirtschaftlicher Schaden und Reputationsschaden waren hoch. Eine ähnliche Logik ergäbe sich nun, wenn Zertifizierungsstellen grüne Finanzprodukte zu generös zertifizierten und bei unabhängigen Ex-post-Prüfungen nicht nur die Anleihen ihren grünen Status verlieren würden, die ein Investor guten Glaubens in seinem grünen Anlageportfolio hält. Auch die Unternehmen, die von diesen bislang grünen Investitionen profitierten, würden plötzlich ihre Finanzierung und damit einen essenziellen Baustein ihrer langfristigen Unternehmensplanung verlieren. Ähnlich ruinös dürfte in solch einem Fall dann auch der Rufschaden der Zertifizierungsstellen und damit der Finanzplätze und Finanzaufsichten sein, die diese Agenturen beherbergen und beaufsichtigen.

Zertifizierungsstellen

Ratingagenturen wie *LuxFlag* (Luxemburg) oder *FNG* (Deutschland) sind inzwischen wesentlicher Teil des Ökosystems in IFP, die sich dem ökologisch-nachhaltigen Grundgedanken zwar verschrieben haben, hier jedoch vornehmlich gängige Markt- und Wachstumslogiken zur Implementierung nutzen. Zwischen den Zertifizierungsstellen gibt es große Unterschiede, etwa mit Blick auf die Transparenz bei der Vergabe des Standards »grün«. Während einige Prüfstellen ihre Fragebögen und die Ergebnisse ihrer Bewertungen (teilweise) offenlegen und damit die Entscheidungen öffentlich gut nachvollziehbar machen, halten sich andere Agenturen bedeckter, spielen diesen Vorteil jedoch scheinbar gleichwohl aus über eine schnellere Zertifizierung. Wenn die zunehmenden NGOs im Umweltsektor und andere unabhängige Institute stichpunktartig solche Entscheidungen der Zertifizierer prüfen und ggf. zu abweichenden Ergebnissen kommen, würde sich dies direkt auf die Wertentwicklung regionaler und globaler Investmentportfolios auswirken. Der Handel mit grünen Wertpapieren, die nun nicht mehr »grün« wären, würde rapide zurückgehen und damit auch den Handel auf den Sekundärmärkten direkt beeinflussen; bedeutende Anleiheinvestments ohne grüne Titel würden von vielen Großinvestoren wie Versicherun-

gen und Pensionskassen abgestoßen werden wollen und müssen. Allerdings würde (zumindest kurzfristig) der Markt aufgrund von fehlenden Abnehmer*innen zusammenbrechen, kurzum: Der Markt für grüne Finanz würde erheblich und nachhaltig Schaden nehmen. Die ökonomischen und sozialen Folgen eines sog. *ESG data shocks* wären ähnlich weitreichend: Projekte aller Art (z. B. Klima- und Infrastrukturprojekte), die als langfristige Anlageziele großer Investoren dienen und lokale Entwicklungsvorhaben vorantreiben sollen, würden über Nacht Finanzierungsschwierigkeiten haben.

Die Abschnitte 2 und 3 versuchten, die Logiken grüner Finanz und deren Klassifizierung durch Prüfstellen in groben Zügen darzustellen. Es zeigt sich, dass nicht nur die Definition, sondern auch die Implementierung neuer grüner Standards komplex und kompliziert sind. Wir haben aus Platzgründen die Diskussion der sich notwendigerweise wandelnden Governancestrukturen zur Unterstützung der Transition des Finanzsystems weglassen müssen. Festzuhalten bleibt, dass der Wandel zu einem grünen Finanzsystem zumindest die Abkehr vom kurzfristig orientierten *shareholder value* verspricht und ökologische und soziale Kriterien zurück in den Fokus von *stakeholder value* rückt. Der öffentliche Sektor spielt in Form von Anschubfinanzierungen und der Risikoübernahme eine zentrale Rolle, um wichtige Impulse und Anreize für private Investitionen zu setzen. Wir glauben, dass dies auch regionale Spielräume eröffnen kann, in denen sich privatwirtschaftliche Ansätze mit denen nachhaltiger Finanz individuell verknüpfen lassen. Dies setzt jedoch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch den Aufbau regionaler Institutionen und Governance voraus, um ein *upscaling* erfolgreicher regionaler, alternativer Wirtschafts- und Finanzierungsformen zu ermöglichen. Abschnitt 4 diskutiert einige dieser Beispiele.

4. Alternative Finanzierungsinstrumente und Finanzierungslogiken

Analog zum Spannungsfeld zwischen der international propagierten Green Economy (UNEP 2011) und deren alternativen, postwachstumsorientierten Spielarten (Kenis/Lievens 2015; Bina 2013; Davies 2013; Gibbs/O'Neill 2017; Schulz/Bailey 2014) stehen dem weltweit »ergrünenden« Finanzsektor alternative Ansätze gegenüber, die aus grundsätzlich anderen, in der Regel stärker gemeinwohlorientierten Motivlagen entstanden sind. Beispielhaft sollen

hier drei zunehmend verbreitete Instrumente vorgestellt und im Hinblick auf ihr transformatives Potenzial eingeschätzt werden: erstens Komplementärwährungen und deren Rolle in der regionalen Wertschöpfung, zweitens zivilgesellschaftlich getragene und kofinanzierte Formen der »kollaborativen Wirtschaft« und drittens die »Renaissance« genossenschaftlicher Organisationen und deren Investitionsmodelle.

Komplementärwährungen

Auch als »Regionalwährungen« bezeichnet, sind seit den 1990er Jahren vielerorts komplementäre Zahlungsmittel entstanden. Sie sind ein Beispiel für den Aufbau und die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die – eingebettet in die Logik Alternativer Ökonomien – erfolgreich überzogenen Konsum, Spekulation mit Natur und Boden sowie wirtschaftliche Inflation auf regionaler Ebene durchbrechen (Thiel 2011; Seyfang 2001) und sozial- und umweltverträgliche Produktionsweisen mit kurzen, vorrangig regionalen Lieferketten fördern können (Topatz 2015). *Regiogeld*, wie Regionalwährungen alternativ genannt werden,

> »… ist eine in seiner Gültigkeit regional begrenzte und von mehreren Teilnehmern akzeptierte Geldart privater Emittenten in Form von Bargeld, die mit einer negativen Verzinsung (oder zumindest Zinslosigkeit) versehen ist und gemeinnützige Ziele verfolgt« (Thiel 2011: 134).

Verfechter*innen der Regionalwährungen, deren Erfahrungshorizont bis ungefähr in die 2000er Jahre zurückreicht (North 2006, 2007; Lietaer/Dunne 2013) und die in Deutschland etwa den »Chiemgauer« (Gründung 2002), den »Tauber-Franken« (2005), die »Landmark« (2004) und den »Berliner Regional« (2005) umfassen, unterstellen einen hohen regionalen Nutzen, der mit der expliziten Förderung gemeinnütziger Projekte (Gelleri, 2013) einhergehe. Postuliert wird, dass Regionen, die alternative Selbstorganisation betreiben, stabiler und effektiv krisenresistenter seien als offene, eng in die globalen Wertschöpfungs- und Spekulationssysteme eingebundene regionale Wirtschaftssysteme (Kopatz, 2015: 105). Dies werde unterstützt u. a. durch den stetigen Umlauf des Regiogelds, motiviert durch dessen Zinslosigkeit und unnachgiebige Abwertung (»gesetzliche Schwundtage«, Thiel 2011) sowie eine durch ehrenamtliche Arbeit, Tausch und Kooperation und

weitere Soziale Innovationen geförderte Stärkung der lokalen Identität und sozialen Kohäsion der Einwohner*innen. Seyfang konstatiert für die 1990er Jahre eine Erweiterung der Ziele vieler Regionalwährungen von ökologischen Zwecken hin zu umfassenderen sozialen und politischen Motiven (Seyfang 2001), insbesondere zur Bildung von Gemeinsinn durch Reziprozität und lokale Teilhabe. In der deutschen Debatte stehen zunehmend Fragen der Institutionalisierung komplementärer Währungen im marktlichen Wirtschaftssystem im Vordergrund (Degen 2016; Doerr 2019).

Aktuelle Debatten über Regionalwährungen sind meist konzeptionell verankert in sehr viel frühere und grundlegendere Versuche des Aufbaus von Komplementärwährungen bzw. davon inspiriert. Als Pionier und bisher vermutlich erfolgreichstes Projekt dürfte das Schweizer Modell der seit 1934 existierenden »WIR-Bank« sein. Basierend auf Silvio Gesells »Freiwirtschaftslehre« wurde mit dem namengebenden »Wirtschaftsring« ein alternatives Netzwerk geschaffen, dem heute weit über 50 000 kleinere und mittlere Unternehmen angehören. Mit einem Umsatz von über 5,5 Milliarden Schweizer Franken (2019) überragt der Wirtschaftsring in Volumen und geographischer Reichweite die o. g. Regiogelder deutlich (Stodder/Lietaer 2015). Der »WIR-Franken«, wie auch eine wachsende Zahl anderer Regionalwährungen, nutzen heute auch elektronische Zahlungsmittel (Geldkarten, Smartphone-Apps), womit die Hoffnung auf eine Steigerung der Akzeptanz in der Bevölkerung dank niederschwelligerer Nutzung verbunden ist.

Kollaborative Ökonomien und Finanzierungsmodelle

Am Beispiel der »Solidarischen Landwirtschaft« (SoLaWi) soll erläutert werden, wie durch zivilgesellschaftliche Initiativen und ideelles, finanzielles und operatives Engagement nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaftsformen erhalten und weiterentwickelt werden können. »SoLaWi«-Initiativen, die nicht nur im städtischen Umland, sondern auch in eher ländlichen Regionen entstehen, stellen eine besondere Form gesellschaftlichen Engagements für den Erhalt bzw. Ausbau einer bäuerlichen und an Nachhaltigkeitszielen orientierten Landwirtschaft dar. Über finanzielle Beteiligungen (s. u.), teilweise aber auch über aktive Mithilfe im Betrieb, tragen Bürger*innen zu dessen Fortbestand bei und entwickeln als »Prosument*innen« (»Prosumer*innen«) gleichzeitig einen ideellen Bezug zu den erworbenen Lebensmitteln (zur Rolle »Alternativer Ernährungsnetzwerke« siehe ausführlicher

Rosol 2018). Die Finanzierungsmodelle der »SoLaWi« sind vielfältig und reichen von formalen Beteiligungen (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, partielles Flächeneigentum) über spezifische Bezugsmodelle[6] bis hin zu mehr am Allmendegedanken (»Commons«) orientierten Konzepten. Um die Grundfinanzierung eines Betriebsjahrs zu bestreiten, praktizieren Commons z. B. sogenannte »Bieterrunden«. Dabei werden alle Mitglieder nach Vorlage eines Haushaltsplans und Minimalbudgets gebeten, auf freiwilliger Basis und je nach individuellen Spielräumen Gebote zur Teilfinanzierung abzugeben. Diese Bieterrunden werden im Bedarfsfall so oft wiederholt, bis das angestrebte Jahresbudget gesichert ist. Anders als bei Genussschein- oder Bezugsmodellen besteht die Besonderheit darin, dass »Geben« und »Nehmen« entkoppelt werden. Silke Helfrich sieht in diesem »Abschied vom Prinzip des Äquivalententauschs« ein »allgemeines Muster gesellschaftlicher Transformation« (Helfrich 2015: 47). Eine ähnliche Entkopplung, d. h. das finanzielle Engagement ohne Erwartung einer absolut äquivalenten Gegenleistung, ist auch in der zunehmenden Nutzung von (internetbasierten) »Crowdfunding«-Modellen zu beobachten.

Genossenschaftliche Banken und gemeinwohlorientierte Anlageformen

Die wachsende Kritik an der finanzialisierten Weltwirtschaft, der Abkopplung finanzwirtschaftlicher Geschäftsmodelle von realwirtschaftlichen Finanzierungsbedarfen und nicht zuletzt Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen Gerechtigkeit haben den Ruf nach einer stärkeren Gemeinwohlorientierung der Finanzwirtschaft lauter werden lassen. Über die etablierten genossenschaftlichen (z. B. Volks- und Raiffeisen-Banken, GLS-Bank) und öffentlich-rechtlichen (Sparkassen) Finanzinstitute hinaus haben zivilgesellschaftliche Initiativen zur vermehrten Gründung von »Bürger*innen-Banken« geführt. Diese bieten ihren Mitgliedern in der Regel ESG-konforme Spar- und Einlagemodelle sowie spezifische Finanzierungskonzepte an. Die Bandbreite der Organisationen reicht von kleinen lokalen Genossenschaftsbanken über regionale Akteure (z. B. Caisse Solidaire Nord-Pas-de-Calais/Lille) bis zu landesweit und z. T. grenzüberschreitend agierenden Mo-

6 Sie sind, anders als kommerzielle Abonnementsysteme (»Gemüsekisten«), oft stärker gebunden an einen Anteil/eine Eigenleistung der Beziehenden sowie stärker ernteabhängig.

dellen (z. B. Triodos Belgien/Niederlande, Alternative Bank Schweiz, etika Luxemburg) (siehe auch Dörry/Schulz 2018).

Neben der Gründung alternativer Banken werden Forderungen aus der Zivilgesellschaft lauter, die Ziele und Geschäftspraktiken der öffentlich-rechtlichen Institute stärker am Gemeinwohl auszurichten. In Belgien etwa, wo die staatliche Rettung des belgischen Zweigs der DEXIA-Bank 2012 zur Schaffung einer neuen öffentlichen Bank (Belfius) geführt hat, fordert die Bewegung »Belfius est à nous« (»Belfius gehört uns«) vehement mehr Transparenz und Mitbestimmung. Und in Deutschland wird zunehmend die Leerstelle beklagt, welche die »Bank für Gemeinwirtschaft« (BfG) hinterlassen hat. Letzteres geschieht vor allem im Zusammenhang mit aktuellen Debatten über erschwinglichen Wohnraum, öffentliche Wohnungsbautätigkeit und kommunale Immobilienbestände. Der Immobiliensektor ist ein weiteres Beispiel dafür, wie nicht nur die Geschäftspraktiken eines zunehmend finanzialisierten Gewerbes kritisch hinterfragt werden, sondern wie durch neue Wohnformen und zugehörige Finanzierungs- und Planungsmodelle gemeinwohlorientierte Alternativen erprobt und auch etabliert werden (z. B. Baugemeinschaften, neue Wohnungsbaugenossenschaften, Mietshaussyndikate).

5. Zusammenfassung und Diskussion

Die vorgenannten Beispiele zeigen, dass grundsätzliche Veränderungen in Produktion und Konsum ihrerseits auf Veränderungen im Finanzsektor angewiesen sind und zunehmend angewiesen sein werden. Diese Anpassungen werden über die Berücksichtigung ethischer, sozialer und ökologischer Mindeststandards in etablierten Produkten und Anlagestrategien hinausgehen müssen. Vielmehr ist der Finanzsektor gefordert, gängige Geschäftsmodelle und deren einseitige Wachstumsfixierung zu hinterfragen und am Gemeinwohl zu orientieren. Die damit verbundenen Herausforderungen sind gewaltig – nicht nur angesichts der enormen Finanzsummen, die verwaltet und realloziert werden müssten, sondern auch angesichts inerter systemischer Zwänge. Systemimmanente Zwänge sind sowohl im Finanzsektor selbst zu finden (neue Standardsetzung, Geschäftspraktiken, Selbstverständnisse, Wertesysteme, Ausbildungsinhalte etc.) als auch auf überge-

ordneter Ebene (Steuer-, Zins- und Abschreibungspolitik, Wirtschafts- und Forschungsförderung, Finanzmarktregulierung).

Versteht man eine mögliche Postwachstumstransition als einen demokratischen Prozess zur Neubestimmung gesellschaftlicher Ziele, so wird auch die Neuausrichtung der Finanzwirtschaft Teil dieses Aushandlungsprozesses sein. Dies erfolgt offensichtlich am einfachsten dort, wo z. B. neue gemeinwohlorientierte Banken gegründet werden (s. o.), aber absehbar auch dort, wo Banken bereits in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum sind und ein Mitspracherecht für z. B. kommunale Entscheidungsträger strukturell gegeben ist. Eine größere Nähe zu realwirtschaftlichen Dynamiken vor Ort und zu den sich verändernden Finanzierungsbedarfen und Anlagestrategien mögen hier grundsätzlichere Veränderungen begünstigen. Zugleich könnten sie eine neue Perspektive bieten für Banken, die sich in Zeiten von Niedrigzins, Digitalisierung und (Re-)Regulierung zunehmend ihrer klassischen Geschäftsgrundlage beraubt sehen. Ob dieser Anpassungsdruck in ähnlicher Form auch die Nichtbanken erreicht, die trotz ähnlicher Geschäftsmodelle von der Bankenregulierung praktisch ausgenommen sind, bleibt abzuwarten. Generell steigt der Anpassungsdruck jedoch auch im Nichtbankensektor. Und es steht zu vermuten, dass die Verlagerung auf technologiebasierte Geschäftsfelder den grundsätzlicheren Lösungsdruck nur aufschiebt. Wie komplex, systemisch und integrativ die Beharrungskräfte angelegt sind, zeigt sich u. a. in der täglichen Bereitstellung notwendiger globaler Liquidität über den (weitgehend unregulierten) Interbankenhandel sowie die starke Abhängigkeit nicht zuletzt unserer sozialen Sicherungssysteme von der globalen Finanzindustrie, etwa über die Banken, Pensionsfonds, Lebensversicherungen und nicht zuletzt der Funktionsfähigkeit wichtiger Finanzmarktinfrastrukturen wie SWIFT, Clearstream und Euroclear.

Angesichts derzeitiger Debatten über globalen Klimaschutz, über Verteilungs- und Steuergerechtigkeit ist jedoch absehbar, dass den internationalen Finanzplätzen aufgrund ihrer Wissensbestände, Innovationspotenziale und geostrategischen Position eine zentrale Bedeutung zukommen wird. Noch ist nicht erkennbar, inwieweit die gegenwärtigen »Ergrünungsbestrebungen« der IFP einen grundsätzlicheren Wandel des Sektors begünstigen bzw. ermöglichen oder ob sie ihn durch ihre implizite Politik des »Weiter-so« gar behindern. Unzweifelhaft ist, dass eine wesentliche, auf Postwachstumsziele abstellende Neuorientierung des Sektors nicht nur aus der

Finanzwirtschaft selbst heraus möglich sein wird. Vielmehr bedarf es einer starken politischen, regulatorischen und wissenschaftlichen Begleitung des Prozesses – idealerweise gestützt auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens hin zu einer gewollten Transition.

Literatur

Bina, O. (2013): The green economy and sustainable development: an uneasy balance? In: Environment and Planning C: Government and Policy 31 (6), 1023–1047.

Christoff, P. (1996) Ecological modernisation, ecological modernities. In: Environmental Politics 5 (3), 476–500.

CISL – University of Cambridge Institute for Sustainability Leadership (2017) Rewiring the Economy. Ten tasks, ten years. Cambridge.

Commission on Growth and Development (2008): The Growth Report. Strategies for Sustained Growth and Inclusive Development. Washington, DC.

Davies, A. R. (2013): Cleantech clusters: Transformational assemblages for a just, green economy or just business as usual? In: Global Environmental Change 23 (5), 1285–1295.

Degen, P. (2016): Anderes Geld – Anderes Wirtschaften? Unternehmen und Regiogeld. In: Neue Soziale Bewegungen 29 (3), 98–109.

Demaria, F.; Kallis, G.; Bakker, K. (2019): Geographies of degrowth: Nowtopias, resurgences and the decolonization of imaginaries and places. In: Environment and Planning E: Nature and Space 2 (3), 431–450.

Doerr, J.-T. (2019): Grassroots initiatives and rural development. 40 years of assocative democracy in Beckerich and the Canton Réiden. University of Luxembourg (unpublished).

Dörry, S.; Schulz, Ch. (2018): Green financing, interrupted. Potential directions for sustainable finance in Luxembourg. In: Local Environment 23 (7), 717–733.

Dowling, E. (2017): In the wake of austerity: social impact bonds and the financialisation of the welfare state in Britain. In: New Political Economy 22 (3), 294–310.

EIF – European Investment Fund (2017): EFSI Equity social impact investment instruments. Luxembourg.

ESPON (2019): Financial Instruments and Territorial Cohesion. Brussels.
European Commission (2018): FinTech Action plan: For a more competitive and innovative European financial sector. Brussels. = COM (2018) 109/2.
G20 (2016): G20 Green Finance Synthesis Report.
Gibbs, D.; O'Neill, K. (2017): Future green economies and regional development: a research agenda. In: Regional Studies 51 (1), 161–173.
Green and Sustainable Finance Cluster Germany (2018): Shaping the future – green and sustainable finance in Germany. Frankfurt a. M.
Hebb, T.; Hawley, J. P.; Hoepner, A. G.; Neher, A. L.; Wood, D. (2016): The Routledge Handbook of Responsible Investment. Abingdon, Oxon.
Helfrich, S. (2015): Muster gemeinsamen Handelns. Wie wir zu einer Sprache des Commoning kommen. In: Helfrich, S.; Bollier, D.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Welt der Commons. Muster Gemeinsamen Handelns. Bielefeld, 36–54.
Kaminker, C.; Youngman, R. (2015): Sustainable energy infrastructure, finance and institutional investors. http://m.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/5228/Sustainable_energy_infrastructure,_finance_and_institutional_investors.html (24.02.2020).
Kenis, A.; Lievens, M. (2015): The limits of the Green Economy: From re-inventing capitalism to re-politicising the present. London.
Lietaer, B.; Dunne, J. (2013): Rethinking Money: How New Currencies Turn Scarcity into Prosperity. San Francisco.
Messner, D.; Schlacke, S.; Fromhold-Eisebith, M.; Grote, U.; Matthies, E.; Pittel, K.; Schellnhuber, H. J.; Schieferdecker, I.; Schneidewird, U. (2019) Digital Momentum for the UN Sustainability Agenda in the 21st Century. Berlin. = Policy Paper no. 10.
North, P. (2006): Alternative Currency Movements as a Challenge to Globalisation? Hants.
North, P. (2007): Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements. Minnesota.
Pistor, K. (2019): The Code of Capital: How the Law Creates Wealth and Inequality. Princeton.
Rosol, M. (2018): Alternative Ernährungsnetzwerke als Alternative Ökonomien. In: Zeitschrift Für Wirtschaftsgeographie 62 (3–4), 174–186.
Schulz, Ch.; Bailey, I. (2014): The Green Economy and Post-Growth Regimes: Opportunities and Challenges for Economic Geography. In: Geografiska Annaler B 96 (3), 277–291.

Schumacher, K. (unpublished): Exogenous Data Disclosure Probability and ESG Data Risk Factor for Green Finance Products.

Seyfang, G. (2001): Community Currencies: Small Change for a Green Economy. In: Environment and Planning A 33 (6), 975–996.

Stodder, J.; Lietaer, B. (2015): WIR – Eine Währung, die den Tausch neu erfindet. In: Helfrich, S.; Bollier, D.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Welt der Commons. Muster Gemeinsamen Handelns. Bielefeld, 196–198.

TCFD – Task Force on Climate-related Financial Disclosures (2017): Final Report: Recommendations of the Task Force on Climate-related Financial Disclosures. Basel.

Technical Expert Group on Sustainable Finance (2019): Using the taxonomy. Supplematary Report. Brussels.

UNEP – United Nations Environment Programme (2011): Towards a green economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers. https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/126GER_synthesis_en.pdf (25.02.2020).

UNEP – United Nations Environment Programme (2016): Fintech and sustainable development. Assessing the implications. http://unepinquiry.org/wp-content/uploads/2016/12/Fintech_and_Sustainable_Development_Assessing_the_Implications.pdf (25.02.2020).

UNEP – United Nations Environment Programme (2017): Accelerating Financial Centre Action on Sustainable Development. http://unepinquiry.org/wp-content/uploads/2017/12/Accelerating_Financial_Centre_Action_on_Sustainable_Development.pdf (25.02.2020).

UNEP FI – United Nations Environment Programme Finance Initiative (2018): Rethinking Impact to Finance the SDGs. https://www.unepfi.org/wordpress/wp-content/uploads/2018/11/Rethinking-Impact-to-Finance-the-SDGs.pdf (25.02.2020).

Weiss, M.; Cattaneo, C. (2017): Degrowth – Taking Stock and Reviewing an Emerging Academic Paradigm. In: Ecological Economics 137, 220–230.

Zademach, H.-M.; Dichtl, J. (2016): Greening Finance and Financing the Green: Considerations and observations on the role of finance in energy transitions. In: Jones, A.; Ström, P.; Hermelin, B.; Rusten, G. (eds): Services and the Green Economy. London, 153–174.

Zademach, H.-M.; Hillebrand, S. (2014): Alternative Economies and Spaces, New Perspectives for a Sustainable Economy. Bielefeld.

»Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«
Denkanstöße für die geographische Postwachstumsdebatte

Bastian Lange, Hans-Joachim Bürkner

1. Polarisierte Diskurse und widerstreitende Reaktionen auf Transformationen

Bundesdeutsche Politik- und Mediendiskurse über Klimawandel, Energieeffizienz, ökologische Transformation, Urban Transition und die Abkehr von ökonomischen Wachstumsprinzipien tragen derzeit alle Anzeichen einer moralischen Polarisierung. Es geht, so scheint es, einmal mehr um den ewigen Wettstreit zwischen Gut und Böse, richtig und falsch. Im Unterschied zu vielen anderen politischen Streitgegenständen sortieren sich die Kontrahent*innen in diesen Diskursen allerdings nicht umstandslos in Mächtige und Beherrschte. Vielmehr sind neue asymmetrische Koalitionen zu beobachten, bei denen sich z. B. Regierung und ehemalige Kritiker – zuletzt beim Kompromiss für den Kohleausstieg Ende 2019 – in selten gekannter Einmütigkeit zusammenfinden, um sich zum zukünftigen Guten zu bekennen und dem vergangenen Bösen abzuschwören. Dem steht eine weitgehend sprachlose Mehrheit der Bevölkerung gegenüber.

Während die sozioökonomische Polarisierung voranschreitet, gibt es nur wenige punktuelle milieugeographische »Tiefenbohrungen« (Bude/Medicus/Willisch 2011), um differenzierendes Licht in die grobkörnige Debatte zu bringen. Auch milieuorientierte Umweltbewusstseinsstudien differenzieren nur wenig, wenn sie in lockerer Anlehnung an die bekannten »Sinus-milieus« (Barth/Flaig/Schäuble et al. 2018) pauschal auf die Relevanz »junger distanzierter« sowie »prekärer« und darüber hinaus »traditioneller« Milieus verweisen (Bundesministerium für Umwelt 2019: 14, 75–78). Diese Gruppierungen haben demnach nur schwach ausgeprägte Ansprüche an mögliche

Problemlösungen im Bereich ökologischer Umweltveränderungen. Aussagen über räumliche Verteilungen oder klar unterscheidbare raumbezogene Selbstverständnisse dieser Akteure werden – wenn überhaupt – bislang nur hinsichtlich eines vagen Stadt-Land-Unterschieds getroffen (ebd.).

Alle anderen Milieus, also die sogenannten etablierten, kritisch-kreativen, idealistischen und auch Teile der bürgerlichen Milieus (Bundesministerium für Umwelt 2019: 15), lassen sich auf der einen Seite als diejenigen zusammenfassen, die aus den drängenden ökologischen und ökonomischen Krisen jeweils Imperative zur Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsmodelle und zur Veränderung von Konsum- und Lebensstilen ableiten. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen zusammen, die sich diesen Imperativen nicht oder zumindest nicht sofort unterordnen wollen (»prekäre«, »junge-distanzierte« und »traditionelle« Milieus). Im breiten öffentlichen Diskurs werden sie von ihren Kontrahent*innen häufig pauschal als Modernisierungsverweigerer, Gegner ökologischer Vernunft und »Dialogverweigerer« dargestellt.[1] Mehr noch: Sie werden darüber hinaus geographisch lokalisiert und regionalisiert: Die progressiven Kräfte sitzen demnach in den urbanen Zentren, vorzugsweise in Westdeutschland; die reaktionären Kräfte befinden sich dagegen im ländlichen Raum und den »abgehängten« Peripherien, vornehmlich in Ostdeutschland.[2]

Die im Titel dieses Beitrags formulierten Begriffe »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren« werden im Folgenden nicht etwa als politische Kampfbegriffe verstanden, sondern so vorurteilsfrei wie möglich als heuristische Suchkonzepte. Sie sind zunächst einmal von einem dezidierten analytischen Interesse an der Identifizierung milieuspezifischer, situierter Sozialer Innovationen getrieben (siehe dazu Bürkner/Lange in diesem Band). Daraus lassen sich Perspektivangebote für Forschung und Politik ableiten, und zwar dahingehend, diejenigen Gruppen reflektiert in den Blick zu nehmen, die sich gegen transformative Politiken, Wertänderungen und

1 Bundeskanzlerin Angela Merkel vermerkte dazu in ihrer Rede zum Weltwirtschaftsforum in Davos am 23.01.2020, die Verweigerung des Dialogs »sollte gesellschaftlich sanktioniert werden« (Gersemann/Zschäpitz 2020).

2 Dass diese Gruppen entsprechend ihrer Verortung mit unterschiedlichen Profiten und Kosten zu rechnen hätten, wusste Bundeskanzlerin Merkel bei derselben Gelegenheit ebenfalls zu berichten: Stadtbewohner würden rasch den Nutzen der Transformation zu spüren bekommen, während Landbewohner einen Großteil der Kosten zu tragen hätten (Gersemann/Zschäpitz 2020).

angemahnten Wandel auf unterschiedliche Weise zur Wehr setzen – subversiv und still, häufig aber auch gekonnt diskursiv und politisch informiert sowie mithilfe kommunizierter ästhetischer Werturteile. Dabei handelt es sich in der Regel nicht um Mitglieder von vorab definierten Sinusmilieus oder Lebensstilgruppen, ebenso wenig wie um die alltäglichen »Konstrukteure« empirisch bereits rekonstruierter Sozialraumtypen.

Die zurechenbaren Äußerungsformen und ihre Trägergruppen haben einen enormen gesellschaftspolitischen Anteil am Gelingen oder Scheitern der Transformationsbemühungen. Ihre Leistungen und Wirkungsansprüche werden in den öffentlichen Diskursen, die sich mehrheitlich auf die Protagonisten des beabsichtigten Umbruchs konzentrieren, zumeist übersehen. Bezeichnenderweise verschieben sich jedoch allein aufgrund ihrer Anwesenheit und öffentlichen Sichtbarkeit sehr schnell die vertrauten und moralisch ausgerichteten Ordnungskategorien des in ökologischer Hinsicht vermeintlich »Guten« und »Richtigen«.

Progressives ökologisches Denken hat einen – weltanschaulich oft konträren, aber sachbezogen gar nicht so weit entfernten – Widerpart, der mit der gern verwendeten kategorialen Dichotomie »modern vs. antimodern« nicht ohne Weiteres zu beschreiben ist. So reden z. B. Stichwortgeber aus den Reihen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) und »rechte Ökos« im ländlichen Raum einer rückwärtsgewandten, exklusiv »deutschen« Heimatverbundenheit das Wort und propagieren dabei eine Rückkehr zur »eigenen« Scholle (Röpke/Speit 2019). Wenn auch nur eingeschränkt, so sind sie damit ironischerweise an die Grundüberzeugungen der progressiven Kräfte jüngerer Postwachstumsorientierungen anschlussfähig: etwa indem sie auf lokale Gemeinschaften, milieuspezifische Autonomie und die Rückkehr zu manuellen Tätigkeiten bzw. einfachen Technologien setzen – und damit einen paradoxen Konservatismus zelebrieren, reaktionär und progressiv zugleich. Zumindest ein Teil des grünen und linken Moralisierens dürfte auf die Ratlosigkeit zurückzuführen sein, welche die Protagonist*innen angesichts dieses Paradoxons befällt: Sie spüren, dass sie sich argumentativ gegen rechte Vereinnahmungen nicht richtig zur Wehr setzen können.

Wenn es gilt, Beharrungskräfte ausfindig zu machen, dann erscheint die Mitte der Gesellschaft zunächst als unverdächtig. Ein schneller Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird aufgrund der erhöhten öffentlichen Wahrnehmung zur dramatischen globalen Erwärmung und deren Krisensymptome mittlerweile auch im politischen Mainstream als dringend not-

wendig erachtet. Es gilt – so suggerieren es viele Aufforderungshaltungen aus Politik und Wissenschaft –, auf breiter Basis Veränderungen des Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsumverhaltens der Bevölkerung durch- und umzusetzen. Dies soll argumentativ im Diskurs sowie gleichzeitig mithilfe gesetzlicher und verfahrungstechnischer Regelungen geschehen. Bis Ende 2019 zeigen die Zahlen zum Flugverhalten und den Ernährungsgewohnheiten der deutschen Bevölkerung allerdings keine nennenswerten und messbaren Effekte, die sich beispielsweise als Reduktion der CO_2-Freisetzung bemerkbar machen würden. Trägheit und Beharrung scheinen trotz aller messtechnischen Verzögerungseffekte, die in Rechnung gestellt werden könnten, weiterhin ubiquitär zu sein und keineswegs zu den Ausnahmeerscheinungen zu gehören.

2. Zielrichtung der Denkanstöße »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«

Mit unserem Beitrag wollen wir uns argumentativ den so bezeichneten Modernisierungsverweigerern, Gegnern ökologischer Vernunft sowie Transformations- und Dialogverweigerern so unbefangen wie möglich nähern. Dazu entwickeln wir eine Denkhaltung, die die grassierenden Vorverurteilungen im Interesse offener Analysen ablehnt und das Blatt gewissermaßen heuristisch wendet. Wir fordern unsere Leser*innen zu Gedankenexperimenten und bewusst vorgenommenen Perspektivwechseln auf.

So sprechen wir die vielerorts stigmatisierten Gruppierungen dezidiert als »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren« an, um ihre Positionierungen gegenüber Fragen des ökologisch motivierten gesellschaftlichen Wandels, aber auch ihre Positionierung in größeren Diskursen unvoreingenommen und präzise vor Augen zu bekommen. Mit unseren Leitbegriffen sprechen wir den vermeintlichen Blockierer*innen grundsätzlich die Fähigkeit zu alltagsrelevanten und sinndeutenden Innovationen zu. Wir distanzieren uns damit konzeptionell und forschungsprogrammatisch von der öffentlichen Kultur der latenten oder offenen Vorverurteilung, die innerhalb einer verunsicherten Wissenschaftslandschaft ansteckend wirken kann. Als verunsichernd nehmen wir dabei vor allem ungeklärte Widersprüche zwischen einem scheinbar gefestigten, rationalen Neoliberalismus und

eher ad hoc sowie hoch emotional inszenierten politischen Polarisierungen wahr.

Der Beitrag macht zudem auf aktuelle räumliche Konnotationen der rasch voranschreitenden Polarisierungen aufmerksam. Im Unterschied zu vergangenen Phasen der Zuschreibung konträrer Merkmale zu einzelnen Bevölkerungskategorien und »ihren« Räumen sind soziale Gegensätze derzeit nicht das Ergebnis langsamer gesellschaftlicher Ausdifferenzierungsprozesse. Vielmehr lässt sich davon ausgehen, dass die Gegensätze bewusst und teilweise in manipulativer Absicht, d. h. zum Vorteil der jeweiligen politischen Sprecher*innen, erzeugt und weiter befördert werden.

Faktisch bestehende sozioökonomische und sozialräumliche Disparitäten westeuropäischer Gesellschaften, die sich beispielsweise als tradierter Stadt-Land-Gegensatz präsentieren, laufen daher Gefahr, rhetorisch überhöht zu werden. Sie werden in populärsprachliche Oppositionen wie z. B. modern-antimodern, fortschrittlich-rückwärtsgewandt oder ökobewusst-umweltverachtend gefasst. Derartige Begriffspaare überlagern und färben nüchterne Oppositionen wie reich-arm oder ländlich-urban, indem sie diese mit moralischen Anschuldigungen und politischen Positionszuweisungen verknüpfen.

Da krude rhetorische Vereinfachungen mittlerweile aus dem alltäglich-medialen Sprachraum (z. B. den digitalen Sozialen Netzwerken) in fachpolitische sowie auch planerische und gesellschaftspolitische Debatten gelangt sind, wandeln sich die diskursiv verursachten Abschottungszuschreibungen. Aus vormals empathischen Narrativen der Marginalisierung werden nun Erzählungen, die Zuschreibungen des Antifortschrittlichen und latent Gesellschaftsgefährdenden enthalten. Sie fordern nun zu Abgrenzung, Solidaritätsentzug und Sanktionierung auf. Dennoch äußert sich darin häufig zunächst weniger überzeugter politischer Kampfeswille als vielmehr ein generelles Unbehagen mit dem Tempo gesellschaftlichen Wandels und der plötzlichen Sichtbarkeit sozialer Gegensätze.

Nicht nur der scheinbar progressive Diskurs, sondern auch die Hinwendung einer steigenden Anzahl von Menschen zu politischen »Alternativen« mit ihren rechtsnationalen und teilweise neonazistischen Politikangeboten kann als Ausdruck dieses Unbehagens gedeutet werden. Letztere signalisieren eindeutige Beharrungs- und Bewahrungsabsichten, die sich auf einen – wie auch immer definierbaren – Status quo beziehen, verbunden mit der Hinwendung zu Meinungskollektiven, die sich antifortschrittlich, gegen-

aufklärerisch und rückwärtsgewandt geben. Die mit Progressivität und Reaktion einhergehende gesellschaftliche Spreizung stellt vermutlich nur die Spitze eines sprichwörtlichen semantischen Eisbergs dar, der weitreichende und komplexe Ausdifferenzierungen der jeweiligen Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen auf sich vereinigt.

Gerade eine sozial-ökologische[3] emanzipatorische Forschung, die sich den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Gesellschaften und natürlichen Phänomenen verschrieben hat, sollte sich jedoch dieses gesellschaftlichen Umbruchs neugierig und kritisch-reflektierend annehmen. Aus einem detailgenauen Verständnis der milieu- und regionalspezifischen Situationsdeutungen, Sinnkonstruktionen und verstetigten Blickrichtungen auf politisch-ökologisch motivierte Transformationsprozesse lassen sich dringend benötigte Hinweise auf die Entstehung neuer Diskurskoalitionen und -spaltungen gewinnen. Zugleich kann erwartet werden, dass neue gesellschaftliche Integrationspotenziale und die dafür erforderlichen Brückenschläge erkennbar werden. Nicht zuletzt sollte es dadurch auch möglich werden, passende inkludierende Sprach-, Handlungs- und Strukturierungsangebote zu formulieren.

Aus einer sozial- und raumwissenschaftlichen Perspektive heraus steht insbesondere die Frage im Raum, mit welchen Sinnkonstrukten, Deutungsmustern und Konzepten der Selbstbehauptung die beharrenden Milieus agieren. Mithilfe welcher Kategorien (z. B. Sicherheit/Gefährdung, Stabilität/Umbruch, Gewohnheit/Unberechenbarkeit, Durchschaubarkeit/Ungewissheit) deuten diese augenscheinlich recht umfangreichen gesellschaftlichen Gruppierungen ihre sozialen und räumlichen Umgebungen? Wie kommt es zu subjektiven Äußerungen, die so erscheinen, als würden sie »wider besseres und verfügbares ökologisches Wissen« getroffen? Wie »gekonnt« ignorieren

3 Mit dem Attribut »sozial-ökologisch« bezeichnen wir solche gesellschaftlichen Transformationen, die mit der individuellen und kollektiven Auseinandersetzung mit Umweltproblemen einhergehen. Dies schließt einen sozialen Wandel ein, der die Veränderung von Ideen und Ideologien, sozialen Beziehungen, Handlungsorientierungen, Alltagspraktiken und Kommunikationsformen umfasst. Analog dazu kennzeichnen wir sozialwissenschaftliche Zugriffe auf die entsprechenden Formen sozialen Wandels als sozial-ökologische Forschung. Um Verwechslungen mit einem fast gleichlautenden Begriff zu vermeiden, der für eine auf der Analyse von Sozialstatistiken beruhende Forschungsrichtung der US-amerikanischen Soziologie des 20. Jahrhunderts verwendet worden ist (»Sozialökologie«), führen wir hier die Schreibweise mit internem Bindestrich ein.

diese Kollektive die jeweils herrschenden diskursiven Rahmungen und die darin eingeschlossenen Faktizitätsbehauptungen? Welche Deutungen ihres eigenen lokal bzw. regional verfassten Andersseins stellen sie ihnen entgegen? Wie wirkmächtig sind die entsprechenden Deutungsmuster in den öffentlichen Diskursen?

Zur Präzisierung und Kontextualisierung dieser noch recht groben Gegenüberstellung wird es dringend geboten sein, die Zusammenhangsformen zwischen den benachteiligenden, stigmatisierenden und abwertenden Zuschreibungen (»Modernisierungsverweigerer«, »Dialogverweigerer«) und den sie befördernden diskursiven Prozessen näher zu beleuchten. Ziel ist es somit, den unbestimmten und ungenauen Zuschreibungen der sozialen und politischen Praxis sowie deren medialer Repräsentationen eine genauere, kontextsensible und vor allem sozialwissenschaftlich fundierte Betrachtung entgegenzustellen.

Mithilfe der These der potenziellen und wenig sichtbaren Wirkungsmacht der »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren« machen wir uns auf den Weg, die dahinter liegenden kollektiven Motive, Handlungslogiken und Deutungsmuster zu entdecken. Es geht dabei einerseits darum, eine ausgewogene Analyse von gesellschaftlichen Transitionen zu ermöglichen, die nicht nur den normativ aufgeladenen Treibern des Wandels Platz einräumt, sondern auch ihren sozialen Gegenpart angemessen thematisiert. Es geht andererseits aber auch darum, die pejorativen Rhetoriken zurückzudrängen, die sich in der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Beschreibung vermeintlich antimoderner und sozial »abgekoppelter« Beharrungsmilieus in Windeseile ausgebreitet haben.

Dadurch wären unter anderem Simplifizierungen kenntlich zu machen, die zur weiteren politischen Polarisierung des gesellschaftlichen Wandels beitragen. Unter der Oberfläche grobschlächtiger politischer und medialer Darstellungen verbirgt sich häufig viel mehr als ein realistisches Abbild gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Wenn z. B. dem »Fridays for Future«-Aktivismus unvermittelt banale »Gegenreaktionen« unter dem Slogan »Fridays for Hubraum«[4] gegenübergestellt werden, so handelt es sich meistens nicht um eine realistische Abbildung direkt aufeinander bezogener Aktions- und Reaktionsweisen, sondern um medial inszenierte Scheingefechte.

4 https://www.sueddeutsche.de/panorama/fridays-hubraum-facebook-greta-klimakrise-1.4646132 (27.02.2020)

Dahinter findet bei genauerem Hinsehen ein Spiel mit einer Vielzahl von subtilen Belobigungen und Herabsetzungen statt, das bereits zum festen Bestandteil alltäglicher Denkvorräte gehört und in der sozialen Alltagspraxis auch ausgiebig zur Anwendung kommt.

Angesichts des noch recht defizitären Forschungsstands gilt es somit, neben der Veränderung sozialer Praxisformen auch die beteiligten überindividuellen Prozesslogiken und diskursiven Reproduktionsmechanismen zu dechiffrieren und zu verstehen. Letztere dürften die Verweigerer und »Abweichler« von einem bereits *top-down* definierten Mainstream (der noch keineswegs ein solcher ist!) mitunter erst zu dem machen, was die verwendeten Terminologien in vorauseilender Normativität bereits versprechen. Der Anlass für dieses Erkenntnisziel lässt sich in einem Satz benennen: Sehr selten wird gefragt, welche konkreten Gründe es für das Bewahren und Verharren gibt, welche Funktionen diese Gründe erfüllen und inwiefern sie abseits vordergründiger Diskursrhetoriken konstitutiv für den aktuellen sozial-ökologischen Wandel sind.

Ein weiteres Ziel muss daher darin bestehen, die milieuspezifischen Deutungen der Angehörigen der beharrenden Milieus zu ihren bewusst gewählten Verweigerungen und Werthaltungen detailliert zu ermitteln und Wege zu ihrer Interpretation argumentativ herzustellen. Dies bedeutet keineswegs, dass damit eine pauschale Rehabilitierung oder gar Nobilitierung dieser Beharrungsmilieus mithilfe wissenschaftlicher Rhetoriken beabsichtigt sei. Ausgangsbasis ist vielmehr das Bemühen, durch Kontext- und Detailtreue der Analyse zu einer umfassenderen Einschätzung des Phänomens »Beharrung« zu gelangen. Dies erfordert einen mehrfachen Perspektivenwechsel der Interpretation, so wie er von der Logik der qualitativen Sozialforschung eingefordert wird (Glaser/Strauss 2008). Erst auf der Grundlage derartiger Wechsel lässt sich klären, weshalb die vorgenommenen Sinndeutungen zwar aus der Sicht der Akteure »folgerichtig« und »schlüssig« sind, aber dennoch paradoxe Elemente in sich tragen.

3. Aufbruch und Beharrung in der sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsforschung

3.1 Ansätze der Transitionsforschung

Ein dominanter Teil der bisherigen Transitionsforschung richtet sein Hauptaugenmerk und Erkenntnisinteresse auf die Erklärung, Bemessung und Abschätzung von Bewältigungsformen ökologischer Dilemmata. Beschrieben werden unter anderem die möglichen Wege hin zu nachhaltigen, ressourcenschonenden und energiereduzierten gesellschaftlichen Praktiken. Wandlungsprozesse, Entwicklungspfade, Abweichungen proökologischer Initiativen vom Mainstream, institutionelle Umbauten sowie dafür nötige neue Governance-Arrangements geben in Wirtschaftsgeographie und benachbarten Disziplinen Anlass zu wichtigen Fragestellungen. Diese Fokussierung erfolgt zumeist räumlich differenziert mit Bezug auf Stadt-und-Land-Unterschiede und die Lokalisierung sektoraler Schwerpunkte; zudem wird die Fokussierung mit einer kritischen Haltung zu den entwicklungspolitischen Bezugsgrößen des Globalen Nordens und Südens verbunden (Geels/Schwanen/Sorrell et al. 2018).

Dies hat Auswirkungen auf die außerparlamentarische Darstellung der gesellschaftspolitischen Widerstände, die durch Migrations-, Klima- und Ernährungskrisen ausgelöst worden sind, getragen von Initiativen wie *Fridays (Scientists, Parents, Mothers, Teachers, Students u. a.) for Future, Transition Towns* oder *Extinction Rebellion,* ferner von global agierenden NGOs wie »Greenpeace«, »Sea Sheperd« und diversen Klimabündnissen. Sie alle fordern die Wissenschaft scheinbar geschlossen dazu auf, sich auf der Basis des seit Dekaden vorliegenden und akzeptierten Fachwissens über die Endlichkeit der überschrittenen planetaren Grenzen jeweils für substanzielle Änderungen der Wirtschafts- und Konsumsysteme sowie der dabei eingesetzten Stoffströme einzusetzen. Die Suchraster der Forscher*innen stellen diese Aufforderung in Rechnung. Sie richten sich in jüngerer Zeit vermehrt an handlungsleitenden Akteuren aus, die den ökologischen Vorreitermilieus entstammen und vor allem in Westeuropa und dem Globalen Norden prompt als Postwachstumspioniere angesprochen werden.

Zahlreiche Modelle und Theorien zum ökologiebezogenen gesellschaftlichen und räumlichen Wandel begründen die bislang erkennbaren Pfadabweichungen und Wandlungsprozesse durch eben diese initialen Handlungs-

leistungen Einzelner. Dabei spielen heroische Akteure eine zentrale Rolle: risikoerprobte Unternehmer*innen Grüner Ökonomien; Postwachstums-pionier*innen mit ihren Erprobungen des kollektiven Teilens, Tauschens, Reparierens und Selbermachens (Gebauer/Sagebiel 2015); Erstnutzer*innen von neuen Technologien mit ihren besonderen Werten, Mobilitätsstilen, Ästhetiken und Denkhaltungen; aber auch Prosument*innen, die zwischen Konsum und eigener Produktion pendeln. Sie führen vielfältige Einstiege in neue Praxisformen vor und lassen zugleich neue regionale Entwicklungspfade erkennbar werden. Diese offenbar überdurchschnittlich wandlungsbereiten und -erfahrenen Individuen werden mit Attributen wie »innovativ«, »kreativ«, »fortschrittlich« und »modern« versehen und analog zu evolutionsökonomischen Traditionen der Belobigung ökonomischer Innovatoren beschrieben, so wie dies gegenüber den zentralen Akteuren innerhalb von Innovationsregionen, kreativen Milieus und Clustern üblich ist (Spigel/Harrison 2018).

Die Gegenseite – meistens der numerisch weitaus umfangreichere Teil – wird dagegen umgangssprachlich mit Attributen wie »antimodern«, »fortschrittsfeindlich«, »hinterherhinkend« angesprochen oder – in einem soziologisierenden Jargon – als »abgekoppelt«, »abgeschottet« oder »wandlungsresistent«. Es handelt sich um soziale Milieus mit hohen internen Bindungskräften, deren Mitglieder stabile Lebenslagen anstreben und ihre Sinndeutungen auf geringe Veränderlichkeit ausrichten. Dennoch werden diese Milieus kaum als Phänomene sui generis, d. h. als legitime und ernstzunehmende Strukturierungselemente sozialen Wandels begriffen. Vielmehr geht es der Transitionsforschung zunächst einmal darum, sie als Relikte des zu Überwindenden und somit als Übergangsphänomene zu beschreiben – und damit ohne erkennbare Not inkonsistenten und sprunghaft aktionistischen Politiken zuzuarbeiten.

Damit sind übrigens nicht nur NGOs, freie Initiativen und Aktionsbündnisse angesprochen, sondern auch die Regierungspolitiken des Mainstreams. So geht es der Bundesregierung (Bundestagswahl im September 2017) hauptsächlich darum, die widerspenstigen Milieus auf dem Weg zur generellen Akzeptanz veränderter Lebens-, Mobilitäts- und Ernährungsweisen anschlussfähig zu »machen«, deutlich abzulesen z. B. am Fall des geplanten Klimapakets für CO_2-reduzierende Infrastrukturen (siehe Interview in dieser Anthologie von C. Mohn zur Situation in der Region Lausitz). Über die sozialen Kosten sowie die Bedeutung von Protesten und anderen Wider-

standsformen für den Fortgang von Transformationsprozessen spricht die Bundesregierung indes erheblich weniger, von konkreten Verhandlungen mit den Betroffenen »vor Ort« ganz zu schweigen.

3.2 *Value-action gaps*: Erklärungen zum Phänomen der Transitionsverweigerung

Erklärungen zur Entstehung des Phänomens der Modernisierungs- und Fortschrittsverweigerung stehen somit eher selten im Fokus der aufkeimenden Postwachstumsanalysen. Nennenswert sind bislang einige Deutungsangebote zur »Verweigerung trotz besseren Wissens«, die auf der Basis psychologischer Experimente entstanden sind. Demnach spielen drei Faktoren eine wichtige Rolle: Verantwortungsdiffusion, Pluralistische Ignoranz und »Bewertungsangst« (Baecker 1999). Erstens weisen Modelle der Verantwortungsdiffusion darauf hin, dass in einer Gesellschaft meistens eine ausreichende Anzahl von Individuen bereitsteht, um beliebige politische Vorhaben praktisch umsetzen zu können, sodass aus der Sicht des*der Einzelnen stets argumentiert werden kann, dass »doch erst mal die anderen machen« sollten (ebd.). Zweitens weisen Ansätze der Pluralistischen Ignoranz darauf hin, dass sich die Einzelnen in ihrem Verhalten in ungewohnten Situationen automatisch und bevorzugt daran orientieren, wie sich die anderen verhalten. Wenn aber – verkürzt gesprochen – niemand etwas tut, kann auch niemand als Vorbild für aktives Eingreifen und für etwaige Veränderungen dienen. Drittens weist das Konzept der »Bewertungsangst« darauf hin, dass vermeintlich falsches Handeln dazu führt, dass die Handelnden von anderen zu ihrem Nachteil bewertet werden.

Alternativ dazu bieten die psychologische Konsumforschung sowie die *Environmental and Sustainability Studies* weitere Erklärungen an. Sie gehen davon aus, dass eine Diskrepanz zwischen Wissen und Handlungsumsetzung, als *value-action gap* bezeichnet (Kollmuss/Agyeman 2002), für die Beibehaltung bewährter Handlungsmuster sorgt. Im Unterschied zur ähnlichen Theorie der kognitiven Dissonanz, die für die Beharrung angesichts erschwerender Bedingungen jeweils die Umwertung von Motiven für einmal gewählte Handlungsalternativen verantwortlich macht (Beckmann 1984), nimmt der »*value-action gap*«-Ansatz nicht in erster Linie die Motivationslagen, sondern die Wissensstände der Handelnden in den Blick. Besonders im Zuge der Ausbreitung Sozialer Innovationen kommt es auf der

gesamtgesellschaftlichen Ebene zu der paradoxen Situation, dass einerseits ausreichende Informationen zu einem als nachteilig begriffenen Lebensstil vorhanden sind und andererseits derselbe Lebensstil unverändert fortgeführt wird. Beispielsweise wirken dann fehlende Informationen über die individuellen und kollektiven Kosten veränderten Handelns als Umsetzungsbremse. Wir greifen diese These weiter unten in veränderter Form noch einmal in einem weitaus grundsätzlicheren transformationstheoretischen Diskussionskontext auf.

3.3 Transformation und Milieuanalysen

In jüngster Zeit haben genauere Langzeitmilieustudien in sogenannten abgehängten ostdeutschen Regionen wie z. B. Wittenberge (Bude/Medicus/Willisch 2011) sowie qualitative Transformationsstudien wie in den Plattenbausiedlungen von Lütten Klein bei Rostock (Mau 2019) den Blick auf die Komplexitäten von vergleichsweise veränderungsresistenten sozialen Milieus gerichtet. Im Gegensatz zur mittlerweile geschichtlichen Dimension derartiger Milieus lassen sich auch aktuell Milieukonstellationen in Ostdeutschland beobachten, die kaum weniger problembelastet sind, jedoch erheblich weniger beforscht werden. Es handelt sich um solche Milieus, die vor einer dritten sozial-ökologischen Transformation stehen. Während die erste Transformation durch die friedliche Revolution 1989/1990 in der DDR erfolgte, setzte eine zweite Transformation mit der Jahrtausendwende im Zuge eines dynamischen Globalisierungsschubs ein. Sie forderte den Menschen eine weitere grundsätzliche Umorientierung ihres Lebens ab. Schließlich kristallisiert sich nun durch den im Jahr 2019 beschlossenen Klimapakt der Regierung auf Bundesebene eine weitere »von oben« verordnete Transformation heraus, hin zur Förderung von Lebensstilen der nachhaltigen und ressourcenschonenden Mobilität und Energienutzung. In dieser komplexen dritten Transformation sind digitale Technologien und die Nutzung digitaler Kommunikationsmedien jeweils prominente Verstärker sozialer und räumlicher Ungleichheit.

Die gegenwärtigen Reaktionen der von den genannten Umbrüchen betroffenen Milieus – häufig handelt es sich über dreißig Jahre hinweg um ein und dieselben Milieus – gehen weit darüber hinaus, was als politischer Widerstand in Ostdeutschland sichtbar geworden ist, etwa durch nationalistische Aktivitäten und Positionen der AfD. Vielmehr greifen alltagskul-

turelle Deutungen und Positionierungen quer durch die sozialen Schichten auf kontinuierliche Alltagserfahrungen und Biographien zurück, in denen die kollektiven Erlebnisse mit dem DDR-Autoritarismus, die Erinnerung an die erlebte Ohnmacht während des Systembruchs der 1990er Jahre und periodenübergreifende Deutungen der scheinbar unausweichlichen Opferrolle der »kleinen Leute« zusammenfließen. Hinzu kommen Verunsicherungssignale aus den nach der Wende neu eingerichteten politischen Lagern, sei es der nachlassende Glaube an die selbstheilenden Marktkräfte seitens der Liberalen oder die zunehmende Erschütterung alter Gleichheits- und Teilhabeerwartungen bei den Sozialdemokraten. Diese Signale werden selbstverständlich ebenfalls von den Milieus reflektiert und deutend verarbeitet. Die Popularität von Beharrungsmechanismen dürfte innerhalb der genannten Kontexte aus transformationstheoretischer Sicht allein aufgrund der sich ausbreitenden Ängste vor weiteren Zumutungen und Besitzstandseinbußen im Zuge neuerlicher Umwälzungen plausibel zu erklären sein.

3.4 Paradoxa der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformation

Vom besonderen Fall der postsozialistischen Transformation bzw. der darauf folgenden Posttransformation einmal abgesehen, gilt die Vermutung, beginnende Postwachstumsorientierungen und zunehmend rigide Klimapolitiken würden eine paradoxe Ausgangssituation für die Bevölkerung schaffen, und zwar auch für die Gesamtgesellschaft. Einerseits nimmt das fachliche und alltägliche Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen sowie der planetaren Grenzen zu; öffentliche Diskussionen, mediale Berichterstattung und politischer Diskurs tragen gleichermaßen zu dieser Steigerung bei. Andererseits sinkt das belastbare Erfahrungswissen darüber, wie gewohnte Konsumroutinen und ökologisch nachteilige Lebensstile aufgegeben werden können. Es ist den Einzelnen vielfach unklar, wie Anpassungen an die neuen Gegebenheiten künftig aussehen können. Die Bereitschaft in weiten Teilen der Gesellschaft, sich auf diese Veränderungen einzulassen, stagniert in dem Maße, wie keine konkreten, attraktiven Ziele formuliert werden können und stattdessen Verzichts- und Niedergangsvisionen stärker werden.

Gegenüber derartigen Thesen sind solche Erklärungen, die auf die Wirkmächtigkeit stabiler Handlungsroutinen verweisen, z. B. auf habituelle Gewohnheitspraktiken des alltäglichen Konsums, der Ernährung, der Mobilität und der Freizeitgestaltung, eher als Schutzbehauptungen der politischen

Eliten einzustufen: Politische Eliten suggerieren häufig, dass Gewohnheiten unverändert von Generation zu Generation weitergegeben werden und nur durch mehr oder weniger drastische Maßnahmen beeinflusst werden können. Damit lässt sich das Festhalten an ökologisch »unvernünftigen« Verhaltensweisen als Generationenproblem definieren, während umweltkonsumierende Produktionsmodelle und neoliberale Politiken unerwähnt bleiben können. Die *Fridays*-Generation kann mit regierungsamtlicher Billigung gefahrlos als Innovationsträger gefeiert werden, der die »Umweltsäue« der Eltern-, Großeltern- und Urelterngenerationen vermeintlich zu Recht abstraft. Abgesehen davon, dass sich hierin ein paternalistisches Selbstverständnis der Politik offenbart (»… endlich kommen sie zur Vernunft …«), fügen sich die entsprechenden Rhetoriken in einen weiteren Kontext der Durchsetzung von Deutungen und Narrativen ein, die den potenziell staatsgefährdenden Charakter unterschwelliger Beharrungstendenzen in der Bevölkerung adressieren. Dazu zählen beispielsweise die jüngsten politischen Schuldzuweisungen für einen wiedererstarkenden Rechtsradikalismus, so als habe er in der Bevölkerung in den vergangenen Generationen nur überwintert und könne ohne politische Intervention »von oben« nicht unter Kontrolle gehalten werden. Licht ins Dunkel der konkreten Beharrungskräfte der sozialen Milieus bringen die Verfechter*innen der Habitualismusthesen mit ihrem Raunen jedoch kaum.

Ähnliches gilt auch für die Hoffnungsnarrative eines technizistischen Lösungswegs des Umwelt- und Klimadilemmas (Blühdorn/Butzlaff/Deflorian et al. 2018) sowie des jüngst EU-weit diskutierten »Green Deals« auf der Basis von CO_2-Bepreisung und klimafreundlichem ökonomischen Umbau (Claeys/Tagliapietra/Zachmann 2019). Als paradigmatische Technikmodelle sollen beide Ansätze eine aktuelle Produktionsära ablösen und quasi CO_2-neutral das zukünftige *Gute Leben* für alle auf diesem Planeten gewährleisten. Auch hier wird einer Bevölkerung die Fähigkeit zur Selbstregulation und Emanzipation tendenziell abgesprochen. Zudem wird die paradoxe Ausgangssituation technikorientierter Politik kaum reflektiert. Sie besteht darin, dass die negativen Folgen der Implementation von Technologien mit weiteren technologischen Maßnahmen anstatt mit alternativen alltagsbezogenen Denkansätzen und Maßnahmen bekämpft werden sollen. Stattdessen wird eine Utopie propagiert, deren konkrete Umsetzungsfragen vor dem Hintergrund zunehmender Technologiekritik weitgehend ausgeblendet werden. Dass diese Utopie auf der Annahme basiert, dass es möglich

sei, alte Habitualisierungen umstandslos durch neue Habitualisierungen zu ersetzen, ohne die Rolle von Gewohnheiten für bereits transformationsgeschichtlich vorbelastete soziale Gemeinschaften genauer analysiert zu haben, gehört wohl eher zu den Treppenwitzen der Geschichte als zum aussichtsreichen strategischen Inventar rationaler Politikansätze. Der sozialistische Mensch sollte ja auch schon einmal auf den Trümmern eines habitualisierten bürgerlichen Lebens geschaffen werden.

4. Weiße Flecken auf der Landkarte der Transformationsforschung

Sozialwissenschaftliche und sozial-ökologische Analysen zu Transitionsszenarien haben einen nicht unwesentlichen Anteil daran, dass bestimmte Umgangsweisen mit ökologischen Imperativen bereits kanonisiert, verinnerlicht sowie als handlungsleitend begriffen worden sind. Umweltzerstörung und Klimawandel lassen demzufolge kaum noch politische Alternativen oder größere Handlungsspielräume zu. Die Wissenschaft präsentiert sich damit im öffentlichen Diskurs als gesellschaftliche Avantgarde und stellt zu etlichen parallel verlaufenden politischen Diskursen eine erstaunliche Kompatibilität her. So formulieren beispielsweise die jüngeren *Sustainability Studies* (Geels/Schwanen/Sorrell et al. 2018) zunächst normative Grundgerüste, die einer künftigen Transition zugrunde liegen sollten, und richten ihr Hauptaugenmerk dann auf planerische, konsumorientierte, kulturelle oder politische Fragen der Umsetzung der für notwendig erklärten Umgestaltungen, v. a. im Bereich der Stoffkreisläufe, Mobilitätsressourcen, fossilen Energieträger und Ernährung.

In epistemologischer Hinsicht hat diese normativ ausgerichtete Forschungspraxis klare Auswirkungen. Politische sowie alltäglich konstruierte und kollektiv verinnerlichte Imperative werden bereits im Vorfeld wissenschaftlichen Arbeitens zur impliziten Richtschnur der Anlage einschlägiger Untersuchungslogiken. Das Erkenntnisinteresse richtet sich weniger auf die Sinnkonstrukte und die besondere Rationalität eines beginnenden gesellschaftlichen Umbaus als auf die praktischen Inszenierungen unhinterfragter neuer Normen. Eine Vielzahl von *Best-practice*-Fallstudien, Machbarkeitsstudien, Wirkungsanalysen und Effizienzbetrachtungen erarbeitet

fortlaufend anwendungsnahe und praxistaugliche Erkenntnisse zu konsumenten- bzw. nutzerbezogenen Handlungsansätzen.

Es wird eher danach gefragt, wie die Wende zu mehr Nachhaltigkeit, gesellschaftlichem Umbau und Zukunftstauglichkeit gestaltet werden kann, als danach, welchen Sinn diese Wende für welche Akteure genau ergibt, welche unintendierten Nebenfolgen sie zeitigt und wie gerecht sie in sozialer Hinsicht zu werden verspricht (Hargreaves/Hielscher/Seyfang et al. 2013; Wolfram/Frantzeskaki 2016). Die *Sustainability Studies* wissen sich in dieser Orientierung mit der urbanen Transitionsforschung sowie eines Großteils der sozial- und raumwissenschaftlichen Postwachstumsforschung einig. Sie teilen sämtlich die subkutane Grundhaltung des Befolgens von Imperativen, die nicht nur von ökologischen Aktionsgruppen, sondern auch bereits von der etablierten Politik für allgemein verbindlich angesehen werden. Diese Handlungsdisposition wird von uns im Folgenden mit dem Neologismus »*Imperativismus*« bezeichnet.

Mit dieser Ausrichtung der Forschung rücken die potenziellen Akteure des anstehenden gesellschaftlichen Umbaus in den Mittelpunkt des Interesses. Wie die sich dynamisch ausbreitende Fachdebatte der Raum- und Sozialwissenschaften rund um Postwachstumsökonomien (Schulz 2012) zeigt, sind viele Gegenstandsbereiche der Analyse mehrheitlich auf vermeintlich »neue« Akteure hin orientiert (Lange 2017), z. B. Postwachstumspioniere, deren Praktiken und räumliche Nutzungsmuster (Othengrafen/Romero Renau/Kokkali 2016). Diese Akteure sollten nach Möglichkeit alltagsrelevante, stoffstrombezogene und letztlich postwachstumsorientierte Veränderungen bereits vollzogen haben (Baier/Hansing/Müller et al. 2016) oder zumindest an deren Implementierung arbeiten.

So weit, so gut? Die Antwort könnte positiv ausfallen, wenn da nicht zwei wichtige Versäumnisse zu reklamieren wären. Zum einen fehlt bislang eine dezidierte Auseinandersetzung mit dem fortdauernden Phänomen der begründeten und selbstgewählten Beharrung, also dem Festhalten am jeweils errungenen Status quo. Damit sind vor allem die mentalen Dispositionen, Denkweisen und Habitusformen derjenigen gemeint, die sich von dem neuen Imperativismus nicht überzeugen lassen oder zumindest eine gewisse Distanz dazu wahren. Zum anderen werden auch die sozialen Verwerfungen kaum diskutiert, die offensichtlich mit dem Imperativismus einhergehen.

Die eingangs angesprochenen Verweigerer sind ja nicht einfach nur Uneinsichtige, die etwa aus Bequemlichkeit oder mangels Bildung und Wissen

an alten Verhaltensweisen festhalten möchten. Im Gegenteil, sie rekrutieren sich eher aus den Statusgruppen der Mittelschichten, d. h. der relativ Wohlhabenden und besser Gebildeten, mithin der viel zitierten Leistungsträger dieser Gesellschaft. Auch unternehmerische Eliten zählen dazu (Marg/Walter 2015). Dennoch werden sie und ihre Ansichten derzeit im politischen Diskurs auf merkwürdige Weise marginalisiert, so als seien reale Machtverhältnisse für eine zukunftsorientierte Ökologiedebatte irrelevant. Wenig ist zudem über die gegenwärtigen Vergemeinschaftungsformen dieser Akteure und insbesondere die sie umgebenden sozialen Milieus bekannt.

Für eine problemorientierte sozial- und raumwissenschaftliche Forschung stellt sich darüber hinaus nicht nur die Frage nach den sozialen Voraussetzungen der Beharrungskräfte, sondern auch nach ihren gesellschaftlichen Wirkungen. Lehnen die Beharrenden jede Art ökologisch motivierter Veränderungen ab – etwa die generelle Abkehr von ökonomischen Wachstumspostulaten – oder akzeptieren sie die »großen« Imperative, während sie viele kleine Veränderungen, die damit verbunden sind, nicht mittragen? Richten sie ihre Aufmerksamkeit in diesem Fall eher auf regionales und sektorales Wachstum, das sie nach wie vor für sinnvoll halten? Angesichts fehlender empirischer Daten lassen sich hierzu derzeit nur spekulative Annahmen treffen. Damit hängt des Weiteren die Frage nach legitimierenden Praktiken, kollektiven Narrativen und *Imaginaries* zusammen – nach Phänomenen also, die diese Wachstumsmomente angesichts deren umweltbelastender Folgen quasi »trotz verfügbaren besseren und abrufbaren Wissens« aufrechterhalten.

Ob als Bremskräfte ökologisch-politischen Fortschritts oder als verantwortungsbewusst Reflektierende oder gar als innovativ Reformierende abseits des sozial-ökologischen *Mainstreams* – die Beharrenden und Verweigernden verdienen mehr ernsthafte Aufmerksamkeit, als ihnen bislang geschenkt worden ist. Wie wenig die sozialwissenschaftliche Forschung darauf vorbereitet ist, zeigt sich auf der forschungspraktischen Seite unter anderem darin, dass den disziplinären Ansätzen wichtige konzeptionelle Bausteine und Bindeglieder fehlen, die es ihnen ermöglichen würden, auch exogenes Wissen zu adaptieren.

So ließe sich der Blickwinkel anderer Disziplinen gezielt nutzen, um die bereits eingeübten Normativismen kritisch zu hinterfragen. Es geht somit zunächst darum, mit einer ungewohnten Begrifflichkeit und Beschreibungsrhetorik auf die zu erklärenden Sachverhalte zu schauen.

5. Diskursive Dimensionen der Verweigerung

5.1 Diskursive *Framings*

Wir schlagen im weiteren Verlauf die Verwendung milieutheoretischer und praxistheoretischer Ansätze der Soziologie vor, um künftig die oben genannten Erkenntnislücken adäquat füllen zu können. Neben der Frage nach der Beschaffenheit der Beharrenden und deren Milieus gilt es aber auch, die Diskurse in den Blick zu nehmen, in denen sie in Erscheinung treten. Genauer gesagt geht es darum, gezielt nach den Erscheinungsformen, Trägern und Funktionen von politischen Positionen der Beharrung in den Diskursen um sozial-ökologische Transformation und Postwachstum zu fragen. Aus einer medientheoretischen Perspektive heraus müssen zunächst die hegemonialen *Framings* beschrieben werden, welche die Marginalisierung von Beharrenden, Verhinderern und anderen Nichtkonformen vorantreiben. Insbesondere die Verortung von »Abweichlern« in bestimmten Regionen und sozialräumlichen Konfigurationen kann ein zentraler Bestandteil derartiger *Framings* sein – womit sozialgeographische Grundfragen nach der Entstehung sozialräumlicher Disparitäten auf einen neuen Gegenstand angewendet werden können. Eine theoretische Grundlage kann dabei die *Framing*-Theorie der ausgehenden 2000er und frühen 2010er Jahre (Chong/Druckman 2007; Matthes 2012) liefern. Sie erlaubt es, die mediale und diskursive Repräsentation einzelner Bevölkerungsgruppen und Sachverhalte entlang bereits existierender Inklusions-Exklusions-Mechanismen und *Othering*-Prozesse zu thematisieren (Borah 2011).

Der Begriff des *Otherings* steht dabei für die Zuschreibung »anderer« und von der Eigengruppe abweichender Merkmale zu solchen Gruppen, die als Repräsentanten unerwünschter sozialer Sachverhalte sowie als inferior angesehen werden (Jensen 2011; Schwalbe 2000). Dieser auf Praktiken der sozialen Identitätsbildung bezogene Begriff lässt sich mit milieutheoretischen Ansätzen verbinden. So könnten in exemplarischen Analysen jeweils *Othering*-Prozesse am Fall Ostdeutschlands auf der Basis von Erkenntnissen zu »widerständigen« Milieus und Verweigerern als soziales Realphänomen gedeutet werden. Dabei lassen sich sowohl Fremdzuschreibungen als auch Selbstzuschreibungen der Betroffenen herausarbeiten, die jeweils hegemoniale Deutungen des Andersseins transportieren. Durch die Berücksichtigung von Machtrelationen lässt sich *Othering* schließlich auch als Eliten-

projekt definieren, nämlich als Prozess der Formierung und Adressierung politischer Gegner. *Othering* wird somit als duales Phänomen beschreibbar, nämlich als soziale Alltagspraxis und zugleich als politisch-diskursiver Prozess.

Mit Blick auf ostdeutsche Befindlichkeiten können jedoch nicht nur die »Unterlegenen« des *Otherings* genauer beschrieben werden. Auch die Selbstpositionierungen der Beharrenden im Diskurs können angemessen thematisiert werden. Insbesondere innovative und konstruktive Anteile von Beharrungen und Verweigerungen sowie deren Wirkungen können offengelegt werden. Am Fall von Gewinnern der bisherigen Transformationsschübe (z. B. erfolgreiche Unternehmer*innen) lassen sich insbesondere diejenigen Situationsdeutungen identifizieren, welche die Betroffenen dazu in die Lage versetzen, proaktive Einstellungen zu entwickeln, originelle Problemlösungen zu erarbeiten und erfolgreich strategisch zu handeln. Zugleich können die individuellen und milieuspezifischen Gegenkräfte zu diesen Haltungen beschrieben werden, vor allem die Neigung, Opferrollen als Bestandteil des eigenen Handlungs- und Persönlichkeitskonzepts zu akzeptieren sowie – oder auch – Opferrollen als kollektives Schicksal zu deuten. Dabei wird unter anderem die Frage zu klären sein, inwieweit Frustration und Resignation als milieuspezifische Haltungen kultiviert werden, ohne zugleich die Absicht auf Änderung der Verhältnisse aufzugeben.

Damit können wichtige Fragen nach der Konstituierung von »Beharrungsavantgarden« in sozialer, politischer und mediendiskursiver Hinsicht beantwortet werden. Ebenso können Antworten auf die Frage der Rollenzuweisungen und Durchsetzungschancen im Diskurs geliefert werden. Aus einer sozialgeographischen Sicht sind diese Denkanstöße mit dem Anspruch verbunden, möglichst präzise über die Entstehung sozialer und räumlicher Ungleichheit bei denjenigen zu sprechen, die bei laufenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen nicht »mitmachen«.

5.2 Hegemoniale Perspektiven auf »Beharrungsavantgarden« und »Verhinderungsinnovatoren«

Transformationsdiskurse sind in der jüngeren deutschen Geschichte stets hegemoniale Diskurse gewesen. Darin werden Umbruchsituationen durch ihre Gewinner zumeist als notwendig, zwangsläufig und durch drohende Gefahren legitimiert beschrieben. Genau dieser hegemoniale Blick wird in

Debatten über die postsozialistische Transformation der 1990er Jahre und die Posttransformation seit der Jahrtausendwende mit erstaunlicher Regelmäßigkeit zelebriert. Ob ökonomische Dauerkrise nach der Übertragung westdeutscher Institutionen und der Demontage der sozialistischen Industrien, ob demographischer Wandel und Schrumpfungsprozesse in den »Neuen Bundesländern«, ob EU-Osterweiterung und Revision des deutschen und europäischen Grenzregimes (Bürkner 2020), ob symbolische geopolitische Aufrüstung gegen den neuen und alten Gegner Russland, ob Folgen der Destabilisierung des Nahen Ostens und der Fluchtbewegungen aus der europäischen Nachbarschaft – immer wieder werden Abweichungen von einem politischen Common Sense an den Verlierern der gesellschaftlichen Transformation der vergangenen 30 Jahre festgemacht und insbesondere in Ostdeutschland verortet.

Geht es nach vielen regierungsamtlichen Verlautbarungen und medialen Darstellungen, dann existieren in Ostdeutschland großräumige Zonen, die von Unzufriedenen, Modernisierungsverweigerern, Uneinsichtigen oder gar (alten und neuen) Demokratiefeinden geprägt sind. Dies ist zweifellos eine machtvolle raumkonstruierende Vorstellung, mit der sich aus Sicht der Herrschenden gemäß der altrömischen Devise *divide et impera* (»teile und herrsche«) bequem arbeiten lässt. Gut und Böse sortieren sich darin entlang einer quasi natürlichen räumlichen Arbeitsteilung.

Was sich auf den ersten Blick als fortgesetzte innerdeutsche Transformationsdebatte präsentiert – reduziert auf einen kruden Ost-West-Gegensatz –, verdeckt indes die vielen Zwischentöne und differenzierten Sichten auf den Zusammenhang von Ökologie, Ökonomie und Systemwandel. Zudem verdeckt ein oberflächlicher Blick die Binnenverhältnisse in den beiden »geographischen« Lagern. Es ist ja keineswegs so, dass es keine tatkräftigen Innovator*innen in den innerdeutschen Krisenregionen gäbe. Innovative Start-ups in den Hightechbranchen Ostsachsens und weltmarkterprobte, international vernetzte Unternehmen in den neuen Umweltbranchen signalisieren, dass es nicht nur und überall in Ostdeutschland Verlierer*innen und Verweigerer*innen geben dürfte. Es verhält sich auch nicht so, dass sich in Westdeutschland keine ökologiepolitischen Modernisierungsverweigerer*innen antreffen ließen – das auf Dauerkrise gestellte Ruhrgebiet oder der ländliche Raum Niedersachsens sind nur einige Beispiele der mentalen und politischen Beharrung unter vielen.

Im gesamtdeutschen politischen Diskurs sowie in den Mediendebatten geht es allerdings bislang weniger darum, aus den politischen Konflikten rund um gesellschaftliche Erneuerung und ein mögliches Postwachstum kooperativ zu lernen, als vielmehr darum, alte Ressentiments für die eigenen tagespolitischen Interessen zu nutzen, seien es Zeitungsauflagen oder Wählerstimmen.

6. Zur Emanzipation der »Beharrungsavantgarden« in der Postwachstumsdebatte – ein erstes Resümee

Es ist nicht zu übersehen: In interessengeleiteten Diskursen werden Sichtweisen strategisch lanciert, die über die kollektive Zuschreibung von Eigenschaften an Menschen und Räume entscheiden. Die Auseinandersetzung – oder besser gesagt: die nicht nur argumentativ, sondern auch emotional-moralisierend erfolgende Auseinandersetzung – mit Beharrenden, Verhinderern und »Blockierenden«, ja sogar mit ihrem scheinbar natürlichen Habitat, kann ohne größere Anstrengung als Bestandteil hegemonialer Diskurse und entsprechender *Framings* identifiziert werden.

Für die sozial- und raumwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen »Beharrung« eröffnen sich somit lohnende Betätigungsfelder. Es muss zunächst einmal darum gehen, die jeweiligen Akteure, deren politische Positionen, soziale Praktiken und deren diskursive Interventionen genauer in den Blick zu nehmen. Dabei schadet es nicht, sich in ein wenig Dialektik zu üben, um der Suggestivkraft polarisierender Denkfiguren zu entgehen. Wir gehen daher in Anlehnung an den Dialektikbegriff der Frankfurter Schule (Adorno 2000) davon aus, dass es darum gehen muss, ergebnisoffene gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Widersprüchlichkeit zu rekonstruieren. In der sozialen Praxis gehen mit scheinbar konservativen Elementen jeweils auch progressive Elemente einher, deren Sinnhaftigkeit sich unter anderem im Verhältnis zu ihren Gegenparts zu erkennen gibt. Das Beharren kann demgemäß nur auf der Basis der kognitiven, emotionalen und sozial konstruierenden Auseinandersetzung der jeweiligen Akteure mit alternativen Positionen und Verhaltensweisen zustande kommen – in diesem Fall der aktiven Veränderung.

Konkret kann dies bedeuten, dass sich die vermeintlichen Verweigerer aus guten Gründen nicht (oder nicht sofort) vordergründigen Aktionspos-

tulaten anschließen, sondern die gründlichere Auseinandersetzung mit alternativen Ideen bevorzugen. Diese Ideen müssen nicht zwangsläufig rückwärtsgewandt oder problemignorant sein. Gerade in Zeiten des hektischen politischen Aktionismus können ausgesprochene Verhinderer auch innovative Inspirationsquellen sein. Diese Akteure erklären häufig ihre eigenen sozialen Praxisformen, Alltagserfahrungen und Befindlichkeiten zum Ausgangspunkt der Suche nach praxistauglichen Lösungen – und erteilen damit abstrakten, unerprobten oder ideologisch vorformulierten Pauschallösungen eine Absage (siehe Marg/Walter 2015 zu den Orientierungen mittelständischer Unternehmer*innen). Genau diese Akteure und ihre bedachte Positionierung in schwierigem diskursivem Terrain sollten stärker im Fokus der sozial-ökologischen Analyse stehen.

Gegenwärtig treffen die Hoffnungen der Betroffenen auf offene Auseinandersetzungen und ihre Bemühungen um die Durchsetzung ihrer »abweichenden« Ansprüche an die künftige Gesellschaftsentwicklung noch auf politische Tendenzen einer eher brachialen Zurückweisung der ihnen zugrundeliegenden Denkweisen. Ansprüche auf Emanzipation und die Gewährleistung offener Suchprozesse befinden sich ironischerweise in den aktuellen Klima- und Postwachstumsdebatten – mit ihren Rhetoriken des Dringlichen und Alternativlosen – in beständiger Marginalisierungsgefahr. Mittels der rhetorischen Figur der illegitimen »Abweichung« können die Ansprüche von den Advokaten vermeintlich unumstößlicher Imperative leicht in die Ecke des politisch Unerwünschten gedrängt werden. Damit kann einem neuen Autoritarismus Vorschub geleistet werden, der den eigentlichen Zielen einer breit aufgestellten ökologischen Wende sowie der neugierigen Erprobung von Postwachstumspraktiken diametral entgegenläuft.

Diese Tendenz kann zu einer ausgesprochenen Innovationsbremse werden, nämlich dann, wenn die hegemonialen Fremdzuschreibungen von den Betroffenen immer wieder selbst übernommen werden. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist daher aufmerksam zu beobachten, inwieweit milieuexterne Deutungshoheiten für eine Lähmung von Handlungsbereitschaften und proaktiven Strategien sorgen. Es gilt künftig, die ambivalente Situation der im politischen Raum bereits Marginalisierten oder von Marginalisierung Bedrohten frühzeitig sichtbar zu machen. Die ambivalente Situation besteht in dem Dilemma, einerseits sozial und ökonomisch innovativ sein zu wollen und andererseits als innovationsunfähig bewertet zu werden.

Die an *Framings* der »Abweichung« und anderen *Othering*-Prozessen beteiligte Inklusions-Exklusions-Problematik verdeutlicht, dass es für die politisch Marginalisierten vorrangig nur darum gehen kann, an ihrer eigenen Emanzipation zu arbeiten. Ziel künftiger Analysen muss es daher sein, die emanzipatorischen Anteile der Beharrungsperspektiven aufzuzeigen und die betroffenen Akteure tatsächlich eher als potenzielle oder De-facto-Avantgarden zu beschreiben denn als marginalisierte Gruppen ohne Veränderungspotenzial oder gar Anspruch auf Macht. Werden die jeweiligen Forschungsergebnisse in die laufende Postwachstumsdebatte eingespeist, so kann es gelingen, die derzeit noch stark als Minderheitenproblem etikettierten Emanzipationsperspektiven stärker in den Mainstream zu rücken.

7. Weiterführende Ideen und disziplinpolitische Konsequenzen

An den Befund bestehender Forschungsdefizite schließen sich unmittelbar weitere konzeptionelle Fragen an. Aus milieu- und diskurstheoretischer Sicht muss eine kontextorientierte, an sozialen Differenzierungen ausgerichtete Analyse von Beharrungsorientierungen und deren Wirkungen gewährleistet werden. So ist davon auszugehen, dass vermeintliche Abschottungsbewegungen – zumal dann, wenn sie als regionales Phänomen wahrgenommen werden – für allgemeinere gesellschaftliche Widerstände stehen, die auf breiter Basis analysiert und diskutiert werden müssen.

Dabei ist zu beachten, dass gesellschaftliche Umgestaltungsdiskurse nicht lediglich von abstrakten Normen, Werten und Handlungslogiken beeinflusst werden, sondern von den Interessen und Durchsetzungsaussichten heterogener Akteure, die mit einem unterschiedlichen sozioökonomischen Status, einem unterschiedlich verfügbaren sozialen Kapital, verschiedenen konkreten (sozialen, ökonomischen und symbolischen) Profiterwartungen sowie (qua Status) zugeschriebener und (im Diskurs) erworbener Macht bzw. Durchsetzungsfähigkeit in die Auseinandersetzungen gehen.

Dringend erforderlich ist auch eine stärkere Kontextualisierung von Regionalisierungsprozessen der Beharrung. Sie sollten als Ausdruck von eigenwilligen Souveränitätsbehauptungen auf Zeit begriffen werden, die von regional verankerten Milieus ausgehen. In ihrer besonderen raum-zeitlichen Zuspitzung können sich diese Regionalisierungen mit älteren sozialräumlichen Disparitäten überschneiden. Beispielsweise können politisch »von

oben« verordnete Transitionsprozesse (Kohleausstieg, Mobilitätswende, Besteuerung von fossilen Treibstoffen) bereits aufgrund der Allokation der Akteure (in peripheren Regionen, als Pendler mit zentrenfernen Standorten) eine Schwächung ihrer bestehenden sozioökonomischen Position bewirken.

Handelt es sich dann tatsächlich um Beharrungsmilieus in dem Sinne, dass sie eine weitere sozioökonomische Marginalisierung verhindern möchten und allein deshalb an scheinbar veralteten Mobilitäts-, Lebensstil- und Konsummustern festhalten? Oder stellen sich Verweigerungshaltungen eher als Folge der Marginalisierung dieser Milieus in öffentlichen und politischen Diskursen ein, d. h. tendenziell unabhängig von konkret erfahrenen räumlich-sozialen Disparitäten? Derartige Fragestellungen verweisen auf die Notwendigkeit, neue geographische Fragmentierungen und soziale Peripherisierungsprozesse zu regulären Gegenständen der Postwachstumsforschung zu erheben.

Schließlich ist es an der Zeit, aus fokussierten Diskurs- und Framinganalysen wichtige Hinweise auf Paradoxa, Hybridisierungen und Ambivalenzen der Postwachstumsdebatten zu gewinnen. Zwar sind die Sozialwissenschaften bereits seit geraumer Zeit für den Umstand sensibilisiert, dass diese Phänomene zu den zentralen Ausprägungsformen der Nachmoderne zählen; jedoch geraten die konkreten Symptome und Indikatoren leicht aus dem Blick. So sind reflexive Prozesse in Umbruchsituationen weitaus häufiger anzutreffen als in gesellschaftlichen Plateauphasen, da Dissens, divergierende Handlungsziele und soziale Verwerfungen dann offener zutage treten als in konfliktärmeren Zeiten. Diskursive Marginalisierungsprozesse und öffentliche Sanktionen, die gegen »Verweigerer« ausgesprochen werden, wirken sich unmittelbar auf die sozialen Positionierungen und Einflussmöglichkeiten der Betroffenen aus – häufig mit dem Ergebnis, dass vormals schwache Widerstände in härtere Oppositionen übergehen. Die Zuschreibung »Verweigerer« wird in diesem Fall zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Unter diesen Bedingungen ist es für eine kritische Sozialwissenschaft auch dringend geboten, hegemonialen Meinungsführerschaften für das »Gute« und »Richtige« eine Absage zu erteilen. Geschieht dies nicht, so steht eine Wissenskultur der Affirmation bestehender Machtgefälle zu befürchten. Mit Emanzipation und der Forderung nach Debatten auf Augenhöhe für alle sind derartige Entwicklungen dann vermutlich kaum noch in Einklang zu bringen.

Literatur

Adorno, Th. W. (2000): Negative Dialektik. 10. Auflage. Frankfurt a. M.

Baecker, D. (1999): Organisation als System. 1. Auflage. Frankfurt a. M.

Baier, A.; Hansing, T.; Müller, Ch.; Werner, K. (2016): Die Welt reparieren – Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld.

Barth, B.; Flaig, B. B.; Schäuble, N.; Tautscher, M. (2018): Praxis der Sinus-Milieus. Gegenwart und Zukunft eines modernen Gesellschafts- und Zielgruppenmodells. Wiesbaden.

Beckmann, J. (1984): Kognitive Dissonanz. Eine handlungstheoretische Perspektive. Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo.

Blühdorn, I.; Butzlaff, F.; Deflorian, M.; Hausknost, D. (2018): Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit: Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung. Wien.

Borah, P. (2011): Conceptual Issues in Framing Theory: A Systematic Examination of a Decade's Literature. In: Journal of Communication 67 (2), 246–263.

Bude, H.; Medicus, T.; Willisch, A. (2011): ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge: Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft. Hamburg.

Bürkner, H.-J. (2020 – im Erscheinen): Ostdeutsche Grenzregionen. Für eine transnationale Regionalforschung. In: Naumann, M.; Becker, S. (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland – Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin.

Chong, D.; Druckman, J. N. (2007): Framing Theory. In: Annual Review of Political Science 10, 103–126.

Claeys, G.; Tagliapietra, S.; Zachmann, G. (2019): How to make the European Green Deal work. Brussels. = Policy Contribution 14 https://bruegel.org/wp-content/uploads/2019/11/PC-14_2019-041119.pdf (20.02.2020).

Gebauer, J.; Sagebiel, J. (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin. = Schriftenreihe des IÖW 208/15.

Geels, F. W.; Schwanen, T.; Sorrell, S.; Jenkins, K.; Sovacool, B. (2018): Reducing energy demand through low carbon innovation: A sociotechnical transitions perspective and thirteen research debates. In: Energy Research & Social Science 40 (June 2018), 23–35.

Gersemann, O.; Zschäpitz, H. (2020): Wenn die Kanzlerin spricht, »fühlt man sich ethisch zu Hause«. https://www.welt.de/wirtschaft/article205

293177/Angela-Merkel-in-Davos-Bundeskanzlerin-wird-wieder-zur-Kli makanzlerin.html (20.02.2020).

Glaser, B. G.; Strauss, A. L. (2008): The discovery of grounded theory: strategies for qualitative research. Chicago.

Hargreaves, T.; Hielscher, S.; Seyfang, G.; Smith, A. (2013): Grassroots innovations in community energy: The role of intermediaries in niche development. In: Global Environmental Change 23 (5), 868–880.

Jensen, S. O. (2011): Othering, identity formation and agency. In: Qualitative Studies 2 (2), 63–78.

Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 61 (1), 38–55.

Marg, St.; Walter, F. (2015): Unternehmer und Gesellschaft. Einleitende Bemerkungen zum Vorgehen und zur Methodik. In: Marg, St.; Walter, F. (Hg.): Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen. Reinbek bei Hamburg, 9–29.

Matthes, J. (2012): Framing Politics: An Integrative Approach. In: American Behavioral Scientist 56, (3), 247–259.

Mau, St. (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Frankfurt a. M.

Othengrafen, F.; Romero Renau, L.; Kokkali, I. (2016): A new landscape of urban social movements. Reflections on urban unrest in Southern European cities. In: Knieling, J.; Othengrafen, F. (Hg.): Cities in Crisis. Sociospacial impacts of the economic crisis in southern european cities. New York, 139–154.

Röpke, A.; Speit, A. (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin.

Schulz, Ch. (2012): Post-Wachstums-Ökonomien – (k)ein Thema für die Wirtschaftsgeographie? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 56 (4), 264–273.

Schwalbe, M. (2000): The Elements of Inequality. In: Contemporary Sociology 29 (6), 775–781.

Spigel, B.; Harrison, R. (2018): Toward a process theory of entrepreneurial ecosystems. In: Strategic Entrepreneurship Journal 12, 151–168.

Wolfram, M.; Frantzeskaki, N. (2016): Cities and Systemic Change for Sustainability: Prevailing Epistemologies and an Emerging Research Agenda. In: Sustainability 8 (2), 144. DOI: https://doi.org/10.3390/su8020144

Praxisbeiträge

Zur Wachstumsfixiertheit der Europäischen Union
Ein Diskussionsbeitrag

Christian Schulz

Wie in der Einleitung zu diesem Buch beschrieben, gehörte die EU im Nachgang zur sogenannten »Wirtschafts- und Finanzkrise« 2007/2008 – neben der OECD und der UN – weltweit zu den mächtigsten und sichtbarsten Akteuren, die sich erkennbar mit dem Wachstumsparadigma auseinandergesetzt haben. Mit der 2009 vorgelegten Mitteilung »GDP and beyond. Measuring progress in a changing world« (European Commission 2009) wurde ungewöhnlich deutlich auf die Unzulänglichkeit herkömmlicher Messverfahren und Indikatorensysteme zur Bewertung wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstands hingewiesen und eine überfällige Einbindung ökologischer und sozialer Indikatoren vorgeschlagen. Und auch die Tatsache, dass sich das EU-Parlament in den Folgejahren zum Teil sehr exponiert mit Postwachstumsansätzen beschäftigte (siehe Interview mit Tom Bauler in diesem Buch), verleitet zu der Vermutung, dass ein Umdenken hinsichtlich der Entwicklungsziele der Wirtschafts-, der Infrastruktur- und der Sozialpolitik Einzug gehalten haben könnte. Mit viel Spannung wurden deshalb Details zum europäischen »Grünen Deal«[1] erwartet, den die »Von-der-Leyen-Kommission« Ende 2019 vorstellte (Europäische Kommission 2019). Wenngleich es Mitte Februar 2020 für eine systematische Bewertung des bisher nur in seinen Grundzügen angekündigten Grünen Deals zu früh ist, soll hier eine erste Einschätzung dieses durchaus bemerkenswerten Papiers erfolgen. Dabei interessieren vor allem folgende Fragen:

1 Zur allgemeinen Debatte über die Postwachstumskompatibilität von Green (New) Deals – etwa auch des US-amerikanischen Ansatzes – sei das Themenheft »Green New Deal« der Zeitschrift »politische ökologie« (Fuhrhop 2019) sowie der Bericht des »European Environmental Bureau« (EEB 2019) empfohlen.

1. Mit welchem Wachstumsverständnis operiert der Grüne Deal? Inwieweit sind Neuorientierungen gegenüber vorherigen Entwicklungsleitbildern erkennbar – z. B. zur Europa-2020-Strategie (European Commission 2010)?
2. Inwiefern zeigt sich der Grüne-Deal-Ansatz »raumsensibel«, sowohl, was die Frage innereuropäischer Diversität räumlicher Kontextbedingungen angeht (siehe auch Beitrag Szumelda in diesem Buch), als auch hinsichtlich globaler Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen (siehe Beitrag Bruns)?

Ich bin mir des Risikos der wahrscheinlich kurzen Verfallszeit dieser Bewertung sehr bewusst, halte es dennoch für sinnvoll, in unserem Anthologie einen Bezug zum aktuellen Politikgeschehen auf EU-Ebene herzustellen.

Abb. 1: Elemente des Grünen Deals der EU. Quelle: Europäische Kommission 2019: 4

Zum Wachstumsverständnis des Grünen Deals

Der Grüne Deal wird vorgestellt als eine neue »Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt wer-

den und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist« (Europäische Kommission 2019: 2). Bereits in dieser Präambel klingt ein fortgesetzter Glaube in die effizienzbasierte Lösbarkeit des Ressourcenproblems an. Im Folgenden dominieren Begriffe wie »Effizienz«, »smart« und »Wettbewerbsfähigkeit« sowie eine ausgewiesene Technologieorientierung – z. B. »ihren Wettbewerbsvorteil bei sauberen Technologien wahren« (ebd.: 22) oder »das Potenzial des digitalen Wandels ausschöpfen, der ein wesentlicher Faktor für die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals ist« (ebd.: 7). Der Wachstumsbegriff selbst wird nicht problematisiert und durchweg mit einer positiven Konnotation verwendet (siehe Tab. 1). Das Konzept der »Suffizienz«, Aspekte des »Weniger« und Ähnliches tauchen nicht auf.

Tab. 1: Ausgewählte Schlüsselbegriffe des Grünen Deals und Häufigkeit deren Nennung

40	Investition/Investor[1]
15	Effizienz/effizient
14	Technologie/technologisch
10	Wachstum[2]
8	Wettbewerb/Wettbewerbsfähigkeit/wettbewerbsfähig
2	Wohlergehen/Wohlfahrt
0	Suffizienz/suffizient

Textgrundlage: Europäische Kommission 2019
[1] ohne Eigennamen wie European Investment Bank oder EU-Invest
[2] durchgängig positiv besetzt

Eine ernsthaftere Hinterfragung marktwirtschaftlicher Mechanismen und resultierender Konsummuster wird lediglich im Bereich des angekündigten Aktionsplans zur Zirkulären Wertschöpfung/*Circular Economy* erkennbar, der Maßnahmen enthalten soll,

> »mit denen Unternehmen ermutigt werden sollen, wiederverwendbare, langlebige und reparierbare Produkte anzubieten, und die es den Verbrauchern ermöglichen sollen, sich für solche Produkte zu entscheiden. Im Rahmen des Aktionsplans wird untersucht, ob das Recht, Reparaturen durchzuführen, garantiert werden muss, und die geplante Obsoleszenz von Geräten, vor allem

> Elektronikgeräten, angegangen [werden muss]. Die Verbraucherpolitik wird dazu beitragen, die Verbraucher in die Lage zu versetzen, bewusste Entscheidungen zu treffen und aktiv am ökologischen Wandel mitzuwirken. Neue Geschäftsmodelle, die auf der Anmietung und gemeinsamen Nutzung von Waren und Dienstleistungen basieren, werden ebenfalls eine Rolle spielen, solange sie wirklich nachhaltig und erschwinglich sind.« (ebd.: 9)

Demgegenüber liegt in anderen Themenbereichen der Schwerpunkt auf dem Vertrauen in großmaßstäbliche Technologielösungen und die Substitution z. B. fossiler Brennstoffe: »Die Industrie in der EU braucht Vorreiter in den Bereichen Klima und Ressourcen, die bis 2030 die ersten kommerziellen Anwendungen bahnbrechender Technologien in Schlüsselbranchen entwickeln. Die Schwerpunktbereiche umfassen sauberen Wasserstoff, Brennstoffzellen und andere alternative Kraftstoffe, Energiespeicherung sowie CO_2-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung. So wird die Kommission beispielsweise bahnbrechende saubere Stahltechnologien fördern, die bis 2030 zu einer CO_2-freien Stahlerzeugung führen sollen« (ebd.: 10). Im Bereich der erneuerbaren Energien wird mit dem Ausbau der Offshore-Windparks ein sehr spezieller und zentralisierender Ansatz als besonders relevant herausgestellt.

Für den Verkehrssektor werden Empfehlungen ausgesprochen, die vermeidbare Mobilitätsursachen (z. B. im Gütertransport, Siedlungsstrukturen) nicht problematisieren, sondern ausschließlich auf Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) und vor allem auf alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe abstellen. Auch die geplanten Investitionen im Bausektor, vornehmlich in die energetische Sanierung von Bestandsimmobilien, setzt neben Wärmedämmung vor allem auf technologiebasierte (»smarte«) Ansätze. Über neue Wohnformen, Flächenansprüche, Leerstandsbekämpfung, Steuerung von Neubauaktivitäten etc. wird hingegen kaum gesprochen (siehe auch Fuhrhop 2019).

Auffallend vage bleibt der Grüne Deal in seinen Aussagen zum Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion. Zwar mahnt die geplante »Farm to Fork«-Strategie (»Vom Hof auf den Tisch«) höhere Produktstandards und den verringerten Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden an. Strukturinhärente Probleme der industrialisierten Landwirtschaft im Allgemeinen und der Massentierhaltung im Besonderen werden jedoch nicht angesprochen.

Welche Kriterien an nachhaltige Investitionen (Europäische Kommission 2019: 20) angelegt werden, bleibt in der zurzeit in Arbeit befindlichen EU-Taxonomie (siehe Beitrag Dörry/Schulz) noch zu klären. Die angekündigten steuerpolitischen Reformen stellen eine Verlagerung der »Steuerlast von Arbeit auf Umweltverschmutzung« (Europäische Kommission 2019: 21) in Aussicht. Damit ist vor allem die CO_2-Besteuerung gemeint, weniger eine grundsätzliche Besteuerung von Ressourcen und Material – wie sie die Postwachstumsbewegung und auch die Ökologische Ökonomie seit Langem einfordern.

Räumliche Dimensionen des Grünen Deals

Eine nähere Auseinandersetzung mit räumlichen Strukturen, der Rolle räumlicher Planung und mit regionalen/lokalen Kontextbedingungen für sozialökologische Transitionsprozesse findet nicht statt. Eine räumliche Differenzierung erfolgt lediglich im Hinblick auf struktur- und sozialpolitische Begleitmaßnahmen zur Abfederung neuer regionaler Ungleichheiten. »Gleichzeitig muss dieser Übergang gerecht und inklusiv sein. Dabei müssen die Menschen an erster Stelle stehen, und den Regionen, der Industrie und den Arbeitnehmern, die vor den größten Herausforderungen stehen werden, muss Aufmerksamkeit geschenkt werden.« (ebd.: 2); »Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird den Schwerpunkt auf die Regionen und Sektoren legen, die den Übergang am stärksten spüren werden, weil sie von fossilen Brennstoffen oder CO_2-intensiven Prozessen abhängig sind.« (ebd.: 20)

Auf globaler Ebene werden für die Sektorpolitiken folgende räumliche Wirkungszusammenhänge artikuliert:

a) hinsichtlich der Grenzenlosigkeit von Umweltproblemen und deren Ursachen (z. B. »Die Ursachen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts sind globaler Natur und machen nicht an Landesgrenzen Halt.« [ebd.: 2]);
b) in Bezug auf mögliche Verlagerungs- oder Abwanderungsprozesse (»pollution havens«) bzw. die Substitution europäischer Produkte durch Importartikel aus Ländern mit geringeren Umweltstandards (z. B. »das Risiko der Verlagerung von CO_2-Emissionen, entweder weil die Produktion von der EU in andere Länder mit weniger strengen Emissionsre-

duktionszielen verlagert wird, oder weil EU-Produkte durch eingeführte CO_2-intensivere Produkte ersetzt werden« [ebd.: 6]);

c) in der Aussicht auf reizvolle internationale Absatzmärkte für »grüne« Technologien und Produkte (z. B. »Auf den Weltmärkten besteht erhebliches Potenzial für emissionsarme Technologien und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen« [ebd.: 7]).

Teil 3 des Grünen Deals (Europäische Kommission 2019: 20–22) widmet sich der globalen Rolle der EU, und dies vornehmlich in Bezug auf das Setzen von (Produkt-)Standards mit Vorreiterfunktion, auf das Modernisieren globaler Produktionsketten (Umwelt- und Sozialstandards) sowie auf den Aufbau von Handelsbarrieren für Produkte, welche die EU-Standards nicht erfüllen. Ferner wird der globale Handel mit Emissionszertifikaten oder Kompensationsmaßnahmen (»Carbon Offsetting«) sowie das direkte Investieren in erneuerbare Energien, nachhaltige Alltagspraktiken (»clean cooking«) und städtische Infrastrukturen in Ländern des Globalen Südens (v. a. in afrikanischen Ländern) favorisiert. Offenkundig wird hier eine industrieländerspezifische, teils utilitaristische Perspektive, die wenig ernsthafte Reflexion globaler Wirkungszusammenhänge und neokolonialer Attitüden erkennen lässt (siehe ausführlicher im Beitrag Bruns).

Fazit

Gegenüber seinen Vorläuferstrategien zeigt sich der europäische Grüne Deal zum einen weitaus ambitionierter hinsichtlich klimapolitischen Ziele, zum anderen entschlossener, sektorenübergreifende Reformen vorantreiben zu wollen. Die eher unkritische Verwendung des Wachstumsbegriffs, gepaart mit einer starken Betonung wettbewerbsorientierter Technologieentwicklung, Marktführerschaft und Exportopportunitäten lässt jedoch starke Parallelen zu anderen primär effizienzbasierten Ansätzen der Green Economy (UNEP 2011) erkennen. Anders jedoch als z. B. in den Nachhaltigen Entwicklungszielen der UN (v. a. SDG 8, siehe Einführung zu diesem Buch), taucht das Bruttoinlandsprodukt in dem Vorschlag weder als Messgröße für künftige Entwicklungen auf, noch werden konkrete Wachstumsziele quantifiziert. Ob dies bereits auf eine Abkehr vom BIP hindeutet und eine Neuorientierung von Entwicklungszielen ankündigt, muss jedoch bezweifelt werden.

Da es sich bei dem hier behandelten Papier zunächst nur um eine Mitteilung, also eine Art Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat der EU handelt, wird der Grüne Deal in der nahen Zukunft Gegenstand weiterer Debatten werden. Diese fallen nicht nur zeitlich mit den strittigen Verhandlungen um den ersten Post-Brexit-Haushalt zusammen, sondern die Haushaltsberatungen werden sich an den inhaltlichen Zielen des Green Deals und dessen Finanzierungsbedarf abarbeiten. Erste Reaktionen aus den Mitgliedsstaaten (etwa Frankreich zum Themenfeld »Landwirtschaft«) lassen erahnen, dass die ohnehin moderaten Ambitionen des Papiers weiter verwässert werden. Statt das Momentum aktueller klimapolitischer und wachstumskritischer Debatten in weiten Teilen der Gesellschaft und der Wirtschaft für einen größeren »Wurf« zu nutzen, wird der schließlich verabschiedete Grüne Deal – so er überhaupt den weiteren Verhandlungsprozess überlebt – aller Voraussicht nach weit hinter seinen ursprünglichen Ambitionen zurückbleiben. Und damit wird er noch viel weiter entfernt sein von einem postwachstumsorientierten Richtungswechsel als das hier behandelte Dokument.

Literatur

EEB – European Environmental Bureau (2019): Decoupling Debunked – Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. Brussels.

Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. COM (2019) 640 final 11.12.2019.

European Commission (2009): GDP and beyond. Measuring progress in a changing world. Brussels. = COM (2009) 433 final, 20.08.2009.

European Commission (2010): Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Brussels.

Fuhrhop, D. (2019): Klimafreundliches Bauen und bezahlbares Wohnen. »So ein New Deal ist nicht green« (Interview geführt von Anke Oxenfarth). In: politische ökologie 159, 59–62.

UNEP – United Nations Environment Programme (2011): Towards a green economy: Pathways to sustainable development and poverty eradication. – A Synthesis for Policy Makers, www.unep.org/greeneconomy.

We have a responsibility to be a bit more pragmatic

Interview mit Dr. Yvonne Rydin, Professorin an der Bartlett School of Planning/ University College London, Inhaberin des Chair of Planning Environment and Public Policy

In ihrer Forschung zu nachhaltiger Raumentwicklung beschäftigt sie sich intensiv mit Planungsprozessen, mit Fragen demokratischer Partizipation, politischer Gestaltungsmacht und der Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ihr bahnbrechendes Buch »The future of planning: Beyond growth dependence« (2007, Policy Press) setzt sich kritisch mit dem Wachstumsparadigma der Raumplanung auseinander. https://www.ucl.ac.uk/bartlett/planning/prof-yvonne-rydin
Interview durchgeführt von Christian Schulz

What do degrowth approaches mean for your own research?

Yvonne Rydin: My current work is actually focused on planning for low-growth areas. What I'm interested in is looking at areas that seem to be beyond the reach of growth-orientated policies and seeing how they are coping, what their options are. So the work I'm focusing on at the moment is a comparative study.

In England, this looks at Cambridge and Cambridgeshire. Cambridge is very well known for the Cambridge Phenomenon, a lot of growth both in the hi-tech industry, but also housing and residential development with new urban centers, and I'm setting that in the context of Cambridgeshire, which is very much a county of two halves. In the area to the North and the East, an area we call Fenland and East Cambridgeshire, the settlements are much poorer, with some severe public health problems, severe problems of unemployment, and benefit dependency. It's very, very different to the city of Cambridge, so that makes a good contrast. I'm comparing that with a case in Sweden, in southern Sweden, which is Malmö, also very well known for undergoing a shift from a post-industrial city to a knowledge city. There is also growth along the Malmö-Helsingborg corridor. But it's in the county of

Skåne and in the eastern and northern areas, there is much less economic growth to drive change.

So what I'm really interested in is looking at the contrasts and identifying what are the options open in both cases to the areas to the North and East of the growth centers, beyond simply trying and failing to attract growth. What do you do with the bits that are – and I don't like this language, but people use it – ›left behind areas‹? Maybe it's not so much that they are left behind, but that they need something else. For the future, they need a new kind of planning.

I think that planners have very little in the way of tools or visions available for these areas. For instance, in Cambridgeshire I looked at the different districts and their plans; all of them bar one are basically saying ›well, we need more growth‹ and they just have no idea of how to get that! One district has gone for a more community based approach, but interestingly they find themselves in conflict with the central government organization that approves plans, and that's an interesting story that is still ongoing.

To what extent do these phenomena challenge your textbooks for future planners?

Yvonne Rydin: We have less reliance on textbooks today to be honest, but I think if you look at the syllabuses, even in my own school, and what most of the research is about, it tends to focus on big developments, the big money, the big shifts, urban regeneration, public-private partnerships, mega-projects; it's all very focused on the growth paradigm. I think that's fairly embedded, and I think it does take a bit of rethinking right down at the core; what is the economic model behind this and is it a model that is actually working or not? And I do think this is very much about rethinking the differences between working with big capital and working with small capital, and also working across the economy/society divide. The conventional economic model starts from the differentiation between the household and the firm, two sectors, two sides of the diagram, and I think we need to reconceptualise that relationship as well. So, I've started to play around with ideas of – and I'm sure other people are doing this too – the localized economy, the localized society and localized planning as a way of rethinking how these relationships actually work.

Certainly, what we need is a more hybrid planning system; we need to move away from a one-size-fits-all-solution which tends to be the growth

solution, and we need hybridity in the planning system, with a recognition that you need to know your context and you need to customize your solution to that context. When you look at context, a localized context, we've got used to looking at the resources of civil society, but I think we're much less used to looking at the resources of endogenous, very small scale capital. And we need to think about how to work better across the civil society/small scale capital divide, and consider what capital can do in relation to this. Also we need to work with some of the more localized, embedded, larger scale capital. It might be private sector, it might be public sector, or be on the very fuzzy boundary we now have between the public and the private sector.

I've been reading quite a lot about what happens in the United States; it's very interesting the way that universities and philanthropic foundations very often act as anchor institutions helping to build different kinds of local economy, often with the cooperation of smaller, endogenous, locally owned businesses. They are more accepting of growth coalitions, they are more accepting of urban regimes, and they don't have the same trust in the planning sector that we have, so they are starting from a different place, but there is something here that we can learn from.

Do you see particular methodological implications resulting from this?

Yvonne Rydin: It's much easier, as I tell all my students, to research what's there, and what has happened. And of course, if one is looking, in these lower growth areas, for the options that haven't been tried, that's really, really difficult! You end up in thought experiments, and as academics, you can sort-of look a little silly. You can promote ideas that are not realistic. So I think there are quite important methodological issues here about how you actually look for what has been missed – the silences, the absences – and then think about how those can be filled, but in a way that actually makes sense, that isn't just idealism. I think we have a lot of academic papers that do very rigorous research, but end with rather idealistic suggestions at the end; we have a responsibility to a be a bit more pragmatic in what we actually recommend.

The local scale seems to be of key interest for your work. Why is that?

Yvonne Rydin: In planning, there is a national and even international framework, and we must always take into account that it makes a huge difference:

that is, the institutional arrangements that central government puts in place, or state governments in different kinds of political systems. But the question is usually what can you do at a local level – with this site, with this city? So the locality is very much the scale that we want to operate at, to think about what is actually possible at that kind of scale. My hunch or hypothesis is that the kind of knowledge that local planning works with is absolutely central. And the kind of knowledge used – not just data, but also assessments and evaluations – focus the attention in particular kinds of ways. Certainly in the UK system, where I have studied this so far, knowledge is very focused on particular growth dynamics and concerns about releasing land to meet those growth dynamics. I suppose one of the things I am looking for is what are the alternative knowledge claims, the alternative knowledge sets that we might draw upon to think about doing planning in a different way?

There is a lot of interest in lay and experiential knowledge, and I think that's important where communities are trying to resist the negative effects of growth. But beyond this, I have a feeling that we really need to develop new knowledge, and I suspect some of this is around the knowledge of the local economy, what actually is happening particularly in the SME sector, and what is going on there; generally, we know very little to nothing. And if we don't know about it, how do we harness it, how do we support it? So my hunch is that I need to look at the different kinds of knowledge claims as a way of thinking about the different kinds of planning that can happen in localities. The interesting picture here is often on the boundary of academic and grey literature and it's about all the little case studies of what's going on all around the world, and trying to pull together all those case studies and learn from them. With unconventional methodologies it is difficult to have a rigorous framework for doing that; it's almost detective work, I think.

A lot is written about best practices, in that you have to recontextualize them when you move them to a different space; this is about the knowledge you need about your locality in order to recontextualize well, so that you're not just borrowing things inappropriately. That isn't just about knowing the best practice example, it's also knowing about the context into which you are trying to situate it. So, if you have a training scheme that's a good idea in an American small town, that helped to build the capacities of lower income communities and got them into various kinds of employment, okay, that seems like a good idea. But if we take it to somewhere like Cambridgeshire,

then we need to know about the differences in the localities, about how we may retool that idea for this place.

If you were given an unconditional degrowth research grant allowing you to hire a postdoc for two years, what would be the topical focus of your project?

Yvonne Rydin: What I think I would do is I would get somebody and make sure that they are situated in one or a small number of low-growth areas, but get them really embedded in there. Not to do the sort of fly-in fly-out research, which we very often have to do if we are not working in our own backyard. Instead do a quasi-ethnography with local SMEs and smaller businesses and with smaller NGOs, to get to really know this locality and use that to think about how we could work through changes that could actually be put into effect. This would take into account knowledge that is being created elsewhere, but also the barriers that are in place and the institutional arrangements, as in financial or market structures. What I think I would ideally like to do would be to have that embedded kind of research, the opportunity for which I've not had for a very long amount of time now.

This is very demanding and involves a long term commitment to communities in order to work with them and alongside them. I think it's easier to do that if you do it in your own backyard. I have colleagues who work with communities within London and it works very well; and I can see you have universities in the States, where there is a long distance to the next large place, so academics automatically work on their own town. We in Europe have been pulled away from that a little bit, and have been encouraged to cross boundaries – till now.

We should continue this dialogue with the EU institutions

Interview mit Prof. Dr. Tom Bauler, Inhaber des Lehrstuhls für Umwelt und Ökonomie an der Université Libre de Bruxelles (ULB)

In seiner Forschung zur sozialökologischen Transition beschäftigt er sich unter anderem mit Fragen der Umwelt-Governance, mit alternativen Wohlstandsindikatoren sowie mit Sozialen Innovationen. Im Jahr 2018 war er akademischer Partner und Mitveranstalter der Post-Growth-Konferenz im Europäischen Parlament.[1] http://igeat.ulb.ac.be/fr/equipe/details/person/tom-bauler/
Interview durchgeführt von Christian Schulz

How did it come that the Post-Growth Conference in 2018 was hosted by the European Parliament?

Tom Bauler: There are different layers of explanation as to why we have been involved in this. A very personal one is that it was an initial initiative by a Member of Parliament, a Belgian politician called Phillipe Lamberts, who is in »Ecolo«, so part of the Group of the Greens in the European Parliament. I know him a little bit, his parliamentary assistant was a former student of mine, and he wrote his master thesis under my coordination on material flows in Wallonia and how to re-configure these material flows under a degrowth programme, what would happen with these material flows once you accept that there is some form of degrowth. And Phillipe actually was invited to one of the International Degrowth Conferences, I think it was the one in Budapest.

The people around Vincent Liégey and Federico Demaria – involved in the »degrowth&science network« – started to initiate a reflection on how to create a more formal science-policy-interface – a degrowth science, degrowth movements, degrowth activism, policy democracy sort of interface. Their first

1 https://www.degrowth.info/en/2018/09/impressions-from-the-post-growth-conference-at-the-european-Parliament-in-brussels/ (28.02.2020)

move was to set up a roundtable session on »degrowth in Parliaments« at this conference. They were looking for keynote participants to the roundtable, and the idea emerged that Phillipe was the MEP to invite. He is a bit atypical as a member of the Green Party, at least for Belgium, because he engages very much with industry and more generally economic activities. As a consequence, he sits also in the more »hardcore« commissions of the European Parliament, so not the environment or the energy, but the industry and the trades and that sort of stuff. He has a very precise idea on what degrowth means for him.

So, it started with that roundtable session and then Phillipe came back from Budapest with quite some enthusiasm, with the consequence that then Olivier came to me in order to request some local academic support for a Brussels EP-conference on de-/post-growth. Olivier reached out to other parties, so there were people from the socialists, from here and there, and they formed a coalition actually, a cross-party group. Phillipe financed also a study on macro-economic modelling exercises, what would it mean, a degrowth trajectory for Europe, in terms of macroeconomic effects. They gave that to colleagues in Barcelona and Italy. When Philippe had that report on his table, Olivier came back to me with more concrete plans. The call came thus actually from two sides, both the degrowth people around Vincent Liégey and Federico Demaria and Giorgos Kallis, and this working group at the European Parliament, and a little bit in between that, ourselves, the local academic partner, and the European Environmental Bureau, which is a federation of environmental NGOs, a lobbying group. We all came together and thought we need to do something and then after a couple of discussions it became quite quickly clear that we had to try to see how far we could enter into a dialogue with the hardcore chief economists of the different European institutions.

So, the event was finally hosted by the Parliament, in their premises?

Tom Bauler: There is a very obvious aspect to this choice. If you want to do something in the European Parliament, you can either be hosted by one Member of the Parliament (MEP), or by a group of the MEPs. If it's a trans-party group, it reaches more importance in the Parliament itself, you get more attention, and obviously also bigger funding. At one point the leverage was sufficient for Phillipe to try to take the president of the European Parliament (EP) on board. As a consequence, the entire initiative became formally an initiative by the entire Parliament; and not just of a bunch of specific

MEPs. The line of reasoning was that in 2007 and 2009/10 the EP had organised a series of ›Beyond GDP‹ conferences, and the present initiative could be linked to that line of debates, ten years after. They understood that that sort of heterodox thinking had already gained access once to the Parliament, and with quite some success as people still speak of it as if the Parliament had had a lead role in that international discussion around the renewal of indicators. So the EP saw a chance to do something like this again, with a post-growth agenda this time.

Was it a one-off event? Or did something happen afterwards in terms of perpetuation of this dialogue?

Tom Bauler: Well, the dialogue between the European Parliament and the degrowth academia and movements goes on, in both ways. That relatively loose working group has been extended a little bit at the level of the European Parliament, which had also to digest the latest elections meanwhile and the debate around the new commission. The next move – at the level for the degrowth community – is to organize something at the »international degrowth & ecological economics conference« in Manchester this year (2020). So that dynamic goes on.

At the end of the 2018 conference, we had indeed in mind – because we all found the initiative quite productive – that we would continue some of the encounters with the EU-officials. The plan was to let the European elections pass, to wait for the new Parliament and the new European Commission, and to then redo a bigger event in Brussels. So if everything goes right we will have a bigger initiative in Brussels again at the level of the institutions. In parallel, meanwhile there is a sort of formalisation of the dialogue, as there have been a series of closed-doors events in Brussels. Actually, the call came from the more central orthodox economists at the level of the institutions – to have closed-door events, to discuss more technical issues such as on social protection on a degrowth agenda.

In your everyday work as a university teacher and researcher, to what extent can you include degrowth approaches?

Tom Bauler: It is marginal, I would say in my research work, I don't have proper projects that I would say really being on degrowth. I had quite some

activities in the past on alternative economic indicators, which some people say is part of the degrowth agenda, but maybe not. I did something on social innovation. Some of these social innovation issues are also part of a degrowth scenario because of their disruptive nature. Broadly I would say, I don't have a research agenda which is focusing on degrowth.

But teaching is very different. My main teaching activities are related to ecological economics, so I teach a form of heterodox economics where macroeconomic issues become very prominent. As a consequence, I quite strongly put in question growth trajectories as being an avenue to bring us to being able to respect climate objectives and adjacent environmental objectives like that. For instance, in my main course I have a whole chapter on degrowth, the macroeconomics, macro-ecological economics, which is basically degrowth economics. I teach also a course on environmental consumption and psychology, where I teach also things like frugality and sufficiency which could be seen as being part of degrowth agenda. The teaching embodies actually quite a lot of linking to this literature and its whole mindset.

How do you deal with the fact that most of the textbooks in your field are still rather orthodox?

Tom Bauler: I have a regular textbook which is on environmental economics, I tell my students that that is the technical part of the story, if you want to understand what a market is or what a price is, that sort of technicalities, they should go to that textbook. And then for each chapter, so to speak, for each topic, I have identified a set of more focal readings, which are not textbooks anymore, because textbooks don't exist in all of these fields, it's more a set of papers.

In your research on social innovation, are you facing any particular methodological challenges related to the degrowth approach?

Tom Bauler: Yes, I think the biggest challenges are at the methodological side. At the moment we struggle with the fact that all these objects of studies are entangled in a very intense dynamic and are changing more rapidly than you can get the data on them. ›Social innovation in the making‹ is really very challenging in terms of stabilizing your object of research and your unit of analysis. It's one on the classical things: it's not so difficult to characterize

them, to stay with them one or two years, but to stabilize the object in order to really understand what happens is really a challenge.

Another challenge that is a little bit more traditional is that there is quite a high demand from a lot of these ›objects‹ actually to use transdisciplinary or co-creation approaches. For a lot of obvious reasons and for a lot of good reasons, but that methodological avenue tends to monopolize a little bit the method choice, it starts to become like a hegemony of method. If you want to study social innovation, you almost are supposed to do it in a co-creational way. I can understand that call in particular, but it gets quite monolithic. I don't like that particularly, I'd prefer more variety, especially when it comes to some of the funding. At the Brussels' regional funding for instance, if you want to do research on social innovation, it almost for sure has to be in a co-creational mode. Simultaneously, students, but also PhD candidates or postdocs tend more and more to favour transdisciplinary or co-creation processes. Which is very interesting as such, but it should not be only that.

If you were given an unconditional degrowth research grant allowing you to hire a postdoc for two years, what would be the topical focus of your project?

Tom Bauler: There are two answers to that, the first one is more linked to the current state of affairs in policy design, maybe the transition agenda or something like that. The topic would be defined by a lack of work on the governance of ›exnovation‹, i. e. trying to understand how to make policies to help society to do the opposite of innovation. Phase out specific socio-technical systems in particular socio-economic sectors. That is one research agenda which is interesting me right now very much; but it would not be a lifetime project. The thing that troubles me at the moment is that I do get the impression very selfishly within academia, there is a long way to go to bring us away from current, present »bizarreries« which configure our institutions and our activities. In particular the configuration around ›fast science‹ (fast publications, fast projects, fast solutions …) which I really find increasingly difficult. I'm not saying everything is bad in the present science business, but I have more and more the impression that academia is a little bit like headless chicken at the moment, in terms of how my professional life is organised and the activities and lives of those around me.

It's a rich struggle in how to teach, how to research, how to do science actually. What if your projects followed a sort of a degrowth agenda on doing

science? That could be very interesting. So one avenue could be to develop some research in a prospective mode on how to understand the future of science, that would be really interesting I guess.

Another thing we are facing over here in Brussels on which I try to get my head around is to capture the memories of our European institutions. If I look at the very very senior civil servants in the European institutions, I'm surprised by the level of capacity for controversial debates these people have. They are not the typical managers of policy implementation or so; most of them really see themselves also as forging the future of (parts of) humanity; and they come up with deep classical traditional philosophical struggles. Some of them are very conscious about ecological issues, and really pay attention to their own intellectual development because what they are doing is not just implementing policies, designing policies; it's much more important. Being so close to the European institutions really helps to make these observations. A second avenue for future research could be to try to capture much better the debates and struggles of ideas which are present in the institutions.

IV. Gestaltungsräume



»Postwachstumsplanung ist auch Kunst
und Experiment, scheitern ist dabei Bestandteil
und gleichzeitig der Beginn eines neuen Experiments
mit dem Ziel der sozial-ökologischen Transformation.«

Viola Schulze Dieckhoff



Räumliche Transformationen: Prozess, Ziel, Leitbild?

Markus Hesse

Ziel dieses Beitrags ist es, »Transformation« in die raum- und planungsbezogene Praxis einzuordnen, hier vor allem in die Debatte um raumbezogene Leitbilder. Der Fokus auf Leitbilder erfolgt hier deshalb, weil die Rede von der Transformation mittlerweile zumindest im deutschsprachigen Raum eine hohe Breitenwirkung erzielt hat. Der Begriff »Transformation« hat mindestens implizit, wenn nicht sogar explizit, Leitbildcharakter (WBGU 2011). Entsprechendes gilt, wenn auch inhaltlich anders akzentuiert, im internationalen Sprachraum für *Sustainability Transitions* (Frantzeskaki/Broto/Coenen et al. 2017). Beide Diskurse sind zunehmend relevant für eine mögliche Operationalisierung von Pfaden einer Postwachstumsentwicklung.

Die erkenntnisleitende Frage dieses Beitrags ist: Kann raumbezogene Transformation als Leitbild betrachtet werden, und wenn ja, worin äußert sich dies konkret in analytischer, normativer oder prozeduraler Hinsicht? Hat Transformation einen allgemeinen Deutungsanspruch oder ist sie spezifisch ausgerichtet – was ist die konkrete Zielformulierung für welche Ebene? Oder ist Transformation primär als prozedurale Richtschnur zu verstehen, als Metapher zur kollektiven Mobilisierung von Wandel, deren Inhalte hinter den zuweilen recht aufwendigen partizipativen Prozessen eher verborgen bleiben? Bevor zu diesen Fragen einige Antwortversuche gemacht werden, sollen die beiden im Zentrum stehenden Begriffe kurz diskutiert werden.

(Große) Transformation

Der erste Fixpunkt hier sind Große Transformation (GT) bzw. deren semantische Schwester *Sustainability Transitions* (STs), die seit Ende der 2010er Jahre in Forschung und Praxis überaus populär geworden sind. Mit Blick auf die

Rezeption der ideengeschichtlichen Quelle des »Großen« im Transformationsdiskurs geht es hier natürlich um das Werk von Karl Polanyi (1944). Das Buch enthält eine überaus anregende Zusammenschau von gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklung. Im Kern geht es dabei um zwei Dinge: zum einen um die Erfahrung des Niedergangs liberaler politischer Verfassung im Zeichen autoritärer Regime, zum anderen um die unter dem Begriff der »Doppelbewegung« eingebrachte Spannung zwischen Marktliberalismus und Demokratie. Polanyi hat diese Spannung als prinzipiell nicht auflösbar angesehen; denn ein großmaßstäblicher politischer Umbau lässt sich womöglich nur begrenzt mit demokratischen Prinzipien und Praktiken in Einklang bringen. Abschnitt 3 seines Buchs befasst sich konsequenterweise mit den Bedingungen von Freiheit in komplexen Gesellschaften. Gleichwohl ist die Überlegung elementar für Polanyis Denkansatz, dass wirtschaftliche Dynamik durch einen aktiven, interventionistischen Staat gesellschaftlich »eingehegt« oder rückgebettet werden muss.

(Große) Transformation bezieht sich in dieser Tradition heute ebenfalls auf die Rückbettung entfesselter technologischer und wirtschaftlicher Dynamiken in die Gesellschaft. Gemeint ist damit der »massive ökologische, technologische, ökonomische, institutionelle und kulturelle Umbruchprozess« (Schneidewind 2018), vor dem die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht. Nur durch diesen Umbruch ließen sich die vielen Krisen des industriellen Natur-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems lösen. Insofern repräsentieren Transformation und *Sustainability Transitions* mittlerweile eine Art Mainstream der aktuellen Umwelt-, Technologie- und Nachhaltigkeitsforschung (Zolfagharian/Walrave/Raven et al. 2019). Wie die Themenwahl des ARL-Kongresses 2019 demonstriert hat, der diesen Sammelband veranlasst hat, ist Transformation mittlerweile auch im stadt- und raumbezogenen Diskurs etabliert. Besonders inspirierend speziell an der *Transitions*-Debatte ist sicher die geschärfte Sensibilität für evolutionären Wandel, denn in ihrem Zentrum steht die Suche nach Übergängen (!) von real existierenden Situationen zu favorisierten bzw. als notwendig erachteten Zuständen. Damit verbindet sich die Frage an alternative Diskurse, wie aus Nischen- und Pionierkonzepten verallgemeinerbare Strategien in Richtung Nachhaltigkeit erwachsen können.

Eine enorme selbstverstärkende Wirkung für die Popularisierung der GT hatte die Berichterstattung des Wissenschaftlichen Beirats zu Globalen Umweltveränderungen der deutschen Bundesregierung (WBGU 2011, 2016).

Der WBGU hat Große Transformation bereits im 2011er-Hauptgutachten »Welt im Wandel« behandelt und sehr emphatisch zum Thema eines »Gesellschaftsvertrags« gemacht. In seinem 2016er-Gutachten »Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte« wurde Transformation zum ersten Mal in einer spezifischen raum- und stadtbezogenen Perspektive gedacht. Das Gutachten legt den Fokus auf Urbanisierungsprozesse und Städte. Es hat damit globale sozialökologische Zusammenhänge mit der Frage von Urbanisierungsprozessen verknüpft. Allerdings ist die Argumentation des WBGU nicht frei von kausalen Fehlschlüssen. Dies gilt vor allem für die spezifische Konstruktion des Städtischen: Die Tatsache, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in Städten lokalisiert ist, heißt noch lange nicht, dass das Problem im Kern in den Städten bzw. durch die Städte gelöst werden könnte respektive primär anvisiert werden müsste. Diesen Blickwinkel haben Angelo und Wachsmuth (2015) auch als *›methodological cityism‹* kritisiert; der Fokus auf die Städte verkennt die überragende Rolle, die Nationalstaaten und supranationaler Regulierung auch im sogenannten Zeitalter der Städte zukommt.

Um die annoncierten Ziele der Großen Transformation im urbanen Kontext zu erreichen, formuliert das Gutachten des WBGU (2016) anspruchsvolle normative Setzungen. Bei der Umsetzung transformativer Strategien haben städtische Räume – und darin die räumliche Planung – praktisch eine Schlüsselrolle. »Wir brauchen die Raumplanung!«, war das entsprechende Credo von Dirk Messner, als er das Gutachten in einer Keynote auf der Dortmunder Konferenz für Raum- und Planungsforschung 2018 vorstellte. Das mehrheitlich aus Vertreter*innen der raumbezogenen Planung und Forschung bestehende Publikum wollte diesem Diktum indes nicht ohne Weiteres folgen – eine Skepsis, die sich auf die realistische Beurteilung von Stellenwert und faktischem Leistungsvermögen der räumlichen Planung stützen dürfte. In politik- und planungstheoretischer Hinsicht gewissermaßen delikat ist, dass der WBGU inkrementelle Lösungen verwirft, zugunsten des ganz großen Wurfs – ohne dass man aber den bzw. die jeweiligen Träger, Strategien und Instrumente hierfür ausfindig machen könnte: »Innerhalb weniger Jahre muss in den Städten ein Paradigmenwechsel stattfinden: weg von inkrementellen Ansätzen, hin zu transformativen Änderungen, um langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und die Lebensqualität der Menschen zu erhalten.« (WBGU 2016, S. 20) Andere Autor*innen sehen GT dagegen durchaus in der Tradition eines inkremen-

tellen Planungsverständnisses, innerhalb dessen mit adaptiven Strategien auf den zunehmend disruptiv erfolgenden Wandel reagiert wird (Iwaniec/Cook/Barbosa et al. 2019).

Mit der Terminologie des *Großen* hat sich das WBGU-Gutachten explizit auf die politisch-ökonomische Denktradition Polanyis bezogen. Umso verwunderlicher ist, dass der Ansatz ausgerechnet auf diesem Terrain seine größten Schwächen hat: »Von einer großen Transformation im Sinne Polanyis könnte nur die Rede sein, wenn nach Alternativen zu dem selbstregulierenden Marktsystem und zu marktkonformen Anpassungsmaßnahmen gefragt wird. Legen wir diesen Maßstab zugrunde, so wird die Halbherzigkeit des Polanyi-Bezugs des WBGU wie auch vieler anderer Beiträge zur Transformationsforschung deutlich.« (Thomasberger 2016: 34) Auch der Urbanisierungsbericht des WBGU von 2016 bleibt vage dahingehend, wer eine so umfassende Aufgabe wie gesellschaftliche Transformation in relativ kurzer Zeit stemmen kann – die Weltgesellschaft, Pioniere des Wandels, Schlüsselakteure? Er enthält wenig Kritisches zu Institutionen. Allgemeine Aussagen zu Grund und Boden entbehren robuster Vorschläge dahingehend, wie eine Neuorientierung von Eigentumsverhältnissen erstens implementiert werden könnte und wie zweitens die damit zwangsläufig verbundenen Friktionen und Konflikte gelöst werden könnte. Schneidewind (2018) ist diesbezüglich konkreter und reflektiert auch die Rahmenbedingungen der politischen Ökonomie. Seine Überlegungen sind indes nicht zwingend leichter umsetzbar: Dort sind es im Grunde alle Ebenen und Akteure der Transformation, die nur richtig miteinander verzahnt werden müssen.

Das Redesign lokaler Praktiken als genuin *transformatives* Handeln bringt zweifellos eine Blutauffrischung für die Politik, die sich in ihren administrativen Routinen, verfestigten Interessenkonflikten und *›peacemeal‹*-Lösungen erkennbar in Sackgassensituationen manövriert hat. Die Versuchung, derartige Dilemmata mit einem großen Wurf zu überwinden, ist naheliegend. Praktizierte Transformation muss ihre Wirkung – und ihre immanenten Vorteile gegenüber bisherigen Praktiken – meines Erachtens allerdings erst noch beweisen. Und zurecht gibt es Fragen an die nahezu inflationäre Praxis von Reallaboren: Zumindest ist unklar, wie genau bestehende Institutionen in neue Praktiken und Ansätze einbezogen werden. Und mit Blick auf die ebenso inflationäre Forderung nach Beteiligung der Öffentlichkeit in welcher Transformation auch immer – gegen die prinzipiell keine Einwände zu erheben sind – ließe sich doch die folgende Frage hinzu-

fügen: Was tut man, um die Probleme der Zufälligkeit, des Erratischen und der Partikularinteressen zu vermeiden, die sich in der Regel im »Albtraum Partizipation« (Miessen 2012) eben auch vorfinden lassen?

Leitbilder

Der zweite Fixpunkt dieses Beitrags sind Leitbilder – vor dem Hintergrund der Annahme, dass Große Transformation mittlerweile einen solchen Stellenwert hat. Konsens dürfte sein, dass GT weder Ziel an sich ist noch geht es in erster Linie um den Prozess als solchen, auch wenn man gelegentlich diesen Eindruck gewinnen kann. GT bündelt in ihrem umfassenden Ansatz ein Leitbild, eine Art utopisches Narrativ (Giesel 2007; Dahlstrom 2014; Zieschank/Ronzheimer 2017). Sie bringt Alternativen zum Bestehenden in einen auf den ersten Blick konsistenten Rahmen und verknüpft auf der Ebene der Problematisierung durchaus übergreifende Fragestellungen (etwa die Wachstumsfrage) mit praktischen bzw. lokalen Strategien. In raumbezogener Hinsicht baut GT dabei auf den bekannten Elementen nachhaltiger Stadt- und Raumentwicklung auf und verknüpft diese mit dem Narrativ eines großen Ganzen. Dem Konstrukt »Transformation« geht es dabei aber wie allen Vorgängerleitbildern: De facto bilden sie eine eher widersprüchliche Mischung aus Lenkungs- und Entwicklungszielen, aus raumbezogenem oder sektoralem Fokus, schließlich dezidiert auch aus prozeduralen Elementen. In der Praxis sind sie eher heterogen, immer hochgradig abstrakt, um auf diese Weise eine gewisse Hegemonie oder Mehrheitsfähigkeit zu erlangen. Und im Zeitablauf haben sie sich mindestens als wechselhaft herausgestellt, gelegentlich auch opportunistisch, getrieben vom Zeitgeist (Hesse/Leick 2013). Man folgt nicht nur spezifischen Problemwahrnehmungen oder dem Wettbewerb um Fördergelder, sondern ist auch abhängig von temporären Moden, Konjunkturen und Konstrukten.

Dies lässt sich leicht im Rückblick auf die raumpolitischen Diskurse der 2000er und frühen 2010er Jahre erkennen, die bereits zwei größere »Turns« in ihrer jeweiligen Ausrichtung erlebt haben, zumindest im deutschsprachigen und europäischen Kontext. Seit Mitte der 1990er Jahre dominierte in vielen europäischen Ländern statt der traditionellen Zielvorgabe »räumlicher Ausgleich« ein Fokus auf Wachstum; dies gilt auch für Länder mit einer dezidiert etatistischen Planungstradition wie Großbritannien, die Niederlande

oder Deutschland. Der Fokus auf Wachstum wurde dann assoziativ – nicht unbedingt empirisch – mit Großstadt- bzw. Metropolregionen verbunden, und zwar aufgrund deren vermeintlicher Rolle als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung (Aring/Sinz 2006). Aufgrund der de facto vielschichtigen Entwicklungsverläufe von Großstadtregionen (sowohl der metropolitanen Räume als auch mittelgroßer Stadtregionen) und veränderter politischer Wahrnehmungen hat sich der Blick in der laufenden Dekade auf Peripherisierungsprozesse und -räume verschoben, insbesondere auf ländliche Räume, Peripherregionen sowie Standorte mit negativer Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. Nun geht es auch verstärkt um ›*places left behind*‹, nicht zuletzt, weil deren Bevölkerung sich verstärkt politisch abweichend artikuliert hat (Rodríguez-Pose 2018). In jüngster Zeit werden Leitbilddiskurse um Heimat und raumbezogene Identität ergänzt, gelegentlich auf gehaltvolle Weise, gelegentlich auch im Rahmen eher platter Attitüden und Assoziationen. In dieser Konstellation erscheint GT als der verbindende Überbau, der ganz große Ansatz im Kontext aktueller Narrative zu »grün« und »smart«.

Was lehren diese Erfahrungen im *Leitbild-Framing* von politisch-planerischen Strategien für die GT? Wovon haben wir bei den »großen« Herausforderungen auszugehen? Geht es um gewissermaßen säkulare Probleme, auf die man mit dem großen Besteck reagieren muss, mit dem das Leitbild durchkomponiert und entsprechend auch die Praxis munitioniert wird …? Oder gäbe es im Licht der kritischen Selbstbeschreibung von raumbezogener Planung eher gute Gründe zur Zurückhaltung (vgl. Lamker/Levin-Keitel 2019 sowie weitere Beiträge dort)? Auf den ersten Blick betrachtet spricht viel dafür, große Narrative in die Realwelt zu bringen, auch weil die Problemlage dies offenbar erfordert. Zugleich ist aber Vorsicht geboten: Man muss wissen, vor welchen Herausforderungen man steht und wie man mit Risiken umgehen will (Blythe/Silver/Evans et al. 2018). Entsprechend sollte der Diskurs um GT nicht nur pluralisiert, sondern normativ abgerüstet werden: Man kann die Größe der Herausforderung nämlich sicher angemessen präzise beschreiben, ohne in der Praxis gleich jede Demut vor den Anforderungen an politisch-planerische bzw. gesellschaftliche Gestaltung zu verlieren. Wo normativer Überschuss in positivistische Fallen gerät oder vorschnelle Lösungsversprechen macht, ist das auch nicht gut für die Planung.

Kritische Bewertung

Was heißt das für Wissenschaft und Praxis? Der Volkswirt Frank Beckenbach hat den gezielten Wandel von der Transformation der Gesellschaft (oder präziser: von der sich transformierenden Gesellschaft) zur Transformationsgesellschaft auch als »Transformationsillusion« bezeichnet (Beckenbach 2017). Begriff und Konzept würden Erwartungen in Richtung auf eine gesellschaftliche Gestaltung wecken, die ziemlich unrealistisch seien, und zwar bezogen auf gleich drei Aspekte: Beckenbach nannte eine *Planungs*illusion (Prognostizierbarkeit und Steuerbarkeit komplexer Gesellschaften), eine *Regulierungs*illusion mit Blick auf das gerichtete Zusammenwirken von Marktakteuren, Staatsakteuren und zivilgesellschaftlichen Akteuren und schließlich eine *Akzeptanz*illusion hinsichtlich der Bereitschaft von mehr als Nischen der Gesellschaft, sich auf einen solchen Pfad einzulassen. Sein Resümee, das er mit Blick auf die Wissenschaft (Ökonomik) konkretisierte: »›Große Transformation‹ ist ungeeignet als Leitlinie.« Der Soziologe Armin Nassehi (2019) hat dies jüngst in einem lesenswerten Interview mit der *taz* stärker alltagssprachlich ausgedrückt: »Ziele formulieren kann jeder«, heißt es dort etwas süffisant zur einen Seite der Medaille. Robuste Strategien zu formulieren, diese in komplexen Gesellschaften zu implementieren und ihre Wirkung einigermaßen zuverlässig abzuschätzen, sei dagegen sehr viel anspruchsvoller. Hier zeigt sich wohl die eigentliche Herausforderung gezielter Transformationspolitiken.

Dies leitet über zur Beobachtung, dass Transformationsdebatten im Kern immer noch stark von den Logiken und Anforderungen der Forschung durchdrungen erscheinen, was man auch an der schieren Menge einschlägiger Publikationen ablesen kann. Im Vergleich dazu sind neue Pfade in Richtung veränderter Praktiken noch stark unterentwickelt. Oder wie es Koch, Kabisch und Krellenberg (2018: 13) in ihrem Review ausgedrückt haben:

> »While the normative understanding of urban transformations has gained considerably importance in urban-related studies and even first steps towards a transformative turn can be identified, this is not reflected in current development processes in cities […]. An implementation gap between the theoretical concept and the empirical cases is clearly visible.«

Man findet in der Literatur zudem hinreichend viele Belege für Implementationsprobleme, mit denen sich normative Konzepte wie Nachhaltige Entwicklung schon lange konfrontiert sehen. Zudem sind viele Transformationspfade, die auf sektoraler Ebene konkretisiert werden, so neu nicht, als dass sie die Diskussion zwingend bereichern würden oder eine effektivere Wirkung versprechen würden. Typisch scheint, dass sich entsprechende Auflistungen nicht aktiv mit Erfahrungen aus der Vergangenheit auseinandersetzen, die Implementationsbarrieren gezielten Wandels nicht thematisieren.

Insofern ließe sich fragen, was eigentlich das genuin Neue an Transformation ist –, sieht man von den stark gestiegenen Ambitionen in Richtung gesellschaftliche Steuerung ab? Neu ist meines Erachtens *erstens* das spezifische Verhältnis von Forschung und Praxis. Die Wissenschaft nimmt hier die Rolle eines engagierten Akteurs ein, der sich auch narrativ positioniert und sich als problemorientiert statt verstaubt sowie transdisziplinär statt traditionell präsentiert. Natürlich sind Wissensproduktion und -dissemination elementar für jeden Wandel. Und doch wirft diese Entwicklung auch Fragen auf. Mit dem missionarischen, geradezu religiösen Ansatz mancher Apologeten der totalen Transformation begibt sich Wissenschaft meines Erachtens auf dünnes Eis – sie macht sich abhängig von guten Absichten und Interessen. Dies muss bekanntlich nicht immer gut enden. Wissenschaftstheoretische Argumente sprechen hier meines Erachtens für mehr Skepsis, vielleicht auch Zurückhaltung. Ich teile auch ausdrücklich nicht die Einschätzung, dass Hochschulen ihre dritte Mission – also neben Forschung und Lehre auch »Transfer« zu befördern – gleich zur ersten Mission machen sollten und jede Praxis diesem Ziel unterordnen (Schneidewind 2018, Abschnitt 21). Eine solche Instrumentalisierung der Forschung dürfte nicht nur Transformation kaum realistischer machen, sondern auch der Wissenschaft schaden. In seiner Stellungnahme zum Umgang mit »Großen gesellschaftlichen Herausforderungen« hat der Wissenschaftsrat (2015) dieses Problem ausführlich thematisiert. Hohe Komplexität, globale Dimensionierung und disziplinäre Komposition der neuartigen Probleme machen die Frage nach der richtigen wissenschaftspolitischen und -strategischen Positionierung kompliziert. Dies hat auch wiederholt Anlass zur kritischen Auseinandersetzung im ›*inner circle*‹ der Transformationsforschung gegeben (vgl. Grunwald 2015, Strunz/Gawel 2017; Grunwald 2018). Vielleicht ist es das Zusammenspiel von zwei Idealtypen von Akteuren, das eine veränderte Praxis ermög-

lichen könnte: die Positionierung der Forschung als ›*honest broker*‹ (Grunwald 2018) im Sinne von Roger A. Pielke (2007) sowie das Verständnis von Praxis als Handeln reflexiver Praktiker*innen (Schön 1983). Möglicherweise liegen in dieser Kombination tragfähige Ansätze. Allerdings erfordert eine solche Positionierung auf beiden Seiten »ein hohes Maß an Reflexivität und argumentativer Transparenz, Lernfähigkeit nicht nur in analytisch-empirischer, sondern auch normativer Hinsicht und das ständige Infragestellen bisheriger Positionen« (Grunwald 2018: 116).

Neu wäre *zweitens*, wenn sich die Transformationsforschung ausführlicher mit den Rahmenbedingungen, Potenzialen und Barrieren der Implementation ihrer Vorschläge auseinandersetzen würde (vgl. Dörre/Rosa/Becker et al. 2019). Dies ist auch der Nachhaltigkeitsforschung bisher nicht gelungen. Sie teilt mit dem Transformationsansatz das Problem, dass die Ausweitung des normativen Zielhorizonts nicht automatisch zu einer Steigerung ihrer Wirkungsweise geführt hat. Welche Anpassungsleistungen müssten Institutionen erbringen, wie sind soziale Sicherungssysteme auf neue Erfordernisse hin umzubauen, welche Folgen hätte Systemtransformation für die politische Willensbildung, für Verteilungsgerechtigkeit? Welche harten Einschnitte sind zu erwarten, die ggf. mit welchen Gewinnen kompensiert werden könnten? Statt der euphemistischen Rede vom großen Umbruch bedarf es meines Erachtens eines nüchternen Blicks auf politische Realitäten (vgl. Bettini/Arklay/Head 2017). Wertvolle Anregungen könnte auch das etablierte politikwissenschaftliche Feld der Transformationsforschung liefern, das im Zuge der politischen Systembrüche von 1989/90 wieder in den Fokus geraten ist (vgl. Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Die Transformationsforschung befasst sich traditionell mit der Bedeutung von Systemwandel (politisch, ökonomisch) auf Institutionen, Wirtschaftsweisen, Praktiken der politischen Regulierung oder Lebenswelten. Nimmt man die Überblicksdarstellung bei Kollmorgen, Merkel und Wagener (2015) zum Maßstab, dann gibt es hier zahlreiche Anregungen zur Weiterentwicklung der Diskussion. Umgekehrt weist diese sehr umfassende Darstellung noch wenig Bezüge zur ökologischen Transformation auf, erst recht nicht zur Raumentwicklung. Beide Diskurse hätten es jedoch verdient, sich stärker gegenseitig zu durchdringen.

Schlussfolgerungen

Mit Blick auf die Leitbildfrage liegt der Charme von »Transformation« womöglich darin, dass dieser Begriff eine angemessen differenzierte Vorstellung von evolutionären gesellschaftlichen Veränderungen bietet. Das ist ein echter Fortschritt, diese analytische Dimension des Begriffs ist überzeugend und sollte weiter vertieft werden. Weitgehend unklar bleibt dagegen meines Erachtens, ob es zum Konzept reicht, um intendierten Wandel auf robuste Weise anzuleiten – also ob Transformation mehr Substanz zu bieten hat als etwa Nachhaltige Entwicklung. Nichts gegen den experimentellen, offenen und subversiven Charakter von Transformation an sich. Wer sich indes auf die Ebene der Großen Transformation begibt, der muss mehr bieten als nur die Summe vieler Einzelmaßnahmen und Spiegelstriche, wo alles enthalten ist, was man sich denken kann, vielleicht auch hier und da bereits gehört hat, und gelegentlich eine radikale Pose hat. Ich folge hier Ulrich Brands (2016) Diktum, dass der strategische Gebrauch von »Transformation« nicht notwendig dazu beiträgt, die vielfältigen Krisen dieser Zeit zu lösen. Dies gilt erst recht für den inflationären Gebrauch dieses Begriffs – wenn also die Spezifika dieses Ansatzes in einer Melange aus allem und jedem verschwimmen und damit auch die möglichen Potenziale einer nicht nur begrifflichen, sondern auch inhaltlichen Neubestimmung gesellschaftlicher Veränderungsdynamiken und entsprechender Politiken eher im Unklaren bleiben.

Will man glaubwürdig, nicht nur metaphorisch, die große Ebene bespielen, dann muss es konkrete Ideen der Makrosteuerung geben, und zwar solche, die entsprechend grundlegende Determinanten der sozioökonomischen Entwicklung beeinflussen (wie etwa das Steuersystem, ein mögliches Grundeinkommen, die neu diskutierte Bodenfrage, die Rolle von Wachstum als Treiber und Sachzwang …). Und man muss eine Idee davon haben, wie sie umsetzbar sind und welche Wirkungen und Nebenwirkungen ihre Einführung hätte, insbesondere auch in sozialer Hinsicht (Blythe/Silver/Evans et al. 2018). Sollte sich der Eintritt in eine Postwachstumsära tatsächlich als »krisenhafte und mehrheitlich unerwünschte Folge des strukturellen Wandels« (Wiesenthal 2019: 379) herausstellen, sind vielschichtige Friktionen programmiert, auf die zu reagieren ist. Erst vor diesem Hintergrund ließe sich über konkrete Planungsaufgaben nachdenken, damit experimentieren und ließen sich diese ausprobieren. Dies bringt jedoch ein gewisses Dilem-

ma für raumbezogene Diskurse mit sich, die aus guten Gründen eher kleinteilig denn großräumig gefasst sind. So lange Große Transformation aber die Makroebene auslässt (Thomasberger 2016) und stattdessen die Blaupause für Mikroprozesse liefern soll, dann wäre das höchstens Nachhaltigkeit in neuem Gewand. Dies würde Transformationen dienen, aber nicht notwendigerweise dem großen Umbau. Unter diesen Bedingungen würde sich der Mehrwert der großen Erzählung darin erschöpfen – um eine Formulierung von Tom Sieverts (2015: 19) zu nutzen –, Realität zu »verzaubern«. Sie würde diese Realität aber bei Weitem noch nicht fundamental verändern, und es ist auch unklar, ob sie in dieser Hinsicht besser geeignet wäre als bis dato diskutierte Konzepte wie etwa Nachhaltige Entwicklung. Insofern besteht die Gefahr, dass die Debatte um Transformation einen Hype erzeugt, der nicht von Dauer sein wird. Das Konzept der (Großen) Transformation muss sich im Dickicht der real ablaufenden Transformationen – der gewünschten, der nicht intendierten, der zufällig verlaufenden – meines Erachtens erst noch als zielführende Vision erweisen.

Literatur

Angelo, H.; Wachsmuth, D. (2015): Urbanizing urban political ecology: A critique of methodological cityism. In: International Journal of Urban and Regional Research 39 (1), 16–27.

Aring, J.; Sinz, M. (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland: Modernisierung der Raumordnungspolitik im Diskurs. In: disP – The Planning Review 42 (165), 43–60.

Beckenbach, F. (2017): Moderne Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Paradigmaentwicklung und Problemlösungserwartungen. Keynote-Vortrag auf der IÖW-Tagung »Transformative Wirtschaftswissenschaft im Kontext Nachhaltiger Entwicklung«. Berlin, 06.11.2017.

Bettini, Y.; Arklay, T.; Head, B. W. (2017): Understanding the Policy Realities of Urban Transitions. In: Frantzeskaki, N.; Castán Brotoet, V.; Coenen, L.; Loorbach, D. (eds.): Urban Sustainability Transitions. London, 37–49.

Blythe, J.; Silver, J.; Evans, L.; Armitage, D.; Bennett, N. J.; Moore, M. L.; Morrison, T. H.; Brown, K. (2018): The dark side of transformation: latent risks in contemporary sustainability discourse. In: Antipode 50 (5), 1206–1223.

Brand, U. (2016): »Transformation« as a new critical orthodoxy: The strategic use of the term »Transformation« does not prevent multiple crises. In: GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society 25 (1), 23–27.

Dahlstrom, M. F. (2014): Using narratives and storytelling to communicate science with nonexpert audiences. In: PNAS 111 (Supplement 4), 3614–3620.

Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S.; Seyd, B. (eds.). (2019): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden.

Frantzeskaki, N; Broto, V. C.; Coenen, L.; Loorbach, D. (eds.) (2017): Urban Sustainability Transitions. New York, Abingdon.

Giesel, K. D. (2007): Leitbilder in den Sozialwissenschaften. Begriffe, Theorien und Forschungskonzepte. Wiesbaden.

Grunwald, A. (2015): Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? In: GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society 24 (1), 17–20.

Grunwald, A. (2018): Transformative Wissenschaft als honest broker? Das passt! In: GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society 27 (1), 113–116.

Hesse, M.; Leick, A. (2013): Wachstum, Innovation, Metropolregionen. Zur Rekonstruktion des jüngeren Leitbildwandels in der deutschen Raumentwicklungspolitik. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (4), 343–359.

Iwaniec, D. M.; Cook, E. M.; Barbosa, O.; Grimm, N. B. (2019): The framing of urban sustainability transformations. In: Sustainability 11 (3), 573, 1–10.

Koch, F.; Kabisch, S.; Krellenberg, K. (2018): A Transformative Turn towards Sustainability in the Context of Urban-Related Studies? A Systematic Review from 1957 to 2016. In: Sustainability 10 (1), 58, 1–17.

Kollmorgen, R.; Merkel, W.; Wagener, H.-J. (2015): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden.

Lamker, C.; Levin-Keitel, M. (2019): Planung im Wandel – von Rollenverständnissen und Selbstbildern. In: Raumforschung und Raumordnung 77 (2), 107–113.

Miessen, M. (2012): Albtraum Partizipation. Berlin.

Nassehi, A. (2019): »Ziele formulieren kann jeder. Wie kann man die Erderhitzung stoppen? Die einen glauben an Greta, die anderen an den Markt. Der Soziologe Armin Nassehi hat eine bessere Idee«. taz, 17.06.2019, 20–22.

Pielke, R. A. (2007): The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics. Cambridge.
Rodríguez-Pose, A. (2018): The revenge of the places that don't matter (and what to do about it). In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 11 (1), 189–209.
Schneidewind, U. (2018): Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt a. M.
Schön, D. A. (1983): The Reflective Practitioner: How Professionals Think in Action. New York.
Sieverts, T. (2015): Bedingungen der Stadtentwicklung heute: Das Beispiel Karlsruhe. In: Stadt Karlsruhe (Hg.): Auf dem Weg zum räumlichen Leitbild. Karlsruhe, 15–19.
Strunz, S.; Gawel, E. (2017): Transformative Wissenschaft: Eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte. In: GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society 26 (4), 321–325.
Thomasberger, C. (2016): Die Große Transformation und die Marktgesellschaft. In: Ökologisches Wirtschaften 31 (1), 30–34.
WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin.
WBGU – Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Berlin.
Wiesenthal, H. (2019): Institutionelle Transformationen gestern – und morgen? In: Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S.; Seyd, B. (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden, 367–382.
Wissenschaftsrat (2015): Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Stattgart. = Positionspapier Drs. 4594–15.04.2015.
Zieschank, R.; Ronzheimer M. (2017): Große Transformation und die Medien – Alternativen zum Wachstum als Leitbild der Kommunikation. Dessau. = UBA-Dokumentationen 12/2017.
Zolfagharian, M.; Walrave, B.; Raven, R.; Romme, A. G. L. (2019): Studying transitions: Past, present, and future. In: Research Policy 48 Issue 9. DOI: https://doi.org/10.1016/j.respol.2019.04.012

Eckpunkte und Positionen einer Vorsorgeorientierten Postwachstumsökonomie[1]

Vom Ende des wachsenden Wohlstandsmodells

Ulrich Petschow, Nils aus dem Moore, David Hofmann, Eugen Pissarskoi, Steffen Lange

Die Umweltkrisen spitzen sich zunehmend zu. Dazu gehört in der öffentlichen Diskussion besonders prominent die Klimakrise. Die Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre ist dabei nur ein besonders prominenter anthropogener Eingriff in die Ökosysteme (vgl. Bindoff/Stott/AchutaRao et al. 2013: 869). Auch andere grundlegende Erdsystemprozesse hat die Menschheit bereits in einen kritischen Zustand versetzt. So überschreiten beispielsweise die globalen Mengen von Phosphor und Stickstoff, die in Böden und Gewässer gelangen, ebenso kritische Grenzen (vgl. Rockström/Steffen/Noon et al. 2009a/b, vgl. Steffen/Richardson/Rockström et al. 2015). Weniger im Blickpunkt der öffentlichen Debatten ist auch die Biodiversitätskrise (vgl. IPBES 2019). Durch diese Entwicklungen drohen zukünftigen Generationen drastische und irreversible Nachteile. Im Gegensatz zu den »traditionellen« industriellen Umweltbelastungen, die sich zumindest zum Teil via Add-on-Technologien »herausfiltern« (und verlagern) lassen, sind diese »neuen« Herausforderungen eng mit unserem auf Wirtschaftswachstum basierenden Lebens- und Wirtschaftsmodell verbunden.

Insbesondere in den frühzeitig entwickelten Industriestaaten hat dieses Modell zweifelsohne zu Wohlfahrtsgewinnen beigetragen, die sich u. a. auch in einer höheren Lebenserwartung niedergeschlagen haben. Global hat ins-

1 Dieser Beitrag beruht auf einer Studie für das Umweltbundesamt (Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. [2018]), die vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wurde. Sie ist auf der Webseite des Umweltbundesamts frei zum Download verfügbar.

besondere die nachholende Entwicklung Chinas und das damit verbundene dramatische Wirtschaftswachstum zu einer deutlichen Reduktion der Armutsquote geführt. Insofern ist wenig umstritten, dass wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Wohlfahrt durchaus positiv korreliert waren. Allerdings steht zunehmend infrage, inwieweit diese Gewinne letztlich doch überwiegend zulasten künftiger Generationen gehen.

Für einen überproportional hohen Anteil dieser Belastungen natürlicher Systeme sind die frühindustrialisierten, wohlhabenden Länder verantwortlich (in Bezug auf die Treibhausgasemissionen [THG-Emissionen] vgl. Caney 2009: 126). In diesem Beitrag stehen daher die Fragen im Vordergrund: Welche Rolle spielt die Wirtschaftsleistung und deren künftige Entwicklung in wohlhabenden Ländern wie Deutschland bei der Einhaltung planetarer Grenzen? Welche (umwelt-)politischen Implikationen ergeben sich daraus? Hierzu führen wir in historische und aktuelle Wachstumsdebatten ein, geben einen Überblick über prominente Positionen und leiten auf Basis einer kritischen Analyse dieser Positionen einen neuen Vorschlag ab: die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition, die wir zur Diskussion stellen möchten.

Wachstums- und Wohlfahrtsdiskussionen

Die Diskussion um wirtschaftliches Wachstum und Wachstumsgrenzen ist in ökonomischen Diskursen lange vernachlässigt worden und eher von »Außenseitern« thematisiert worden. So hat Kenneth Boulding (1966) mit seinem Aufsatz »The Economics of the Coming Spaceship Earth« zum einen auf eine in jener Zeit gebräuchliche Metapher »Raumschiff Erde« verwiesen und damit aber zugleich darauf abgehoben, dass es gerade auch um Grenzen (auch der Substituierbarkeit von Produktionsfaktoren) geht. Der erste Bericht zu den »Grenzen des Wachstums« von Meadows et al. 1972 hat zumindest zu erheblichen Diskussionen geführt, auch wenn in den Details zweifelsohne die Substitutionsmöglichkeiten unterschätzt wurden. Georgescu-Roegen (1987), aber auch sein Schüler Daly (1977), haben andere Wirtschaftsmodelle eingefordert. Und mit Blick auf diese »frühen« Warnungen ist gleichwohl festzustellen, dass letztlich erst mit dem jüngeren gesellschaftlichen und medialen Klimawandel seit dem Ende der 2010er Jahre

nunmehr ein Handlungsdruck erzeugt wird, der es erforderlich und möglich macht, die Frage des Wachstums wieder zu thematisieren.

Wirtschaftliches Wachstum ist, zumindest in der Betrachtung der langen Frist, keineswegs eine Konstante der menschlichen Entwicklung, sondern ist eng mit der industriellen Revolution verbunden (vgl. Clark 2007). Erst mit der industriellen Revolution wurde ein Entkommen aus der »Malthusianischen Falle (malthusian trap)« möglich.[2] Dieser europäische Sonderweg ist dabei keineswegs (allein) auf die Technikentwicklung zurückzuführen, sondern erforderte auch gesellschaftliche Bedingungen, ob und wie diesen Techniken genutzt wurden.[3] So verweist Mokyr (2016) auf die kulturellen Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels und fokussiert dabei insbesondere auf grundlegende »beliefs«. Der Wandel des »belief system« bezog sich demnach vor allem auf die Wahrnehmung von Natur. Dieser Wandel sei in Verbindung mit den spezifischen Kontexten in Europa (Wettbewerb zwischen kleineren Staaten bzw. Städten) und der Herausbildung von Netzwerken (Wissenschaft und Ingenieurswissenschaften) letztlich entscheidend für die industrielle Revolution gewesen. McCloskey (2016) geht davon aus, dass nicht die verfügbaren Energieressourcen, die Innovationen des 19. Jahrhunderts oder die Herausbildung der Institutionen des Markts entscheidend waren, da all diese Faktoren in anderen Regionen der Welt bereits vorhanden gewesen waren. Vielmehr geht McCloskey davon aus, dass kulturelle Faktoren und Ideen entscheidend waren, so die Herausbildung von Naturwissenschaften und der »Republic of Letters« (vgl. Mokyr 2016), also der Herausbildung von wissenschaftlichen Netzwerken. Denzau und North (1994) verweisen ebenfalls auf die Rolle von Ideen und Institutionen für den gesellschaftlichen Wandel. Mithin wird deutlich, dass sowohl Wirtschaftshistoriker als auch Institutionenökonomen die Rolle von Ideen und Leitbildern als essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung ansehen. Die-

2 Malthus (1803) analysierte das Verhältnis von Bevölkerungswachstum und Bodenerträgen. Er unterstellte, dass das Bevölkerungswachstum in geometrischer Progression stattfindet und die Lebensmittelproduktion in arithmetischer Progression zunimmt, sodass es zu einer natürlichen Begrenzung durch die Limitierung der Steigerungsmöglichkeiten der Nahrungsmittelproduktion kommt. Somit sei, laut Malthus, wirtschaftliches Wachstum kaum möglich (vgl. Clark 2007, vgl. Fertig/Pfister 2012).

3 Vgl. die Erfindungen, die in China bekannt waren, aber nicht zu ähnlichen wirtschaftlichen Dynamiken geführt haben.

se Erkenntnisse sind auch relevant für die Nachhaltigkeitsdiskussion, entsprechende Bezüge stellen Meyerhoff und Petschow (1996) her.

Die Zunahme des Einkommens je Kopf, welches sich in der Folge der industriellen Revolution ergab, war immens – Abb. 1 illustriert die relative Entwicklung im Vergleich mit dem Basisjahr 1800.

Abb. 1: Einkommensentwicklung global im Zeitablauf

Quelle: Clark 2007

Dieses historische Wachstum legte die Basis für die Herausbildung des derzeit dominierenden Wachstumsparadigmas und entsprechender Pfadabhängigkeiten. Es basierte ganz zentral auch auf der Nutzung fossiler und natürlicher Ressourcen. Die Entwicklung der Einkommen war und ist eng korreliert mit den Klimagasemissionen, aber auch mit der Belastung verschiedener Ökosysteme. Die Nutzung fossiler Rohstoffe hatte und hat zudem auch vielfältige weitere Dynamiken zur Folge u. a. die umfassende Veränderung der Landnutzungen, die sich in starkem Maße negativ auf die Biodiversität ausgewirkt haben. Es besteht eine enge Korrelation zwischen dem Überschreiten der planetaren Grenzen und den beobachtbaren wirtschaftlichen Wachstumsdynamiken.

In der traditionellen Sichtweise wurde und wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentraler »Wohlfahrtsindikator« angesehen und gewann

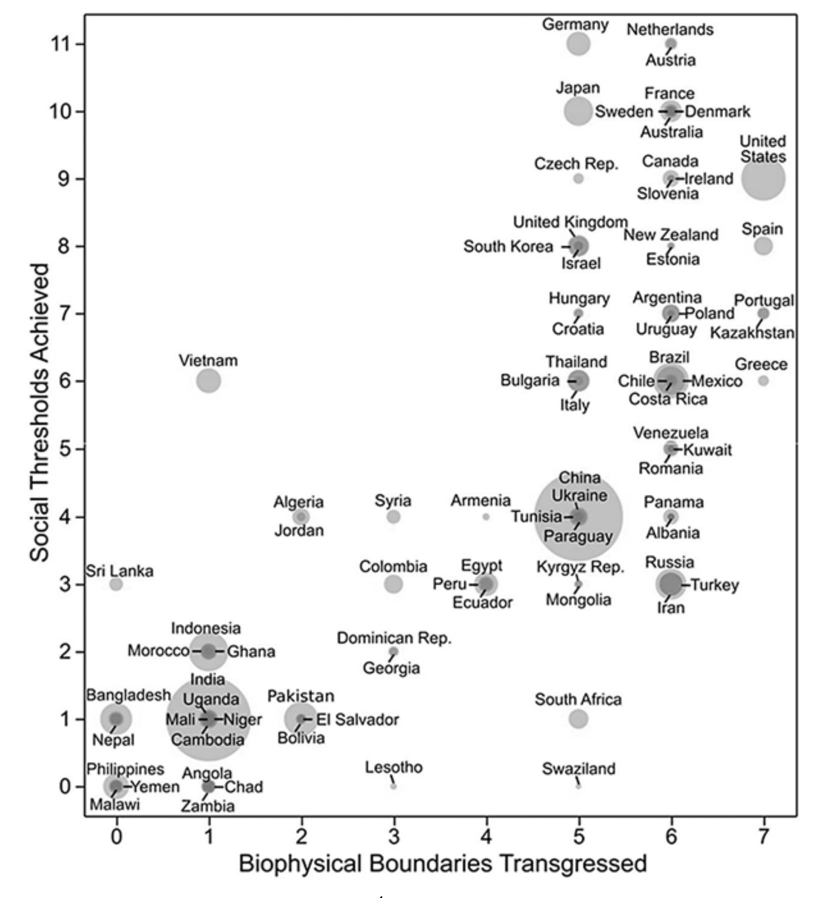
herausragende Bedeutung für die Wirtschaftspolitik. Es wurde im Kontext der wirtschaftlichen Depression Ende der 1920er Jahre in den USA maßgeblich von Simon Kuznets (mit-)entwickelt. Als Maß für den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen eines Jahres wurde es jedoch nicht als umfassender Wohlfahrtsindikator konzipiert. Dennoch übt es aber auf das Handeln nationaler, internationaler und supranationaler Organisationen bis heute immensen Einfluss aus und ist tief in die Entscheidungsstrukturen eingebettet. Die Kritik an der Verwendung dieses Indikators kumulierte im Kontext der wirtschaftlichen Krise des Jahres 2008. Ein Meilenstein war die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2010), die vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy einberufen wurde, um verschiedene Indikatoren für die wirtschaftliche Performance und den sozialen Fortschritt zu diskutieren. Sie hat vielfältige Folgeprozesse auf nationalen und internationalen Ebenen angestoßen, aber die überragende Bedeutung des Indikators BIP kaum begrenzen können.

Die globale Herausforderung des sozialökologischen Wandels

Mit dem 1,5°- bzw. 2°-Ziel wurde ein zentrales klimapolitisches Ziel im Pariser Abkommen international festgeschrieben. Nimmt man diese Ziele ernst, so sind erhebliche Anpassungen innerhalb einer Zeitspanne von wenigen Jahrzehnten notwendig. Der bisherigen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist es bislang bei Weitem nicht gelungen, eine hinreichend starke Reduktion der ökologischen Belastungen zu erreichen. Ebenso ist die Welt weit davon entfernt, die Sustainable Development Goals (SDGs) zu erfüllen, welche 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene festlegen.

Abb. 2 von O'Neill, Fanning und Lamb et al. (2018) verdeutlicht die globalen Herausforderungen des Wandels, bei dem es einerseits um eine massive Reduktion des Ressourcenverbrauchs und andererseits um eine Erhöhung der Wohlfahrt (hier als »social threshold achieved« bezeichnet) geht, insbesondere im globalen Süden.

Abb. 2: Spannungsfelder: biophysikalische Grenzen und soziale Schwellenwerte



Quelle: O'Neill/Fanning/Lamb et al. (2018)[4]

4 Die methodischen Überlegungen, die dieser Grafik zugrunde liegen, sind sehr komplex und werden daher nicht im Detail erläutert. Sie verbinden verschiedene relevante Konzepte. An dieser Stelle soll nur darauf verwiesen werden, dass die *x-Achse* die biophysikalischen Grenzen (die überschritten sind) umfasst. Dabei werden die Konzepte »planetare Grenzen« (neun Grenzen, die in Beziehung zu kritischen biophysikalischen Prozessen stehen) und »ökologische footprints« für unterschiedliche Typen von biophysikalischen Ressourcenflüssen (u. a. CO_2) verbunden. Die Stoffflüsse werden dabei den Konsument*innen zugerechnet (und beinhalten damit auch die Auswirkungen des Handels bzw. des Imports der Produkte). Die *Y-Achse* umfasst soziale Grenzen/Schwellenwerte, die auf Überlegungen von Raworth zurückgehen. Raworth entwickelte aufbauend auf dem Ansatz der

In Abb. 2 stellt die y-Achse die sozialen Grenzen/Schwellenwerte (social thresholds) dar, die erreicht werden. Die x-Achse verweist auf die biophysischen Grenzen und deren Überschreitung. Frühindustrialisierte Länder wie Deutschland haben demnach in der sozialen Dimension einen hohen Standard erreicht, allerdings überschreiten sie zugleich die biophysikalischen Grenzen deutlich. Im Gegensatz dazu bewegt sich ein Land wie Sri Lanka weitgehend innerhalb der biophysikalischen Grenzen, ist aber mit Blick auf die soziale Dimension sehr wohl als entwicklungsfähig einzuschätzen.[5]

Zentral für die Argumentation in diesem Beitrag ist, dass es letztlich darum geht, die planetaren (biophysikalischen) Grenzen einzuhalten und zugleich die soziale Dimension (gesellschaftliches Wohlbefinden) auf einem hohen Niveau zu stabilisieren bzw. dahin zu entwickeln. Es kommt also darauf an, den leeren Quadranten links oben »zu füllen«. Entsprechende Entwicklungspfade müssen auf Grundlage der verschiedenen Ausgangspositionen identifiziert werden. Auch in den frühindustrialisierten Ländern geht es um das doppelte Ziel, die Reduktion der Ressourceninanspruchnahme und die Erhaltung/die weitere Entwicklung der Lebensqualität (insbesondere für sozial benachteiligte Bürger*innen) in den Blick zu nehmen.

Zwar besteht u. a. in Deutschland auf wissenschaftlicher und politischer Ebene ein weitgehender Konsens darüber, dass ökologische Belastungsgrenzen auf Dauer eingehalten werden sollen. Wie genau dieses grundsätzlich konsensuale Ziel erreicht werden sollte, wird aber sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Bereich kontrovers diskutiert.

Dabei können zwei Ebenen unterschieden werden: Zum einen gibt es keine Einigkeit über die Frage, welchen Beitrag ein einzelner Nationalstaat zur Minderung globaler ökologischer Herausforderungen konkret leisten kann und leisten sollte (vgl. Enquête-Kommission 2013: 477–521). Zum anderen herrscht ein zentraler Dissens darüber, ob und wie die Wirtschaftsweise

»human needs« (Max Neef) ein »safe and just space«-(SJS-)Rahmenwerk (Doughnut-Ansatz), welches das Konzept der planetaren Grenzen mit dem komplementären Konzept der sozialen Grenzen verbindet. SJS umfasst elf soziale Ziele (ausgewählt aus Papieren von »Rio plus 20« [2012] und den SDGs), die auch die Bestände des »kritischen sozialen Kapitals« (basic needs) berücksichtigen.

5 Zudem ist zu berücksichtigen, dass auch frühindustrialisierte Länder sich deutlich sowohl mit Blick auf die biophysikalischen als auch auf die sozialen Grenzen deutlich unterscheiden können.

eines frühindustrialisierten, wohlhabenden Landes verändert werden sollte, um einen hinreichenden Beitrag zur Einhaltung der planetaren Grenzen zu leisten und dabei die gesellschaftlichen Maßstäbe der sozialen Gerechtigkeit nicht zu gefährden. Besonders umstritten erscheint dabei die Frage nach der Relevanz der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. des Wirtschaftswachstums für die Erreichung umweltpolitischer Ziele. Hierauf fokussieren sich die weiteren Überlegungen in diesem Beitrag. Wir wollen somit zum Verständnis dieser Kontroverse beitragen und politische Handlungsoptionen ableiten. Dazu entwickeln wir in einem nächsten Schritt eine Systematisierung von Positionen innerhalb dieses gesellschaftlichen Diskurses.

Positionen in der Wachstumsdebatte

Die in der Wachstumsdebatte verwendeten Begriffe – »Green Growth« (OECD 2011), »Green Economy« (UNEP 2011), »A-Growth« (van den Bergh 2011), »Postwachstum« (Zahrnt/Seidl 2010), »Degrowth« (Demaria/Schneider/Sekulova et al. 2013) – werden meist nicht trennscharf verwendet. Zugleich ist festzuhalten, dass die Motivationen und die Diskurskontexte hinter diesen Begriffen zum Teil deutlich differieren. Der Diskurs um Degrowth wird u. a. gespeist durch feministische Positionen (fehlende Anerkennung informeller Arbeit), antikapitalistische Positionen (Fremd- und Selbstausbeutung), kosmopolitische Positionen (globale Ungleichheiten) und natürlich auch durch ökologische Positionen (Einhaltung der planetaren Grenzen) (vgl. Steffen/Richardson/Rockstrom et al. 2015). Der Ansatz »Postwachstum« zielt darauf ab, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu mindern, um ökologische Herausforderungen und soziale Ungerechtigkeiten zu überwinden. Für die Position »A-Growth«, wie sie insbesondere von Ökonom*innen vertreten wird, ist hingegen maßgeblich, die Ziele der Lebensqualität und der Einhaltung planetarer Grenzen zu realisieren, womit die Frage des Wachstums eher zweitrangig sei, wenn die ökologischen und sozialen Ziele erreicht werden können (weg von dem eindimensionalen Indikator BIP). Die Green-Growth-Position (der eindimensionale Indikator BIP dient dann nicht mehr als zentrale Zielgröße) geht davon aus, dass es keinen Widerspruch zwischen Wachstum und dem Einhalten der planetaren Grenzen gibt, sondern dass das BIP weiterwachsen sollte, um umweltpolitische Ziele zu erreichen.

Degrowth vs. Green Growth

Es existieren innerhalb des Wachstumsdiskurses zwei besonders prominente und eindeutig antagonistische Positionen, deren politische Konsequenzen einander deutlich widersprechen: Degrowth und Green Growth.

Während im Degrowth-Diskurs vielfach über Leitbilder, politische Maßnahmen und Instrumente diskutiert wird, die mit einer Reduktion der Wirtschaftsleistung einhergehen (oder dazu führen), setzen Vertreter*innen von Green Growth auf wirtschaftspolitische Maßnahmen, die es ermöglichen sollen, weiteres Wirtschaftswachstum mit einem besseren Schutz der Umwelt zu verbinden. Um zu verstehen, worin genau diese Positionen einander widersprechen, haben wir – in einem Forschungsvorhaben für das Umweltbundesamt – mithilfe der philosophischen Argumentationstheorie Folgendes rekonstruiert: Mit welchen (deduktiv gültigen) Argumenten begründen die Vertreter*innen der jeweiligen Positionen ihre jeweiligen wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitischen Forderungen (vgl. Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. 2018)? Diese Analyse hat ergeben, dass sich die Positionen »Degrowth« und »Green Growth« in zwei Thesen widersprechen – einer deskriptiven und einer normativen These.

Beide Positionen vertreten – erstens – unterschiedliche Auffassungen zur Frage, wie sich die Wirtschaftsleistung in einer frühindustrialisierten Volkswirtschaft (wie Deutschland) entwickeln würde, wenn das Land einen hinreichend starken Beitrag zur Einhaltung globaler Umweltziele leistete. Und sie widersprechen sich – zweitens – hinsichtlich ihrer Einschätzungen der Relevanz von weiterem Wirtschaftswachstum für die Aufrechterhaltung von gesellschaftlicher Lebensqualität.[6]

Vertreter der **»Degrowth«-Position** legen sich auf die folgenden beiden Thesen fest (z. B. vgl. Kallis 2011; Paech 2012; Demaria/Schneider/Sekulova et al. 2013 oder Latouche 2015a/b):

---

6 Sehr selten machen Degrowth- und Green-Growth-Vertreter explizit, welche Auffassung von Lebensqualität sie vertreten, d. h. welche Konzeption der Lebensqualität gemäß ihrer jeweiligen Perspektive akzeptiert werden sollte. Meist werden ähnlich abstrakte Begriffe verwendet: »Wohlfahrt« und »Wohlergehen« (insbesondere bei Green Growth), »Glück«, »Gutes Leben« (insbesondere in Degrowth). Die in der philosophischen und ökonomischen Literatur verbreiteten Konzeptionen der Lebensqualität werden in Petschow et al. 2018 diskutiert.

1. Weiteres Wirtschaftswachstum in den wohlhabenden Ländern ist nicht notwendig, um die Lebensqualität dort zu erhalten. Letztere kann gesichert oder gar erhöht werden, selbst wenn die aggregierte Wirtschaftsleistung sinkt.
2. Es besteht hinreichende Gewissheit darüber, dass die Wirtschaftsleistung in den wohlhabenden Ländern sinken wird, wenn sie ihre ökologischen Belastungen ausreichend stark reduzieren.

Demgegenüber sind Vertreter der **»Green-Growth«-Position** von entgegengesetzten Thesen überzeugt (z. B. vgl. OECD 2011, Weltbank 2012, Jacobs 2013 oder Bowen/Hepburn 2014):

1. Weiteres Wirtschaftswachstum ist auch in einer frühindustrialisierten, wohlhabenden Volkswirtschaft notwendig, um die Lebensqualität in dieser Gesellschaft zu erhalten oder zu erhöhen.
2. Es besteht hinreichende Gewissheit darüber, dass mithilfe der Green-Growth-Instrumente die wohlhabenden Länder die von ihnen ausgehenden ökologischen Belastungen ausreichend stark reduzieren können. Ihre Wirtschaftsleistung – wenn auch in qualitativ veränderter Form – könne dabei weiterhin wachsen.

Die den jeweiligen Konzeptionen zuzuordnenden Kernthesen lassen sich allerdings nicht hinreichend begründen.

Gegen die beiden Thesen der **Degrowth-Position** lassen sich grundsätzliche Einwände vorbringen. Gemäß der in der philosophischen Literatur verbreiteten Auffassungen von Lebensqualität (Hedonismus, Wünsche-Theorien, Theorien objektiver Werte) trifft die erste Degrowth-These zwar zu. Weiteres Wirtschaftswachstum wäre demnach prinzipiell nicht notwendig, um die gesellschaftliche Lebensqualität zu erhalten. Degrowth-Vertreter erläutern allerdings nicht überzeugend, ob und insbesondere wie diese Lebensqualität erhalten werden kann, wenn das BIP pro Kopf (sehr) stark abnimmt.

Die in der zweiten Degrowth-Kernthese behauptete Gewissheit über das unvermeidliche Scheitern einer hinreichend starken Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung ist nicht haltbar. Vertreter der Degrowth-Position verweisen meist darauf, wie umfangreich die ökologischen Herausforderungen seien, wie kurz der Zeitraum für die Reduktion der öko-

logischen Belastungen sei und wie wenig die bisherigen umweltpolitischen Bemühungen gebracht hätten. Sie verweisen auch darauf, dass eine positive Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und dem Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Energie sowie Treibhausgasemissionen seit dem 19. Jahrhundert beobachtbar sei.

Die für den Erfolg der Entkopplung relevanten Parameter – Dekarbonisierungsraten einer Ökonomie, Entwicklung der Energie- und Ressourcenintensitäten – können jedoch politisch beeinflusst werden (u. a. durch Steuern, Anreizsetzung, Technologieförderung etc.). Trendfortschreibungen aus einer Vergangenheit, in der eine politische Steuerung nicht oder nicht in hinreichendem Ausmaß stattfand, können daher nicht belegen, dass die Entkopplung auch in der Zukunft nicht gelingen kann oder nicht gelingen wird.

Ob wiederum die erste These der **Green-Growth-Position** wahr ist, hängt entscheidend davon ab, was unter gesellschaftlicher Lebensqualität verstanden wird. Einige der in der philosophischen Literatur verbreiteten Auffassungen darüber, was Gutes Leben bzw. gesellschaftliche Lebensqualität ausmacht, stützen diese Green-Growth-These nicht. Diese Kernthese von Green Growth lässt sich vor allem dann gut begründen, wenn man die in der Wohlfahrtsökonomik vertretene Auffassung der Lebensqualität zugrunde legt: Lebensqualität (in der Sprache der Ökonomik: Wohlfahrt) ist dann ein Aggregat des Ausmaßes, in dem individuelle Präferenzen erfüllt werden. Jedoch ist es nicht klar, warum gerade diese Auffassung von Lebensqualität als Präferenzerfüllung und warum nicht eine andere Konzeption der Maßstab für politisches Handeln sein sollte.

Zwar demonstrieren ökonomisch-ökologische Modelle, dass es theoretisch möglich ist, künftiges Wirtschaftswachstum von kritischen Ressourcenverbräuchen und anderen ökologischen Belastungen zu entkoppeln. Doch bisherige Modellergebnisse zeigen nicht, dass dies im zur Verfügung stehenden Zeitraum auch in einem hinreichenden Ausmaß gelingen wird. Zudem basieren die Modelle auch auf Annahmen darüber, dass für die Entkopplung erforderliche Technologien rechtzeitig zur Verfügung stehen und sich schnell genug durchsetzen. Wissenschaftlich seriöse Aussagen dazu erscheinen jedoch kaum möglich zu sein, in jedem Fall sind sie mit großer Unsicherheit behaftet. Zudem müssen Rebound-Effekte in die Überlegungen einbezogen werden.

Nicht zuletzt fehlt bislang auch belastbares Wissen darüber, welche Konsequenzen es für die künftige Entwicklung der Wirtschaftsleistung hat,

wenn nicht nur ein einzelnes ökologisches Ziel, etwa die Reduktion der THG-Emissionen, konsequent verfolgt wird, sondern alle für die Einhaltung der planetaren Grenzen relevanten ökologischen Belastungen gleichzeitig reduziert werden.

Ob es zudem gelingen kann, Wirtschaftswachstum gezielt selektiv im Sinne eines »qualitativeren, grüneren« Wachstumspfads zu steuern und unerwünschte »Nebenwirkungen« zu vermeiden, ist ebenso in hohem Maße ungewiss. Der mit diesem Ansatz verbundene Steuerungsoptimismus ist kritisch zu hinterfragen.

Die beiden Positionen »Degrowth« und »Green Growth« beruhen somit auf Kernannahmen, die sich wissenschaftlich nicht hinreichend begründen bzw. belegen lassen. Keine dieser Positionen sollte daher für sich beanspruchen, als alleinige Strategie für umweltpolitisches Handeln dienen zu können.

Die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition: ein neuer Konsens?

Ausgehend von dieser Kritik haben wir eine dritte idealtypische Auffassung unterschieden bzw. entwickelt, die wir unter der Bezeichnung **»Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition«** diskutieren. Diese Postwachstumsposition ist, im Gegensatz zu Degrowth und Green Growth, ergebnisoffen. Sie besitzt keine starken Ex-ante-Prämissen hinsichtlich (erstens) der Bewertung künftigen Wirtschaftswachstums bzw. einer möglichen zukünftigen Schrumpfung sowie hinsichtlich (zweitens) der Möglichkeit einer hinreichenden Entkopplung. Gemäß dieser Position ist es ungewiss, wie sich die Wirtschaftsleistung entwickeln wird, wenn die Wirtschaftsweise in den wohlhabenden Ländern im Einklang mit globalen ökologischen Zielen grundlegend verändert wird.

Es besteht jedoch eine ernstzunehmende Möglichkeit, dass die Wirtschaftsleistung im Rahmen dieser Transformation nicht mehr ansteigen würde oder gar signifikant sinken könnte. Zugleich stellen wir fest, dass aufgrund der heutigen Verfasstheit der frühindustrialisierten, wohlhabenden Länder die Wirtschaftsleistung und die damit generierten Einkommen eine wichtige Rolle spielen. Sie sind grundlegend für die Funktionsweise fundamentaler gesellschaftlicher Institutionen, die Bestandteile eines Guten

Lebens ermöglichen (beispielsweise Sozialversicherungssysteme, Bildungsausgaben etc.).

Daraus lässt sich das Ziel ableiten, diese gesellschaftlichen Institutionen *vorsorglich* so zu transformieren, dass sie ihre Funktionen unabhängig(er) von der Wirtschaftsleistung erbringen können. Durch eine stärkere Wachstumsunabhängigkeit könnte ein hohes Maß an gesellschaftlicher Lebensqualität auch bei stagnierender oder sinkender Wirtschaftsleistung aufrechterhalten werden. Würde es gelingen, gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängig(er) zu gestalten, könnte die Politik notwendige (Umwelt-)Politikmaßnahmen unabhängiger von ihren vermeintlich negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum gestalten. Dies würde der Politik auch größere Spielräume bei Konflikten zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen ermöglichen. Umweltpolitische Maßnahmen wären weniger stark unter »Wachstumsvorbehalt« gestellt.

Der Begriff »*Vorsorgeorientierte Postwachstums*position« steht für eine idealtypische, von uns entwickelte dritte Position zwischen Degrowth und Green Growth. Die für diese Position wesentliche politische Implikation – Schaffung von möglichst wachstumsunabhängigen gesellschaftlichen Institutionen – wurde nach unserem Wissen zum ersten Mal im Sammelband »Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft« von Angelika Zahrnt und Irmi Seidl (2010) betont. Zudem ergeben sich inhaltliche Überschneidungen auch mit der Position von Autor*innen, die das Konzept des »A-Growth« befürworten (z. B. van den Bergh 2011) oder ihm inhaltlich nahestehen (Jakob und Edenhofer 2014).

Zudem sind parallel zu der diesem Beitrag zugrunde liegenden Studie weitere wissenschaftliche Arbeiten vorgelegt worden, die zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind, so beispielsweise Jakob et al. 2019, van den Bergh 2017, Wissenschaftliche Arbeitsgruppe 2018.

Wir möchten mit der Vorsorgeorientierten Postwachstumsposition an diese Beiträge anknüpfen. Aus unserer Sicht ist dabei die Einbeziehung von Öffentlichkeit und Stakeholdern in deliberative Prozesse zentral. Hierzu gehört beispielsweise die Entwicklung von Strategien und Instrumenten. Ebenso kann nur in einem öffentlichen deliberativen Diskurs geklärt werden, welches (materielle) Leistungsniveau der Systeme sozialer Sicherung gesellschaftlich akzeptabel ist. Ein enger iterativer Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit kann einen solchen Diskurs aus unserer Sicht unterstützen.

Handlungsorientierungen

Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition und gesellschaftlicher Wandel

In der Wachstumsdiskussion gibt es mit den Green-Growth- und Degrowth-Positionen unterschiedliche Perspektiven, die auf geteilten oder nicht geteilten zentralen normativen Überlegungen und Bewertungsunterschieden basieren. Die Verpflichtung zur Einhaltung der planetaren Grenzen wird sowohl von Vertreter*innen der unterschiedlichen Positionen »Green Growth«, »Degrowth« und »Postwachstum« als auch vom Autor*innenteam der diesem Beitrag zugrundeliegenden UBA-Studie als essenziell eingeschätzt.

So ist etwa für den Erfolg der Green-Growth-Ansätze eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung durch technologische Durchbrüche in einem Ausmaß erforderlich, das bislang nicht annäherungsweise erreicht werden konnte. Ebenso ist unklar, ob die nötige Entkopplung schnell genug realisierbar wäre. Es ist auch nicht unumstritten, ob eine forcierte und tiefgreifende Green-Growth-Strategie (die bisher noch nicht konsequent eingeleitet wurde) das Wirtschaftswachstum nicht kurz- und mittelfristig doch negativ beeinflussen würde.

Beim Degrowth-Ansatz wiederum ist es ungewiss, ob die gesellschaftliche Lebensqualität bei der Umsetzung der Degrowth-Maßnahmen erhalten werden könnte bzw. es ist normativ umstritten, welche Auffassung der Lebensqualität maßgeblich sein kann.

Der gesellschaftspolitische Diskurs zur Umweltpolitik ist, erkennbar an der Auseinandersetzung um die Wachstumsfrage, in hohem Maße segmentiert und polarisiert, mit Green-Growth- und Degrowth-Befürworter*innen an den beiden Enden des Spektrums der vertretenen Auffassungen. Dies verhindert, dass wichtige Erkenntnisse beider Debattenstränge in produktiver Weise in Beziehung zueinander gesetzt werden. Angesichts der sehr voraussetzungsvollen und antagonistischen Positionen »Green Growth« und »Degrowth« erscheint es zur Entwicklung einer konsistenten Nachhaltigkeitspolitik wünschenswert, den Spielraum für eine inhaltliche Verständigung in der Nachhaltigkeitsdebatte auszuloten und produktiv nutzbare Konsenselemente zu identifizieren.

Ganz konkret ist zudem festzustellen, dass die genannten Positionen bislang noch immer einen begrenzten Stellenwert für das Handeln von Poli-

tik und Gesellschaft haben. Insofern ist es so, dass Lösungsansätze angeboten werden, die aber von Politik und Gesellschaft nicht hinreichend aufgegriffen werden. Die Vertreter eines Green-Growth-Ansatzes schlagen aus theoretischer Perspektive einerseits zweifellos geeignete Instrumente vor, gleichwohl ist die politische »Nachfrage« nach diesen Instrumenten und deren wirkungsvolle Implementierung in der Praxis bisher sehr begrenzt. Andererseits verfügen aber auch jene Vorstellungen und Leitbilder, die innerhalb des ökologisch orientierten Postwachstumsdiskurses entwickelt wurden, bisher nur über eine begrenzte Attraktivität und Akzeptanz.

Angesichts von Pfadabhängigkeiten und Unsicherheit bezüglich der Richtungssicherheit der verfolgten Strategien zielt die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition darauf ab, dass ein gestaltungsorientierter **Suchprozess** angestoßen wird, der sich an Leitgedanken wie dem **Vorsorgeprinzip** und gesellschaftlicher **Resilienz** orientiert. Dieser partizipative, langfristige und nur begrenzt steuerbare Wandelprozess soll neue Handlungs- und Entwicklungsoptionen eröffnen und muss den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen Rechnung tragen. Die Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert einen weitgehenden gesellschaftlichen Wandel. Es gibt nicht einen einzelnen konkreten Transitionspfad oder einen einzigen Ansatz, der vor dem Hintergrund unseres begrenzten Wissens isoliert verfolgt werden sollte. Aus unserer Sicht müssen stattdessen handlungsorientierte Strategien und entsprechende »policy mixes« unter Einschluss von Kombinationen von Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzstrategien[7] entwickelt werden, die einerseits auf geeignete und untereinander kompatible Elemente unterschiedlicher Strategieansätze zurückgreifen und andererseits »im Hier und Jetzt« anschlussfähig sind. Es wird dabei entscheidend darauf ankommen, dass einerseits Bottom-up-Initiativen und -Experimente befördert werden. Diese können insbesondere durch nationale und/oder internationale Rahmenbedingungen unterstützt werden. Bei jenen Ansätzen, die evaluiert wurden und durch eine konsequente und kritische Begleitforschung einen »Nachweis« ihrer wünschenswerten und behaupteten Wirkungen erbringen können, wäre dann als nächster Schritt zu prüfen, inwiefern sie skalierbar sind und mithin als Politikansatz auch top-down übernommen werden

7 Zur Debatte um Suffizienz, Effizienz und Konsistenz vgl. beispielsweise grundlegend Huber (1994), aktuelle Bezugnahmen u. a. von Schneidewind und Zahrnt (2013) und Loske (2015).

können. Relevante Kontexte für die Erprobung entsprechender Ansätze bestehen beispielsweise sowohl in Strukturwandelregionen als auch grundsätzlich bei den Herausforderungen einer Dekarbonisierung der Energieversorgung oder einer Forcierung der Kreislaufwirtschaft.

Die konkurrierenden Konzepte »Green Growth«, »A-Growth«, »Postwachstum« und »Degrowth« unterscheiden sich in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung zum Teil erheblich und sind hinsichtlich zentraler Prämissen teilweise unvereinbar. Mit Blick auf die jeweils empfohlenen Instrumente, Reformansätze und konkret einzuschlagenden Pfade können jedoch durchaus einige, auch weitgehende Überschneidungen identifiziert werden. Die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition knüpft an diese Überschneidungen an und setzt sich aus vier handlungsrelevanten Strategien zusammen, die im Folgenden umrissen werden (vgl. Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. 2018, aus dem Moore und Hofmann 2019, Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. im Erscheinen).

Von der Culture of Growth zur Culture of Sustainability

Die erste handlungsleitende Strategie ist die Förderung des **kulturellen Wandels** von einer »Culture of Growth« zu einer **»Culture of Sustainability«**. Dieser kulturelle Prozess ist nur sehr bedingt direkt steuerbar. Gleichwohl ist festzustellen, dass die Nachhaltigkeitsdiskussion und vor allem gegenwärtig der Klima- und Biodiversitätsdiskurs einen Widerhall in den gesellschaftlichen Diskursen findet. Die zivilgesellschaftlich geprägte Postwachstums-/Degrowth-Bewegung ist selbst Ausdruck eines beginnenden kulturellen Wandels.

Zur Frage, welche Faktoren maßgeblich tiefgreifende gesellschaftliche Wandelprozesse beeinflussen, gibt es in den relevanten wissenschaftlichen Diskursen sehr unterschiedliche Antworten. In wirtschaftshistorischen und institutionenökonomischen Diskursen wird zunehmend die These vertreten, dass vor allen Dingen **kulturelle Veränderungen** als Auslöser für die Wachstumsdynamik und die Herausbildung der Wachstumsgesellschaft betrachtet werden können. Wie zu Beginn des Beitrags aufgezeigt wurde, ist wirtschaftliches Wachstum erst etwa mit dem Beginn der industriellen Revolution relevant und letztlich endgültig handlungsorientierend mit der Entwicklung des Wachstumsindikators BIP geworden.

Die bisher dominante »Culture of Growth« ist tief in den formalen und informellen Institutionen verankert, die unsere Gesellschaften »steuern«. Wollen sie zur Einhaltung planetarer Grenzen beitragen, müssen Politikansätze daher – jenseits materieller Ziele und unmittelbar darauf ausgerichteter Instrumente – auch den kulturellen Wandel hin zu einer möglichen »Culture of Sustainability« in den Blick nehmen. Ein robuster Wandelprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft, die gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht, wird nicht ohne einen tiefgreifenden **Wandel (auch) der formellen und informellen Institutionen** möglich sein (vgl. Williamson 2000, vgl. Geels 2011).[8]

Wirksame Gestaltung der ökonomischen Rahmenbedingungen

Der zweite Baustein der Vorsorgeorientierten Postwachstumsposition ist die **Anpassung** der **ökonomischen Rahmenbedingungen**, insbesondere durch den entschlossenen Einsatz von **(marktbasierten) Instrumenten zur Internalisierung umweltschädlicher externer Effekte** zur Sicherstellung einer wirksamen, systemischen »Grobsteuerung«. Hierzu gehören u. a. Cap-und-Trade-Systeme (beim Emissionshandel beispielsweise) oder Ökosteuern zur kosteneffizienten Internalisierung umweltschädlicher Effekte von Produktion und Konsum.

Diesbezüglich ist zwischen den Positionen in der Wachstumsdebatte eine weitreichende Übereinstellung feststellbar. Zudem halten die meisten ökonomisch argumentierenden Akteure die relativen Preise für das individuelle Verhalten und die Übernutzung natürlicher Ressourcen (Quellen wie Energieträger oder Senken oder die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre) für bedeutsam. Strömungsübergreifend, also sowohl bei Degrowth- als auch bei Green-Growth-Vertreter*innen, gilt die Veränderung der relativen Preise also als wichtiges Steuerungselement.[9]

Es ist offensichtlich, dass die Einhaltung planetarer Grenzen und der weitreichende durch wirksame ökonomische Instrumente adressierte Ver-

---

8 Eine gegenwärtig vielfach genutzte Heuristik für komplexe gesellschaftliche Wandelprozesse stellt die »Multi-Level-Perspektive« (vgl. Geels 2011) dar.

9 Anzumerken ist, dass dies insbesondere im Degrowth- und Postwachstumsdiskurs nur begrenzt expliziert wird und stattdessen eher »vor die Klammer gezogen wird« und insbesondere Verhaltensorientierungen entwickelt werden, die allerdings vielfach »überfordernd« auf die Individuen wirken können.

änderungsbedarf mit erheblichen gesellschaftlichen **Konfliktpotenzialen** verbunden ist (wie Verteilungsfragen), der mit zusätzlichen Maßnahmen flankiert werden muss.

Auslotung und Erschließung neuer Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung

Der dritte Ansatz der Vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, **neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung auszuloten und zu erschließen**, ist komplementär zu den zuvor diskutierten Ansätzen »Degrowth« und »Green Growth«. Wesentlich für die Auslotung nachhaltigerer Handlungsoptionen sind partizipative gesellschaftliche Suchprozesse, Experimentierräume für neue soziale Praktiken und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze, die diese anregen, begleiten und unterstützen.

Damit ist zwangsläufig verbunden, dass das Wachstum des BIPs nicht mehr als dominante gesellschaftliche Zielgröße angesehen werden sollte. Stattdessen sollten gesellschaftlich wünschenswerte Zielzustände (gesellschaftliches Wohlergehen/»well being«, Gutes Leben etc.) stärker in den Fokus rücken. Auch der gesellschaftliche Wandel in Richtung einer »Culture of Sustainability« erfordert **andere Indikatorensysteme**, die für die gesellschaftliche (Selbst-)Steuerung handlungsleitend sind.

Innovationen werden eine wichtige Rolle bei diesen Suchprozessen spielen, das alleinige Setzen auf technologische Innovationen ist allerdings keineswegs hinreichend (so auch Deutscher Bundestag 2013: 477). Im Kontext der Definition der »Grand Challenges« auf Ebene der EU wurde prominent darauf verwiesen, dass zunehmend **Soziale Innovationen** gefordert sind, also insbesondere Innovationen, die sich weniger auf Technologie als in Richtung auf neue soziale Praktiken orientieren. Das Konzept der Sozialen Innovation stellt seitdem einen zunehmend wichtigen Ansatz im Bereich der Innovationsförderung dar.

Diese neuen Formen der Generierung von Innovationen finden sich mittlerweile auch im Mainstream wieder, indem die Etablierung von Reallaboren und Experimentierräumen zunehmend ubiquitär werden, um Problemlösungen zu generieren. Auf EU-Ebene und auch auf bundesdeutscher Ebene werden Überlegungen angestellt, wie Reallabore oder Experimentierräume gestaltet werden können, um zu neuen, nachhaltigen Lösungen zu kommen – z. B. durch die Förderung von Reallaboren in Baden-Württem-

berg oder eher technisch orientiert, wie sie im Energieforschungsprogramm der Bundesregierung (BMWi 2018) angestrebt und in der Praxis erprobt wird.

Diese Sozialen Innovationen werden insbesondere von den Vertreter*innen des Postwachstumsdiskurses eingefordert, um neue generalisierbare Lösungen zu identifizieren, die in der Folge auch regulatorisch oder durch einen Infrastrukturaufbau unterstützt werden sollten. Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit der **Stärkung transformativer Elemente in der Innovationspolitik**, die soziotechnische Regime, gemäß den gesellschaftlichen Zielen, als Ganzes adressieren. Eine derartige Innovationspolitik würde soziale Experimente und gesellschaftliche Lernprozesse fördern, sodass bisher unbekannte Pfade zu einer Nachhaltigen Entwicklung ermöglicht werden.

Dies erweist sich auch insofern als erforderlich, als das dominante soziotechnische »System« durch charakteristische Merkmale (wie bspw. gegenwärtig einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch) und Pfadabhängigkeiten gekennzeichnet ist. Um diese Pfadabhängigkeiten zu überwinden, reichen aus Sicht von Vertreter*innen der Multi-Level-Perspektive ökonomische Instrumente allein kaum aus (Kern/Rogge/Howlett 2019). An die Multi-Level-Perspektive knüpft der Ansatz der »deep transition« (Schot/Karger 2018) an. Multi-Level-Perspektive und »deep transition« verbindet, dass sie die Bedeutung Sozialer Innovationen betonen und die bisherige Fokussierung auf technologische Innovationen als dem entscheidenden Treiber gesellschaftlicher Veränderungsprozesse nicht für hinreichend erachten.

Minderung der Wachstumsabhängigkeit

Eine weitere wichtige Pfadabhängigkeit besteht aus Sicht der Autoren dieses Beitrags in der Wachstumsabhängigkeit wichtiger gesellschaftlicher Bereiche und Institutionen. Von daher ist ein viertes Element für die von uns vorgeschlagene Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition konstitutiv: **die Identifizierung und Erschließung von Potenzialen für eine wachstumsunabhängigere Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen und Bereiche**. Dies ist aus unserer Sicht essenziell, auch um die Resilienz wichtiger gesellschaftlicher Systeme zu erhöhen. Entsprechende Maßnahmen sollten umgesetzt werden, sofern sie sich als zielführend und gesellschaftlich akzep-

tabel herausstellen. Hierfür wären entsprechende handlungsfeldbezogene Pilotvorhaben zu konzipieren.

Wäre die Strategie einer stärkeren Wachstumsunabhängigkeit erfolgreich, so würde sich die gesellschaftliche Akzeptanz von umweltpolitisch motivierten Politikmaßnahmen, die sich unter Umständen negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken, potenziell steigen. Entsprechende politische Maßnahmen würden weniger unter »Wachstumsvorbehalt« stehen. Die Spielräume für eine ambitionierte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik würden sich ausweiten.

Gegenwärtig erweisen sich jedoch die **bisher bekannten Ansätze zur Verwirklichung von mehr Wachstumsunabhängigkeit** jedoch als **marginal bezüglich ihrer Wirksamkeit** (vgl. Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. 2018, vgl. Petschow/aus dem Moore/Pissarskoi et al. im Erscheinen). Grundlegende Reformansätze werden, wenn überhaupt, bisher nur in kleinen Teilbereichen der Gesellschaft angedacht und in einer Reihe kleinerer Experimente verfolgt. Eine belastbare Aussage über die Generalisierbarkeit entsprechender Ansätze und deren Potenziale zur Reduzierung der bisher bestehenden Wachstumsabhängigkeit ist gegenwärtig kaum möglich. Angesichts der Ungewissheit über die Erfolgsaussichten der bisher dominant verfolgten Strategie einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen erscheint es jedoch geboten, weiter an der Konzeption und Erprobung von weniger stark vom Wirtschaftswachstum abhängigen Modellen zu arbeiten. Wir sehen in diesem Themenfeld einen erheblichen Forschungsbedarf.

Fazit: Die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition als Plattform des weiteren Diskurses

Die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition stellt einerseits einen integrativen Ansatz dar und liefert andererseits einen übergreifenden Impuls zur weiteren Diskussion um Transformationspfade, gerade auch mit Blick auf den ökonomischen Diskurs. Das Konzept »Wachstumsunabhängigkeit« zielt auf die Veränderung vorherrschender gesellschaftlicher Leitbilder und Pfadabhängigkeiten ab und hat in diesem Sinne das Potenzial, weitreichende Veränderungsprozesse zu bewirken.

Allerdings ist die Zielrichtung, »gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen« letztlich in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu konkretisieren, und wirksame Narrative sind partizipativ zu entwickeln. Wir interpretieren die Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition sowohl in konzeptioneller als auch in praktischer Hinsicht als einen relevanten und wichtigen Baustein einer noch zu konzipierenden, konsistenten und globalen Strategie zur Einhaltung der planetaren Grenzen, der SDGs und der Förderung individueller Lebensqualität und gesellschaftlichen Wohlergehens.

Aus einer Handlungsperspektive kann eine so verstandene Postwachstumsposition auch als Ausgangspunkt bzw. wesentlicher Bestandteil einer übergreifenden, verantwortungsethisch motivierten Resilienzstrategie verstanden werden. Diese würde angesichts der Unsicherheit über zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu einer größeren Robustheit des Transformationsprozesses hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen beitragen.

Literatur

aus dem Moore, N.; Hofmann, D. (2019): Green Growth & beyond: Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition. Download: https://makronom.de/green-growth-beyond-die-vorsorgeorientierte-postwachstumsposi tion-34398 (29.01.2020).

Bindoff, N. L.; Stott, P. A.; AchutaRao, K. M.; Allen, M. R.; Gillett, N.; Gutzler, D.; Hansingo, K.; Hegerl, G. C.; Hu, Y.; Jain, S.; Mokhov, I. I.; Overland, J.; Perlwitz, J.; Sebbari, R.; Zhang, X. (2013): Detection and Attribution of Climate Change: from Global to Regional. In: Stocker, P. F.; D. Qin, G.-K.; Plattner, M.; Tignor, S. K.; Allen, J.; Boschung, A.; Nauels, Y. X.; Bex, V. und Midgley, P. M. (Hg.): Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, 867–952.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018): 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung. Innovationen für die Energiewende. Berlin. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/7-energieforschungsprogramm-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (29.01.2020).

Boulding, K. E. (1966): The Economics of the Coming Spaceship Earth. In: Jarrett, H. (Hg.): Environmental Quality in a Growing Economy, Essays from the Sixth RFF Forum on Environmental Quality. Baltimore, 3–14.

Bowen, A; Hepburn, C. (2014): Green growth: an assessment. In: Oxford Review of Economic Policy 30, 407–422.

Caney, S. (2009): Justice and the distribution of greenhouse gas emissions. In: Journal of Global Ethics 5, 125–146.

Clark, G. (2007): A Farewell to Alms. A Brief Economic History of the World. Princeton.

Daly, H. E. (1991 [1977]): Steady-State Economics. 2. Auflage. Washington DC.

Demaria, F.; Schneider, F.; Sekulova, F.; Martinez-Alier, J. (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: Environmental Values 22 (2), 191–215.

Denzau, A. T.; North, D. C (1994): Shared Mental Models. Ideologies and Institutions. In: Kyklos 47, 3–31.

Enquête-Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«. Deutscher Bundestag Drucksache 17/13300. Bonn.

Fertig, G.; Pfister, U. (2012): When did Germany cease to be Malthusian? The evolution of the preventive and positive checks, 1730–1870. Contribution to the 8th BETA-Workshop in Historical Economics. University of Strasbourg, 11–12 May 2012.

Geels, F. W. (2011): The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 1 (1), 24–40.

Georgescu-Roegen, N. (1987): The Entropy Law and the economic process in retrospect. Berlin. = Schriftenreihe des IÖW 5/87.

Huber, J. (1994): Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz. In: Fritz, P.; Huber, J.; Levi, H. W. (Hg.): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Stuttgart, 31–46.

IPBES – The Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (2019): Summary for policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. S. Díaz; J. Settele; E. S. Brondízio E. S.; H. T. Ngo; M. Guèze; J.

Agard; A. Arneth; P. Balvanera; K. A. Brauman; S. H. M. Butchart; K. M. A. Chan; L. A. Garibaldi; K. Ichii; J. Liu; S. M. Subramanian; G. F. Midgley; P. Miloslavich; Z. Molnár; D. Obura; A. Pfaff; S. Polasky; A. Purvis; J. Razzaque; B. Reyers; R. Roy Chowdhury; Y. J. Shin; I. J. Visseren-Hamakers; K. J. Willis; and C. N. Zayas (eds.). Bonn.

Jacobs, M. (2013): Green Growth. In: Falkner, R. (eds.): Handbook of Global Climate and Environmental Policy. Oxford.

Jakob, M.; Flachsland, C.; Lamb W.; Steckel, J.; Edenhofer, O. (2019): Do we need to put the brake on growth to save the environment? Ongoing.

Kallis, G. (2011): In defence of degrowth. In: Ecological Economics 70 (5), 873–880.

Kern, F.; Rogge, K. S.; Howlett, M. (2019): Policy mixes for sustainability transitions: New approaches and insights through bridging innovation and policy studies. In: Research Policy 48 (10), 103832.

Latouche, S. (2015a): Vom Glück zum BIP – und die Alternative des guten Lebens. Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar 2015, 83–97.

Latouche, S. (2015b): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. Deutsche Erstausgabe. München.

Loske, R. (2015): Politik der Zukunftsfähigkeit: Konturen einer Nachhaltigkeitswende. Frankfurt a. M.

Malthus, T. R. (1803): An Essay on the Principle of Population; or, a view of its past and present effects on human happiness; with an enquiry into our prospects respecting the future removal or mitigation of the evils which it occasions. Second and much enlarged edition. London.

McCloskey, D. (2016): Bourgeois Equality. How Ideas, Not Capital or Institutions, Enriched the World. Chicago.

Meadows, D.; Meadows, D.; Randers, J.; Behrens III, W. W. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck. Stuttgart.

Meyerhoff, J.; Petschow, U. (1996): Nachhaltige Entwicklung als langfristiger Wandlungsprozesse. Konsequenzen für die Wirtschafts- und Umweltpolitik. In: Gerken, L. (Hg.): Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit. Baden-Baden.

Mokyr, J. (2016): A Culture of Growth: The Origins of the Modern Economy. Princeton.

O'Neill, D. W.; Fanning, A. L.; Lamb, W. F.; Steinberger, J. K. (2018): A good life for all within planetary boundaries, Nature Sustainability (1), 88–95.

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2011): Towards Green Growth. Paris.

Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 3. Auflage. München.

Petschow, U.; aus dem Moore, N.; Pissarskoi, E.; Korfhage, T.; Lange, S.; Schoofs, A.; Hofmann, D. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Dessau-Roßlau = UBA Texte 89/2018. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachs tumsposition (29.01.2020).

Petschow, U.; aus dem Moore, N.; Pissarskoi, E.; Bahn-Walkowiak, B.; Ott, H. E.; Hofmann, D.; Lange, S.; Korfhage, T.; Schoofs, A.; Wilts, H.; Best, B.; Benke, J.; Buhl, J.; Galinski, L.; Lucas, R.; Koop, C.; Werland, S.; Berg, H.: Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten. UBA Texte (im Erscheinen).

Rockström, J.; Steffen, W.; Noone, K.; Persson, Å.; Chapin III, F. S.; Lambin, E.; Lenton, T. M.; Scheffer, M.; Folke, C.; Schellnhuber, H.; Nykvist, B.; de Wit, C. A.; Hughes, T.; van der Leeuw, S.; Rodhe, H.; Sörlin, S.: Snyder, P. K.; Costanza, R.; Svedin, U.; Falkenmark, M.; Karlberg, L.; Corell, R. W.; Fabry, V. J.; Hansen, J.; Walker, B.; Liverman, D.; Richardson, K.; Crutzen, P.; Foley, J. A. (2009a): Planetary boundaries: exploring the safe operating space for humanity. In: Ecology and Society 14 (2), art. 32.

Rockström, J.; Steffen, W.; Noone, K.; Persson, A.; Chapin, F. S.; Lambin, E. F.; Lenton, T. M.; Scheffer, M.; Folke, C.; Schellnhuber, H. J.; Nykvist, B.; de Wit, C. A.; Hughes, T.; van der Leeuw, S.; Rodhe, H.; Sorlin, S.; Snyder, P. K.; Costanza, R.; Svedin, U.; Falkenmark, M.; Karlberg, L.; Corell, R. W.; Fabry, V. J.; Hansen, J.; Walker, B.; Liverman, D.; Richardson, K.; Crutzen, P.; Foley, J. A. (2009b): A safe operating space for humanity. In: Nature 461, 472–475.

Schneidewind, U.; Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München.

Schot, J.; Kanger, L. (2018): Deep transitions: Emergence, acceleration, stabilization and directionality. In: Research Policy, 47 (6), 1045–1059.

Steffen, W.; Richardson, K.; Rockstrom, J.; Cornell, S. E.; Fetzer, I.; Bennett; E. M. Biggs, R., Carpenter, S. R.; de Vries, W.; de Wit, C. A.; Folke, C.; Ger-

ten, D.; Heinke, J.; Mace, G. M.; Persson, L. M.; Ramanathan, V.; Reyers, B.; Sörlin, S. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science, 347 (6223): 1259855.

Stiglitz, J.; Sen; A.; Fitoussi, J. P. (2010): Mismeasuring Our Lives. New York.

UNEP – United Nations Environment Programme (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/126GER_synthesis_en.pdf (29.01.2020).

van den Bergh, J. C. J. M. (2011): Environment versus growth – A criticism of »degrowth« and a plea for »a-growth«. In: Ecological Economics 70 (5), 881–890.

van den Bergh, J. C. J. M. (2017): A third option for climate policy within potential limits to growth. In: Nature Climate Change 7, 107–112.

Weltbank (2012): Inclusive Green Growth: The Pathway to Sustainable Development. Washington D. C.

Will, S.; Richardson, K.; Rockström, J.; Cornell, S. E.; Fetzer, I.; Bennett, E. M.; Biggs, R.; Carpenter, S. R.; de Vries, W.; de Wit, C. A.; Folke, C.; Gerten, D.; Heinke, J.; Mace, G. M.; Persson, L. M.; Ramanathan, V.; Reyers, B.; Sörlin, S. (2015) Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science 347, 6223.

Williamson, O. E. (2000): The New Institutional Economics: Taking Stock, Looking Ahead. In: Journal of Economic Literature 38 (3), 595–613.

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.) (2018): Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozial-ethische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien. Kevelaer. = Studien der Sachverständigengruppe »Weltwirtschaft und Weltethik« 21.

Zahrnt, A.; Seidl, I. (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Metropolis.

Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation

Christian Lamker, Viola Schulze Dieckhoff

Stadt- und Raumplanung sitzt auch im 21. Jahrhundert an der elementaren Schnittstelle zwischen staatlicher Macht, privatem Kapital und öffentlicher Meinung (Stein 2019: 12). Planende besetzen eine Schlüsselstellung darin, die räumlichen Bedingungen unserer Gesellschaft zu organisieren. Verantwortungsvolle räumliche Entwicklung bedeutet für alle Planer*innen, in den eigenen Rollenverständnissen die größere Vielfalt und Komplexität der Gesellschaft abzubilden. Die gemeinsame Verantwortung muss durch die mutige Führung von Prozessen kollektiver Raumgestaltung in neue Denk- und Handlungsweisen überführt werden. Drängende Herausforderungen räumlicher Transformation in Richtung von Schlagworten wie »Nachhaltigkeit«, »Klimaschutz«, »Klimaanpassung« und »soziale Gerechtigkeit« können hingegen nicht durch Wachstum der Wirtschaft gelöst werden. Ebenso wenig können diese Probleme in einer wachstumsbasierten Agenda, beispielsweise durch beschleunigte Baulandausweisung oder technologische Lösungen, dauerhaft erfolgreich bearbeitet werden.

Bewegungen wie »Fridays for Future« oder »Extinction Rebellion« heben die langfristig katastrophalen Auswirkungen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Allerdings liefern die Erkenntnisse über den Verlust von Biodiversität, Klimaveränderungen und die negativen Folgen einer Wachstumsorientierung keine sicheren Handlungsoptionen oder eine eindeutige Transformationsstrategie. Die folgenden Abschnitte beginnen damit, die Bedeutung der kollektiven Organisation von Raum zu klären und verantwortungsvolle Planung und die Verantwortung von Planenden darin zu verorten. Im Anschluss darin liegt der Schwerpunkt auf der Frage: In welchen Rollenverständnissen können Planer*innen Prozesse komplexer nachhaltiger Transformation (wieder) anführen? Dieser Beitrag arbeitet aus einer

organisations- und systemtheoretischen Perspektive Grundlagen eines neuen »turn to action« (Lamker/Levin-Keitel 2019: 112) auf und liefert den Ausgangspunkt dafür, welche Rollenverständnisse für eine wachstumsunabhängige Planung vielversprechend sind.

Kollektive Organisation von Raum

In Deutschland und den meisten industrialisierten Ländern herrscht im 21. Jahrhundert absolut gesehen kein Mangel mehr an materiellem Wohlstand, an Wohnraum oder an Ressourcen für alle hier lebenden Menschen. Bekannte Denk- und Verhaltensweisen haben es trotzdem nicht geschafft, innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen eine zufriedenstellende Verteilung zu erreichen oder zu sichern. Wachstumszwänge konstruieren sozial exklusive Knappheiten und sind weiterhin tief in gesellschaftlichen, ökonomischen und planerischen Institutionen verankert, die auf jede einzelne Person wirken (Rosa 2016; Savini 2019: 74–76; Schmelzer/Vetter 2019: 42–68; Stein 2019). Die Stadt- und Raumplanung arbeitet sich dementsprechend daran ab, wie Wachstum und Raum verbunden werden können (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2007; Galland 2012; Rydin 2013; Schulz 2018).

Die Organisation von Raum war immer eine Angelegenheit, die alle Menschen betrifft. Bereits in den 1970er Jahren hat ein Wandel in unserer Vorstellung von Stadt- und Raumplanung begonnen, in welchem Menschen mit ihrem Wissen, ihren Interessen und ihren Meinungen ins Zentrum gerückt wurden. Kommunikation und Partizipation sind etabliertes Vokabular für alle Prozesse räumlicher Planung. Die heutigen Debatten um Postwachstum und Transformation heben nun besonders hervor, dass Organisation und vor allem grundlegende Neudefinition von Raum auch eine aktive Tätigkeit aller Menschen sein kann (beispielsweise Schneidewind 2018). Planung ist der Prozess, mit dem wir kontinuierlich die Gestaltung von Raum über die Zeit hinweg organisieren (van Assche/Buinen/Duineveld 2017: 223; Stein 2019: 13). Begriffe wie »Raumunternehmen«, »Change Agents«, »Prosumenten von Raum« oder »Zukunftskunst« fokussieren darauf, dass jeder Mensch im Raum handelt und dieses Handeln bewusst auf eine (sozialökologische) Transformation ausrichten kann.

Planvolle räumliche Veränderung bekommt damit Zugriff auf vielfältige und umfassende Ressourcen zum aktiven Handeln. Planer*innen werden davon entlastet, alle räumlichen Veränderungen vordenken und umsetzen zu müssen. Sie werden aber damit belastet, in komplexen Netzwerken transformative Veränderungsprozesse mit deren räumlicher Dimension aktiver zu führen. Weiter gedacht bedeutet das aber auch, dass die Organisation des begrenzten Raums einen verstärkten Blick auf das Gemeinsame braucht, an dem sich Handlungen orientieren können und durch das sie geführt werden. Die planungswissenschaftliche Diskussion hat sich spätestens seit Ende der 1990er Jahre intensiv damit beschäftigt, Kommunikation innerhalb von Planungsprozessen zu verbessern und Instrumente zu entwickeln, mit denen alle Menschen auf unterschiedlichen Stufen partizipieren können. Die Grundhaltung von Stadt- und Raumplanung hat sich verändert zu einer koordinierenden, integrierenden und moderierenden Tätigkeit (Innes/Booher 1999: 11; Lamker 2016: 222). Das methodische Repertoire wurde gleichermaßen vielfältig und zunehmend weiter ausgearbeitet. Das Management von Unsicherheit ersetzt die Suche nach dauerhaften Sicherheiten (Abbott 2005). Spätestens mit der Auszeichnung von Elinor Ostrom mit dem Wirtschaftsnobelpreis im Jahr 2012 wird in der räumlichen Planung, neben staatlichen und marktbasierten Lösungen, vermehrt auf die Fähigkeit zur Selbstorganisation der Menschen beim nachhaltigen Ressourcenmanagement gesetzt. Zugleich ist die Kontrolle durch lokale Gemeinschaften selbst eine Herausforderung und die Verlagerung auf gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse allein keine hinreichende Lösung, wenn das zugleich den Rückzug von Planern bedeutet (Stein 2019: 198).

Heute sind wir an einem schwierigen Wendepunkt angekommen. Einerseits ist der Wunsch nach Teilhabe auf allen räumlichen Ebenen vorhanden und verankert. Andererseits trifft dieser Wunsch auf zunehmende soziale und räumliche Unterschiede sowie auf Grenzen der Partizipation und des ökonomischen Wachstums (beispielsweise Hagelüken 2017; Heinrich-Böll-Stiftung 2017). Kommunikative Prozesse laufen folglich in einer Umgebung ab, in der es absolute Grenzen der Entwicklung gibt, die ein Konsens nicht überwinden kann (beispielsweise begrenztes Bauland) – oder nicht überwinden sollte (beispielsweise die Zerstörung von Lebensräumen und Biodiversität). Mit jeder einzelnen Entscheidung kann von diesen Ressourcen etwas unwiderruflich verloren gehen. Wir sehen die kumulativen Folgen

dieser einzelnen – in sich gesehen oft durchaus ausgewogenen – Entscheidungen.

Kollektive Organisation von Raum bedeutet vor allem, einen intergenerativ gerechten Ausgleich zu finden zwischen unterschiedlichen Menschen in einem Raum und zwischen Menschen in unterschiedlichen Räumen – hin zur intergenerationalen und globalen Ebene. Postwachstum mitzudenken, verweist vor allem auf ökologische Belastungsgrenzen (»planetary boundaries«) und die Verwobenheit unserer Handlungen und deren Auswirkungen in globale Prozesse (so bei Brand/Wissen 2017; Raworth 2018; für die Planung vergleichbar der relationale Ansatz planetarer Urbanisierung bei Brenner 2014). Die unbequeme Wahrheit ist: Ohne Entscheidungen, die schnell und eindeutig sind, geht es oft nicht. Komplexität und Unsicherheit sind Kernbestandteil planerischen Handelns und können nicht vollständig oder dauerhaft beseitigt werden (Abbott 2005: 238; Lamker 2016: 3–11). Stadt- und Raumplanung werden analog zum Postwachstumsdiskurs wieder stärker politisiert (Schmelzer/Vetter 2019: 226). Für die kollektive Organisation von Raum brauchen Planer*innen eine Grundlage, mit der sie trotz bleibender Unsicherheit Entscheidungen treffen und weiche wie harte Instrumente nutzen können. Es gibt Entscheidungen, in denen das bisherige Modell ökonomischen Wachstums mit den ökologischen Grenzen und verfügbaren Ressourcen unvereinbar sind, wenn man sie langfristig denkt oder mit anderen Entscheidungen verbindet. Damit rücken die Fragen in den Mittelpunkt: Was können gerechte Entscheidungen unter diesen Bedingungen sein und wie können wir uns eine gerechte Raumentwicklung vorstellen?

Verantwortung von Planenden

Damit stellen sich wichtige Fragen nach der Verantwortung von Planenden, die über einen einzelnen abgegrenzten Raum, einen engen Zeitraum und über lebende Menschen hinausgeht. Es geht um institutionelle, kollektive und individuelle Verantwortung, also um eine Anpassung wesentlicher Regeln unseres Zusammenlebens ebenso wie eigener Handlungsweisen. Globale Veränderungen und lokales Handeln stehen dabei nicht mehr in einem Widerspruch. »Think global, act local« ist nach Rio 1992 und mit vielen lokalen Agenda-21-Prozessen eine neue Qualität des gemeinsamen Handelns in einer ungleichen Welt mit unterschiedlichen Ausgangssituationen. Gemein-

sam Verantwortung übernehmen, heißt demnach auch, die Konsequenzen von Handlungen miteinzubeziehen auf Individuen und Gemeinschaften, die den Entscheidungsträgern selbst unbekannt sind (vgl. Gunder/Hillier 2007). In der Stadtforschung fordert Brenner (2014) dazu auf, die negativen Folgen von Urbanisierungsprozessen bis in die abgelegensten Gegenden der Erde zu denken. Mit »planetary urbanization« bezeichnet er die Vernetztheit globaler Stoffströme, die immer mitgedacht werden müssen. Zuletzt erstreckt sich der Zeithorizont heutiger Entscheidungen intergenerational bis in absehbare und potenzielle zukünftige Generationen.

Es wäre sehr einfach, die Frage nach der Verantwortung von Planenden nur eng aus dem Planungssystem heraus zu beantworten: Verantwortungsvolle Planung innerhalb des etablierten Systems öffentlicher Stadt- und Raumplanung wäre demnach die Erfüllung von Rechten und Pflichten, die durch formelle oder informelle Institutionen auferlegt sind (ähnlich beispielsweise Needham/Buitelaar/Hartmann 2018: 12; vgl. auch Gunder/Hillier 2007: 61). Planer müssen sich an diese formellen oder informellen Institutionen halten und deren Aufgaben und politischen Vorgaben folgen. Der räumliche Bezug der Verantwortung endet an der Grenze der jeweiligen administrativen Zuständigkeit oder den per Auftrag gesetzten Grenzen. Metaphorisch gesagt: Planer*innen sind nur ein unbedeutendes Rad in einem Getriebe, das sich nahtlos in übergeordnete Abläufe einfügt. Diese Perspektive ist für die Arbeit mit hoheitlichen Planungsinstrumenten nachvollziehbar, welche ein hohes Maß an Sicherheit in ihrer Anwendung erfordern. Eine so eng definierte Verantwortung ist aber abgeschlossen gegenüber wichtigen Impulsen aus der Postwachstumsdebatte. Veränderung müsste demnach von denjenigen kommen, die Macht und Verantwortung an Planende delegieren. Von dort könnte eine Veränderung erfolgen, beispielsweise über politische Beschlüsse.

Gesellschaftliche Bewegungen wie »Fridays for Future« fordern heute mehr Kreativität und mehr konkrete Handlungen gerade von etablierten Institutionen ein. Der Appell zum Handeln richtet sich explizit nicht nur an Politiker*innen, sondern an alle öffentlichen Institutionen. Es muss Situationen geben, in denen Verantwortung auch bedeutet, zunächst direkt zu handeln und auf dringliche Probleme schnell zu reagieren. Immer weniger dieser Probleme enden an administrativen Grenzen, und immer weniger Herausforderungen lassen sich in klare Zuständigkeiten fassen.

Für diesen Beitrag wird Verantwortung in der Perspektive erweitert auf die Mikro- und Mesoebene: Auch das kleinste Rad und/oder die kleinste Bewegung kann ein großes System verändern (so auch Ekardt 2017; Stein 2019). Dieses kleine Rad kennt zwar nicht unbedingt alle Auswirkungen, aber sehr gut den eigenen Zustand und die eigenen Handlungsmöglichkeiten. Übertragen heißt das: Die Optionen zur Veränderung des Systems »Planung« können gerade innerhalb des Systems »Planung« erdacht werden. Politiker*innen bleiben die letzte Entscheidungsebene für die Stadtplanung. Die meisten Planungsinstrumente sind aber so komplex, dass sie von ihnen schwer vollständig erfasst oder gar verändert werden können. Planer*innen selbst sind damit diejenigen Personen, die ihre eigene Praxis am besten kennen und unmittelbare Ankerpunkte für Veränderung erkennen und anbieten können. In planerischen Situationen und »Unentscheidbarkeiten« (engl. »undecidability«, siehe Gunder/Hillier 2007: 78–82) liegt die Stärke darin, Verantwortung für die kollektive Entscheidungskapazität zu übernehmen. Gunder und Hillier (2007: 79–84) heben hervor, dass verantwortungsvolle Entscheidungen das Risiko von Fehlern beinhalten. Sie belasten Planer*innen damit mit der Verantwortung, als Individuen zu agieren und eine Verantwortung anzunehmen, die sich vom Befolgen von Regeln (engl. »behaving dutifully«) löst. Verantwortung ist für die Autoren endlos und erstreckt sich räumlich auf die globalen Auswirkungen unseres Handelns, zeitlich bis in potenzielle spätere Generationen und inhaltlich auf die belebte und unbelebte Umwelt. Dieser Aspekt wird beispielsweise in der Kritik an einer westlichen imperialen Lebensweise hervorgehoben (Brand/Wissen 2017). Gunder und Hillier (2007) entlasten aber auch dadurch, dass sie ihren Appell gleichermaßen an alle Planenden richten und dass sie es ausschließen, in komplexen Zusammenhängen immer intentional richtig handeln zu können.

Rollenverständnisse

An der Schnittstelle zur Transformationsforschung beginnen Ansätze damit, räumliche Planung neu zu konzipieren und integrierte Beschreibungs- und Erklärungsansätze bereitzustellen, die den Raum ohne Wachstumsimpulse organisieren und gestalten können (Schneidewind 2018; Schulz 2018; Wittmayer et al. 2017: 49–50). Viele dieser Ansätze stellen heraus, dass es Veränderungsmöglichkeiten gibt und dass es Mut braucht, die ersten Schritte

zu gehen und andere dabei mitzunehmen (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019: 8). Die Debatten in der Planungstheorie greifen zunehmend auf, dass Planer zwar begleiten, managen oder führen können, aber nie einen vollständigen Überblick – d. h. vollständige Sicherheit – erreichen können (beispielsweise Abbott 2005; Lamker 2016). Eine individuelle Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen, braucht Möglichkeiten, über das bereits Bekannte hinauszudenken und die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten – d. h. auch des eigenen Rollenverständnisses – auszuweiten. Greifbare Rollenverständnisse helfen Planerinnen dabei, die eigene Reflexionsfähigkeit zu erhöhen und neue Handlungsmuster in verständliche mentale Abbilder zu fassen. Sie beinhalten die Grundhaltung von Planenden, welche sich zunehmend zu einer aktiven Begleitung von Transformationsprozessen hin zum abstrakten Ziel einer stärkeren Nachhaltigkeit verschiebt (Lamker/Levin-Keitel 2019: 109).

Die Grundlagen des hier verwendeten Rollenbegriffs liegen in der Organisations- und Systemtheorie, in welcher Rollen eine Erwartungshaltung zusammenfassen und damit Stabilität innerhalb komplexer Systeme bieten (Lamker 2016: 93–97). Handeln unter Unsicherheit wird als Normalität gesetzt (Abbott 2005), die aus der Suche nach Handlungsfähigkeit besteht, trotz komplexer Wechselwirkungen und Unentscheidbarkeiten. Die Organisationsforschung hat weniger Probleme damit, Handeln als grundsätzlich unvollständig und temporär anzuerkennen (Schreyögg/Geiger 2015: 13). Die Klarheit über eigene mögliche Rollen und die möglichen Rollen anderer Akteure dient auch dazu, temporäre Stabilität durch zusammenhängende Handlungsmuster zu erreichen, die wechselseitig erwartet werden können (Lamker 2016: 94). Dabei ist grundsätzlich ausgeschlossen, andere Systeme vollständig zu erfassen, zu beschreiben oder gar sicher steuern zu können. Heute vollzieht sich gleichermaßen eine Transformation der Rollenverständnisse von Planer*innen selbst wie eine Unterstützung räumlicher Transformation durch Planer*innen mit passenden Rollenverständnissen (Wittmayer et al. 2017: 53). Die Reflexion von Rollenverständnissen ist gerade dort wichtig, wo sie in konkreten Situationen Halt und Stabilität in dieser Unsicherheit bieten können (Lamker 2019: 204).

Rollenverständnisse werden hier verwendet als ein Werkzeug zum kollektiven Verstehen, Reflektieren, Unterstützen und Organisieren einer Transformation bei nicht auflösbaren Unsicherheiten (Lamker 2019: 201). Rollenverständnisse dienen dazu, innerhalb des Systems »Planung« die Komplexität zu reduzieren, d. h. in verständliche und handhabbare Elemente zu gliedern.

Als komplexe Muster von Verhaltensweisen sind Rollenverständnisse offen für eine Verwendung und Anpassung bis hin zum Rollenspiel und zur Improvisation in unterschiedlichen Kontexten (siehe auch Innes/Booher 1999: 12; Wittmayer et al. 2017: 50). Statt eines einzelnen richtigen Handelns sollten Planer einen flexiblen Werkzeugkasten mit Rollen zur Verfügung haben, mit denen raumbezogenes Handeln getestet werden kann, und zwar bis in die Grundannahmen von Veränderungspotenzial im Sinne von Postwachstumsgedanken. Die hohe Veränderungsdynamik heute bedeutet auch: Eine veränderte Ausbildung zukünftiger Planer*innen ist ebenso wenig ausreichend wie das Vertrauen auf langsame Diffusionsprozesse neuer Diskussionen. Notwendige neue Rollen müssen auch von Personen besetzt werden können, die hier und jetzt planen und verändern möchten.

Die Entkopplung einer strikten Zuordnung von Personen und Rollen schafft eine Brücke zwischen heutiger Realität und möglichen Zukünften. Die Entkopplung zwingt Planer*innen nicht dazu, die eigene Person infrage zu stellen. Vielmehr liegt hier das Angebot, die eigene Rolle im Zusammenspiel mit anderen besser zu verstehen und temporär in andere Rollen »zu schlüpfen«, um eigene Handlungen zu verbessern und die kollektive Reflexions- und Handlungsfähigkeit mit anderen Akteur*innen zu erhöhen (vgl. Innes/Booher 1999; Lamker 2019). Rollenverständnisse helfen im Folgenden dabei, wichtige Verhaltensweisen aus der Postwachstumsdebatte auf die Stadt- und Raumplanung zu übertragen. Sie reichern in ihrer handlungsorientierten Perspektive damit um neue Muster von Verhaltensweisen an und fordern dazu auf, diese neuen Wege verantwortungsvoll zu nutzen.

Postwachstumsimpulse

Der Postwachstumsdiskurs blickt einerseits auf institutionelle Normen und Strukturen, die oft unhinterfragt einer Wachstumslogik folgen (z. B. Rydin 2013; Stein 2019). Er blickt andererseits aber auch auf die individuellen Möglichkeiten jedes/jeder Einzelnen, etwas zu verändern (z. B. Ekardt 2017; Welzer 2013). Das Zusammenwirken von Makro- und Mikroebene des Entscheidens und von globalen und lokalen Prozessen ist der Appell an uns alle. Untersuchungen und Diskussionen um Postwachstum sind noch vergleichsweise jung und zeigen schwarze Flecken (Schmelzer/Vetter 2019: 232–235): die global ökologische Frage der Postwachstumsdebatte als Frage sozialer

Gerechtigkeit und das Verhältnis von Postwachstum und Digitalisierung sowie das Verhältnis von Postwachstum und Geo- und Sicherheitspolitik. Die Stadt- und Raumplanung kann bei ihrer Suche nach Verantwortungsarenen und transformativen Rollen neben ersten eigenen Postwachstumsimpulsen aber auch auf die grundlegende Kritik an bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen aus benachbarten Disziplinen zurückgreifen.

Mit Piketty (2016) bietet die Ökonomie derzeit eine neue Verständnisgrundlage für die Entwicklung und Bedeutung von Wachstum an, die zur Schlussfolgerung kommt, dass dieses Wachstum heute zu extremen nationalen und globalen Ungleichheiten führt. Wachstum ist demnach keine Normalität, sondern ein historischer Ausnahmezustand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Neben analytischen Ansätzen stehen Alternative ökonomische Modelle wie die Postwachstumsökonomie (Paech 2012; Jackson 2017), die Donut-Ökonomie (Raworth 2018), die Gemeinwohlökonomie (Felber 2018) oder die Degrowth-Bewegung (Latouche 2010; Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V./DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften 2017; Kallis 2018). Aufgrund planetarer Grenzen und zugunsten des Gemeinwohls fordern sie unmittelbar eine Veränderung unserer Wirtschaftsweise und unseres Lebensstils ein (beispielsweise mit ökonomischem Fokus bei Felber 2018). Die räumliche Dimension ist in diesen Ansätzen bisher aber noch unterrepräsentiert (Schmid 2019: 9).

In der Soziologie beschreiben kritische Ansätze den »rasenden Stillstand« einer Gesellschaft, die sich in ständiger Beschleunigung befindet, aber das Gute Leben dennoch nicht erreicht (Rosa 2016; Rosa/Henning 2018). Ein großer Wandel ist aber oft auch das Resultat kleiner Anpassungen in unseren eigenen Handlungen. Und so finden sich auch hoffnungsfrohe Botschaften in der Soziologie, welche die Handlungsmöglichkeiten jedes/jeder Einzelnen in den Fokus setzen (Ekardt 2017). Die Psychologie geht der Frage nach, warum der Drang nach Wachstum so tief in unseren Denkmustern verankert ist (Fromm 2009; Welzer 2013; Hunecke 2013), obwohl materielles Haben nur zu kurzfristigen Glücksmomenten, aber nie zu einem Zustand der dauerhaften Zufriedenheit führt. Erich Fromm (2009: 274) kritisiert entsprechend die »Trias von unbegrenzter Produktion, absoluter Freiheit und uneingeschränktem Glück«. Aktuelle Erkenntnisse in der Hirnforschung machen aber Mut für Einzelne wie für Städte und Regionen und verweisen auf individuelle Veränderungs-, Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten bis an das Lebensende (Hüther 2013; 2018).

An ökonomische Gedanken knüpft auch politischer Aktivismus für andere Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle an. Im Jahr 2011 fordert der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine notwendige Große Transformation ein (WBGU 2011). Im Jahr 2013 zeigt die Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« in ihrem Abschlussbericht ebenfalls eine Suche nach Alternativen auf (Deutscher Bundestag 2013). Im Jahr 2014 findet die erste Degrowth-Konferenz in Deutschland statt und wird seitdem jährlich in anderen europäischen Städten durchgeführt. Im Jahr 2018 sucht die europäische Post-Growth-Konferenz auf Initiative von zehn EU-Parlamentarier*innen in Brüssel nach einer zukunftsfähigen Politik und einer nachhaltigen Verbindung von Umwelt, Menschenrechten und einer lebensfähigen Wirtschaft.

Das Jahr 2018 ist schließlich das Geburtsjahr der »Fridays for Future«-Bewegung, die 2019 bis zur Europawahl ein beherrschendes politisches Thema geworden ist. Erstmalig fordern weltweit junge Schüler*innen und Student*innen kollektiv die Politik und die Gesellschaft zum entschiedenen Handeln und Umsteuern im Angesicht der Klimakrise und planetarer Grenzen auf. Diese zivilgesellschaftliche »moralische Revolution« oder »Zukunftskunst« (Schneidewind 2018: 476–479) löst seit dem Ende der 2010er Jahre in vielen Professionen eine Reflexion über die eigene politische Verantwortung und über Möglichkeiten aus und kann ein Ausgangspunkt für politisch-institutionelle, technologische und ökonomische Veränderungen sein. Dennoch schlagen sich die Erkenntnisse in Deutschland nicht in grundlegenden Veränderungen des politischen Handelns nieder.

In der Stadt- und Raumplanung mehren sich Beiträge, die sich kritisch gegenüber der tief liegenden (ökonomischen) Wachstumsorientierung in der eigenen Profession positionieren (Janssen-Jansen et al. 2012; Rydin 2013; Hahne 2017; Schulz 2018; Savini 2019; Stein 2019). Das Wachstumsparadigma durchdringt Planungsinstrumente, Institutionen und Normen und behindert eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Planung. Hier kann der kritische Blick aus einer Postwachstumsperspektive bereichern: Erstens hilft er, diese Wachstumsorientierung auf den verschiedenen Ebenen zu identifizieren zweitens gibt er Anreize, Argumente und Zukunftsbilder für eine Postwachstumskultur zu formulieren und, drittens, motiviert er, einen kritischen Meinungspluralismus produktiv zu nutzen. Auch in Deutschland sieht die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ein Potenzial von Postwachstum, sich zu einem »Paradigma in Wirtschaft, Ge-

sellschaft und Planung« zu entwickeln (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2017: 4). Im Jahr 2019 läutet der Bund Deutscher Architekten (BDA) das überlebensnotwendige Ende des Wachstums ein und führt dies in zehn Postulaten aus (Bund Deutscher Architekten 2019).

Auf der Ebene von Nachbarschaften, Stadtteilen und Städten gibt es bereits einige Beispiele für alternative Praktiken und Kriterien, die potenziell zu neuen Denk- und Lebensweisen führen können. Auf der regionalen Ebene, der Landes- und Bundesebene sowie mit globalem Maßstab sind die Debatten bisher noch weitgehend ein Nischenthema (mit Bezug auf Dänemark sehr prägnant Galland 2012). Die Postwachstumsdiskussion zeigt sich bisher geteilt in konkrete und oft radikale Forderungen an etablierte Institutionen sowie im Fokus auf selbstorganisierte Projekte und Nischen (Schmelzer/Vetter 2019: 217). Rundherum finden sich Forderungen nach neuen (positiven) gesellschaftlichen Visionen, mit denen die Vormachtstellung der Wachstumsorientierung in Wirtschaft, Gesellschaft – und Stadt- und Raumplanung – aufgebrochen werden kann.

Rollenverständnisse einer aktiven Transformation

Die Postwachstumsdebatte kann nicht mit einem einzelnen für Planer*innen in der öffentlichen Verwaltung oder in privaten Planungsbüros geeigneten Rollenverständnis zusammengefasst werden. Im Licht der Forderung nach Meinungspluralismus und kritischer Debatte in weiten Teilen des Felds erscheint das auch gar nicht erstrebenswert. Eine Bandbreite von Rollenverständnissen kann dabei unterstützen, in täglicher Planungspraxis reflexiver und aktiver zu werden angesichts der Herausforderungen und Grenzen, die der Postwachstumsdiskurs aufzeichnet. Die Zusammenführung sozialer, kultureller und ökologischer Fragestellungen in einem breiten Diskurs (so in Schmelzer/Vetter 2019: 15) ist gut anknüpfungsfähig für eine integrierende Planungsperspektive auf Raum. Daher ist es besonders hilfreich, nach Impulsen zu suchen, die in klassischen Definitionen von Stadt- und Raumplanung noch wenig adressiert werden.

Die sechs Thesen einer Postwachstumsplanung von Lamker und Schulze Dieckhoff (2019) zeigen Anforderungen an neue Rollenverständnisse aus Postwachstumsperspektive auf. Neue Rollenverständnisse sollten hierzu eine Brücke zu einer Form von ermutigendem Handeln entwickeln, welche

derzeitige Entwicklungen als bis in die Grundlagen veränderbar ansieht. Kommunikation bis hin zu spielerischen Ansätzen sind dabei essenziell, um in offenen Prozessen Menschen auch in deren persönlicher und emotionaler Dimension ernst zu nehmen (Innes/Booher 1999: 19; ähnlich auch Schneidewind 2018). Rollenverständnisse müssen eine belastbare Kommunikationsbasis, einen unmittelbaren Bezug zu transformativem Handeln und Ankerpunkte beinhalten, die in gemeinsamer geteilter Verantwortung von jeder/jedem einzelnen planenden Akteur*in genutzt werden können. Obwohl sich eine gesellschaftliche Veränderung in vielen Initiativen und Mikropraktiken bereits seit den 1990er Jahren vollzieht, scheint räumliche Planung in diesen Ansätzen zunehmend überfordert. Die Forderungen nach schnellem Bauen und der schnellen Bereitstellung von Flächen treffen auf deutliche Grenzen des Wachstums und die reale Wohnsituation, Mobilitätschancen und Lebensqualität aller Menschen. Die auf allen räumlichen Ebenen wiederauflebende Debatte über Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und gesellschaftliche Spaltung drängt auf eine neue Perspektive (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017; Hagelüken 2017; Terfrüchte 2019). Stehen immer schnellere und immer durchdachtere Lösungen tatsächlich gemeinsam entwickelten Lösungen als Paradox gegenüber? Sind große Veränderungen in kollektiver Entscheidungsfindung unmöglich?

Urban Commons, genossenschaftliche Wege der Stadtentwicklung, bürgerschaftliche Quartierskonzepte und raumbezogene Vereine verändern bereits Nachbarschaften und Stadtteile (Schneidewind 2018: 301–475). Sie lassen sich in ihrem Vorgehen dabei durchaus mit planerischem Vokabular beschreiben, sehen ihren Fokus aber im unmittelbaren Handeln, in kollektiven Organisationsformen und konkreten Verbesserungen ihrer eigenen räumlichen Lebensumwelt. Zusätzlich spannt sich ein neuer Generationenkonflikt auf: Auf der einen Seite zeigen Studiengänge, Konferenzen und Initiativen bei jungen Menschen vieler Disziplinen ein großes Interesse an Stadt- und Raumplanung. Auf der anderen Seite stehen aber auch Probleme der Repräsentation jüngerer Generationen in demokratischen Gremien. In der öffentlichen Debatte stoßen Wahrnehmung und Wertschätzung der Forderungen nach Veränderung – beispielsweise sichtbar an der »Fridays for Future«-Bewegung – bei etablierten Planungsakteuren in Wissenschaft und Praxis auf eine Mischung aus Unsicherheit bis hin zu Ablehnung. Die langfristigen Ziele sind durchaus anerkannt, beispielsweise mit der Überführung der Sustainable Development Goals auf alle Politikebenen (Bundes-

regierung 2018). Schwer fällt allerdings, die dafür notwendigen Schritte mutig anzugehen und einen Durchbruch mit innovativen Lösungen und neuen Institutionalisierungen zu schaffen (Schneidewind 2018: 30). Ein Teil des Postwachstumsdiskurses stellt die Art der Organisation unserer modernen Gesellschaften grundsätzlich infrage, während andere Diskursteile wiederum ihren Appell aktiv an die bestehenden Institutionen richten (so etwa auch »Fridays for Future«). Postwachstum fordert eine stärkere Politisierung gesellschaftlicher und damit auch räumlicher Fragestellungen heraus (Schmelzer/Vetter 2019: 226).

Im Rahmen eines breiteren »turn to action« in der Raum- und Planungswissenschaft (Lamker/Levin-Keitel 2019: 112) sollten gerade Rollenverständnisse weiterentwickelt werden, die Inspiration und Motivation für Veränderung anbieten können. Die etablierten Rollen als Moderator*in oder Koordinator*in raumbezogener Prozesse eröffnen bisher nicht das notwendige Fenster in einen umfassenderen und politischeren Veränderungsprozess. Sie zeigen sich zu passiv und zu konservativ darin, eine neue Perspektive einzubringen und dafür zu motivieren. Postwachstum in Stadt- und Raumplanung zu integrieren, benötigt aber gerade solche Rollenverständnisse, die handlungsbezogen sind und für eine positive Vorstellung einer wachstumsunabhängigen Welt begeistern können (Lamker/Schulze Dieckhoff 2019: 8). Die besondere Fähigkeit von Stadt- und Raumplanung als Disziplin ist es, mit wechselnden Rollenverständnissen immer wieder die Verbindungen zwischen Menschen und der Gestaltung von Raum herzustellen und alternative Zukünfte vorzudenken (Lamker 2016: 323).

Eine offene Prozessführung ist wichtig, um die integrative und langfristige Perspektive mit mutigem Handeln zu verknüpfen. Planer*innen sollten sich selbst ebenfalls zutrauen (und von anderen den Spielraum erhalten), Vorstellungen bis zu radikalen Alternativen zu entwickeln und in der Diskussion anzubieten. Als Inspirator*in, Motivator*in und Anführer*in können Planende dazu beitragen, eine Beziehung zwischen konkreten Vorschlägen an etablierte Institutionen und der Hoffnung auf selbstorganisierende Kräfte in der Zivilgesellschaft herstellen und diese doppelte (oder geteilte) Transformationsstrategie unterstützen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die lange Tradition von Stadt- und Raumplanung in Deutschland und Mitteleuropa viele wertvolle Ideen und Instrumente hervorgebracht hat, die auch für veränderte Ziele und Erfolgskriterien eingesetzt werden können.

Ausblick

Die größte Herausforderung besteht darin, Raumentwicklung zeitgleich kollektiv zu organisieren und aus ihrer Wachstumsorientierung zu lösen. Planer*innen können mit ihrem Überblick über Wirkungsweisen und Zusammenhänge im Raum viel dazu beitragen, scheinbar gesetzte Annahmen zu hinterfragen. Sie können die Auswirkungen einzelner Entscheidungen in ihrer langfristigen Perspektive und vor dem Hintergrund der Vielfalt von Auswirkungen unserer Raumnutzungen reflektieren. Und sie können mit Unterstützung eines verbreiterten Repertoires an Rollenverständnissen eine aktive und anführende Rolle für eine wachstumsunabhängige räumliche Veränderung einnehmen. Sie sollten nicht in einen Kreislauf des Vermeidens kritischer Diskussionen eintreten, sondern aktiv Verantwortung innerhalb des eigenen Bereichs übernehmen und diese Verantwortung in kollektives Handeln mit anderen Akteur*innen überführen. Die Postwachstumsdebatte schärft zudem den Blick dafür, dass zugleich strukturelle gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind, wenn die Abhängigkeit von Wachstum überwunden werden soll (Schmelzer/Vetter 2019: 26). Es geht damit nicht darum, ob sich zuerst die Rahmenbedingungen oder zuerst das eigene Handeln verändern müssen. Beides ist eng miteinander verbunden und nur grundlegend veränderbar, wenn gleichzeitig von unterschiedlichen Akteursgruppen in neuen Rollenverständnissen gemeinsam gehandelt wird (im Sinne des Transformationsmodells bei Schneidewind 2018: 477; siehe auch Kristof 2017: 169–171).

Prozesse nachhaltiger Transformation zu führen, bedeutet auch für Planende, sich verantwortungsvoll und aktiv einzubringen. Postwachstum mit Stadt- und Raumplanung zu verbinden, heißt, das gemeinsame und mutige Handeln weiter in den Mittelpunkt zu stellen. Ökologische Grenzen und gesellschaftliche Bewegungen fordern vor allem dazu auf, schnell und dynamisch zu agieren. Planer*innen sind in ihrem Rollenverständnis zukünftig auch Inspirator*innen und Motivator*innen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, die bestehenden Ansätze zusammenzuführen, in den kreativen Diskurs zu treten und gemeinsam auch diejenigen Schritte anzugehen, die zunächst kaum möglich scheinen.

Raumorganisation ist ein kollektives Anliegen, in dem Planende gerade aufgrund der Komplexität und Dynamik eine Schlüsselstellung einnehmen können. Damit werden sie auch zum/zur Anführer*in für räumliche

Rahmenbedingungen einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft. Gesellschaftlich und politisch müssen dafür zugleich geeignete Rahmenbedingungen hergestellt werden, um mit kollektivem Handeln dauerhaft wirken zu können. Auf dieser Basis kann sich ein Nährboden bilden, der neue Rollenverständnisse einer wachstumsunabhängigen Postwachstumsplanung entstehen, wachsen und in Aktion treten lässt.

Literatur

Abbott, J. (2005): Understanding and Managing the Unknown: The Nature of Uncertainty in Planning. In: Journal of Planning Education and Research 24, 237–251.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2017): Forschungskonzept 2017–2022. Hannover.

Brand, U.; Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München.

Brenner, N. (Hg.) (2014): Implosions/Explosions. Towards a Study of Planetary Urbanization. Berlin.

Bund Deutscher Architekten (BDA) (2019): Das Haus der Erde. Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land. Auf dem 15. BDA-Tag am 25. Mai 2019 in Halle/Saale. Berlin. https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2019/04/20190819_DasHausDerErde_Monitor.pdf (10.12.2019).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Vorlage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages. Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2007): LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. Leipzig. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf (24.02.2020).

Bundesregierung (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Berlin.

Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquête-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«. Berlin.

Ekardt, F. (2017): Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution, München.

Felber, Ch. (2018): Gemeinwohl-Ökonomie. München.

Fromm, E. (2009): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München. = Dtv. Band 34234.

Galland, D. (2012): Is Regional Planning Dead or Just Coping? The Transformation of a State Sociospatial Project into Growth-Oriented Strategies. In: Environment and Planning C: Government and Policy 30, 536–552.

Gunder, M.; Hillier, J. (2007): Problematising responsibility in planning theory and practice: On seeing the middle of the string? In: Progress in Planning 68, 57–96.

Hagelüken, A. (2017): Das gespaltene Land. Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört – und was die Politik ändern muss. München. = Knaur Klartext Band 78895.

Hahne, U. (2017): Die Region in der Postwachstumsdebatte, in: Knieling, J. (Hg.): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Ergebnisse des Interdisziplinären Doktorandenkollegs Dokonara. München, 49–64.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2017): Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Berlin. = Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 21.

Hunecke, M. (2013): Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften. München.

Hüther, G. (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg.

Hüther, G. (2018): Würde. Was uns stark macht – als Einzelne und als Gesellschaft. München.

Innes, J.; Booher, D. (1999): Consensus Building as Role Playing and Bricolage. Toward a Theory of Collaborative Planning. In: Journal of the American Planning Association 65, 9–26.

Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, München.

Janssen-Jansen, L.; Lloyd, G.; Peel, D.; van der Krabben, E. (2012): Planning in an environment without growth. Invited essay for the Raad voor de leefomgeving en infrastructuur (Rli). Wageningen.

Kallis, G. (2018): Degrowth (= The economy, key ideas), Newcastle.

Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V./DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München.

Kristof, K. (2017): Change Agents in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. In: Reinermann, J.-L./Behr, F. (Hg.): Die Experimentalstadt. Kreativität und die kulturelle Dimension der Nachhaltigen Entwicklung. Wiesbaden, 165–179.

Lamker, Chr. (2016): Unsicherheit und Komplexität in Planungsprozessen. Planungstheoretische Perspektiven auf Regionalplanung und Klimaanpassung. Lemgo. = Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung Band 6.

Lamker, Chr. (2019): Planning in uncharted waters: spatial transformations, planning transitions and role-reflexive planning. In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 77, 199–211.

Lamker, Chr.; Levin-Keitel, M. (2019): Planung im Wandel – von Rollenverständnissen und Selbstbildern. Editorial. In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning 77, 107–113.

Lamker, Chr.; Schulze Dieckhoff, V. (2019): Sechs Thesen einer Postwachstumsplanung. FRU-Preis 2019, Sonderpreis. Dortmund. www.postwachstumsplanung.de (06.07.2019).

Latouche, S. (2010): Degrowth. Editorial. In: Journal of Cleaner Production 18, 519–522.

Needham, B.; Buitelaar, E.; Hartmann, T. (2018): Planning, Law and Economics. The Rules We Make for Using Land (= The RTPI library series), New York.

Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.

Piketty, T. (2016): Das Kapital im 21. Jahrhundert (= Band 6236). München.

Raworth, K. (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München.

Rosa, H. (2016): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a. M. = Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft Band 1760.

Rosa, H.; Henning, Ch. (2018): Good life beyond growth. An introduction. In: Rosa, H.; Henning, Ch. (Hg.): The good life beyond growth. New perspectives. London, New York, 1–14.

Rydin, Y. (2013): Future of planning. Beyond growth dependence. Bristol.

Savini, F. (2019): Responsibility, polity, value: The (un)changing norms of planning practices. In: Planning Theory 18, 58–81.

Schmelzer, M.; Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung (= Zur Einführung), Hamburg.

Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. In: Geography Compass 13, 1–15.

Schneidewind, U. (2018): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt a. M. = Fischer Taschenbücher Band 70259.

Schreyögg, G.; Geiger, D. (2015): Organisation. Grundlagen moderner Organisationsgestaltung. Mit Fallstudien. Wiesbaden.

Schulz, Ch. (2018): Postwachstum in den Raumwissenschaften. In: ARL Nachrichten 47, 11–14.

Stein, S. (2019): Capital city. Gentrification and the real estate state (= The Jacobin series). London, New York.

Terfrüchte, T. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Raumordnung und Regionalpolitik. In: Wirtschaftsdienst 99, 24–30.

van Assche, K.; Beunen, R.; Duineveld, M. (2017): Witchcraft, oracle, and magic in the kingdom of planning. A reflection on planning theory and practice inspired by Ernest Alexander. In: Planning Theory 16, 223–226.

Welzer, H. (Hg.) (2013): Wege aus der Wachstumsgesellschaft (= Fischer, Band 19616). Frankfurt a. M.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.

Wittmayer, J.; Avelino, F.; van Steenbergen, F.; Loorbach, D. (2017): Actor roles in transition. Insights from sociological perspectives. In: Environmental Innovation and Societal Transitions 24, 45–56.

Das Bauhaus als Transformationsgestalter
Postwachstumsansätze in Ostdeutschland nach der Wende – zwischen falschem Wachstum und ungewolltem Nichtwachstum

Heike Brückner

In den Umbrüchen nach der Wende in Ostdeutschland entstanden Räume und Initiativen, die alternative Ansätze einer nachhaltigen und eigenständigen Regionalentwicklung auf den Weg brachten: Postwachstumsinitiativen, die nur noch nicht so hießen. Vieles wurde erprobt, was heute als Postwachstumsansatz diskutiert wird. Das Bauhaus in Dessau hat sich seit den 1990er Jahren als eine Institution erwiesen, die mit gestalterischen und kulturellen Mitteln wichtige Impulse in diesen Transformationsprozess hineingegeben hat. Als Thinktank und Gestaltungsinstitution wurde Wissen zu aktuellen Fragen einer »anderen Moderne« akkumuliert, wurden Bilder und Erzählungen des Wandels produziert und mit ganz konkreten Interventionen reale Veränderungen herbeigeführt. In einer – rückblickend – erstaunlichen Kontinuität wurden Prozesse von Veränderung im Sinne des Postwachstumsansatzes gestaltet, die beispielgebend sind für andere Städte, Landschaften und Regionen. Dies zu reflektieren und daraus einen Ausblick zu wagen, welche Rahmenbedingungen, (Planungs-)Instrumente und Infrastrukturen die Herausbildung einer Postwachstumsökonomie unterstützen können, soll in diesem Beitrag und am Beispiel einer ostdeutschen Region geschehen, der Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld.

Bauhaus und Postwachstum

Mitten in den Wendewochen im Herbst 1989 startete das Bauhaus in Dessau ein Projekt, das unter dem Namen »Industrielles Gartenreich« Ansätze einer Postwachstumsökonomie verfolgte. Nur damals hieß es noch nicht so, und es gab diesen Begriff noch nicht. Damals ging es um ein Konzept für eine Regionalerneuerung, welche die endogenen Potenziale der Region heben und nutzbar machen wollte und dem Anspruch der Nachhaltigkeit folgte. Ziel war eine »Ökologische Modellregion«, und zwar vor der Haustür des Bauhauses, im Städtedreieck Dessau-Wittenberg-Bitterfeld.

Im sogenannten »Walter-Gropius-Seminar« wurde diese Idee geboren. Das Gropiusseminar begann am 4. November 1989, dem Tag der Kundgebung auf dem »Alex«, und endete mit dem Mauerfall am 9. November 1989 – angesichts der rasanten Umbrüche stiegen die Hoffnungen auf eine Erneuerung der Region, mit der zugleich die katastrophalen ökologischen Zustände beendet werden konnten, mit der man sich um das kulturelle Erbe kümmerte, die Innenstädte nicht weiter verfallen ließ und mit Architektur, Landschaftsgestaltung und Stadtplanung eine lebenswerte Umwelt gestaltete.

Der Begriff des »Industriellen Gartenreichs« brachte zwei historische Reformansätze der Region gedanklich und räumlich zusammen: das Gartenreich der Aufklärung und die Moderne mit Bauhaus und Industriekultur. Aus der Beschäftigung mit diesem Reformerbe entstand ein Denkraum, in welchem Ansätze für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen des zu Ende gehenden Industriezeitalters erarbeitet werden konnten. Die »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome (1972) und der Brundtland-Bericht »Unsere gemeinsame Zukunft« (1987) wurden auch in der DDR gelesen (1988 vom Staatsverlag der DDR als Buch herausgegeben) und bildeten die Folie für den auf Nachhaltigkeit und ökologische Verbesserung zielenden Modellansatz.

Die Analogie zum Reformanspruch des historischen Bauhauses, das in einer Umbruchsituation nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, war schnell hergestellt: Mit dem Ende der DDR wurde wieder eine »historische Umbruchsituation« ausgemacht, die Reformen verlangt und Reformen möglich machen sollte.

Ja, Sie haben richtig gelesen: Das Konzept für dieses Programm einer eigenständigen – nachhaltigen – Regionalentwicklung wurde am Bauhaus Dessau entworfen. Das Bauhaus existierte seit Mitte der 1980er Jahre wie-

der als Gestaltungsinstitution, als »Zentrum für Gestaltung«, wie es offiziell hieß. Tastend suchte man in der Anfangszeit nach Gestaltungsräumen, um mit planerischen und gestalterischen Lösungen auf Veränderungen hinzuwirken – trotz der politischen Vorgaben, wie dem Wohnungsbauprogramm der DDR, aber auch den Dilemmata wie dem Verfall der Innenstädte, den katastrophalen Umweltproblemen und einer ineffizienten Wirtschaft. Von Designworkshops über Architekturprojekte, die sich mit Verbesserungen des industriellen Wohnungsbaus beschäftigten, bis zu städtebaulichen Themen wurden konkrete Gestaltungsfragen der DDR-Gesellschaft verhandelt.

Und – auch das sei erwähnt – seit 1987 gab es wieder Student*innen am Bauhaus, die von den Hochschulen mit gestaltenden Disziplinen (Weimar, Berlin, Halle, Dresden) ans Bauhaus »delegiert« wurden und in die neuen Gestaltungsprojekte des Bauhauses einbezogen waren.

Dieses Selbstverständnis des »neuen« Bauhauses, sich als Thinktank für Zukunftsfragen zu sehen, fand Eingang in das Gesetz zur Stiftungsgründung im Jahr 1994. Dort werden neben der Pflege des kulturellen Erbes und Bildungsaufgaben auch »Gestaltungsbeiträge für die heutige Lebensumwelt« als Stiftungsziel genannt.[1] Entsprechend dieser drei Stiftungsziele gibt es drei Abteilungen: die Sammlung, die Akademie und die Werkstatt. Die Arbeitsweise in Akademie und Werkstatt war von Anfang an interdisziplinär angelegt und vereinte Leute aus Architektur, Städtebau, Landschafts- und Regionalplanung, Soziologie im Verbund mit Kulturwissenschaftler*innen, Kunsthistoriker*innen, Künstler*innen.

Was würde Gropius, was würden die Bauhäusler*innen heute tun, war eine beliebte rhetorische Frage, um über die aktuellen Gestaltungsaufgaben in die Diskussion zu kommen. War das Bauhaus in den 1920er Jahren in eine wachsende, aufstrebende Industriestadt gekommen mit neuen Aufgaben beim Siedlungsbau, im seriellen Design und in der Stadtentwicklung, ist es in der Gegenwart mit den Herausforderungen des postindustriellen Wandels konfrontiert. So wie das historische Bauhaus Beiträge zur Veränderung der Gesellschaft in der Hoch-Zeit der Industrialisierung geleistet hat, ist es in der heutigen Zeit aufgerufen, Beiträge zu bringen, wie mit den Problemen am Ende der Industrialisierung umzugehen ist. Mit sogenannten »Langzeitprojekten«, die jeweils etwa auf zehn Jahre angelegt waren, wurden seit 1989

1 Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau vom 9. Februar 1994. In: GVBl LSA Nr. 8/1994.

Themen bearbeitet, die aktuelle und brisante Aufgaben sowie Diskurse aufgriffen – und damit immer auch hochpolitisch waren.

- »Industrielles Gartenreich« (1989–1999)
  Projekte für eine nachhaltige und eigenständige Regionalentwicklung in der Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld
- »IBA Stadtumbau 2010« (2002–2010)
  Forschung, Expertisen und Praxiserfahrungen für Planung ohne Wachstum
- »Postfossile Raumgestaltung« (2010–2014)
  Szenarien und Experimente zu Stadt, Klima, Landschaft mit den Modellprojekten: Energielandschaften 3.0/Aktive Mobilität/»Produktive StadtLandschaften«

Mit dem Blick zurück – und aus der Perspektive des Postwachstumsdiskurses heraus – kann man sagen: In allen drei Projektphasen wurden wachstumskritische Positionen bezogen und Strategien für alternative räumliche Entwicklungspfade jenseits des Wachstums herausgearbeitet. Es wurden Perspektiven für eine räumliche Entwicklung aufgemacht, welche auf Nachhaltigkeit, Regionalität und einen neuen Arbeitsbegriff setzte, bei welchem wiederum Selbstverwirklichung, Kreativität und Schöpfertum genauso wichtig waren wie Produktivität und Sicherung des Lebensunterhalts.

Wichtig war dabei von Anfang an, nicht nur in Konzepten und Szenarien zu denken, sondern mit konkreten Projekten sichtbar zu machen – zu erproben –, wie es anders gehen kann, also Suchprozesse anzustoßen und sich auf eine gemeinsame Lösungssuche zu begeben, dabei konkrete Projekterfahrungen zu sammeln, damit es für den einzelnen Menschen nachvollziehbar wird, den abstrakten Kanon verlässt und die eigene Lebenswelt berührt. Menschen, die auf diese Weise einbezogen sind, werden selber zum Akteur und zur Akteurin.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Institutionenbildung, sprich die Institutionalisierung neuer räumlicher Akteure. Wer verhandelt welche Ziele und wie? Die alten Institutionen taugen nicht für das Aushandeln künftiger Ziele. Mit Planungswerkstätten, Chartas, einem Ufervertrag für »die Goitzsche«, (Regional-)Foren, einem »Wassereinzugsgebietsmeister« oder zeitlich begrenzten Beiräten wurde ein ganzes Spektrum an »Aushandlungsgremien« entwickelt und praktiziert (zum Weiterlesen siehe Scurrell 2002).

Zwischenfazit

War es beim »Industriellen Gartenreich« die Transformation der altindustriellen REGION zwischen Dessau-Wittenberg-Bitterfeld, die den räumlichen Rahmen stellte, wurde im Rahmen der »IBA Stadtumbau 2010« die Transformation der STADT vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in den Blick genommen. Die Szenarien einer postfossilen Raumentwicklung schließlich folgten der These von einem neuen STADT-LAND-Gefüge, in dem neue Raumbeziehungen hergestellt werden, mit mehr Dezentralität, Regionalität und Selbstermächtigung von Akteuren.

Postwachstumsansätze in den einzelnen Projektphasen

Das Bauhaus-Projekt »Industrielles Gartenreich«
Für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

»Industrielles Gartenreich« und »Umwelt-Expo 2000« → Planung für eine nachhaltige Regionalentwicklung, Entwicklung und Erprobung von Methoden und Instrumenten einer eigenständigen Regionalentwicklung

Wachstum vs. Deindustrialisierung

Wenn man zu Beginn der 1990er Jahre als Planer*in über Nichtwachstum, eigenständige Regionalentwicklung und Nachhaltigkeit zu sprechen begann, stand man schnell im Abseits. Überall boomte es, Wachstum überall wurde gefordert (und gefördert!), schnelles Wachstum zudem. Vieles ist in dieser Zeit entstanden, worüber wir zwar auch froh sein können (Stichworte »Städtebaulicher Denkmalschutz« und »Sanierung der Innenstädte«), aber der »Aufbau Ost« trieb auch merkwürdige Blüten: riesige Gewerbegebiete und Einkaufszentren in den Peripherien und Speckgürteln der Städte, eine gigantische Suburbanisierungswelle, die mit dem Bau von neuen Wohnparks am Rande der Stadt einherging, der exorbitante Ausbau von Verkehrsinfrastruktur als Wirtschaftsförderungsmaßnahme, die Ausweisung – steuerlich geförderter – Einfamilienhausgebiete in den Peripherien, der Neubau von Spaßbädern, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäusern jenseits jeglichen Bedarfs. Die Folgen kommen uns, nur wenige Jahre nach dieser Phase falschen Wachstums, mancherorts sehr teuer zu stehen. Ein extremes Beispiel: das Außerkraftsetzen von Planungsgesetzen, z. B. wenn in potenziellen

Überschwemmungsgebieten gebaut werden durfte, und wenn Siedlungen, die dort entstanden sind, heute schon wieder zurückgebaut werden müssen.

Diesem falschen Wachstum stand eine flächendeckende Deindustrialisierung gegenüber, die zugleich mit neuen ökologischen Fehlentwicklungen einherging. Statt in den Bestand zu investieren – und ihn damit zu sichern –, wurden sogar oftmals Vorgaben aus Naturschutz und Denkmalschutz ausgehebelt. Viele der neuen Investitionen führten zu Neuversiegelungen, Eingriffen in den natürlichen Wasserhaushalt und neuen Umweltschädigungen. Mit »Investitionserleichterungsgesetzen« beispielsweise wurden diese Maßnahmen politisch flankiert.

Im beruflichen Alltag hieß »Planen« dann vor allem erst einmal, Allianzen zu knüpfen, um gegen die Zerstörung von Landschaft oder baulichem Erbe zu kämpfen, Widerstand zu organisieren und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Schnell war klar, dass mit den klassischen Planungsinstrumenten wie Flächennutzungsplänen oder Landschaftsrahmenplänen dem Druck von »falschen« Investitionen nicht zu begegnen war.

Angesichts des massiven Abbaus an Arbeitsplätzen und der Erkenntnis, dass es diese arbeitsintensiven Industrien in der Zukunft nicht mehr geben wird, war es wichtig und notwendig, dass eine Institution wie das Bauhaus auch über »Neue Arbeit« und neue Arbeitsplätze in einer deindustrialisierten Gesellschaft mit all den damit verbundenen Fragen nachgedacht und neue Sichtweisen und Konzepte entwickelt hat. In Entwicklungs- und Bildungswerkstätten wurde an neuen beruflichen Perspektiven und neuen Berufsbildern für eine »Ökonomie der Nachhaltigkeit« gearbeitet, in der neben der Erwerbsarbeit auch Eigen- und Gemeinwesenarbeit einen gleichberechtigten Stellenwert besitzen.

Beschäftigungszahlen der Filmfabrik Wolfen

31.12.1989	15.380
31.12.1990	11.500
01.11.1991	7.050
01.11.1992	3.796
01.11.1993	1.300
01.01.1994	964
01.09.1994	799

Quelle: Stein 1996: 190

Abb. 1: Protestdemonstrationen gegen die Stilllegung des Dessauer Waggonbau



Quelle: Jänicke, K.-D., Lokalanzeige Dessau vom 24.12.1994, IN: Stein, M. (1996): 193



Abb. 2:
Ausrangierter Bagger

Quelle: Stiftung Bauhaus Dessau, Archiv Industrielles Gartenreich, 1992

Abb. 3 Wunden in der Landschaft, Braunkohletagebau Goitzsche



Quelle: Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau, 1995

Wie können an den Resten und Spuren einstiger industrieller Nutzung neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden? Folgende Themen bildeten die programmatischen Eckpfeiler des Projekts »Industrielles Gartenreich«:

- »Neue Arbeit«
- eine ökologische Reparatur der Wunden, die die Industriegesellschaft hinterlassen hat
- die Wiedereinstellung ökologischer Kreisläufe
- der Umgang mit dem industriellen Erbe
- eine andere Ökonomie, die sich an Suffizienz orientiert

Was ist entstanden und wie wirkt es fort

16 Projekte sind im Zeitraum von 1989 bis 1999 entstanden, die als Versuchsfelder einer solchen nachhaltigen Regionalentwicklung angelegt waren: große und kleine, investive und kulturelle, bauliche und ideelle, spektakuläre und weniger aufregende Projekte. Vieles ist sichtbar geworden und hat eine eigene Dynamik bekommen, manches musste auf Eis gelegt werden und harrt der Wiederaufnahme. Vieles ist erfolgreich und wird heute als gelun-

gene Transformation gefeiert: die Baggerstadt FERROPOLIS, auch die Sanierung des Tagebaus Goitzsche.

Weniger bekannt ist, dass die denkmalgerechte Sanierung der Werkssiedlung in Wittenberg-Piesteritz schon sehr früh mit einem Konzept für eine »autofreie Siedlung« einherging (und bis heute funktioniert). Oder dass es weitreichende Pläne dafür gab, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich nicht nur als Touristenattraktion zu sehen, sondern von hier wieder Impulse für eine ökologische Landwirtschaftsreform ausgehen zu lassen. Oder dass in Sachsen-Anhalt schon sehr frühzeitig Vorrangzonen für Windenergie ausgewiesen wurden, um Perspektiven einer Versorgung mit erneuerbaren Energien nach dem Ende der Kohlekraftwerke aufzuzeigen. Der erste Windpark wurde 1999 in einer Sichtachse zum Braunkohlekraftwerk Zschornewitz errichtet und geht mit auf das Engagement des Bauhauses für neue Wirtschaftsfelder nach der Kohle zurück.

Ziele wie ein langsam zu rekultivierender Tagebau ohne künstliches Fluten mit Flusswasser oder ein ökologischer Hochwasserschutz im Flusssystem von Elbe und Mulde konnten zwar politisch nicht durchgesetzt werden, stehen aber nach wie vor ganz oben auf der Agenda einer postwachstumsgeprägten Regionalentwicklung.

Im Jahr 1995 wurde das »Industrielle Gartenreich« als Korrespondenzstandort zur »Umwelt-Expo 2000« in Hannover aufgenommen. Das hat der Projektentwicklung einen deutlichen Schub gegeben – und überregionale Anerkennung gebracht. Mit den Ressourcen einer EXPO GmbH konnten viele Projekte professionell und mit Fördergeld realisiert werden.

Dabei wurde – auch das muss man sagen – manche Entwicklung, manches Projekt, das auf Behutsamkeit und eine langsame Wiederinkulturnahme ausgerichtet war, sehr schnell zum Event-Ort verwandelt und steht damit dem ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken eher entgegen.

»IBA Stadtumbau 2010«
Less is more – Less is Future

Internationale Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010: Nichtwachstum planen. Forschung, Expertisen und Praxiserfahrungen für Planung ohne Wachstum (u. a. Forschungsprojekt »Shrinking Cities«, IBA-Ausstellung »Weniger ist Zukunft«)

Nachdem in den 1990er Jahren ganze Landstriche durch den Zusammenbruch der alten Industrien deutlich sichtbar brachgefallen waren, schwappte Anfang der 2000er Jahre das Problem von Leerstand und Schrumpfung in die Städte hinein. Das Warnen der Planer*innen, dass mit dem – (steuerlich) geförderten – Neubau von Büro-, Wohn- und Geschäftshäusern, Einfamilienhaussiedlungen und Einkaufszentren ein Überhang an Wohn- und Gewerbeflächen geschaffen wird, für den es auf Dauer keinen Bedarf gibt und damit neue Probleme vorbestimmt sind, wurde bis dahin ignoriert.

Erst als die Wohnungswirtschaft unter Druck geriet und selbst wiederum Druck auf die Politik ausübte, kam es zu einer Veränderung. Es wurde eine Expertenkommission »Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern« (bekannt auch als »Lehmann-Grube-Kommission«) einberufen. Sie prognostizierte einen Überhang von über einer Million leer stehender Wohnungen in Ostdeutschland. Die Politik reagierte und legte ein Förderprogramm auf, das »Bundesprogramm Stadtumbau Ost«.

Auf Initiative der »Stiftung Bauhaus Dessau« entschloss sich die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, eine »Internationale Bauausstellung (IBA)« zum Thema Stadtumbau durchzuführen. Grundlage bildeten Untersuchungen und Studien der Werkstatt am Bauhaus, die das Thema Schrumpfung nicht als reines Abrissprogramm behandelten, um den Wohnungsmarkt zu bereinigen, sondern darin eine Chance sahen, den Paradigmenwechsel im Städtebau und in der Stadtentwicklung zu vollziehen, wenn es um mehr Nachhaltigkeit und weniger Ressourcenverbrauch geht.

Wie geht eine Planung ohne Wachstum? Welcher Instrumente und Methoden muss sich Planung bedienen, und welche Raummodelle hat das zur Konsequenz?

Mit der Gegenüberstellung von »Motorboot« und »Segelboot« wurde dafür ein eindrückliches Bild gefunden: Das »Motorboot« symbolisiert das alte System des ungebremsten, stetigen Wachstums. Mit dem Außenborder – also mit Investitionen von außen – kann ich jedes beliebige Ziel erreichen

und ich kann den Kurs dabei sehr eigenständig und zielgenau bestimmen. Wenn Investitionen von außen ausbleiben, muss Entwicklung – Vorwärtskommen – ganz anders organisiert werden, nämlich durch Ausnutzung vorhandener Ressourcen. Das symbolisiert das »Segelboot«. Der Kurs ist nicht geradlinig, sondern muss immer neu ausgerichtet und an die konkrete Situation angepasst werden. Die Passagiere im Boot sind Teil des Systems. Mit ihrem Handeln bringen sie das Boot immer wieder ins Gleichgewicht – und sie müssen dabei sehr wendig sein, sehr flexibel reagieren und sich an die Gegebenheiten anpassen.[2]

Klein- und Mittelstädte als Thema der IBA

Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland, das auf der Deutschlandkarte des demographischen Wandels in ein dunkles Blau getaucht ist. Die Farbe Blau steht für Bevölkerungsverlust – und damit für Negativentwicklung, für Schrumpfung. Die beiden Großstädte Magdeburg und Halle ausgenommen, gibt es ausschließlich schrumpfende Räume. Schaut man sich das Siedlungsbild aber genauer an, ist es kein wüst oder leer gefallener Raum. Im Gegenteil: Es ist ein Raum, der von einer Vielzahl an kleinen Siedlungsstrukturen geprägt ist, die ein lebendig-bevölkertes Siedlungsnetz bilden mit Dörfern, kleinen Städten und Mittelstädten. Hier setzte die »IBA Stadtumbau« an. Sie richtete den Fokus genau auf jene Klein- und Mittelstädte, die oft auch wichtige Anker- und Haltepunkte für den ländlichen Raum sind. Mit Einwohnerzahlen zwischen 20.000 und 70.000 Einwohner*innen machen sie über die Hälfte der Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts aus. Deutschlandweit leben etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in Klein- und Mittelstädten (BBSR 2017), eine Tatsache, die in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt weder qualitativ noch quantitativ angemessene und strategische Berücksichtigung findet noch in der Frage nach der Zukunft der Städte den ihr gebührenden Raum bekommt.

Diese schrumpfenden Klein- und Mittelstädte als Vorreiter einer nachhaltigen und postfossilen Stadtentwicklung zu sehen, machte schließlich einen der Kerngedanken dieser IBA aus, der in drei räumliche Zukunftsszenarien mündete. Diese Zukunftsszenarien galten den Themen »Stadt«,

2 Weniger ist Mehr. Experimenteller Stadtumbau in Ostdeutschland. Studie der Stiftung Bauhaus Dessau mit Philipp Oswalt und Klaus Overmeyer, Dessau 2001.

»Land(wirt)schaft«, »Klima und Energie«. Sie zielten auf ein neues Stadt-Land-Gefüge mit urbanen Cluster-Cities und Ruralen Republiken (MLV 2010).

Neue Akteure für eine nachhaltige Raumentwicklung gewinnen

Die klassischen Akteure standen diesen Veränderungen jedoch eher abwartend gegenüber und versuchten, ihre Besitzstände zu wahren. Neue Akteure mussten gefunden werden, die in den Umbauprozessen eine Chance sahen und mit Offenheit, Kreativität und neuen Ideen daran mitwirken wollten.

Dafür brauchte es eine andere Art von Planung. Eine Planung, die auf Einladung, Aktivierung und Ermöglichung zielt. Eine Planung, die hilft, Prozesse in Gang zu setzen und zu gestalten, auch wenn deren Ausgang noch offen ist, und die nicht mehr etwas vorgibt, was man nur noch umsetzen muss, sondern die auf eine schrittweise Inkulturnahme von brach gefallenen städtischen oder ländlichen Räumen zielt.

Sehr schön kann man das am Beispiel der Stadt Dessau sehen, wo eines der avanciertesten gesamtstädtisch angelegten Umbauvorhaben im Rahmen der IBA realisiert wurde. In der Stadt des Bauhauses war es naheliegend, dass Stadt und Stiftung gemeinsam neue Wege erproben. Neben einer langfristigen stadträumlichen Strategie nach dem Modell der Verinselung ging es um neue Formen der Bürgeraktivierung, die direkte Teilhabemöglichkeiten eröffneten. Eine »Planungswerkstatt Stadtumbau« wurde ins Leben gerufen, die einlud, neue – andere – Akteure in den Umbauprozess einzubinden, wie z. B. Träger kultureller Institutionen oder Initiativen, die Betreiber von Ver- und Entsorgungssystemen, Vereine oder Bürger*innen.

Korrespondierend dazu wurde der räumliche Maßstab »heruntergebrochen«. Die Stadt wurde symbolisch aufgepixelt. Im Rastermaß von 20 × 20 m entstanden Flächengrößen von 400 qm, was etwa der durchschnittlich kleinsten Grundstücksgröße entspricht. Diese Flächen wurden als Akteursflächen an Bürger*innen, Vereine, Unternehmen zur Inkulturnahme gegeben, sei es als Garten, als dreidimensionale Visitenkarte, zur Sport- und Freizeitnutzung usw. In Analogie zur Goldgräberstimmung im frühen Nordamerika wurden diese Flächen »Claims« genannt.

Claims sind wichtige Bausteine bei der Transformation des Raums, denn immer dort, wo eine Akteurin bzw. ein Akteur bereit ist, etwas Konkretes zu machen, müssen Eigentumsverhältnisse, Nutzungsverträge, konkrete

Abb. 4: Bürger-Claims »400 qm Dessau«



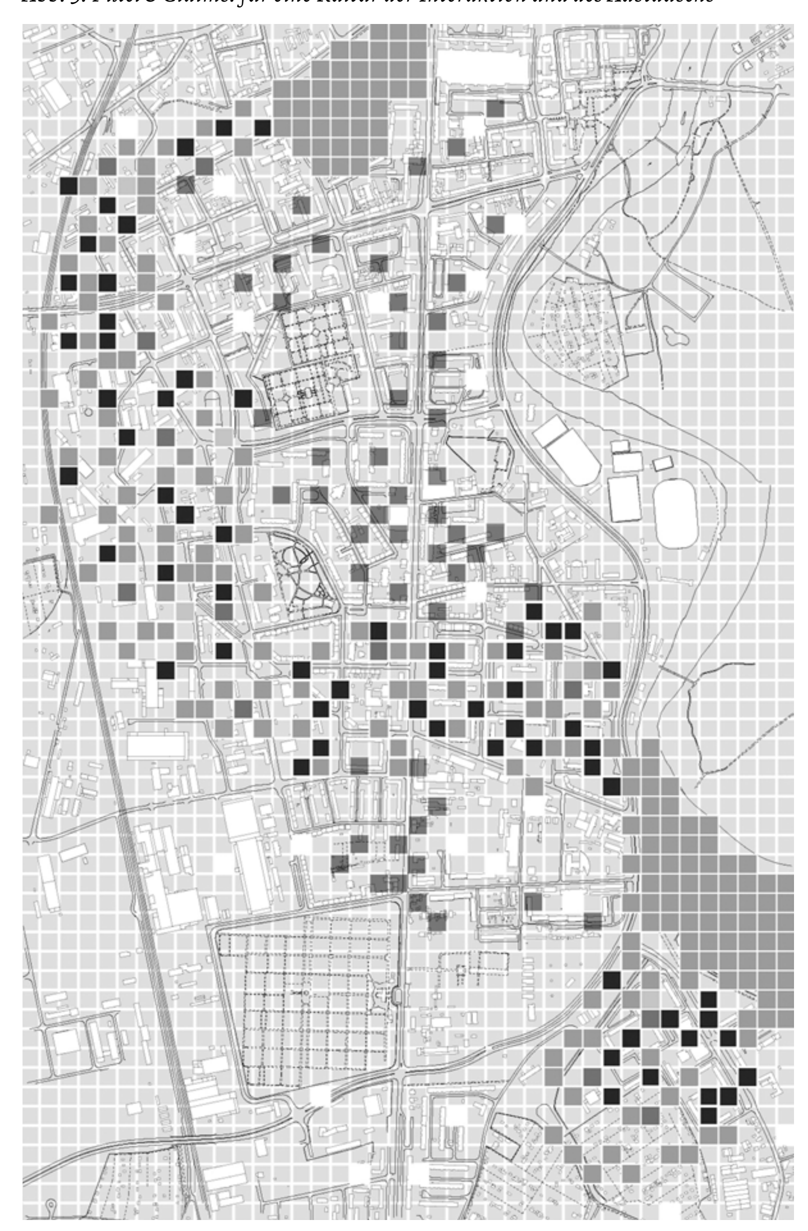
Quelle: Reckmann, Stiftung Bauhaus Dessau 2006

Gestaltungsüberlegungen vor Ort geklärt werden. Das bringt immer wieder einen Schub in den Umbauprozess.

Das Raster ist dabei ein methodischer Kniff, der im weitesten Sinne auch übertragbar ist – auch auf andere Städte, andere Räume. Das Raster gibt der entstehenden Vielfalt und der zeitlich räumlichen Unbestimmtheit eine Struktur, eine Ordnung. In der Struktur des Pixelrasters entsteht auch eine ästhetische Möglichkeit für ein Nebeneinander von Geplantem und Ungeplantem, von Kleinem und Großem, von Konventionellem und Unkonventionellem etc., was dennoch System hat. Der Raum wird nicht über Nutzungen und Funktionen »von oben« programmiert, sondern sein Charakter wird bestimmt vom Prozess der »Inkulturnahme« durch Akteure.

Die »Bürger-Claims« waren ursprünglich als temporäre Nutzungen angelegt, inzwischen haben sich einige von ihnen als dauerhaftes Gartenprojekt, Bildungsort oder Freizeitareal etabliert, manche haben sich erweitert. Auch die »Urbane Farm Dessau«, die auf Rückbauflächen einen »Quartiershof« entwickelt, sieht sich in Fortentwicklung der »Bürger-Claims«. Mit Strategien von Nah- und Selbstversorgung bei erneuerbaren Energien, Wasser, Lebensmitteln mitten in der Stadt zielt sie auf die Etablierung produktiver Nutzungsformen in städtischen Quartieren. Der »Quartiershof« bietet die nötige Infrastruktur dafür.

Abb. 5: Pixel & Claims: für eine Kultur der Interaktion und des Austauschs



Quelle: Brückner (Grafische Umsetzung: Faber), Stiftung Bauhaus Dessau 2004

Postfossile Raumgestaltung
Stadt, Klima, Land(wirt)schaft

Am Ende der »IBA Stadtumbau 2010« wurden drei räumliche Szenarien entwickelt, die Zukunftsbilder für eine postfossile Gesellschaft entwarfen. Sie bildeten den Ausgangspunkt für die weitere Gestaltungsarbeit der »Stiftung Bauhaus Dessau« zu Stadt, Klima und Land(wirt)schaft.

> »Die Gegenwart ist charakterisiert durch vielfältige Krisenphänomene: Finanzkrise, Klimawandel und Demografie kennzeichnen die gravierenden globalen Strukturprobleme der Gegenwartsgesellschaften. Sie stehen im Zentrum der kommenden Gestaltungsaufgaben …«,

heißt es im Masterplan der Stiftung von 2011. Und weiter:

> »Um die Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft zu stärken, werden Szenarien erarbeitet, die weit in die Zukunft ausgreifen und von dort aus Lösungswege für die Gegenwartsprobleme anbieten« (Stiftung Bauhaus Dessau 2010).

Die Raumszenarien widmen sich den Beziehungen von Stadt und Land, Landschaft und Landwirtschaft sowie Klima und Energie. Unter der Überschrift »Weniger ist Zukunft« zeigen sie Strategien für alternative räumliche Entwicklungspfade jenseits von Wachstum auf.

Sie nehmen die Region in den Blick, und zwar die Region in ihrem Zusammenspiel von städtischen und ländlichen Strukturen. Ein Kerngedanke: Das Auseinanderfallen der Gesellschaft spiegelt sich im Raum wider. Wir haben es mit einem Nebeneinander von wachsenden Städten und schrumpfenden Regionen zu tun. Mit ausgeräumten Agrarlandschaften und Dörfern dazwischen, deren Bewohner vor Ort keine Arbeit finden und deshalb zum Arbeiten in die nächste Stadt oder sogar ganz weit weg pendeln müssen. Wir haben es mit Räumen zu tun, in denen die Wirtschaft boomt und mit Resträumen, in denen es kein Auskommen gibt und die sich entleeren, weil die Leute wegziehen. Verbunden damit ist die räumliche »Entkopplung«: die Entkopplung von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Wohnen, von Landbewirtschaftung und Landbesiedlung. »Obwohl in Sachsen-Anhalt 54 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen lebt, bietet die Landwirtschaft nur etwa einem Prozent der Menschen Beschäftigung« (Veihelmann/Overmeyer 2010).

Reregionalisierung

Wie können hier Prozesse der Reintegration gestaltet werden, die zudem Perspektiven für einen nachhaltigen Verkehr, eine »Erneuerbare Energielandschaft« und »Produktive StadtLandschaften« enthalten sowie Strategien der Erneuerung von innen heraus befördern?

Die alten Instrumente taugen dafür nicht mehr:

> »[…] schon in der Vergangenheit wurde allzu sehr auf Infrastruktur gesetzt und die Ausstattung strukturschwacher Räume mit verkehrlicher Infrastruktur hat nicht zu deren Stabilisierung beigetragen. Im Gegenteil, mit der Reduzierung des Raumwiderstands wurde die Entleerung des Raums sogar beschleunigt […] Es klingt paradox, aber es scheint mehr Sinn zu haben, den Raumwiderstand perspektivisch wieder zu erhöhen und nach endogenen Entwicklungspotenzialen […] zu suchen« (Rettich/Dolata 2010).

Das Schlüsselwort in allen drei Szenarien heißt »Reregionalisierung«: eine Regionalisierung, die auf die lokalen »Standortbegabungen« setzt und diese auf vielfältigste Weise produktiv macht. Damit verbunden ist ein Raumbild, das dezentral organisiert ist, das Strukturen für Nah- und Selbstversorgung auf der Basis von Suffizienz schafft, in dem Natur, Ressourcen, Landschaft geschützt werden und die Menschen in regional verankerten Netzwerken und Organisationsformen miteinander aushandeln, was wann wo und wie gemacht wird.

Räumliche Leitbilder für die postfossile Gesellschaft

Eine besondere Qualität dieser Szenarien ist es, starke Bilder und Begrifflichkeiten gefunden zu haben, welche die Diskurse um Daseinsvorsorge, die zukünftige nachhaltige Energieversorgung, eine veränderte Landwirtschaftskultur und die Neuorganisation von Verkehr und Mobilität um räumliche Leitbilder bereichern. Sie dienen dazu, das vorhandene Wissen anschlussfähig zu machen, auch für Nichtplaner*innen und Laien. Diese Szenarien verstehen sich als eine Art »anschaulichen Denkens«, um Techniker*innen, Gestalter*innen und weitere Expert*innen, wie z. B. Klima- und Energieexpert*innen, zusammenzubringen.

Die Arbeit an neuen »Raumbildern« einer postfossilen Gesellschaft hilft, den Diskurs zu schärfen und über Szenarien verschiedene Optionen gebote-

nen Handelns aufzuzeigen. Sie können Räume öffnen für Modelle und Experimente. Schließlich können sie relevante Ansätze stark und damit gesellschaftlichen Einfluss geltend machen. Sie sind keine auf Forschungserkenntnissen beruhenden »alleinigen« Wahrheiten und auch keine »Zielfotos«. Sie sind vor allem »Bilder für die Kommunikation«. Wenn wir davon ausgehen, dass in einer postfossilen Gesellschaft für viele Lebens- und Wirtschaftsbereiche Prosumer*innen/Prosument*innen (vgl. Kurzja/Thiele/Klagge, Bürkner/Lange und Lamker/Schulze Dieckhoff in diesem Band) die wesentlichen Akteure sein werden, die ihre Lebensprozesse selbst gestalten, dann wird »gestalten lernen« eine wichtige Bildungsherausforderung für das Bauhaus. (Stiftung Bauhaus Dessau 2011)

Die Raumszenarien dienen dazu zu zeigen, was ist, was schief läuft und wie es anders gehen kann.

- Zeigen, was ist: »Energieavantgarde Anhalt«
- Zeigen, was schief läuft: »Energielandschaften 3.0«
- Zeigen, wie es anders gehen kann: »Produktive StadtLandschaften«

Zeigen, was ist: »Energieavantgarde Anhalt«

Sachsen-Anhalt ist ein Vorreiterland in Sachen erneuerbare Energien. Schon 1999 wurden erste Anlagen für einen Windpark auf einer Abraumhalde eines ehemaligen Tagebaus errichtet. Im gleichen Jahr wurde der Grundstein für die Solarzellenproduktion in Thalheim bei Bitterfeld gelegt. Im Juli 2001 liefen die ersten Solarzellen bei Q-Cells vom Band, bis 2012 der Einbruch kam.

Aber nicht nur diese großen Investitionen fanden statt, sondern vor allem auch kleine, privat oder gemeinschaftlich organisierte, die – das sei besonders hervorgehoben – bis heute bestehen. Sie sind in ihrer Kontinuität bemerkenswert. Dazu gehört die Wiederbelebung einer historischen (denkmalgeschützten) Wassermühle, die heute ca. 400 Haushalte mit Strom versorgt, oder das erste Bürgersolarkraftwerk Sachsen-Anhalts in Dessau, das als 10 kWp-Anlage seit über 15 Jahren Strom in das Netz einspeist. Dazu gehören sowohl Jugendbildungsprojekte, um Prinzipien einer autarken Energieversorgung kennenzulernen, wie auch eine Reihe von Architekturprojekten als Vorzeigegebäude für Energieeffizienz und die Integration von Solarmodulen in die Gebäudehaut. Stellvertretend genannt sei der Neubau des Umweltbundesamts in Dessau, entworfen vom Architekturbüro Sauerbruch Hutton.

Diese Vorhaben sind im allgemeinen Bewusstsein nicht verankert, deshalb wurde zunächst kartiert und sichtbar gemacht, was vorhanden ist. Das Vorhandene neu in Wert zu setzen, ist oft der erste Schritt, um Transformationsprozesse in Gang zu setzen.

Das Zusammenbringen unterschiedlichster Akteure hat zur Gründung eines Netzwerks »Energieavantgarde Anhalt« geführt. Dieses Netzwerk aus Künstler*innen, Soziolog*innen, Bürger*innen, Techniker*innen, Unternehmen der Region wurde am Bauhaus gegründet und hat sich inzwischen als eigenständiger Verein verstetigt. Sein Schwerpunkt ist die Arbeit an einem regionalen Stromsystem, das ermöglicht, private, öffentliche wie zivilgesellschaftliche Einrichtungen sowie Bürger*innen zu Produzent*innen und Konsument*innen regional gewonnener Energie zu machen und damit der Diskussion um große Trassen für den Stromtransport etwas entgegenzusetzen.

Zeigen, was schief läuft: »Energielandschaften 3.0«

Auch das gehört zu einer Form anschaulichen Denkens: offen legen, was schief läuft. Um das Jahr 2010 herum sorgte das Projekt DESERTEC für Schlagzeilen. Ein internationales Konsortium plante, riesige Solarparks in Nordafrika und Südspanien zu bauen und den dort produzierten »Wüstenstrom« über große Leitungen u. a. nach Europa zu transportieren. »Mit erneuerbaren Energien« soll eine Struktur geschaffen werden, »die zumindest partiell noch zentralistischer wäre als das konventionelle Energiesystem«, kritisierte schon damals Herman Scheer (2010). Eine Bauhaus-Sommerschule griff das Thema auf, denn bis dato wurde das Thema vorwiegend aus einer rein technischen Perspektive betrachtet. In der Sommerschule ging es vor allem darum, auch die kulturelle, soziale und sozioökonomische Dimension einzubeziehen.

Die Meinung der Sommerschüler*innen war einhellig: Um nachhaltig Energie zu erzeugen, geht es um alternative Wirtschaftsweisen und Lebensentwürfe. »Produktion mit dem Ziel der fortlaufenden Kapitalakkumulation kann per se nicht sozial, nachhaltig und re-produktiv sein.« Sie entwarfen Konzepte einer dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien, die möglichst viele Akteure in einen Kreislauf von Produktion, Speicherung und Verbrauch von Energie bringt. Sie sprachen sich dafür aus, eine Prosumerkultur zu entfalten, bei der Rückbindung an den Sozialraum, Selbstgenügsamkeit, Begrenzung und Angemessenheit zu Zielstellungen gesellschaftlichen Handelns werden. Das Modell einer von Produktion und Konsumtion

getrennten Energieversorgung wird abgelöst durch das Modell des Prosumings, bei dem vielfältige Akteure miteinander in Austausch treten – und neue Modelle des Aushandelns praktizieren (Brückner 2011).

Projekte wie DESERTEC dagegen »sind rein energiewirtschaftlich konzipiert und nicht gesamtwirtschaftlich, erst recht nicht regionalwirtschaftlich. Sie reduzieren die Zahl der Akteure, die erneuerbare Energien produzieren, statt sie zu vergrößern« (Scheer 2010).

Unmittelbar im Anschluss an die Sommerschule wurden die Ergebnisse bei einem Festival mit dem Titel »Überlebenskunst« gezeigt. Die Besucher*innen dort konnten sich gar nicht sattsehen an all den schönen Grafiken, Diagrammen und Mappings. Sie sind vor den Wänden rege miteinander ins Gespräch gekommen. Das zeigt, wie wichtig solcherart Visualisierungen sind, um einen Diskursraum über falsche und richtige Ansätze zu eröffnen und ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

Zeigen, wie es anders gehen kann: »Produktive StadtLandschaften« und »Urbane Farm Dessau«

Gesunde Lebensmittel und erneuerbare Energien dort zu produzieren, wo sie gebraucht werden, in den Städten, in den Quartieren, ist Ziel des Projekts »Urbane Farm Dessau«. Mit dem Umstieg auf nichtfossile Energieträger gewinnen Strategien von Nah- und Selbstversorgung an Bedeutung. Im Rahmen der »IBA Stadtumbau 2010« wurden in Dessau freie Flächen zunächst temporär für neue produktive Nutzungsformen, wie eine Energiepflanzenplantage oder Claims mit gärtnerischer Nutzung zur Verfügung gestellt. Mit dem Erfolg dieser Claimflächen und der zunehmenden Zahl an Brachflächen rückte die Vision einer »Produktiven StadtLandschaft« in den Blick.

Das Ziel einer »Produktiven StadtLandschaft« besteht darin, städtische Grünflächen mehr und mehr im gartenbaulichen Sinn zu kultivieren und sie auf diese Weise produktiv zu machen für lokalökonomische Kreisläufe (zum Weiterlesen siehe Brückner 2016). Das Dessauer Stadtentwicklungskonzept bietet dafür gute Voraussetzungen: Nach dem Modell der Verinselung wird die Stadt aufgegliedert in mehrere Quartiere (vgl. Stadt Dessau-Roßlau 2013). Zwischen diesen »urbanen Inseln« zieht sich Landschaft durch die Stadt, die vielfältig nutzbar ist: als klimaproduktiver Raum, für Lebensmittelproduktion, mit Retentionsflächen für Hochwasser, für Energiebänder, für gemeinschaftliche Aktivitäten der Stadtakteure. Die Verarbeitung und

Nutzung der Produkte erfolgt in den benachbarten Quartieren. Quartiere werden zu »Urbanen Fabriken«, in denen Wertschöpfung stattfindet.

Die Verwirklichung dieser Ziele braucht einen institutionellen Impuls und strukturelle Möglichkeiten zur Entfaltung. »Quartiershöfe« bieten die Infrastruktur für die Bewirtschaftung der umgebenden Flächen. Sie sind die Steuerungszentrale für die Koordinierung wirtschaftliche Aktivitäten, sorgen für sozialen Austausch und organisieren das Aushandeln, was wie auf welchen Flächen gemacht werden soll.

Die Idee, einen solchen »Quartiershof« in einem Dessauer Stadtteil zu initiieren, wurde an der »Stiftung Bauhaus Dessau« geboren. Mit einer Unterstützung aus dem Neulandgewinnerprogramm der Robert Bosch Stiftung konnte sich das Projekt im Raum entfalten – und mit Leuten aus dem Quartier vernetzen. Seit 2016 befindet sich das Projekt in eigener Trägerschaft und wird Schritt für Schritt inhaltlich wie räumlich weiterentwickelt.

Abb. 6: Zukunftsvision »Produktive StadtLandschaft«



Quelle: Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau/Urbane Farm 2014

Was daraus folgt: Postwachstum und räumliche Planung

Hier schließt sich der Kreis: Projekte wie die »Urbane Farm Dessau« sind eine Infrastruktur, um Postwachstumsökonomien in der Praxis zu entfalten und zu erproben. Welche Ableitungen können daraus für die räumliche Implementierung von Postwachstumsszenarien getroffen werden? Welchen Beitrag können die Raumentwicklung und planerische Disziplinen bei der Entfaltung einer Postwachstumsökonomie leisten?[3]

Zivilgesellschaftliche Akteure sind die Treiber einer Postwachstumsökonomie. Es sind Vereine, Genossenschaften, Bürger*innen, die nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen suchen, um eine stärker nachhaltig und gemeinwohlorientierte Entwicklung zu befördern – und das in Stadt und Land gleichermaßen. Es sind Akteure und Projekte, die nicht länger warten wollen, dass jemand »von oben« (vgl. Lange/Bürkner in diesem Band) das Ruder herumreißt, um die gesellschaftlichen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Energie- und Ernährungsfrage oder den sozialen Zusammenhalt in Angriff zu nehmen, sondern die selbst aktiv werden, mit ihren eigenen Ressourcen, ihren eigenen Netzwerken, ihren eigenen Bündnissen, und zwar ganz konkret und vor Ort.

Sie schaffen mit ihren Netzwerken tatsächliche Alternativen zum vorherrschenden Wirtschaftssystem. Die Netzwerke der Ökodörfer und Transition Towns, von Solidarischer Landwirtschaft und Permakultur, Reparaturkultur und bürgergetragenen Energiegenossenschaften, sozialen Hausprojekten etc. Sie alle zeigen Wege eines anderen Wirtschaftens auf, jenseits der klassischen Verwertungslogiken und Wachstumsapologien. Sie üben Konsumverzicht, agieren in kleinen Kreisläufen, entwickeln sich in Schritt-für-Schritt-Investitionen. Sie wirtschaften solidarisch, kollektiv, ökologisch. Sie handeln nach den Grundsätzen einer Postwachstumsökonomie – schon jetzt.

Ziel müsste also sein, (Steuerungs-)Instrumente der räumlichen Planung herauszuarbeiten, mit denen wachstumskritische Ansätze unterstützt und Räume zur Entfaltung von Postwachstumsökonomien eröffnet werden.

Projekte von Akteuren, Initiativen, Vereinen sind eher »kleinkörnig«.

Sie sind ideenreich und kreativ. Sie folgen weniger einem großen Plan, sondern lösen kreative Kettenreaktionen aus. Statt der großen, raumdominierenden Investitionen gibt es eine Vielzahl an kleinen Schritten, die sich

3 Siehe dazu auch Brückner 2020.

daran orientieren, was vorhanden ist und was vor Ort produktiv gemacht werden kann – statt der einen großen Lösung also eine Vielzahl an kleinen Lösungen.

Bürgergetragene, zivilgesellschaftliche Initiativen entfalten dabei eine Dynamik, die man mit herkömmlichen Planungsinstrumenten weder planen noch steuern kann. Die klassischen Pläne sind dafür zu träge, zu förmlich, zu funktionstrennend angelegt. Stattdessen sind »offene Planungsprozesse« und »informelle Pläne« notwendig, die zeitlich und räumlich flexibel sind und die es erlauben, Ziele, Aufgaben und Wünsche immer wieder auszuhandeln, um miteinander in Interaktion treten zu können. Statt des fertigen Plans, der ein Endbild beschreibt, braucht es Planungsinstrumente, die sich als Teil der zu gestaltenden Prozesse verstehen.

Was ich in den Bauhaus-Langzeitprojekten gelernt habe, ist, dass – mit einem strukturellen Impuls »von oben« – solche Entwicklungen im Raum stimuliert, angeregt, begleitet, qualifiziert werden können.

Was könnte das sein? Ein Bundesministerium zur Förderung von Postwachstumsökonomien? Warum nicht? Stellen wir uns vor, die Bundesregierung nimmt unsere Anregung auf und schafft ein POSTWACHSTUMS-Ministerium. Was hätte es zu tun, welche Aufgaben geben wir ihm mit auf den Weg?

Schrumpfung und Wachstum planerisch zusammendenken

Schrumpfung an einem Ort produziert immer Wachstum an einem anderen Ort. Infrastrukturschwache, von Abwanderung und Schrumpfung betroffene ländliche Regionen stehen wachsenden Metropolen gegenüber. Die Leute gehen dorthin, wo sie Arbeit finden. Das bedingt Wohnungsknappheit und Grundstücksmangel in den großen Städten. Das Leben dort wird immer teurer, und es entstehen neue soziale Ungleichheiten. In der Folge werden weitere städtische Flächen versiegelt, was weder dem Klima noch der menschlichen Gesundheit guttut. Hier wäre es notwendig, beide Entwicklungen stärker in einen Zusammenhang zu bringen – das Schrumpfen in peripheren Regionen und das enorme Wachstum in den Metropolen. Stadt und Land rücken zusammen, werden Nachbarn. Und das in kleineren räumlichen Einheiten, die überschaubar und verhandelbar sind.

Boden für reproduktives Wirtschaften vorhalten

Ein wesentliches Kriterium von Postwachstum ist die Nah- und Selbstversorgung mit Wasser, Energie und Nahrung. Voraussetzung hierfür ist, dass ein nachhaltig zu bewirtschaftender Boden zur Verfügung steht. Dem steht die gegenwärtige Bodenspekulation absolut entgegen – genauso wie die Versiegelung von Flächen in großen Städten. Während in den Schrumpfungsregionen weiterhin mit viel öffentlichem Geld Gebäude abgerissen werden, sind die Bedingungen für die Reproduktion in der Stadt immer weniger gegeben. Hier wäre mit einem aktiven Bodenschutz zu agieren, und zwar auch, um gerade in großstädtischen Quartieren ganz bewusst und strukturell Grundstücke freizuhalten für den Klimaschutz, für städtische Landwirtschaft, Wasserhaltung und soziale Interaktion. Diese Flächen einer neuen städtischen Allmende können auf einem gemeinschaftlich betriebenen »Quartiershof« bewirtschaftet, verwaltet und verhandelt werden.

»Freiräume« zur Selbstermächtigung planen

Mein dritter Gedanke bezieht sich auf die vielen Initiativen, die sich der Postwachstumsidee verschrieben haben und diese bereits leben. Sie finden in den Leitbildern der Raumplanung noch zu wenig Beachtung, denn im klassischen Daseinsvorsorgediskurs geht es darum, durch den Staat die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wiederherzustellen und zu garantieren. In Teilen des Postwachstumsdiskurses geht es hingegen um etwas ganz anderes: Es geht darum, Strukturen der Selbstermächtigung zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich diese entfalten können.

Ein möglicher Ansatz wäre, das Kohleausstiegsprogramm dafür zu nutzen: Ehemalige Bergbauareale werden so rekultiviert, dass Land- und Wasserflächen für eine kleinräumig organisierte ökologische Land- und Forstwirtschaft nutzbar und wieder produktiv gemacht werden können. Dazwischen werden klimaproduktive Räume geschaffen mit Verdunstungsräumen, kleinzelligem Wasserhaushalt und Maßnahmen zum Humusaufbau im Boden. Dazu gehört auch, Fehler aus der Vergangenheit bei der Rekultivierung von Tagebauen zu korrigieren und Maßnahmen zu ergreifen, die helfen, das gesamte System des Wasserhaushalts zu reparieren und gesunden zu lassen.

Initiativen und Akteure vor Ort bekommen Zugang zu Ressourcen wie Boden, aber auch zu leer stehenden Objekten. Sie werden unterstützt, wenn sie Ziele eines nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens verfolgen und sich an den Kriterien von Suffizienz orientieren. Bürgerunterstützungsstrukturen helfen, Projektansätze der lokalen Akteure stark zu machen. Die Fähigkeiten der Menschen zur Selbstorganisation und zur Kooperation werden gefördert und Anreize für kollektives Handelns geschaffen – und so von innen heraus eine Postwachstumsgesellschaft gestaltet.

Der Raum verändert dabei seinen Charakter: Er wird nicht über Zuweisungen und Nutzungen »von oben« programmiert, sondern von dem, was Leute vor Ort real machen. Es ist eine tätige Aneignung, die aus dem konkreten Tun der Beteiligten erwächst und ihren Wert aus den realen Gestaltungen von vielen gewinnt. Der Raum verliert an Statik. Er wird mehr und mehr zu einem lebendigen Gebilde, in dem verschiedene Dinge zugleich passieren und sich immer wieder Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Fazit

Den einen Masterplan für Postwachstum gibt es nicht. Wenn klar ist, dass sich Postwachstum in kleinen räumlichen Einheiten entwickelt, dann wird sich auch die Rolle der räumlichen Planung verändern. Sie ist nicht mehr so sehr eine Instanz, die etwas vorgibt (oder reglementiert) und zu dem man sich dann verhält, sondern wird Teil der Prozesse. In einer prozessgestaltenden Planung geht es auch darum, Strukturen, Anlässe und Gelegenheiten zu schaffen, in denen Gestaltungsräume entstehen können und Gestaltungskräfte zur Entfaltung kommen. Nicht das lineare Hinsteuern auf einen Finalplan, sondern die permanente Konfiguration und Rekonfiguration von Wissen, Formen und Bündnissen sind der eigentliche und immer wieder neu zu gestaltende Prozess. Die Rolle der Planerin oder des Planers ist, diese Prozesse zu moderieren, inhaltliche, ästhetische und ökonomische Impulse zu geben – und immer wieder Gestaltungslust zu wecken!

Abb. 7: Ohne Titel



Quelle: Stiftung Bauhaus Dessau, Archiv Industrielles Gartenreich

Literatur

BBSR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2017): Laufende Raumbeobachtung des BBSR. Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland 2017. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html (14.02.2020).

Brückner, H. (2011): Mit Gestaltung bilden. Energielandschaften 3.0 als Gestaltungsaufgabe. In: Stiftung Bauhaus Dessau: Energielandschaften 3.0. Dokumentation zur Internationalen Bauhaus-Sommerschule 2011. Dessau-Roßlau, 44–47. https://www.bauhaus-dessau.de/2011-energy-landscapes-1.html (13.02.2020).

Brückner, H. (2016): Produktive StadtLandschaft. Magdeburg.

Brückner, H. (2020): Einen anderen Maßstab wagen. Kleinteilige Prozessgestaltung in der Raumplanung. In: Politische Ökologie Bd. 60, Postwachstum in der Raumentwicklung, 32–38.

MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2010): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin, 830–871.

Rettich, S.; Dolata, K. (2010): Republic of Harz: Rurale Republiken und urbane Cluster-Cities. In: MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin 2010, 833.

Scheer, H. (2010): Supergrids als pseudoprogressive Bremse. In: Scheer, H. (Hg.): Der energethische Imperativ. 100 Prozent jetzt: wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München, 139–140.

Scurrell, B. (2002): »Lernprozesse im industriellen Gartenreich«. In: Berliner Debatte Initial 13, 64–74.

Stadt Dessau-Roßlau (Hg.) (2013): Räumliches Leitbild Dessau-Roßlau 2025. In: Stadt Dessau-Roßlau: Integriertes Stadtentwicklungskonzept INSEK Dessau-Roßlau 2025. Dessau-Roßlau, 55–57.

Stein, M. (1996): Eine neue Landschaft entsteht. In: Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.): Bauhaus Dessau. Industrielles Gartenreich. Berlin, 190.

Stiftung Bauhaus Dessau (2010): Arbeitspapier zur Strategiediskussion, Oktober 2010 (unveröffentlicht).

Stiftung Bauhaus Dessau (2011): Konzeptpapier zur Programmplanung. Bereich Werkstatt, 20.10.2011 (unveröffentlicht).

Veihelmann, T.; Overmeyer, K. (2010): Was blüht unseren Landschaften? Zum Beispiel Bitterfeld-Wolfen im Jahr 2050. In: MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin, 847.

Praxisbeiträge

Postwachstumsperspektiven für die Braunkohleregion Lausitz?
Chancen und Herausforderungen

Ein Interview mit Carel Carlowitz Mohn, durchgeführt von Mai Anh Ha, Meret Batke und Bastian Lange

»Lausitzer Perspektiven« setzt sich dafür ein, den Strukturwandel in der Lausitz positiv zu gestalten und den Übergang zu einer postfossilen Wirtschaft aktiv mitzugestalten. Sie verstehen sich dabei als Plattform des Austauschs und der Verständigung darüber, wie die Zukunft der Region aussehen kann. Bürger*innen sollen nicht Zuschauer*innen und Betroffene, sondern selbst aktive Gestalter*innen des Strukturwandels sein. www.lausitzer-perspektiven.de
Carel Mohn ist gelernter Journalist und studierter Politikwissenschaftler. Als Gründungsmitglied engagiert er sich bei »Lausitzer Perspektiven«, weil er überzeugt ist, dass sich gute Arbeit, Industrie und umweltverträgliches Wirtschaften miteinander verbinden lassen.

Seit wann gibt es die Initiative?

Carel Mohn: Im Jahr 2011/2012 begannen wir, uns mit den Zukunftsperspektiven der Lausitz zu beschäftigen. Mittlerweile ist daraus ein Verein geworden, welcher sehr eng mit einem Zusammenschluss von Initiativen arbeitet, der sich »Bürgerregion Lausitz« nennt.

Was war die Entstehungsidee der Initiative?

Carel Mohn: In der Anfangszeit war ein Kohleausstieg noch nicht in Sicht, jedoch war aus Klimaschutzgründen absehbar, dass die Lausitz und die anderen Braunkohleregionen früher oder später aus der Kohle würden aussteigen müssen. Ziel war es, ein Gespräch in der Gesellschaft und der Region darüber zu beginnen, was es jenseits der Kohle an Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Dieses Gespräch soll dann auch tatsächlich auf den Weg gebracht werden.

Ist dieses Ziel noch aktuell?

Carel Mohn: Inzwischen hat sich die politische Entwicklung sehr beschleunigt. Es muss nicht mehr dieses Gespräch über die Zukunft geführt werden, um den Menschen die Angst vor dem Kohleausstieg zu nehmen, da der Kohleausstieg inzwischen beschlossen ist. Trotzdem sollte die Entwicklung der Region weiter beobachtet werden. Dabei sind vor allem zwei Punkte zentral: erstens, inwieweit eine wirklich tiefgreifende Dekarbonisierung auch ein Leitgedanke für diese Strukturentwicklung ist und, zweitens, wie sich Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen dabei beteiligen und in diesen Prozess einbringen können.

Welche Prozesse entstehen in einer Kohleregion und was hat sich verändert, seitdem der Kohleausstieg beschlossen wurde?

Carel Mohn: In den Kohleregionen besteht ein sehr dominanter Wirtschaftszweig. Dieser prägt die Region, sodass andere Branchen, Wirtschaftszweige und gesellschaftliche Sphären eigentlich kaum an diesem Riesen vorbeikommen – wobei die gefühlte Bedeutung der Kohle eigentlich immer sehr viel größer war als das reale wirtschaftliche Gewicht. Es entsteht schnell der Eindruck, diese Regionen definieren sich nur über die Kohle. Das hat auch in der Lausitz zu der Herausbildung einer Art Kohle-Establishment geführt, zu dem die Bergbaubetreiber selbst, aber auch die regionale Politik, Gewerkschaften sowie Kammern und Wirtschaftsverbände gehören. Diese haben sich lange schützend vor die Kohle gestellt und mit Angstszenarien gearbeitet, auch noch, während der Kohleausstieg verhandelt wurde. Als dann die Perspektive des Geldes da war, wurde sehr schnell eine Wende vollzogen und überlegt, was mit dem vielen Geld umgesetzt werden kann. Das ist auch erstmal nachvollziehbar und durchaus legitim. Allerdings stellt sich die Frage, ob diejenigen, die jahre- und jahrzehntelang vehement für ein Immer-weiter-so der Kohle gefochten haben, auch diejenigen sind bzw. sein sollten, bei denen die Entwicklung neuer Perspektiven in den besten Händen ist.

Der Begriff »Establishment« deutet an, dass es andere gibt, die außen vor blieben.

Carel Mohn: Das Problem ist, dass diejenigen, die schon sehr früh Entwicklungsalternativen für die Region vorgeschlagen haben, nicht dem Kreis der

überwiegend bezahlten hauptamtlichen Funktionäre angehören, die heute bei der Umsetzung neuer Entwicklungsperspektiven beteiligt sind. Dadurch haben sie auch keinen Zugriff auf die Fördergelder. Jedoch sind das Menschen, die bereits vor Jahr und Tag Ideen darüber entwickelt haben, was in der Lausitz geschehen könnte, die eben auch zivilgesellschaftliches Engagement mit sich bringen. Die Frage ist jedoch, ob diese Menschen eine Chance haben sollten, sich Gehör zu verschaffen. Was haben sie für Ressourcen, um da mitspielen zu können?

Welche Herausforderungen haben sich in der Region noch herauskristallisiert?

Carel Mohn: Es ist eine Region, die traumatisiert ist von der Erfahrung der Nachwendezeit und des Zusammenbruchs von 90 % der Kohlewirtschaft und der damit verbundenen Schwerindustrie. Man hat deshalb starr an den verbliebenen Resten dieses Industriekomplexes festgehalten. Dazu gehören alle Bereiche, die mit der Kohle einhergingen sowie die energieintensive Industrie, welche darum gruppiert ist. Jedoch war schon vor 15 oder 20 Jahren klar, dass diese Branche nicht ewig weiterblühen kann, da das Klimaproblem auch damals schon bestand. Nach meinem Eindruck hat die Saga von der Kohle als einzigem Stabilitätsanker die Region in der Herausbildung von Alternativen stark blockiert.

*Welche Auswirkungen haben diese Herausforderungen auf die Bürger*innen?*

Carel Mohn: Einerseits wurde die Traumatisierung des Zusammenbruchs der DDR-Strukturen zu wenig aufgearbeitet, andererseits haben die Landesregierungen in Sachsen und Brandenburg keine politische Führungsverantwortung übernommen, indem sie die Bevölkerung in der Region frühzeitig auf ein Auslaufen der Kohle eingestimmt haben. Stattdessen hat man sich in Treueschwüren und »Bekenntnissen zur Lausitzer Braunkohle« überboten. Diese Kombination sorgt bis heute für eine angespannte Stimmung. Hinzu kam, dass viele Lausitzer das Gefühl hatten, die Städter und Klimaschützer reden die Lausitz und die Arbeitsplätze in der Kohle schlecht – die real nämlich sehr gute Arbeitsbedingungen geboten haben. In Gesprächen ist oft der Frust darüber zu spüren. Diese negativen Erfahrungen müssen erst einmal abgebaut werden, und natürlich hadern viele Lausitzer*innen damit, dass

die Kohleindustrie zu Ende geht, weil dadurch zumindest mental auch eine Abwertung der Region verbunden ist.

Was sind alternative Perspektiven in der Zukunft?

Carel Mohn: Auf der Ebene der Politik ist inzwischen schon klarer, dass man etwas Neues in der Lausitz aufbauen muss. Die Frage ist allerdings, ob solche Ansiedlungserfolge, wie beispielsweise aktuell mit Tesla, wirklich nachhaltig eine gute Alternative sind. Ob sich da nicht berauscht wird am vermeintlichen Erfolg eines Industrialisierungsmodells. Partiell funktioniert das eventuell nochmal, diese Ansiedlung großer externer Investoren, welche viele tausend Arbeitsplätze auf einen Schlag schaffen. Vergessen wird dabei jedoch, dass dieser Ansatz von wirtschaftlicher und regionaler Entwicklung eigentlich ein Kurs ist, der in den letzten 20 Jahren nicht wirklich gut funktioniert hat.

Wie äußert sich das?

Carel Mohn: Die Schwäche Ostdeutschlands hat auch damit zu tun, dass es zu wenig Mittelstand, zu wenig forschungsnahe Firmen sowie zu wenig Hauptsitze von Unternehmen in der Region gibt. Dadurch fehlen auch Forschung und Innovation. Das ist natürlich ein sehr mühseliger und langer Weg, diese Unternehmenslandschaft aufzubauen. Jedoch gibt es dazu nicht wirklich Alternativen. Die Ansiedlung eines riesigen externen Konzerns wie Tesla bestätigt fatalerweise dabei die Akteure, die stets auf die Großstrukturen gehofft haben.

Gibt es in der Lausitz Beispiele für so eine kleinteilige mittelständige Struktur?

Carel Mohn: Zwischen Sachsen und Brandenburg gibt es wohl unterschiedliche Ansätze. Das Land Sachsen war im Gegensatz zu Brandenburg in den vergangenen Jahren fokussierter darauf, auch kleinere mittelständische Strukturen zu fördern. Natürlich gibt es eine Vielzahl an Beispielen von Unternehmen, die nicht im Bereich der Kohleindustrie tätig sind. Ein Teil dieser Unternehmen steht absolut auch für Gründergeist und Unternehmertum und durchaus auch für sehr innovative Zukunftsweisen und -konzepte. Doch es braucht eben vieler solcher Unternehmen und um eine solche klein-

teilige, vitale Wirtschaftsstruktur zu schaffen, sind vor allem staatliche Investitionen in Wissenschaft und Forschung wichtig.

Ist der Begriff »Postwachstum« einer, der in der Debatte dort um eine Zukunftsperspektive auftaucht?

Carel Mohn: Ich denke, dass das in der Lausitz keine sehr hilfreiche Kategorie ist. Das Modell, welches damit verbunden wird, macht den meisten Menschen, die von dem Weggang oder Ausstieg der Kohle betroffen sind, eher Angst als Mut. Der Begriff »Postwachstum« beschreibt zu wenig, was sich im Alltag der Menschen konkret ändern und verbessern könnte. Die Region hat aber sehr konkrete Probleme, wie Abwanderung, bzw. demografische Probleme oder Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung lokaler Infrastruktur, beispielsweise die medizinische Versorgung auf dem Land oder der öffentliche Verkehr. Das sind die Themen, welche die Menschen betreffen und interessieren. Da ist es weniger hilfreich, Schlagworte wie »Postwachstum« zu verwenden, weil das eher gesellschaftlich spaltet als vereint. Postwachstum ist eine eher mit linken Werten verbundene Sichtweise, welche auch durchaus hilfreich sein kann. Wenn man jedoch in der Lausitz als einer stark von Ingenieurgeist und Industrie geprägten Region neue Zuversicht vermitteln will, denke ich nicht, dass der Begriff sinnvoll ist.

Findet in der Lausitz ein Austausch verschiedener politischer Lager in der Debatte um Regionalentwicklung statt, vor allem auch in Bezug auf die AfD und deren Definition der Terminologie Postwachstum?

Carel Mohn: Die AfD setzt darauf, Stimmungen aufzugreifen und mit Ängsten zu spielen. Das zeigt sich derzeit auch in der Lausitz. Vergessen werden darf dabei jedoch nicht, dass der Boden für die AfD über Jahrzehnte bereitet worden ist – von Akteuren, die ihre politische Führungsverantwortung nicht wahrgenommen haben, sondern unter den Bürger*innen Angst verbreiteten.

Was konkret hat die Politik da an Verantwortungsübernahme versäumt?

Carel Mohn: Die Ministerpräsidenten und zahlreiche andere Landespolitiker in Brandenburg und Sachsen haben nicht die Notwendigkeit gesehen, sich zu verändern, sondern haben Angst verbreitet vor dem Kohleausstieg.

Statt den Leuten zu erklären, dass es zwar gut bezahlte Arbeitsplätze in der Kohleindustrie gibt, aber das leider nicht ewig so bestehen bleiben kann. Die Bürger*innen miteinzubeziehen bei den Überlegungen für die Zeit danach, wie ein sanfter Ausstieg machbar ist. Zusammenfassend war das ein exorbitanter Mangel an politischer Führung. Das hat die Wähler*innen zur AfD getrieben. Das ist das historische Versagen von SPD und CDU in dieser Region.

Welche Potenziale hat die Region?

Carel Mohn: Die Region hat immense Potenziale, weil sie sehr zentral zwischen verschiedenen Metropolen in Europa und auch im Schnittfeld der drei dynamischsten Volkswirtschaften in der EU liegt. Es stehen große Flächen, große Freiräume zur Verfügung, und die Bevölkerung kann als aufgeschlossen bezeichnet werden. Es besteht beispielsweise eine natürliche Nähe zu Ingenieurwissen und vielen anderen Faktoren, die Potenzial haben. Die Region verfügt auch über ein besonderes kulturelles und industrielles Erbe, beispielsweise Erfahrungen in der Textil-, Glas- und Keramikindustrie. Das sind wertvolle Qualitäten und Möglichkeiten, die andere Regionen nicht haben. Auch die bisher von der Kohlebranche völlig marginalisierte Landwirtschaft kann eine wichtige Rolle spielen – mit Berlin liegt ein riesiger Markt direkt vor der Tür, in dem Regionalität zunehmend nachgefragt wird. Und beim Thema nachwachsende Rohstoffe, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft gibt es eine natürliche Nähe zu technischen Kompetenzen, die in der Lausitz auch bisher gefragt waren.

Welche Vorschläge oder Wünsche hast du für die Transformation zu einer postfossilen Regionalentwicklung?

Carel Mohn: Wichtig ist vor allem die Ausarbeitung eines Konzepts dazu, wie den Kommunen mehr Gestaltungsräume gegeben werden können. Diese hätten eindeutig mehr Möglichkeiten, wenn mehr finanzielle Freiräume vorhanden wären. Zudem brauchen Kommunen den finanziellen und politischen Gestaltungsspielraum, um Initiativen, Projekte und lokale »Kümmerer« zu fördern, die vor Ort Verantwortung übernehmen. Auch um gezielt Fördermittel zu beantragen oder um eigene Mittel einsetzen zu können. Die ganze Thematik dessen, was Kommunen machen könnten, wenn sie besse-

re Ressourcen und Zuständigkeiten hätten, kommt in der Debatte zu kurz. Der zweite Punkt ist, dass es wirklich viele Pioniere in der Region gibt, die sich engagieren in Kulturprojekten, in Vereinen, in Dorferneuerung. Es muss überlegt werden, wie es zu schaffen ist, dass diese Akteure ihre Ideen auch wirklich umsetzen können. Es ist extrem mühsam, Finanzierung und Unterstützung zu bekommen, um diese gemeinnützige Arbeit umzusetzen oder sich überhaupt beteiligen zu können. Neben den bezahlten Kammer- und Gewerkschaftsfunktionären gibt es auch noch eine andere Seite. Wenn diese Pioniere ihre Projekte in der Freizeit privat entwickeln müssen, ist das weder fair noch ökonomisch sinnvoll. Ein kleiner Teil dieser Milliarden sollte verwendet werden, um über Stiftungen oder Fondslösungen Wege zu finden, dass das bürgerschaftliche Engagement sich besser einbringen kann.

Hacking Ulm

Open Data, Digital Literacy und Coding als Praxis für Freiräume in der Stadt

Ein Interview mit Stefan Kaufmann, durchgeführt von Meret Batke, Mai Anh Ha und Bastian Lange

Das »Verschwörhaus« in Ulm versteht sich als »Experimentierfeld für die Welt von morgen«, das bei der Zukunftsgestaltung der Stadt Ulm mitwirkt und Ideen in Labs und Veranstaltungen erarbeitet. Ausgestattet mit 3-D-Druckern, Offenen Werkstätten, Vortragsräumen und »Cyber, Chaos und öffentlicher Unordnung« kommen interessierte (junge) Menschen zusammen, um gemeinsam zu experimentieren und voneinander zu lernen. www.verschwoerhaus.de
(Redaktionelle Ergänzungen sind kursiv eingefügt.)

Was macht das »Verschwörhaus«?

Stefan Kaufmann: Mein Name ist Stefan Kaufmann, ich komme ursprünglich aus dem Umfeld des Open-Data-Aktivismus, sprich einer Umgebung, in der Menschen mit bestimmten Mitteln und technischen Fähigkeiten, die sie haben, versuchen, Dinge und Probleme in der Stadt anzugehen und diese damit nicht unbedingt direkt zu lösen, aber zumindest Wege aufzuzeigen, wie man damit umgehen kann. Das »Verschwörhaus« ist aus dieser Bewegung heraus gegründet worden. Es sind faktisch zwei Parts – das eine ist ein städtisches Projekt, das »Stadtlabor«, welches den verwaltungstechnischen und organisatorischen Rahmen bietet. Die Stadt hat die Räume angemietet und stellt sie zur Verfügung, der Inhalt wird aber rein von Menschen aus dem »digitalen Ehrenamt« geprägt – »digitales Ehrenamt« als Begriff für Menschen, die sich mit intrinsischen Motivationen darin aufhalten, also nicht, weil sie damit Geld verdienen möchten, sondern weil sie sich dort austauschen und Dinge tun und bewegen möchten und stark von einem Gestaltungsgedanken geprägt sind.

Wie kann der Projektkontext für die Stadt Ulm erläutert werden?

Stefan Kaufmann: Der Kontext war, dass es in Ulm schon sehr lange eine Open-Data-Arbeitsgruppe gab, die vorwiegend studentisch geprägt war. Die Gruppe hat sich beispielsweise mit Mobilität und öffentlichem Nahverkehr auseinandergesetzt, auch weil das ein vorherrschendes Problem war, das sie selbst betroffen hat. Und aus diesem Ehrenamt heraus wurde relativ früh klar, dass es, wenn man so etwas verstetigen möchte, eine Jugendabteilung braucht, damit dieses Heft auch aufgenommen und weitergeführt wird. Wir in der Gruppe sind 2015 auf das Format »Jugend hackt« von der »Open Knowledge Foundation« und »mediale pfade« aufmerksam geworden, nachdem wir verschiedene Organisationsformate durchgeführt haben, um einen Austausch zwischen Verwaltung und Bürgerschaft herzustellen und an diesen Themen zu arbeiten.

Wir haben uns darum bemüht, dieses Format als Jugendförderprogramm nach Ulm zu bringen, um junge Menschen, die ihresgleichen eigentlich erstmal suchen müssen, wenn sie aus dem ländlichen Raum in Süddeutschland kommen, ein Wochenende zusammenkommen zu lassen. Unter dem Motto »Mit Code die Welt verbessern« konnten sie sich austauschen und an Problemen arbeiten, wie damit der Arbeitsalltag von Menschen verbessert werden kann. Und in der Konsequenz kam der Punkt, dass wir gesagt haben, es wäre doch wünschenswert, solche Formate nicht nur einmal im Jahr an der Uni stattfinden zu lassen, wo man alles herrichten muss, sondern wenn es dafür einen stetigen Raum in der Stadt gäbe. Das Modell der Hacker- und Makerspaces, was ja tatsächlich nichts Neues ist, gibt es auch an anderen Orten und existiert bereits seit zwanzig Jahren.

Wie haben Sie das Projekt in Ulm implementiert?

Stefan Kaufmann: Das Problem in Ulm war nur, dass wenn das aus dem eigenen Kreuz herausgestemmt werden soll, Ulm eine zu kleine Stadt ist, wo es wenig Flächen oder Leerstand und auch die physische Masse an Menschen gibt, die sowas dann tragen und auch bezahlen und finanzieren kann. Also es gibt so was wie den »Freiraum«, ein ganz kleiner Raum mit zwei Zimmern, wo so was relativ CCC-nah *(Chaos Communication Congress – europaweite dezentrale Gruppen und Vereinigungen von Hacker*innen)* aufgezogen wurde, aber um mal wirklich große Fläche zu kriegen, auch mit spannenden Ma-

schinen und Geräten, ist dies kaum finanzierbar aus eigener Kraft. Und da war die Idee, an die Stadt heranzutreten, Raum zu schaffen, auch vor dem Hintergrund, dass es ein Standortfaktor ist, wenn junge Menschen, die sich gerne mit den Themen beschäftigen, auch einen Ansprechpartner und einen Ansprechort haben, wo sie sein können. Daraufhin gab es einen Gemeinderatsbeschluss 2016, und jetzt gibt es uns bald im vierten Jahr.

Wie kam es zu dem Namen »Verschwörhaus«?

Stefan Kaufmann: Das Haus hatte vorher eine Vielzahl von Namen, die sich immer wieder änderten, unter anderem, weil vorher viele verschiedene Akteure reinwollten, die vornehmlich wirtschaftsnah waren und in Bereichen von Design und Entrepreneurship arbeiteten. Wir als Gruppe wollten aber ganz gezielt einen bürger*innenzentrierten Ansatz umsetzen, der aus der Zivilgesellschaft herauskommt und der auch ein bisschen wiederborstig und unangepasst ist und auch mal aufzeigt, wenn ihm was nicht gefällt.

Der Name lag dann relativ nah, da nebendran das historische Schwörhaus steht, welches auf die Schwörbrief-Tradition *(stadtgeschichtliches Dokument der Stadt Ulm von 1397)* aus dem Mittelalter zurückgeht, und es unter anderem auch darum geht, sich treu zu bleiben und das durchzuziehen. Dieser Name »Verschwörhaus« war zudem googleeindeutig, im Gegensatz zu »Stadtlabor« – welches der städtische Titel für das Projekt war, welcher ein Gattungsname ist wie »Apotheke« –, und hat dazu geführt, diesen Begriff weiter zu verwenden.

Wie ist das Verhältnis von Hardware-Infrastruktur und Software?

Stefan Kaufmann: Wir haben ca. 500 m² Fläche, die wir bespielen können. Das geht von einem großen Vortragsraum, wo große Projektions- und Vortragsmöglichkeiten da sind. Wir können auch Vorträge aufzeichnen und livestreamen. Wir verfügen über ein Elektroniklabor mit recht umfangreicher Ausstattung – dort kann Hardware entwickelt werden und auch Funkmessungen für bspw. Sensornetzwerke können erfasst werden. Es gibt Mehrzweckräume, die unterschiedlich bespielt werden können, bis hin zu zwei Werkstätten, eine mit klassischer Fab-Lab-Ausstattung, d. h. mit Laser-Cutter und mehreren 3-D-Druckern etc., und eine große Metallwerkstatt mit mehreren Kreissägen, Werkzeug und einem Dauerprojekt, einer CNC-ge-

steuerten Metallfräse *(Computerized Numerical Control – ermöglicht die automatische Herstellung von Werkstücken).*

Wer nutzt das »Verschwörhaus«? Was bieten Sie an?

Stefan Kaufmann: Wir haben vorwiegend in den Abendstunden, auch weil Menschen das vornehmlich ehrenamtlich und nicht hauptberuflich machen, geöffnet. Und das sind verschiedene Gruppen, es gibt einen Trägerverein, bei dem man Mitglied werden kann, aber nicht muss, und in diesem Verein gibt es verschiedene Fachgebiete, z. B. die Sensornetzwerk-Gruppe, welche sich alle zwei Wochen trifft und dann zum Teil öffentliche Vorträge macht oder einfach gemeinsam an Dingen arbeitet, und so sind fast alle in solchen Gruppen organisiert. Unter anderem gibt es sporadisch auch ein Nähcafé, welches von einer Hochschulgruppe für Nachhaltigkeit organisiert wird, es gibt vom Generationentreff Veranstaltungen zu Digital Literacy mit Senior*innen. Und zusätzlich gibt es dann noch ein Programm, das sich an Jugendliche richtet, wie das »Jugend hackt«-Lab, wo Jugendliche unter Betreuung zusammenkommen, und Einzelveranstaltungen wie »Jugend hackt« als Wochenendveranstaltung oder mit »Wikimedia Deutschland« oder der »Open Knowledge Foundation«.

*Aus welchen Kontexten kommen die Nutzer*innen?*

Stefan Kaufmann: Wir sind uns dessen durchaus bewusst, dass die vorwiegende Nutzung durch weiße Menschen mit akademischem Hintergrund passiert, die überwiegend männlich und nicht unbedingt arm sind. Das wissen wir und das ist ein stetiges Problem bei solchen Orten. Wir schauen, dass wir gezielt Formate setzen, die dem etwas entgegensetzen, also wir haben z. B. ein Bewerbungscafé für Geflüchtete gemeinsam mit der Caritas im Haus, damit auch andere Zielgruppen bespielt werden können. Aber ich glaube, der Hauptteil der Aktiven sind überwiegend Leute mit akademischem Hintergrund zwischen 16 und 36, wobei die Glockenkurve dann auch weiter aufgeht und der Mensch, der maßgeblich die Werkstatt im Keller betreut, ein pensionierter 63-jähriger Elektriker ist.

Wie gehen Sie mit Stoff- und Datenströmen um?

Stefan Kaufmann: Wir arbeiten mit viel Elektrik und IT, selbstkritisch müssen wir sagen, dass wir auch Sachen über »Ali Express« aus China bestellen und verbauen. Wir nutzen viele IT-Geräte nach, die an anderer Stelle ausgemustert wurden und bei uns nochmal weiter betrieben werden, anstatt direkt verschrottet zu werden.

Wo wir uns ganz arg sehen, ist weniger auf der stofflichen Ebene, sondern mehr auf dem nutzerzentrierten Fokus im Gegensatz zur Gewinnerzielungsabsicht. Mobilität ist nach wie vor eines der Kernthemen, mit denen sich viele beschäftigen, da versuchen wir immer, einen Fokus zu legen auf Nachnutzbarkeit durch freie Software, freie Lizenzen, freie Konzepte, um einen Gegenpol zu legen, dass man eigentlich was machen könnte, was der Bevölkerung helfen könnte, aber weil es zu sehr von der Gewinnerzielung her gedacht ist, sich selber Steine in den Weg legt, durch den Ansatz, Maximalgewinn gesamtgesellschaftlich hervorrufen zu können.

Können Sie ein Beispiel zu dem Verkehrsprojekt nennen?

Stefan Kaufmann: Ein Thema, was Menschen seit zehn Jahren begleitet, sind offene Daten im Bereich vernetzter Mobilität. Der Ansatz ist da, zu sagen, dass Verkehrsträger möglichst barrierefrei die Daten, die man direkt zur Nutzung der Dienste braucht und bereitstellt, damit beliebige Dritte darauf Auskünfte bauen können, um eine intermodale Mobilität aufbauen zu können, die nicht mehr vom motorisierten Individualverkehr abhängig ist. Das hat in Deutschland lange Zeit Widerstand erfahren, gerade von den Verkehrsverbünden, die an den unsinnigen Vergleich glauben, dass Daten wie Öl seien und man diese monopolisieren könne. Mittlerweile werden von mehr Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbünden Daten bereitgestellt, auch durch EU-Regulierungen. Was wir in unserem Haus machen können, ist die Prototypisierung, wofür wir im größeren Kontext Mittel und Wege versuchen zu finden, wie man dieses aus dem reinen Konzeptstadium hinausbewegen kann. Ein konkretes Beispiel ist die freie Software »digitransit« in Helsinki *(Open-Source-Fahrplanungslösung, die mehrere Open-Source-Komponenten zu einem Routenplanungsdienst kombiniert)*. Von öffentlichem Verkehr über Leihfahrräder integriert die Software in einer gemeinsamen Auskunft von verschiedenen Quellen Optionen zur Mobilität. Dadurch, dass

es eine freie Software war, haben mehrere Personen aus dem Haus diese hierher portieren können, um zu zeigen, wie es funktioniert. Dadurch, dass die Stadt zu dem Zeitpunkt ein EU-Projekt hatte, wo es gut reinpasste, gab es die Möglichkeit, Menschen, die normalerweise nicht in der Verwaltung gelandet wären, als Fellows einzustellen, mit dem Ziel, zu zeigen, wie es aussehen könnte, nicht von der Machbarkeit her zu denken, sondern von der Nutzenmaximierung.

Wo liegt die Schnittstelle zu einer Skalierungsperspektive?

Stefan Kaufmann: Was mir bei der Persönlichkeit der Menschen wichtig ist, vor allem, wenn sie den IT-Background haben, dass *(wenn es um die Produkte geht)* diese nicht wirtschaftlich ausbeutbar sind, weil dieses das Grundprinzip der Gemeinwohlorientierung kaputt machen würde. Bei einem guten Jahresgehalt in einer IT-Firma bin ich eher darauf konzentriert, in meiner Freizeit unverhohlen etwas Gutes zu tun.

Ein anderes Beispiel ist »Open Source Bike Share«, was man selber machen könnte als Kommune. Dort wird sich angeschaut, wie etwas als Betriebsmodell anstatt eines Geschäftsmodells umgesetzt werden kann. Dabei steht die Gewinnmaximierung nicht als Priorität, sondern ein Modell mit minimalem Verlust, was vielleicht gerade so selbsttragend betrieben werden kann und zeigt, wie dieses genossenschaftlich organisiert funktionieren könnte.

Worin liegt das Interesse solcher Lösungswege, bewegt es sich in die Richtung der Gemeinwohlorientierung?

Stefan Kaufmann: Durch die Vernetzung ehrenamtlicher Akteure, die Lust haben, die Netzwerke weiterzubilden und neue Leute zu finden, die daran weiterarbeiten, muss man aufpassen, welches Rollenverständnis man hat. Was ist schon Stadt und was ist noch der Raum, der vollkommen frei von den Ehrenamtlichen bespielt wird und wo sie selber sagen, wo die Reise hingeht. Meine Rolle an der Schnittstelle ist es am ehesten, die Geschichten möglichst gut zu erzählen, auf dass die politischen Entscheidungsträger hinterher Lust bekommen, so etwas weiterzuverfolgen. Aber ich kann natürlich nicht die Vorgaben machen, wo die Leitlinien sind, diesen Hebel habe ich nicht.

Was sind Ihre Wünsche und Zukunftsvision für das »Verschwörhaus« in zehn Jahren?

Stefan Kaufmann: Ich wünsche mir, dass ich in zehn Jahren nicht mehr hier sitzen muss. Ich arbeite seit Tag 1 an meiner Abschaffung, und das muss auch ganz gezielt so sein. Das ist ein Raum, der von der Bevölkerung für die Bevölkerung ist, es ist ja ein Grundprinzip, die Schlüssel vom Königreich zu verteilen und auf viele Schultern zu verteilen. Ich hoffe, dass die dort Aktiven aus verschiedensten Förderquellen Mittel haben, damit sie nicht von einzelnen abhängig sind, z. B. von der Stadt, was kritisch zu betrachten ist. Dass sich Mittel und Wege finden, wie sich die Stadt auf möglichst gute kooperative Weise die Ideen, die dort entstehen, abgucken und integrieren und transferieren kann.

Glossar

»mediale pfade«:	Agentur für Medienbildung mit inhaltlichem Schwerpunkt auf politischer Bildung
CCC:	Chaos Computer Club e. V., größte europäische Hackervereinigung, bestehend aus verschiedenen dezentralen lokalen Vereinen und Gruppen; jährliche Veranstaltung: Chaos Computer Congress (CCC)
CNC-Maschinen:	Werkzeugmaschinen, die moderne elektronische Steuerungstechnik einsetzen (Computerized Numerical Control), was eine automatische Herstellung von Werkstücken ermöglicht
Digitransit:	Open-Source-Fahrplanungslösung, die mehrere Open-Source-Komponenten zu einem Routenplanungsdienst kombiniert
»Schwörbrief«:	Stadtgeschichtliches Dokument der Stadt Ulm von 1397 (»großer Schwörbrief«), der das Mitspracherecht der Zünfte erweiterte und Rechtsverhältnisse regulierte
»Jugend hackt«:	Bildungsprogramm, gefördert von »mediale pfade« und der NGO Open Knowledge Foundation. Klare Abgrenzung von »Jugend debattiert«, »Jugend musiziert« etc., da das Format bewusst keine Wettbewerbe austrägt, sondern Vernetzungsangebote schafft

Gemeinsam und ergebnisoffen Lebensräume gestalten

Partizipation in der Raumentwicklung für ein Gutes Leben

Ein Interview mit Torsten Klafft, durchgeführt von Martina Hülz

Torsten Klafft ist Architekt und angehender Soziologe. Er arbeitet im Architekturbüro »nonconform«, das von sich behauptet, »nur eigentlich« ein Architekturbüro zu sein. https://www.nonconform.io/

Wie finden sich Postwachstum bzw. ökologische, nachhaltige Aspekte hinsichtlich der Gestaltung von Raum – also wachstumskritische Planung im weitesten Sinne – in eurer Arbeit wieder?

Torsten Klafft: Das findet sich schon in unseren Kernthemen wieder. Im Prinzip ist das jetzige »nonconform« als Reaktion darauf entstanden, dass es in Projekten auf einmal Widerstände in der Bevölkerung gab – Widerstände gegen die Planungen von uns und den Verantwortlichen. Das hat uns verdutzt, weil wir eigentlich dachten, wir machen was Gutes: sparsamer Umgang mit Grund und Boden, Fokus auf Orts- und Stadtkerne oder nutzungsoffenes Bauen für gemeinschaftliche Raumnutzung zur Schonung von Ressourcen. Warum gibt es bei solchen Ansätzen Gegenwind, wenn diese doch im Sinne aller sein müssten? Da kam der Gedanke, dass wir die Anwohner*innen von vornherein einbinden müssen und sie darüber mitdiskutieren lassen, was eigentlich geplant werden soll. Daraufhin wurde die »nonconform ideenwerkstatt« entwickelt und seitdem schon dutzende Male umgesetzt. Die Beteiligung in Kombination mit nachhaltigen Planungsgrundsätzen ist zu einem sich selbst tragenden Arbeitsfeld geworden.

Wir beschäftigen uns oft mit der Entwicklung in ländlichen Räumen. Und das heißt für uns vor allem Ortskernentwicklung. Wenn Gemeinden bedauern, dass ihre Ortskerne verkümmern, die kleinen Läden schließen, die Hauptstraße vereinsamt oder die Kirche nur noch selten Leben auf den Kirchplatz zu bringen vermag, werden wir beauftragt, mit unserer Exper-

tise etwas beizusteuern. Unser Rezept ist zunächst ganz simpel: Wir laden die Leute vor Ort ein, mit uns über diese Entwicklungen zu sprechen und Lösungsansätze zu entwickeln. Die »nonconform ideenwerkstatt« ist ein Beteiligungsformat, das sehr knapp gehalten ist. Es hat eine Art Eventcharakter: Wir kommen hin, sind drei Tage vor Ort und laden alle in unser offenes Ideenbüro ein. Jede*r kann vorbeikommen und mitdiskutieren und in von uns moderierten Formaten gemeinsam Strategien mitentwickeln. Das Ziel dabei ist, einen individuell auf das Dorf oder die Kleinstadt zugeschnittenen Lösungsweg zu finden.

Kann man davon ausgehen, dass bei der Fokussierung auf die Ortskernentwicklung bei euren Auftraggebern und den dort lebenden Menschen schon eine gewisse Grundvoraussetzung vorhanden ist, nämlich ein Bewusstsein für eine nachhaltige Raumentwicklung?

Torsten Klafft: Viele Auftraggebergemeinden haben schon ein Bewusstsein für die Ortskernentwicklung, wir werden dazugeholt, um sie auf diesem Weg zu begleiten. Wir können die Erfahrungen aus einigen Baukulturgemeinden in den Prozess miteinbeziehen, von denen man viel lernen kann. Das Verbessern des Bestands ist oftmals weniger »sexy«, als auf der grünen Wiese etwas Neues zu schaffen. Wir liefern Antworten auf die Frage, wie man auch die Bevölkerung auf dem Weg zur nachhaltigen Ortskernentwicklung gut mitnehmen kann.

Aber die Ausgangslage ist immer unterschiedlich – das, was vor Ort schon an Motivation, Gedanken sowie bereits umgesetzten Projekten vorhanden ist. Mal gibt's das Bewusstsein, dass der Ortskern ein Problem hat, aber dies wird noch gar nicht damit verknüpft, dass es draußen das neue Fachmarktzentrum gibt, das die Leute aus dem Innenstadtkern herauszieht. Oder diese Schlussfolgerungen werden noch nicht von allen geteilt. Oftmals sind es die Protagonist*innen vor Ort, die schon ein paar gute Projekte angeschoben haben und dann mit uns den nächsten Schritt gehen wollen, gemeinsam mit den Anwohner*innen vor Ort. Dann ist es unsere Aufgabe, je nach Situation, den Prozess darauf zuzuschneiden. Wir müssen uns darauf einlassen, was wir in diesem Moment vorfinden. Es soll die Menschen ja mitreißen und überzeugen, es soll *mit* ihnen passieren. Dafür gibt es kein Allgemeinrezept.

Was genau wollt ihr in diese Orte bringen, was treibt euch an? Die Partizipation ist dabei ja das Instrumentarium oder die Methode, mit der ihr das macht, was sich bei der Umsetzung als erfolgreich erwiesen hat.

Torsten Klafft: Ich glaube, es ist zum einen unser Instrumentarium, um notwendige transformative Prozesse in Gang bringen zu können. Zum anderen ist es aber auch genau das, was wir wichtig finden: Es geht um das Gemeinsame im Dorf – drum herum und innen drin –, weil man gemeinsam an einem Ort lebt. Das ist immer der Leitgedanke dahinter. Wie können die Leute vor Ort ihr Leben verbessern und gemeinsam gestalten?

Also ist eure Philosophie die gemeinsame Suche nach dem Guten Leben mit den Menschen vor Ort? Was bringt ihr für eine Botschaft mit?

Torsten Klafft: Was wir mitbringen, sind unsere Erfahrungen von anderen Orten: dass eigentlich immer viele Bürger*innen sehr konstruktiv mitwirken. Auch wenn jemand sagt: »Ich brauch' das Dorf nicht, ich will einfach in meinem Zuhause meine Ruhe haben«, gibt es immer auch jemanden, dem der Ortskern wichtig ist, weil er viele Menschen verbindet und weil man auf die Kraft der gemeinsamen Geschichten vertrauen kann, wenn man alle am Prozess beteiligt. Dann kommen viel mehr Ideen zusammen, was für die Ortsmitte getan werden kann. Darin steckt einfach großes Potenzial, das wir filtern und aufbereiten können. Dazu suchen wir gute Beispiele, die anderswo funktioniert haben, und setzen diese Ansätze mit den Bildern zusammen, die vor Ort existieren. Wir basteln dann zusammen eine Geschichte vor Ort, aus dem Ort.

Es ist die allgemeine Großwetterlage, dass der ländliche Raum wieder als Lebensraum für sehr, sehr viele Menschen wahrgenommen und wichtig genommen wird. Daher werden auch mehr Fördermöglichkeiten für Partizipation geschaffen. Was in ländlichen Räumen oft noch stark vorhanden ist, ist der Gemeinschaftsgedanke. Dadurch kann eine andere Geschichte erzählt werden. Wenn das dann mit einer überzeugten, ergebnisoffenen partizipativen Arbeit verknüpft wird, ermöglicht das auch, in schwierigere Diskussionen zu gehen. Zu oft dringen die Kritiker*innen nicht durch, wenn Planungen zum nächsten Einfamilienhausgebiet laufen. Mit der »nonconform ideenwerkstatt« schaffen wir einen Raum, an dem die Leute offen über die Zukunft des Orts diskutieren können, sich gegenseitig anstupsen und

im Ort neue Energien entwickeln können, um dann gemeinsam weiterzumachen. Das klappt nicht immer, aber oft. Am Anfang ist es »nur« der Ortskern, aber daraus können aktive Gemeinden erwachsen, die ihre Planungen weiter gemeinsam ausdiskutieren und mit einem reflektierten Blick auf die räumliche Entwicklung vielleicht auch andere überzeugen.

Ist die Bereitschaft und die Offenheit bei den Leuten denn immer da? Oder stoßt ihr auch einmal auf Abwehr und Skepsis? Oder trefft ihr auf einen bestimmten Menschentypus, der für Themen der Nachhaltigkeit offen ist?

Torsten Klafft: Es gibt eher einzelne Protagonist*innen in den Orten, die sich dahinter stellen und dann sagen: »Ich habe das für mich verstanden und ich glaube daran und finde das gut«, und wenn das die Bürgermeister*in oder Teile des Gemeinderats sind, dann ist das natürlich sehr hilfreich, weil sie die Verantwortlichen sind. Und auch wenn anfänglich bei manchen Skepsis herrscht, sagen die meisten teilnehmenden Leute recht schnell: »Ah ja, stimmt, das macht irgendwie Spaß, hier mit allen anderen gemeinsam zu diskutieren, und so habe ich das noch nicht gesehen«. Es eröffnen sich Möglichkeitsräume, und oftmals entsteht ein *Spirit*, der die anfänglichen Zweifel oder Hemmungen überwindet. Und dann kommt aber erst die wirkliche Herausforderung, denn die Leute müssen am Ball bleiben, und die Verantwortlichen vor Ort müssen die Ideen dann auch umsetzen – auch wenn es Diskussionen gibt, weil der Parkplatz neben der Kirche in die zweite Reihe wandern soll. Da ist es dann wichtig, dass die gemeinsam entwickelte Vision des lebendigen Kirchplatzes als Ort der Begegnung im Fokus bleibt und dazu motiviert, mutig auch unangenehme Entscheidungen umzusetzen, weil man an das *Ziel* glaubt. Gerade dann hilft es sehr, wenn die Vision nicht nur im Gemeinderat beschlossen wurde, sondern von vielen gemeinsam erarbeitet wurde.

Verfolgt ihr die weitere Entwicklung, oder wie geht es danach weiter?

Torsten Klafft: Zunächst dokumentieren wir unsere Arbeit, schreiben ein Konzept und übergeben es zur Weiterverfolgung an die Gemeinde. In den besten Fällen gibt es direkt eine Option zur weiteren Zusammenarbeit, weil vielleicht im Anschluss weiterführende kleine Workshops verabredet worden sind oder weil es einen Wettbewerb geben soll, den wir als Prozessge-

stalter*innen und Moderator*innen mitbegleiten dürfen. Oder wir unterstützen die Arbeit eines »Kümmerers« wie in Trofaiach in der Steiermark. Dort haben wir vereinbart, dass sie eng mit uns kommunizieren, und wenn es irgendein Problem gab, dann haben wir gemeinsam an der Lösung gearbeitet. Wenn dieser Spirit in eine gemeinsame Weiterarbeit fließt, dann sind wir natürlich eng am Prozess dabei, aber das wird nicht von vornherein vorausgesetzt oder festgelegt – das kann eine Entwicklung sein. Das ist den Leuten vor Ort überlassen, ob sie uns mitnehmen.

Jedes Projekt ist ein potenziell spannendes Projekt, was man eigentlich zehn Jahre verfolgen könnte, denn Ortskernentwicklung erfordert kontinuierliche Arbeit, auch wenn die Resultate meist erst nach ein paar Jahren sichtbar werden. Im Idealfall passiert es, dass wir zur Prämierung des Baukulturpreises im ländlichen Raum eingeladen werden. Aber viele Gemeinden entwickeln sich weiter und gehen ihren Weg ohne uns, auch dann hören wir immer hin, verfolgen das und kommunizieren weiterhin.

Das Thema »Partizipation« ist in den letzten Jahren größer geworden und in Planungsprozessen gesetzlich verankert, Bürgerbeteiligung wurde damit zur Bedingung gemacht. Würdest du sagen: Das ist grundsätzlich der richtige Weg, um nachhaltiger mit räumlicher Entwicklung umzugehen. Oder was sind deine Erfahrungen? Was braucht es noch?

Torsten Klafft: Wir sind sehr dafür, dass Partizipation gerade in räumlichen Entwicklungsprozessen stärker verankert wird – aber nicht nur verankert, sondern auch praktiziert! Weil das einerseits auch diejenigen Themen sind, die die Leute vorm Ofen oder Fernseher weglocken können. Andererseits sehen wir noch zu häufig, dass das halbherzig gemacht wird und in eine Art »Alibipartizipation« abrutscht. Dann kann es kontraproduktiv sein. Ich bin immer erstaunt, wenn von dem »Gespenst der Partizipation« geredet wird oder darüber, dass negative Folgen daraus entstehen. Es gibt Veranstaltungen, auf denen die Besucher*innen, also die Partizipierenden, fast angstvoll angesprochen werden: »Was werden Sie jetzt dazu sagen?« Bricht jetzt gleich der Sturm los? Es besteht die Gefahr, dass es nur als Pflicht wahrgenommen wird, die Bürger*innen einzuladen, und dass die Angst dominiert, dass die Arbeit der letzten Monate kaputt gemacht wird. Das darf nicht zur prägenden Erfahrung werden, denn gute Beteiligung ist wichtig, auch wenn sie wirklich anspruchsvolle Herausforderungen mit sich bringt. Die Sprache

der Planung muss für jede*n verständlich übersetzt werden. Aber auch die Bedürfnisse und Äußerungen der Bürger*innen müssen richtig verstanden und für die Verantwortlichen in mögliche planerische Interventionen übersetzt werden. Also in beide Richtungen. Viele Bürgerbeteiligungsverfahren sind noch von der Haltung geprägt, dass sie gemacht werden müssen, weil sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Wenn Planer*innen dann versuchen, die Planung durchzudrücken oder Bürger*innen nur halbherzig einbeziehen, dann führt das dazu, dass es eher wieder mehr Zweifel daran gibt, *wie* eigentlich geplant wird. Wenn es im Verfahren nur vorgesehen ist, dass die Bürger*innen den Planungsprozess und die Argumente kennenlernen, dann muss das gut kommuniziert werden. Lockt man die Menschen mit falschen Versprechungen in eine Veranstaltung, damit möglichst viele an der aufwendigen Bürgerbeteiligung teilgenommen haben, dann ist das eher kontraproduktiv.

Also nimmst du uns jetzt die Hoffnung auf eine postwachstumsorientierte, nachhaltige Raumentwicklung durch Bürgerbeteiligung?

Torsten Klafft: Nein! Es ist ein wichtiges politisches Statement, von höchster Ebene zu sagen: »Partizipation bei solchen Verfahren ist wichtig«. Der Raum, die Zeit und auch die Unterstützung durch Fördermittel sind doch da, um viele Sachen auszuprobieren. Wir müssen uns aber selbst hinterfragen, wie wir mit unserer Planungssprache in solche Prozesse reingehen. Wollen wir die Leute wirklich mitnehmen, weil das die Prozesse besser macht? Es gibt die Prozesse, die als Pflichterfüllung verstanden werden, aber immer häufiger wird auch daran geglaubt, dass ein Projekt wirklich besser durch Partizipation wird. Dem einem machen Spaziergänge oder Kochdialoge als Formate Spaß. Wir müssen neue Dinge ausprobieren und beherzt angehen, aber auch Mut für eventuelle Fehlschläge haben. Da sind schon ein paar gute Rezepte zusammengekommen, die nicht nur wir in unserer Arbeit immer wieder erfolgreich anwenden. Zum Beispiel müssen die Leute nicht immer in einer Sitzformation frontal auf den Veranstalter gucken. Da muss man manchmal auch ein bisschen Leben in die Bude bringen, damit sich alle bewegen und in anderen Konstellationen zusammenkommen. Die*der eine redet vielleicht gerne vor allen Leuten in der Mitte, aber viele andere sagen dann: »Gut, wenn hier hundert Leute in der Runde sitzen, dann brauche ich ja nicht auch noch meinen Senf dazugeben«. Aber in einer kleineren Runde

von sechs, sieben Leuten, die an einem Tisch diskutieren, kommt dann jede*r mal zu Wort. Es ist wichtig, diese Zugänge zum Teilnehmen zu öffnen. Unser Ideenbüro ist so ein Angebot, wo jede*r am Tag mal vorbeikommen kann und sich das, was am Abend vorher diskutiert wurde, am Flipchart angucken kann. Im persönlichen Gespräch sagen diese Leute dann auch, was sie für Gedanken und Wünsche für ihren Ort haben.

Deine Überzeugtheit von der Sache überzeugt mich auch! Woher kommt das? Wie gut fühlst du dich als Planer und als Architekt durch deine Ausbildung ausgestattet, genau diesen Job so motiviert zu machen?

Torsten Klafft: Ich habe nach meinem Architekturstudium zwei Jahre klassisch als Architekt gearbeitet und für mich festgestellt, dass mir eigentlich jegliches Wissen darüber abging, was den sozialen Raum ausmacht. Deswegen habe ich dann angefangen, Soziologie im Master dranzuhängen, um zu verstehen: Wie funktioniert eigentlich die Gesellschaft, welche die Räume nutzt, die wir munter vor uns her entwerfen? Architekten entwerfen doch eigentlich immer auch Gesellschaft mit, aber die sieht oft anders aus als das utopische Gesellschaftsbild aus Zeitschriften, wo alle glücklich mit dem Kinderwagen und dem Sonnenschirm durch die Gegend spazieren. In der Realität wird oft nicht gefragt, wie die Leute dahin kommen sollen oder warum sie an die schillernden Zeitschriftenorte gehen sollten, die im Kämmerlein gestaltet wurden. Ich sehe die Planung und den Planer*innendiskurs mittlerweile sehr kritisch. Viele Diskurse über die Menschen, die die Räume nutzen – in ihnen leben –, finden innerhalb der Planer*innenszene statt. Es bedarf, glaube ich, noch viel Mut dazu, zu sagen: »Na gut, lass uns doch mal herausfinden, *wie* wir herausfinden, ob die Leute das auch wollen oder ob die Leute die Bedürfnisse bestätigen, für die wir gestalten oder welche Räume sie nutzen möchten oder vielleicht, welche Räume sie brauchen, um selbst ihren Lebensraum zu gestalten«.

Ich finde es im Nachhinein eher schockierend, wie wenig solcher Fragen im Studium behandelt wurden, weil es viel Wissen dazu gibt. Ich glaube, es kann sehr viel durch einen breiteren Austausch zwischen Architektur und Geisteswissenschaften entstehen. Sich von Anfang an zu fragen, wie denn das neu Geplante genutzt wird, ob das gut funktioniert oder wie es in eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsdebatte passt – Aneignung, Umnutzung und Vielfältigkeit von Räumen für verschiedenste Gruppen von Nutzer*innen,

die den Ort für sich kreieren und ihn zu ihrem Ort machen, sollte neben der Funktionalität von Räumen eine wichtigere Rolle spielen. Die Stadtplanung ist in dem Bereich schon etwas weiter.

Das ist ein grundsätzliches Problem von Wissenschaft und Praxis und von der Verknüpfung von beidem und auch von dieser alten Debatte, dass Hochschulen Wissenschaft betreiben und keine Ausbildung.

Torsten Klafft: Ja, aber ich habe Architektur an der Fachhochschule studiert. Da wurden wir auf die praktischen Anforderungen an einen Architekten hin ausgebildet, also für die Anforderungen, die in einem Architekturbüro abverlangt werden. Aber genau dieses praktizierte Berufsbild, das an meiner Architekturhochschule reproduziert wurde, beschränkt sich darauf, Planung für die Auftraggeber*in auszuführen. Es ist natürlich schwierig, im Alltag gesellschaftliche Ideale umzusetzen oder mit den Auftraggeber*innen darüber zu verhandeln, aber mir wäre wichtig, dass es auch darum geht, eine Haltung zu entwickeln und in die Planungsprozesse einzubeziehen. Ich hätte mir zum Beispiel im Nachhinein gewünscht, dass in meinem Studium auch kritisch über etablierte Wohnstandards diskutiert worden wäre. Muss eine Wohnung, die man mit einem Wohnberechtigungsschein kriegen kann, nur aus den Minimalstandards bestehen, wo es doch sozialwissenschaftliche Erkenntnisse dazu gibt, dass diese Bauweise mit den Minimalstandards eine recht beliebige Festlegung ist, die eigentlich konträr dazu geht, wie Leute mit Räumen umgehen? Will man als junge*r Architekt*in »gute« Sozialwohnungen mitentwickeln, braucht es nicht nur Mut und Überzeugung, sondern auch Zugang zu kritischen Diskursen, die an vielen Architekturhochschulen noch zu selten geführt werden. Die Architektur erscheint mir oft etwas behäbig darin, wissenschaftliche Erkenntnisse zu diskutieren, die ihrem Selbstverständnis widersprechen. Oft schwingt in der Ausbildung ein sehr generalistischer Habitus der Moderne mit, was auch dazu führt, dass viele der spannendsten Kolleg*innen sich zunächst sehr kritisch mit ihrer eigenen Ausbildung auseinandersetzen mussten. Da gibt es noch viel Potenzial, dass dazu führen kann, dass sich mehr junge Planer*innen mit ihrer Arbeit identifizieren können und viele innovative Ansätze entstehen.

*Ich würde gerne mit diesem gesellschaftszentrierten Blick, den du gerade hervorgehoben hast, den Bogen zu Postwachstum, nachhaltiger Raumentwicklung und nachhaltiger Raumgestaltung schlagen: Wie können Geograph*innen, Planer*innen, Architekt*innen diese Ideen umsetzen?*

Torsten Klafft: Zum einen braucht es eine Planer*innenschaft, die den Mut hat und daran glaubt, dass man durch gemeinschaftliche Ansätze das Zusammenleben gut gestalten kann. Dann braucht es auch Verantwortliche, die den Mut haben, dies zu unterstützen, und die Instrumentarien bereitstellen – wie Fördermittel –, die das ermöglichen. Es braucht offene Prozesse und Experimente. Jeder Ort braucht sein eigenes Experiment, aber das muss in die Förderformulare passen. Und am schönsten wäre natürlich, wenn an den wiederbelebten Wirtshausstammtischen aktiv, differenziert und mit allem Herzblut über die Postwachstumsideen gestritten werden würde – in einer Sprache, die niemanden an der Diskussion darüber ausschließt, wie man denn gemeinsam leben möchte.

Wir reden bei »nonconform« gerne vom »schönsten gemeinsamen Nenner«: zwischen den Bürger*innen vor Ort, den Verantwortlichen, der Verwaltung und allen, die ein Interesse daran haben, den sogenannten »Stakeholdern«. Es entsteht mehr als der kleinste gemeinsame Nenner, wenn nicht nur darüber geredet wird, *wogegen* man ist, sondern wenn alle versuchen, die Bedürfnisse des Gegenübers zu verstehen. Gelingt es, alle zusammenzubringen und gemeinsam eine Lösung zu entwickeln, dann entsteht ein Mehrwert für alle. Der »schönste gemeinsame Nenner« ist größer als ein zähneknirschender Kompromiss.

Das passt doch zu Postwachstum, wo es nicht grundsätzlich um weniger Wachstum geht, sondern darum, dass die richtigen Dinge wachsen, wie in eurem Fall der gemeinsame und zugleich schönste Nenner für ein Gutes Leben. Insofern passt diese Haltung in diese Debatte sehr gut.

Torsten Klafft: Genau. Was können wir alle gewinnen, wenn wir uns auf das Gemeinsame fokussieren?

Das ist doch ein schönes Schlusswort. Begeben wir uns weiter in Experimente, um das herauszufinden und zu verbreiten. Vielen Dank, Torsten.

Durch künstlerische Experimente Möglichkeitsräume öffnen

Interview mit Viola Schulze Dieckhoff und Hendryk von Busse

Als Diplomingenieur*in der Stadt- und Raumplanung haben sich beide sehr früh künstlerisch mit Fragen der Stadtgestaltung und Stadtpolitik auseinandergesetzt. Schulze Dieckhoff arbeitet an der TU Dortmund und ist zugleich engagiert bei »die urbanisten« e. V., Dortmund. Von Busse wirkt u. a. an der »Freiraumgalerie – Kollektiv für Raumentwicklung« in Halle/Saale mit, deren Mitbegründer er ist. https://dieurbanisten.de/, https://www.freiraumgalerie.com/
Interview durchgeführt von Christian Schulz

In euren sechs Thesen zur »Postwachstumsplanung« schreibst du, Viola, zusammen mit Christian Lamker: »Postwachstumsplanung braucht experimentelles und künstlerisches Handeln!« Was genau meint ihr damit?

Viola Schulze Dieckhoff: Christian Lamker und ich haben ja immer versucht, Postwachstum und Planung zusammenzuführen und haben gemerkt, dass es nicht immer salonfähig ist, über Postwachstum zu sprechen. Und so sind wir über diese sagbaren und nichtsagbaren, über diese »tu-baren« [durchführungsfähigen] und »nicht-tu-baren« Dinge darauf gestoßen, wie wichtig Experimente und Kunst sind. Eigentlich merken wir, dass das Wachstumsmantra des Wirtschaftens so nicht funktioniert und durchbrochen werden muss. Es gibt genügend wissenschaftliche Belege, die sagen: Die Zufriedenheit steigt durch mehr Geld und mehr Konsum nicht an, es gibt auch keinen direkten Bezug zu sozialer Gerechtigkeit, und das BIP wächst auch durch die Klimakatastrophen und durch Krankheiten. Das sind Fakten, aber es nicht immer so einfach, darüber zu sprechen und daran anzuknüpfen, weil einen das schnell in ein gesellschaftliches »Off« transportieren kann. Und sagen wir eben, dass es durch »Experimente« möglich ist, so eine Art Schutzraum zu öffnen – viele sagen ja auch: Möglichkeitsfenster zu öffnen, Möglichkeitsräume zu gestalten – um zu überlegen, was wollen wir eigentlich, wie

wollen wir leben, wie wollen wir arbeiten? Jetzt erst einmal unabhängig von privatwirtschaftlichen Interessen und ohne politisches Kalkül (z. B. über die Wählerschaft nachzudenken), also ohne sich in seinen eigenen gesellschaftlichen Pfadabhängigkeiten zu bewegen. Kunst greift das ja ebenfalls auf, einerseits als Experiment oder Labor, Kunst ist ja aber auch verankert im Grundgesetz, und es gibt eine Kunstfreiheit. Diese geht darüber hinaus, dass sich der Einzelne Gedanken machen kann, und schließt ein, dass man das auch tun kann, was man sich ausgedacht hat, und dass man sich darüber austauschen kann und auch neue Diskurse stärken kann. Kunst ist also zentral wichtig, weil sie auch in einem Produkt endet, sich materialisiert, vielleicht abseits dessen, was bisher als gesellschaftlich akzeptierte Norm erdacht und erarbeitet wurde. Aber auch das künstlerische Schaffen verändert bereits etwas, durch Performances wie z. B. Theater oder auch wenn man Fassaden gestaltet. Allein das Betrachten anderer löst bereits beim Betrachter etwas aus und verändert etwas in dem Verhältnis des Betrachters zu seiner Umwelt – und kann dadurch Neues schaffen. Kunst und Experiment sind daher ein möglicher Weg, die sozialökologische Transformation zu »befeuern«, indem man über die transformativen Aktionen der Kunst und des Experiments vielleicht zu einer transformativen Praxis findet. Es geht darum zu zeigen, dass das Verändern, das Verändernwollen und das Verändernkönnen auch Bestandteil dessen ist, was wir tun, und nicht nur das Behalten, Bewahren und Verhindern.

Wo siehst du, Hendryk, in deinen jüngeren Projekten Bezüge zum Thema »Postwachstum«? Welche Rolle spielt Kunst in der Imagination postwachstumsorientierter Lebenswelten?

Hendryk von Busse: Ich würde einfach mal das Beispiel der Wandgestaltung nehmen. Das Wandbild als Instrument der Stadtgestaltung selbst hat zunächst einmal keinen direkten Bezug zu Postwachstum. Aber dadurch, dass Mittel, Zeit und Empathie investiert werden, um städtische Oberflächen aufzuwerten oder ihnen Leben und Identität zu geben, ist es mehr als eine rein funktionale Gestaltung. Ansonsten hängt es schon sehr stark davon ab, wie man diese Wandgestaltung macht, was man damit macht. Wo ich einen Bezug sehe, ist zum Beispiel unsere Arbeit des »bürgerschaftlichen Quartierskonzepts«. Wir haben in Halle-Freienfelde über Wandbilder Leerstand belebt und ein Quartier wieder mir einer besseren Identität und einem

besseren Image ausgestattet, was sich auch auf die Lebensqualität niederschlägt. Dank der erhöhten Aufmerksamkeit wurde klar, dass ein Plan für diesen vergessenen Stadtteil her muss. Es war seitens der Stadt mutig zu sagen: Okay, wir haben nichts für diese Aufwertung getan, das haben Bürger gemacht, also sollen auch Bürger das Quartierskonzept gestalten, d. h. die Zukunft dieses Viertels. Dieses Quartierskonzept ist also als Folge von Kunst entstanden, und es hat viele Komponenten, die mit Postwachstumsplanung zu tun haben. Zum Beispiel einfach die Planung von innen, also nicht von außen, d. h. durch Investoren oder Sanierungsprogramme, sondern mit Ideen, Input, Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung. Es gibt in diesem Quartierskonzept – basierend auf den Wünschen der Bürger*innen – viele Flächen für künstlerisches und experimentelles Handeln. Sei es ein Bürgerpark, in dem man gärtnern kann, der aber auch offen ist für andere Projekte. Neben klassischen postwachstumsorientierten Aktivitäten wie Urban Gardening und Street Art gibt es einfach auch offene Flächen und Werkstätten, wo gar nicht definiert ist, was stattfinden muss, und die flexibel sind – auch auf Dauer.

Dieses bürgerschaftliche Quartierskonzept hat auch einige Leitlinien zur Entwicklung des Immobilienbestands verfasst, z. B. wie Eigentümer zusammen kommen können, um Immobilienprojekte genossenschaftlich zu konzipieren. In dem Prozess zur Erarbeitung des Quartierskonzepts ist ein enges Netzwerk aus Bewohnern und Immobilieneigentümern entstanden; diese Nachbarschaftlichkeit war eine wichtige Grundlage für die weitere Auseinandersetzung.

Kunst ist also auch ein Vehikel, um gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Partizipation in der Stadtteilgestaltung zu fördern. Könnt ihr das weiter ausführen?

Viola Schulze Dieckhoff: Ich weiß noch, wir haben unser erstes Street-Art-Festival 2012 durchgeführt, und danach schrieb Benjamin Davy: »Frau Schulze Dieckhoff, Sie haben so ein tolles ›Gemeinsamhaben‹ geschaffen!« Und genau das war es auch, was wir damals geschaffen haben. Es gab damals keine wirtschaftlichen Interessen, wir waren frische Studienabgänger, finanziert durch kleine Jobs, und hatten ein großes Netzwerk. Wir konnten also viel Ehrenamt in eine Vision stecken, indem wir gesagt haben, wir würden gerne in dem Quartier malen, auch zusammen mit den dort lebenden

Menschen. Wir haben dieses Festival damals mit weit unter 30000 Euro bestritten und über 5000 m^2 Wände gestaltet. Das war ein Tauschprozess. Dadurch, dass wir nicht so viel hatten, aber künstlerisch etwas geben konnten – die Fassadengestaltung, die Bespielung von Stadtraum. Wir haben das getauscht mit ortsansässigen Firmen (z. B. Anbietern von Hebebühnen), den Wirtschaftsakteuren im Quartier, und jeder hat das gegeben, was er konnte. Damals war das schon so eine kleine Welt, die wir schaffen konnten. Gerade dieser demokratische Aspekt hat mir noch einmal deutlich gemacht, dass man Kunst unterschiedlich einsetzen kann. Während Kunst in der repräsentativen Demokratie eingesetzt oder gar instrumentalisiert wird, um unterschiedliche Gesellschaftsgruppen einzubinden und teilhaben zu lassen, also eher gesteuerte kreative Prozesse eingeleitet werden, die auch für die Planung von Nutzen sein können, gibt es auch die anarchistischere Form von Kunst, also die ungefragte Mitgestaltung von Raum – z. B. durch Graffiti oder die oft sehr wachstumskritische Street Art. Die Anfänge des Street-Art-Festivals hatten viel mit Selbstermächtigung zu tun, dieses gemeinsame Schaffen im Quartier und das Bewusstsein: Ich kann und möchte meine Stadt mitgestalten. Wir haben die Fassaden damals auch benutzt zum Wachrütteln. Es hat sich schnell eine kleine Bürgerinitiative gegründet, die unsere Bilder nicht so toll fand und betonte, dass die Probleme vor Ort eher im Bereich der Sauberkeit und Sicherheit auf der Straße lagen. Und so gab es eine zweite Gruppe, und Meinungspluralismus in der Stadt wurde auch öffentlich sichtbar.

Euch ist es also gelungen, viele Menschen vor Ort zu mobilisieren. Wie hat die Planung darauf reagiert?

Hendryk von Busse: Im Fall der »Freiraumgalerie« war es in der Tat zunächst so, dass die Stadtplanung versucht hat, sie zu verhindern, da viel zu oft das Wort »Graffiti« gebraucht wurde und nicht der Begriff »Wandbilder in der partizipativen Stadtgestaltung«. Aufgrund der negativen Assoziation des Begriffs »Graffiti« gab es damals die Angst, dass das Image des Quartiers sich weiter verschlechtern könnte – noch mehr stigmatisiert.

Viola Schulze Dieckhoff: Dazu kam, dass man damals dabei war, alle Aktivitäten auf die Innenstadt von Halle zu lenken, also dass Halle-Ost quasi abgeschrieben war. Die Kräfte sollten woanders gebündelt sein.

Hendryk von Busse: Die Stadt hatte damals kein Entwicklungskonzept für das Viertel. Dementsprechend gab es auch gar keine Pläne, in die unsere Pläne womöglich *nicht* reingepasst hätten. Das ist ja oft die Legitimation, um andere Planungen zu untersagen. Die Nichtbehandlung des Viertels hat die Stadt also selber in eine Art Handlungsunfähigkeit versetzt. Als unser Ansatz kam, hatten wir anfangs also eine gewisse Toleranzbasis. Das Viertel hat sich sehr gut entwickelt und ist auch sehr stark gewachsen. Viele Häuser wurden saniert, viele Menschen sind zugezogen, mehr Bürger haben sich für den Raum engagiert – das hat die Stadt auch bemerkt und kam unter Handlungsdruck. Denn es wurde schnell peinlich, da das Viertel sichtbarer wurde und zugleich die Handlungsunfähigkeit der Stadt offenkundig und auch in den Medien diskutiert wurde. Daher kam meiner Meinung nach der Bewusstseinswandel in der Stadtplanung von Halle, dieses Zugeständnis zu sagen: Wir machen da jetzt etwas Besonderes, wir legen da nicht einfach ein Sanierungsgebiet drauf und engagieren nicht einfach ein klassisches Stadtplanungsbüro, das ein Entwicklungskonzept erarbeitet, sondern wir machen jetzt den Schritt des bürgerschaftlichen Quartierskonzepts, um Partizipation oder Bevölkerungsbeteiligung als Maxime zu testen und daraus auch zu lernen. Dieses Labor also, welches wir angestoßen hatten, konnte so weiterbetrieben werden.

Was würdet ihr euch aus Sicht der Kunstschaffenden von der Planung wünschen?

Viola Schulze Dieckhoff: Was mir Planer aus der Verwaltung immer wieder hinter vorgehaltener Hand sagen, ist in etwa: Wenn ich irgendetwas anders machen wollte – spätestens im Stadtrat würde das kippen. Sie sind immer dem politischen Prozess und den Stadtratsbeschlüssen ausgeliefert. Ich glaube, da könnte oder müsste Planung anders agieren, indem sie mehr zur politischen Meinungsbildung beisteuert. Zum Berufsfeld der Planenden gehört meines Erachtens nicht nur, einen Konsens herbeizuführen, sondern auch, mehr Fakten zu vermitteln, herauszutragen, was in der Stadt eigentlich getan werden muss, und so den Diskurs zu befeuern. Mit einer wachen Stadtgesellschaft könnten dann auch mehr Chancen für progressivere Stadtratsbeschlüsse erreicht werden. Und da ist Kunst und künstlerisches Schaffen auch ein guter Ansatzpunkt für Planer zu sagen: Wir müssen eigentlich diese Orte des Schaffens mehr fördern, da Kunst ein wesentlicher Baustein von Demokratie ist, wichtig für das demokratische Aushandeln.

Wir hatten schon öfter die Diskussion über die Idee des »Bannwalds«, also einen Bereich, in dem man die Dinge so lässt, dass sich natürlich etwas Neues entwickeln kann. So etwas zu übertragen auf die Stadt könnte heißen, man schafft eine Art »Kulturschutzraum« und führt eine entsprechende Flächenkategorie in die formale Planung ein, auf regionaler und kommunaler Ebene. Auch für Gemeineigentum und Gemeinwirtschaft könnten Flächen vorgehalten werden. Planer könnten hier Meinungsführer werden in einem Aushandlungsprozess.

Wenn ihr ein bedingungsloses Förderstipendium für ein Kunstprojekt im Zusammenhang mit Postwachstum und Raum erhalten würdet, das euch über ein Jahr finanziert und benötigte Sachmittel bereitstellt, welche Art von Projekt würde euch am meisten reizen?

Viola Schulze Dieckhoff: Besonders reizen würde mich ein Vorhaben zu dem sehr aktuellen Themenkomplex »Klimaanpassung und Mobilität«. Für mich wäre es sehr interessant, die diskutierten Analysen und Pläne im Stadtraum sichtbar zu machen. Wo werden sich Flächen besonders erhitzen, wo besteht Überflutungsgefahr usw. – und das künstlerisch darzustellen, sei es durch Straßenmarkierungen, aber auch über Formate des Austauschs mit der Bevölkerung, um zu informieren und zu reflektieren, Eindrücke zu sammeln. Und damit verknüpft sich die Frage, wie eine Mobilitätswende befördert werden kann. Mein Schaffensort, den ich dann gerne hätte, wäre ein Parkplatz mit einem rollbaren Containerbüro, das symbolisiert, dass jeder Parkplatz, den wir kostenfrei bereitstellen, alternativ ein Ort sein könnte des produktiven Schaffens, der einen gesellschaftlichen Mehrwert erzeugt. Aus meinem Büro auf diesem Parkplatz sollten dann zahlreiche künstlerische Projekte entstehen, die der Wissensweitergabe und Diskussion dienen.

Seht ihr grundsätzlich eine Tendenz, dass Kunst von Planung, Politik und Wissenschaft zunehmend als wichtiges Element in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Raum anerkannt wird?

Hendryk von Busse: Zunächst wäre ich geneigt zu sagen: Ja, das Interesse ist da, und die Rolle von Kunst wird erkannt. Ich finde übrigens auch, dass jede Form von Wachstumskritik salonfähig geworden ist und in allen Feuilletons jedweder Couleur zu finden ist. Ich finde aber, dass insgesamt eher die

Antwort »Nein« passt, da nur »gute« Kunst anerkannt und gefördert wird. Das schöne Graffiti oder Wandbild, ja, das ungewollte Graffiti oder Tag, gilt dagegen als Schmiererei. Es gibt Normierungen und Bezeichnungen dafür, die weit unter der Gürtellinie liegen. Die Frage muss gestellt werden, welche Kunst wird gewollt und als Auseinandersetzung mit Raum anerkannt. Mein Gefühl ist: Die gegenwärtigen Diskussionen machen den Wert des Schönen noch wichtiger und verengen so das Verständnis von Kunst.

Autor*innen

aus dem Moore, Nils, Dr. Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Journalist. Er leitet das Berliner Büros sowie der Forschungsgruppe »Nachhaltigkeit und Governance« am RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Kontakt: Nils.ausdemMoore@rwi-essen.de

Batke, Meret, studiert im 8. Bachelorsemester Geographie an der Humboldt Universität zu Berlin und fokussiert sich vorwiegend auf stadtsoziologische sowie wirtschaftsgeographische Aspekte der Humangeographie. Seit 2018 Researcherin bei Multiplicities, Berlin. Kontakt: batke@multi plicities.de

Bauler, Tom, Prof. Dr., ist Inhaber des Lehrstuhls für Umwelt und Ökonomie an der Université Libre de Bruxelles (ULB). Er forscht zur sozial-ökologischen Transition, zu Fragen der Umwelt-Governance, zu alternativen Wohlstandsindikatoren sowie zu sozialen Innovationen. Kontakt: tbauler@ulb.ac.be

Brückner, Heike, Landschaftsarchitektin mit den Schwerpunkten Forschung, Planung und experimentelle Gestaltungsprojekte zu den Themen »Postindustrielle Kulturlandschaft« und »Produktive Stadtlandschaften«. Seit 2010 arbeitet sie zur postfossilen Stadt- und Regionalentwicklung und initiierte das aktuelle Projekt Urbane Farm Dessau. Mehr Infos zum Projekt finden Sie hier: www.urbane-farm.de

Bruns, Antje, Prof. Dr., ist Geographin und leitet das Governance and Sustainability Lab an der Universität Trier. Ihre Forschung zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen adressiert Fragen von globaler Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, der Governance von Ressourcen und der Politischen Ökologie. Kontakt: brunsa@uni-trier.de

Bürkner, Hans-Joachim, Prof. Dr., Wirtschafts- und Sozialgeograph, ist an der Universität Potsdam und dem Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) tätig. Er beforscht derzeit neue Arbeitsformen in

Makerspaces, Labs und Offenen Werkstätten. Kontakt: buerkner@uni-potsdam.de

Dörry, Sabine, Dr., Senior Research Fellow, Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER). Erforscht u. a. den Wandel internationaler Finanzplätze durch nachhaltige und tech-basierte Finanzaktivitäten und -institutionen. Kontakt: sabine.doerry@liser.lu

Eichmann, Hubert, Dr., Soziologe, Mitarbeiter bei FORBA, Wien; Forschungsschwerpunkte: Wandel der Arbeitswelt, Arbeits- und Lebensqualität, Stadt- und Regionalentwicklung, Transformationsforschung. Kontakt: eichmann@forba.at

Ha, Mai Anh, arbeitet zu kritischem Urbanismus und historischer Gerechtigkeit in Verdichtungsräumen. Studium der Geographische Wissenschaften und Historische Urbanistik in Berlin. Seit 2017 Researcherin bei Multiplicities, Berlin. Kontakt: ma.ha@multiplicities.de

Hesse, Markus, Prof. Dr. für Stadtforschung an der Universität Luxembourg. Forscht zu Fragen der Stadt- und Wirtschaftsgeographie, der räumlichen Planung/Governance sowie zur Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis. Kontakt: markus.hesse@uni.lu

Hofmann, David, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Er arbeitet zu den Themen Postwachstum, Plattformökonomie und Wirtschaftspolitik. Er ist Redakteur des Blogs www.postwachstum.de. Kontakt: david.hofmann@ioew.de

Hülz, Martina, Dr. der Geographie, Leiterin des wissenschaftlichen Referats für Wirtschaft und Mobilität der Akademie für Raumentwicklung in der Leibnizgemeischaft in Hannover. Kontakt: huelz@arl-net.de

Jarvis, Helen, Dr., ist Reader in Social Geography an der Newcastle University, UK. Sie forscht unter anderem zur Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben, zur Bedeutung öffentlicher Räume sowie zur »sozialen Architektur« neuer kollektiver Wohnformen. Kontakt: helen.jarvis@newcastle.ac.uk

Kaufmann, Stefan, Dipl.-Inf. Er schrieb seine Diplomarbeit über Open Data im öffentlichen Nahverkehr in Deutschland und ist seit 2011 im Themenfeld Open Data insbesondere rund um Mobilität tätig. Seit 2016 begleitet er im Auftrag der Stadt Ulm das »Verschwörhaus« als Vernetzungsraum für Digitales Ehrenamt. Kontakt: stefan.kaufmann@verschwoerhaus.de

Kettner, Le-Lina, Humangeographie (MSc.) in Münster (2019), Themengebiete: Alternative Ökonomien, Postwachstumsplanung, feministische Theo-

rie Geographie (BSc.), Politikwissenschaften, Naturschutz- und Landschaftsplanung in Kiel (2016), Forschungsprojekt FAiLGuard der DHPol (2018/19). Kontakt: l_kett05@uni-muenster.de

Klafft, Torsten, Architekt und angehender Soziologe. Setzt mit nonconform partizipative Prozesse im ländlichen und urbanen Raum um. Zudem erforscht er partizipierende Amateur*innen. Kontakt: klafft@nonconform.at

Klagge, Britta, Prof. Dr., ist Professorin für Geographie an der Universität Bonn und leitet die Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der geographischen Energie- und Infrastrukturforschung, in der Finanzgeographie und kritischen Kapitalismusforschung. Kontakt: klagge@uni-bonn.de

Kurzeja, Matti, ist Masterstudent der Geographie an der Universität Bonn. In seiner Bachelorarbeit hat er sich mit Makerspaces in NRW beschäftigt. Er engagiert sich in unterschiedlichen selbstorganisierten soziokulturellen und politischen Projekten im Sinne der DIY-Kultur. Kontakt: matti.kurzeja@posteo.de

Lamker, Christian, Dr., Assistant Professor für Sustainable Transformation & Regional Planning an der Universität Groningen (Niederlande) tätig. Er forscht und lehrt zu Rollen in der Planung, Postwachstumsplanung, Planungstheorie, Regionalplanung und Leadership in nachhaltiger Transformation. Kontakt: c.w.lamker@rug.nl

Lange, Bastian, Dr., Privat-Dozent an der Universität Leipzig. Forschung zu Kultur- und Kreativwirtschaft, alternativen Geographien, Governance und Stadtplanung. Mit Multiplicities berät er Politik und Wirtschaft im europäischen Kontext auf Wegen zu zukunftstauglichen Stadtregionen. Kontakt: bastian.lange@uni-leipzig.de

Lange, Steffen, Dr., erforscht am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, wie Ökonomien nachhaltig gestaltet werden können. Forschungsschwerpunkte sind die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch, Rebound-Effekte, Digitalisierung und Konzepte für Ökonomien ohne Wachstum. Kontakt: Steffen.Lange@ioew.de

Langlinderer, Martin, Dipl. Ingenieur. Er hat 2015 mit Ehrenamtlichen die erste Offenen Werkstatt in Stuttgart gegründet. Von 2002 bis 2007 hat er Wirtschaftsingenieurwesen studiert und im Anschluss mehrere Jahre in unterschiedlichen Unternehmen und Branchen gearbeitet. Seit 2015 beschäftigt er sich überwiegend mit einem Open Source Konzept zur Verbreitung offener Werkstätten. Kontakt: langlinderer@gmail.com

Mayer, Heike, Prof. Dr. Sie arbeitet an der Universität Bern, Geographisches Institut & Zentrum für Regionalentwicklung zu den Themen Innovation; Unternehmertum, Entwicklung ländlicher Räume und Berggebiete und Regionalpolitik. Kontakt: mayer@giub.unibe.ch

Mohn, Carel Carlowitz, lebt und arbeitet als Journalist in Berlin. Er ist Gründer und stellvertretender Vorsitzender von Lausitzer Perspektiven e. V. www.lausitzer-perspektiven.de

Mössner, Samuel, Prof. Dr. Er leitet den Arbeitsbereich Raumplanung und Nachhaltigkeit am Institut für Geographie der WWU Münster. Er forscht zu Themen der gesellschaftlichen Nachhaltigkeitstransition. Kontakt: moessner@uni-muenster.de

Petschow, Ulrich, ist Dipl. Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin. Er forscht zu Postwachstum, Transitionsstrategien und Technologiebewertung. Kontakt: ulrich.petschow@ioew.de

Pflüger, Fridolin, verbindet DIY-Dadakultur, Klimaaktivismus und Kultur-/Kreativwirtschaft. Hat sein Lehramtsstudium für den Konglomerat und die Kunststoffschmiede an den Nagel gehängt. Glaubt an die Kraft der Community, für die Prozessdesign und Moderation die Schlüssel sind. Kontakt: frido@konglomerat.org

Pissarskoi, Eugen, Dr. phil. Arbeitet im Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen. Arbeitsgebiet: Ethik der Nachhaltigen Entwicklung. Kontakt: eugen.pissarskoi@uni-tuebingen.de

Pütz, Marco, Dr., forscht zu Stadt- und Regionalentwicklung, Raumplanung, Environmental Governance, Regional Governance, Anpassung an den Klimawandel. Kontakt: Eidg. Forschungsanstalt WSL, Schweiz, marco.puetz@wsl.ch

Rydin, Yvonne, Prof. Dr., ist Inhaberin des Chair of Planning Environment and Public Policy an der Bartlett School of Planning/University College London. Forschung zu nachhaltiger Raumentwicklung insbesondere zu Planungsprozessen, demokratischer Partizipation, politischer Gestaltungsmacht und der Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Kontakt: y.rydin@ucl.ac.uk

Schmelzer, Matthias, Dr., arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie, an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Kontakt: m.schmelzer@knoe.org

Schmid, Benedikt, Dr., arbeitet am Lehrstuhl für Geographie des Globalen Wandels an der Universität Freiburg. In seiner Forschung untersucht er die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen und sozialökologischer Unternehmen in Transformationsprozessen hin zu wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen. Kontakt: benedikt.schmid@geographie.uni-freiburg.de

Schulz, Christian, Prof. Dr., ist Wirtschaftsgeograph mit besonderem Interesse an Nachhaltigkeitstransitionen, alternativen Ökonomien und Postwachstumsansätzen. Universität Luxemburg, Fachbereich Geographie und Raumplanung, Kontakt: christian.schulz@uni.lu

Schulze Dieckhoff, Viola, arbeitet am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie der Fakultät Raumplanung an der TU Dortmund. Sie forscht und arbeitet zu Postwachstumsplanung, transformativen Aktionen und Gemeingütern und ist aktiv im Verein Die Urbanisten e. V. (Dortmund). Kontakt: viola.schulzedieckhoff@tu-dortmund.de

Seidl, Irmi, Prof. Dr. Sie arbeitet zu den Themen Entwicklung ländlicher Gebiete; Naturschutzökonomie; Energiegenossenschaften; Postwachstum, Swiss Federal Research Institute WSL. Kontakt: Irmi.seidl@wsl.ch

Szumelda, Anna Urszula, Dr., Forschungskoordinatorin und Projektmitarbeiterin bei der Stanisław Karłowski-Stiftung (Fundacja im. Stanisława Karłowskiego) in Juchowo/Polen; ihre Arbeits- und Interessensschwerpunkte sind soziale und strukturelle Transformationen der ländlichen Räume und der Landwirtschaft Polens, ökologischer Landbau (in Polen) sowie die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume aus sozial-ökologischer Perspektive. Kontakt: anna.szumelda@posteo.de

Thiele, Katja, Dr., beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit der Entwicklung öffentlicher Bibliotheken im europäischen Vergleich. Ihr Schwerpunkt liegt auf (städtischen) sozialen Infrastrukturen und der Krise der öffentlichen Daseinsvorsorge. Seit 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der Universität Bonn. Kontakt: kthiele@uni-bonn.de

Tschumi, Pascal, Arbeitet zu den Themen Soziale Innovationen (im Bereich Gesundheit); (regionale) Wachstums(un)abhängigkeit; Regionalentwicklung in ländlichen und Berggebieten. Universität Bern, Geographisches Institut & Zentrum für Regionalentwicklung. Kontakt: pascal.tschumi@giub.unibe.ch

Vetter, Andrea, ist Wandelforscherin und Journalistin. Für das Konzeptwerk Neue Ökonomie ist sie Pressesprecherin; Schwerpunktthemen liegen bei Degrowth, (Öko-)Feminismus, Care, Konviviale Technik, Digitalisierung und Commons. Kontakt: a.vetter@knoe.org

von Busse, Hendryk, Dipl.-Ing. der Stadt- und Raumplanung, ist freier Künstler und wirkt unter anderem an der »Freiraumgalerie – Kollektiv für Raumentwicklung« in Halle/Saale mit, deren Mitbegründer er ist. Kontakt: hendrykvonbusse@gmail.com

Winiger, Andrea, Arbeitet zu den Themen Soziale Innovationen; Postwachstum; Wachstums(un)abhängikeiten; Bauindustrie; Bergregionen; Sozioökonomie, Universität Bern, Geographisches Institut & Zentrum für Regionalentwicklung. Kontakt: andrea.winiger@giub.unibe.ch

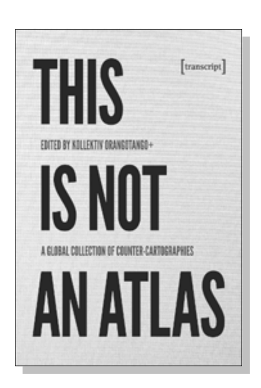
Wirth, Samuel, Arbeitet zu den Themen Soziale Innovationen; Tourismus; Entwicklung ländlicher Räume und Berggebiete. CRED-T, Universität Bern, Zentrum für Regionalentwicklung & Geographisches Institut, Forschungsstelle Tourismus (CRED-T), Kontakt: samuel.wirth@cred.unibe.ch

Wohlgemuth, Olivia, forscht zu Regionalökonomie, Raumplanung und Siedlungsentwicklung, Wohnraumentwicklung. Kontakt: Eidg. Forschungsanstalt WSL, Zürcherstrasse 111, 8903 Birmensdorf, Schweiz, olivia.wohlgemuth@wsl.ch

Ziehl, Michael ist Diplom-Ingenieur der Architektur sowie Master of Science der Stadtplanung. Er initiierte urban upcycling und arbeitet als Urbanist und Stadtforscher in Hamburg. An der Hafencity Universität Hamburg lehrte er zu Raumtheorie und promovierte zur Koproduktion Urbaner Resilienz. Kontakt: kontakt@urban-upcycling.de

Zimmermann, Jan, Dipl.-Gartenbauingenieur und Inhaber einer Firma für ökologischen Gartenservice in Dessau. Er ist Mitinitiator der »Urbanen Farm Dessau« und von Beginn an als Anleiter, Gärtner, Ideengeber und Vordenker dabei. Kontakt: kontakt@urbane-farm.de

Geographie



kollektiv orangotango+ (ed.)
This Is Not an Atlas
A Global Collection of Counter-Cartographies

2018, 352 p., hardcover, col. ill.
34,99 € (DE), 978-3-8376-4519-4
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
E-Book: ISBN 978-3-8394-4519-8



Susann Schäfer, Jonathan Everts (Hg.)
Handbuch Praktiken und Raum
Humangeographie nach dem Practice Turn

2019, 396 S., kart., 5 SW-Abbildungen
29,99 € (DE), 978-3-8376-4603-0
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4603-4



Ian Klinke
Bunkerrepublik Deutschland
Geo- und Biopolitik in der Architektur des Atomkriegs

2019, 256 S., kart., 21 SW-Abbildungen
29,99 € (DE), 978-3-8376-4454-8
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4454-2
EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4454-8

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de